C 21734 D



## China Wann zerbricht der Block der Rechten?

# Arbeiterkampf

Jg. 7 Nr. 97 24. Jan. 1977

Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes

DM 1,–

## Freiheit für alle politischen Gefangenen

Was von den betroffenen Verteidigern und der linken Presse im In- und Ausland schon seit Jahren bewiesen wurde, mußte jetzt auch gerichtlich festgehalten werden: Im „Jahrhundertprozeß" von Stuttgart-Stammheim ist jede Rechtsstaatlichkeit ausgeschaltet. Die Angeklagten dieses politischen Schauprozesses sind bereits verurteilt. Das Zusammenspiel von oberen und obersten Richtern und der reaktionären Presse ist nicht mehr zu leugnen. Innerhalb von zwei Wochen wurden zwei obere Richter, die sich in der Öffentlichkeit allzu diskreditiert haben, aus den politischen Strafverfahren herausgenommen. Bei diesen beiden Herren handelt es sich um den Vorsitzenden Richter des Stammheimer Prozesses, Theodor Prinzing, und um Albrecht Mayer, Mitglied des 3. Strafsenats (zuständig für politische Prozesse) des Bundesgerichtshofs (BGH) in Karlsruhe.

Das Ausscheiden Prinzings aus dem Stammheimer Verfahren war durch eine Pressekonferenz der Vertrauensanwälte am 9.1.77 eingeleitet worden. Auf dieser Pressekonferenz enthüllten die Anwälte, daß besagter Albrecht Mayer vertrauliche Prozeßunterlagen aus Stammheim, die nicht einmal den Verteidigern bekannt waren, an den Chefredakteur von Springers „Welt", Kremp, geschickt hat.

Bei diesen Prozeßunterlagen handelte es sich um Aussagen des Kronzeugen Gerhard Müller, die den Rechtsanwalt Schily belasteten. Mayer bezweckte damit ganz offensichtlich Schilys Ausschaltung aus dem Prozeß, was er schon einmal vergeblich versucht hatte. Seinen reaktionären Korpsbruder Kremp bat der oberste Richter, er möge die Unterlagen „nach Ausgebrauch vernichten".

Mayer, der inzwischen strafversetzt wurde, war als Mitglied des 3. Strafsenats des BGH für alle Beschwerden der Verteidigung aus dem Stammheimer Verfahren zuständig. (Z.B. Beschwerden über nichtzugelassene Zeugen, Sachverständige und Rechtsanwälte, Beschwerden über die unmenschlichen Haftbedingungen der Gefangenen etc.) Der 3. Strafsenat hat nach Abschluß des Stammheimer Verfahrens auch darüber zu entscheiden, ob die Revision der Verteidigung, die eine Wiederaufnahme des Prozesses zur Folge haben kann, berechtigt ist.

Bei den Geheimunterlagen, die Mayer seinem Korpsbruder Kremp zuschickte, handelte es sich nicht einmal um Unterlagen, mit denen er dienstlich beschäftigt war. Mayer hatte von den belastenden Aussagen des Kronzeugen Müller gehört und forderte die Unterlagen von Prinzing an, um damit Rechtsanwalt Schily durch eine entsprechende Hetzkampagne in den Springerblättern auszuschalten. Prinzing schob dem obersten Richter die vertraulichen Unterlagen mit handschriftlichen Anmerkungen in einem komplizenhaft-vertraulichen Ton bereichert, die Schily noch zusätzlich belasteten – zu, ohne die anderen am Prozeß beteiligten Richter zu benachrichtigen.

Dieser Vorgang ist ein Skandal, der ein Schlaglicht auf unseren „Rechtsstaat" wirft.

### Prinzing – beim 85. Befangenheitsantrag „gekippt"

Eine Woche nach Mayers Strafversetzung mußte auch Prinzing seinen Sessel als Vorsitzender Richter in Stammheim räumen. Den unmittelbaren Ausschlag für seine Absetzung gab ein Antrag der Verteidigung (der 85.!), Prinzing für befangen zu erklären, weil er in einem Telefongespräch den Pflichtverteidiger Künzel dazu überreden wollte, seinen Befangenheitsantrag zurückzuziehen. In diesem Telefongespräch sagte Prinzing, er unterscheide zwischen „diesen" (den Pflichtverteidigern) und „jenen" Anwälten (den Wahlverteidigern). Ein Antrag eines Wahlverteidigers sei ihm relativ schnuppe, während ihn Künzels Antrag schwer getroffen habe („FAZ", 21.1.77). Als dies bekannt wurde, konnten selbst Prinzings Richterkollegen nicht umhin, seine Befangenheit festzustellen. Dennoch gelten nach wie vor alle Entscheidungen, die Prinzing und die beisitzenden Richter während seiner Amtszeit gefällt haben, der Prozeß wird nicht neu aufgerollt.

In den 84 vorangegangenen Befangenheitsanträgen hatten die Wahlverteidiger immer wieder Prinzings Manipulationen und Befangenheit aufgedeckt. So hat Prinzing neben der ständigen Behinderung der Verteidigung nachweislich Protokolle gefälscht. Er ist verantwortlich für die unmenschlichen Haftbedingungen, denen die Angeklagten ausgesetzt sind. Er hat die Isolationshaft der Gefangenen auch dann nicht auf-

Fortsetzung auf Seite 2

# Bei Nordwind 30 Millionen Tote...

Die Demonstration zehntausender Menschen gegen den geplanten Bau von Kernkraftwerken (KKW) in Brokdorf und in Wyhl haben eine breite öffentliche Diskussion über diese lebendsbedrohende Art der Energie-Gewinnung ausgelöst.

**„Bei Nordwind 30 Millionen Tote"** – so beschreibt der „Stern" vom 13. Januar die Folgen eines „Betriebsunfalls" beispielsweise in einer Wiederaufbereitungsanlage im Emsland. Zugrunde liegt dieser Schätzung ein GEHEIMES Regierungsgutachten! Auch der „Spiegel" vom 17. Januar nahm sich des Themas an: **„Beinahe-Katastrophen hat es in der gerade 25-jährigen Geschichte der Atomkraft schon mehrmals gegeben: Hunderttausende von Menschen schwebten dabei in Lebensgefahr, radioaktiv verseuchte Ruinen blieben als Mahnmale in der Landschaft."**

Im Gegensatz dazu will die Regierung der Bevölkerung offiziell kräftige Beruhigungspillen verordnen. Millionen von Mark werden in eine breit angelegte Kampagne gepulvert, die uns weismachen soll, daß Kernkraftwerke die sicherste Sache von der Welt seien. So heißt es beispielsweise dazu in einer offiziellen Beruhigungs-Broschüre: *„Es muß festgestellt werden, daß alle auf der ganzen Welt bis jetzt gebauten bzw. im Bau befindlichen Kernkraftwerke ein so hohes Maß an Sicherheit erreicht haben, daß die Wahrscheinlichkeit für einen Schaden, der für die Umgebung eine wie auch immer geartete Gefährdung bedeutet, als sehr gering bezeichnet werden kann...". „...Bei den Rechnungen wurde vorausgesetzt daß im Umkreis von 32 km um den Reaktor 15 Millionen Menschen wohnen. Nach der Studie tritt der wahrscheinlichste Unfall mit einer Häufigkeit von 1:17.000 pro Jahr auf* (d.h. einmal in 17.000 Jahren könnte sich ein derartiger Unfall in einem KKW ereignen!). *Bei diesem Unfall gibt es weder Tote noch Verletzte. Maximal vier Schilddrüsenerkrankungen können eintreten... Die schlimmstmöglichen Folgen treten nach einem Unfall mit den u n g ü n s t i g s t e n Randbedingungen auf. Zu beklagen wären dann 2.300 Tote, 5.600 akute Erkrankungen... Die Wahrscheinlichkeit hierfür beträgt allerdings nur 1:1 Milliarde pro Jahr, d.h. einmal in 1.000 Millionen Jahren kann ein solcher Unfall eintreten. Anders interpretiert: Bei 100 Kernkraftwerken sind 10 oder mehr Tote nur alle 2.500 Jahre, über 100 Tote nur alle 10.000 und mehr als 1.000 Tote nur einmal in 1 Million Jahren zu erwarten."* Die Gefahr, vom Blitz getroffen zu werden, sei demnach 25 mal so hoch wie die Gefahr, bei einem KKW-Unfall ums Leben zu kommen! (Zitiert aus der Broschüre „Zum besseren Verständnis der Kernenergie", herausgegeben von den Hamburger Elektrizitätswerken und der Nordwestdeutschen Kraftwerke-Aktiengesellschaft, S, 25/26 und S. 31.).

So sieht die offizielle Einschläferungs-Propaganda d e r Stellen aus, die an dem Bau von KKW's unmittelbar beteiligt und interessiert sind. Es hat also seinen Grund, wenn beispielsweise das vom „Stern" zitierte Regierungsgutachten, das für den schlimmsten Fall den Tod von 30. Mio. Menschen in der BRD (die Hälfte unserer Bevölkerung!!!) annimmt, seit fünf Monaten geheimgehalten wird. Selbst beim schwächsten der angenommen schweren Unfälle **„kann die Strahlenbelastung in 100 Kilometer Entfernung noch 15 mal so hoch wie die absolut tödliche Dosis sein"**. Das könnte beispielsweise der Fall sein, wenn in dem geplanten KKW Brokdorf bei einem Unfall das innere Sicherungssystem versagt und der Reaktorkern schmelzen sollte. Die Menschen unserer Stadt würden dabei entweder auf unvorstellbar grauenvolle Weise ums Leben kommen oder in kaum weniger grauenvoller Weise als Atom-Krüppel „überleben".

Hinzu kommen die wohlweislich noch gar nicht näher erforschten Folgen, die sich bei einem „normalen" unfallfreien Betrieb eines KKW für die Umgebung ergeben. Gesichert ist, daß insbesondere ungeborene Kinder im Mutterleib durch die „normale" Strahlung erhöht gefährdet sind, und daß auch Kinder

Fortsetzung Seite 2




## 50.000 mal 'Hiroshima'

50.000 mal 'Hiroshima'

Die bei dem beschriebenen Reaktorunfall freigesetzte Radioaktivität entspricht mehr als der von 50.000 Hiroshima-Bomben. Bei der Explosion dieser vergleichsweise „harmlosen" Bombe starben unmittelbar 20.000 Menschen (zehn Prozent der Stadtbevölkerung). In den nächsten fünf Monaten starben unter qualvollen Umständen noch einmal soviel Menschen.

Die Wirkung der tödlichen radioaktiven Strahlen haben japanische Ärzte wie folgt beschrieben: *„Die Körpertemperatur einer Patientin betrug schon bei der Einlieferung 38 Grad. Sie hatte durch Ausscheidung von Blutstühlen sehr zu leiden . . . ihre Mundhöhlen-Schleimhaut strömte einen üblen Geruch aus. Plötzlich begann – bei erhaltenem Bewußtsein – ihr Sehvermögen nachzulassen. Zugleich trat eine Lähmung beider Hände und Füße ein. Dann schwand ihr Bewußtsein. Die Halsregion wies Zeichen beginnender Starre auf. Bei der Untersuchung fand ich Gehirn-Rückenmark-Flüssigkeit mit dunkelrotem Blut vermischt. Nachmittags hatte die Patientin 40 Grad Fieber, ungeheure Schweißabsonderung stellte sich ein, und am Abend starb sie"* (nach „Stern", vom 13.1.77).

Die Kindersterblichkeit stieg im Gebiet von Hiroshima in den Jahren 1946 bis 1963 auf 23,7%. Das Atombombenkrankenhaus in Hiroshima schätzt, daß 100.000 Kinder an Leukämie erkrankt sind. Die noch Jahre später auftretenden Folgen zeigt das Beispiel eines siebzehn jährigen Mädchens. Sie starb an chronischer körniger Leukämie im Krankenhaus der Atomic Bomb Casualty Commission in Hiroshima. Ihre Mutter war den Strahlen der ersten Atombombe in zwei bis zweieinhalb Kilometer Entfernung vom Zentrum der Explosion ausgesetzt . . .Als das Mädchen zwölf Jahre alt war, kam die Leukämie zum Ausbruch. Sie erhielt medizinische Betreuung und es gelang ihr, bis zur dritten Studienklasse die Ausbildung zu verfolgen. Mit 17 wurde ihr Zustand sehr schlecht und sie starb an einem Blutsturz durch Mund und Nase. Zur Zeit Ihres Todes hatte sie 471.000 $Cmm^3$ Leukocythen (weiße Blutkörperchen), zehn mal mehr als ein gesunder Mensch. Ihre Milz, die verbrauchtes Blut auswarf, war zehn mal größer als die eines gesunden Menschen (nach „In Japan Quarterly", Okt. - Dez. 1969).

# Massenstreiks in Ägypten

**Mehrere Tage lang fanden in verschiedenen Städten Ägyptens Massendemonstrationen von Arbeitern und Studenten statt, die sich in erster Linie gegen die am 17. Januar von der Sadat-Regierung verfügten drastischen Preiserhöhungen richteten. Zugleich sind diese Demonstrationen aber auch eine Antwort auf den zunehmenden politischen und wirtschaftlichen Ausverkauf Ägyptens an den Imperialismus durch das Sadat-Regime, auf die Kapitulation vor dem Zionismus und auf die Mitwirkung des Sadat-Regimes beim Komplott gegen die palästinensische Revolution.**

**Zur blutigen Unterdrückung der Demonstrationen setzte Sadat Polizei und Militär ein. Es gab mindestens 50 Tote und weit mehr Verletzte, Massenverhaftungen wurden vorgenommen. Das Regime beschuldigt eine illegale Kommunistische Partei, die Massenkämpfe organisiert zu haben und droht mit brutaler Repression. Zugleich sah es sich jedoch gezwungen, die Preiserhöhungen für Grundnahrungsmittel zunächst einmal auszusetzen.**

**Am 17.1. beschloß die ägyptische Regierung drastische Preiserhöhungen zur Sanierung des ägyptischen Staatshaushaltes, die im wesentlichen auf dem Rücken der arbeitenden Bevölkerung ausgetragen werden sollten. Die ägyptische Bevölkerung antwortete auf diese unzumutbaren Angriffe auf ihre Lebenslage mit zweitägigen aufstandsähnlichen Protesten und Demonstrationen. Die ägyptische Regierung versuchte, die Aufstände mit Waffengewalt blutig zu unterdrücken. Es gab mindestens 50 Tote und zahlreiche Verletzte sowie Massenverhaftungen. Gleichzeitig wurden die Preiserhöhungen für Grundnahrungsmittel zunächst einmal ausgesetzt.** Fortsetzung Seite 2

## aus dem Inhalt

# Massenstreiks in Ägypten

Fortsetzung von Seite 1

## Ägyptens Bevölkerung: Am Rande des Existenzminimums

Seit dem Juni-Krieg 1967 und erst recht seit dem Oktoberkrieg hat sich die Lebenslage der ägyptischen Bevölkerung ständig und drastisch verschlechtert. Konnte Sadat die militärischen „Erfolge" im Oktoberkrieg noch als innenpolitische Beruhigungspille einsetzen und die Bevölkerung damit zum Stillhalten bringen, so brachen jetzt – nach zahlreichen kleineren Streiks und Demonstrationen in den letzten Jahren – aufstandsähnliche Unruhen aus, als die ägyptische Regierung mit Preissteigerungen auf rationierte (!) und subventionierte Lebensmittel zwischen 5 und 31 % ihren Staatshaushalt sanieren wollte. Hinzu kamen enorme Preissteigerungen für Benzin, Haushaltsgasflaschen, Importwaren, besonders Elektro-Artikel, für Wolle, Zigaretten und Alkohol, die zwischen 25 und 100 % liegen sollten („Frankfurter Rundschau" – „FR", 19.1.77, „Frankfurter Allgemeine Zeitung" – „FAZ", 19.1.77).

Die Preissteigerungen für Grundnahrungsmittel treffen die arbeitende Bevölkerung besonders hart. Mehr als drei Viertel aller ägyptischen Familien (!) verfügen nur über 250 ägyptische Pfund im Jahr, das sind ungefähr 1.000 DM! Das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen pro Jahr wird mit 100 Dollar angegeben („FR", 21.1.77)! Gleichzeitig beträgt schon seit Jahren die Inflationsrate 30 - 40 % im Jahr. Diese Preissteigerungen werden schon lange nicht mehr von den Lohnerhöhungen aufgefangen. Die subventionierten Lebensmittel, wie Reis und Zucker, waren ohnehin schon lange rationiert. Pro Kopf und Monat 1 Kilo Reis und 750 Gramm Zucker („FR", 19.1. 1977)! Kein Wunder also, daß die meisten der 40 Millionen Ägypter fast ausschließlich von einem billigen Bohnengericht und Fladenbroten leben müssen! Die Öffnung Sadats nach Westen, die von der bürgerlichen Presse gepriesene „Liberalisierung" Ägyptens, bringt nichts als Elend für die arbeitende Bevölkerung.

### Aufstandsähnliche Unruhen

Auf die Preiserhöhungen der Grundnahrungsmittel, die der Internationale Weltwährungsfond Ägypten zur Sanierung seines Haushalts empfohlen hatte – (Ägypten hat mindestens 10 Milliarden Dollar Schulden – laut „FAZ" vom 20.1. und das Defizit im ägyptischen Staatshaushalt beträgt rund 5,2 Miliarden DM, das sind etwa 1,3 Milliarden ägyptische Pfund – laut „FR" vom 19.1.77) – brachen in mehreren Städten Ägyptens aufstandsähnliche Unruhen aus. Am 18.1. demonstrierten Studenten zum Kairoer Parlamentsgebäude, die Arbeiter aus dem Industrievorort Kairos, Heluan, demonstrierten zu Zehntausenden auf die Hauptstadt zu. Zu Massendemonstrationen kam es außerdem in Alexandrien. Zig-Tausende protestierten in Sprechchören gegen die Sadatregierung.

Am 19.1. gingen die Demonstrationen weiter und verstärkten sich erheblich. Studenten rissen die Bilder Sadats von den Wänden, Sprechchöre wurden laut, u. a. *„Nieder mit Sadat", „Wir verhungern sowieso, deshalb kannst du uns mit deinen Kugeln töten, Sadat"* („FR", 20.1.77).

Die Demonstranten entwickelten eine außerordentliche Militanz, die sich vor allem gegen die Symbole des Reichtums und der Unterdrückung richtete. Im Kairoer Geschäftsviertel gingen zahlreiche Geschäftshäuser in Flammen auf. Demonstranten versuchten, eine Polizeiwache in Brand zu stecken und bewarfen gegen sie vorrückende Polizeieinheiten mit Tränengaskanistern (das sicher mal für andere Zwecke gedacht war). Zahlreiche Geschäfte wurden geplündert.

Die besonders regierungstreuen Zeitungen wurden von den Demonstranten angegriffen, so das Gebäude der rechten Zeitung „Al-Akhbar", das besonders den Sadat-Kurs unterstützt und in einem Artikel die Preiserhöhungen verteidigt hatte. Die Fenster des Verlagsgebäudes wurden zertrümmert, Aktenschränke wurden auf die Straße geworfen, das Papierlager der Zeitung in Brand gesteckt. Ebenfalls angegriffen wurden das Gebäude von „Al Ahram". Die Glasfassade wurde in der Nacht zum Mittwoch erheblich beschädigt. Mittwoch fuhren gepanzerte Militärfahrzeuge zum Schutz der „halbamtlichen" Zeitung auf („Neue Zürcher Zeitung" – „NZZ", 21.1.77).

Schon am Dienstag erhielt die Polizei den Befehl, auf Menschenansammlungen zu schießen, ebenfalls auf Personen, die zu Kundgebungen aufriefen. An diesem Nachmittag gab es bereits nach offiziellen Angaben fünf Tote und zahlreiche Verletzte („FR", 20.1.77). In Kairo marschierten Polizei- und Militärkolonnen auf, so daß die Stadt eher einem Heerlager glich. Die Nilbrücken wurden hochgezogen, um den Arbeitern von Heluan, die zu Zehntausenden demonstrierten, den Zugang zur Hauptstadt zu sperren. Schulen und Universitäten wurden zunächst für Mittwoch und Donnerstag geschlossen, schließlich für vierzehn Tage. Am Mittwoch wurde über Kairo und Alexandria eine Ausgangssperre verhängt, die pro Tag 14 bzw. 11 Stunden dauerte.

Trotz massiven Polizei- und Militäraufgebots, trotz brutalen Vorgehens, trotz des Einsatzes von Wasserwerfern, Tränengas und der Schußwaffen der Polizei – das protestierende ägyptische Volk war dem Militär durch Sadat praktisch zum Abschuß freigegeben – hielten die blutigen Straßenschlachten während des Ausgehverbots am Mittwoch, dem 19.1., und auch am Donnerstag an. Später wurde das nächtliche Ausgehverbot auch auf Suez und Mansurah ausgedehnt, wo es ebenfalls zu Demonstrationen gekommen war. In vielen Städten im Nil-Delta kam es ebenfalls zu größeren Protestaktionen („NZZ", „FR", 21.1.77).

Die (offizielle!) Bilanz des Mittwochs: 50 Tote, 600 Verletzte, über 1.000 Verhaftete („ARD-Tagesschau", 20.1., 20 Uhr). Und diese Zahlen sind sicher stark untertrieben. Die ägyptische Regierung versucht, so wenig wie möglich nach außen dringen zu lassen; so wurde z. B. die Übermittlung von Funkfotos durch die ägyptischen Behörden verzögert.

In Heluan legten Zehntausende von Arbeitern die Arbeit nieder, obwohl Streiks in Ägypten verboten sind („FR", 21.1.77).

Am Donnerstag herrschte in allen ägyptischen Städten gespannte Ruhe – an der Oberfläche. Überall waren schwerbewaffnete Fallschirmjäger aufgezogen, die die wichtigsten Punkte bewachten. Die ägyptische Regierung zog zunächst einmal die Preiserhöhungen für Grundnahrungsmittel zurück. Aber das wird nicht der letzte Angriff der ägyptischen Massen auf das reaktionäre Sadat-Regime gewesen sein. Nicht nur die hochgezogenen Nilbrücken erinnern an das zaristische Russland 1905 und 1917.

**Nahost-Kommission**

# Nazis feiern „Reichsgründung"

Verschiedene „Reichsgründungsfeiern" wollten die Faschisten im Januar in mehreren Städten der BRD durchführen.

In Hamburg war die Veranstaltung u.a. im Info-Dienst der NPD angekündigt worden, für den 23. Januar, jedoch ohne Ort und Uhrzeit.

Zwischenzeitlich ging ein Drohbrief der Faschisten bei uns ein (siehe Teil-Abdruck), in dem mitgeteilt wurde, daß die Veranstaltung um 11 Uhr im „Haus des Sports" (ein traditioneller Treffpunkt von NPD, Nazi-Banden und „Vertriebenen"-Verbänden) stattfinden sollte. Unter Hinweis auf die in diesem Brief enthaltenen Drohungen stellten wir sofort Antrag auf Verbot des Nazi-Treffens bei der Innenbehörde. Etwas später teilte der Leiter der Rechtsabteilung des Hamburger Polizeipräsidiums, Dr. Buss, uns mit, er sehe „keinerlei Anhaltspunkt für ein Versammlungsverbot". Den ganzen Vorgang gaben wir daraufhin in einer Presse-Erklärung bekannt, was offenbar für die Leitung des „Haus des Sports" wiederum Veranlassung war, der Rundfunk-Journalistin C. Sonntag auf Anfragen zu erklären, sie werde die Nazi-Veranstaltung in ihren Räumen n i c h t stattfinden lassen.

Das war eine Lüge, was bei den Nazi-Freunden in der Leitung des „Haus des Sports" bereits Tradition hat!

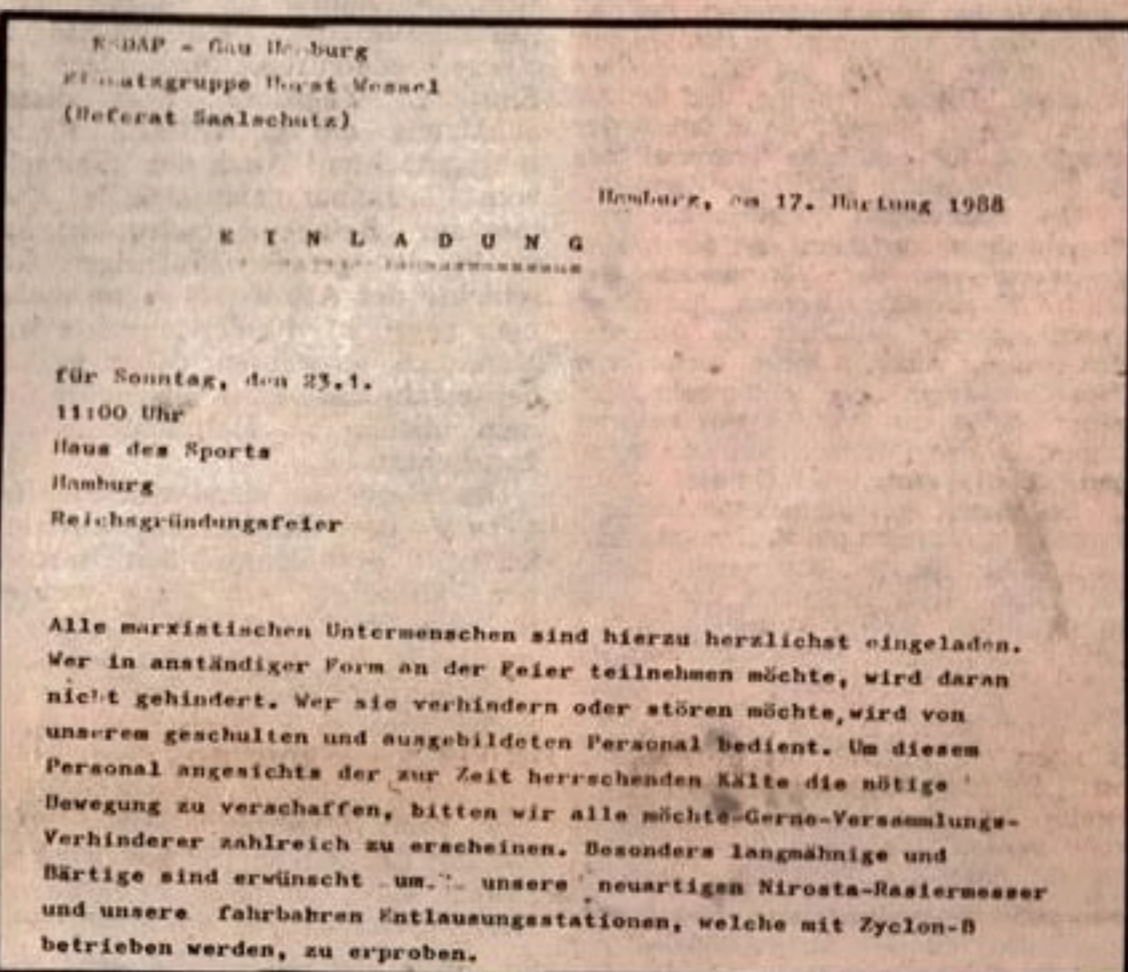
Schon wiederholt haben diese Leute nach besonders skandalösen Vorgängen in ihren Räumen öffentlich versprochen, an die NPD nicht mehr zu vermieten! ...

Jedenfalls fand sich zum angekündigten Zeitpunkt ein mageres Trüppchen von Faschisten ein, die sich ins „Haus des Sports" begaben und dort ganz offenkundig ihre „Feier" tatsächlich durchführten. Als Erfolg kann bei der ganzen Sache gewertet werden, daß die Nazis in Hamburg durch wiederholte militante Massenproteste so weit eingeschüchtert sind, daß sie eine öffentliche Mobilisierung zu ihren Veranstaltungen nicht mehr wagen und das zahlenmäßige Ergebnis bei ihnen entpsrechend aussieht.

In Oldenburg hatte sich eine recht gemischte schwarz-braune „Aktionseinheit" zur „Reichsgründungsfeier" am 14. Janaur zusammengefunden. Unter dem Motto „Deutschland ist größer als Europa" trafen sich „junge und alte Patrioten" aus der NPD, der CDU, der DVU von Frey, der „Aktion Vierte Partei", des rechtsradikalen „Kulturwerks", des „Bundes der Vertriebenen" und des „Stahlhelm".

Als Redner traten Bernhard C. Wintzek – Herausgeber der Nazi-Zeitschrift „MUT" – und Hans Hertel (NPD) auf. Sie traten für einen ;,Großdeutschen Nationalstaat", selbstverständlich unter „Anschluß" Österreichs, ein und riefen zur Gründung einer „Gesamtdeutschen Aktion" als Einheitsfront von CDU bis ganz rechtsaußen auf.

Etwa 280 Faschisten, auch aus der weiteren Umgebung, waren zu diesem Auftritt nach Oldenburg gekommen, teilweise wild kostümiert.


N[illegible]DAP - Gau H[illegible]burg
[illegible]atsgruppe H[illegible]rst Wessel
(Referat Saalschutz)

Hamburg, am 17. Hartung 1988

E I N L A D U N G

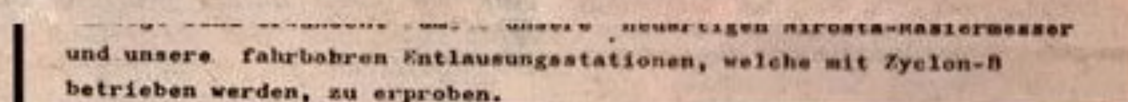
für Sonntag, den 23.1.
11:00 Uhr
Haus des Sports
Hamburg
Reichsgründungsfeier

Alle marxistischen Untermenschen sind hierzu herzlichst eingeladen. Wer in anständiger Form an der Feier teilnehmen möchte, wird daran nicht gehindert. Wer sie verhindern oder stören möchte, wird von unserem geschulten und ausgebildeten Personal bedient. Um diesem Personal angesichts der zur Zeit herrschenden Kälte die nötige Bewegung zu verschaffen, bitten wir alle möchte-Gerne-Versammlungs-Verhinderer zahlreich zu erscheinen. Besonders langmähnige und Bärtige sind erwünscht um unsere neuartigen Nirosta-Rasiermesser und unsere fahrbahren Entlausungsstationen, welche mit Zyclon-B betrieben werden, zu erproben.

Diesen Drohbrief (Ausriß) schickten die Faschisten an den AK

Prinzing – beim 85. Befangenheitsantrag „gekippt" Fortsetzung von Seite 1

gehoben, als ärztliche Gutachter festgestellt hatten, daß die Gesundheit der Angeklagten völlig ruiniert ist. Dadurch trägt er auch wesentlich Schuld am Tod von Ul- lichen, und die Vorverurteilung der Untersuchungsgefangen durch die reaktionäre Presse. lung immer dann unterbrochen würde, wenn bei Karl-Heinz Roth Spasmen und Koliken aufträten! Um dieses Verhalten,


und unsere fahrbahren Entlausungsstationen, welche mit Zyclon-B betrieben werden, zu erproben.

Diesen Drohbrief (Ausriß) schickten die Faschisten an den AK

# Prinzing – beim 85. Befangenheitsantrag „gekippt"

Fortsetzung von Seite 1

gehoben, als ärztliche Gutachter festgestellt hatten, daß die Gesundheit der Angeklagten völlig ruiniert ist. Dadurch trägt er auch wesentlich Schuld am Tod von Ulrike Meinhof. Er hat von Anfang an die Angeklagten als Schwerverbrecher behandelt und ihre physische und psychische Zerstörung durch die Haftbedingungen bewußt in Kauf genommen. In Presseinterviews ließ er durchblicken, daß für ihn im Verfahren gegen die „RAF"-Gefangenen nur ein „lebenslänglich" in Frage kommt.

Selbst wenn die Figur Prinzings nunmehr aus dem Verfahren in Stammheim ausgeschieden ist, so heißt das keineswegs, daß sich am weiteren Prozeßverlauf und dem vorausbestimmten Urteil etwas ändern wird.

Und das kann man nicht nur an der Person des neuen Vorsitzenden Richters, Eberhard Foth, festmachen. Dieser wurde als einziger Beisitzender Richter in Stammheim – erfolglos – von den Wahlverteidigern für befangen erklärt, weil er sein Mißfallen gegen deren Anträge allzu deutlich geäußert hatte („FR", 22.1.77).

Der Prozeß in Stammheim – und er ist nur der spektakulärste politische Prozeß in der BRD – offenbart das ganze Ausmaß der Faschisierung auf dem juristischen Sektor. Tatsächliche oder vermeintliche Vergehen der Angeklagten werden nicht mehr bewiesen. Die Verurteilung zu hohen Gefängnisstrafen bis hin zu lebenslänglich erfolgt allein auf Grund der linken Gesinnung der Genossen. Für den reibungslosen Ablauf dieser Praxis garantieren menschenzerstörende Haftbedingungen, Sonderrichter und Sondergesetze, die eine wirksame Verteidigung verunmöglichen, und die Vorverurteilung der Untersuchungsgefangen durch die reaktionäre Presse.

## Rettet das Leben von Karl-Heinz Roth!

*„Wenn Sie Karl-Heinz Roth umbringen wollen, dann drücken Sie sich doch etwas deutlicher aus!"*, rief Rechtsanwalt Golzem dem Vorsitzenden Richter der elften Großen Strafkammer des Landgerichts Köln, Armin Draber, am Ende des ersten Prozeßtages (17.1.) zu.

Daß diese Aussage den Kern trifft, zeigt die bisherige Behandlung von Karl-Heinz Roth, für die Draber als Vorsitzender Richter verantwortlich zeichnet, und die Karl-Heinz Roths Tod nicht nur bewußt in Kauf nimmt, sondern offenbar darauf hinzielt.

Karl-Heinz Roth wurde an den beiden ersten Verhandlungstagen gefesselt in einem Polizeihubschrauber und in einem VW-Bus zum Gerichtssaal transportiert, was bei seinem angegriffenen Gesundheitszustand (er schwebte seit seiner Inhaftierung mehrere Male in Lebensgefahr und hat einen völlig ruinierten Kreislauf) sofort neue Magenkoliken auslöste. Am ersten Prozeßtag mußte er von einem Notarzt behandelt werden. Obwohl dieser erklärte, daß Karl-Heinz nicht transportfähig sei, ordnete Draber dennoch seinen Rücktransport von Köln nach Bochum an. Die Untersuchung und Überprüfung der Haftfähigkeit durch den Darmspezialisten Dr. Beck lehnte Draber ab, ohne sich mit den anderen Richtern beraten zu haben. Am zweiten Prozeßtag erklärte Draber, daß die Hauptverhandlung immer dann unterbrochen würde, wenn bei Karl-Heinz Roth Spasmen und Koliken aufträten! Um dieses Verhalten, das auf die Vernichtung Roths abzielt, zu verdecken, erließ Draber ein strenges Fotografier- und Filmverbot. Tonbandaufnahmen wurden ebenfalls untersagt – diese waren sogar noch in Stammheim gestattet!

Diese Beispiele mögen genügen, um zu zeigen, daß von einem P r o z e ß gegen Karl-Heinz Roth und den Mitangeklagten Roland Otto keine Rede mehr sein kann. Die beiden sind des Mordes angeklagt (nicht der Beihilfe zum Mord, wie wir irrtümlich im letzten AK geschrieben haben), obwohl nachweislich keiner der beiden geschossen hat. Schon in der Anklageschrift wird die Lebensgeschichte der beiden, vor allem Karl-Heinz Roths frühere politische Tätigkeit im SDS, so dargestellt, als führe sie zwangsläufig zu Mord und Totschlag. In dem Prozeß stehen auch gar nicht die Taten der Genossen vor Gericht, sondern ihre linke Gesinnung, die in den Augen der Klassenjustiz ganz offensichtlich schwerer wiegt, als jeder Mord.

Für Karl-Heinz Roth kann die Fortführung des Verfahrens den sicheren Tod bedeuten. Wir fordern alle Genossen und demokratischen Menschen auf, die Solidaritätskampagne für Karl-Heinz Roth und Roland Otto (Unterstützungsbüro, Glasstr. 80, 5 Köln 30) zu unterstützen.

**Sofortige Freilassung von Karl-Heinz Roth!**

**Sofortige Einstellung des Verfahrens!**

**Freiheit für alle politischen Gefangenen!**

# Staatlich legitimierter Mord

**Im Juli 76 wurde in den USA vom Obersten Bundesgericht die Todesstrafe wieder legalisiert. Am 18. Januar dieses Jahres wurde Gary Gillmore das erste Opfer des legalen Mordes.**

Mitte letzten Jahres erschoß Gillmore zwei Menschen in einem Amoklauf, kurz zuvor hatte seine Freundin mit ihm Schluß gemacht. Im Oktober wurde er wegen zweifachen Mordes zum Tode verurteilt. Als er 36jährig starb hatte er von den letzten 21 Jahren seines Lebens 18 Jahre hinter Gefängnismauern verbracht. So sagte er dann als sein Todesurteil feststand: lieber den Tod als den Rest des Lebens im Gefängnis. *„Ihr habt mich zum Tode verurteilt. Ich habe mein Leben lang Urteile akzeptiert, denn ich hatte keine andere Wahl. Und ich will auch jetzt keine Gnade: Es steht nicht im Gesetz, daß ich um meine Hinrichtung bitten muß. Ich habe ein Recht darauf, hingerichtet zu werden."*

Insbesondere den letzten Satz griff die bürgerliche Presse begierig auf. Wie blutrünstige Haie stürtzen sie sich auf Gillmore und stilisierten ihn zu einer Art modernem Gladiator hoch. Wohl zum ersten Mal in seinem Leben erhielt er Beachtung. Das grausame ist, daß er bei dieser Show immer mehr mitspielte. So endete es für die bürgerliche Presse wie sie es brauchte: *„Er starb wie ein Mann"* („Morgenpost", 18.1.77). Seine Lebensgeschichte soll 2,5 Mio. DM einbringen – ein widerlicher Rummel.

423 zum Tode verurteilte „warten" auf die Hinrichtung da die Todesstrafe bis jetzt faktisch ausgesetzt war. Von den 423 Verurteilten sind 179 Schwarze – das sind 42%. Hier zeigt sich die amerikanische Klassen- und Rassenjustiz ganz unverhüllt. Im Bundesstaat Virginia sind seit 1908 wegen Vergewaltigung nur Schwarze hingerichtet worden, obwohl ebenso viele Weiße wegen des gleichen Delikts verurteilt wurden.

– Da gibt es den Fall eines heute 64jährigen Schwarzen. 1931 wurde er wegen Vergewaltigung zum Tode verurteilt, obwohl alle Frauen ihre Beschuldigungen zurückzogen und der Staatsanwalt sich in Widersprüche verwickelte. 1976 (!) wurde er dann endlich freigesprochen.

– Da gibt es auch den Fall des Schwarzen Gary Tylors. Er soll bei einer Auseinandersetzung um einen Schulbus mit weißen Rassisten, eine mitfahrende weisse Schülerin getötet haben. Er wurde von einer weißen Jury zum Tode verurteilt obwohl mehrere Zeugen bestätigten, daß der Schuß aus der Menge der Rassisten kam. Daß er jetzt einer Revision entgegensieht, verdankt er einerseits der breiten Solidarität und einem formalen Fehler der Justiz. Die Jury war nur für Erwachsene zuständig und er war noch minderjährig.

Anläßlich der Gillmore-Hinrichtung hat es eine große Diskussion gegeben, die von den Reaktionären und Faschisten mit dem Ziel geführt wurde, alle zum Tode Verurteilten jetzt auch staatlich zu ermorden.

Befürworter der Todesstrafe gibt es in den USA genug: So den Justizminister des staates Iowa, der sich davon *„eine reinigende Wirkung"* verspricht; so den Ex-Präsidenten Ford, der die Todesstrafe für *„Terrorristen, Massenmörder, Spione und Verbrecher"* forderte und viele andere mehr. Daß in den USA nicht nur „Kriminelle" legal ermordet werden, zeigt das Register der amerikanischen Justiz: die Anarchisten Sacco und Vanzetti wurden gehenkt!

Aber es sind nicht nur diese haarsträubenden Klassenjustizurteile. Auch diejenigen, die wie Gillmore tatsächlich die Tat begangen haben, sind nicht die wahren Schuldigen.

**Das US-imperialistische System, das andere Länder mit Terror und Mord überzieht, ist es, daß tagtäglich Gewalt auch im eigenen Land hervorbringt.**

Die Imperialisten haben im Vietnamkrieg eine riesige Menge entwurzelter Kriegsveteranen geschaffen, die „gelernt" haben, ohne Rücksicht zu töten. Dazu kommt die unvorstellbare Verelendung eines beträchtlichen Teils der amerikanischen Bevölkerung.

17,9 Mio. US-Bürger lebten 1974 von Lebensmittelcoupons. 150.000 Menschen waren nach offiziellen Berichten unterernährt. 8,1% der arbeitenden waren 1976 arbeitslos, davon 20% bei den Jugendlichen. Auf diesem Boden wächst die Gewalt, die notwendig ist, um zu überleben.

Einer der in Chicago 1887 gehenkten Anarchisten sagte am Galgen stehend: „Es wird einmal eine Zeit kommen, in der unser Schweigen mächtiger sein wird als die Stimmen, die ihr heute erstickt."

**USA-Kommission**

# Bei Nordwind 30 Mill. Tote ...

Fortsetzung von Seite 1

mit ihren schwächeren Körpern der Strahlung ganz besonders ausgesetzt wären. Auch der Anstieg von Krebserkrankungen bei Erwachsenen muß als gesicherte Folge eines „normalen" KKW-Betriebs gelten.

Eine deutliche Sprache, im Gegensatz zu den offiziellen Beruhigungs-Pillen, spricht auch die Tatsache, daß die Landesregierung Nordrhein-Westfalens inzwischen beschlossen hat, in den nächsten Jahren keine Genehmigung mehr für die Errichtung weiterer KKW's in diesem Bundesland zu geben. Warum wohl, wenn angeblich gar kein Risiko besteht? Nicht weniger deutlich ist der Protest von mehr als 1.000 der 1.500 Wissenschaftler und Techniker des europäischen Atomforschungszentrum Cern gegen den geplanten Bau eines neuen „Schnellen Brüters" in Frankreich – **„mit dem Hinweis auf die noch un**gelösten Sicherheitsprobleme der Brütertechnologie" („Spiegel", 17.1.)

Es spricht außerdem für sich, daß es der Leiter des für das vom „Stern" zitierte Regierungsgutachten verantwortlichen Institus als „kriminellen Akt" bezeichnete, daß diese „internen Arbeitspapiere" überhaupt an die Öffentlichkeit gelangt sind. Umgekehrt wird doch wohl ein Schuh daraus: Kriminell ist es, wenn solche Informationen vor der Bevölkerung geheimgehalten werden sollen und man uns stattdessen einen Riesenbären über die angeblich völlig ungefährlichen KKW's aufzubinden versucht!

In der „Bild" kann man dann lesen, die Mehrheit der westdeutschen Bevölkerung sei f ü r Atomenergie (13. Januar). So hätten sie es gern, und damit sollen wohl die letzten Zweifler eingeschüchtert werden. Wir raten: Glauben Sie nicht Springers „Bild"! Überzeugen Sie sich selbst im Gespräch mit Ihren Kollegen am Arbeitsplatz, mit Ihren Nachbarn im Wohnhaus, wie die „Mehrheit der Deutschen" über die Aussicht denkt, bei einem KKW-„Betriebsunfall" ausgelöscht zu werden. **Niemand sollte den Lügen derjenigen glauben, die für das Herstellen von Beruhigungspillen bezahlt werden oder die direkt ein Profit-Interesse am KKW-Bau haben!**

Der Kampf gegen die Kernkraftwerke, die schon bestehenden ebenso wie die im Bau befindlichen oder geplanten, ist Teil unseres Kampfes ums Überleben. Der Kampf gegen den geplanten KKW-Bau in Brokdorf ist dabei zur Zeit ein Kristallisationspunkt unsere Protests.

**Kommunistischer Bund (KB)**

# „Europäische Konvention zur Bekämpfung des Terrorismus"

**Am 24.5.1976 hat ein „Europäisches Komitee für Strafrechtsprobleme", eine Abteilung des Europarates, einen Entwurf für eine „Europäische Konvention zur Bekämpfung des Terrorismus" ausgearbeitet.**
**Die Konvention soll am 27.1.1977 von den ersten europäischen Staaten unterzeichnet werden.**
**Der Entwurf wirft das gesamte bisherige Völkerrecht im Bereich des Asyl- und Auslieferungswesens über den Haufen: das Prinzip, wegen politischer Delikte gesuchte Menschen nicht an den „Heimat"-Staat auszuliefern, wird praktisch aufgehoben.**

Bis zum heutigen Tage ist es internationale Praxis, daß eine Auslieferung nicht erfolgen darf, wenn jemand wegen politischer „Delikte" verfolgt wird.

So heißt es im westdeutschen Auslieferungsgesetz: *„§ 3 (1) Die Auslieferung ist nicht zulässig, wenn die Tat, welche die Auslieferung veranlassen soll, eine politische ist oder mit einer politischen Tat derart im Zusammenhang steht, daß sie diese vorbereiten, sichern, decken oder abwehren sollte."* Ähnliche Bestimmungen gibt es in den anderen westeuropäischen Ländern. Das jüngste Beispiel, an dem sich die mögliche Nützlichkeit dieser Bestimmungen zeigte, war der Auslieferungsantrag der BRD an die griechische Regierung wegen Rolf Pohle.

Dabei ist es gelungen, besonders in Griechenland selbst, eine breite Diskussion um die Rechtsentwicklung der BRD und deren Terror gegen politische Gefangene und Verteidiger zu entfachen.

Das Auslieferungsverbot wegen politischer „Delikte" kann also ein Schutz für verfolgte Genossen sein, insbesondere, wenn es eine starke demokratische Bewegung wie in Griechenland gibt.

## Abschaffung des Auslieferungsverbots

Diese Möglichkeit für politisch Verfolgte soll nun in Westeuropa unter dem verlogenen Vorwand der „Terroristenbekämpfung" abgeschafft werden. Nach der „Anti-Terrorismus-Konvention" soll es keine politischen Delikte mehr geben. Dies sagen die Autoren des Entwurfes selbst: *„Sie* (die Mitgliedsstaates des Europarates, AK) *sind sich der wachsenden Unruhe bewußt, die durch immer fortwährende Akte des Terrorismus verursacht wird. Sie wünschen, daß wirksame Maßnahmen ergriffen werden, damit die Urheber solcher Gewalttaten der Verfolgung und Bestrafung nicht entgehen. Sie sind davon überzeugt, daß die Auslieferung ein besonders wirksames Mittel ist* (!!!)*, um dies Ziel zu erreichen."*

Um die totale Aufhebung des Auslieferungsschutzes aber nicht allzu offenkundig werden zu lassen, hat man nicht das Auslieferungsverbot insgesamt abgeschafft, sondern ist nach der Devise „Es gibt keine..." verfahren. Dementsprechend heißt es in Art. 1 der Konvention: *„Um den Auslieferungstatbestand zwischen den Unterzeichnerstaaten zu erfüllen, wird keines der im folgenden benannten Verbrechen als politische Tat, als Tat, die mit einer politischen Tat im Zusammenhang steht oder als Tat, die von politischen Beweggründen getragen ist, angesehen:(es folgt ein Katalog von Straftaten wie z.B. Flugzeugentführung, Sprengstoffanschläge usw. enthalten ist auch ‚Entführung, Geiselnahme oder willkürliche Freiheitsberaubung (?)' "*.

Was „willkürliche Freiheitsberaubung" ist, wissen die Götter bzw. das BKA. Jedenfalls ist zumindest mit diesem Tatbestand die Möglichkeit einer willkürlichen Ausweitung der als „kriminell" zu behandelnden politischen Aktionen gesichert.

Darüber hinaus wird durch diesen Artikel den der Konvention beigetretenen Staaten das Recht genommen, e i g e n s t ä n d i g zu entscheiden, ob sie eine bestimmte Handlung als politisches Vergehen ansehen wollen oder nicht. Auf diese Art und Weise sollen den betroffenen Staaten von vornherein die Hände gebunden werden, um „Fehlentscheidungen" wie die des Athener Oberlandesgerichts, das Pohle nicht ausliefern wollte, zu verhindern.

## Artikel 2 – Wahnsinn

Die totale Entrechtung bzw. Kriminalisierung politisch Verfolgter bringt der Artikel 2 der Konvention:

„1. Um die Bestimmunnen zur Auslieferung zwischen den Vertragsstaaten zu füllen, kann ein Vertragsstaat nicht als politisches Vergehen, als Vergehen im Zusammenhang mit einem politischen Vergehen oder als politisch motiviertes Vorgehen jeden schweren Gewaltakt (!) ansehen, der im Artikel 1 nicht bezeichnet ist, der aber gegen das Leben, die körperliche Unversehrtheit oder die Freiheit von Personen gerichtet ist.

2. Dasselbe trifft zu, was jeden schweren Angriff gegen das Eigentum (!) betrifft, sofern er nicht im Artikel 1 genannt ist, aber von ihm eine allgemeine Gefahr für andere Personen ausgeht."

Unter diesem Artikel der Konvention ist nun praktisch a l l e s zu verstehen, was in irgendeinem noch so weiten Zusammenhang mit politischen Aktionen steht. Es wäre z.B. ohne weiteres denkbar, daß die Teilnahme an einer Demonstration wie in Brokdorf den „Straftat"bestand für eine Auslieferung darstellen würde.

## Notbremse: Verurteilung im Auslieferungsland

In Artikel 5 der Konvention ist festgehalten, daß ein Staat die Auslieferung verweigern darf, wenn er das Ersuchen für vorgeschoben hält und ihm andere Gründe als die angegebenen ausschlaggebend zu sein scheinen.

Zunächst einmal kann man davon ausgehen, daß es nur gegen ganz erheblichen politischen Druck einem westeuropäischen Land möglich sein dürfte, derart einem anderen „Bruderstaat" das Mißtrauen auszusprechen und des Mißbrauches der Konvention zu bezichtigen. Allein die damit verbundenen Querelen und zu erwartenden Pressionen lassen es unwahrscheinlich erscheinen, daß von diesem „Hintertürchen" jemals Gebrauch gemacht werden wird.

Sollte es aber trotzdem einmal soweit kommen, daß ein Land infolge breiten demokratischen Protestes die Auslieferung verweigert, so bedeutet das noch lange nicht, daß die Regierung den Gefangenen freilassen kann: Sie hat sich nämlich in Art. 6 und 7 der Konvention verpflichtet, den Betroffenen umgehend im eigenen Land vor Gericht zu stellen!

## Außerkraftsetzen aller bisherigen Gesetze

Um der Internationale des staatlichen Terrors die größtmögliche Effizienz zu sichern, enthält die Konvention die Bestimmung, daß ihre eigenen Regelungen allen bisherigen Gesetzen vorgehen sollen: *„Art. 3: Die Vereinbarungen aller bisher zwischen den Unterzeichnerstaaten angewandten Verträge und Übereinkünfte betreffs Auslieferungen ... werden, was die Beziehungen unter den Vertragsstaaten betrifft, in den Fällen geändert, wo sie mit der vorliegenden Konvention unvereinbar sind."*

## Aufhebung der nationalen Souveränität

Bislang war es nicht möglich, daß ein Land gegen seinen Willen zur Auslieferung gezwungen werden konnte. Die Regierung, die einen Korb bekommmen hatte, mußte dies akzeptieren. Auch damit soll nun Schluß sein: können sich zwei Staaten über die Auslieferung nicht einigen, so kann ein internationales Schiedsgericht b i n d e n d entscheiden!

## Internationale politische Polizei

Eine internationale politische Polizei hat es bisher nicht gegeben. Nach Artikel 2 des Statutes von Interpol ist es dieser Organisation untersagt, in Dingen mit politischem Charakter tätig zu werden. Nach den Buchstaben der Konvention wird es sie auch in Zukunft nicht geben. Die Praxis wird jedoch anders aussehen: Interpol hat sich zwar nach wie vor nicht um politische Taten zu scheren. Aber gibt es solche denn nach der neuen Konvention überhaupt noch?????

Damit dürfte die Einmischung des BKA in die Autonomie anderer Länder gesichert sein.

## Modell Deutschland – Wortführer der Entrechtung

Schon der Mechanismus der Konvention (völlige Kriminalisierung politischer Taten) konnte eigentlich in dieser Perfektion und in diesem Ausmaß nur auf deutschem Mist gewachsen sein. Tatsächlich ist es auch so gewesen: Die Initiative zur Schaffung der Konvention ging von der SPD-Regierung der BRD aus („Le Monde Diplomatique", Nov. 1976). Der BRD-Imperialismus will mit dieser Konvention sein Konzept der „Inneren Sicherheit", seine Strategie der Kriminalisierung international verbindlich machen. Reibungslos wird das jedoch nicht gelingen: zumindest Frankreich hat gegen die Konvention erhebliche Einwände angemeldet.

Der Widerstand in Frankreich gegen dieses Machwerk ist schon wesentlich weiter als bei uns, wo die Konvention praktisch noch nicht bekannt ist. Die französische Zeitschrift „Le Monde Diplomatique" schreibt dazu: *„Es ist tief beunruhigend zu sehen, daß bei Gelegenheit des Kampfes gegen den Terrorismus repressive Institutionen geschaffen werden, die die reine und einfache Negation einer liberalen Zivilisation sind, die zu verteidigen man grade vorgibt."*

Sollte es der BRD gelingen, die Konvention durchzusetzen, so wäre sie ihrem Größenwahnsinn eines „Modell Europa" nach dem Muster der BRD einen großen Schritt näher gekommen.

(Eine Dokumentation zur „Konvention" ist erhältlich beim „Schwarzmarkt", Bundesstraße 9, 2000 Hamburg 13.)

Initiativkomitee Arbeiterhilfe

## Giftgaswolke bedroht Bevölkerung

Aachen: In Stolberg, einer Kleinstadt in der Nähe von Aachen ereignete sich in der Metallwarenfabrik Prym (4.000 Beschäftigte) ein Betriebsunfall, der nicht nur für die Kollegen im Betrieb, sondern auch für die umliegende Bevölkerung böse Konsequenzen nach sich zog. „Irrtümlich", wie die Werksleitung erklärte, wurden mehrere tausend Liter Salpetersäure in einen Großtank mit Schwefelsäure gefüllt. Innerhalb von wenigen Minuten entstand daraufhin eine riesige, schwefelgelbe Giftwolke aus Nitrosegasen, die Verätzungen der Haut, sowie lebensgefährliche Lungenschäden bewirken. Nur durch die günstigen Witterungsverhältnisse kam es nicht zu einer Katastrophe wie im italienischen Seveso: die sechs Kilometer lange Giftwolke trieb in 100 Meter Höhe über dichtbesiedeltem Gebiet auf die holländische Grenze zu und löste sich dann auf. Bis zum Abend wurden 44 Arbeiter mit Vergiftungserscheinungen ins Krankenhaus gebracht, allerdings noch ohne akute Lebensgefahr.

Bisher ist noch ungeklärt, wieso sich dieser Unfall überhaupt ereignen konnte. Auf jeden Fall dürfte feststehen, daß entsprechende Sicherheitsvorkehrungen entweder nicht existierten oder nicht funktioniert haben. Während die Werksleitung dazu keinen Kommentar abgibt, steht für Teile der bürgerlichen Presse der Schuldige schon fest: ein einfacher Arbeiter („Kölner Express") bzw. zwei Arbeiter („Bild") sollen den Unfall verursacht haben.

Die Maßnahmen, die Werkschutz Polizei und Feuerwehr einleiteten, um eine Ausdehnung der Katastrophe zu verhindern, liefen unkoordiniert und waren völlig unzureichend. So wurden ca. 4 $km^2$ im Umkreis des Werkes abgeriegelt und gleichzeitig die Schulen evakuiert, mit dem Ergebnis, daß die Schüler schutzlos im Freien standen und nicht nach Hause fahren konnten, weil der Verkehr zusammengebrochen war. Erst zweieinhalb Stunden nach dem Unfall wurde die Bevölkerung über die Gefährlichkeit der ausströmenden Gase informiert; als einzige Maßnahme wurde ihr geraten, im Freien getrocknete Wäsche ein zweites Mal zu waschen.

KB-Sympatisanten in Aachen

# 10000 gegen AKW's

**Bis zu 10.000 AKW-Gegner demonstrierten am 22. Januar durch die Hamburger Innenstadt. Die Menschen, die trotz widerlichsten Wetters auf die Straße gingen, bekundeten ihren Willen, den Kampf gegen die hochgefährlichen Atomanlagen fortzusetzen. Hamburgs Polizei (von Sozialdemokraten befehligt) probte ihre Einsatzbereitschaft – offenbar auch im Hinblick auf die nächste Großkundgebung in Brokdorf. Nach Abschluß der friedlich verlaufenen Demo provozierten die Bullen mehrere Schlägereien, setzten Wasserwerfer ein etc., um den AKW-Gegnern die Lust und den Mut am engagierten öffentlichen Auftreten zu nehmen. Das dürfte ihnen kaum gelungen sein ...**











# Nachrichten vom Widerstand

**Mönchengladbach.** Am 13.1.77 fand in Mönchengladbach eine von den KB-Sympathisanten organisierte Veranstaltung gegen den Bau von Kernkraftwerken statt.

An der Veranstaltung nahm auch ein Vertreter der „Bürgerinitiative Niederrhein gegen Atomkraftwerke" teil. Insgesamt besuchten 30 Menschen die Veranstaltung.

**Hamm.** Am 16.1.77 fand in Hamm ein Fest der „Bürgerinitiative Umweltschutz Hamm e.V." statt, anläßlich der Verleihung des „Schalom Friedenspreises der christlichen Friedensdienste" an die Hammer Umweltschützer. Am Tage gab's Gespräche und Beiträge verschiedener Bürgerinitiativen, nachmittags ein Kinderfest.

Am Abend wurden Dias aus Brokdorf, kurze Informationsbeiträge und Musik zum Tanzen geboten, ca. 70 zumeist junge Leute nahmen daran teil.

**Essen.** An der Gesamthochschule Essen fand am 13.1. eine Veranstaltung statt, die von ca. 40 Studenten besucht wurde. Da der angekündigte Film leider nicht gezeigt werden konnte, standen Beiträge über die Gefährlichkeit der AKW's im Mittelpunkt. Als Ergebnis der Veranstaltung hat sich eine Arbeitsgruppe gegen AKW's gegründet.

**Hamburg-Eimsbüttel.** Die Stadtteilgruppe Eimsbüttel der BUU in Hamburg rief für den 14.1. zu einer Informations- und Diskussionsveranstaltung gegen AKW's auf, zu der über 400 Menschen kamen. Es wurden detaillierte Informationen zur Gefährlichkeit von AKW's gegeben und die Verfilzung von Atomindustrie, Staatsapparat und Überwachungsvereinen (TÜV) aufgezeigt. Auf große Begeisterung stieß ein „Boxkampf", in dem eine AKW-Gegnerin den HEW/NWK-Vertreter k.o. schlug (mit Argumenten, versteht sich). In der nachfolgenden Diskussion wurde eine Resolution gegen Zensurmaßnahmen im NDR verabschiedet (einer Redakteurin war verboten worden das „KKW-Nein-Lied" zu spielen).

Die meisten Diskussionsredner sprachen sich dafür aus, daß am 19.2. eine Bauplatzbesetzung in Brokdorf versucht werden soll.

### Erste Veranstaltung des AKW-Umweltschutz in Detmold

Am 13.1. fand in Detmold eine Veranstaltung über die Auseinandersetzungen um das AKW Brokdorf statt. Veranstalter war der Arbeitskreis Umweltschutz, der insbesondere gegen das in Grohnde geplante AKW arbeiten will, Grohnde liegt 40 km entfernt von Detmold.

120 Teilnehmer waren zu der Veranstaltung gekommen, zu der vorher durch Flugblätter und Plakate aufgerufen worden war.

Alle Anwesenden waren empört über das brutale Vorgehen der Polizei in Brokdorf, worüber eine Dia-Serie gezeigt wurde. In der anschließenden Diskussion gelangte man schnell von der Gefährlichkeit von AKW's für Mensch und Umwelt über die Hintergründe der BRD-Atompolitik zur Frage der Bedeutung der Demonstration am 19. Februar in Brokdorf. Die Mehrzahl der Diskussionsteilnehmer sprach sich f ü r eine Besetzung des Bauplatzes als einzig wirksames Mittel aus, um den Bau von AKW's zu verhindern.

### Kein AKW am Niederrhein und auch nicht anderswo!

Dies war eine der Parolen, die am 15.1. auf einer Demonstration gegen den Bau eines Atomkraftwerks in Bislich-Vahnum bei Wesel gerufen wurde. Aufgerufen zu dieser Demonstration hatte die „Niederrheinische Bürgerinitiative gegen Atomkraftwerke - NBA". Zwischen 500 - 600 Menschen nahmen an dem Protestmarsch teil, der sich gegen den geplanten Bau von 6 AKW's am Niederrhein richtete.

Die SPD-Landesregierung hatte am Tag vor der Demonstration in Wesel bekanntgegeben, daß in NRW in den nächsten 5 Jahren keine neuen Atomkraftwerke genehmigt werden („WAZ", v. 14.1.). Zur Bedingung einer Genehmigung soll der Ausbau einer Entsorgungsanlage für verbrauchte Kernelemente gemacht werden. Den Atomkraftwerkbetreibern wird aber schon mit der Bekanntgabe dieser Bedingung eine Hintertür geöffnet, denn *„strittig bleibt, ob als Nachweis der Antrag auf Errichtung ausreicht, oder die Baugenehmigung* (für eine Entsorgungsanlage) *erteilt sein muß* („WAZ" v. 14.1.). Daß von solchen Beteuerungen nicht viel zu halten ist, zeigt sich schon daran, daß am 19.1. ein Landesentwicklungsplan in Düsseldorf vorgelegt wurde, in dem weiterhin 13 Atomkraftwerke eingeplant und auch ihre Standorte unverändert sind. Zwar wird der Steinkohle Priorität eingeräumt. Es müßten aber auch Flächen reserviert sein *„falls der Einsatz von Kernenergie zur Deckung des Strombedarfs notwendig ist oder Kernenergie erforderlich ist, um mit ihrer Hilfe durch neue umweltfreundliche Technologien der heimischen Kohle neue Absatzgebiete zu erschließen"* („WAZ" v. 20.1.) Das zeigt klar, daß mit dieser Erläuterung jederzeit und überall Kernkraftwerke gebaut werden können, ohne daß die Entsorgung gelöst ist. Und da sind es hohle Sprüche, wenn Wirtschaftsminister Riemer *„davon überzeugt ist, daß vor 1990 (!) in unserem Land kein Kernkraftwerk gebaut wird"* („WAZ" v. 14.1.77).

Die Atomkraftwerksbetreiber (u.a. RWE) haben gegen den vorläufigen Baustopp protestiert und juristische Schritte angekündigt. Allerdings können die Atomkapitalisten den kommenden Jahren recht unbesorgt entgegensehen, denn *„in der Regel sind die Standortwünsche der Industrie berücksichtigt bzw. übernommen worden "* („WAZ", v. 20.1.77).

### Kein Kernkraftwerk im Rhein-Main-Neckar-Raum

Unter dieser Losung fand eine Großveranstaltung am 16.1.77 in Frankenthal statt, zu der 700 Menschen erschienen waren.

Aufgerufen hatten neun Bürgerinitiativen, die den Kampf gegen Kernkraftwerke in ihrem Raum vorantreiben wollen.

Grundlage der Veranstaltung war: Seit 1969 will die BASF ein eigenes KKW bauen. Bis 1976 hat sie es nicht durchsetzen können. Im Dezember 1976 hat sie behauptet, auf ihr geplantes KKW zu verzichten. Aber die BASF hat ihre Pläne nicht fallen gelassen. Sie hat sie nur geändert. Sie hat sich entschlossen, die hohen Kosten ihres KKW's nicht selbst zu tragen. Das BASF-KKW soll gebaut werden. Nur jetzt als billigeres Standardkraftwerk und von einem „öffentlichen Energieversorgungsunternehmen" – z.B. dem Großkraftwerk Mannheim oder den Pfalzwerken – acht Kilometer entfernt vom Werk Ludwigshafen, in Mannheim-Kirschgartshausen oder Bobenheim-Roxheim.

Der Plan sieht also so aus: Das öffentliche Unternehmen baut und zahlt. Die Kosten finanziert es über die Erhöhung der Strompreise und über Subventionen aus Steuergeldern.

Die BASF versucht mit diesem Manöver aus der Schußlinie zu kommen, um „einfacher" ihr Ziel zu erreichen.

Die Versammelten hielten dagegen fest:

- Wir werden nicht zulassen, daß mit dem KKW unsere Lebensbedingungen in diesem Raum weiter zerstört werden.
- Wir werden nicht zulassen, daß mit dem KKW Rationalisierungen und Arbeitsdruck in den Betrieben weiter vorangetrieben werden.
- Wir reihen uns ein in den bundesweiten Widerstand gegen den Bau von KKW's von Wyhl bis Brokdorf und der Forderung: **Kein KKW im Rhein-Main-Neckar-Raum!**

### Erfolgreiche Anti-AKW-Veranstaltung in München

An der Fachhochschule (FHS) München/Sozialwesen fand am 19.1. eine Veranstaltung zu den Bullenüberfällen in Brokdorf, der Gefährlichkeit der Kernenergie und dem politisch-militärischen Hintergrund des Kernenergieprogramms der Bundesregierung statt. Zu dieser von KB-Sympathisanten initiierten Veranstaltung kamen 150 von den 250 Studenten der Schule, die damit zur größten Veranstaltung seit langem an der FHS wurde. Selbst an normalen Vollversammlungen beteiligen sich weniger Studenten.

Auf der Veranstaltung wurde ein Arbeitskreis gegründet, der weiter zu AKW-Fragen arbeiten wird.

Vor der Veranstaltung kam es im Fachschaftsrat zu deftigen Auseinandersetzungen über die Durchführung dieser Veranstaltung.

Als die KB-Sympathisanten im Fachschaftsrat den Vorschlag einbrachten, protestierten vor allem die Vertreter des revisionistischen MSB und des KHB (Studentenorganisation des „Arbeiterbundes für die Wiedergenesung der DKP"). Sinngemäß äußerten sie, daß die Anti-AKW-Bewegung eine spontane Bewegung sei, die sowieso wieder zusammenbräche und hinter der man doch nicht herrennen dürfe. Wichtiger sei jetzt die Verabschiedung einer neuen Studienordnung, so der MSB.

Die linke Mehrheit im Fachschaftsrat ließ sich von diesen Bergpredigern nicht davon abhalten, die seit langem erfolgreichste Veranstaltung an der FHS zu organisieren. Weiter so!

**Nach Berichten von Genossen aus Mönchengladbach, Bochum, Hamburg, Detmold, Mannheim, Nürnberg und München**

## Wyhl

# Verhandlungen so gut wie gescheitert

Am 15.1.76 fand in Emmendingen am Kaiserstuhl die 2. Verhandlungsrunde zwischen der badenwürttembergischen Landesregierung und den badisch-elsässischen Bürgerinitiativen (BI) über die Gutachten vor rund 300 Zuhörern, davon 2/3 Kaiserstühler und 1/3 auswärtigen KKW-Gegnern (meist aus Freiburg) statt. Daß die Verhandlung vor einer so großen Öffentlichkeit stattfinden konnte ist in erster Linie den Frauen vom Kaiserstuhl zu verdanken. Waren vorher einige BI-Führer der Meinung gewesen die „Stimme des Volkes" könnte die Verhandlungen stören, so meinten vor allem die Frauen, daß es Zeit sei, sich wieder mehr an die Kaiserstühler zu wenden, schließlich wären unter dem Druck der Massen diese Verhandlungen erst möglich geworden.

Die Verhandlung am 15. war ein Lehrstück für die Kaiserstühler über „ihre" Landesregierung und über die Funktion solcher Verhandlungen. Sie begann mit einer Provokation: Kurz vor der Verhandlung wurde bekannt, daß „Kernkraftwerk Süd" (KWS) sei aus der Verhandlung ausgetreten, *„weil nach der Karlsruher Verhandlung alle offenstehenden Fragen geklärt seien"*. (Die Karlsruher Verhandlung fand im Dezember statt).

Wie „geklärt" die offenstehenden Fragen waren, das war kurz vor der Verhandlung noch einmal deutlich geworden:

1. Gingen gerade die Berichte des Unglücks in Grundremmingen durch Fernsehen und Presse.
2. Waren gerade zwei Studien des IRS (Institut für Reaktorsicherheit) an die Öffentlichkeit gesickert, die alle bisherigen Verharmlosungen von staatlicher Seite total über den Haufen warfen.

Diese beiden Studien wurden von den Vertretern der BI formal dem Wirtschaftsminister Baden Würtembergs, Eberle, übergeben.

Die Vertreter der BIs forderten, daß diese beiden Studien mit in die Verhandlungen aufgenommen wurden und daß Eberle sofort einen Termin für weitere Verhandlungen zustimmen solle.

Eberle und seine Begleiter wanden sich daraufhin wie Aale. Nach einigem Hin und Her, und Verhandlungspausen verlas er ein Schweinspapier von Bundesinnenminister Maihofer, in dem die beiden Studien als „Panikmache" usw. bezeichnet wurden. Außerdem enthielt diese Erklärung üble Angriffe gegen die Bürgerinitiativen und den Sprecher des Bundesverbandes der Bürgerinitiativen Umweltschutz, Wüstenhagen.

Wüstenhagen erschien nach einer der Verhandlungspausen. Die Vertreter der BIs forderten jetzt neben den oben erwähnten Punkten, daß Wüstenhagen sofort zu den Angriffen Stellung nehmen solle. Eberle lehnte diese Forderung der BI rigoros ab. Es kam zu scharfen Auseinandersetzungen zwischen den Vertretern der BI und Eberle bzw. dem Landeswirtschaftsminister Weisser. Sprechchöre und Hohngelächter häuften sich. Einzelne Kaiserstühler forderten, daß die Versammlung endlich demokratisch ablaufen und Wüstenhagen sprechen sollte.

Sogar als es um die Mittagspause ging, kam es zum Knatsch: Die BIs, die vor der Halle Würstchenstände aufgebaut hatten, forderten eine halbstündige Pause. Der fette Landwirtschaftsminister meinte man müsse ja schließlich was „angemessenes zu Essen bekommen, also müßte die Pause mindestens eine Stunde dauern. Erneutes Hohngelächter und Rufe: „Unsere Würschtlen freßet ihr wohl net" oder „Ein Inter Conti wolle mir hier net" waren die Antwort.

Nach der Pause kamen einige Gutachter schließlich zu Wort. Was diese von sich gaben, war nichts anderes als ein Schlag gegen die KKW-Befürworter. Das stellte sogar die erzreaktionäre „Badische Neuste Nachrichten" fest.

Mit dieser Entwicklung der Verhandlung zwischen BI's und Landesregierung hatten die Regierungsvertreter nicht gerechnet. Das zeigen die Äußerungen von Eberle und Weisser, denen es am 15.1. in den Verhandlungen „nur" darum ging, *„einige Kleinigkeiten zu klären"*, um dann mit dem Bau des AKW-Wyhl beginnen zu können.

Der ganze „Bürgerdialog", der scheindemokratische Beschiß der BI's durch die Landesregierung steht vor dem Bankrott. Auch ein erneut einberufener Verhandlungstermin im Februar wird daran wenig ändern. Als letzte „Hoffnung" wird auf das Hauptsachverfahren vor Gericht gesetzt, um eine „demokratische" Legitimation bei den BI's für den Baubeginn zu erschwindeln. Das Verfahren beginnt am 27.1.77. Spätestens nach diesem Urteilsspruch geht es am Kaiserstuhl „um die Wurscht".

Ein KB-Genosse aus Karlsruhe

# Atomunfall in Grundremmingen

Am 13.1. kam es im ältesten Kern kraftwerk der BRD zu einer folgenschweren „Panne". Nach Kurzschluß in den Hochspannungsleitungen schaltete sich das Kernkraftwerk automatisch ab. Dabei versanken zumindest die inneren Teile des KKW Grundremmingen in einem radioaktiven See.

Sofort wurde über diesen Unfall der Schleier der Berufsabwiegler gedeckt.

Die 200 Angestellten werden während der vermutlich mehrere Monate dauernden Abschaltung dafür eingesetzt „beruhigend wirkende Nachrichten zu verbreiten, dafür wurden sie auf einer Betriebsversammlung unmittelbar nach dem Atom-Unfall entsprechend instruiert (vergl. „Süddeutsche Zeitung" (SZ), 17.1.77).

So wurde begeistert berichtet, wie „einwandfrei" die Schnellabschaltung und „die anschließenden technischen Prozeduren funktioniert" hätten.

Die Automatik habe lediglich „übersensibel und voreilig" reagiert, so der Kraftwerksleiter Ettemeyer („SZ" s.o.). *„Zu keiner Zeit habe eine Gefahr für das Betriebspersonal oder für die Bevölkerung in Umgebung bestanden."* Weder in die Atmospähre noch in die Abwasser seien radioaktive Stoffe gelangt, behaupteten die Rheinisch-Westfälischen-Elektrizitätswerke AG, die Besitzer des Kernkraftwerkes (nach „Frankfurter Rundschau" (FR) v. 15.1.77). Auch innerhalb des Kernkraftwerkes herrsche nur eine Radioaktivität von „einigen Millirem", so daß Schutzanzüge bei den Reparaturarbeiten *„eigentlich nur wegen der Wärme notwendig gewesen"* seien, schob Ettemeyer nach („SZ", 17.1.77).

Je kritischer die Lage ist, desto mehr wird von den Kernkraftwerksbetreibern auf Optimismus gemacht.

Was wäre etwa passiert, wenn sich wie üblicherweise Menschen in der Reaktorkuppel während der Panne aufgehalten hätten?

Schon vor einem Jahr kamen in Grundremmingen zwei Schlosser durch radioaktiven Dampf ums Leben. Insgesamt ist das Kernkraftwerk Grundremmingen ein blühendes Beispiel für die enorme „Sicherheit" der laufenden KKW's:

Seit seinem Bestehen wurde das Kraftwerk mehr als 30 Mal abgeschaltet.

– Allein in den letzten 1 1/2 Jahren sind vier schwerere Störfälle bekanntgeworden („FR", 15.1.77).

– Am 19. November 75 wurden bei Reparaturarbeiten zwei Betriebsschlosser durch ca. 800 l heißen, radioaktiven Wasserdampf tödlich verbrüht, weil sie auf Anweisung der Werksleitung ihre Arbeiten am eingeschalteten Reaktor durchführen mußten.

– Anfang Mai '76 war im Speisewasserverteiler ein Riß entdeckt worden, als das Kraftwerk zum Brennstoffwechsel abgeschaltet war. Fünf Monate (!) mußte es daraufhin stillgelegt werden.

– Nachdem es zwei Monate wieder lief, trat im Dezember '76 ein Defekt im Pumpenlager auf: *„Radioaktiver Dampf geringer Menge blies aus einem unter Druck stehenden Kontrollinstrument aus"* („Nürnberger Zeitung", 4.12.76). „Selbstverständlich" handelte es sich dabei um einen *„Bagatellschaden, wie er in Dampfkraftwerken mehr als ein dutzend Mal pro Jahr auftritt und auch für KKW-Anlagen keine Besonderheit ist."*



Sieht es so nach der nächsten „Panne" aus?

Angeblich wurde bei dem jetzigen Vorfall der Presse „minuziös" berichtet. Dennoch forderte Frank Haenschke (SPD), bisheriger Vorsitzender des „Arbeitsausschusses Reaktorsicherheit und Strahlenschutz des Innenausschusses im Bundestag", *endlich eine grundsätzliche Bestandsaufnahme zu machen und gegebenenfalls vor behördlicher Stilllegung nicht zurückzuschrecken"*, („FR", 17.1.77). Das wohlgemerkt bei einem Reaktor, dessen Leistung noch um das 10-fache gesteigert werden soll.

Als Begründung gab Haenschke an, daß bald in der BRD kein Reparaturpersonal mehr vorhanden sei, da den bisher eingesetzten Technikern keine weiteren radioaktiven Belastungen mehr zugemutet werden können.

*„Irgendwann wird man als Reparaturpersonal vielleicht Eingeborenenstämme, die sicher noch keinen künstlichen Strahlenbelastungen ausgesetzt waren, anwerben müssen"*, so Haenschke in der „FR" (s.o.).

Allein bei der letzten Generalüberholung von Biblis wurden 1400 Menschen (!) für Reparaturen eingesetzt. Für das Personal ist eine Strahlenbelastung von fünf rem zulässig. Die Behörden und AKW-Betreiber beeilten sich auch bei dem letzten Atom-Unfall in Grundremmingen zu erklären, daß um den Reaktor nur eine Radioaktivität von wenigen Millirem bestünde ( Der zugelassene Höchstwert für flüssige und gasförmige Ableitungen in der BRD sind insgesamt 60 Millirem). So erklärte z.B. das zuständige Ministerium in Baden-Württemberg, daß in keinem AKW die gesetzlich festgelegten Grenzwerte überschritten worden seien. Das Ministerium w e i g e r t e sich allerdings, Schadensberichte den Bürgerinitiativen vorzulegen („FR", 17.1.77). Da kommt die gesamte Menschenverachtung der Kernkraftwerksbetreiber zu Tage: Behauptungen über die Sicherheit der Kernkraftwerke werden in jeder erdenklichen Form geliefert, doch Beweise möchten sie dafür lieber nicht antreten.

Aus gutem Grund!!

KKW-Kommission

# Faschistischer Überfall auf BUU-Büro

*BÜRGERINITIATIVE UMWELTSCHUTZ UNTERELBE*
*Regionalgruppe Altona 13.1.77*

*-PRESSEERKLÄRUNG-*

*Am 9.1.77 wurde während einer Informationsveranstaltung gegen den Bau des AKW-Brokdorf und aller anderen Atomanlagen, die von uns in der „Fabrik" durchgeführt wurde, die Schaufensterscheibe unseres Informationsladens eingeworfen und faschistische Parolen ($, KPD – verrecke, haut ab) an die Fenster und Türen geschmiert.*

*Dieses Zeichen kennen wir von einer faschistischen Bande, die unter dem Namen „Faschistische Front" ganz Altona beschmiert. Ihr Anführer ist der stadtbekannte Faschist Michael Borchert (2 HH 50, Nöltingstr. 47). Die BUU sind ein überparteilicher, demokratischer Zusammenschluß, in dem jeder mitarbeiten kann, der sich gegen das AKW-Brokdorf und alle anderen stellt. Wir müssen sehen, daß wir nicht nur mit dem staatlichen Gewaltapparat in Brokdorf konfrontiert waren, sondern auch durch solche Provokationen behindert werden sollen.*

*Der Laden wurde von uns zur Koordination unserer Arbeit und hauptsächlich zur Informationsarbeit gemietet. Die Bürgerinitiativen finanzieren ihre Arbeit hauptsächlich aus freiwilligen Beiträgen und Spenden. Dieser gemeine Anschlag ist nicht nur ein politischer Angriff gegen die BUU, sondern durch die über 500 DM, die die Ersetzung der Scheibe kosten wird auch ein Anschlag auf die materielle Existenz unserer Gruppe. Wir müssen diesem Angriff solidarisch gegenüberstehen und fordern daher auf, für die Ersetzung der Scheibe zu spenden.*

*Spendenkonto der BUU-Altona:*
*Westbank (Blz: 200 30000)*
*Konto: 11/ 18363 J. Lüthje*

*DER KAMPF GEHT WEITER!*
*KEIN AKW IN BROKDORF ODER ANDERSWO!*



Von Nazis heimgesuchtes Büro der BUU in Hamburg/Altona

### Anmerkung der Redaktion

Zweierlei möchten wir dieser Erklärung hinzufügen:

1. Wir solidarisieren uns mit der Bürgerinitiativgruppe Altona, die in diesem Fall von dem Terror einer faschistischen Bande (die von uns seit langem bekämpft wird und von der auch wir schon mehrfach bedroht wurden), getroffen wurde. Wir bieten hiermit unsere Hilfe bei der Aufdeckung dieses Verbrechens und der Verhinderung derartiger Anschläge in der Zukunft an.

2. Gleichzeitig bestehen wir darauf, daß der „Chef" und presserechtlich Verantwortliche (zu allem Überfluß auch noch Kontoinhaber der Hamburger BUU) der BUU-Altona, Jan Henning Lüthje, e n d l i c h seine sonderbare Haltung (Beziehung) zu dem Führer der „Faschistischen Front", M. Borchert, ö f f e n t l i c h erläutert!

Wie wir bereits mehrfach im ARBEITERKAMPF berichteten (siehe AK 90, 93) hat Lüthje im September letzten Jahres ein Flugblatt (das zu Veranstaltungen der „KPD/ML" aufrief) herausgebracht und dies mit dem Namen eben dieses stadtbekannten faschistischen Provokateurs M. Borchert unterzeichnet. J. H. Lüthje hat es bis zum heutigen Tage abgelehnt, sich zu dieser Sache zu erklären – obwohl er von uns mehrfach dazu (mündlich und schriftlich) aufgefordert wurde.

Für Lüthje persönlich dürfte nach diesem Anschlag der Neo-Nazi-Bande auf das BUU-Zentrum in Altona die dringende und wohl auch letzte Gelegenheit gekommen sein, a l l e s in dieser dunklen Affaire aufzuhellen.

Die BUU-Altona wäre gut beraten, sich nicht nur zu überlegen, wie in Zukunft gegen den faschistischen Provokateur Borchert vorgegangen und dieser unschädlich gemacht werden kann, sondern sie selbst muß auch ein Interesse daran haben, die Machenschaften ihres „Führers" (J.H.Lüthje) aufzuklären. Denn ein Mann mit dieser Vergangenheit (?) empfiehlt sich nicht gerade als Sprecher und für verantwortliche Funktionen der BUU.

Wir treten darüberhinaus dafür ein, daß diese Angelegenheit im Hamburger Delegierten-Plenum der BI's zur Sprache kommt und dort unzweideutig geklärt wird – denn Lüthje tritt nach außen auch für die gesamte Hamburger BI-Bewegung auf.

AK-Redaktion

# Vorsicht: Faschisten auf Umwelt-Trip

Auf der Anti-KKW-Bewegung versuchen auch Faschisten aller Art ihr Süppchen zu kochen. Die NPD tut sich hierbei noch schwer, da sie einerseits laut Parteiprogramm für die Stärkung der „heimischen" Kohle ist, andrerseits aber auch kein klares Wort gegen die für (West-)Deutschlands Imperialismus neue Größe verheißende Atomkraft aussprechen mag. Die NPD-nahe „Deutsche Wochenzeitung" druckt dann auch erstmal vorsichtigerweise Leserbriefe ab – zur Hälfte für, zur Hälfte gegen KKWs.

Bei Bürgerinitiativ-Veranstaltungen tauchen aber auch schon faschistische „Atom-Gegner" auf, die schon lange im „Geschäft" sind: Schon in Whyl hatte die „Gesamtdeutsche Arbeitsgemeinschaft" (GDA) ihr Blatt „SOS – Die Elbe tickt" verbreitet. Es handelt sich dabei um eine Nummer der GDA-Zeitung „Biologische Zukunft – Zeitschrift für Biopolitik und Eugenik".

Was die GDA so unter KKW-Gegnern für propagierenswert hält, dafür nur eine Kostprobe (aus „SOS", S. 21/22): *„Die Sucht unserer Staatsführung nach immer mehr und immer größeren Atomkraftwerken ist nur als krankhafte Gier nach dem scheinbaren Beglückungsrausch zu verstehen, den die Todesstrahlung der Atomkraftwerke in jedem menschlichen Hirn auslöst, welches ihr ausgesetzt worden ist. Am meisten sind natürlich die sogenannten Sachverständigen oder Fachleute schon dieser Todesstrahlung ausgesetzt gewesen (...).*

*Und unter den Politikern sind wiederum gerade die für atomare Angelegenheiten zuständigen Fachminister die fanatischsten Vertreter der Gier nach der scheinbaren Beglükkung des Atomwahnsinns. (...) Ebenso ist es aber auch ein Beweis heimlichster und heimtückischster Todfeindschaft, daß die Sowjetunion in den vergangenen Jahren der Bundesregierung solche Lieferungen spaltbaren Urans einerseits geradezu aufdrängt, andrerseits aber auch sehr teuer verkauft hat (...)."* (Genscher und Friedrichs heißen denn auch bei der GDA „rote Minister"!)

Dieser Schwachsinn mit Methode kommt aus der antikommunistischen völkisch-rassistischen Giftküche von Faschisten aus dem Ludendorff-Kreis der schon lange vor 33 seinen Teil zum „völkischen Erwachen" beitrug. Ansässig in Hamburg (Treschkowstr. 52) spuckt die GDA eine ganze Serie von Schriften aus („Gesamtdeutsche Warte", „Nordische Zukunft", „Lebenskunde", „Der Aufmarsch" u.a.). Die GDA steckt seit vielen Jahren mit dem internationalen militant-rassistischen Faschistenkreis ENO zusammen; in der BRD pflegt sie mit anderen Faschistengruppen fleißig Kontakt. So ist Dieter Sommerfeld, der „Redaktionsleiter" der „Nordischen Zukunft, als NPD-Funktionär in Hamburg bekannt; der „freie Mitarbeiter" von „Freiheit und Gerechtigkeit" – dem Organ des GDA-„Weltbundes der Völkischen" –, E. Engelhardt, ist u.a. als „Mut"-Briefschreiber und Heß-Rechtsanwalt einschlägig bekannt.

Nicht uninteressant ist auch, daß der Gründer und geistige Vater des „Weltbundes zum Schutze des Lebens", G. Schwab, seine Lebensschutzaktivitäten auch in der GDA an den Mann gebracht hat – und zwar als Schriftleiter für Österreich der „Gesamtdeutschen Warte", des „Organs der GDA".

Auf BI-Treffen ist inzwischen von GDA-Faschisten ihr altes „Kampflied der (!) deutschen Atomkraftgegner" verteilt worden. Am Schluß heißt es da:

*„Das Leben, Liebe, Glücklichsein heißt Ehrfurcht vor dem Leben."*

Was von solchem Lebens-Geraunze zu halten ist, verdeutlicht ein andres Stückchen aus der Feder der „Völkischen (GuG, 7/72): *„Europa, für der weißen Stämme Zukunft verantwortlich,/ geadelt du durch strahlend-schöpferisches Blut des Nordens,/ (...) Erwache! (...) auf daß dein Leben blühe (...) und du in fremder Rassen Hand dereinst nicht Spielball wirst!"*

Faschisten im Umweltschutz? Nein, danke!

**Antifa-Kommission KB**
**Gruppe Hamburg**

# Kommt der Atommüll an die DDR-Grenze?

*„Aus wasserwirtschaftlichen, polizeitaktischen und sicherheitspolitischen Gründen"* gilt inzwischen Gartow im Kreis Lüchow-Dannenberg an der DDR-Grenze als *„mit am besten geeigneter Standort"* für die in Niedersachsen geplante Atommülldeponie (aus „Lüneburger Landeszeitung", 11.1.77).

Was damit gemeint ist, macht ein Blick auf die Landkarte klar.

Das Gebiet um Gartow ragt als äußerster östlicher Vorposten ins DDR-Gebiet hinein, so daß das Gebiet von drei Seiten von DDR-Gebiet umgeben ist.

Damit sind auch die Zufahrtsstraßen leicht von Bullen und Bundesgrenzschutz abzusperren.

Mögliche Unfälle betreffen schwerpunktmäßig die DDR, d.h. die Atommülldeponie kann sozusagen als Atommine der Nato gegen die DDR begriffen werden.

Als weiteres wesentliches „Argument" wurde der bisher geringe Widerstand der Bevölkerung angeführt („Lüneburger Landeszeitung", s.o.).

Doch damit ist es hoffentlich bald vorbei: Inzwischen hat sich eine „Bürgerinitiative Umweltschutz" in Lüchow-Dannenberg gebildet, die mit dazu beitragen wird, „Strahlemann Albrecht" das Lachen zu vertreiben.

**KB/Gruppe Lüneburg**

# Bewaffneter Werkschutz

Seit den Kämpfen in Brokdorf ist es kein Geheimnis mehr, daß Werkschutzbanden mit der Polizei gemeinsame Sache machen. Schlagstöcke und die gefährliche „chemische Keule" gehören zur Ausrüstung der Werkschützer. In Bayern wurde jetzt ein „Bayrischer Verband für Sicherheit in der Wirtschaft e.V." gegründet, der für den „Ernstfall" sogar mit Pistolen ausgerüstet ist. Daß dieser bewaffnete „Verband" keine Rentnertruppe ist, dafür sorgt tatkräftig der Siemens-Konzern, in dessen Verwaltung sich die Geschäftsstelle der Werkschützer befindet.

Geschäftsführendes Vorstandsmitglied ist Oberstleutnant a.D. Arne Budahn, der die Bewaffnung in einem Interview bestätigte. („UZ"' 10.1. 77)

Aber ein Militarist bleibt selten allein. So gibt es mindestens noch einen Offizier im „Verband", der seine Kenntnisse den Kapitalisten verkauft. Oberstleutnant a.D. Rudolf Mischler hat seine Fähigkeiten während des Faschismus in Frankreich und Italien im Einsatz gegen antifaschistische Widerstandsorganisationen gesammelt! Seine Aufgabe definiert er selbst mit „Abwehr subversiver Angriffe". Ganz genauso wollen es die Konzerne Krupp, Nestle, Shell, Krauss-Maffei, Daimler-Benz, BMW und andere Kapitalisten, deren „Berater" Mischler seit mehreren Jahren ist. (UZ, a.a.O.)

### Werkschutz in Armeestärke

Der Sicherheitskoordinator der Spitzenorganisation der Industrieverbände Hans-Joachim Kraaz, sagte unumwunden, daß fast alle Großbetriebe einen eigenen Werkschutz unterhalten und innerbetriebliche „Sicherheitsleute" angestellt haben.

Nach offiziellen Angaben gehören dem Werkschutz in der BRD etwa 70.000 Mann an. Hinzu kommen 10% der 51.000 Beschäftigten der Wach- und Schließgesellschaften. Die 350 Unternehmen dieser Schnüffelbranche, die einen Jahresumsatz von einer halben Milliarde DM haben, sind im „Bundesverband der Wach- und Schließgesellschaften" zusammengeschlossen.

Die politische Funktion des Werkschutzes stellte vor vier Jahren bereits der damalige Innenminister Genscher dar. Es bestehe die Anweisung, in den Betrieben „politisch extreme Kräfte" zu beobachten.

Diese, von den Berufsverboten her bekannte Definition, gestattet es praktisch, jeden Arbeiter, der Kritik hat, zu „überprüfen".

Die „Zuverlässigkeitsüberprüfung" lassen sich die Konzerne pro Nase 89,90 DM kosten (Metall, 1/77).

**Metall-Kommission**
**KB/Gruppe Hamburg**

WAKO NORD





Ihr neues Berufsziel

## Einsatz- und Werkschutzleiter

in großen Industriebetrieben

Wir sind ein bekanntes Werkschutz- und Sicherheitsunternehmen im Raum Niedersachsen/Hamburg/Schleswig-Holstein.

Eine unserer Hauptaufgaben besteht in der Sicherung großer Industriebetriebe nach modernsten Erkenntnissen des Industrieschutzes (z. B. Kernkraftwerke, Chemie etc.).

Ein eingespieltes Führungsteam garantiert den reibungslosen Ablauf aller Sicherungsmaßnahmen von der Konzeption bis zur Durchführung aller Werkschutzaufgaben.

Wir erwarten von unseren Führungskräften neben Einsatz und Kontaktfreudigkeit ein umfangreiches Fachwissen im Werkschutz sowie absolute Qualitäten in der Personalführung. Wir bieten eine krisensichere und gut dotierte Position sowie zufriedenstellende Aufstiegsmöglichkeiten.

Gehören Sie zum Führungspersonal (Offizier- oder Feldwebeldienstgrade) der Bundeswehr (z. B. Feldjäger) oder des Bundesgrenzschutzes, verfügen Sie über fundierte Sach-Kenntnisse auf den Gebieten der Personalführung, Personalverwaltung, Umgang mit technischen Hilfsmitteln, des Strafrechtes in der Bekämpfung von Terror und Sabotageakten u. a. m., bieten wir Ihnen eine umfangreiche Werkschutzausbildung durch versierte Fachdozenten. Nach einer erfolgreichen Abschlußprüfung vor der Industrie- und Handelskammer werden Sie mit verantwortlichen Führungsaufgaben innerhalb unseres Sicherungsbereiches betraut.

Sind Sie an unserem Angebot interessiert, bitten wir um Ihre schriftliche Bewerbung mit Lebenslauf, Lichtbild und Angaben Ihrer Fachkenntnisse.

**WACH- u. KONTROLLDIENST NORD GMBH, 2160 STADE,**
Im Neuwerk 5, Tel.: (0 41 41) 6 18 17 oder 6 18 21 oder 6 18 44

Hier zwei Beispiele aus der Zeitschrift „Die Bundeswehr" (die vom Bundeswehrverband herausgegeben wird), wo und wie die Kapitalisten ihre Privatarmeen zusammenkaufen: Die WAKO NORD wirbt für ihr „Führungspersonal" gezielt Offiziere vor allem unter Feldjägern und beim Bundesgrenzschutz. Nach „modernsten" Erkenntnissen sollen z.B. Kernkraftwerke gegen „Terror und Sabotage" geschützt werden. Wie dieser „Schutz" aussieht, haben die Werkschutzbanden in Brokdorf bereits reichlich unter Beweis gestellt.

Die „Teco" sucht „Z 8" bis „Z 15" Soldaten, um die „Unterführer" als Werkschützer ein Jahr auszubilden.

Diese Ausbildung wird sogar staatlich mitfinanziert!

**teco**

Eine Ausbildung zum

## Werkschutz-Techniker

für Führungspositionen in Werkschutz oder Werksfeuerwehr bietet die

**Werkschutz-Schule Oldenburg**
**des Teco-Wirtschaftsschutz-Instituts Hamburg**

interessierten Zeitsoldaten der Bundeswehr (nur Unterführern – Z 8 bis Z 15). Die vielseitige Ausbildung im Werkschutz (b. z. Werkschutzmeister), im Brandschutz (b. z. Werksfeuerwehr-Zugführer), im Sanitätswesen (b. z. Rettungssanitäter) und im Arbeitschutz (f. Sicherheitsmeister) mit staatlich anerkannten Teil- bzw. Einzelabschlüssen dauert ein Jahr unter Ausnutzung des Freistellungsanspruchs für Fachausbildungszwecke während der Dienstzeit.

– Ausbildungsbeginn 1. April bzw. 1. Oktober jeden Jahres – Interessenten wenden sich bitte an ihren zuständigen Berufsförderungsdienst oder direkt an

**TIEDEMANN & CO. Institut für Wirtschaftsschutz GmbH**
2 Hamburg 70, Brauhausstieg 21, Postfach 10 946, Ruf: 6 52 90 95

# WSL – „nichts hat sich geändert"

Wie steht es nun mit dem „Weltbund zum Schutze des Lebens"? Nachdem wir im Antifa-Steckbrief Nr. 3 das Treiben von Faschisten im WSL aufgezeigt hatten, andrerseits seine Unterstützung des Anti-KKW-Kampfes positiv zu Buche schlägt, hatten wir gefragt (AK 94): „Wieso duldet der WSL Faschisten in seinen Reihen?

Dazu erreichte uns ein Schreiben des Saarbrücker Pfarrers Heipp (aktiver Umweltschützer und selbst früher WSL-Mitglied).

Heipp hat bereits seit 1973 öffentlich das Treiben von Faschisten wie NPD-Kosiek, Rieger u.a. im WSL enthüllt. Die damaligen Auseinandersetzungen führten einerseits, dazu, daß sich der WSL-Saarland vom Gesamt-WSL (unter der Leitung von G. Schwab, Bruker usw.) getrennt hat und daß andrerseits die WSL-Führung sich voll hinter Rieger u.Co. gestellt hat. Heipp, der seitdem eine entsprechende „Warnung" vor dem WSL verbreitet, schreibt in seinem Brief an den AK: *„Im WSL bestimmen ausschließlich Alt- und Neu-Faschisten die Politik, und es kann keine Rede davon sein, daß etwa Anti-Faschisten im WSL geduldet würden."* Dies gelte, so Heipp, wie 1973 auch heute: „nichts hat sich geändert".

Wir werden versuchen, vom WSL eine Stellungnahme zu erhalten. In einer demnächst erscheinenden zweiten Auflage des „Steckbrief" zum WSL wird die Auseinandersetzung ausführlich dokumentiert (wir werden darin auch das uns von Pfarrer Heipp freundlicherweise zugesandte Material veröffentlichen).

**Antifa-Kommission KB**
**Gruppe Hamburg**

# Den „19. Februar" vorbereiten!

## — Die Bewegung stabilisieren und verbreitern, am Prinzip der Aktionseinheit festhalten! —

**Am 19. Februar wollen die westdeutschen AKW-Gegner erneut eine Massenaktion am Bauplatz in Brokdorf organisieren. Für dieses Ziel setzen sich eine Vielzahl linker Organisationen und Gruppen und die Bürgerinitiativen aus den städtischen Zentren (Hamburg, Bremen, Kiel u.a.) ein. Demgegenüber steht eine eher zurückweichlerische Haltung von Bürgerinitativen (bzw. deren Sprechern) aus einigen ländlichen Gebieten der Unterelbe und aus Schleswig-Holstein (insbesondere die Westküste). Die Bourgeoisie hat ihre Hetz- und Diffamierungskampagne gegen die Bürgerinitiativen der AKW-Gegner („Kommunistische Unterwanderung" etc. erneut eskaliert und rüstet — lt. Stoltenberg — für ein neues Bürgerkriegsmanöver. Innerhalb der norddeutschen Bewegung, die die Hauptlast der Brokdorfer Februar-Aktion zu tragen hat, sind verschiedene spalterische Tendenzen aufgetreten, die das Projekt einer neuen Massenaktion in Brokdorf zum vorgeschlagenen Zeitpunkt gefährden. Es sind dies zum einen rechte bürgerliche Kräfte — zum Teil Funktionäre der CDU und SPD, Bürgermeister etc. — die in der ersten spontanen Aufwallung der Bewegung an deren Spitze gespült wurden und die jetzt im Auftrag ihrer Brötchengeber die Bewegung wieder re-integrieren wollen, sich zu Trägern einer antikommunistischen Hetze gegen die militanten Teile der Bewegung machen lassen. Es sind dies zum anderen „linke", sektiererische Strömungen innerhalb der Bewegung — vor allem die sogenannte „KPD" — die mit allen Mitteln der Manipulation, Spaltung, moralische Erpressung, des offenen und versteckten Betrugs der Bewegung unbedingt den Stempel ihrer wahnwitzigen Vorstellungen aufdrücken will. Die Zersetzungstätigkeit dieser Kräfte ist für die Realisierung des Projektes einer neuen Massendemonstration in Brokdorf nicht minder gefährlich, als die offenen Versuche einer Zerschlagung der Bewegung durch die Bourgeoisie.**

### Massendemonstration in Hamburg

Am 22. Januar demonstrierten in Hamburg 8.000 bis 10.000 Menschen für die Ziele der Anti-AKW-Bewegung. Aufgerufen dazu hatten alle Hamburger Bürgerinitiativen sowie verschiedene politische Organisationen (KB, KBW, „KPD", „Anarchos"). Die kämpferische Demonstration endete mit einer friedlichen Kundgebung. Danach kam es zu mehreren hysterischen Bullen-Überfällen auf kleine abrückende Demonstrantengruppen. Polizeiknüppel, Gas und Wasserwerfer wurden gegen die AKW-Gegner eingesetzt. Mehrere Genossen wurden krankenhausreif geschlagen.

Nach dem Willen der Hamburger Bürgerinitiativen sollte diese Demo sowohl einer Stabilisierung und Verbreiterung der Bewegung in Hamburg dienen, als auch konkret die Brokdorfer Februar-Aktion mit vorbereiten helfen. Insgesamt konnte die Hamburger Demo nur in scharfer Auseinandersetzung mit und im Kampf gegen die „KPD"-Vertreter auf dem Delegierten-Plenum der Hamburger Bürgerinitiativen überhaupt durchgesetzt werden.

Die „KPD" diffamierte auf der Plenums-Sitzung vom 13. Januar das Projekt dieser Demo als einen „Trick des KB-Nord", der damit bloß von der Brokdorfer Februar-Aktion „ablenken" wolle. Insbesondere wetterten die „KPD"-Sprecher gegen die Vorstellungen vieler Delegierten aus den Stadtteilgruppen, die mit der Demo die Hamburger Bewegung festigen und verbreitern wollten. Die „KPD" wendet sich seit langem gegen jeden Versuch einer Verbreiterung der Bewegung, gegen jeden Versuch, neue Kräfte in sie hineinzuziehen. Sie befürchtet davon — wie wir weiter hinten noch belegen werden — eine noch stärkere Isolierung ihrer Vorstellungen und Positionen. Nachdem ihr Versuch scheiterte, Diskussion und gemeinsame Vorbereitung der Hamburger Demo auf der Plenums-Sitzung (vom 13. Januar) zu verschieben, gelang es ihr dennoch, die folgende Diskussion durch ganze Salven von sog. „Geschäftsordnungs-Anträgen" völlig zu chaotisieren und damit alle notwendigen Beschlüsse und Absprachen zu verhindern. Im Ergebnis davon war eine gemeinsame Vorbereitung der Demo und zentrale Mobilisierung dafür nicht möglich. Die Stadtteilgruppen haben dann, gestützt auf die eigenen bescheidenen Kräfte, dezentral Flugblätter herausgebracht und die Vorbereitungen für die Demonstration in die eigene Hand genommen. Der KB hatte ausdrücklich zu diesem Vorgehen aufgerufen. Auf der Plenums-Sitzung vom 20. Januar — nur zwei Tage vor der geplanten Demo — gelang es dann noch, einige zentrale Koordinations-Absprachen zu treffen, so daß schließlich — trotz der massiven Sabotage-Versuche der „KPD" — der schöne Erfolg einer so starken Demo gelang.

Trotz des großartigen Mobilisierungs-Erfolges in einer kurzen Zeit von etwa vier Tagen, hat diese Massendemonstration auch eine Schwäche der Bewegung in Hamburg bloßgelegt: Von einer „Bürger-Bewegung" im eigentlichen Sinne des Wortes kann nicht oder kaum gesprochen werden. Aufmarschiert waren bei dieser Demo vor allem sämtliche Teile und Fraktionen der Hamburger „Neuen Linken", also der Gruppen und Strömungen links von DKP und Jusos sowie deren radikal-demokratische Sympathisanten- und Umfeld. Menschen, die sich an der AKW-Frage erstmals aktivierten und politisierten, waren nur in sehr geringer Zahl mit von der Partie.

Diese Lager der Dinge dürfte in anderen städtischen Zentren der Bewegung ähnlich aussehen. Es zeigt sich also für die großen Städte, daß die Anti-AKW-Bewegung zwar zu einer Konzentration der radikalen Linken und ihrer Sympathisanten, und zum Teil ihrer Re-Aktivierung geführt hat, n o c h nicht aber zu einer wesentlichen Verbreiterung der Bewegung über diesen Kreis erklärter Antikapitalisten hinaus. Eine gewisse Ausnahme hierbei war die ungewöhnlich hohe Zahl von Schülern, die sich an der Demonstration und auch schon an früheren Aktionen der Bewegung beteiligte.

Diese Situation läßt einige Rückschlüsse auf die Lage und Arbeitsweise der einzelnen Bürgerinitiativen, insbesondere die zahlreichen in Hamburg existierenden Stadtteilgruppen zu. Die große Mehrzahl dieser Gruppen ist noch jung, einige bestehen erst seit wenigen Wochen, immer neue Gruppen schießen wie Pilze nach einem warmen Regen aus dem Boden. Diese Entwicklung wird vermutlich noch eine zeitlang anhalten. Diese Bürgerinitiativen haben in der Regel alle einen großen Zulauf, der weiter anhält. Die Mehrzahl der etwa 30 in Hamburg bestehenden Gruppen ist heute etwa 30 bis 100 Personen stark. Umgekehrt ist es bis heute noch kaum gelungen, die Vielzahl einsatzwilliger Menschen und das vergleichsweise große Potential an Bereitschaft zur Mitarbeit für die Sache selbst sinnvoll zu nutzen. Insgesamt sieht es noch so aus, daß die meiste Zeit der wöchentlich stattfindenden Gruppen-Versammlungen mit allgemeinen Streitereien um Aktions f o r m e n etc. vertan wird. Nur vereinzelt ist darangegangen worden, Arbeitskreise, Informationsgespräche zur Einführung neuer Kräfte in die AKW-Problematik, Trupps für Straßen- und Haus-Agitation und überhaupt eine massive Aufklärungsarbeit unter der Bevölkerung der Stadtteile zu leisten. Hier liegt ein weites Feld zum Teil noch nicht genutzter Möglichkeiten, Schlagkraft und Wirkungsmöglichkeit der Bewegung erheblich zu erhöhen.

### Die demokratischen Strukturen festigen!

Das schnelle Wachstum der Anti-AKW-Bewegung in Hamburg (und auch in anderen Städten) nach den letzten Brokdorf-Aktionen hat zum Teil zu unübersichtlichen Verhältnissen in der Bewegung geführt, die wiederum den Humusboden für verschiedene Manipulationsversuche, Etiketten-Schwindeleien und ähnliches abgaben, vor allem durch die „KPD". So ist es logisch, daß die Mehrheit der Hamburger Bürgerinitiativen — genauer gesagt: alle praktisch und basisnah arbeitenden Gruppen — ein regelndes Statut (Satzung) durchsetzen will. Obgleich seit längerem mehrere (brauchbare) Statut-Entwürfe vorliegen, hat die „KPD" ein Verabschiedung bis heute verhindern können. Obgleich die „KPD" an der Basis der Bewegung keinerlei politischen Einfluß hat, ergaunerte sie sich über ominöse, undurchsichtige und teilweise „konspirativ" tagende „Ausschüsse" und „Projektgruppen" eine Reihe von Delegierten-Stimmen und verschaffte sich so ein „Gewicht" in der Plenums-Diskussion, was sie bisher zur ständigen Chaotisierung der Debatten zur Statut-Frage benutzte. Die vorliegenden Statut-Entwürfe beabsichtigen die Aufhebung des Delegations-Rechtes für diese „Ausschüsse" und beschränken dieses Recht auf basisnah arbeitende Gruppen mit eigenständiger Öffentlichkeitsarbeit. Die Annahme dieses Statutes würde die Reduzierung des „KPD"-Einflusses in Richtung Null bedeuten.

Die ständige Chaotisierung der Plenumsdiskussion, die eine ernsthafte und solidarische Auseinandersetzung mit unterschiedlichen Stellungnahmen der einzelnen Gruppen nahezu ausschließt, hat bei vielen Delegierten zu starker Resignation und einem erwogenen Rückzug vieler Bürgerinitiativen aus der gemeinsamen Arbeit und Diskussion geführt. Mehrere Stadtteilgruppen haben dazu entsprechende Resolutionen vorgelegt. Der „KPD" ist diese Lage bekannt und sie riskiert mutwillig den Zerfall der Hamburger Anti-AKW-Bewegung, um sich ihre zusammengegaunerte „wichtige Rolle" innerhalb derselben zu erhalten.

Die „KPD" befürchtet von einem Statut ebenso eine geregelte Delegierung der Hamburger Bewegung im überregionalen Zusammenhang. Das Hamburger Delegierten-Plenum hat bisher in keinem Fall ordentliche und gewählte Delegationen zu überregionalen Konferenzen entsandt. Dies hat es der „KPD" leicht gemacht, in grosser Zahl dort zu erscheinen und in der selbstangemaßten Rolle eines „Sprechers der Hamburger Bewegung" ihr Unwesen zu treiben und — wie weiter hinten gezeigt — die Spaltung der Bewegung voranzutreiben. — Für die nicht unwichtige Bremer Bewegung besteht eine ähnliche Problematik.

### „Haltet den Dieb!"

Um von den eigenen Methoden einer ständigen Bevormundung und Manipulation der Bewegung abzulenken, hat die „KPD" zur massiven Diffamierung ihrer politischen Gegner, vorzugsweise den KB, gegriffen, wobei sie drolligerweise diesen eben das unterstellt, was sie selbst — zum Teil nachgewiesenermaßen — praktiziert. Angeblich habe der KB diverse Bürgerinitiativen „unterwandert" bzw. eigene (KB-)Gruppen als Bürgerinitiativen ausgegeben, um seinen Einfluß im Plenum zu vergrößern. Mit den Konkretisierungs-Versuchen dieser Vorwürfe durch die „KPD" haperte es allerdings regelmäßig und eine „Erklärung des KB an die Mitglieder der Hamburger Bürgerinitiativen der AKW-Gegner" hat sich die Mühe gemacht und konkret aufgedeckt, daß sich die „KPD" ihren „Unterwanderungs"-Vorwurf einfach aus den Fingern gesogen hat: Zwei besonders in dieser Hinsicht ins Schußfeld geratene Bürgerinitiativen ließen sich im Plenum durch unorganisierte Kollegen, bzw. jeweils ein Mitglied des KBW und der GIM repräsentieren. Ein als angebliches „KB-Statut" diffamierter Entwurf stammt ebenfalls von einem unorganisierten Kollegen und ein angeblicher KB-Flugblatt-Entwurf zur Hamburger Demo stammte nachgewiesenermaßen von einem KBW-Mitglied und beinhaltete auch die typischen KBWitzigkeiten („Sturz des Hamburger Senats").

Neben der Diffamierung des KB, dient das „Unterwanderungs"geschrei der „KPD" auch der Flucht vor einer inhaltlichen Auseinandersetzung mit anderen Vorstellungen und als Mittel zur Verhinderung einer weiteren Verbreiterung der Bewegung. Schon liegt der von der „KPD" initiierte Antrag auf eine *„zahlenmäßige Beschränkung der Stadtteilgruppen"* dem Plenum vor (Langenhorn, 11.1.77).



### KB gegen Militanz und Bauplatzbesetzung?

Allgemein versucht die „KPD" das Gerücht zu verbreiten, der KB sei gegen militante Aktionen, speziell gegen einen erneuten Bauplatz-Besetzungs-Versuch und versuche insgesamt, die Bewegung gegen die AKWs abzuwiegeln. Unsere realistische Einschätzung vor der November-Aktion, daß — beim derzeitigen Stand des politischen Bewußtseins der Bewegung und der militärischen Befestigungen des Bauplatzes — dieser nicht besetzt werden k a n n, hat die „KPD" in ihrer Diffamierungsstrategie umgelogen, daß wir den Platz nicht besetzen w o l l t e n, die „revolutionären Massen" sogar massiv davon abgehalten hätten und dergleichen Unsinn mehr.

Um einer weiteren, für uns nicht vollständig überschaubaren Diffamierungskampagne der „KPD" entgegenzutreten, haben wir in der schon erwähnten Erklärung an die Hamburger BIs unsere Positionen zur geplanten Februar-Aktion nochmal knapp und in Abgrenzung zu anderen Vorstellungen zusammengefaßt: *„Der KB befürwortet die nächste Brokdorf-Aktion zum vorgeschlagenen Zeitpunkt im Februar und kämpft innerhalb der Anti-AKW-Bewegung für die Realisierung dieses Projektes. Der KB ist n i c h t für eine f r i e d l i c h e Kundgebung am Bauplatz, sondern tritt innerhalb der Bewegung für die Ziele eines militanten Kampfes gegen den Bauplatz und seine Infra-Struktur in dieser Region ein, was den erneuten Versuch einer Besetzung einschließt. Insbesondere kämpft der KB dafür, daß diese Ziele zur Mehrheitsmeinung innerhalb der Bewegung werden, weil nur dadurch gewährleistet werden kann, daß diese Aktionen auch durch entsprechende Erfolge gekrönt werden.*

*Darum findet man die KB-Vertreter auch eher auf Massenveranstaltungen, wo es darum geht, die massiven Rechtsstaat-Illusionen bei einem Großteil der AKW-Gegner durch politische Überzeugung zu bekämpfen und weniger in kleinen „konspirativen" Zirkeln, wo über „Sackschutz" und Zitronentücher gequatscht wird. Der KB vertritt die Meinung, daß eine erfolgreiche Bauplatzbesetzung in Brokdorf wie auch andere erfolgreiche militante Aktionen vom politischen Bewußtsein der Massen abhängen, und nicht in erster Linie von einer mehr oder weniger guten „Ausrüstung" einer kleinen Minderheit. (Dabei wollen wir natürlich nicht die Notwendigkeit einer auch organisatorisch-technischen Vorbereitung der Aktion — sollte sie wie geplant stattfinden können — in Frage stellen oder unterschätzen). Demzufolge grenzt sich der KB scharf von solchen Kräften ab, die „in jedem Fall" zur Bauplatzbesetzung blasen, auch dann, wenn demokratisch zustandegekommene Mehrheitsentscheidungen innerhalb der Bewegung gegen einen erneuten Versuch der Besetzung ausfallen und absehbar ist, daß die Aktivisten eines Besetzungsversuchs eine verschwindende Minderheit bleiben, ohne jede Chance auf einen Erfolg. Der KB wird — im Gegensatz z.B. zur „KPD"-Gruppe — in jedem Fall demokratisch zustandegekommene Mehrheitsentscheidungen der Bürgerinitiativen respektieren, auch wenn sie nicht nach seinem Geschmack ausfallen.*

*Nicht die Bereitschaft zur Militanz, sondern unsere Haltung zu demokratischen Beschlüssen unterscheidet uns von gewissen anderen Gruppierungen!*

*Insbesondere grenzen wir uns vom hysterischen Geschrei der „KPD"-Gruppe und mancher „Spontis" ab, daß, wenn im Februar keine Besetzung des Bauplatzes erzwungen werden kann, die Bewegung „völlig tot" sei. Vielmehr vertreten wir die Meinung, daß dem langfristig geplanten Atomprogramm des westdeutschen Imperialismus die ebenso langfristig orientierte Widerstandsfront seiner Gegner entgegengesetzt werden muß und kann. Wir stehen erst am Anfang und keineswegs am Ende dieser Bewegung.*

*Entgegen anderslautenden Behauptungen ist der KB n i c h t zufrieden mit dem Beschluß der BIs, auf eine Bauplatzbesetzung zu verzichten, solange das Baustopp-Urteil nicht aufgehoben ist. Vielmehr kritisiert der KB diesen Beschluß und seine Begründung als Ausdruck einer falschen Einschätzung der Funktion der westdeutschen Klassenjustiz. Der KB sieht die Gefahr in diesem Beschluß der BIs, daß sich die Bewegung zum Spielball der westdeutschen Justiz machen läßt und ihre politischen Chancen nicht nutzt. Entsprechend hat der KB das Baustopp-Urteil auch nicht — wie gewisse Illusionisten — ausschließlich als „Erfolg der Bewegung" etc. eingeschätzt, sondern konkret auch als G e f a h r für die Bewegung, als ein Urteil, das vor allem aus politischen Gründen gefällt wurde und zur „Beruhigung" der Bewegung und gegebenenfalls zu ihrer Spaltung führen soll.*

*Der KB bemüht sich in Auseinandersetzungen mit den reformistischen Strömungen innerhalb der Bewegung, diesen hemmenden Beschluß der BI-Mehrheit zu revidieren. Umgekehrt wird der KB sich über diesen Beschluß nicht einfach hinwegsetzen und zusammen mit dem „KPD"-Häuflein und einigen „Spontis" allein zum Sturm auf den Bauplatz antreten.*

*Nahrung für die Diffamierung unserer Politik durch die „KPD"-Gruppe bietet deren Interpretation unserer Haltung zur zweiten Brokdorfer Aktion. Wir hatten damals n i c h t zur Besetzung aufgerufen, weil wir es so einschätzten, daß der Bauplatz nicht besetzbar war und die Mehrheit der Bürgerinitiativen auch nicht zur Platzbesetzung aufrief. Der konkrete Verlauf der Aktion hatte unsere Einschätzung bestätigt und die „Einschätzung" der „KPD"-Gruppe und einiger „Spontis" widerlegt!*

*Wer Augen im Kopf hatte, wird bei der zweiten Brokdorfer Aktion - bemerkt haben, daß sich die übergroße Mehrheit der 30.000 Demonstranten nicht am aktiven Versuch einer Besetzung beteiligt hat und die Mehrheit auch keine Anstalten machte, sich an sonstigen militanten Aktionen zu beteiligen. Diese Tatsachen wegzureden, ist das Geschäft der „KPD"-Gruppe, diese Tatsachen auf ihre Ursachen hin zu analysieren und sie zu verändern, ist die Politik des KB.*

*Die „KPD" dagegen hat es nach der zweiten Brokdorfer Aktion nicht nur versäumt, sich mit den reformistischen Teilen der Bewegung politisch auseinanderzusetzen, um die Bereitschaft zu militanten Aktionen bei den Menschen zu stärken, sondern hat alle Versuche einer Diskussion um bisher noch nicht geklärte Fragen systematisch sabotiert, indem sie diese Teile der Bewegung bei jeder sich bietenden Gelegenheit wüst bepöbelt und vor den Kopf gestoßen hat. Das vorläufige Ergebnis dieses Vorgehens der „KPD"-Gruppe — das sie frecherweise noch „im Namen der Hamburger Bürgerinitiativen", z.B. am 15./16.1. in Wilster deklarierte — ist die stark g e f a l l e n e Bereitschaft vor allem der BIs aus Schleswig-Holstein und der Marsch, überhaupt noch mit „den Hamburgern" zu diskutieren und die Gefahr, daß von dieser Seite die Februaer Brokdorf-Aktion gänzlich abgesagt wird.*

*Nach dem letzten gescheiterten Versuch einer Platzbesetzung verbreitete die „KPD"-Gruppe ihre demagogischen Sprüche, daß die Schuld daran die „Feiglinge" und „Opportunisten" (DKP, KBW, KB ...) trügen, die nicht ordentlich mitgekämpft hätten und stattdessen die kampfwilligen Massen vom Sturm auf den Baupaltz abgehalten hätten. Das ist auch so'ne Art „Analyse".*

*Wenn die „KPD" vor den jeweiligen Aktionen einschätzt, daß eine Platzbesetzung möglich ist, weil „die Massen" dies so wollen, und es hinterher doch nicht geklappt hat, dann m u ß die „KPD" auch (nach den Aktionen) „Schuldige" für den ausgebliebenen Erfolg erfinden, wenn sie ihre vorherigen „Einschätzungen" nicht selbstkritisch revidieren will. Das großartige Geschrei der „KPD" über „Feiglinge" und „Opportunisten", die angeblich „die Massen zurückgezerrt" hätten, die „die Massen am Sturm gehindert" (!) hätten, dient der „KPD" — neben konkreten Spaltungsversuchen der Bewegung — wesentlich zur Umgehung einer eigentlich schon lange angebrachten Selbstkritik ihrer verrückten „Einschätzungen" und wahnwitzigen Politik. Wenn die „KPD" schon jetzt wieder — lange vor der nächsten Brokdorf-Aktion — mit unsinnigen Lügen hausieren geht, daß der KB sich angeblich gegen eine Besetzung wendet, zeigt sie nur, daß sie es offenbar selbst ist, die an ein Gelingen einer Besetzung im Februar gar nicht glaubt und schon jetzt — in „weiser Voraussicht" — einen „Schuldigen" (den KB) für den nächsten Mißerfolg aufbauen will. Wir werden uns den Schuh nicht anziehen, sondern die „KPD"-Gruppe zur Rechenschaft ziehen".*

### Die „KPD" will die Bewegung zerschlagen

In der neuen Broschüre („Nein zu den Atomkraftwerken!") bezeichnet die „KPD"-Gruppe die DKP ausdrücklich als *„schlimmsten Feind der AKW-Gegner"* und fordert rigoros den Ausschluß von Mitgliedern und Sympathisanten dieser Organisation aus der Bürgerinitiative. In denselben Topf werden auch KBW und KB geworfen. Die „KPD"-Gruppe schreibt dazu wörtlich: *„Zusammenfassend ist zu sagen, daß opportunistische und prorevisionistische Organisationen wie der*

*KB-Nord, und wie auch immer mehr die KBW-Führung, nicht im geringsten* (!!!) *daran interessiert sind, den Kampf gegen die Atomkraftwerke zu führen, sie fallen der Bewegung in den Rücken"* („KPD"-Broschüre, S. 33). Nach Meinung der „KPD"-Gruppe gehören auch diese Kräfte aus der Bewegung gefeuert. Politische Strömungen, die noch rechts von der DKP angesiedelt sind, wie etwa SPD-Kräfte, Jusos und Reformisten aller Art werden von der „KPD"-Gruppe pauschal im Bereich der AKW-Befürworter angesiedelt. Wir wollen an dieser Stelle darauf verzichten, die „KPD"-Sprüche über die „Spontis" oder Vertreter des gewaltlosen Widerstands wiederzugeben. Sie dürften wohl bekannt sein.

Die „KPD"-Mentalität *„allein gegen den Rest der Welt"* wirft logischerweise die Frage auf, mit wem die „KPD" eigentlich eine breite Anti-AKW-Bewegung aufbauen will? – Der „KPD" ist ohne weiteres so viel Denkvermögen zuzutrauen, daß sie sehr wohl weiß, daß sie – die im gesamten norddeutschen Raum kaum mehr als 100 bis 200 Anhänger zusammenbringt – allein eine solche Aufgabe kaum meistern kann, auch nicht über ein kurzfristig-taktisches Bündnis mit einigen wenigen „Sponti"-Gruppen.

Die innere Logik der Politik der „KPD" und ihres konkreten Auftretens innerhalb der Bewegung besteht darin, daß sie – entgegen ihren vordergründigen Behauptungen – gar nicht am Aufbau einer breiten Front von AKW-Gegnern interessiert ist, sondern im Gegenteil, an der systematischen Zersetzung der schon bestehenden Bewegung. Warum? – Die ganze Politik und Propaganda der „KPD" besteht wesensmäßig in einer Unterstützung und Forcierung der industriell-militärischen Aufrüstung des BRD-Imperialismus, in der Unterstützung und Forcierung der Autarkie-Bestrebungen der BRD (wovon die AKWs auf dem entscheidenden Energie-Sektor konkreter Ausdruck sind), in der Forderung nach atomarer Aufrüstung und überhaupt allgemeiner Verstärkung der westdeutschen Armee, in einer – mit unglaublichen Lügen, Verdrehungen usw. aufgebauten – Kriegshetze gegen die osteuropäischen Staaten.

Bereits Mitte 1975 forderte die „KPD" in ihrer Presse, daß die US-Truppen in Europa und besonders in der BRD verbleiben müssen, da man sich andernfalls dem sowjetischen „Sozialimperialismus" ausliefere (vergl. „Rote Fahne" der „KPD", 16.7.75). Daher – schlußfolgerte die „KPD" – führe der Kampf gegen Nato-Truppenübungsplätze – wie z.B. in Nordhorn-Range – *„gegenwärtig in die Irre"*. Die Truppenübungsplätze seien *„nötig, weil ohne sie der sowjetische Sozialimperialismus gegenwärtig ein leichtes Spiel*

die „KPD" – führe der Kampf gegen Nato-Truppenübungsplätze – wie z.B. in Nordhorn-Range – „gegenwärtig in die Irre". Die Truppenübungsplätze seien „nötig, weil ohne sie der sowjetische Sozialimperialismus gegenwärtig ein leichtes Spiel

*mit uns hätte"*. – Die „KPD" will *„die Volksmassen" „erziehen", „daß sie heute die Vertreibung der USA-Truppen nicht ehrlich wollen können"* (! – eine hübsche Formulierung). *„Allgemeiner Zersetzungspropaganda* (gegenüber Militär und Polizei) *ist heute Wasser auf die Mühlen des sowjetischen Sozialimperialismus. Dasselbe gilt auch für allgemeine antiimperialistische Propaganda"*. Und speziell gegenüber der Bundeswehr stellte die „KPD" ihre Parole auf: **„Nicht Wehrlosmachung, sondern Wehrertüchtigung"** (alle Zitate nach „Rote Fahne" der „KPD" vom 16.7.75). Allgemein entwickelte die „KPD" schon Mitte 1975 ihre grundsätzliche Richtlinie **„Die europäischen Staaten und Völker** (gemeint sind allein die in der Nato zusammengeschlossenen westeuropäischen Staaten) **müssen ihre Verteidigungsbereitschaft verstärken. Atomwaffen in den Händen der europäischen Staaten sind gerechte Waffen ..."** (zitiert nach „Rote Fahne" der „KPD", 9.7.75).

Diese neue politische Linie, die die „KPD" seit etwa Mitte 1975 verschärft entwickelt hat, leitet bis heute das Treiben und Tun dieser Leute: Forderung nach Verbleib der US-Truppen mit ihrem riesigen Potential atomarer Waffen in der BRD, allgemeine Aufrüstung und Verstärkung der Bundeswehr, Forderung nach Atombomben auch für die westdeutsche Generalität. – Mit diesen Forderungen vertritt die sogenannte „KPD" die politischen Ziele der aggressivsten Teile der herrschenden Klasse in Westdeutschland. **Die Forderung nach Atomwaffen für die Bundeswehr bei gleichzeitiger Vermeidung einer stärkeren Abhängigkeit von US-Lieferungen (was die „KPD" nach eigenen Worten in jedem Fall vermeiden will), setzt Entwicklung und Bau von AKWs und Wiederaufbereitungs-Anlagen logisch voraus.**

**Wir vertreten die Meinung, daß eine solche Gruppierung innerhalb der Bewegung gegen Kernkraftwerke diese insgesamt diskreditiert und fordern insbesondere gewisse „Sponti"-Kreise auf, noch einmal genau zu überdenken, in wessen Schlepptau sie sich begeben haben.**

## Die Spaltung der Bewegung verhindern!

Inzwischen hat sich gezeigt, daß die Anti-AKW-Bewegung in zwei Lager gespalten ist, und zwar erstens an der Gewalt-Frage, zweitens an der Frage, ob zu einer erneuten Besetzung aufgerufen werden soll und drittens an der Frage, ob überhaupt noch am Projekt einer Brokdorfer Massenaktion am 19. Februar festgehalten werden soll.

Inzwischen existiert ein Papier mit Resolutions-Charakter von der BUU, Gruppe Wewelsfleth/Brokdorf, eben von derjenigen Bürgerinitiative, die durch das AKW Brokdorf am meisten betroffene Bevölkerung repräsentiert. In dieser Erklärung heißt es u.a.:

*„Einstellung der Bevölkerung zu weiteren Demonstrationen: Obwohl dem größten Teil der Bevölkerung offensichtlich bewußt ist, daß die Frage der Atomindustrie eine politische ist, werden weitere Demonstrationen am Bauplatz (vorläufig?) abgelehnt, da*

*a) der Bau vorläufig auf juristischem Weg gestoppt ist,*
*b) eine weitere Eskalation der Gewalt (Steine, Brandsätze usw.) befürchtet wird,*
*c) friedliche Formen der Demonstration nicht für durchsetzbar gehalten werden.*

*Wir müssen daher befürchten, daß durch weitere, nicht gründlich durchdachte Aktionen, die mühsam, aber noch nicht endgültig vollzogene Bewußtseinsänderung der Bevölkerung wieder umschlägt."*

Wir wollen an dieser Stelle nicht bewerten, wieweit diese Erklärung die tatsächliche aktuelle Stimmung der Bevölkerung von Brokdorf und Umgebung wiedergibt. Deutlich zeigt diese Erklärung aber die Spuren der reaktionären Hetze der Bourgeoisie gegen „Gewalttäter", „Politrocker" etc., die die Bewegung „unterwandert" hätten.

Auf der Wilster Konferenz vom 15./16.1.1977 – einer „zwanglosen", nicht repräsentativen Beratung von BI-Vertretern und sonstigen AKW-Gegnern – haben sich auch die Vertreter der „Westküsten-Konferenz" für strikte Gewaltfreiheit und Verzicht auf einen erneuten Besetzungsversuch im Februar ausgesprochen (die „Westküsten-Konferenz" ist ein Zusammenschluß von Bürgerinitiativen der Schleswig-Holsteiner Nordseeküste).

Hermann Schultz, SPD-Funktionär (!) und Vertreter des „Landesverbandes Schleswig-Holstein Umweltschutz" auf der Wilster Konferenz, stellte sich überhaupt gegen jede Brokdorf-Aktion im Februar – mit oder ohne Besetzungs-Versuch. Angeblich liege eine Unterstützung der Bevölkerung dafür nicht vor.

Ebenfalls für gewaltlose Aktionen argumentierten auf der Wilster Januar-Konferenz die BI-Vertreter der Inseln (Föhr, Sylt, Amrum), die Vertreter aus Kassel, Marburg, Lichtenhorst, Ascheloh, Südheide, Uetersen und Hamm sowie Vertreter einiger Hamburger Gruppen (die „Gewaltfreien" repräsentierten zahlenmäßig etwa 5-8% der Hamburger Bewegung) und verschiedene Gruppen kirchlicher Mitarbeiter. – Eine Resolution der „Gewaltfreien", die am Ende des zweiten Beratungs-Tages vorgelegt wurde und bei einem erneuten Besetzungsversuch „Gewalt gegen Personen" (worunter auch die Verteidigung gegen Bullen-Übergriffe zu verstehen ist) ausdrücklich ablehnte, erzielte immerhin 88 Für-Stimmen bei nur 90 Gegenstimmen. Diese 90 Gegenstimmen kamen im wesentlichen aus Flensburg, Bremen, sowie Hamburg und Umgebung (Geesthacht, Elmshorn, Itzehoe etc.), darunter waren allein etwa 30-40 Mitglieder und enge Sympathisanten der „KPD" aus Bremen und Hamburg, die sich im wesentlichen bloß selbst repräsentierten, aber nichtsdestoweniger ihr Maul am

gebung (Geesthacht, Elmshorn, Itzehoe etc.), darunter waren allein etwa 30-40 Mitglieder und enge Sympathisanten der „KPD" aus Bremen und Hamburg, die sich im wesentlichen bloß selbst repräsentierten, aber nichtsdestoweniger ihr Maul am

weitesten aufgerissen haben und die Vertreter der meisten BI's als „Agenten des Sozialimperialismus", „Sozialfaschisten" u.ä. wüst angepöbelt haben.

Die seit der letzten Brokdorfer Aktion gelaufenen Diskussionen innerhalb der Anti-AKW-Bewegung zeigen deutlich die weitgehenden und tiefen Differenzen. Auch wenn diese vorerst v.a. an der Frage der zu wählenden Aktions**f o r m e n** aufgetreten sind, sind sie doch hauptsächlich ideologischer Natur, d.h. in ihnen spiegelt sich die unterschiedliche Haltung der AKW-Gegner zum gesellschaftlichen System der BRD überhaupt wider. Dies zeigt sich am deutlichsten in der Haltung vieler BI's zum Baustopp-Urteil und des daraufhin erfolgten Mehrheitsbeschlusses der norddeutschen BI's (Kremper Konferenz), einen neuen Versuch der Bauplatzbesetzung zu unterlassen, solange dieses Urteil weiterbesteht. Insbesondere in der Begründung dieses Beschlusses zeigen sich massive Rechtsstaats-Illusionen, die von einer „unabhängigen", „rechtssprechenden" Justiz ausgehen und nicht von einer Justiz als spezielles Kampfinstrument der Staatsmacht.

Unserer Einschätzung nach ist diejenige Strömung innerhalb der BI's, die auf jede Großaktion in Brokdorf bis auf weiteres verzichten will, eine **M i n d e r h e i t** der Bewegung. Darüber hinaus muß angezweifelt werden, ob die Vertreter dieser Strömung überhaupt die Stimmung ihrer Leute ernsthaft wiedergegeben oder ob sie ihre Politik nicht vielmehr im Auftrag der bürgerlichen Parteien betreiben, mit denen sie z.T. eng verbunden sind und die allesamt auf eine „Abkühlungsphase" drängen: Der Vertreter der BUU Wewelsfleth/Brokdorf ist zugleich ihr Bürgermeister, der dann auch die eingangs zitierte Erklärung gegen eine neue Brokdorf-Aktion persönlich verteilte. Der Vertreter vom „Landesverband Schleswig-Holstein Umweltschutz" ist – wie schon erwähnt – SPD-Funktionär.

Ganz anders stehen die Mehrheitsverhältnisse in der Frage, sich auf „gewaltlose Aktionen" zu beschränken. Diese Position wird derzeit zweifellos von der Mehrheit der Bürgerinitiativen wenn nicht sogar von einer übergroßen Mehrheit getragen, v.a. von BI's aus dem ländlichen und kleinstädtischen Milieu. Dies bestätigen auch die tatsächlichen Verhältnisse bei der letzten Brokdorf-Aktion vom November, wo es einer kleinen Minderheit nicht gelang, größere Teile der Kundgebungsteilnehmer in aktive Versuche einer Bauplatzbesetzung einzubeziehen.

Die Befürworter der „gewaltlosen Aktion" bilden allerdings keinen einheitlichen Block, wie vielfach angenommen wird. Bei genauerer Verfolgung ihrer Argumentation fällt auf, daß nur eine Minderheit von ihnen aus sich selbst sehr genau definierenden Pazifisten besteht (wie etwa die Genossen um die Zeitschrift „Graswurzel"). Demgegenüber besteht die Mehrheit dieser Strömung aus Menschen, die schlicht und einfach Illusionen in den bürgerlichen Staatsapparat der BRD haben („Rechtsstaat", „Demokratie" etc.) und aus Menschen, die – z.T. verständlich – eingeschüchtert auf die in Brokdorf (und auch anderswo) hochgezogene staatliche Repressions-Maschinerie reagieren. Insbesondere um diesen Teil der Bewegung muß mittels politischer Überzeugungsarbeit gekämpft werden.

Für hellen Wahnsinn halten wir in diesem Zusammenhang das Vorgehen insbesondere der „KPD", die die Befürworter der „gewaltlosen Aktion" pauschal als „Feinde der Bewegung", als „Befürworter des BRD-Atomprogramms" oder gar als „Sozialfaschisten" und „Agenten des Sozialimperialismus" hinstellt und öffentlich diffamiert. Ein solches Vorgehen der „KPD" kann nur als Versuch gewertet werden, die bestehenden Differenzen innerhalb der Anti-AKW-Bewegung bis zur – auch organisatorischen – Spaltung zu vertiefen. Mao Tse-tung hätte gesagt, daß die „KPD" die „Widersprüche im Volk" mit den „Widersprüchen zwischen uns und dem Feind" verwechselt, ein für Kommunisten unverzeihlicher Fehler, den die chinesischen Genossen u.a. Stalin vorgeworfen haben.

Umgekehrt stehen auch Versuche von Pazifisten in der Gefahr einer mutwilligen Spaltung der Bewegung. Bemühungen von dieser Seite, z.B. in Resolutionen etc. die gesamte Bewegung ausdrücklich darauf zu verpflichten, jede Form von „Gewaltanwendung gegen Menschen" („auch Bullen sind Menschen") zu unterlassen, laufen letztendlich auf den Versuch eines Ausschlusses militanter Sektoren der Bewegung (Kommunisten, „Spontis" etc.) hinaus. Als Krönung dieser Bemühungen kann ein formeller Antrag „militanter" Pazifisten auf dem Hamburger BI-Plenum (20. Jan.) angesehen werden, zusätzlich noch die Aufstellung einer „Ordnertruppe" zu fordern, die gegenüber den Demonstranten „gewaltlose Aktionen" auch „durchsetzt" (womöglich mit Gummiknüppel und Tränengas?).

**Der KB vertritt diesen Tendenzen gegenüber die Meinung, daß der Charakter der Anti-AKW-Bewegung als einer solidarischen Aktionseinheit unterschiedlicher politischer und ideologischer Strömungen erhalten bleiben muß, weil er allein die Breite und Schlagkraft der Bewegung garantiert.** Konkret meinen wir, daß Differenzen über „gewaltlose" oder „gewalttätige" Aktionen, Differenzen in der Frage eines Besetzungsversuches und der Beurteilung seiner konkreten Verwirklichbarkeit, ebenso wie Differenzen z.B. zum Problem von Verhandlungen und Ähnliches mehr, generell Gegenstand politischer Auseinandersetzung **i n n e r h a l b** der Bewegung sein müssen, nicht aber zu Kriterien des gegenseitigen Ausschlusses oder von Aufnahmebedingungen (in Statuten usw.) werden dürfen. **Die Bewegung muß fähig bleiben, a l l e Gegner von Kernkraftwerken aufzunehmen, und zwar vom Angler- oder Wassersportverein bis hin zu den radikalen Gegnern des gesamten gesellschaftlichen Systems der BRD, den Kommunisten und anderen Revolu-**

muß fähig bleiben, a l l e Gegner von Kernkraftwerken aufzunehmen, und zwar vom Angler- oder Wassersportverein bis hin zu den radikalen Gegnern des gesamten gesellschaftlichen Systems der BRD, den Kommunisten und anderen Revolu-

**tionären.**

Was für die Bewegung allgemein gilt, hat natürlich erst recht Gültigkeit für konkrete Aktionen, u.a. die für Februar geplante Groß-Aktion in Brokdorf. Sollte es wirklich gelingen, im Februar eine ebensogroße Aktion wie im November, oder gar eine noch größere, auf die Beine zu bringen, dann nur, wenn bei allen Vorbereitungen und Auseinandersetzungen dazu streng die Prinzipien der Aktionseinheit eingehalten werden, was ein gegenseitiges Respektieren unterschiedlicher Vorstellungen, z.B. auch über die geeignetsten Aktionsformen (für oder gegen einen erneuten Besetzungsversuch) voraussetzt.

Mit anderen Worten wird es überhaupt nicht möglich sein, bei der nächsten Brokdorfer Aktion ein Nebeneinander militanter und friedlicher Aktionsformen auszuschließen – es sei denn um den Preis einer im Verhältnis zur November-Aktion zahlenmäßig nicht vergleichbaren Aktion. Alle Versuche eines Ausschlusses der „Gewaltfreien" durch „KPD" & Co, oder einer ausdrücklichen Beschränkung auf „gewaltfreie Aktion" durch die Pazifisten laufen auf eine mutwillige Spaltung und bewußte Verkleinerung der nächsten Aktion hinaus und dienen damit – in der einen oder anderen Weise – dem Staatsapparat und der Bourgeoisie. – Wir werden als Kommunisten nicht darauf verzichten, für unsere Ansichten, unsere Gesellschafts-Analyse und speziell für unsere Einschätzung des Atom-Programms des westdeutschen Imperialismus zu werben und die Menschen von der Richtigkeit der Analysen zu überzeugen; wir selber werden uns auch für die Hebung der Militanz in der Bewegung einsetzen. **Aber wir werden gleichzeitig jedem Versuch einer Spaltung der Bewegung entgegentreten und alle Versuche einer formalen Ausschaltung anderer Strömungen und Meinungen bekämpfen, auch wenn diese Meinungen uns selbst nicht in den Kram passen.**

---

Aus der Spielanleitung:
„Sinn des Spieles ist es, mit vereinten Kräften den Bau eines Kernkraftwerkes zu verhindern. Hierin ist auch der Unterschied zu anderen Spielen zu sehen, nicht gegen-, sondern miteinander ist die Devise. Solidarität ist dringend notwendig ansonsten riskiert ihr den Bau des KKW."

Es handelt sich hierbei um ein Würfelspiel, in dessen Verlauf durch eine Platzbesetzung der Bau eines KKW's verhindert werden muß. Ereignisfelder mit entsprechenden Ereigniskarten begünstigen, bzw. behindern dieses Vorhaben. Nur ein Beispiel – Ereigniskarte: „SPD tritt für sofortigen Baustopp ein, hält aber generell Atomstrom für notwendig." Fazit: ein Feld vor und zwei zurück, usw.
zu beziehen:

Sonderkonto BUU/Spiele
Peter Hauschildt
Sparkasse Elmshorn
Konto Nr. 33 7 66

Lieferung erst ab zehn Stück (Sammelbestellung) Stck. Preis 10,– DM
also: Kein KKW in Brokdorf und anderswo!



Aufgepaßt !
Faschistische Provokateure !
Peterchens Bastelvorschlag

## Aufgepaßt!
## Faschistische Provokateure!

Auf der Hamburger Anti-KKW-Demo vom 22.1. 77 konnte ich folgende Beobachtung machen:
- ein „Demonstrant" riß zunächst bei einer Telefonzelle einen Hörer aus dem Apparat.

Auf diese sinnlose Akion angesprochen, faselte er dummes Zeug, wie: „man muß dem Staat Schaden zufügen, wo man nur kann".

Zunächst dachte ich, das sei irgendein spinnerter Anarcho, da er von außen einen „fortschrittlichen Eindruck" machte (z.B. trug er ein Palästinensertuch!).

Später kam mir dieser Typ wieder unter: mit einem Knüppel schlug er Scheiben des Straßencafes am Mönckebrunnen ein.

Als ihn daraufhin einige Demonstrationsteilnehmer packten und zur Rede stellten, enttarnte sich der Typ:
- Unter dem fortschrittlichen Deckmantel verbarg sich ein Faschist. So trug er unter dem Hemd ein Tuch, das mit einem Lederknauf mit den Runen der Wikingjugend (o.ä.) zusammengehalten wurde.
- Seine Jacke war mit einem Koppel verschlossen, auf dem die Parole „Für Ehre, Volk und Vaterland" zu lesen war!

Auch später tauchte dieser faschistische Provokateur direkt vor den Polizeiketten auf und forderte Umstehende auf, zu „stürmen".

Das ist der Fascho. Wer kennt ihn?

Leider war es zu beobachten, daß Demonstranten mit diesem Typen noch immer diskutierten, obwohl er schon längst enttarnt war.
Eins auf die Schnauze wäre richtiger gewesen!

Ein AK-Leser

## Peterchens Bastelvorschlag

Liebe Bastelfreunde! Heuer laden die langen Winterabende wieder zum Basteln ein. Und was liegt an langen, dunklen Wintertagen näher, als einen Kerzenständer „Modell Brockdorf" zu basteln?

Und so wird es gemacht: Man nehme zwei Nägel (oder vier oder 20 oder 2000 oder noch mehr - je nach Größe der Wohnung und individuellem Ausleuchtungsbedarf - Hauptsache ist nur, daß die Zahl unbedingt durch zwei teilbar sein muß) Von diesen nämlichen Nägeln (ca. 140 mm lang) sägt man nämlich den Kopf schräg ab, so daß eine Spitze entsteht. Nun biegt man die beiden Nägel um 60 Grad, so daß ein Winkel von 120 Grad entsteht. Flugs verschweißt man beide miteinander und fertig ist der Kerzenständer „Modell Brockdorf" – jetzt können für uns nicht mehr die Lichter in den 80er Jahren ausgehen.

Vorsicht ist allerdings geboten – denn wenn man einen Kerzenständer aus der Tasche verliert, und ein unglücklicher Zufall will es, daß ein Auto darüber fährt – dann dürfte für den geplagten Fahrer wohl erst mal ein Reifenwechsel fällig werden. Und so, liebe Bastelfreunde, kann man nun bestimmt keine neuen Freunde für die weltumspannende Idee des Bastelns gewinnen – und das wollen wir doch – oder?

Und noch etwas: helle, glitzernde Farben sind eitel und verleihen unserem kleinen Schmuckstück eine Aufmerksamkeit, die ihm nicht gebührt. Wahre Bastler hingegen sind bescheidene Menschen – sie wählen unauffällige, elegant-vornehme Farben wie z.B. mattschwarz, dunkelgrau oder anthrazit.
Das war's, und nun frisch ans Werk!

Euer Onkel Peter

(Mitglied des Präsidiums des „Vereins zur Verbreitung des Bastelgedankens in der g a n z e n Wilster-Marsch und Umgebung e.V.).

# Hausbesitzer wollen den Wohnungsmarkt „liberalisieren"

Unter der Überschrift „*Wissenschaftler plädieren für Befreiung des westdeutschen Wohnungsmarktes von den administrativen Fesseln*" („Welt", 6.2.76) begannen Hausbesitzerverbände Hand in Hand mit Maklern und Vertretern des Baugewerbes Anfang letzten Jahres eine Propaganda-Kampagne gegen das neue Mietrecht, die in den letzten Monaten wesentlich verschärft wurde. Das Ziel dieser Haie: die wenigen Rechte der Mieter abzubauen, um noch ungestörter absahnen zu können, als es ihnen die „sozial-liberale" Bundesregierung bislang schon ermöglicht hat.

### Hausbesitzer gegen Mietrecht

Dabei schrecken die Hausbesitzer und ihre Verbände vor keiner Unverschämtheit zurück: Als der Mieterbund am 3.1.77 feststellte, daß die Hälfte aller Mieterhöhungsforderungen gesetzeswidrig ist, dachte der Hausbesitzerverband gar nicht daran, dies zu leugnen, sondern schloß daran die freche Forderung an, daß „*das geltende Mietrecht so schnell wie möglich verbessert werden*" müßte („Süddeutsche Zeitung", 5.1.77).

Zu wessen Vorteil diese „Verbesserung" geschehen sollte, zeigt die mitgelieferte „Begründung", daß nämlich „*offensichtlich 50% der Vermieter mit berechtigten Ansprüchen (!) an den überzogenen Anforderungen des Mietererhöhungsverfahrens (!) gescheitert sind*" („SZ", 5.1.77).

Diese „überzogenen Anforderungen„ sind nichts anderes als das eh schon mieterfeindliche Vergleichsmietenverfahren, das den Hausbesitzern Tür und Tor für Mieterhöhungen öffnet und das Verbot der Kündigung um eine Mieterhöhung durchzusetzen. Dadurch fühlen sich angeblich die armen Hausbesitzer „*immer mehr eingeengt und eingeschüchtert*" („Welt", 25.11.76). Sie drohen damit, keine Mietwohnungen mehr bauen zu wollen, denn die Rendite (d.h. ihre Profite) werden angeblich immer geringer ...

Die Sorgen der Hausbesitzer teilt auch der „Wohnungsbauexperte" der SPD, Henke, denn auch er „*würde heute kein Haus bauen, weil ich weiß, daß ich eine Kostenmiete von DM 11,-/qm auf absehbare Zeit nicht hereinholen kann.*" („Welt", 25.11.76)

Da der Profit nicht geschmälert werden darf, lautet das Rezept der Wohnungshaie: „Liberalisierung des Marktes", sprich: die Mieten hoch, höher, am höchsten treiben! Den passenden Vorschlag liefert die CDU gleich mit: statt einem Mietrecht sind „*2–3% leerstehende Wohnungen der beste Mieterschutz*" („Welt", 25.11.76).

### ...und gegen sozialen Wohnungsbau

Der Kampf gegen Bestimmungen des geltenden Mietrechts ist aber nur ein Teil einer Strategie, die das Wohnungsbausystem der BRD noch weiter im Sinne der Hausbesitzer umstrukturieren soll, als es seinerzeit die CDU und heute die SPD/FDP-Koalition mit der Mietfreigabe gewagt haben. Nach dem Willen der Hausbesitzer soll der „soziale" Wohnungsbau, der ja staatlich reglementiert ist, „liberalisiert", d.h. zugunsten der privaten Hausbesitzer umstrukturiert und langfristig ganz abgeschafft werden!

Die privaten Hypothekenbanken schlugen vor, daß der gesamte „soziale" Wohnungsbau privatisiert wird, d.h. staatliche Kredite werden zu 80% zurückgezahlt (der Rest wird den Wohnungsbauunternehmen geschenkt!), die Belegungs-Vorschriften fallen weg und die Mieten werden „frei". Der dadurch zu erwartende „*gewisse Mietanstieg*" („Handelsblatt", 11.11.76) werde durch den „*marktwirtschaftlichen Vorteil*" aufgewogen.

Wenn solche Pläne realisiert werden sollten, wäre der staatliche Wohnungsbau völlig am Ende und für jede Wohnung könnte die Miete verlangt werden, die der Markt „hergibt". Und das würde auch für die heutigen Sozialmieter Wuchermieten bedeuten, da es bisher die Hausbesitzer immer geschafft haben, Wohnraum knapp zu halten.

**Wohnungskommission**

# Keine Chance für Obdachlose!



**Menschenunwürdig: Obdachlosensiedlung in der BRD**

Die Unterbringung von sogenannten „Nichtseßhaften" in städtischen Obdachlosenasylen ist im höchsten Maße menschenfeindlich. Aber nicht genug damit, unter vielen Städten der BRD entbrennt ein regelrechter „*Wettbewerb um eine möglichst schlechte Beherbergung von Nichtseßhaften*" („Parlamentarisch-Politischer Pressedienst", 3.1.77) „*Um die Kosten für den Unterhalt von Obdachlosenasylen möglichst gering zu halten*", lassen „*einige Stadtverwaltungen die Heime auf einem besonders primitiven Niveau (...), damit die ‚Tippelbrüder' möglichst schnell weiterziehen*" („PPP", 3.1.77).

Exemplarisch sind die Zustände im Bonner Obdachlosenasyl. Sie kamen an die Öffentlichkeit durch die Verkleidungsaktion eines SPD-Ratsherrn als „Penner": in stickigen, unfreundlichen Schlafsälen müssen bis zu 30 Personen übernachten, es gibt nur lieblose, magere Verpflegung, der Wochenverdienst liegt selten über 20,- DM (Obdachlose haben bei der Stellensuche keine Chance; finden sie überhaupt mal Arbeit, liegt der Lohn in der Regel unter dem Tarif), für die 231 Obdachlosen gibt es nur einen Sozialarbeiter.

Eine Beratung und Betreuung ist da ausgeschlossen und ein „rüder Umgangston" ist normal (nach „PPP", 3.1.77).

Daran wird aber nur die Spitze des Eisbergs sichtbar. **Insgesamt wird geschätzt, daß es in der BRD**

Eisbergs sichtbar. **Insgesamt wird geschätzt, daß es in der BRD**

**600.000 „Unseßhafte" gibt, die von Unterkunft zu Unterkunft ziehen; hinzu kommen ca. 400.000 Obdachlose, die in den städtischen Obdachlosenheimen ständig unter den menschenunwürdigsten Bedingungen leben, (s. J. Roth: „Armut in der Bundesrepublik").**

Die Verelendung der „Nichtseßhaften" ist nur eine Erscheinung der Lage aller Obdachlosen. In jeder größeren Stadt hat es im Zuge der „Spar"politik Schließungen von Behelfsunterkünften und -lagern gegeben. Arbeitslosigkeit, Alkoholismus und Wohnungsnot werden die weitere Verelendung vieler Menschen vorantreiben.

**Wohnungskommission**

# Menschenverachtende Wohnverhältnisse

**Hamburg, St. Pauli.** Am 19. Januar 1977 standen morgens kurz nach vier Uhr im zweiten Stock des Wohnheims Vorsetzen 53 Werftarbeiter an den Fenstern und fürchteten um ihr Leben. Hinter ihnen wütete Feuer in ihren Wohnräumen, und der Notausgang war durch eine **verschlossene** eiserne Tür versperrt. Es konnten dank des schnellen Eingreifens der Feuerwehr zwar alle Bewohner gerettet werden, aber ihre Habseligkeiten verbrannten oder wurden durch das Löschwasser zerstört.

Erst im Oktober letzten Jahres hatte es die schwerste Brandkatastrophe in der jüngeren Hamburger Geschichte gegeben: In einem total überbelegten verrotteten Haus am Kleinen Schäferkamp 14 starben sieben ausländische Kollegen.

Es ändert sich nichts am menschenverachtenden Charakter derartiger Wohnverhältnisse, wenn es diesmal nicht zu Menschenopfern kam. Ein Schuldiger war denn auch sofort gefunden: angeblich hatte ein 20jähriger Arbeiter den Brand durch eine Kippe verursacht. Die wirklich Schuldigen, denen es nur auf die möglichst günstige, d.h. billige Lagerung der Ware Arbeitskraft ankommt, werden wieder einmal auch hieran noch kassieren und nicht zur Rechenschaft gezogen.

**Bezirksgruppe Karolinenviertel**
**KB /Gruppe Hamburg**



A c h t u n g !

Im Notfall (z.B. Feuer) kann der Schlüssel für diese Eisentür aus dem Zimmer 1o im 1. Stock geholt werden

Der Schlüssel befindet sich im Zimmer rechts neben der Eingangstür an der Wand.

# „Im Zweifelsfall ... ein kurzer Telefonanruf"

Bayern: Was sich die Herren Unternehmer alles für Schweinereien einfallen lassen, um die Arbeiter unter Druck zu setzen, zeigt das folgende Beispiel eines größeren Betriebes in Bruckmühl, Nähe Rosenheim. In einem Rundbrief bitten sie die Ärzte um einen tatkräftigen Beistand bei dem Versuch, die Krankenziffern zu senken.

Wörtlich heißt es in diesem Rundschreiben: „*Da wir wissen, wie schwer es für Sie als Arzt ist, Simulanten von wirklichen Kranken zu unterscheiden, möchten wir die dringende Bitte aussprechen, wenigstens die kürzestmögliche Arbeitsunfähigkeitsdauer zu bescheinigen, die Sie verantworten können.*" Ausserdem wird an die Ärzte apelliert, sich „*im Zweifelsfall*" mit der Firma in Verbindung zu setzen, denn „*ein kurzer Telefonanruf würde manchmal genügen, um Ihnen Fakten oder Tatsachen bekanntzugeben, die Sie unter Umständen eine Krankheit anders beurteilen ließen als Sie dies ohne unsere Mithilfe tun können.*"

Doch damit nicht genug der Schweinerei: Die Betriebsangehörigen müssen in einem „Gesundheitsfragebogen" Auskunft über ihre intimsten Daten geben, d.h., sie müssen z.B. angeben, ob sie allein in einem Zimmer schlafen (wahrscheinlich macht zu viel Bumsen krank); ob sie schon einmal in einer Nervenklinik waren und ob sie eine Geschlechtskrankheit hatten. Diese Unverschämtheit wird von der Unternehmensleitung damit begründet, „*daß der Werksarzt ein Bild ihres Gesundheitszustandes erhält, so daß es uns möglich ist, für Sie den passenden Arbeitsplatz ausfindig zu machen*" („NZ", 2.1.77).

Es fehlt eigentlich nur noch, daß Krankschreibungen in Zukunft ausschließlich vom Werksarzt vorgenommen werden dürfen, wobei man dann sicherlich nur mit dem Kopf unter'm Arm eine Chance hat, krankgeschrieben zu werden.

Zu diesem Problem wurde in Baden-Württemberg eine Modell-Vorsorgeuntersuchung (hrsg. vom Arbeits- und Sozialministerium Baden-Württemberg, Stuttgart 1969/70) an 50.000 nicht krankgeschriebenen sozialversicherten Arbeitern und Angestellten im Alter von 15 bis 60 Jahren durchgeführt. Die Ergebnisse machen deutlich, welche Unterschiede zwischen gesund und arbeitsfähig im kapitalistischen Produktionsprozeß bestehen.

**Bei 64% der Männer und 68% der Frauen in der jüngsten Altersgruppe von 15 bis 19 Jahren wurde eine ärztliche Behandlung für erforderlich gehalten. Bei den 55 - 59 jährigen stieg der Anteil auf 92% bzw. 94%. 21% der Untersuchten wurden von den Ärzten als sanatoriumsreif eingestuft.**

**KB/Gruppe Nürnberg**

# Jusos Ratzeburg – auf dem Holzweg!

Im November wurde in Ratzeburg wieder einmal eine Juso-Ortsgruppe gegründet. Ein Vorgang, der sich in den letzten Jahren alle zwei Jahre wiederholt. Das geht dann immer kurze Zeit gut, und dann gibt es wieder keine Jusos mehr.

Die neue Ortsgruppe hat aus den Fehlern nichts gelernt. Im Gegenteil, derselbe Mist geht wieder los. Obwohl die Zusammensetzung sehr unterschiedlich ist. Ein Teil der Jusos will praktische Politik anhand ihrer Probleme machen, und der Rest will die „gute SPD-Politik" unter die Leute bringen. Dieser Widerspruch wird sich schwer lösen lassen.

Auf Initiative der fortschrittlichen Jusos wurde auch die Möllner Frauengruppe (FG) eingeladen; dabei ging es um die Gestaltung der neuen Juso-Zeitung und um die Zusammenarbeit. Nach Aussagen des obersten Juso-Führers soll die Zeitung Nachrichten bringen, die in der bürgerlichen Presse unterschlagen werden. Deshalb wollten auch die fortschrittlichen Jusos einen Artikel über Repressalien gegen die Möllner FG bringen. Auf dem Treffen wurde vereinbart, daß die Jusos das Fraueninfo erhalten und auf dieser Grundlage dann eine Diskussion über die Möglichkeiten einer Frauenpolitik in Ratzeburg mit der Möllner FG beginnen. Ferner wurde vereinbart, daß die Jusos auf den Treffen der FG erscheinen.

Seit dem Treffen ist nun gut ein Monat vergangen. Zeit also, Bilanz zu ziehen. Der erste Ärger begann, als ein Mitglied dem Juso-Führer die Infos gab. Er gab der Frau gleich eine „Kritik" mit auf den Weg, die sinngemäß lautete: Er sei bös über die Wortwahl erstaunt, die ja provozierend sei; ferner fiel ihm auf, daß wir gegen das System seien, und er zitierte einen Satz aus unserem Info als Beleg: „Wir sind gegen ein System, daß Eltern dazu treibt, ihre Kinder zu schlagen." Damit war für ihn die Sache beendet. Bei dieser Einstellung ist es nicht verwunderlich, daß die Jusos nicht bei der FG erschienen sind. Bei Diskussionen mit fortschrittlichen Jusos stellte sich heraus, daß sie gar nicht darüber informiert sind, daß kein Juso-Vertreter bei der FG war. Die Zeitung gefiel ihnen auch nicht, weil sie nur Dinge brachte, die die Leute ohnehin schon kennen. Z.B. zur Jugendarbeitslosigkeit wurden nur die Zahlen auf Bundesebene aufgeführt – dazu, wie sich die Arbeitslosigkeit am Ort auswirkt, wurde nichts geschrieben. Es liegt auf der Hand, daß man mit solch einer toten Zeitung keinen Blumentopf gewinnen kann. Angesichts der Tatsache, daß sich die Juso-AG seit zwei bis drei Wochen nicht mehr getroffen hat, bleibt die Frage, ob hier ein neuer Rekord in Sachen Lebensdauer einer Juso-Gruppe in Ratzeburg aufgestellt wird?

**Genossinnen und Genossen aus Mölln**

# Kommunale Wohnungsvermittlung geschlossen!

**Augsburg.** Die Bezirksregierung von Schwaben ordnete zum 1. Januar 77 die Schließung der kommunalen Wohnungsvermittlung in Augsburg an. Damit schließt eine weitere Einrichtung, die in rund 150 Städten der BRD Wohnungen ohne die erpresserischen Maklerforderungen vermittelte. 1976 wurden durch den Druck der Haus- und Grundstücksbesitzer mit Hilfe der CDU in Stuttgart, Aachen, Bielefeld und Köln die öffentlichen Wohnungsvermittlungen dichtgemacht und in weiteren Gemeinden droht dieser Schritt angeblich, weil sie unrentabel arbeiten oder die Bevölkerung „ausreichend versorgt" ist.

Die Schwäbische Regierung „argumentierte", daß immer weniger Wohnungen durch die kommunalen Makler angeboten worden seien und folgerte, „*daß der größte Teil der zur Verfügung stehenden freien Wohnungen auf andere Art und Weise, nämlich über Inserate und Maklerbüros, vermittelt wird*" („Süddeutsche Zeitung", 2.12.76).

Nun, das hat niemand bezweifelt! Die Wohnungsvermittlungen wurden aber ja gerade deshalb gegründet, weil die Gangster-Methoden der Makler überhand nahmen. Statt der „normalen" dreifachen Monatsmiete wurden in Augsburg bei den Kommunalen nur etwa ein Drittel als Vermittlungsgebühren verlangt - was den Maklern seit je her ein Dorn im Auge war.

Nachdem sie in Augsburg ihr Ziel erreicht haben, droht jetzt auch in Nürnberg und München das Ende der kommunalen Wohnungsvermittlung.

**Wohnungskommission**




**Westberlin.** Juliane Ströbele-Gregors Bewerbung, als Lehrerin in den Staatsdienst übernommen zu werden, wurde vom Bezirksamt Wilmersdorf abgelehnt. Die Ablehnung wurde mit einem laufenden Ermittlungsverfahren wegen „Zugehörigkeit zu einer kriminellen Vereinigung" begründet. Das Merkwürdige an der Sache war nur, daß Frau Ströbele-Gregor bis zum Tage ihrer Ablehnung nichts von diesem Ermittlungsverfahren wußte!

In dem folgenden Verwaltungsgerichtsverfahren stellte das Verwaltungsgericht Berlin fest, daß die vorher geltend gemachten „Tatsachen" nicht im geringsten Zweifel an der Verfassungstreue von Frau Ströbele-Gregor begründen könnten. Das Ermittlungsverfahren wurde mit Bescheid vom 13.12.76 ohne Begründung und Kommentierung eingestellt. Der CDU-Stadtrat und der Personalrat verweigerten jedoch weiterhin die Einstellung. Auch die Anordnung einer Einstellung bis zum 20.12.76, die das Verwaltungsgericht Westberlin am 8.12.76 unter Androhung eines Zwangsgeldes von 2.000 DM plus Anwaltskosten erließ, führte bisher zu keinem Erfolg. Das Zwangsgeld geht in die Kasse des Verwaltungsgerichts, und Juliane Ströbele-Gregor bleibt jetzt juristisch nur noch die Möglichkeit, eine Schadensersatzklage einzuleiten.

Wenn sie auch vor dem Verwaltungsgericht Recht bekommen hat, so hat das Ermittlungsverfahren doch seine Funktion der Verdächtigung erfüllt.

Es drängt sich der Verdacht auf, daß das Ermittlungsverfahren in erster Linie wegen des Berufsverboteverfahrens eingeleitet wurde und anschließend, als sich zeigte, daß die vorgeschobenen „Verdachtsmomente" einer Prüfung nicht standhielten, einfach eingestellt wurde. Dem bürgerlichen Staat sind eben alle Mittel recht, wenn es darum geht, einen ihm nicht genehmen Menschen auszuschalten.

**Berufsverbotekommission**
**KB/Gruppe Hamburg**

**München.** Die Verträge der Schauspielerin Carin Braun und des Regisseurs und Dramaturgen Michael Harty sind von den Münchner Kammerspielen nicht verlängert worden, ohne daß dafür eine Begründung gegeben wurde. Beide sind Mitglieder der DKP. Nach Aussagen der Betroffenen hat es während ihrer Beschäftigungszeit mehrere Konflike mit dem Intendanten gegeben, der sich des öfteren gegen die Aufnahme von fortschrittlichen Stücken in den Spielplan gewehrt hatte. Hinzu kam, daß dem Intendanten die Bildung einer Betriebsgruppe, die Weitergabe der „UZ" und die Mitarbeit an der Hauszeitung der Kammerspiele durch die beiden DKP'ler ein Dorn im Auge war. So setzte der Intendant die Uraufführung des von Harty geschriebenen Stückes vom *„Land, in dem Milch und Honig fließt"* auch vier Wochen nach dessen Kündigung (trotz schon erfolgter Vorankündigung) vom Spielplan ab.

**Fürth.** Am 10.12.76 teilte die Regierung von Schwaben (Bayern) Ilja Hausladen mit, daß er nicht in den Vorbereitungsdienst für das Lehramt an Volksschulen zugelassen sei. Begründung: er sei *„längere Zeit in der Kindergruppe Edgar Andre tätig"* gewesen. Und weiter: *„Andre war schon vor 1933 aktiver Kommunist und betätigte sich u.a. in Spanien als Widerstandskämpfer..."* („die tat", 14.1.76).

Bezeichnend für die heutige Entwicklung ist, daß jetzt Ilja Hausladen ein ähnlicher Schlag trifft wie seinen Vater, der 1933 seine Ausbildung ebenfalls nicht abschließen konnte, da er von den Nazis verfolgt und jahrelang in Gestapo- und Gefängnishaft gehalten wurde.

**Norderstedt.** Die Stadtvertretung von Norderstedt hatte den Dozenten Peter Schütt und Dr. Wolfgang Beutin aus Hamburg die Verlängerung ihrer Lehraufträge mit der Begründung verweigert, daß sie Mitglieder verfassungsfeindlicher Parteien seien. In der Begründung spielte Dr. W. Beutins Funktion als Landesvorsitzender der DFU und bei P. Schütt seine Funktion in der DKP eine wichtige Rolle.

Die Entscheidung der Stadtvertretung wies nun das Landgericht Kiel mit der Begründung zurück, daß die Mitgliedschaft in einer Partei kein ausreichender Grund für eine Zurückweisung der Dozenten sei.

**Berufsverbotekommission**
**KB/Gruppe Hamburg**

**Ansbach.** Die Regierung von Mittelfranken muß auf Grund einer einstweiligen Anordnung des Verwaltungsgerichts in Ansbach die Lehramtsanwärterin S. Höllersberg bis zur Hauptentscheidung des Gerichts in das Beamtenverhältnis auf Widerruf übernehmen.

Die Behörde hatte der Lehrerin eine frühere Mitgliedschaft im Sozialistischen Hochschulbund (SHB) und eine Kandidatur der Sozialdemokratin auf gemeinsamen Listen mit dem MSB Spartakus vorgeworfen.

Die Entscheidung des Gerichts aufgrund der Verhandlung steht noch aus.

**Augsburg.** Die Klage von V. Veeser auf Zulassung zum Vorbereitungsdienst für das Lehramt an Volksschulen wurde vom Verwaltungsgericht Augsburg abgewiesen. Veeser, der schon eine Volksschulklasse unterrichtet hatte, wurde der Einstellungsvertrag nicht verlängert. Das Gericht schloß sich folgender Begründung der Behörden an:

Kandidatur 1972 auf der Liste der „Demokratischen Front", die nach Maßgabe des Verfassungsschutzes weitgehend von Kommunisten getragen wird, Teilnahme an einer Berufsverboteveranstaltung in Regensburg, zu der u.a. auch Kommunisten erschienen waren und Teilnahme an einer Vietnamdemonstration, die ebenfalls von Kommunisten organisiert war.

**Bayreuth.** Das Bayreuther Verwaltungsgericht hat dem Studenten K. Lehner seine weitere Ausbildung als Referendar verwehrt. Diese Referendarzeit ist nötig für den Abschluß des Jurastudiums. K. Lehner hatte eine Vorlesung „gestört", sich in einem Flugblatt („Der rote Kommentar") gegen die herrschende Rechtsordnung in der BRD ausgesprochen und auf einer Liste der „Maoisten/Leninisten" für das Münchner Studentenparlament kandidiert. Auch der Antrag, die 2jährige Referendarzeit als Angestellter zu absolvieren, um später als Jurist privat tätig zu werden, wurde vom Gericht abgewiesen.

**Nürnberg.** M. Lehner, Lehramtsanwärter, wird wegen Mitgliedschaft in der Kriegsdienstverweigerer-Organisation DFG/VK (Deutsche Friedensgesellschaft/Verband der Kriegsdienstgegner) nicht zum Schuldienst zugelassen. Begründung: Diese Organisation sei *„im Rahmen der Volksfrontpolitik der DKP tätig"*.

**Sulzbach/Rosenberg.** P. Kellndorfer, Lehramtsanwärter: Nichtzulassung in den Schuldienst, da Mitglied in der DFG/VK.

**Augsburg.** M.R. Beck, Lehramtsanwärter. Hier wurde die Fahrt zu der Beerdigung von Holger Meins als Ablehnungsgrund für den Schuldienst vom Gericht in Augsburg anerkannt. Weiterhin folgende Gründe: Schreiben einer Postkarte an den Ermittlungsrichter, mit der gegen die *„unrechtmäßige Inhaftierung"* von „KPD"-Mitgliedern protestiert wurde. Teilnahme an einer Demonstration des Anti-Strauß-Komitees gegen einen Bundesparteitag der NPD.

**Erlangen.** R. Huhle, Wissenschaftlicher Assistent an der Uni Nürnberg/Erlangen.

Huhle war 1975 aus dem Dienst entlassen worden, obwohl er keiner politischen Partei angehörte. Diese Kündigung und das Verbot weiterer Tätigkeit im Öffentlichen Dienst wurde nun endgültig vom Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe zurückgewiesen. Sie sei unbegründet. Folgende Gründe waren ausschlaggebend: Teilnahme an einer Demonstration gegen eine Wahlkundgebung der Jungen Union, Kandidatur an der Uni Nürnberg/Erlangen auf einer Liste Fachschaften/Basisgruppen, Teilnahme an einer Vietnamdemonstration 1972 und Beteiligung an einem Teach-in des Heidelberger SDS 1970 über das Verbot des SDS (Informationen nach „SZ", „Nürnberger Nachrichten", Dez. 76 und Januar 77).

**KB/Gruppe Nürnberg**

**Kiel:** Das Präsidium der Kieler Uni hat im Dezember '76 die Weiterbeschäftigung von drei wissenschaftlichen Hilfskräften (Studenten) am Physiologischen Institut untersagt. Begründung: Gegen sie wären Ordnugsverfahren eingeleitet worden (wegen Störung des Lehrbetriebs). Diese Maßnahme wurde getroffen, obwohl die drei Studenten wie bei HiWis üblich - schon ein halbes Semester ohne Vertrag gearbeitet hatten und obwohl sich das Leitungsgremium des Physiologischen Instituts für die Weiterbeschäftigung ausgesprochen hatte (weil sonst die Durchführung von Praktika gefährdet wäre).

Das bedeutet eine weitere Verschärfung und Ausweitung der Berufsverbote: jeder Student, der vom Ordnungsrecht – einer inneruniversitären Disziplinarmaßnahme – betroffen ist, hat mit Berufsverbot zu rechnen!

**Kiel:** Nachdem der Lehramtsanwärter Nils Claasen im Sommer '76 sein PH-Studium abgeschlossen hatte, bekam er am 4.12.76 sein erstes Anhörungsverfahren. Auf dem Anhörungstermin erschien er mit einem Rechtsanwalt, den das Landesschulamt (LSA) gleich wieder vor die Tür setzen wollte. Bei dem Gespräch verbreiteten die Herren vom LSA aberwitzige Theorien: Es sollten zwei „Anhörungsgespräche" laufen. Im ersten solle der Bewerber „frei und offen" über seine Gesinnung sprechen dürfen, damit er „bestehende Zweifel" an seiner Verfassungstreue ausräumen könne. Dazu soll kein Anwalt hinzugezogen werden dürfen. Käme man aufgrund des ersten „Gesprächs" zu der Überzeugung, daß der Bewerber abzulehnen sei, dann solle noch ein zweites „Gespräch" stattfinden, in dem sich der Bewerber über „Tatsachen" äußern könne. Dazu dürfe dann ein Anwalt herangezogen werden.

Wozu überhaupt das erste Gespräch, wenn erst im zweiten über „Tatsachen" gesprochen wird? Daher bestand Nils Claasen auch darauf, das erste Gespräch mit Anwalt zu führen.

Da kam den Herren vom LSA eine neue glänzende Idee: man könne die Sache ja so handhaben, als sei das erste Gespräch schon erfolgt, man könne also gleich das zweite Gespräch führen, dann dürfe der Anwalt dabeibleiben. D.h., das LSA ist also schon zu dem Schluß gekommen, daß der Bewerber abzulehnen sei, womit zugegeben wird, daß das Berufsverbot schon feststeht. Diese Unverschämtheit wurde natürlich zurückgewiesen.

Zuguterletzt versuchte es das LSA noch dreister: Man würde aus diesem Gespräch, in dem es nur um Verfahrensweisen, aber nicht um Vorwürfe ging, den Schluß ziehen, daß keine Zweifel an der Verfassungstreue entkräftet worden seien. Darauf erwiederte Nils Claasen, daß man sich vor Gericht wiedersehen würde, worauf das Gespräch abgebrochen wurde. Dem LSA geht es hierbei offensichtlich darum, den Anwalt aus dem ersten Gespräch fernzuhalten, um den Bewerber besser einschüchtern zu können.

**Berufsverbote-Kommission**
**KB/Gruppe Kiel**

## Esperanto-Jugend gegen Berufsverbote

Auf einer Tagung der Deutschen Esperantojugend zum Jahreswechsel mit 130 Teilnehmern aus 27 Nationen wurde ein „Internationaler Arbeitskreis gegen Berufsverbote" gebildet. Die Mitglieder des Arbeitskreises wollen in ihren Heimatländern über die Berufsverbote in der BRD informieren und um Unterstützung des Protests in der Esperantobewegung werben („Esperanto" ist eine internationale Sprache).
Koordinationsbüro für die BRD:
Esperanto c/o Roland Schnell
Kaiserstr. 5
7500 Karlsruhe




# NS-Prozesse in der BRD

Dieser Artikel befaßt sich mit einigen Aspekten der NS-Prozesse, die in der BRD nach 1945 stattgefunden haben. Neben einigen übergreifenden Zahlen werden eine Reihe von aktuelleren Urteilen „gegen" NS-Verbrecher untersucht. Ferner soll die Rolle der Verteidiger in solchen Prozessen angesprochen und auf die Kampagnen zur Freilassung namhafter Nazis eingegangen werden.

## Die Zahlen sprechen für sich!

– In den letzten zehn Jahren hat es in der BRD ca. 500 Prozesse gegen Nazi-Verbrecher gegeben. Davon wurden allein fast 400 eingestellt (1)!

– Obwohl nach 1945 der weitaus größte Teil der Kriegs- und Naziverbrecher in die westlichen Besatzungszonen flüchtete, wurden in der BRD, deren Bevölkerungszahl dreimal so groß ist wie die der DDR, bis zum 1.1.64 nur 12.457 Personen angeklagt (zum Vergleich: in der DDR 16.583!). Davon wurden 5.234 verurteilt (DDR: 12.818), in über 7.000 Fällen erging Freispruch, wurde das Verfahren eingestellt oder die Hauptverhandlung gar nicht erst eröffnet (DDR: 1.578 Freisprüche, 2.187 Einstellungen). Für die Verurteilten in der BRD gab es nur 80 Höchststrafen (neun zum Tode, 71 lebenslänglich) (DDR: 119 Todesurteile, 239 lebenslänglich) (2).

Betont werden muß hier noch, daß die Hauptkriegsverbrecher der deutschen Bourgeoisie – die Herren aus den Vorständen der Monopole wie Krupp, Flick, Thyssen, IG Farben, Deutsche Bank etc., die Herren vom Kommandostab der faschistischen Armee und aus der NS-Justiz – daß diese Herren nicht nur weiter ungeschoren blieben, sondern heute vielfach wieder entscheidende Positionen in der westdeutschen Wirtschaft und Politik bekleiden. Die Verfahren in der BRD richteten und richten sich demgegenüber vielmehr wesentlich gegen die unteren Chargen der SS- und KZ-Mörder.

– Von 1.026 Kriegsverbrechern, die in Frankreich als Mörder verurteilt worden sind, und die heute zum großen Teil in der BRD leben, wurde bis heute **kein einziger** in der BRD abgeurteilt! Beispiel: **Kurt Lischka,** ehemaliger Chef der Gestapo in Paris, hat bis heute kein Verfahren erhalten, während Antifaschisten, die seine Aburteilung fordern, bestraft werden – wie z. B. Beate Klarsfeld (3).

– Beispielhaft für die hiesige „Vergangenheitsbewältigung" sind auch folgende Zahlen: Vom ehemaligen KZ Kulmhof sind bisher 170 KZ-Wächter ermittelt; verurteilt: keiner! KZ Majdanek: 367 Wächter ermittelt; bislang keiner verurteilt! KZ Mauthausen: 380 KZ-Wächter ermittelt; keiner verurteilt! KZ Natzweiler/Struthof: 200 Wächter ermittelt, drei verurteilt!

## Einige Beispiele:

Im folgenden werden eine Reihe von NS-Prozessen aus der jüngeren Vergangenheit beispielhaft angeführt, um die Tendenz der Rechtssprechung „gegen" NS-Verbrecher zu verdeutlichen.

– **W.R. Sawatzki,**
war an der Ermordung von 400 ungarischen Kindern in einem deutschen Lager im Frühjahr'44 beteiligt. Die Kinder wurden z. T. vergast, z. T. lebend in die Verbrennungsgrube geworfen. Im sog. 5. Auschwitz-Prozeß, der im Dezember 1973 begann, wurde Sawatzki Anfang '76 freigesprochen! Begründung: Am „Erinnerungsvermögen" des Hauptbelastungszeugen bestünden „erhebliche Zweifel" (5).

– **Ernst B. Ehlers,**
bis Ende 1974 Landesverwaltungsgerichtsrat am Schleswig-Holsteinischen Verwaltungsgericht, dann in den Ruhestand versetzt. Ehemaliger Obersturmbannführer und Kommandeur der Sicherheitspolizei in Belgien und Nordfrankreich, beteiligt an der Ermordung von 26.000 deportierten Juden in diesem Gebiet. Anfang dieses Jahres lehnte das Landgericht in Flensburg die Eröffnung eines Hauptverfahrens ab – angeblich, weil keine „Wahrscheinlichkeit einer Verurteilung" vorliegt (6).

– **Karl Streibel,**
1930 zur SA, 1931 zur NSDAP, 1933 Mitglied der SS, 1942 Obersturmbannführer, Kommandant des Lagers Trawniki (polnisches Generaldepartement), in dem mindestens 10.000 Juden ermordet wurden. Ein Hamburger Schwurgericht urteilte dennoch 1976: Freispruch für ihn und fünf mitangeklagte SS-Unterführer. Der vorsitzende Richter, Joachim Seefeld, meinte, den Angeklagten hätte keine „direkte Tatbeteiligung" und kein „positives Wissen" von Massenmord nachgewiesen werden können. Streibel erhält heute auch noch eine hohe „Entschädigung"! (7).

– Die Liste von NS-Verbrechern, die freigesprochen wurden, ließe sich gewiß noch fortsetzen. Im folgenden aber ein paar Beispiele, wie die Urteile aussahen, wenn die Angeklagten völlig eindeutig als Massenmörder entlarvt waren:

– **Hermann Worthoff,**
als SS-Obersturmbannführer und Angehöriger des „Sicherheitsdienstes" an der Verschleppung von Juden aus Lublin in ein Vernichtungslager beteiligt. Dort wurden etwa 30.000 Menschen umgebracht; dabei war Worthoff nachweislich an mindestens 8.544 Morden direkt beteiligt, begangen zwischen November '41 und Juli '44 in Lublin. Ein Wiesbadener Schwurgericht verurteilte ihn Ende letzten Jahres zu acht Jahren Gefängnis (8). Acht Jahre für 8.544 Morde!

– **Wilhelm Eickhoff,**
ehemaliger SS-Unterscharführer, der nachweislich aktive Beihilfe an mindestens 50 Morden im KZ Nobruisk (Weißruthenien) geleistet hat. Insgesamt wurden in diesem KZ 1.400 Juden aus dem Warschauer Getto ermordet. Urteil eines Hamburger Schwurgerichts Anfang dieses Jahres: zwölf Jahre Freiheitsstrafe (9).

– **Dr. Heinrich Schütz,**
ehemaliger SS-Sturmbannführer und Arzt, verantwortlich für Beihilfe zum Mord durch Eiter-Injektionen an elf Geistlichen in Dachau, bis 1975

Fortsetzung auf Seite 10

Forts. von S. 9

noch praktischer Internist in München, wurde im sog. Dachau-Prozeß zu zehn Jahren Haft verurteilt (10).

— **Johannes Nowotsch,**
ehemaliger Bezirksleutnant der Gendarmerie in Podjajce (Kreis Brzezany/Galizien); ihm wurde die Beihilfe zum gemeinschaftlichen Mord an mindestens 500 Juden nachgewiesen. Ein Hamburger Schwurgericht verurteilte ihn deswegen zu nur fünf Jahren Haft. Ebenfalls wurde ihm Beihilfe zum Mord in weiteren 1.000 Fällen nachgewiesen, er wurde deswegen aber überhaupt nicht bestraft mit Hinweis auf das Militärstrafgesetzbuch (11). Also: fünf Jahre für mindestens 1.500 Tote!

Auch diese Reihe von Beispielen für die „Bestrafung" nachweislicher NS-Mörder ließe sich fortsetzen. Anschließend noch einige Beispiele von NS-Verbrechern, die entweder gar nicht erst zur Rechenschaft gezogen worden sind, oder deren Prozesse abgebrochen worden sind:

— **Asbach, Hans-Adolf,**
seine Massenmord-Verbrechen in Brzezany, Tohatyn und Putotory, wo er für die Tötung mehrerer tausend Juden verantwortlich war, sind im ARBEITERKAMPF schon dargestellt worden. Er war von 1950 bis 1957 Sozialminister in Schleswig-Holstein. Ende letzten Jahres verzichtete die Kieler Staatsanwaltschaft auf die Anklageerhebung gegen Asbach, weil die Verbrechen ihm „nicht mit der für eine Verurteilung erforderlichen Sicherheit" nachzuweisen seien (12).

— **W. Kutschmann,**
früher Kriminalkomissar und SS-Untersturmbannführer; hat im Sommer '41 in Drohobycz (Galizien) als Leiter der Abt. VI (Gestapo) der Sicherheitspolizei die Erschießung von 65 Juden geleitet und im selben Jahr in Lemberg 20 Hochschulprofessoren ermordet. Er war nach dem Krieg in

Leiter der Abt. VI (Gestapo) der Sicherheitspolizei die Erschießung von 65 Juden geleitet und im selben Jahr in Lemberg 20 Hochschulprofessoren ermordet. Er war nach dem Krieg in

Argentinien unter dem Namen Pedro Ricardo Olmo untergetaucht und leitete dort eine Verkaufsstelle der Osram-Niederlassung. Als er in Argentinien verhaftet wurde, stellte die BRD keinen Auslieferungsantrag! Kutschmann wurde daraufhin wieder freigelassen und ist seither untergetaucht (14).

Neben diesen Fällen gibt es eine Menge Beispiele für Einstellungen von NS-Verfahren, z. B. im Prozeß gegen **Willi Schroth** (angeklagt wegen mehrfachen Juden-Mordes) wegen „Verhandlungsunfähigkeit"; gegen **Hartmut Pulmer** und **Friedrich Schulz** (ehem. Leiter der Gestapo-Hauptstelle Ziedenau-Schrotersburg, beteiligt an der Ermordung von 225 Polen und Juden), ebenfalls wegen „Verhandlungsunfähigkeit", gegen **Albert Krüger** (Führer einer Polizeihilfstruppe in Choniki/Weißrußland, wo er Zivilisten ermordet hat) wegen „Krankheit", und andere Fälle mehr!

### Der Majdanek-Prozeß

Besonders anschaulich läßt sich die Praxis der westdeutschen Justiz gegenüber Nazi-Mördern am gegenwärtig noch andauernden Majdanek-Prozeß vor einem Düsseldorfer Gericht zeigen (übrigens nach – wohl richtiger – Ansicht der bürgerlichen Presse „der letzte große NS-Prozeß"!) Er begann Ende 1975 und richtete sich gegen vorerst 15 ehemalige SS-Wächter des KZ Majdanek (Lublin), wo über 360.000 Menschen bestialisch ermordet wurden. Lagerführer war **Hermann Hackmann**. Angeklagt sind auch eine Reihe weiblicher Nazis, so Hildegart Lächert, Charlotte Mayer, Rosa Süß, Hermine Böttcher, die „wie besessen" geprügelt haben, vor allem jüdische Häftlinge u. a. mit einer Metallkugel in der Peitschenspitze totgeprügelt haben (15). Öffentliche Aufhängungen, Ertränken in Fäkaliengruben, Zerfleischenlassen durch einen Schäferhund war an der Tagesordnung (16).

Im Laufe der über einjährigen Dauer des Prozesses sind inzwischen alle Nazi-Bestien auf freien Fuß gesetzt worden. Der Prozeß soll offenbar solange verschleppt werden, bis die überlebenden Zeugen nicht mehr aussagen können, sei es wegen Tod oder hohen Alters.

Bis heute ist tatsächlich kein überlebender Zeuge gehört worden! Aber zwölf sind seit Prozeßbeginn bereits verstorben (17).

Diese Strategie geht wesentlich auf das Konto der Verteidiger der Nazi-Mörder, Leute wie Hermann Stolting II, Dr. Eggert, Fritz Steinacker, Ludwig Bock, Dr. Pannenbecker. Sie alle schlossen sich einem Befangenheitsantrag Stoltings an, der gegen den historischen Sachverständigen Dr. Scheffler gerichtet war und in dem es hieß, Scheffler habe einen „jüdischen Doktorvater" gehabt und „mit Gelehrten jüdischen Glaubens" zusammengearbeitet (18).

Offen antisemitische, rassistische Positionen also in einem NS-Prozeß! Es ist der Gipfel der Perversion, daß kein Mensch h i e r von juristischer „Standesehre" redet oder Berufsverbot für solche Schweine fordert.

Aber man muß wissen, woher's kommt: **Hermann Stolting II** z. B. ist selber Alt (-und immer noch!) -Nazi! Er war Staatsanwalt am NS-Sondergericht in Bromberg und stand laut Bescheinigung des dortigen Oberstaatsanwaltes **„treu zum nationalsozialistischen Staat"**. Er erwirkte im Mai '42 ein Todesurteil gegen den polnischen Arbeiter Josef Filipiak aufgrund der „Polenstrafverordnung" der Nazis. Mehrere Menschen brachte er ins KZ. Und auch heute noch brüstet sich dieser Nazi seiner Umtriebe vor '45! (19).

Der Majdanek-Prozeß ist ein anschauliches Beispiel dafür, welche „Gerechtigkeit" Nazi-Mördern in einem Staat gewährt wird, dessen Justiz (und nicht nur die!) bis heute

Der Majdanek-Prozeß ist ein anschauliches Beispiel dafür, welche „Gerechtigkeit" Nazi-Mördern in einem Staat gewährt wird, dessen Justiz (und nicht nur die!) bis heute

von Alt- und Neo-Nazis durchsetzt ist. Eine andere Erscheinungsform ist, daß in der Justiz schwerbelastete Altnazis wie die Bundesverwaltungsrichter Weber-Lortsch und Chapeaurouge in Sachen Berufsverbote „Recht" sprechen (20), daß Antifaschisten, die gegen diese Zustände protestieren, bestraft werden.

### Pro-Nazi-Kampagne und „Nostalgie"

Hierher gehören auch die Kampagnen, die in letzter Zeit verstärkt für die Freilassung der „letzten deutschen Kriegsgefangenen" geführt werden. So die Kampagne „Freiheit für Rudolf Heß", hinter der nicht bloß Neofaschisten wie die „Bürgerinitiative Deutsches Reich" des M. Röder stehen, sondern auch die „Evangelische Kirche Deutschlands", der „Verband der Heimkehrer, Kriegsgefangenen und Vermißtenangehörigen" und eine Reihe von Mitgliedern des Bundestages, die sich dafür stark machen, darunter z. B. CDU-MdB **Wissebach** (Mitglied des SS-Traditionsverbandes HIAG!), oder auch **Dr. Ewald Bucher**, ehemaliger Bundesjustizminister.

Eine ähnliche Kampagne wurde für die Freilassung des in Italien inhaftierten **Herbert Kappler** (Kommandant der Sicherheitspolizei in Rom, verantwortlich für die Erschiessung von über 300 beliebig rausgegriffenen Italienern als „Repressalie") und **Walter Reder** (der als Kommandeur einer Panzeraufklärungsabteilung der Waffen-SS mehrere Zivilisten niedermetzelte) gestartet. Hinter die Forderung nach Freilassung dieser Mörder haben sich neben den Neonazis „ehrenwerte" Persönlichkeiten wie SPD-Chef Willy Brandt, Bundespräsident Scheel u. a. gestellt. Gegen den massiven Protest der antifaschistischen Öffentlichkeit soll Kappler jetzt tatsächlich freigelassen werden!

Ebenso wird die Forderung nach Freilassung einiger in niederländischer und belgischer Haft sitzender Nazis erhoben.

Insgesamt sind diese Vorgänge vor dem Hintergrund zu sehen, daß der Faschismus in der BRD zusehends hoffähiger gemacht werden soll („Nostalgie"-Welle!). Angesichts des neuerlichen rapiden Abbaus demokratischer Rechte in unserem Land gilt es demgegenüber, die Erfahrung der Bestialität des Faschismus wachzuhalten, die konsequente Bestrafung der alten und die Zerschlagung der neuen Nazis zu fordern und dafür auch einzutreten!

**IKAH Kiel**

Bestrafung der alten und die Zerschlagung der neuen Nazis zu fordern und dafür auch einzutreten!

IKAH Kiel

Anmerkungen:
(1) „die tat" 23/75
(2) Braunbuch, S. 7/8
(3) „Kämpfende Jugend" 5/76
(4) „Konkret" 7/75
(5) „Frankfurter Rundschau", 28.2.76
(6) „Ostholsteiner Anzeiger", 13.2.76
(7) „Lübecker Nachrichten", 4.6.76
(8) „Commune" 8/76
(9) „die tat" 12/76
(10) „Frankfurter Allgemeine", 16.10.75
(11) „Kieler Nachrichten", 18.5.76
(12) „Morgenpost", 4.2.75
(14) „Kieler Nachrichten", 30.6.75
(15) „Spiegel" 49/75
(16) „die tat" 50/75
(17) „die tat" 33/76
(18) „die tat" 3/76
(19) ebenda
(20) Majdanek-Report, VVN, 1975

## Alt-Nazis vor Gericht

Gegenwärtig gibt es eine Reihe von Urteilen oder neu anlaufenden Prozessen gegen Alt Nazis. Regelmäßig haben sich die faschistischen Verbrecher jahrelang bester Freiheit erfreuen können, bevor schließlich ihr Prozeß anfängt: Zeugen sind inzwischen gestorben, können sich nicht mehr erinnern, die Tat ist verjährt-genügend solche „objektiven" Umstände sind vorhanden, um die Nazis ungeschoren laufenzulassen. Kommt es doch zur Verurteilung , folgt ebenso regelmäßig Haftverschonung, vorzeitige Entlassung u.ä.

Solche Feigenblatt-Prozesse gegen Nazi- Rentner dienen hauptsächlich dazu, vor allem gegenüber dem Ausland, den Schein zu wahren, in der BRD würden Faschisten tatsächlich vom Staat bekämpft. Aktiv wirbelnde Neo-Nazis - wie die diversen „NS-Kampfgruppen",Roeder, Schönborn, Christophersen u. Co., die Hoffmann-Bande usw. - werden dagegen durch Freisprüche und „Bewährungs"- Urteile (sofern die Justiz überhaupt was tut) in ihrem Treiben geradezu ermuntert.

Die letzten Prozesse: In Kaiserslautern wurde Ende Dezember '76 das Verfahren gegen den Nazi- Verbrecher und späteren Bundeswehr-Oberstleutnant Wolfgang Abel eingestellt. Abel wurde zwar vom Gericht für schuldig befunden, als Nazi- Polizeioffizier und Chef der Nachrichtenabteilung des Polizeiregiments Süd bei der Ermordung von 150 russischen Juden im Sommer 1941 beteiligt gewesen zu sein. Seit 1960 sei Abels Tat jedoch verjährt(Nach „FR",27.12.76).

In Hamburg wurde der frühere SS-Offizier Paul Nell in einem Revisionsprozeß wegen fünffachen Mordes zu lebenslanger Freiheitsstrafe verurteilt. Nell hatte 1942 und 43 als Leiter des Arbeits - KZ Blizym bei Radom in Polen die Erschießung von Juden angeordnet.

Nach jahrelangen Ermittlungen begann endlich am 10.1. in Hamburg der Prozeß gegen den inzwischen 64-jährigen Gerhard Maywald. Er war SS- Obersturmführer und Mitglied einer besonderen „Einsatzgruppe" des Nazi-„Sicherheits-Dienstes". Maywald ist angeklagt, an Massenerschiessungen von Juden beteiligt gewesen zu sein und „eigenhändig Tötungsverbrechen" begangen zu haben.

Seit 1964 hat Maywald - gegen den damals bereits das Untersuchungsverfahren lief - auf freiem Fuß leben können. Der Prozeß ist, mit der Vernehmung von über 100 Zeugen aus verschiedenen Ländern, auf ein Jahr angesetzt.

In Lübeck wurde gegen den früher bei der lettischen Nazi-Polizei eingesetzten Arvids Bajars Anklage erhoben. Bajars soll 1941 Juden und Kommunisten ermordet haben. Die Hauptverhandlung beginnt am 2. Februar (FAZ, 14.1.77).

**Antifa-Kommission**
**KB/Gruppe Hamburg**

## Jude sein a l l e i n tut's nicht!

Jude sein a l l e i n tut's nicht!

### Antwort auf einen Aufschrei

Die ungeheuerliche Haftentlassung des sadistischen Juden-Mörders Rosenbaum in Hamburg (siehe AK 96, S. 7) hat die fortschrittliche jüdische Journalistin Peggy Parnass zu einem Artikel voller Bitterkeit im Westberliner „EXTRAdienst" (11. 1.77) veranlaßt. Gerade w e i l uns diese Bitterkeit verständlich ist, wollen wir Peggy Parnass in einigen wesentlichen Punkten widersprechen.

Peggy Parnass fühlt sich allein mit ihrer Empörung, und die Emotion läßt sie unzulässige Verallgemeinerungen hervorbringen:„*Wir sind in Deutschland. Und da hat nun mal ein Mann wie Rosenbaum alle auf seiner Seite.*"Alle?!„*Rosenbaum an sich kratzt die Hamburger und ihre Presse weder vorn noch hinten*". Die Hamburger? Und seit wann haben „ die Hamburger" denn eine Presse?„*Ich merke überhaupt, daß hier der Punkt ist, an dem meine Gespräche in Deutschland nicht mehr möglich sind*". Übrigens schreibt Peggy Parnass „Deutschland" , wenn sie die BRD meint.„*Mir scheint, meine Empörung wird nur von ehemaligen KZ-Insassen und einigen Mithäftlingen Rosenbaums geteilt*".Aber einige Zeilen weiter erwähnt Peggy Parnass dann sogar s e l b s t die Enthüllungen unseres ARBEITERKAMPF über den Rosenbaum-Skandal!

Auf das Gefühl der totalen Fremdheit („*wildfremde Deutsche*") in diesem Land reagiert Peggy Parnass mit einer demonstrativen Betonung ihres Jüdisch-Sein:„*Sozialist sein ist mir sowieso eigentlich am wichtigsten. Doch durch Euch fühle ich es wieder sehr stark: Ich bin Jude. Und will es sein*".

Ja, was heißt das? Jude sein kann man auf vielerlei Art. So wie der US-Kriegsverbrecher Kissinger oder so wie Hamburgs „Pizza-König" Manfred Katz, den man schwerlich für einen antifaschistischen Protest auf die Beine bringen würde. Das historische Schicksal des jüdischen Volkes, und nicht erst seit dem faschistischen Völkermord, sensibilisiert wohl in besonderer Weise. Aber dennoch ist offensichtlich, daß man als Jude Verfolgter ebenso sein kann wie Verfolger – Anne Frank ebenso wie Mosche Dayan. „*Ich bin Jude*" ist letzten Endes Ausdruck der Tatsache, daß Peggy Parnass sich in ihrer Verbitterung „die Deutschen gar nicht anders mehr vorstellen kann, denn als eine einheitliche, feindselige Masse.

Und wo sie noch differenziert, da wird es geradezu pervers: Ausgerechnet den Hamburger Justizsenator Klug, letztendlich den Verantwortlichen für die skandalöse Haftentlassung Rosenbaums, hebt sie lobend hervor:„*Ein Radikal-Liberaler*";„*Ein Mann, den ich kennen... und schätzen lernte*";„*So konsequent liberal, daß er auch Verständnis für alle Attacken gegen seine eigene Person aufbringt. Der staatliche Zwänge überhaupt nur akzeptiert, wenn sie unumgänglich sind*".

Man sieht: Hier stehen die wirklichen Verhältnisse total auf dem Kopf! „D e n Hamburgern", „d e n Deutschen" wird pauschal die Freilassung Rosenbaums angelastet – der eigentlich verantwortliche Politiker jedoch wird hofiert. Aber in diesem Lande gibt es genug Menschen, Juden oder nicht, Kommunisten oder nicht, die empört sind über den Rosenbaum-Skandal und über andere Erscheinungsformen der Faschisierung von Staat und Gesellschaft. Und es gibt Menschen wie den Senator Klug, die als ranghohe Funktionsträger des Großkapitals nicht nur einen Juden-Mörder Rosenbaum laufen lassen, sondern die – bei aller zugestandenen relativen „Liberalität" – auch sonst am Abbau demokratischer Rechte, am Ausbau des Polizei-Apparats etc. aktiv mitwirken. S o verlaufen die Fronten, und nicht etwa zwischen „ d e n Juden" plus Senator Klug auf der einen Seite und „ d e n Deutschen" auf der anderen Seite!

„*Mir kommt die Galle hoch*", schreibt Peggy Parnass im „ed". Verständlich. Aber sie sollte sich die Sache noch einmal durch den Kopf gehen lassen. Als Jüdin und Sozialistin.

**Antifa-Kommission**
**KB/Gruppe Hamburg**




## Hamburgs Senat entläßt weiteren Nazi-Mörder!

Nach der Haftentlassung des Nazi-Verbrechers Rosenbaum, dem mindestens 148 Morde an Juden persönlich nachgewiesen worden sind, Mitte Dezember, ist im Januar dieses Jahres in Hamburg ein weiterer NS-Massenmörder auf freien Fuß gesetzt worden! Es handelt sich um den ehemaligen SS-Hauptsturmführer Max Krahner. Er war Chef des Mord-„Kommandos 1005", das direkt zum Völkermord-„Referat" Eichmanns gehörte. 1968 war er wegen Mord und Beihilfe zum Mord zu lebenslanger Haft verurteilt worden.

Mitte Januar stand auch der Fall Rosenbaum vor der Hamburger Bürgerschaft noch einmal zur Diskussion. Die CDU hatte versucht, den verantwortlichen Justizsenator Klug (FDP) durch einen Antrag zu stürzen und damit gleichzeitig die SPD/FDP - Koalition platzen zu lassen. Die CDU erhofft sich davon bessere Bedingungen für eine noch reaktionärere Politik in Hamburg, z.B. auf dem Gebiet der Schulpolitik und der Berufsverbote. Die Mehrheit von SPD und FDP brachte mit 69 zu 51 Stimmen den Antrag der CDU zu Fall. Viele Redner der SPD und FDP rechtfertigten direkt die Haftentlassung des Nazi-Mörders. Dagegen argumentierte nur die Gruppe der weiblichen SPD-Abeordneten.

**Inzwischen verdichten sich die Hinweise, daß Rosenbaum, der angeblich nur eine sechsmonatige Haftunterbrechung genießt (wegen Krankheit), in Wirklichkeit endgültig auf freiem Fuß bleiben soll.** Ein entsprechender Beschluß wurde auch auf dem Hamburger FDP-Parteitag gefaßt(„Bild",12.1.77). Die ganz zu Unrecht als „links" verschriene FDP-Bundestagsabgeordnete Schuchardt profilierte sich dabei mit der Äußerung:„*15 Jahre Haft sind eine unglaublich lange Zeit. Die Würde des Menschen muß für a l l e Häftlinge gelten*" (lt. „Bild"). Ein wahrhaft erstaunlicher Begriff von Liberalität, der da gepflegt wird!

**Antifa-Kommission**
**KB/Gruppe Hamburg**

## NS-Kampftruppe soll sich „bewähren"!

Am 11. Januar wurden in Mainz der Faschist Curt Müller und seine Frau wegen schwerer Körperverletzung verurteilt: Herr Müller erhielt vier Monate auf Bewährung, seine Frau 450 Mark Geldstrafe.

Die Müllers hatten mit Sohn und Komplizen eine „NS-Kampfgruppe" gebildet, die monatelang ihr Grundstück als Nazi-Propagandastätte benutzte und die ganze Umgegend terrorisierte. Als das Nazi-Paar schließlich zwei Passanten, die voller Empörung die Faschisten-Plakate am Grundstückszaun abgerissen hatten, im Februar 1976 auf offener Straße – mit dem Auto – verfolgte und verprügelte, mußten Polizei und Justiz dann doch eingreifen.

Die Mainzer „NS-Kampfgruppe" (die auch Waffen gehortet hatte), stand nach Polizeiangaben mit sämtlichen Nazi-Gruppen der BRD in Verbindung – so z.B. mit den Hamburger Nazis um Eckart, mit der „NS-Kampfgruppe" um Wegener und Neumann usw. Der berüchtigte Nazi Lauck („NSDAP/AO") aus USA wurde geschnappt, als er offenbar gerade auf dem Weg zu den Müllers in Mainz war – u.a. mit einem Koffer voll Propagandamaterial (Aufkleber „NSDAP jetzt!" usw.).

Im Gerichtssaal zog die Nazi-Bande eine Provokation ab. Zwei „Entlastungszeugen" – „offensichtlich Gesinnungsgenossen Müllers" – versicherten unter Eid, die Müllers seien angegriffen worden! Das Gericht erklärte ihre Aussage für „objektiv falsch", verknackte die „Zeugen" jedoch nicht wegen Meineids, sondern sprach ihnen „subjektive Überzeugung der Richtigkeit" zu (alles nach „FAZ", 13.1.77).

Genauso ungeahndet blieben die Frechheiten der einschlägig bekannten Nazi-Anwälte Rieger (aus Hamburg) und Stöckicht (Stuttgart): Stöckicht erklärte, Müllers faschistische Ansichten seien „heute leider Minderheitsüberzeugungen"! Überhaupt sei der Strafantrag des Staatsanwalts nicht rechtsmäßig, da es sich um einen „politischen Prozeß" handele.

Rieger konnte rassistische Sprüche ablassen wie: „Es sei ja bekannt, daß ‚Südländer (...) mit dem Messer ziemlich schnell bei der Hand sind'" (Zitate nach „FAZ", s.o.). Das Gericht (Richter Pohlen) duldete aber nicht nur solche Schweinereien. Er ließ eine Zeugin des Müller-Überfalls, die aus (begründeter) Angst vor der Nazi-Bande nicht vor Gericht erscheinen wollte, polizeilich vorführen und das, obwohl ihr von der Polizei Verschwiegenheit zugesichert worden war.

Welche Atmosphäre die Müllers (unter den Augen der Polizei, die die Bande seit langem beobachtet) mit der Zeit in Mainz geschaffen haben, wird daraus deutlich, daß die Zeugin auch nach Androhung und Verhängung einer Ordnungsstrafe nicht aussagte: „Ich möchte nichts aussagen, ich habe nämlich Angst um meine Familie und meine Kinder" („FAZ", s.o.).

Der Zynismus des Gerichts, die Zeugin den Faschisten geradezu auf dem Präsentierteller vorzuführen, spricht für sich – vom Urteil selbst ganz zu schweigen.

**Antifa-Kommission KB/Gruppe Hamburg**

# CSU-Freunde der chilenischen Faschisten!

*„Herzlich gelacht"* wird nach Meinung des CSU-Ministerpräsidenten von Bayern, Alfons Goppel, *„jetzt wieder in Chile"*, denn: *„Chile ist jetzt frei. Die Menschen haben wieder Freude an der Arbeit. Im Nachbarn braucht man keinen Spion mehr zu wittern und man kann wieder ohne Sorge schlafen".* Nachzulesen sind diese Ungeheuerlichkeiten in einer Broschüre, die die bayrische Landeszentrale für Politische Bildung, die Goppels Staatskanzlei unterstellt ist, herausgegeben hat.

Selbst der faschistische Putsch wird in diesem Schweinsheft direkt gerechtfertigt: *„Sie haben keinen ‚Putsch' im landläufigen Sinn gemacht ... Sie haben in Wirklichkeit eine vaterländische Tat vollbracht, die ganz groß in die Geschichte eingehen wird ... Von der Gesetzgebung und der Moral her waren sie dazu verpflichtet".*

Nach eigenen Angaben ist es Aufgabe der „Landeszentrale", das *„Demokratieverständnis der Bürger (zu) fördern und ihre politische Einsatzbereitschaft (zu) stärken"*...

Diese Hefte werden im übrigen kostenlos an Lehrer und andere „Multiplikatoren" (d.h. Leute mit einem „politischen Einzugsbereich" – z.B. Offiziere der Bundeswehr) abgegeben (nach „ED", 14.1.77).

Die CSU-eigene „Hanns-Seidel-Stiftung" errichtet eine Vertretung in Chile, nachdem der bayrische Arbeitsminister, Fritz Pirkl, im November letzten Jahres mit der Junta in Chile verhandelt und dabei *„nach eigenen Angaben auch einen ausführlichen politischen Meinungsaustausch mit Faschistenchef Pinochet"* hatte (alle Angaben nach „die tat" vom 14.1.77).

Es sei Aufgabe der „Hanns-Seidel-Stiftung", *„gleichgesinnte (!!) Partner aus dem politischen, kulturellen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben zu ermitteln und die Beziehungen zu bekannten Persönlichkeiten und internationalen Einrichtungen durch Besuche und Vortragsveranstaltungen zu erweitern und zu vertiefen"*, heißt es dazu in einer Informationsschrift über die Auslandstätigkeit dieser Stiftung.

Die 1967 gegründete „Hanns-Seidel-Stiftung" hat einen ausgewiesenen Jahresetat von 7 Mio. Mark und wird aus Bundesmitteln gefördert. In dem Koalitionspapier von CDU und CSU vom Dezember 1976 wurde überdies festgelegt, daß insbesondere die Auslandstätigkeit der „Hanns-Seidel-Stiftung" in Zukunft mit mehr Mitteln der gemeinsamen Fraktion unterstützt wird und als eigenständige Unternehmung anzusehen sei. Bisher hatte die „Konrad-Adenauer-Stiftung" der CDU von diesen Geldern den Löwenanteil kassiert.

Damit ist nun ein verstärkter Ansatz gemacht, in Zukunft auch im internationalen Maßstab zwischen CDU und CSU arbeitsteilig vorzugehen. Noch zur Vorbereitung des Putsches in Chile waren große Summen des CIA über die „Konrad-Adenauer-Stiftung" nach Chile geleitet worden, während die CDU gerade in letzter Zeit wiederholt die Situation in Chile kritisiert hat und Kontakte zu den dortigen Christdemokraten pflegt.

**Antifa-Kommission KB/Gruppe Hamburg**

# Nanu!

### „Folter-Albrecht" umgefallen?

Vor einigen Monaten hatte der ansonsten als „liberal" geltende CDU-Ministerpräsident von Niedersachsen, Albrecht, mit seinem Buch: „Der Staat – Idee und Wirklichkeit" Aufsehen erregt. Dort war er nämlich offen für die Anwendung der Folter eingetreten: Es könnte *„sittlich geboten"* sein, eine Information *„durch Folter zu erzwingen, sofern dies wirklich die einzige Möglichkeit wäre, ein namenloses Verbrechen zu verhindern"* (siehe AK 89). Nachdem sich „Folter-Albrecht" vor Monaten geweigert hatte, mit „amnesty international" öffentlich über diese These zu diskutieren, zog er nun in einem Brief an „amnesty" die betreffende Buchpassage zurück: *„In meinem Buch habe ich die Frage gestellt, ob Situationen theoretisch denkbar sind, in denen es sittlich geboten sein kann, bestimmte Informationen durch Folter zu erzwingen. Als Ergebnis der Diskussion, die sich daran angeschlossen hat, ziehe ich diese Frage in aller Form zurück".*

Nanu, heißt das, daß Albrecht nun gegen Folter ist? – Mitnichten, denn weiter heißt es in dem Brief: *„Denn die Erfahrung, die ich in den letzten Monaten gemacht habe, zeigt, wie groß die Gefahr von Mißdeutung und Mißbrauch ist".* Albrecht fühlt sich also „mißverstanden", wenn man ihn beim Wort nimmt und ihm unter die Nase reibt, daß er Folter für in bestimmten Situationen „sittlich geboten" hält.

Wir jedenfalls haben Herrn Albrecht nie „mißverstanden", auch wenn er noch so liberal tut (Zitate aus „FR", 13.1.77).

**Antifa-Kommission KB/Gruppe Hamburg**

# Initiative gegen Nazi-Roeder

**Uns und anderen Presseorganen ist der Brief einer Hamburger Arbeitsgruppe zugegangen, den wir im folgenden wiedergeben. Die Gruppe hat sich das Ziel gesetzt, eine Untersuchungsarbeit über die vielfältigen Verflechtungen des militanten Nazi-Klüngels um den ehemaligen Rechtsanwalt Roeder vorzulegen. Wir begrüßen diese Initiative aus vollem Herzen. Wir rufen alle Genossen und Sympathisanten auf, im Rahmen ihrer Möglichkeiten diese Kampagne mit zu unterstützen!**

**Antifa-Kommission KB/Gruppe Hamburg**

Hamburg, Januar 77

Liebe Freunde

Wir sind eine Gruppe von Antifaschisten in Hamburg, die sich zu einer Roeder-Arbeitsgruppe zusammengeschlossen hat.
Wir meinen die Umtriebe von Nazis, gerade das Auftreten offen faschistischer Banden, welche zudem auch noch militant handeln, nimmt in letzter Zeit immer mehr zu. Aktuelles Beispiel dafür ist der brutale Überfall der "Wehrsportgruppe Hoffmann" aus Nürnberg am 4.12.76 in Tübingen, bei dem diese seit Jahren militärisch gedrillte Bande sieben Antifaschisten z.T. schwer verletzte (mit Metallstangen, Holzknüppeln usw.). Hoffmann hatte nachweislich Verbindungen zu dem Nazikreis um den Rechtsanwalt ROEDER (Chef einer "Deutschen Bürgerinitiative e.V.) und seines Freundes Thies Cristophersen (aktiver faschistischer "Journalist" aus Kälbershagen/Flensburg). Insbesondere diese Kräfte, zusammen mit dem "Kampfbund deutscher Soldaten" des Erwin Schönborn, Frankfurt, und den verschiedenen "NSDAP/AO"-Gruppen, treten inzwischen in provokativer Manier mit ausdrücklich antidemokratischen "Kampf"-parolen auf. Sie betreiben damit eine unverblümte Verherrlichung des Nazismus, verhöhnen-vor allem die jüdischen-Opfer der Nazis und rufen zur Wiedereinführung des Faschismus öffentlich auf.
Trotz vieler Anzeigen gegen diese Personen und Gruppen können sie ungestört ihr Treiben fortsetzen. Auch ein von Generalbundesanwalt Buback vor kurzem angekündigtes Vorgehen gegen "Rechts" (laut "Welt der Arbeit", 1.10.76, S. 14) dient offenbar eher einem Propaganda-Effekt, als daß es zu praktischer Nutzanwendung führen würde. Im Gegenteil ist es so, daß Nazis in aller Regel von Polizei und Gerichten vor der Empörung von Antifaschisten abgeschirmt werden.
Während der Wahlzeit hier in Hamburg haben wir beispielsweise erleben müssen, wie der Hamburger Senat den Demonstranten (anläßlich des NPD-"Kongresses der nationalen Kräfte Europas") ihren Antifaschismus ausprügeln lassen wollte - nachdem sich zeigte, daß die Faschisten der NPD allein den Demonstranten nicht gewachsen gewesen wären! Unser Meinung nach gehören Leute wie ROEDER, Hoffmann usw. abgeurteilt und ins Gefängnis. Von staatlicher Seite ist allerdings keine Unterstützung dafür zu erwarten. Nur wenn das "demokratische Image" der BRD vor der Öffentlichkeit (vor allem vor der internationalen demokratischen Öffentlichkeit) total unglaubwürdig zu werden droht, ist ein gewissen Einschreiten von Staatsseite zu erwarten. Im Wesentlichen wird allerdings der Spielraum, den Faschisten für ihre Aktivitäten haben, sowie die Möglichkeit ihrer Förderung durch Polizei und Gerichte nur durch Proteste der Bevölkerung eingeschränkt werden können.
Wir wollen daher unsere Kenntnisse über die Roeder-Bande so breit wie möglich in die Öffentlichkeit tragen, in Form einer Kampagne, die die Umtriebe dieser Nazis enthüllt. Das Wiedererstarken des offenen Nazismus und seine Deckung durch den Staatsapparat soll vor aller - gerade auch vor internationalen - Augen offengelegt werden.
Wir haben für diesen Zweck die Aktivitäten der Roeder-Bande (mit all ihren Verbindungen zu sonstigen faschistischen Kreisen) bereits ziemlich gründlich aufgearbeitet, so daß wir in einigen Wochen eine Broschüre redaktionell abschließen können. Diese Broschüre könnte von einer Reihe von Zusatz-veröffentlichungen, kleineren Gesprächskreisen usw. begleitet sein. Unsere Kräfte sind mit dem Zusammentragen der Fakten schon mehr als ausgelastet. Wir würden uns deshalb freuen, wenn eine Kampagne, wie wir sie uns vorstellen, Eure Zustimmung findet und Ihr bereit wäret, sie mit eigenen Kräften zu unterstützen.
Bis zum Abschluß der Arbeiten an der Broschüre und während der Kampagne könnt Ihr unseren Informationsstand noch aktualisieren.
In Eurer Presse könntet Ihr z.B. eine Ankündigung der Kampagne bringen, zusammen mit einer Aufforderung, die örtlichen "Ableger" solcher Banden aufs Korn zu nehmen.
Wir würden uns auch freuen, ein Gespräch mit Euch führen zu können über evtl. konkrete Zusammenarbeit.

Wir hoffen auf Eure positive Antwort.

Mit solidarischen antifaschistischen Grüßen

Roeder-Arbeitsgruppe Hamburg

P.S. Ihr müßt dafür Verständnis haben, daß wir Euch bitten, den Postverkehr "Postlagernd" aufzunehmen, da wir niemandem zumuten wollen, diesen Banden seine Adresse zu präsentieren. Damit gibt es bereits einschlägige Erfahrungen aus Italien, aber auch aus der BRD, die wir nicht zu wiederholen brauchen.

Unsere Anschrift lautet:
Antifaschistischer Arbeitskreis Hamburg
Postamt 36
postlagernd
2 Hamburg 36

# Leserbrief

## zum Artikel „Bürgerinitiative gegen Todesschuß gebildet"

Im AK 96 berichtete die Antifa-Kommission Hamburg, daß sich in Hannover eine Bürgerinitiative gegen den polizeilichen Todesschuß gebildet hat. Insgesamt wird dieser Schritt in dem Artikel begrüßt, jedoch eingeschränkt: *„Abzuwarten ist allerdings die politische Ausrichtung der Initiative, zumal allein schon ihr Sprecher (W. Holtfort) Mitglied im rechtspolitischen Ausschuß der SPD ist".*

Als weiterer Beleg wird erwähnt, daß der Bundesvorsitzende der Polizei-Gewerkschaft ein freundliches Auge auf die Initiative geworfen hat. D i e s ist in der Tat bemerkenswert.

Jedoch mit der Anmerkung zu Holtfort hat die Antifa-Kommission es sich etwas zu leicht gemacht – so nach dem Motto: SPD-Mitglied im Rechtspolitischen Ausschuß = bedenklich. Bei Holtfort handelt es sich meines Erachtens um einen Antifaschisten, der es ehrlich meint.

Zur Erinnerung: Am 8.11.75 berichtete die „Frankfurter Rundschau" – „FR" darüber, daß Holtfort die Vergangenheit des Rechtsanwaltes Schmidt-Römer aufdeckte. Schmidt-Römer, *„engster Ratgeber von Frau Luise Madsack, der Inhaberin des weitaus größten Zeitungsverlages in Niedersachsen ... Aufsichtsratsvorsitzender der „Stuttgarter Zeitung""* („FR", 9.11.76), war früher engster Vertrauter der Nazi-Größe Martin Bormann. Für diese Enthüllungen handelte sich Holtfort einen Ausschlußantrag aus der Rechtsanwaltskammer (nicht aber für Schmidt-Römer!) ein.

Zwei Brandanschläge gegen sein Anwaltsbüro wurden außerdem verübt. Morddrohungen wie „Dr. Holtfort droht Hinrichtung" oder „Wir machen Werner Holtfort nieder" wurden auf Pamphleten öffentlich verbreitet.

In der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Juristen hat Holtfort ebenfalls gegen Todesschuß und Berufsverbote Stellung bezogen. Als er sich dort bei der Wahl zum Bundesvorsitzenden als linke Alternative aufstellte, fiel er auch prompt durch („FR", 4.12.76).

Aus diesen Tatsachen ergibt sich, daß Holtforts Aktivitäten gegen die Rechtsentwicklung in der BRD durchaus ernstzunehmen sind, und diese wohl nicht aus parteiborniertem Interessen herrühren.

**Ein Genosse aus Flensburg**

# AntiFa-Kurzmeldungen

Am 28.12.1976 starb der frühere Geesthachter Bürgermeister Rudolf Lilie. In einem Nachruf waren sich SPD-Bürgermeister und CDU-Bürgervorsteherin darin einig, daß *„Lilies Anteil an der Fortentwicklung unserer Stadt unverkennbar ist. Dafür schulden wir ihm Dank und Anerkennung"* (aus dem Nachruf).

Der Hintergrund zu dieser Würdigung ist, daß Rudolf Lilie Geesthachter Bürgermeister von 1933 bis 1937 war und seine braune Gesinnung bis zu seinem Tod nicht geändert hat. Doch das hindert weder die bürgerlichen Politiker noch ihre lokale Presse („Geesthachter Zeitung" – „gz" – und „Geesthachter Anzeiger" – „ga" –) daran, ihn als einen *„unbequemen und kritischen"* („gz"), *„verdienstvollen Mann"* („ga") hochzujubeln.

Seine „Verdienste" bestanden z.B. darin, daß er als Ortsgruppenleiter der NSDAP (von 1930 bis 37) mit einer Haussuchungs- und Verhaftungsaktion im April 1933 alle Kommunisten – und solche, die dafür gehalten wurden – verhaften und mißhandeln ließ. Unter den Verhafteten waren u.a. Jugendliche im Alter von 15 bis 16 Jahren.

Diese Aktion mußte mit Hilfe der berüchtigten „Kommandos zur besonderen Verfügung", SA, SS, Polizei und ortskundigen Nazis durchgeführt. Diese „Qualifikation" brachte Lilie das Bürgermeisteramt ein.

Dort galt *„eine seiner ersten Bemühungen der Arbeitslosigkeit"* („ga"). Diese „Bemühungen" hatten „Erfolg", denn die beiden Dynamitfabriken Krümmel und Düneberg produzierten wieder für die direkte Kriegsvorbereitung! Außerdem zeigte Lilie *„menschlichen Argumenten gegenüber Einsicht"* („gz"), z.B. als die Nazis sämtliche sozialen Maßnahmen wie Volksküche, Wärmehalle, Ferienverschickung, Kinderspeisung etc. abschafften. Damit wurde vielen Notleidenden die soziale Basis entzogen.

Und das nennen die bürgerlichen Politiker und ihre Presse *„einen zeitbedingt schweren Weg gehen"* („gz"). Wie Lilie jedoch diesen Weg ging, zeigt allein die Tatsache, daß er seine braune Gesinnung bis zu seinem Tod beibehielt.

**Ortszelle Geesthacht KB/Gruppe Hamburg**

### Hoffmanns Schläger-Nazis auch in Frankfurt

Nach dem brutalen Überfall der faschistischen „Wehrsportgruppe" des Karl-Heinz Hoffmann aus Heroldsberg bei Nürnberg am 4. 12. 1976 auf Antifaschisten in der Uni Tübingen (siehe AK 95) behauptet Hoffmann jetzt, daß sich seine Bande auch schon in Frankfurt eingenistet hat. In einem Schreiben an einen „Interessenten" heißt es: *„In Frankfurt besteht schon eine Abteilung der WSG, so daß Sie sich dort anschließen könnten. Inzwischen werden wir unserem Vertrauensmann in Ihrem Gebiet Ihre Adresse weiterleiten"* („ID", 8.1.77). Sicher ist, daß Hoffmann ganz offensichtlich zielstrebig am Ausbau seiner Terrortruppe werkelt. Wo immer sie auftaucht, ist es im Interesse aller Demokraten geboten, ihr Auftauchen beim ersten Anzeichen öffentlich bekannt zu machen und zu bekämpfen.

**Antifa-Kommission KB/Gruppe Hamburg**

### Gericht unterstützt Nazi-Nachfolgeorganisation

Alt- und Neonazis, unter ihnen Johannes Rodatz, einst HJ-Obergebietsführer und Vertrauter des Reichsjugendführers Baldur von Schirach, haben sich zum „Verband Deutscher Jugendhöfe und Herbergsstellen", Sitz Munster (Lüneburger Heide) zusammengeschlossen. Grund: Sie wollen die bestehenden Jugendherbergen fest in ihren Griff bekommen. So bezeichnet sich dieser Haufen „als Rechtsnachfolger des Reichsverbandes für deutsche Jugendherbergen eV".

Der „Reichsverband" war der NS-Reichsführung für Jugend, also letztlich der HJ, untergeordnet; er verleibte sich nach 1933 alle Jugendherbergen ein.

Manchen mag es wundern, daß Nazis sich so offen und plump zu ihren alten, von den Alliierten aufgelösten Organisationen bekennen.

Doch auch das hat seinen Grund. Sie wollen an das von den Alliierten beschlagnahmte Vermögen des „Reichsverbandes" heran, um so finanziell gut gepolstert faschistische Jugendarbeit betreiben zu können. Obwohl die Absichten recht klar sind, sah das Amtsgericht Soltau *„keinen Grund, den neuen Verein nicht in das Vereinsregister einzutragen und damit als eingetragenen Verein juristisch zu akzeptieren"* (Zeitung des „Deutschen Bundesjugendringes", nach „extra-dienst", 11.1.1977.

**Antifa-Kommission KB/Gruppe Flensburg**

# Massenverhaftungen in Bremen

Am Freitag, dem 7. Januar, ließ die Bremer Polizeiführung anläßlich der fünften Schienenbesetzungsaktion des KBW gegen die Fahrpreiserhöhung 57 Demonstranten festnehmen. Insgesamt wurden in den letzten vierzehn Tagen bei den KBW-Aktionen etwa 100 Personen festgenommen, 322 Strafverfahren wurden eingeleitet (Stand: 18.1.77), das Büro des KBW wurde wegen Aufforderung zu „strafbaren Handlungen" (Schienenbesetzung) durchsucht, Transparente, Broschüren und Flugblätter beschlagnahmt.

Die Polizei wandte bei den Fahrpreisaktionen eine neue Taktik gegenüber ihrem sonstigen Vorgehen in Bremen an: Uniformierte Bullen waren die Ausnahmeerscheinung, stattdessen beobachteten 50 - 100 Zivilbullen und MEKler die Ereignisse und fotografierten. Verhaftet wurden zunächst nur einzelne Demonstranten, in der Regel auf dem Heimweg, in Kneipen oder Kaufhäusern! Auf dem Tiefpunkt der KBW-Aktionen, am 7. Januar, schlugen die Bullen dann beim Sammeln von knapp 100 Demonstranten zu und verhafteten 57. Ein Augenzeuge berichtet:

*„Als ich um kurz nach 16 Uhr vom Domshof zum Marktplatz gehe, werde ich plötzlich von fünf bis sechs uniformierten Polizisten festgehalten. Meine Taschen werden durchwühlt, und als einige linke Zeitungen zum Vorschein kommen, werde ich sofort abgeführt. Der Chef der Gruppe von Polizisten sagt: ‚Heute werden alle festgenommen'. Dann werde ich zur Wache hinter dem Dom gebracht und dort durchsucht wie ein Schwerverbrecher. Ich muß meine Stiefel ausziehen (ob da wohl eine Bombe drin ist?). Wie ich auf der Wache sitze und die Polizisten meine Zeitungen zählen, werden weitere Demonstranten gebracht. Ein Polizist meint: ‚Schade, hat keiner versucht wegzulaufen'. Ein Demonstrant wird in die Wache geführt, hinter ihm ein dicker Polizist mit einer abgebrochenen Transparentstange in der Hand. Plötzlich drückt ein Polizist meinen Kopf zur Seite und hält mir die Augen zu. Dann höre ich Schreie und Schläge. Die Polizisten feuern sich beim Prügeln gegenseitig an: ‚Ordentlich, das ist richtig!'. Hinterher erfahre ich, daß der Demomstrant mit einer Holzstange mehrfach auf den Kopf geschlagen wurde"* (aus einem Flugblatt des KB). Alle Demonstranten wurden anschließend zur erkennungsdienstlichen Behandlung und zum Verhör auf zwei Wachen in weit von der Innenstadt entfernten Bullenwachen geschleppt.

Gegenüber dieser Repression des Staatsapparates, die gezielt vorbereitet wurde und dann einsetzte, als die Isolierung des KBW und seiner Aktionen in der Bevölkerung immer deutlicher wurde, hat der KBW nur Durchhalteparolen und bewußte Verniedlichungen zu bieten;

*„Dieses Vorgehen des Senats entblößt seine ganze Schwäche. Er weiß nicht mehr anders, als mit Gewalt" - „Lächerlich zu glauben, damit die Bewegung gegen die Fahrpreiserhöhungen brechen zu können."* Unbeirrt versuchte der KBW den Eindruck zu erwecken, hier handele es sich um „Verzweiflungsaktionen" der Bullen angesichts einer unaufhaltsamen „Volksmassenbewegung" zum Sturz des Senats.

Der KBW setzte seine Schienenbesetzungsaktionen auch in der nächsten Woche fort, geschrumpft auf einen Rest von 100 , 150 Menschen.

**KB/Gruppe Bremen**

# „Hamburg soll Spionage-Zentrum der Sowjets werden"...

Daß die „Gefahr aus dem Osten" immer dann beschworen wird, wenn es um Kriegsrüstung und Abbau demokratischer Rechte geht, hat in der BRD seit ihrem Bestehen Tradition. Führend an dieser Front ist seit eh und je die Springer-Presse. So konnte man am 14. Januar in der „Bild" auf der ersten Seite die Schlagzeile lesen **„Hamburg soll Spionage-Zentrum der Sowjets werden"**. Die Fortsetzung des Artikels auf Seite 6 war in der Überschrift schon etwas gedämpfter: **„Hamburg Spionage-Zentrum der Sowjets?"** Immerhin ein Fragezeichen...

Hinter diesem Getue steckt folgender einfacher Sachverhalt: SPD und FDP wollen in Hamburg ein ‚neues' Verfassungsschutzgesetz durchbringen, das angeblich die Arbeit des VS „durchsichtiger" machen soll. Wie üblich nach dem sozialliberalen Motto „Viel Geschrei und wenig Wolle". Hochgespielt wird dabei der Punkt, daß ein Bürgerschafts-Ausschuß (die Bürgerschaft ist Hamburgs Abgeordneten-Parlament) stärkeren Einblick in die Arbeit des Hamburger VS erhalten soll. Daß dadurch für die Bevölkerung die Arbeit des VS um kein Stück „durchsichtiger" werden würde, liegt auf der Hand. Trotzdem widerspricht die geplante „Reform" jedoch offenbar dem von der CDU unterstützten Bestreben des VS und anderer Geheimdienste, sich sogar gegen bürgerlich-parlamentarische Einblicke und Einflüsse so weit wie möglich abzuschotten. Entsprechend werden in der „Bild" angebliche *„Experten des BND (Bundesnachrichtendienst) und MAD (Militärischer Abschirmdienst)"* zitiert, die unverhohlen damit drohen, sie könnten dann eben dem Hamburger VS keine Informationen mehr geben: „ *‚Gerade ein Nachrichtendienst wie der BND könnte dann mit Hamburg nicht mehr zusammenarbeiten', sagte ein hoher BND-Mann"* („Bild").

Man befürchte nämlich von den Mitgliedern des geplanten dreiköpfigen Bürgerschaftsausschusses einen *„Mißbrauch ihrer Kenntnisse"*. Dann aber, so heißt es weiter, könnten die diversen imperialistischen Geheimdienste *„in der Hansestadt nicht mehr wirkungsvoll arbeiten"*. Und dies schließlich führt zu der Titel-Schlagzeile zurück, denn: **„Nach Geheimdienst-Informationen wollen dann die Russen ihr westliches Spionage-Zentrum in Hamburg aufbauen".**

Soweit zu der Frage, wie in „Bild" und ähnlichen Schmierblättern Schlagzeilen gemacht werden. Die Story führt überdies das bürgerliche Demokratie-Verständnis vollständig ad absurdum, wenn hier den „gewählten Volksvertretern" (!!) unterstellt wird, sie seien weniger „zuverlässig" als ein x-beliebiger, vom Volk weder gewählter noch kontrollierter Geheimdienst-Funktionär. Man sieht klar: Aus dem Blickwinkel der Geheimdienste, der Springer-Presse und der CDU macht selbst der armselige Rest von „Volkssouveränität" und „Wahl der Abgeordneten durch das Volk" deren potentielle „Unzuverlässigkeit" aus. Wer noch „vom Volk gewählt" wird, auch wenn die Wahl eine bloße Farce ist, kann im Sinn der Bourgeoisie eben nicht als 100 %ig „zuverlässig" gelten. Selbst die dünnsten bürgerlich-parlamentarischen Spurenelemente von „demokratischer Kontrolle" würden der Bourgeoisie ihre Suppe verderben. Daher wird jetzt in der Springerpresse volles Rohr gegen den Hamburger VS-Gesetzentwurf geschossen. Daher hat die CDU jetzt ein „Öffentliches Anhörungsverfahren" erzwungen, bei dem *„Experten von MAD, BND und dem Bundesamt für Verfassungsschutz"* ihre Bedenken vortragen werden. Das Ergebnis wird höchstwahrscheinlich zur Zufriedenheit der Bourgeoisie ausfallen.

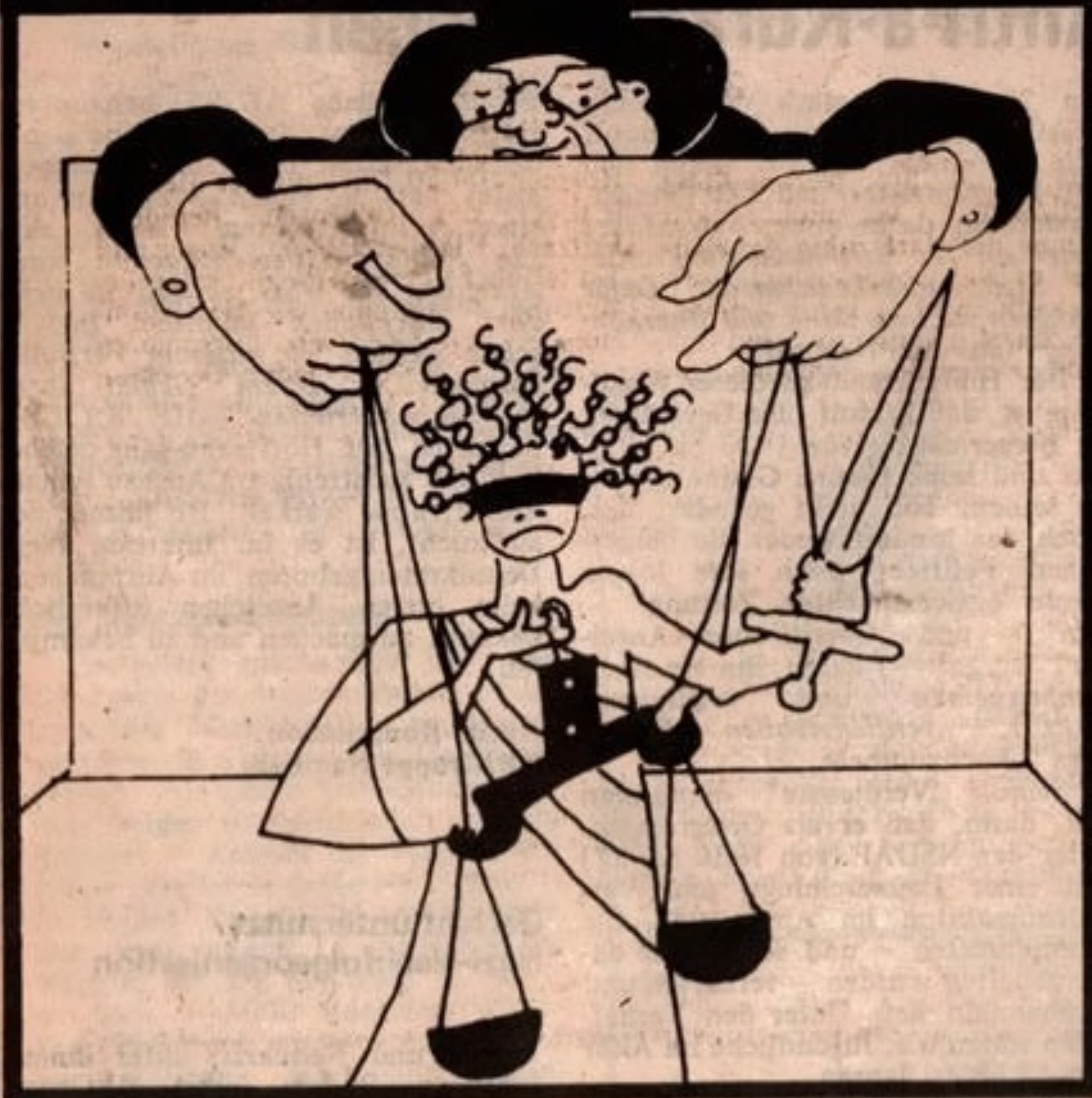
**Antifa-Kommission**
**KB/Gruppe Hamburg**

## Bekanntmachung

Ungebrochenen Mutes warten viele Leser immer noch auf eine Auseinandersetzung mit den Kritiken am CSU-Artikel in AK 94(„Strauß läuft Amok"). Leider haben die Genossen der Antifa-Kommission trotz Absprachen den Artikel so spät vorgelegt, daß er redaktionell nicht mehr bearbeitet werden konnte.

**AK-Redaktion**

# Klassenjustiz



## ‚Radikale aufgepaßt!'

In einem kleinen Artikel des neuen „Uni-Berufswahlmagazin" wird unter der Überschrift „Resozialisierung" Radikaler auf ein Landesgerichtsurteil aus Westberlin, Bezirksamt Spandau (Az. 35a93/75) eingegangen. Hier erklärt das Gericht zur Einstellung eines „Radikalen": *„Im übrigen ist es gerade eine der Aufgaben des öffentichen Arbeitgebers, die Resozialisierung Straffälliger zu betreiben."* Demnach sind Radikale = Straffällige und damit Kriminelle!

Herausgeber dieses neuen Magazins ist die Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg. Seit Anfang dieses Jahres ist für DM 1,– in der Auflagenhöhe von 106.000 Exemplaren diese Schrift erhältlich. Die Bundesanstalt für Arbeit will in diesem Magazin den Arbeitsmarkt im Wirtschaftskreislauf und seine Abhängigkeit von den Produktionsfaktoren verständlich machen. Es will die „Arbeitskampfmittel", die Lohnarten und die Arbeitsbedingungen erläutern. Besonders untersucht werden sollen die verschiedenen Formen der Arbeitslosigkeit und die Produktionsgruppen des Arbeitsmarktes. Auch sollen neue Konzepte zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit dargestellt werden. Auf diese Lösungsvorschläge darf man gespannt sein.

**KB/Gruppe Eutin**

## 5.000 DM „Schmerzensgeld"

Den Hinterbliebenen von Katharina Hammerschmidt sind vom Landgericht Westberlin jetzt ganze 5000.– DM „Schmerzensgeld" zugesprochen worden. Katharina Hammerschmidt war, nachdem sie sich 1973 der Polizei gestellt hatte, im Knast eine ordentliche ärztliche Behandlung versagt worden, sodaß ihr Krebsgeschwür erst viel zu spät entdeckt wurde. Als sie endlich Haftverschonung erhielt, war es zu spät. Im vergangenen Jahr war ihr Verteidiger Rechtsanwalt Schily angeklagt, weil die Knastärzte, die Katharinas Tod zu verantworten haben, sich durch die Beschuldigungen, die der Verteidiger gegen sie erhoben hatte, beleidigt fühlten. Der Prozeß endete mit einem Freispruch für Schily. Die „Ärzte" allerdings entschuldigte das Gericht damit, daß sie ja so „überlastet" seien!

Vor diesem Hintergrund kann man die 5000.– DM „Schmerzensgeld" für die Hinterbliebenen von Katharina nur als zynische Geste werten.

**IKAH Hamburg**

# Politische Gefangene in der BRD

**Wir haben in AK 96 damit begonnen eine Übersicht über die politischen Gefangenen in der BRD zu geben. Um möglichst alle politischen Gefangenen zu erfassen und die Anklagepunkte, Urteile, Haftbedingungen etc. möglichst detailliert darlegen zu können, bitten wir Rechtsanwälte, Rechtshilfegruppen etc. uns Material für diese Dokumentation zu schicken. Dies soll auch ein Beitrag für das Russel-Tribunal sein, um zu beweisen, daß es politische Gefangene in der BRD gibt und daß die „Rechtsstaatlichkeit" in diesen Prozessen aufgehört hat zu existieren.**

### Ilse Jandt, Sönke Löffler, Wolfgang Strücken, Anette von Wedel, Wolfgang Wesslau.

Anschrift: UHA Moabit
Alt Moabit 12 a
1000 Berlin 21

Die vier Gefangenen, die bis zu ihrer Verhaftung in Wolfsburg wohnten und angeblich zu Kreisen um Ralf Reinders Kontakte gehabt haben, sollen gemeinschaftlich einen Spitzel des Verfassungsschutzes – Ulrich Schmücker – ermordet haben. Ulrich Schmücker, der als Gymnasiast nach Berlin gekommen war, war nach einer Geschichte mit Sprengstoff und Bomben zu zwei Jahren verurteilt, aber wegen Geständigkeit vorzeitig entlassen worden. Offenbar hatte er sich mit dem VS eingelassen und Spitzelaufgaben übernommen. Nach seiner Enttarnung wurde er erschossen, wie das Gericht meinte, „heimtückisch" und „aus niedrigen Beweggründen".

Zweierlei ist an dem Vorgehen des Staatsapparates gegen die Gruppe bemerkenswert:

Zum einen die Strategie, mit der gezielt eine Unterwanderung durch Spitzel und Provokateure betrieben wurde. Nicht nur, daß Schmücker seine Beobachtungen weitergab, auch der spätere Berufskronzeuge Jürgen Bodeux, der in der Folgezeit noch manchem Gefangenen Geschichten angedichtet hat, trieb sein Unwesen. Ähnlich wie das noch von dem Westberliner Oberprovokateur Peter Urbach bekannt sein dürfte, trat Bodeux als bereitwilliger und fähiger Pass-, Führerschein- und Waffenbeschaffer auf. So bersorgte er z.B. die Pistole, mit der Ulrich Schmücker erschossen wurde. Im Prozeß wurde er dann zum Hauptinstrument und Hauptbelastungszeugen, spielte den „reuigen Sünder", der in jugendlichem Eifer über die Stränge geschlagen habe, der aber, als es ernst wurde, noch eben rechtzeitig vom Revoluzzertum Abstand nahm.

Das zweite, was an diesem Fall bemerkenswert ist, ist die Art, in der besonders Ilse Jandt in der Presse dargestellt wurde. (Besonders unrühmlich hervorgetan hat sich dabei der „Stern" in seiner Ausgabe 24/76 v. 3.7.76 – die nachfolgenden Zitate sind daraus.) Zum einen bemühte man sich, sie als „dumme Putzfrau" von VW darzustellen, die abgöttisch den klugen Sprüchen eines von ihr verehrten Studententheoretikers lauscht und sich Floskeln und Phrasen merkt, um „diskutieren" zu können; und die dann wegen dieser und ähnlicher, darauf folgender Beziehungen, Familie und Kinder vernachlässigt. Durchaus üblicher Lebensstil (Wohngemeinschaft) und Scheidung werden als Aufhänger übelster frauenfeindlicher und arbeiterfeindlicher Hetze benutzt, denn wie kann eine Frau in einer „Kommune" leben, wenn sie Kinder hat und wie kann sie mit einem jüngeren Mann befreundet sein! Und wie kann eine „einfache Putzfrau" sich mit politischen Dingen befassen!

Dementsprechend wurde auch der Prozeß aufgezogen: Ilse Jandt als „Kommunemutter", die vom Bett aus die Fäden gezogen hat! Das hat sich dann im Antrag der Staatsanwaltschaft und im Urteil so niedergeschlagen: **der angebliche Todesschütze Wolfgang Wesslau bekam 8 Jahre und Ilse Jandt l e b e n s l ä n g l i c h !**

Ein solches Urteil (Staatsanwalt Prytarski und Vorsitzender Richter Leschonski) ist absolut einmalig. Man führe sich nur kurz vor Augen, was für ein Eiertanz momentan um die lebenslange Freiheitsstrafe gemacht wird: wenn es sich z.B. um den Bullen Riese handelt oder diverse Nazi-Mörder wie Rosenbaum. Und diese Frau wurde wegen eines Mordes verurteilt, den sie nachweislich n i c h t begangen hat.

Anette von Wedel und Sönke Löffler wurden zu je 4 Jahren Jugendstrafe verurteilt und Wolfgang Strücken zu 5 Jahren. Bodeux erhielt pro forma 5 1/2 Jahre, damit er nicht abhaut, er wird ja noch gebraucht!

### Gerald Klöpper und Ronald Fritzsch

(UHA Moabit
Alt Moabit 12a
1000 Berlin 21)

Die beiden befinden sich seit April 1975 in Untersuchungshaft, das sind bis heute 21 Monate! Ihnen wird vorgeworfen, an der Lorenz-Entführung beteiligt gewesen zu sein. Besonders bemerkenswert ist, wie die Haftrichter mit schöner Regelmäßigkeit alle 3 Monate nach Ablauf der gesetzlichen Untersuchungshaft-Höchstdauer in fast gleichlautenden aber nichts Neues sagenden Beschlüssen verkündeten, die Haft müsse leider fortbestehen, wegen der Schwere der zu erwartenden Strafe und weil s o l c h e Gefangene eben –auch wenn sie Beruf und Familie hätten – gleich nach der Entlassung untertauchen würden, außerdem seien die Ermittlungen sooo umfangreich. Gerald und Ronald werden beschuldigt, eine kriminelle Vereinigung – gemeint ist die „Bewegung 2. Juni" – unterstützt zu haben. Die bislang vorliegenden einzigen „Beweisstükke" sind 2 Kopfstützen, die aus dem Auto stammen, mit dem Lorenz a n g e b l i c h entführt wurde. Die Kopfstützen fanden die Bullen in der Garage, in der Fritsch und Klöpper festgenommen wurden.

Als Test für die Verläßlichkeit von Zeugen etc. schickt sich nun die Staatsanwaltschaft an, das Verfahren gegen die „Unterstützer" durchzuziehen, bevor die, die sie unterstützt haben sollen, verurteilt sind, geschweige denn überhaupt ein Prozeß gegen sie begonnen hat!

Eine strenge Isolation besonders in den ersten 8 Wochen zeichnet auch ihre Haftbedingungen aus. Nur ein Beispiel von vielen:

Anläßlich des israelischen Angriffs auf den Flughafen von Entebbe, wurden ihnen u.a. Rundfunk, Fernsehen, Zeitungen, Bücher, Post und Anwaltsbesuche (!) untersagt.

Zumindest in den ersten 19 Monaten ihrer Haft wurde den Verteidigern praktisch keine Akteneinsicht gewährt.

Als vorbildlich muß erwähnt werden, daß die beiden – wie schon im letzten AK berichtet – zusammen mit Fritz Teufel, Ralf Reinders und Andreas Vogel zugunsten des Befreiungskampfes im Libanon auf einen Monat Einkauf verzichteten und mit einer öffentlichen Erklärung andere Gefangene aufforderten, es ihnen gleich zu tun sowie Genossen, die in „Freiheit" leben, ebenfalls einen großen Teil ihres Einkommens zu spenden.

(Zum Fall Fritzsch und Klöpper gibt es eine Dokumentation zu bestellen bei: Rote Hilfe Westberlin, Postfach 210512, 1000 Berlin 21 ( DM2,50)

### Karl-Ulrich Walterbach Wilfried Hoog

(UHA Moabit
Alt-Moabit 12a
1000 Berlin 21)

In der Nacht nach Ulrike Meinhofs Tod (10.5.76) wurden Karl-Ulrich und Wilfried von einer Streife angehalten. Man fand bei ihnen 3 Molotow-Cocktails und 2 Flugblätter, die sich auf Ulrikes Tod bezogen. Am 3.8. und 30.8. fand bereits ein Prozeß statt, in dem die beiden wegen unbefugten Waffenbesitz zu 18 (Wilfried) und 15 Monaten (Karl-Ulrich) verurteilt wurden. Zwei Monate später wurde in Berlin offenbar im Zusammenhang mit diesem „Fall" eine großangelegte Durchsu-

Fortsetzung auf Seite 13

Forts. von S. 12

chungsaktion gestartet (6 Staatsanwälte und 150 Bullen). 13 „Objekte" wurden heimgesucht. Darunter Büros und Wohnungen von Anwälten (Verteidiger von Karl-Ulrich und Wilfried) und Referendaren, wegen Verdachts der Mitgliedschaft bzw. Unterstützungen einer kriminellen Vereinigung. Obwohl nichts beschlagnahmt wurde, machte die bürgerliche Presse daraus die „Endeckung einer neuen Anarchistengruppe".

**Karl-Heinz Neuendorf**
**Hans Sontag, Uwe Drowski**
(JVA Tegel
Seidelstr. 39
1000 Berlin 27)

Derzeit ist uns über diese Gefangenen nur von einer Aktion, die seit etwa Dezember 76 läuft, bekannt. Und zwar haben sie zusammen mit den Gefangenen Ismail Yousef und Omran El Hage in Tegel versucht, eine Gefangenenzeitung herauszugeben. Eine solche Zeitung, die angeblich nicht zensiert wird, existiert bereits und es gibt auch keine gesetzlichen Vorschriften, die das verbieten, trotzdem waren Anfang Dezember bei einer Zellenkontrolle 100 Exemplare beschlagnahmt worden, weil diese Zeitung nach Ansicht des Anstaltsleiters keine Informationsschrift sei, sondern eine Agitationsschrift, die *„geeignet sei, durch Aufwiegelei der Gefangenen Unruhe"* und *„ordnungsstörende Aktivitäten"* auszulösen.

Am 23.12. wurde Hans Sontag nach Moabit verschleppt (zum 5. Mal!), wegen seiner Aktivitäten im Zusammenhang mit der Gefangenenzeitung „Durchblick". In dem Zusammenhang sind offenbar auch noch weitere Gefangene (**Dafir Al Ani, Faramarz Shananesh, Peter Beu und Jumah Kawash**) verschleppt worden. In öffentlichen Erklärungen protestierte die Redaktion des „Durchblick" gegen diese Willkürmaßnahmen.

**IKAH Hamburg**

# Politische Gefangene in der BRD (2. Teil)

## Prozeß gegen Waltraud Siepert und Christina Doemeland

**Westberlin.** Am Donnerstag, dem 27.1.1977, beginnt im Saal 700 des Kriminalgerichts Moabit in der Turmstraße 91 um 9 Uhr zum zweiten Mal der Prozeß gegen Waltraut Siepert und Tina Doemeland. In den nächsten Monaten soll jeweils Dienstags, Donnerstags und Freitags gegen die beiden verhandelt werden.

Im ersten Anlauf war der Prozeß geplatzt, weil Waltraut Siepert nicht verteidigt werden wollte und auf der Entpflichtung ihrer beiden Pflichtverteidiger bestand; das Gericht – die Staatschutzkammer unter Vorsitz des Richters Kubsch – hatte die beiden Anwälte erst entpflichtet, nachdem beide einfach den Saal verlassen hatten. Jetzt sind Waltraut zwei rechte Zwangsverteidiger beigeordnet worden: der Rechtsanwalt Günther und der bereits einschlägig bekannte Rechtsanwalt („Ratte") Schneider (früher Zwangsverteidger bei B. Mohnhaupt und Annerose Reiche).

Waltraut und Tina sind angeklagt wegen Unterstützung der Bewegung 2.Juni – wie weitere acht Genossen, gegen die der Prozeß aber frühestens April/Mai 1977 beginnen wird. Waltraut und Tina sollen – so die 129 Seiten lange Anklageschrift – Wohnungen und eine Garage, Tina nur mit Waltraut zusammen einen VW-Bus für die „Bewegung" besorgt haben.

Aber die Verhandlung über diese Vorwürfe wird nur einen kleineren Teil des Prozeßes ausmachen; nur etwas über 30 von insgesamt über 130 Zeugen, die vorgesehen sind, werden zu diesen konkreten Vorwürfen vernommen werden. Der grössere und wesentlichere Teil des Verfahrens wird ganz anderen Dingen und ganz anderen Zielen gewidmet sein: es sollen nämlich Beweise erhoben werden über
- 7 Raubüberfälle in Berlin von 1971 bis 1973;
- 4 Sprengstoffanschläge in Berlin im Jahre 1972;

und dann genauer über:
- weitere 5 Raubüberfälle in Berlin in den Jahren 1974 und 1975;

Jahre 1972;
und dann genauer über:
- weitere 5 Raubüberfälle in Berlin in den Jahren 1974 und 1975;

- den Tod des Kammergerichtspräsidenten Drenkmann 1974;
- die Entführung des CDU-Vorsitzenden Peter Lorenz im Jahre 1975.

Das alles nämlich, und noch mehr, habe , so die Staatsanwaltschaft, die Bewegung 2. Juni begangen, die Waltraut und Tina unterstützt haben sollen.

Bisher aber
- ist wegen dieser letzten 5 Raubüberfälle noch niemand verurteilt worden, und
- gibt es kein rechtskräftiges Urteil, in dem stünde, daß die Bewegung 2. Juni eine „kriminelle Vereinigung" sei.

Das heißt: von der „kriminellen Vereinigung", die Waltraut und Tina unterstützt haben sollen, darf eigentlich noch gar nicht die Rede sein, weil noch nirgends festgestellt worden ist, daß sie als solche überhaupt existiert. Das eben soll jetzt erst geschehen. Aber wie?

Nach allen „rechtsstaatlichen" Grundsätzen des Strafrechts und des Strafprozeßrechts darf eine solche Feststellung eigentlich nur Ergebnis eines Verfahrens sein, das gegen diejenigen geführt würde, die Mitglieder dieser Vereinigung gewesen sein und die angeblichen Straftaten ausgeführt haben sollen. Das wären hier vor allem, soweit sie von der Staatsanwaltschaft beschuldigt werden: die in Haft befindlichen Ronald Fritzsch, Gerald Klöpper, Till Meyer, Ralf Reinders, Fritz Teufel und Andreas Vogel, außerdem die drei Frauen aus der Lehrter, zur Zeit ohne festen Wohnsitz.

Der Prozeß wird aber nicht gegen diese Genossen geführt. Das heißt: sie haben kein Anwesenheitsrecht, sie haben nicht das Recht, in diesem Verfahren ihre Verteidiger auftreten zu lassen, sie haben nicht das Recht, Zeugen zu befragen, Sachverständigengutachten und Urkunden zu überprüfen, Akten und Beiakten einzusehen – das heißt: sie dürfen sich nicht verteidigen. Und das heißt:

**Im Siepert/Doemeland-Prozeß soll das Bestehen einer „kriminellen Vereinigung" festgestellt werden und sollen Taten abgeurteilt werden, ohne daß diejenigen, die dieser Taten und der Bildung und Mitgliedschaft in der Vereinigung beschuldigt sind, das Recht hätten, sich dagegen zu verteidigen!**

Und andererseits:

**Die Angeklagten in diesem Prozeß, Waltraut und Tina, können sich gegen diese Vorwürfe nicht verteidigen, weil die Anklage ja selbst davon ausgeht, sie seien nicht Mitglieder der Vereinigung und nicht Mittäter der Überfälle und der anderen Taten – sie können also keine Ahnung davon haben, also können sie sich auch nicht verteidigen!**

Das ist der Vorteil dieses Verfahrens für den Staatsschutzapparat, das ist der Vorteil eines Verfahrens, in dem der Unterstützer vor dem Mitglied, der Gehilfe vor dem angeblichen Täter verurteilt wird:

Nach allen herkömmlichen juristischen Regeln ist das zwar eine Unmöglichkeit, sogar eine Unverschämtheit, aber es macht die Sache einfa-

Nach allen herkömmlichen juristischen Regeln ist das zwar eine Unmöglichkeit, sogar eine Unverschämtheit, aber es macht die Sache einfa-

cher: wer was zu der Sache sagen könnte, darf an ihrer Verhandlung nicht teilnehmen, wer nichts dazu sagen kann, der darf ruhig dabeisitzen, weil er sich sowieso nicht verteidigen kann, weil er keine Schwierigkeiten machen kann: so lassen sich leicht und reibungslos Ergebnisse gewinnen, mit denen man später gegen die „Haupttäter" arbeiten kann. Wie das geht, das hat der Bundesgerichtshof schon in anderen Verfahren abgesegnet:

Später im „Lorenz-Prozeß" gegen Reinders und die anderen Genossen wird nur noch das – bis dahin ganz sicher rechtskräftige – Urteil aus dem Siepert/Doemeland-Prozeß verlesen, in dem steht, die Bewegung 2. Juni sei eine „kriminelle Vereinigung" und habe diverse Straftaten begangen – und damit ist das dann bewiesen. Weitere Beweiserhebungen zur Frage, ob der 2. Juni eine „kriminelle Vereinigung" sei, sind dann überflüssig, entsprechende Beweisanträge der Angeklagten und ihrer Verteidger werden als „überflüssig" zurückgewiesen, der Punkt wird abgehakt.D.h. die Beweisführung wird vereinfacht und der „Lorenz-Prozeß" wird entpolitisiert (immerhing hat die Öffentlichkeit in den letzten Jahren gemerkt, daß „kriminelle Vereinigung" stets eine revolutionäre Bewegung meint). Man kann sich dann in aller Ruhe auf „Technisches" konzentrieren: wer hat wann wo welches Auto gemietet, wer hat wann wo welchen Keller tapeziert...

Hinter diesem Verfahren stehen noch zwei weitere Beweggründe:

- Die Bundesanwaltschaft ist in Beweisnot, was den Hauptprozeß gegen die Bewegung 2. Juni angeht. Ihre bisherigen Ermittlungsergebnisse stehen – wie man den Zeitungen entnehmen kann und wie Generalbundesanwalt Buback selbst zugegeben hat – auf wackligen Füßen und sind lückenhaft. Im Siepert/Doemeland-Prozeß soll versucht werden, diese Beweise zu ergänzen und soll getestet werden, wieweit sie standhalten; ein konstruiertes Urteil in diesem Prozeß soll schließlich notfalls später – s.o. – fehlende tatsächliche Beweise ersetzen.

Das heißt: **Der jetzige Prozeß dient der Bundesanwaltschaft zum Warmlaufenlassen ihres Ermittlungsapparates für den späteren Hauptprozeß!**

- Zweitens: Der Hauptprozeß wegen der Lorenz-Entführung kann noch nicht stattfinden, weil Herr Buback Wert darauf legt, dort unbedingt selbst die Anklage höchstpersönlich zu vertreten. Da machen die Alliierten noch Schwierigkeiten. Den Zeitungen ist zu entnehmen, daß die Alliierten bereits einverstanden sind, daß die Bundesanwaltschaft in dem Prozeß – der unbedingt in Westberlin stattfinden soll– die Anklage vertritt – aber noch sträuben sie sich, Herrn Buback persönlich nach Westberlin zu lassen.

Die Rote Hilfe Westberlin macht am 26.1.1977 , am Vorabend des Siepert/Doemeland-Prozesses, eine Inf-

berlin zu lassen.
Die Rote Hilfe Westberlin macht am 26.1.1977 , am Vorabend des Siepert/Doemeland-Prozesses, eine Inf-

formationsveranstatung in der TU, Hörsaal 104,20 Uhr, auf der die Verteidiger der Genossen Reinders, Fritzsch, Klöpper, Meyer, Vogel und Teufel über den Prozeß und seine Bedeutung, ferner über die Haftbedingungen der Genossen informieren werden. Wir fordern jeden Genossen auf, zu dieser Veranstaltung zu erscheinen, sich dort zu informieren, um dann daran mitarbeiten zu können, über diesen Prozeß die Öffentlichkeit laufend zu informieren, gegen die Vorgehensweise der Justiz den Widerstand zu organisieren und den Prozeß selbst zu verfolgen, um an der Vorbereitung des nächsten Unterstützer-Prozesses und des Lorenz-Prozesses mitarbeiten und Solidarität mit Waltraut Siepert und Christina Doemeland praktisch machen zu können. Die Veranstaltung der Roten Hilfe Westberlin soll dazu dienen, daß wir uns darüber klar werden, wie wir diese Aufgaben erfüllen können.

**Rote Hilfe Westberlin 19.1.77**

# Streikrecht – nur für Gewerkschaftsführer




**Hetzstatistik über die Streiktage in Europa, aus „Handelsblatt", 12.1.77.**

**Hetzstatistik über die Streiktage in Europa, aus „Handelsblatt", 12.1.77.**

Auf den ersten Blick erscheint das Grundsatzurteil des Bundesarbeitsgerichts in Kassel fortschrittlich. Unter dem Aktenzeichen I AZR 605/75 entschied das Gericht, daß kurze gewerkschaftliche Warnstreiks zur Unterstützung von laufenden Tarifverhandlungen als legale „Arbeitsniederlegungen" anzusehen sind. Diese Warnstreiks dürfen nicht zur Entlassung der daran beteiligten Arbeiter führen.

Die Arbeitsverhältnisse gelten als suspendiert. Warnstreiks dürfen von den Gewerkschaften auch vor „Ausschöpfung der Verhandlungsmöglichkeiten" durchgeführt werden.

Der Präsident des Bundesarbeitsgerichtes, Gerhard Müller, erklärte bei der Urteilsverkündung,*„die Warnstreiks könnten sogar ein Mittel sein, um festgefahrene Tarifverhandlungen beschleunigt zum Abschluß zu bringen. Infolgedessen seien die Warnstreiks ein gewisses* Ordnungsmittel *zur Herbeiführung und Beschleunigung eines neuen Tarifvertrages"* („FR", 18.12.76).

Dem aufmerksamen Leser wird aufgefallen sein, daß das Bundesarbeitsgericht von *„gewerkschaftlich organisierten Warnstreiks"* spricht. Das Gericht billigt also nur der Gewerkschaftsführung zu, Kampfmaßnahmen zu ergreifen!

Selbst eine Streikleitung, wie beim Druckerstreik im April letzten Jahres, ist nach Meinung der bürgerlichen Gerichte „satzungswidrig". Nur der Hauptvorstand habe das Recht, Kampfmaßnahmen durchzuführen (Entscheidung des 15. Zivilsenat des Westberliner Kammergerichts).

Mit diesen Urteilen ist klargelegt, daß von Kollegen selbstständig organisierte und durchgeführte Streiks

Mit diesen Urteilen ist klargelegt, daß von Kollegen selbstständig organisierte und durchgeführte Streiks „rechtswidrig" sind. Dieser Rechtsauffassung entspricht ein neueres Urteil des Bundesarbeitsgerichtes.

Bei einem nicht von der Gewerkschaftsführung organisierten Streik wurde ein Betriebsratmitglied vom Kapitalist als „Rädelsführer" entlassen.

Das Bundesarbeitsgericht stellte dazu fest, daß „wilde Streiks" ein Entlassungsgrund sind. Eine Teilnahme an solchen von der Gewerkschaftsführung nicht genehmigten Warnstreiks ist künftig als unerlaubte Arbeitsniederlegung anzusehen!! (IAZ:AZR 772/75).

Die Gewerkschaftsführer des DGB haben diesem massiven Abbau des Streikrechts ihre ausdrückliche Zustimmung gegeben. Damit zeigen sie erneut, auf wessen Seite sie stehen.

**Metallkommission**
**KB/Gruppe Hamburg.**

## Demokratische Anwaltsveranstaltung in London

**London.** Am 12.1. fand eine Protestveranstaltung der britischen demokratischen Anwaltsvereinigung „Haldane Society" statt gegen das Berufsverbot und das Strafverfahren gegen Rechtsanwalt Groenewold. Auf der Veranstaltung waren 40 Anwälte anwesend. Der Bericht von Kurt Groenewold und seinem Bochumer Verteidiger im Strafverfahren, RA Zimmermann, über das Verfahren und die ihm zugrundeliegenden repressiven Gesetze wurden mit großem Staunen und Empörung aufgenommen. Das Erstaunen und der Unglauben machten sich anfänglich in Lachen Luft – worauf sich zum Schluß der Veranstaltung ein Anwalt entschuldigte: eine solche Einschränkung der Verteidigerrechte,wie sie im Strafverfahren gegen Kurt Groenewold zum Ausdruck kommt, erscheine ihnen als so ungeheuerlich; die anwesenden Anwälte seien sich aber der bedrohlichen Entwicklung in der BRD und der Gefahr, die vom „Modell Deutschland " ausgeht bewußt.

Die veranstaltende Haldane Society ist eine ca. 300 Anwälte starke Organisation mit einer ca. 30-jährigen Geschichte. Sie vereinigt ihrem Selbstverständnis nach sozialistische Anwälte von der Labour-Linken (2 Labour Parlamentsmitglieder) bis hin zu den Kommunisten, ohne Unvereinbarkeitsbeschlüsse. Die Haldane Society arbeitet mit der Labour-Linken im Parlament zusammen, macht Kampagnen gegen repressive Gesetze und berät einige Gewerkschaften.

**IKAH Hamburg**

# Berufsverbot für RA Gildemeier rückt näher

Die obersten „Verfassungshüter" in Karlsruhe sollen nun darüber befinden, ob der fortschrittliche RA Gildemeier aus Augsburg ein „Verfassungsfeind" ist oder nicht.

Wie wir in AK 95 berichteten, stand Gildemeier vor dem „Ehren"-gericht der Rechtsanwaltskammer München, weil er nach Ansicht des Staatsanwaltes ein Mann ist, *„der die verfassungsmäßige Ordnung bekämpft . . . und damit seinen Eid als Rechtsanwalt gebrochen und . . . nicht länger als Mitglied der Anwaltskammer tragbar ist"* (Anklageschrift). Der auschließlich politisch begründete Berufsverbotsantrag ist einmalig in der neueren Geschichte der Anwaltschaft, Parallelen dazu gibt es bisher nur im Faschismus.

Am 22.12. wurde erneut verhandelt: *„Das Ehrengericht sah sich jetzt überfordert (!?), selbst darüber zu urteilen, ob die Bestimmungen der Bundesrechtsanwaltsordnung aktive Kommunisten* (Gildemeier unterstützte die „KPD"; AK) *in den Reihen des Berufsstandes zulassen, bzw. im Widerspruch zum Grundgesetz stehen und deshalb nichtig sind"* (Nürnberger Nachrichten (NN) 30.12.76).

Deshalb wurde das Bundesverfassungsgericht ersucht festzustellen, ob die Bestimmungen der Anwaltsordnung gegen die Artikel 18 und 21 des Grundgesetzes verstoßen. Darin wird jedem Bürger die Freiheit der Meinungsäußerung, die Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit garantiert. Weil Artikel 21, Absatz 2, darüber hinaus festlegt, daß über die Frage der Verfassungswidrigkeit einer Partei das Bundesverfassungsgericht zu entscheiden hat, geht es möglicherweise um die Neuauflage der Frage, ob die „KPD" weiter als verfassungswidrige Organisation einzustufen ist.

Die Entscheidung des „Ehren"gerichts bringt die Staatsanwaltschaft ihrem Ziel, durch ein Gesinnungsurteil einen RA seiner beruflichen Existenz zu berauben, einen Schritt näher. Das Gericht folgte jedenfalls nicht dem Antrag des Verteidigers Wächtler, das Begehren der Staatsanwaltschaft auf vorläufige Verhängung eines Berufs- und Vertretungsverbotes als unzulässig zurückzuweisen, ohne überhaupt in die Verhandlung einzutreten.

Die Staatsschützer in Karlsruhe haben mit dem KPD-Verbot und z.B. dem Urteil zum §218 zur Genüge bewiesen, w e m sie nützen.

**Solidaritätsadressen an:**
**RA Wächtler**
**Schellingstr. 52**
**8 München 40**

**KB/Gruppe Nürnberg**

# Nachrichten aus dem Knast

**JVA Lübeck.** Gefangenenzeitungen gibt es wohl in fast allen Knästen. Aber nicht nur in Santa Fu/Hamburg, wo eine Clique von Gefangenen sich zum Sprachrohr der Anstaltsleitung gemacht hat und dessen „liberales Vollzugskonzept" noch überzeugender unter die Gefangenen trägt als die Behörde das kann, sondern auch in einem so üblen Knast wie Lübeck (siehe zum Hungerstreik gegen die unmenschlichen Haftbedingungen AK 96) bringt es die Redaktion des „Lauerhof-Kurier" fertig, sich in den Dienst der Justiz zu stellen. In der Weihnachts/Neujahrs-Ausgabe macht sie einige „kritisch-konstruktive" Bemerkungen über Leserbriefe:

Zwar seien die Autoren für den Inhalt selbst verantwortlich, aber es komme immer wieder vor, daß Leserbriefe einfach nicht zum Abdruck geeignet seien, es sei zwar leicht, alles in Frage zu stellen, aber man müsse auch an Möglichkeiten der Lösung denken.

*„Kritik ist schlecht und unnütz, wenn sie nur um ihrer selbst willen geübt wird."*

*„Auch wenn versucht wird, radikales Gedankengut zu verbreiten, steht die Redaktion auf dem Standpunkt, daß die Zuschrift nicht veröffentlicht werden kann."*

Demgegenüber schreibt eine Leserbriefautorin in der selben Nummer u.a.:

Etwas, was sie durchgängig bei der Zeitung festgestellt hätte , sei *„die Gemäßigtheit, mit der einige Schreiber Forderungen stellen. Sollte das tatsächlich von Leuten geschrieben sein, die selbst ihren Knast hier unter den gegenwärtigen Bedingungen abmachen?!"*

Einem Gefangenen, der meint, Reformen würden in erster Linie an der Dummheit der Gefangenen scheitern, (z.B. würden soviele Lebensmittel aus dem Fenster fliegen!) hält sie entgegen:

*„Fliegen da nicht auch ganze Portionen Haß und Aggressionen mit?!" „Ihr seid diejenigen, die den Fortschritt lähmen. Ihr, die Ihr Euch auf die Seite derer stellt, die über uns Vorschriften machen, ..." „Von soweit Gemäßigten ist bisher in der Geschichte noch keine Veränderung hervorgerufen worden."*

Sie führt dann noch die Beispiele Fuhlsbüttel und Bremen/Oslebshausen an, wo Gefangene durch ihren eigenen mutigen Einsatz relative Verbesserungen erkämpft haben.

*"Euch scheint das Wohl der Schließer über Euer eigenes psychisches Gleichgewicht zu gehen!*

*Ich meine, nur durch gezieltes Aufbegehren sei hier etwas zu erreichen,..."*

Die oben genannten „Kritischen Anmerkungen" der Redaktion waren sicher auch auf diesen Brief gemünzt. Immerhin ist es begrüßenswert, daß er dennoch gedruckt wurde.

**IKAH Hamburg**

# Linke Anwälte sind nicht „standesgemäß"

Ohne großes Aufsehen und Diskussion in der Öffentlichkeit vermehren sich seit ca. 2 Jahren die sog. ehrengerichtlichen Verfahren gegen linke Rechtsanwälte. In vielen Fällen parallel zu den Strafverfahren (vgl. AK 95 S. 9) gegen Rechtsanwälte (RA), stellt die Ehrengerichtsbarkeit, die ihre Grundlage im anwaltlichen Standesrecht hat, den zweiten wesentlichen Hebel dar, um Berufsverbote vorzubereiten, bzw. auszusprechen. Mittlerweile gibt es mindestens 25 solcher ehrengerichtlicher Verfolgungsmaßnahmen. (Eine genauere Aufstellung über einzelne Fälle mit Zitaten aus den Anschuldigungsschriften wird ab Anfang Februar zu haben sein.)

In der Regel laufen die Ehrengerichtsverfahren über den § 43 der „Bundesrechtsanwaltsordnung" (BRAO). Hier ein exemplarisches Beispiel für den Tenor einer Anschuldigungsschrift gegen RA **Spangenberg**:

*„Den RA Spangenberg ... schuldige ich* (d.h. Staatsanwaltschaft) *an ..., in der Zeit vom September 75 bis Januar 76 die Pflicht, seinen Beruf gewissenhaft auszuüben und sich innerhalb und außerhalb (!) des Berufs der Achtung und des Vertrauens, welche die Stellung des Rechtsanwalts erfordert, würdig zu erweisen, durch das nachstehende Verhalten schuldhaft verletzt und dadurch ehrengerichtliche Maßnahmen erwirkt zu haben."*

In einigen Fällen geht die Staatsanwaltschaft dazu über, wie in diesem Fall, auch das Verhalten des RA „außerhalb des Berufs" zum Gegenstand von Verfahren zu machen, hierunter fallen im weitesten Sinne politische Äußerungen (im Fernsehen, Presse, Bücher) von RAs.

### Was wird den Anwälten konkret vorgeworfen?

Im folgenden soll an einigen ausgewählten Beispielen der Charakter der ehrengerichtlichen Verfahren deutlich gemacht werden.

1. Äußerungen während der Hauptverhandlung vor Gericht, Verlassen des Gerichtssaals.

In den meisten Fällen beziehen sich die Anschuldigungen auf einzelne *„beleidigende Äußerungen" „in ungehörigem Ton" („Den Mund halten Sie jetzt")* im Gerichtssaal; inhaltlichen Ausführungen zum Ablauf des Verfahrens (*„Mit Rechtsstaatlichkeit hat das hier nichts mehr zu tun"*), oder den Gebrauch bestimmter politischer Begriffe.

Bereits die Kennzeichnung der „Pflichtverteidiger" als Zwangsverteidiger (die weder das Vertrauen der Angeklagten noch der übrigen Anwälte haben), oder die Kennzeichnung der Isolation der politischen Gefangenen als „Isolationsfolter" ist „standeswidrig". Besonders unter Beschuß stehen hier, wie auch in den Strafverfahren, die Verteidiger in RAF-Prozessen.

Bestimmte Äußerungen der Anwälte sind überhaupt nur verständlich im Zusammenhang mit der massiven Behinderung ihrer Verteidigertätigkeit. So hatte z.B. RA Spangenberg den Staatsanwalt – standeswidrig – als „Taschenspieler" bezeichnet. Wieso? Als die Staatsanwaltschaft in der Hauptverhandlung ein Schriftstück verlas, das von der Verteidigung mehrmals vergeblich angefordert wurde und das den Verteidigern nun ‚großzügig' angeboten wurde, reagierte Spangenberg empört mit der Bemerkung: *„Ich habe mich aber so lange bemüht, das Beweismaterial in die Finger zu kriegen, das haben Sie verhindert und jetzt kommen Sie damit ... Sie Taschenspieler".*

Das Verweigern von wichtigen Akten seitens der Staatsanwaltschaft – bzw. das Zur-Verfügungstellen direkt vor dem Verhandlungstermin – spielt ebenfalls eine große Rolle bei dem Vorwurf gegen mehrere Verteidiger, sie hätten ‚rechtswidrig' den Gerichtssaal verlassen. Beispiel:

Der Prozeß gegen I. Möller in Hamburg. Der Gerichtsvorsitzende hatte sich geweigert, die Hauptverhandlung zu unterbrechen, um den Verteidigerinnen **Bahr-Jendges** und **Goy** die Möglichkeit zu geben, Einsicht in vier Leitzordner zu nehmen. Da ohne Kenntnis dieser Akten eine anstehende Zeugenvernehmung unmöglich war, verließen die Verteidigerinnen den Gerichtssaal – auch das ist ‚standeswidrig'.

Ein weiterer Anlaß für die RA im Stammheimer Verfahren den Saal zu verlassen, bestand in der Behandlung ihrer Anträge auf „Verhandlungsunfähigkeit der Angeklagten". Das Gericht hatte stets „Verhandlungsunfähigkeit der Angeklagten" bestritten, wobei die Entscheidung lediglich durch „Augenscheinnahme" (!) der Anstaltsärzte zustande kam.

Die oberste Aufgabe der Verteidiger, die Vertretung der Interessen seines Mandanten, wird besonders in den RAF-Prozessen zum Bumerang für die RAs. Am extremsten zeigt sich das bei der Verhängung des vorläufigen Berufsverbots gegen **K. Groenewold**: Ein wesentlicher Vorwurf besteht darin, daß Groenewold u.a. durch Beschaffung von politischem Informationsmaterial die ‚Identität' der Gefangenen bewahrt habe. Mit anderen Worten: Als Verteidiger in RAF-Prozessen hätte er schon dafür sorgen müssen, daß das Selbstverständnis und Zusammengehörigkeitsgefühl der Gefangenen zerstört wird.

In einigen Fällen ist sich die Staatsanwaltschaft nicht zu blöde, Ehrengerichtsverfahren wegen Nichttragens der „Amtstracht" einzuleiten. Zur Verpflichtung des RA gehöre es, *„seine übrige Kleidung entsprechend der Würde des Gerichts und dem Ansehen des Anwaltsstandes zu wählen"*. Wer ohne Krawatte oder gar mit offenem Hemd vor Gericht erscheint (wie z.B. Spangenberg) ist für einen vorsitzenden Richter in Westberlin „nicht erschienen"!

### Außergerichtliche Verfolgung von Anwälten – Meinungsfreiheit abgeschafft

Auch das Eintreten von Anwälten für die Interessen ihrer Mandanten in der Öffentlichkeit führte zu ehrengerichtlichen Verurteilungen. Beispiel: RA **Hannover** – damals Verteidiger von U. Meinhof und W. Hoppe – hatte sich in „Panorama" wie folgt zu den Haftbedingungen seiner Mandanten geäußert:

*„Sicher sind die Maßnahmen formal gedeckt durch die Untersuchungshaftvollzugsordnung, aber sie sind nicht notwendig und auch nicht geeignet, um den Zwecken der Untersuchungshaft zu dienen, also eine Flucht zu verhindern und eine Verdunklung zu erschweren, sondern sie haben hier offensichtlich die Funktion, die Persönlichkeit unserer Mandanten zu zermürben und stellen sich somit als verfassungswidrige Folter dar."*

Das Ehrengericht sah den Tatbestand der „üblen Nachrede" erfüllt, befand, das Maß der erlaubten Kritik sei überschritten und verurteilte Hannover.

RA **Eschen** bekam ein Ehrengerichtsverfahren wegen eines Artikels im Kursbuch Nr. 40. Dort hatte er u.a. *„den größten Teil der Richter"*, die er während seiner Ausbildung dienstlich kennengelernt hatte als *„kleinliche, ungebildete, gesellschaftlich und politisch desorientierte, verklemmte Bürokraten"* bezeichnet. Vorwurf der Staatsanwaltschaft: Eschen habe bei dem Leser ein Feindbild aufgebaut, das der allgemeinen Rechtspflege abträglich sei, (*„in vulgärem Ton gehaltene Agitationsschrift"*). In der 1. Instanz sprach das Ehrengericht Westberlin Eschen jedoch frei.

Auch der Heidelberger RA **Hädle** soll seine Standespflichten verletzt haben, indem er in einem Interview der „Roten Juristischen Presse" über Strafverfahren gegen Studenten sagte:

*„Das von der Justiz erstrebte Ziel all dieser Verfahren ist es, einzelne Studenten herauszugreifen, zu kriminalisieren und exemplarisch abzuurteilen, um die Gesamtheit der fortschrittlichen Studenten einzuschüchtern und davon abzuschrekken, ihr Recht auf Diskussion und politische Betätigung wahrzunehmen ... In diesem Rahmen durchgeführte Schnellprozesse haben insofern dem Image der Justiz schwer geschadet, als hier erkennbar ohne Rücksicht auf Verfahrensrechte und gesetzliche Bestimmungen Prozesse durchgezogen werden sollten, was den politischen Charakter dieser Prozesse und der Justiz deutlich werden ließ."*

Mittlerweile geht der Angriff auf die Verteidiger so weit, daß das Bundesverfassungsgericht prüft, ob Ehrengerichte Anwälte nicht bereits wegen ihrer Zugehörigkeit zu einer „grundgesetzwidrigen Organisation" ausschließen können. Im konkreten Fall geht es dort um den RA **Gildemeier**, der allein wegen seiner Aktivität für die „KPD" Berufsverbot kriegen soll.

**Initiativkomitee Arbeiterhilfe, (IKAH) Hamburg**



# MILITARISMUS ANTIMILITARISMUS

## Zynisch: Gesundheitswesen der NATO

Die Fälle menschenverachtender Behandlung von Soldaten durch Militärärzte und andere Militäristen, von denen man z. B. aus der Bundeswehr immer häufiger hört und die nicht selten zum Tode der Soldaten führen, haben eine sozusagen „theoretische Grundlage". Die „Zentrale Dienstvorschrift 49/50 (ZDv 49/50)", Übersetzung eines Nato-Handbuches über die „dringliche Kriegschirurgie".

In diesem Handbuch wird herausgearbeitet, *„daß sich im Gegensatz zur üblichen ärztlichen Handlungsweise die Sorge für den Einzelnen zwangsläufig den militärischen Erfordernissen unterordnen muß, wenn dies die taktische Lage verlangt"* (S. 13). Daß die gesundheitlichen Belange der Soldaten, bei welcher taktischen Lage auch immer, für die Militaristen überhaupt keine Rolle spielen, erfährt jeder Soldat, der sich heute in der Bundeswehr „krank meldet" oder der einmal eine der Übungen mit eingeplanter Todesrate mitgefahren ist. Hier ist meist von medizinischer Versorgung nichts zu spüren.

Zu den dringlichen Aufgaben der Kriegschirurgie gehört laut „ZDv 49/50" deshalb auch *„möglichst viele Patienten mit kleineren Verletzungen dienstfähig zu ihrem augenblicklichen oder ständigen Einsatz zurückzuschicken. Er (der Arzt) muß sich auf die Behandlung derjenigen konzentrieren, die vorraussichtlich (!) überleben werden"* (S. 39). Der erste Leitsatz für die „Sichtung" der Soldaten (das ist die „ärztliche Prüfung", ob zur Weiterbehandlung zugelassen oder zum Tode verurteilt) lautet: *„Der Sanitätsdienst hat die Aufgabe, die Streitkräfte durch Einsatz aller verfügbaren Einrichtungen ... zu unterstützen"* (S. 167).




Diese Richtlinien, die eigentlich für den Kriegsfall dienen sollen, scheinen sich heute in der Bundeswehr der größten Beliebtheit der Militärärzte zu erfreuen. Jedenfalls wird immer vor den „Wünschen" der militärischen Führung gekuscht und die Mannschaftssoldaten dienen lediglich als Material für die Krankenmeldestatistik der Ärzte.

Der Materialcharakter des Soldaten wird immer dann besonders deutlich, wenn ein sogenannter „Massenanfall" von Verwundeten oder Erkrankten auftritt. Dann muß ein *„besonders erfahrener Sanitätsoffizier (?)"* die „Sichtung" (s. o.) vornehmen, denn *„im gesamten Sanitätswesen gibt es keine wichtigere und schwierigere Aufgabe und keine, die größeres fachlicheres Urteilsvermögen, härtere Arbeit und mehr Mut (!) verlangt, als die Verwundetensichtung (!)"* (S. 161).

Es gelten deshalb auch knallharte Kriterien bei der Einteilung des „Soldatenmaterials". So kann man auf Seite 59 lesen, daß Soldaten mit Quetschungen im Kriegsfall von vorneherein zum Tode verurteilt sind, denn *„man muß von vorneherein damit rechnen (!), daß Patienten mit Quetschungen gleichzeitig auch andere Verletzungen haben, und selbst bei idealer Behandlung ergibt sich aus der Gesamtsumme der Schäden bereits eine schlechte Prognose"*. Wohlgemerkt keine schlechte Prognose für das Überleben, sondern für die erneute „Kriegsverwendungsfähigkeit".

An anderer Stelle heißt es: *„Die gesamte ärztliche Hilfeleistung muß sich auf die Verwundeten konzentrieren, denen voraussichtlich (?!) noch am besten zu helfen ist"*. Und sollten sich die „Militärgötter in oliv" einmal für Nichtbehandlung und damit den Tod entschieden haben, so ist die *„wichtige Rolle des Militärseelsorgers nicht zu vergessen"* (S. 166). Denn *„selbstverständlich ist es nutzlos, auf die hoffnungslosen (?) Verwundeten zuviel Zeit zu verwenden"*.

Diesem menschenverachtenden System gilt unser Kampf!

**Antimil-Kommission**
**KB/ Gruppe Hamburg**

## Bundeswehreinsatz gegen Atomwaffengegner geprobt

Die 2. Batterie des Flugabwehrbattailons 3 in Hamburg-Neugraben hatte vom 10.1. bis 21.1.77 eine 31 Mann starke Bereitschaft zur zusätzlichen Sicherung eines amerikanischen Sonderwaffenlagers (u. a. für Atomsprengköpfe!) zu stellen.

Am „Schwarzen Brett" wurde den Mannschaften ihr Auftrag wie folgt dargestellt: *„Die ARF (Alarmverstärkungsgruppe) hat zusammen mit 5./RakArt Btl 32 das SAS-Lager DÖRVERDEN gegen Sabotage, Luftlandung und zivile Protestdemonstrationen zu schützen und notfalls die Räumung des Lagers zu ermöglichen. Die ARF hält sich ständig abrufbereit. Sie muß bei Alarmierung innerhalb von 4 Stunden die Sicherheitskräfte verstärken können"* (Unterstreichung von uns).

Diese Übung unterschied sich erheblich von „normalen" Wachen an Munitionslagern:

- Die Soldaten wurden mit Gewehren, Maschinenpistolen und Maschinengewehren ausgestattet, mit jeweils über 100 Schuß scharfer Munition.
- Es wurden Extraübungen auf dem Schießplatz durchgeführt.
- Die ABC-Masken wurden unter Tränengaseinwirkung überprüft.
- Es wurde ein halbes Dutzend von Probealarmen durchexerziert usw.

Diese Übungen dienen dazu, die Soldaten an Bürgerkriegseinsätze gegen Atomwaffengegner zu gewöhnen.

**Ein Genosse aus der Röttiger-Kaserne**

## Drei Wochen Knast für Kriegsdienstverweigerer

Seit dem 17.1.77 sitzt in der Hamburger Jugendstrafvollzugsanstalt Schädlerstraße ein Kriegsdienstverweigerer eine dreiwöchige Freiheitsstrafe ab, die ihm wegen „Fahnenflucht" aufgebrummt wurde.

Der Kollege hatte seine Einberufung zum Bund bekommen, als sein Anerkennungsverfahren als Kriegsdienstverweigerer in der 3. Instanz noch schwebte. Er kam der Einberufung nicht nach und konnte sich über zwei Monate vor dem Zugriff der Feldjäger erfolgreich verstecken. Als er sich dann doch dem Kreiswehrersatzamt freiwillig stellte, wurde er sofort nach Flensburg in „seine" Kaserne geschickt und ein Zivilverfahren wegen „Fahnenflucht" eingeleitet. Zusätzlich bekam er wochenlang verschärfte Ausgangssperre aufgebrummt, weil er sich weigerte, die Waffe in die Hand zu nehmen.

Ergebnis: Der Kollege wurde in der 3. Instanz als Kriegsdienstverweigerer anerkannt und wurde im Zivilverfahren zu 21 Tagen Bau verurteilt. Diese 21 Tage wurden aber auf die verschärfte Ausgangssperre, die ja bedeutete, daß er sein Zimmer praktisch nie verlassen durfte, angerechnet.

Eine solche Anrechnung ist bislang mehr oder weniger üblich gewesen, in diesem Fall aber legte der Staatsanwalt Berufung ein und erreichte in einem 2. Verfahren, das ohne Ladung des Kollegen stattfand, daß er die 21 Tage doch absitzen muß. Der Kollege darf während seiner Knastzeit keinerlei Besuch empfangen oder Telefongespräche führen!

**Ein zivildienstleistender Genosse -us Hamburg**

## Mehr Sorgfalt in der Berichterstattung!

In jüngster Zeit haben wir erfreulicherweise eine ganze Reihe von Berichten von Soldatengenossen oder Zivildienstleistenden bekommen, in denen teilweise ganz üble Mißstände enthüllt werden. Ein Großteil dieser Berichte kann von uns bedauerlicherweise nicht veröffentlicht werden.

Da die Genossen gern die Sachen anonym veröffentlichen wollen, haben sie häufig die Angaben völlig verstümmelt und nicht angegeben, wie wir uns ggf. an die Genossen wenden können (bezüglich Nachfragen).

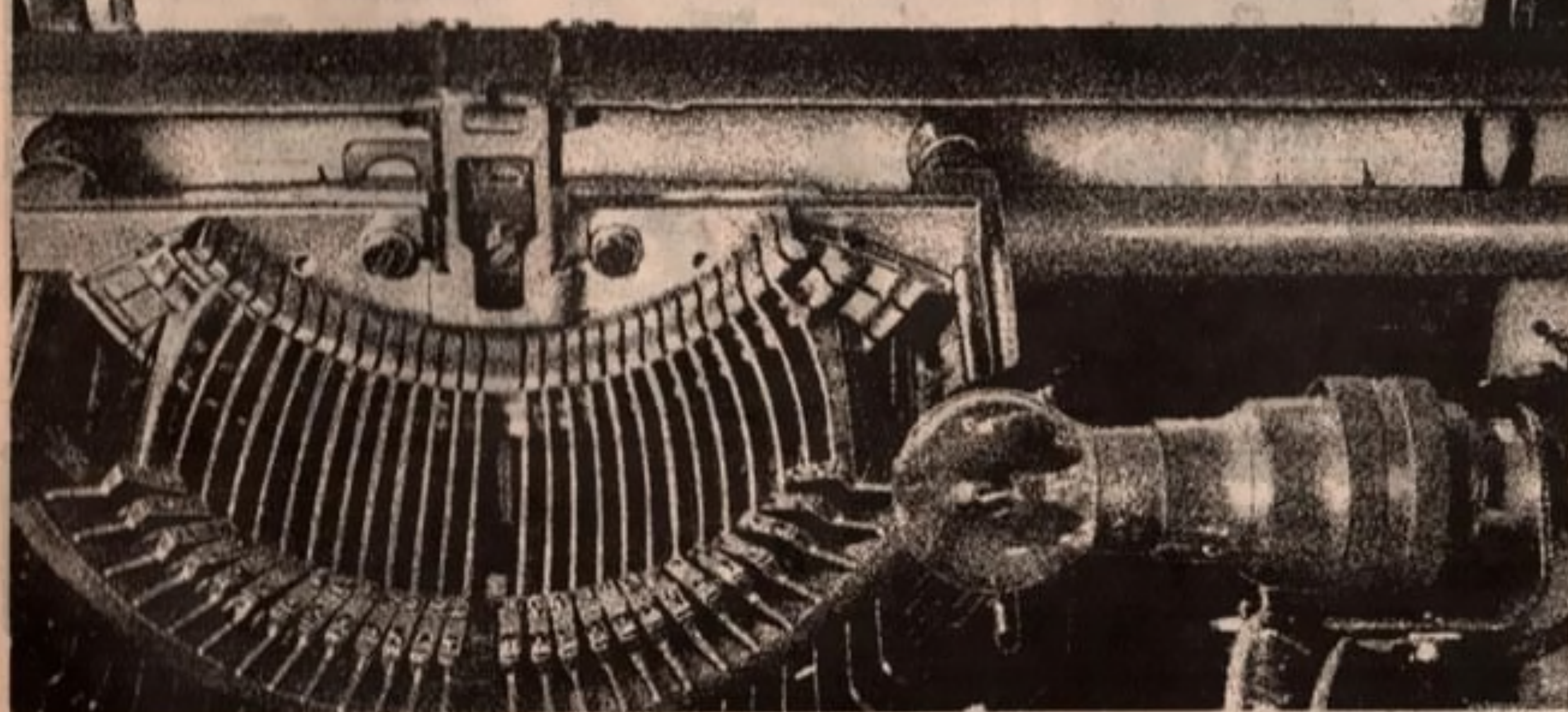
Damit ergibt sich für uns die Situation, daß wir solche Berichte in jedem Falle auf „Treu und Glauben" abdrucken müßten. Wir meinen, daß wir es dem Leser schulden, für unsere Informationen einstehen zu können. Deshalb ist es notwendig, daß der Redaktion Berichte geliefert werden, die glaubwürdig sind und von der Redaktion eventuell nachgeprüft werden können.

Ihr könnt gerne in Berichten angeben, daß ihr bestimmte Dinge vertraulich behandelt wissen möchtet, um vor Repressalien geschützt zu sein.

Wir bitten die Genossen entsprechend sorgfältige Berichte abzuliefern, damit wir in Zukunft mehr davon veröffentlichen können.

**Antimilitarismus-Kommission**

# massenmedien



# Wir garantieren Meinungsvielfalt durch Ausgewogenheit




# Alpenfernsehen für Bayern?

## Schwarzfunk aus allen Kanälen

Bereits 1972 hatte die CSU versucht durch ein neues Rundfunkgesetz die Parteienherrschaft, d.h. die Alleinherrschaft der CSU, in den Aufsichtsgremien des bayerischen Rundfunks voll durchzusetzen. Mit diesem Gesetz sollte außerdem die Einrichtung eines kommerziellen, privaten Rundfunks ermöglicht werden, um Rundfunk und Fernsehen von der „lästigen" Kontrolle verschiedener bürgerlicher Gruppierungen zu „befreien" und ihn ganz in den Dienst der Strauß; Springer und Löwenthal als Propagandainstrument der herrschenden Klasse zu stellen.

Dieses Vorhaben scheiterte damals an dem breiten Protest der bayerischen Bevölkerung. Das „Landbürgerkomitee Rundfunkfreiheit" initiierte ein Volksbegehren, wodurch die CSU-Pläne zu Fall gebracht wurden.

Dennoch waren die CSU und die ihr nahestehenden Reaktionäre inzwischen nicht untätig.

**Radio Bayern – die Servicewelle der CSU**

In weniger als 5 Jahren haben sie es geschafft, alle wichtigen Positionen im bayerischen Rundfunk mit CSU-Mitgliedern bzw. Sympathisanten zu besetzen. (Neuer Fernsehdirektor: Oeller, CSU-Sympathisant; Chefredakteur und Stellvertreter: Mühlfenzl, CSU-Mitglied).

Darüber hinaus wurde der gesamte Rundfunk streng ausgerichtet. Die Rechte der Redaktionsleiter, die über die täglichen Programminhalte entscheiden, wurden weitgehend zugunsten der CSU-Chefs eingeschränkt. Auch bei den Redakteuren und „freien" Mitarbeitern setzte eine Säuberungswelle ein, die allerdings mehr schwarz als weiß in den bayerischen Rundfunk brachte (nach: „Bayerische Initiative Rundfunkfreiheit", Broschüre 1976).

Wie sich die CSU den idealen Reporter vorstellt, schrieb CSU-Generalsekretär und Rundfunkrat Tandler im „Bayernkurier" vom 27.9.75: *„Unerläßlich ist die Entwicklung eines neuen Selbstverständnisses der in den Anstalten tätigen Journalisten und anderen Verantwortlichen..."*

Was er darunter versteht, wird so beschrieben: *„...nicht auf journalistische Meinungsfreiheit (zu) pochen, sondern freiwillig sich den geschriebenen oder ungeschriebenen Verpflichtungen (zu) unterwerfen."*

Zur Durchsetzung dieser Vorstellungen will die rechte Mafia die Abhängigkeit der Reporter von ihrem Brötchengeber massiv erhöhen.

CDU-Politiker Windelen fordert „durchgreifende Reformen" in den Funkhäusern. Dabei müßte die Zahl der festangestellten Redakteure auf das notwendige Minimum beschränkt und dadurch Raum für den Wettbewerb freier Mitarbeiter geschaffen werden (Nürnberger Nachrichten vom 8./9.1.77).

Alles was nicht auf der Linie ist, kann dann jederzeit „frei" entlassen werden – ohne Kündigungsschutz und ähnlichen Humbug.

**Das „totale" Programm**

Die Aktivitäten der schwarzbraunen Propagandisten beschränken sich nicht auf Bayern ;

Mittlerweile hat die CSU eine breite Kampagne gegen jede liberale Berichterstattung in Funk und Fernsehen inszeniert. In trauter Eintracht mit neonazistischen Hetzblättern wird erstattung in Funk und Fernsehen inszeniert. In trauter Eintracht mit neonazistischen Hetzblättern wird vom *„norddeutschen Rotfunk"* (Strauß), *„neumarxistischem Übergewicht"* (Tandler), *„Merseburger – Moskaus Mann im Fernsehen"* (Nationalzeitung vom 22.8.75) und Ähnlichem getönt.

Fast jede Panorama-Sendung wird von der CSU-Zentrale in München als „Systemveränderung" massiv unter Beschuß genommen.

Panorama-Chef Bott: *„Wir produzieren jetzt fastpausenlos Stellungnahmen zu den verschiedenen Vorwürfen und müssen dafür manchmal mehr Zeit als für die Sendung selber verwenden."*

Ziel dieses Vorgehens ist eine massive Einschüchterung liberaler Meinungsmacher.

Wie sich die CSU dagegen eine „ausgewogene" Berichterstattung vorstellt, zeigt exemplarisch eine Sendung des bayerischen Fernsehens (3. Programm) vom 24.5.75 über Chile.

Darin heißt es: *„Santiago ist sauber, frei von politischer Propaganda. Das Leben floriert. ...Chile lebt und lacht wieder unbeschwerter als vorher..."* Der Ausspruch des chilenischen Generals Leigh (Rechtsaußen der Junta): *„Wir sind Chirurgen mit einem Kranken auf dem Operationstisch, den wir betäuben mußten, wenn wir operieren. Danach wird das Land seine Genesungszeit haben..."* kommentiert der Autor Rüdel bewundernd als *„das verpflichtendste Bekenntnis zur Re-Demokratisierung, das die Junta je abgegeben hat"!*

Wer sich diesen Vorstellungen nicht fügen will, der wird mit Drohungen ständig unter Druck gesetzt:

**Tagesschau a' la Strauß ?**

**Tagesschau a' la Strauß ?**

Neuester Coup der CSU auf dem Weg zum bundesdeutschen Schwarzsehen ist die wiederholte Androhung, den Ländervertrag der ARD zu kündigen, um einen eigenen bayerisch-österreichischen (?) Sender zu installieren.

Am 27.9.75 forderte CSU-Generalsekretär Tandler das Recht der regionalen Intendanten „seinen" Sendebereich aus dem ARD-Programm auszuschalten, ohne deshalb einem Scherbengericht ausgesetzt zu sein („Bayernkurier").

Bereits 1975 hatte die bayerische Regierung mit Kündigung gedroht, wenn der *„mangelnden Ausgewogenheit und unzureichenden Qualität des ARD-Gemeinschaftsprogramms" nicht abgeholfen werde (Nürnberger Zeitung vom 15.1.77).*

Jetzt haben sechs bayerische CSU-Abgeordnete aus Land- und Bundestag Ministerpräsident Goppel aufgefordert, eine eigene bayerische Tagesschau auszustrahlen, um *„einer weiteren Gleichschaltung der Nachrichtensendungen und Kommentare außerbayerische(r) Fernsehanstalten Einhalt zu gebieten"* (Nürnberger Nachrichten vom 8./9.1.77).

Diese Drohungen entbehren im Moment einer realistischen Grundlage. So soll Fernsehdirektor Dr.Oeller geäußert haben, *„daß der bayerische Rundfunk Unterstützung brauche, um seine häufig sehr schwierige Position innerhalb der ARD zu halten"* (Broschüre, Bayerische Initiative Rundfunkfreiheit, S. 61).

Ziel dieser Kampagne ist wohl eher – ähnlich dem Kreuther Beschluß der CSU-Bundestagstruppe – politischen Druck auf andere auszuüben, um die eigenen Position zu stärken.

**Stärkt die „Initiative Rundfunkfreiheit"**

**Stärkt die „Initiative Rundfunkfreiheit"**

Jedoch erwartet diese Herren sehr viel entscheidenderer Widerstand von ganz anderer Seite. In Fortführung des „Landesbürgerkomitees" hat die „Bayerische Initiative Rundfunkfreiheit" eine umfangreiche Dokumentation zusammengestellt, um die Machenschaften dieser Herren vor einer breiteren Öffentlichkeit bloßzustellen. Aus dieser Dokumentation stammen auch die meisten unserer Informationen.

Wer Näheres über diese Initiative erfahren will, wende sich an: Bayerische Initiative Rundfunkfreiheit, Schlumberger, Türkenstr. 61Rgb. 8000 München40 (Bestellung der Broschüre ebenda)

**KB/Gruppe Nürnberg**

sie es geschafft, alle wichtigen Posi-



Bayerisches Fernsehen... Modell F. J. Strauß

SZ-Zeichnung: E. M. Lang

## Redakteure verurteilt

Der 21. Zivilsenat des Oberlandesgerichts in München verurteilte die NDR-Redakteure Peter Merseburger, Ulrich Happel und Horst Hanno gemeinsam zu 25 000 DM Geldstrafe, weil sie den Großgrundbesitzer Baron Finck in einer Panoramasendung angeblich zu Unrecht beschuldigt haben, daß er einen Landwirt von seinem Hof vertrieben hat. Obwohl Panorama eine Gegendarstellung gesendet hat, müssen die Redakteure jetzt dieses „Schmerzensgeld" zahlen.

Dieses Urteil stellt ein erneutes zynisches Beispiel der westdeutschen Justiz dar. Denn unabhängig davon, ob der damals geschilderte Fall ganz korrekt geschildert wurde, ist Finck ein ganz berüchtigtes Kapitalistenschwein.

Durch so ein Urteil sollen Redakteure eingeschüchtert werden und lieber gleich die Finger von solchen „heißen Eisen" lassen.

**Medien-Kommission**
**KB/Gruppe Hamburg**

## Zensur beim NDR

Hamburg. Am Montag, den 27.12.76 wollte Sybille Wahnschaffe in der Sendung „NDR II von 9 bis halb eins" in einer 25 minütigen Folkloresendung, unter anderm das Lied „KKW-Nein" von Walter Moßmann spielen. Einen Tag vorher teilte ihr Vorgesetzter Ebersberger mit, daß die 25 Minuten Folklore aus dem Programm gestrichen sind. Die Entscheidung fällte die Programmkonferenz, das Gremium aller leitenden Programmverantwortlichen. Der zuständige Hauptabteilungsleiter Henri Regnie: forderte Sybille Wahnschaffe auf „neutrale" Musik zu spielen, da Folklore im Vormittagsprogramm nicht geeignet sei, da sie zu speziell sei.

Sybille Wahnschaffe stellte ein „neutrales" Programm zusammen, wollte aber trotzdem das „KKW-Nein-Lied" bringen.

Doch nun wurde die Katze aus dem Sack gelassen und das „KKW-Nein-Lied" verboten.

Sybille Wahnschaffe schrieb dazu in einer Erklärung: *„Wolfgang Ebersberger, dem ich die neu zusammengestellten Musikstücke vorlege, will nicht darüber befinden, ob dieser Titel gespielt werden soll. Er bittet Sie* (Hauptabteilungsleiter Regnier, die Red.) *telefonisch um Entscheidung. Sie verlangen, daß das ‚KKW-Nein-Lied' gestrichen wird. Begründung: Sie hätten schon genug Ärger mit Brokdorf. Ich gehe davon aus, daß dies von vornherein der eigentliche Grund für die Programmentscheidung war ... Sie wollten Ihre Entscheidung, der der unangenehme Geruch von politischer Zensur anhaftet, nicht in ihrer ganzen Häßlichkeit in Erscheinung treten lassen. ... (Die Entscheidung muß vor dem Hintergrund) des Verwaltungsbeschlusses vom 27. November 1976 (gesehen werden). Der Verwaltungsrat hatte damals verfügt, daß ihm alle Sendungen, die bis dahin zum Thema Brokdorf gelaufen waren, vorgelegt werden sollten. ... Es war vorauszusehen, (daß durch diesen Beschluß) Druck ausgeübt werden sollte auf alle Programmitarbeiter, die sich auch künftig kritisch mit Atomkraftwerken auseinandersetzen wollen. ... Indem Sie nun verfügen, daß das ‚KKW-Nein-Lied' im Vormittagsprogramm nicht gespielt werden soll, unterdrücken Sie ... die Meinung, daß das Kernenergieprogramm der Bundesregierung weder der Sicherung von Arbeitsplätzen noch der Stromversorgung der Bevölkerung dient, sondern den Zweck hat, der privaten Wirtschaft billige Energie anzubieten, damit diese höhere Gewinne erwirtschaften kann."*

Informationen und Zitate aus einem offenen Brief von Sybille Wahnschaffe an Henri Regnier.

**Medienkommission**
**KB/Gruppe Hamburg**

## „Criminal" wird eingestellt

Das reaktionäre Krimi-Heft „Criminal" wird eingestellt. Die Auflage ist von 450 000 auf 150 000 gesunken. Der John Jahr Verlag ist somit zumindest mit einer seiner reaktionären Hetzillustrierten gescheitert.

Weiter auf dem Markt sind seine Faschistenserien wie z.B. das „III.Reich" und der „III.Weltkrieg".

Wünschen wir dem gesamten Verlag das gleiche Schicksal wie „Criminal". (siehe auch AK 92, Seite 13)!

**Medien-Kommission**
**KB/Gruppe Hamburg**

## Bravo!

Am 13.1. sollte in der Londoner „Times" ein Hetzartikel von David Astor, ehemals Herausgeber des „Observer", über die Drucker erscheinen.

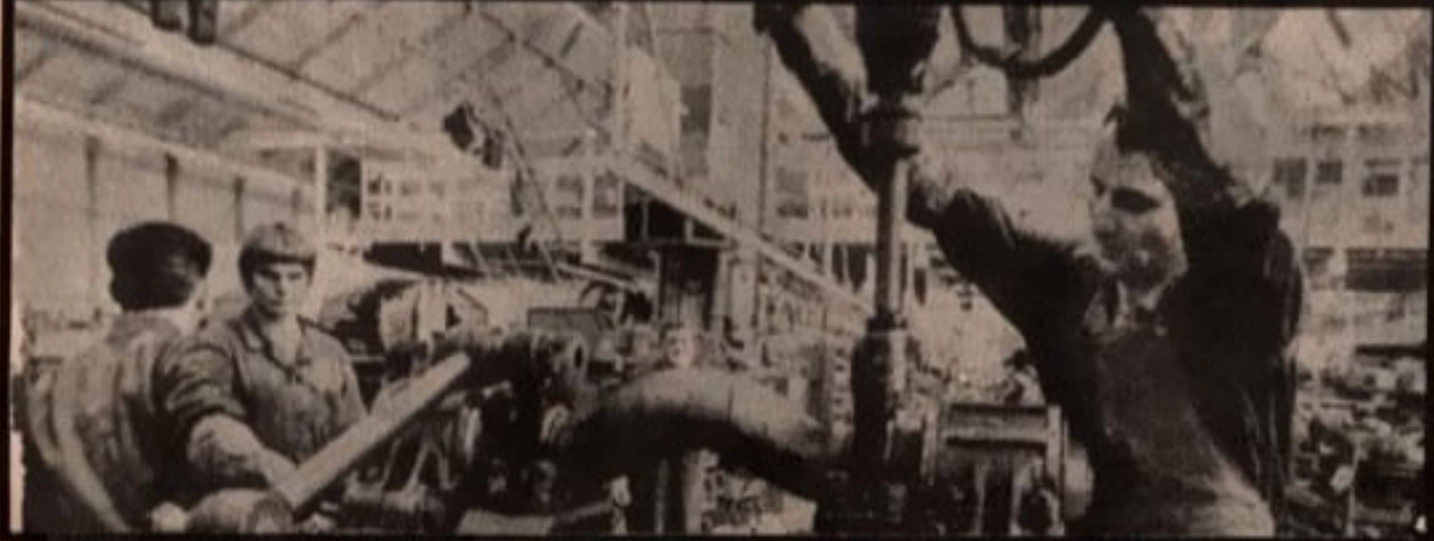
Darin wird behauptet, die „Druckergewerkschaften in London hätten sich der Sabotage und anderer Pressionen bedient, um Nachrichten zu zensieren." Die „Times" hatte ihre Rechnung ohne die Kollegen des technischen Betriebs gemacht – sie erschien nicht.

Der „Guardian", der den gleichen Artikel veröffentlichen wollte, zog es vor, sich von dem abgedruckten Artikel zu distanzieren, so daß er verspätet noch erscheinen konnte.

Dazu der Chefredakteur der „Times" William Rees: *„Die Zensur durch die Gewerkschaft ist eine ernste Gefahr für die Pressefreiheit."* Wir meinen, gegen d i e Pressefreiheit ist scharfe Zensur und Repression mehr als nötig. Einen Glückwunsch den englischen Kollegen!
(Informationen aus SZ v. 14.1.77)

**Medien Kommission**
**KB/Gruppe Hamburg**

# aus Betrieb und Gewerkschaft






# WERFTENKRISE! Bei Blohm + Voss die ersten 300 Kündigungen

Hamburg. Noch im alten Jahr konnte man auf der Werft Blohm + Voss nervöse Abteilungsleiter flüstern hören: „Im Januar geht die Bombe hoch ..." – Nun ist es soweit! Als erste westdeutsche Großwerft hat der B + V -Vorstand Massenentlassungen angekündigt. Vorerst 300 Kollegen sollen in diesem Jahr entlassen werden, davon ca. 90 Angestellte. Für weitere 1.052 Arbeiter im Schiffbaubereich ist Kurzarbeit angesetzt. Die entsprechende Betriebsvereinbarung, die sich zunächst auf den Zeitraum vom 1. Februar bis 30. April erstreckt, ist auf der Betriebsratssitzung vom 19. Januar beschlossen worden. Über einen Sozialplan wird noch verhandelt. Die Hamburger IG-Metall-Führung verkündete der erstaunten Öffentlichkeit, daß *„sie jede mögliche Entlassung bei der Werft verhindern wolle. Eine weitere ‚Vernichtung von Arbeitsplätzen' in der metallverarbeitenden Branche müsse unbedingt vermieden werden"* („Welt", 19.1.).

Daß diese Ankündigung der IGM-Führer in keiner Weise ernst gemeint ist, daß sie im Gegenteil einen wichtigen Part übernommen haben bei der Abwälzung der weltweiten Schiffbau-Krise auf den Rükken der Arbeiter und beim Erhalt des „Arbeitsfriedens" in dieser Branche, wie die von Arbeitslosigkeit bedrohten Kollegen getäuscht und hintergangen werden – das soll Gegenstand dieses Artikels sein.

**Nach mehreren Jahren eines rasanten Schiffbau-Booms, nach dem bisher einmaligen Rekordjahr 1975 der westdeutschen Schiffbau-Industrie, steht den Werften – und damit ihren ca. 70.000 Beschäf-**
**Nach mehreren Jahren eines rasanten Schiffbau-Booms, nach dem bisher einmaligen Rekordjahr 1975 der westdeutschen Schiffbau-Industrie, steht den Werften – und damit ihren ca. 70.000 Beschäf-**
**tigten – eine Krise ins Haus, die in ihren Auswirkungen auf die Arbeitsplätze in diesem Industriezweig an das große Zechensterben Ende der 60-er Jahre heranreichen kann.**

In einer Analyse der „Lage der Werftindustrie in der Bundesrepublik Deutschland", Stand Juni 1976, die vom IG Metall-Vorstand herausgegeben ist, werden die Ursachen dieser tiefgreifenden kapitalistischen Krise wie folgt angerissen: *„Eine Wende bahnte sich ... schon im letzten Jahr an. Der übersteigerte Nachfrageboom der vorangegangenen Jahre brach in sich zusammen. Im Laufe des Jahres 1975 hat sich der Auftragsbestand an seegehenden Handelsschiffen fast halbiert, bei Tankern gar sank er um 70%".*

Diese Situation hat sich in der Zwischenzeit weiter zugespitzt. Damit sind die Arbeitsplätze auf den Werften auf's höchste gefährdet, denn es ist völlig klar, daß die Werftkapitalisten alles daransetzen werden, um die Krise voll auf die Arbeiter und Angestellten abzuwälzen. Unverhohlen kündigte der Verband deutscher Schiffbauindustrie im Frühjahr an, daß 20. bis 25.000 Werft-Kollegen ihren Arbeitsplatz verlieren werden.

Im vergangenen Jahr sind auf den Werften etwa 4.000 Arbeitsplätze abgebaut worden, in Hamburg davon allein über 1.000. 1977 werden es mit Sicherheit noch mehr werden, da eine Senkung der Produktionskapazitäten um etwa 40% von den Werftkapitalisten vorgesehen ist. Dieser bisher schon gewaltige Abbau von Arbeitsplätzen ist vorerst nicht durch spektakuläre Massenentlassungen erfolgt, sondern im wesentlichen durch Nichtbesetzung freigewordener Plätze, durch Umsetzung von Kollegen in andere Abteilungen (oder sogar in andere Städte: von HDW-Hamburg nach HDW-Kiel) und ähnlichen Schikanen, mit denen viele Werftkollegen zu „freiwilligen" Kündigungen veranlaßt werden.

Diese Arbeitsplatzvernichtung konzentriert sich naturgemäß auf die Küstenländer: *„In Schleswig-Holstein arbeiten über elf Prozent der Beschäftigten in den Werften, in Hamburg sind es fast neun Prozent, in Bremen knapp 20%"* („Die Lage der Werftindustrie ...", s.o.). In den vier norddeutschen Küstenländern arbeiten rund 70.000 Beschäftigte im Schiffbau. Hinzuzurechnen sind die Beschäftigten, die indirekt vom Schiffbau abhängig sind, die also in Zulieferbetrieben arbeiten. Ganze Städte wie Kiel und Bremerhaven zum Beispiel sind praktisch vom Schiffbau abhängig. Bei dieser Konzentration bedeuten Massenentlassungen auf den Werften Massenarbeitslosigkeit. Hinzu kommt, daß der Facharbeiteranteil auf den Werften 60% beträgt (fast doppelt so viel wie im Durchschnitt der Gesamtindustrie) und viele davon in werftspezifischen Berufen, wie z.B. Schiffbauer, arbeiten, was die Möglichkeit, einen gleichwertigen Arbeitsplatz zu bekommen, fast unmöglich macht.

Welche Existenzprobleme jetzt auf die Werftarbeiter zukommen, veranschaulichen folgende Zahlen besonders krass: Allein in Hamburg wurden von 1970 bis zum 30.6.1976 23% (= 25.793) der Arbeitsplätze vernichtet. Im Bereich der Bezirksverwaltung Hamburg der IG Metall (Hamburg, Schleswig-Holstein, Bremen, nordwestliches Niedersachsen) waren es immerhin 12,1% der Arbeitsplätze (nach dem IGM-Flugblatt „Arbeitsplatz Hamburg", Nov. 76).

## IGM-Führer betätigen sich als Krisenmanager

Die IG-Metall-Führung hat bisher nicht die geringste Absicht bekundet, den Kampf gegen die Vernichtung der Arbeits-
als Krisenmanager

Die IG-Metall-Führung hat bisher nicht die geringste Absicht bekundet, den Kampf gegen die Vernichtung der Arbeits-
plätze aufzunehmen. Vielmehr bringen die öffentlichen Auftritte z.B. des Bezirksleiters Otto vom Steeg in Rundfunk und Fernsehen klar zum Ausdruck, daß dessen Hauptsorge darauf gerichtet ist, der westdeutschen Schiffbauindustrie auf neuem Niveau wieder zu gewinnträchtigen Zeiten zu verhelfen. Daß dabei die Werftarbeiter und -angestellten mit ihren Arbeitsplätzen bezahlen sollen, gibt er unumwunden zu. Den IG Metall-Führern bleibt es überlassen, für diese „ökonomischen Notwendigkeiten" unter den Werftbelegschaften für „Verständnis" und „Vernunft" zu werben. Und das heißt nichts anderes, als die Ruhe in den Betrieben zu gewährleisten.

Nach den Worten der IG-Metall-Führer gibt es im wesentlichen zwei Ursachen für Entlassungen, Betriebsschließungen etc.: Fehlentscheidungen des Managements (als Paradebeispiel werden hierfür die Schließung der Maschinenfabrik Heidenreich & Harbeck in Hamburg und die Schließungsabsichten in der Abteilung Kesselbau des Hamburger MAN-Werkes genannt) und andererseits sogenannte „strukturelle Schwierigkeiten" (Beispiel: Werftindustrie). Die unterschiedlichen Konsequenzen, die die IGM-Führer aus dieser Einschätzung ziehen, deutete der Hamburger Bevollmächtigte Müllner auf einer Betriebsversammlung bei Blohm + Voss im vergangenen Jahr an: Mit vehementen Worten versicherte er den um ihre Arbeitsplätze besorgten Kollegen, daß die IG Metall gegen jeden s i n n l o s e n Arbeitsplatz-Abbau ankämpfen werde. Daraufhin stellte ein Kollege die Frage, ob es nach Meinung der IG Metall auch s i n n v o l l e n Arbeitsplatzabbau gebe und ob die IG Metall solchen betroffenen Kollegen gegenüber nur ein Schulterzucken haben werde. Die Antwort blieb der Bevollmächtigte schuldig.

Indes, die IG-Metall-Führer sind nicht untätig. Mit einem ganzen Bündel von Vorschlägen beteiligen sie sich an der Diskussion der Werftkapitalisten, wie man die Schiffbauprofite stabilisieren kann. So wird z.B. die Bundesregierung aufgefordert, die japanischen Werftkapitalisten davon zu überzeugen, daß diese sich freiwillig (!) in ihren Kapazitäten beschränken; als ob diese nicht gerade deswegen mit etlichen neuen Schiffbauplätzen und zum Teil Dumping-Preisen ihren Anteil am Welt-Schiffbau auf 50% heraufgepuscht haben, um ihren Konkurrenten die Bedingungen am Markt weitgehend diktieren zu können!?

Desweiteren fordert die IG-Metall-
Welt-Schiffbau auf 50% heraufgepuscht haben, um ihren Konkurrenten die Bedingungen am Markt weitgehend diktieren zu können!?

Desweiteren fordert die IG-Metall-
Führung den weltweiten Abbau der Schiffbau-Subventionierungen; und da dies nach eigenem Eingeständnis vorerst nicht durchsetzbar ist, eine erweiterte Subventionierung des westdeutschen Schiffbaus – was natürlich aus den von den Werktätigen aufgebrachten Steuern zu finanzieren ist. Mit Steuergeldern sollen den Kapitalisten auch die Kosten für *„zukunftsweisende Schiffsbautechnologie und Meerestechnik sowie die Grundlagenforschung"* („Lage der Werftindustrie ...") abgenommen werden.

Im Vordergrund stehen aber die Bestrebungen, die westdeutschen Kapazitäten auf eine für die Kapitalisten möglichst sinnvolle Weise abzubauen sowie alle Möglichkeiten der Rationalisierung auszuschöpfen. Gerade an dieser Front wollen die Gewerkschaftsführer ihre Einsicht in „wirtschaftliche Notwendigkeiten" unter Beweis stellen. *„Scharfe Kritik übte der Hamburger Bezirksleiter der IG Metall auch an den mangelnden Rationalisierungsanstrengungen der deutschen Schiffbauindustrie. Hier gäbe es noch erhebliche, nicht genutzte Ansätze. Die Last eines notwendigen Kapazitätsabbaus solle gleichmäßig auf alle Betriebe verteilt werden"* („Hamburger Abendblatt", 2.4.76).

Nicht um die Verhinderung von Arbeitsplatzvernichtung geht es also den Gewerkschaftsführern, sondern um die gleichmäßige Verteilung auf alle Betriebe! Den Kapitalisten wird gar vorgehalten, warum sie nicht schon längst mittels Rationalisierung ihre Betriebe ausgefegt haben.

Um das beste Kapazitätsabbaukonzept auszuknobeln, hat die IGM-Führung inzwischen einen Arbeitskreis ins Leben gerufen, an dem sich außer IGM-Vertretern die Vorstände der Werftbetriebe, die Betriebsratsvorsitzenden sowie verantwortliche Wirtschaftspolitiker der vier Küstenländer beteiligen. Dieser Arbeitskreis soll gewissermaßen die „Länderquoten" der Entlassungszahlen verteilen.

lassungszahlen verteilen.

## Wie die Entlassungen den Belegschaften verkauft werden

Wie die Entlassungen den Belegschaften verkauft werden

Den Gewerkschaftsführern bleibt die sicher nicht einfache Aufgabe vorbehalten, den Werftkapitalisten die Durchsetzung ihrer Krisenpolitik bei den Belegschaften politisch abzusichern und die Kollegen ruhig zu halten. Auf den Hamburger Werften kommt ihnen dabei zustatten, daß die Kollegen, obschon sie die größten Metallbetriebe der Stadt darstellen, über sehr wenig Kampferfahrungen verfügen. Sie werden es erst lernen müssen, für ihre Interessen zu kämpfen.

Daß die IGM-Führer bei HDW die Kollegen über Entlassungspläne im Unklaren lassen, ist nichts Neues. Als 1972 das Werk Finkenwerder stillgelegt wurde, stimmten die Betriebsräte diesen Plänen zu, ohne die Kollegen zu informieren. Der damalige IGM-Bezirksleiter Heinz Scholz, Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat, hatte noch unmittelbar vor Bekanntwerden des Coups die Unverfrorenheit zu behaupten: „Es gibt für mich nichts Neues auf HDW". Nach der Stillegung sprach er dann davon, daß ihm seit fünf Jahren klar war, daß Finkenwerder stillgelegt wird (siehe AK 26). Dieser „Arbeitnehmervertreter" ist als Belohnung für die reibungslose Abwicklung der Stillegung in den Vorstand der HDW aufgerückt.

Nachdem bereits in den letzten 1 1/2 Jahren über 1.000 Beschäftigte abgebaut worden sind, ließ die Geschäftsleitung auf einer Betriebsräte-Sitzung die Katze aus dem Sack: Heinz Scholz kündigte an, daß der Schiffsneubau in Hamburg ganz eingestellt wird. Das würde in Hamburg etwa 2.000 Arbeitsplätze kosten. Heinz Scholz stellte die Pläne ausdrücklich unter die „Schweigepflicht". Wer „überführt" wird, über diese Pläne Informationen weiterzugeben, wird „fristlos entlassen". Der Betriebsrat schwieg dazu. Als zwei Tage später diese Pläne im METALLARBEITER (Betriebszeitung der KB-Betriebszelle) veröffentlicht wurden, schwieg der Betriebsrat weiter (zu einem Dementi hatte er aber auch nicht den Mut). Endlich im Juni nahm der stellvertretende Betriebsratsvorsitzende K.-H. Peters dazu Stellung, ohne allerdings konkrete Zahlen zu nennen, *„wenn nämlich bekannt wird, in welchen Bereichen die Kapazitäten verringert werden, stoßen die anderen Werften in diese Lücke und der Schaden für die HDW wird noch größer".* Vom Schaden der Kollegen durch diese Schweigepolitik sprach er nicht. Nach weiteren Veröffentlichungen im METALLARBEITER trat der BR-Vorsitzende persönlich aktiv für die Schweigepflicht ein: *„Wenn ich einen erwische, der Papier weitergibt, sorge ich persönlich dafür, daß der rausfliegt!".* Auf eine Kritik einer HDW-Vertrauensfrau auf einer Funktionärsversammlung, daß der HDW-Betriebsrat keinen Handschlag gegen die Entlassungen unternimmt, wurde sie angepöbelt, sie wolle nur Unruhe stiften, natürlich habe man was gemacht, in Bonn Gespräche geführt usw.

Wie sich der Blohm + Voss-Betriebsrat die Sicherung der Arbeitsplätze vorstellt, wurde auf der Betriebsversammlung am 2. Dezember 76 deutlich: Nachdem BR-Vorsitzender Knödler schon auf der vorangegangenen Versammlung mehrfach versichert hatte, daß er mit dem B+V-Vorstand „voll auf einer Linie" liege, setzte er der Umarmung nunmehr die Krone auf: Die Ankündigung des Vorstands, daß bei fehlenden Anschlußaufträgen mit Kurzarbeit
chert hatte, daß er mit dem B+V-Vorstand „voll auf einer Linie" liege, setzte er der Umarmung nunmehr die Krone auf: Die Ankündigung des Vorstands, daß bei fehlenden Anschlußaufträgen mit Kurzarbeit
und Entlassungen „größeren Umfangs" zu rechnen sei, beantwortete er mit der wahrhaft kämpferischen Forderung, daß die Reihenfolge lauten müsse Kurzarbeit – Zwangsurlaub – und dann erst Entlassungen ...!

Nun, derartige Vorschläge von diesem Arbeitervertreter brauchen niemanden zu verwundern: Er ist auf dem Weg zu einem Vorstandsposten bei Blohm + Voss.

Nachdem nun Anfang Januar die Gerüchte über bevorstehende Kurzarbeit und Entlassungen immer hartnäckiger umliefen, wurde der Betriebsrat von Tag zu Tag schweigsamer. Anstatt die Kollegen über die für sie wichtigste Frage zu unterrichten, schrumpften die BR-Kommentare auf ein lapidares „es liegt offiziell noch nichts vor" zusammen. Ganz offensichtlich wollte der BR sich in seine Verhandlungen mit der Geschäftsleitung nicht auch noch von den Betroffenen reinreden lassen: es sollten zunächst vollendete Tatsachen geschaffen werden. Dies ist inzwischen geschehen.

Ebenso die Verhandlungen um den Sozialplan: der Belegschaft ist bisher nicht das geringste bekannt. Aber schon die Tatsache, daß über einen solchen Plan jetzt verhandelt wird, macht deutlich, daß die Gewerkschaftsführer nicht im Traum daran denken, für den Erhalt der Arbeitsplätze zu kämpfen: hatten sie doch noch wenige Woche zuvor gegenüber den MAN-Kollegen starke Worte gefunden: „Ein Sozialplan ersetzt keinen Arbeitsplatz – wir lassen uns die Arbeitsplätze nicht abkaufen!". Die Tatsachen sprechen eine andere Sprache!







## Steht die Metallindustrie vor dem Streik?

Nachdem mittlerweile in fünf Tarifbezirken (Nordrhein-Westfalen, Nord- und Süd-Württemberg, Hessen und Niedersachsen) die Verhandlungen für gescheitert erklärt und abgebrochen wurden, scheinen sich Streiks in der Metallindustrie abzuzeichnen. Die IG -Metall-Führer bemühen sich, wortradikal den Eindruck zu erwekken, als ob sie bereit wären, auf den Konfrontationskurs und die provokatorischen Angebote von 4,75 bzw. 5,25% der Metallkapitalisten mit Streiks zu antworten. Für den 2. Vorsitzenden der IGM, Mayr, *„ist die Stunde eines möglichen Streiks in der Metallindustrie sehr nahe gerückt"* („FR", 12.1.). Und nach IGM-Bezirksleiter Steinkühler (Württemberg) *„muß sich die IG Metall auf einen harten Weg und auf Streik einstellen"* („UZ", 13.1.).

Allerdings sind diese kernigen Sprüche das einzige, was die IG-Metall-Führer bisher zu bieten haben. Das Tarifgeschehen aber diktieren ganz eindeutig die Scharfmacher von Gesamtmetall. Sie waren es, die knallhart in Nordrhein-Westfalen die Verhandlungen nach der 2. Runde für gescheitert erklärten. Dagegen lamentieren die IG-Metall-Führer lediglich.

Mayr: *„Eine Forderung der IG Metall war noch nie ein Ultimatum. Ein Beweis für die Kompromißbereitschaft der IG Metall war das Angebot unserer Verhandlungskommission in Nordrhein-Westfalen, unsere Forderung auf 8,5% zu senken, wenn die Arbeitgeber ihr Angebot auf 5,75 Prozent erhöhen. Es bleibt rätselhaft, weshalb sie bisher den Verhandlungsspielraum nicht voll ausgelotet haben"* („Bild am Sonntag", 16.1.).

Diese geradezu jämmerlichen Worte belegen deutlich, daß bei den Gewerkschaftsführern keine Spur von Kampfbereitschaft vorhanden ist. Nur weil ihnen aufgrund des Konfrontationskurses von Gesamtmetall keine andere Wahl bleibt, erklärten sie die Verhandlungen in vier weiteren Tarifgebieten für gescheitert.

Die Metallkapitalisten dagegen sind fest entschlossen, mit allen Mitteln einen für sie günstigen Tarifabschluß durchzusetzen. Darüberhinaus soll der Abschluß in der Metallindustrie für alle folgenden Tarifverhandlungen zum Orientierungsdatum werden. Der 2. Vorsitzende von Gesamtmetall, Knapp: *„Die Stahlunternehmer hätten mit sechs Prozent nicht unerheblich viel zugestanden. Die Metallunternehmer sollten bei ihrem Angebot bleiben selbst dann, wenn dadurch ein Streik heraufbeschworen würde"* („UZ", 5.1.).

Und der Hauptgeschäftsführer von Gesamtmetall, Kirchner, trat dem Streikgeschwätz der Gewerkschafts-

Forts. von S. 16

führer mit unverhüllten Drohungen entgegen: *„Wenn die Gewerkschaft mit Streik drohe, müsse man sie daran erinnern, daß es schließlich auch die Aussperrung gebe. Eventuelle Warnstreiks* bezeichnete er als *rechtswidrig, sie rechtfertigen fristlose Kündigungen und Forderungen nach Schadenersatz. Er forderte die Gewerkschaften auf, sich ihrer Friedenspflicht zu besinnen und solche Streiks zu verhindern, da andernfalls Konventionalstrafen bis zu einer Million Mark drohten"* („SZ", 17.1.).

Die Scharfmacher von Gesamtmetall können sich diese provokatorische Verhandlungsführung und die antigewerkschaftliche Stimmungsmache vor allem auch deshalb leisten, weil sie von Presse, Bundesbank und Bundesregierung volle Rückendeckung erhalten, die dafür sorgen, den Kurs der Metallkapitalisten als im Interesse der „Allgemeinheit" zu verkaufen.

So warnte Bundeswirtschaftsminister Friderichs erneut vor *„ungezügelten Tarifabschlüssen". „Durch sie würden die Risiken für die wirtschaftliche Entwicklung in diesem Jahr erheblich erhöht"* („SZ", 14.1.).

Die Gewerkschaftsführer reagierten hierauf wie üblich: Für die Angriffe der Regierung sei allein die FDP verantwortlich. Loderer hat deshalb die SPD zu mehr *„Selbstbewußtsein gegenüber der FDP ermahnt"*. Und dazu, sich nicht vom *„kleineren Partner in Bonn erpressen zu lassen"* („Welt", 10.1.).

Die SPD-Spitze zeigte sich für diese Schutzbehauptung allerdings wenig dankbar. Der SPD-Vorsitzende Brandt persönlich bekannte: *„Auch wenn sie allein regierte, könnte die SPD kaum eine andere Politik machen"* („FR", 10.1.).

Höhepunkt der antigewerkschaftlichen Hetze in der bürgerlichen Presse ist wohl folgender Kommentar in der „FAZ" vom 21.12.: *„Eine Lohnforderung von zehn Prozent, unterstützt von altbekannten Tönen des Klassenkampfs, kann niemand nutzen. Die Arbeitnehmer – vor allem jene, die noch arbeitslos sind – werden den Schaden davon haben, wenn daraufhin noch mehr Arbeitsplätze verlorengehen, statt daß neue geschaffen werden. Damit ist der Punkt erreicht, an dem sich die Interessen einer immer noch marxistisch beeinflußten Gewerkschaft nicht mehr mit den Interessen der Arbeiter dekken"*.

Mit ihrer letzten Schlußfolgerung liegt die „FAZ" gar nicht so schief, allerdings anders als es sich die bürgerlichen Schreiberlinge denken. Der zurückweichlerische Kurs der Gewerkschaftsführer deckt sich tatsächlich nicht mehr mit den Interessen der Arbeiter. Denn obwohl das Maß jetzt voll ist, und die Vorbereitung von Kampfmaßnahmen die einzig richtige und notwendige Alternative ist, geben sich die IGM-Führer weiter kompromißbereit. Mayr: *„Wir vernachlässigen gesamtwirtschaftliche Interessen nicht. Wir haben auch Interesse daran, daß die Unternehmer in der Lage sind zu investieren. Gewinne werden von uns nicht verteufelt"* („Welt", 12.1.).

Und darauf, daß die IG-Metall-Strategen nicht das geringste unternehmen, um Streiks vorzubereiten, ist der 2. Vorsitzende Mayr auch noch stolz. Auf die Frage, ob schon Streikvorbereitungen getroffen und Plakate gedruckt werden, war Mayrs Antwort: *„Nein! Aber in dem Augenblick, in dem wir uns für Streik entscheiden, können innerhalb kürzester Frist alle Maßnahmen getroffen werden. Unsere Druckereien sind so leistungsfähig, daß wir das in 24 Stunden erledigen"* („BamS", 16.1.). – Ein eindeutiger Boykott j e t z t notwendiger gewerkschaftlicher Gegenmaßnahmen.

Aber für die Gewerkschaftsführer ist auch Vorsicht geboten; auch wenn die Lage in den Betrieben insgesamt noch ruhig und abwartend ist, kann weiteres Zurückweichen doch zum Bumerang werden.

Auf der Funktionärskonferenz am 15.1. in Hamburg mit Teilnehmern aus dem gesamten norddeutschen Raum wurde, bis auf wenige Ausnahmen, bereits die Ausgangsforderung als zu niedrig abgelehnt. Wie ein Redner berichtete, wurde die 9,6%-Forderung in der Hamburger Tarifkommission mit der Drohung durchgesetzt: *„Ihr könnt hier soviel fordern wie ihr wollt, mehr als 10% läßt der Vorstand nicht zu"*. – Bei Hoesch in Schwerte demonstrierten am Donnerstag 600 Arbeiter mit Sprechchören und Transparenten übers Werksgelände: *„5,25% ist ein Hohn, wir wollen einen gerechten Lohn"* und *„Jammre nicht – leiste Widerstand"*.

Vor allem für die fortschrittlichen Arbeiter und Angestellten steht die Aufgabe, möglichst in vielen Betrieben ähnliche Aktionen und Aktivitäten durchzusetzen. Gegen den Konfrontationskurs der Scharfmacher von Gesamtmetall hilft nur Streik.

**Warnarbeiten führten die Arbeiter bereits vor vier Wochen in der Metallindustrie durch.**

### Warnstreik

**1.200 Metallarbeiter haben in Göppingen am 19. Januar für eine halbe Stunde gestreikt und gegen das Angebot der Metallkapitalisten in dieser Tarifrunde protestiert.**

IGM-Vorstand bestätigt:

# Reynolds BR-Vorsitzender ist ein „Gewerkschaftsfeind"

Erwartungsgemäß hat der Vorstand der IG Metall den Antrag der Hamburger Ortsverwaltung, den Betriebsratsvorsitzenden Günther W. der Hamburger Aluminiumhütte Reynolds aus der IG Metall auszuschliessen, jetzt bestätigt. Einzige Begründung für diese Entscheidung des Vorstandes war die Äußerung des Kollegen W., *„die Gewerkschaftsführer seien mitverantwortlich für die Durchsetzung der kapitalistischen Krisenpolitik"*. Damit, so der Vorstand, liege *„gewerkschaftsschädigendes Verhalten"* vor, welches einen Ausschluß rechtfertigt. Für den IGM-Vorstand ist aufgrund dieser zutreffenden Äußerung erwiesen, daß der Kollege versucht hat, *„einen Keil zu treiben zwischen Gewerkschaftsführung und Gewerkschaftsmitgliedern, der die Durchsetzung gewerkschaftlicher Ziele behindert und deshalb gewerkschaftsschädigend ist"*.

Bezeichnend ist hieran vor allem, welches Verständnis von Demokratie bei den Gewerkschaftsführern vorliegt, denn mit dieser Argumentation kann jede Kritik an den Beschlüssen des Vorstandes als gewerkschaftschädigend verfolgt werden.

### „Für Gegendarstellungen ist kein Raum"

Daß die Gewerkschaftsführer keine Kritik dulden und zu keiner öffentlichen Auseinandersetzung bereit sind, verdeutlichen die Vorgänge um die IG Metall Mitgliederversammlung bei HAW und Reynolds. Nachdem diese als Tribunal gegen die Linken geplante Versammlung für die Ortsverwaltung ziemlich in die Hose ging, veröffentlichte sie in der „Metall" 24/76 unter der Überschrift „Gegen obskure Arbeitervertreter" einen längeren Hetzartikel, in dem unter anderem gelogen wurde, *„daß unter Ausnutzung der Sprachschwierigkeiten der ausländischen Kollegen diese Minderheit versucht, die gewerkschaftliche Arbeit im Betrieb in eine Arbeit gegen die Gewerkschaft umzudrehen"*, und daß *„die betriebliche Interessenvertretung der Kollegen beklagenswert schlecht sei"*.

Wie schweinisch und verlogen diese Unterstellungen sind, zeigt die Tatsache, daß sich die Ortsverwaltung mehrfach mit der bei Reynolds geleisteten Betriebsarbeit in der Öffentlichkeit brüstete, und daß bei HAW ein ausländischer Betriebsratskollege freigestellt wurde, was sonst völlig unüblich ist.

Zahlreiche Betriebsräte und Vertrauensleute protestierten gegen den Hetzartikel und forderten den Abdruck einer Gegendarstellung. Unter dem Hinweis auf formaljuristische Mängel und der Feststellung, *„daß für ein Gegendarstellungsverlangen kein Raum sei"*, weigerte sich die Ortsverwaltung, diese freiwillig abzudrucken.

Leider haben es die fortschrittlichen Kollegen versäumt, gleichzeitig eine gerichtliche Durchsetzung einzuleiten. Dadurch wurde die vorgeschriebene Frist für eine gerichtliche Durchsetzung verpaßt. Daß die IGM-Führer zu einem freiwilligen Abdruck nicht bereit sind, war vorauszusehen.

Kollege W. hat angekündigt, daß er den Gewerkschaftsausschluß nicht hinnehmen wird. U.a. will er vor Gericht um seine IGM-Mitgliedschaft kämpfen und klären lassen, wie weit die Gewerkschaftsführer mit ihrem abartigen Demokratieverständnis gehen können.

**Betriebszelle Reynolds**
**KB/Gruppe Hamburg**

# H. van Hüllen †

**Herbert van Hüllen**

Am 7.Januar starb der Vorsitzende des Kapitalistenverbandes Gesamtmetall, Herbert van Hüllen.

Allein im „Handelsblatt" (Kapitalistenblatt) wurden sechs große Todesanzeigen abgedruckt, die mehr als eine Seite füllen. Die Freunde von van Hüllen zeigen sich „tiefbetroffen". Und einflußreiche Freunde hatte er:

- Verband Metallindustrieller Arbeitgeberverbände NRW e.V.
- Industrie- und Handelskammer Krefeld
- Oce-van der Grinten GmbH
- Becker & van Hüllen
- Niederrheinische Maschinenfabrik GmbH & Co
- und, nicht zuletzt als Vorsitzender, von Gesamtmetall.

Aber nicht nur in Kapitalistenkreisen hatte van Hüllen Freunde. Eugen Loderer, Vorsitzender der IGM, bezeichnete ihn als *„einen in der Sache sehr engagierten Mann, den ich kennen und schätzen gelernt habe"*. Konsequent habe er das schwere Amt ausgeübt. *„Dabei war er stets auch als Gegner fair. Ich persönlich und die IG Metall bedauern seinen plötzlichen Tod"* („FR", 10.1.77).

Am 17.Januar wurde der Nachfolger von van Hüllen in Köln gewählt. Es ist Dr. Wolfram Thiele, Vorstandsmitglied der M.A.N. Augsburg und Vorstandssprecher der Gutehoffnungshütte Sterkrade. Er ist aber anscheinend für die Kapitalisten noch nicht das Gelbe vom Ei. In der Diskussion stand zuerst der Vorsitzende der hessischen Kapitalisten, Horst Knapp, der auch Spezialist für Tarifverträge bei Gesamtmetall ist. Als zweiter Vorsitzender von Gesamtmetall wird er mit besonderen Vollmachten die arbeiterfeindliche Tarifpolitik der Kapitalisten bestimmen.

**Metallkommission**
**KB/Gruppe Hamburg**

**Horst Knapp – mit ihm haben wir es in den Tarifverhandlungen zu tun**

# Frauen streikten mit Erfolg!

**Voller Erfolg der streikenden Frauen bei WIK-Elektrogeräte! Mit einer Arbeitsniederlegung der Frühschicht verhinderten sie die angedrohte Entlassung ihrer Betriebsratsvorsitzenden Irene Seim. Ebenso mußte der Kapitalist das Hausverbot, das er gegen den IGM-Bevollmächtigten K.H. Völker verhängt hatte, wieder aufheben. Nachdem die Kolleginnen sich gegen üble Repressalien 1976 zum erstenmal einen Betriebsrat erkämpfen konnten, hatten sie bereits eine Woche vor dem jüngsten Streik einen wichtigen Erfolg errungen. Die Stundenlöhne wurden um 25 Pfennig erhöht. Zwar liegen die Löhne damit immer noch 13 Pfennig unter dem gültigen Tarif, aber angesichts ihres so eindrucksvoll demonstrierten Selbstvertrauens und ihres großartigen Kampfgeistes kann dieses Problem für die Frauen nur noch eine Frage der Zeit sein. Der AK wünscht weiterhin viel Erfolg!**

## Kurzarbeit bei Siemens/Erlangen

Der Unternehmensbereich Medizinische Technik der Siemens AG wird in den Werken Erlangen, Bensheim, Kemnath und Kiel für die Monate Dezember bis März '77 Kurzarbeit durchführen. Betroffen davon sind rund 9.000 Kollegen. Wie üblich will die Siemens AG damit „langfristig die Arbeitsplätze sichern". Die Auftragslage sei im Moment hauptsächlich im Inland deutlich rückläufig, es wird aber mittelfristig eine bessere Auftragslage erwartet.

**KB/Gruppe Nürnberg**

# ÖTV

Brandkatastophe im Kaiserhafen

## Seveso in Bremerhaven

Am Montag, den 10.1.77, kam es in der Luke 2 des Hapag-Lloyd-Frachters „Burgenstein", der an der Columbuskaje Ladung für Ostasien übernahm, zu einer Explosion von Natriumperoxyd (Grundstoff für Sprengstoffe), wodurch die aus Baumwolle, Furnierhölzern und sonstigem Stückgut bestehende Ladung sofort in Brand geriet. Wenig später ereigneten sich weitere Explosionen mit masthohen Stichflammen.

Drei türkische Besatzungsmitglieder, die im Unterraum mit Reinigungsarbeiten beschäftigt waren, kamen in den Flammen um. 5 Stauer, die im Zwischendeck arbeiteten, konnten sich in letzter Minute retten. Am Abend starb der Bootsmann der „Burgenstein" beim Verlassen des Schiffs angeblich an Herzversagen.

Der Brand entwickelte eine riesige Qualmwolke, die durchsetzt war mit giftigen Gasen. Erst um 18.00 war das Feuer „unter Kontrolle".

Hätte das Feuer auf Luke 1 übergegriffen, wäre eine Katastrophe ungeheuren Ausmaßes die Folge gewesen: hier lagerten hunderte von Fässern mit hochgiftigem Natriumcyanid aus dem sich unter Einwirkung von Wasser und der in der Luft enthaltenen Kohlensäure noch gefährlicheres Blausäuregas (im 1.Weltkrieg als chemischer Kampfstoff eingesetzt, tödliche Dosis 50 Milligramm) hätte entwickeln können.

Die Brandbekämpfung erwies sich als äußerst schwierig, Wasser konnte nur beschränkt eingesetzt werden, der Schaumvorrat war völlig unzureichend – tonnenweise mußte Nachschub aus Bremen herangeschafft werden („Weserkurier", 11.1.77).

Kaum auszudenken wären die Folgen gewesen, wenn das Eintreffen der Feuerwehr und Rettungswagen durch geöffnete Schleusen (dann ist die Columbuskaje nur auf Umwegen zu erreichen) verzögert worden wäre. Mit dieser Möglichkeit sehen sich die Kollegen tagtäglich konfrontiert – an der Columbuskaje selbst existieren keine Rettungseinrichtungen!

In der Presse ist inzwischen im Zusammenhang mit der Unglücksursache die Rede von der „Unachtsamkeit der Hafenarbeiter", es wird von „durchdrehenden Stapler-Rädern" als Auslöser gesprochen.

Verantwortlich sind allerdings ausschließlich die exportierenden Firmen, die Reedereien usw. Es ist einfach kriminell, wenn Chemikalien, die in Verbindung mit Feuchtigkeit und organischen Substanzen (Späne oder Baumwolle beispielsweise) hochexplosiv sind, aus Gründen der Stauraumausnutzung zusammen mit Holz und Baumwolle gefahren werden! Ein Skandal ist es, daß dies Zeug noch nicht mal als explosiv deklariert zu werden braucht, wodurch

Holz und Baumwolle gefahren werden! Ein Skandal ist es, daß dies Zeug noch nicht mal als explosiv deklariert zu werden braucht, wodurch

entsprechende Zusammenladeverbote und Behandlungsvorschriften entfallen. Für den Versender und die Reederei ist das bares Geld. Ähnlich verhält es sich mit der Verpackung: eine sichere Verpackung wird ausdrücklich abgelehnt, sie entspreche nicht der „Verpackungs-Philosophie" (ein Hapag-Lloyd-„Sicherheitsexperte", „Nordsee-Zeitung", 13.1.77). Oder unverblümter: sie sei „zu aufwendig" (ein „Experte" des Verkehrsministeriums, „NZ", 14.1.77)! Verantwortlich für die Katastrophe ist also ausschließlich kapitalistische Profitgier! Das nächste Unglück ist schon vorprogrammiert, denn geändert wird natürlich nichts. Auch weiterhin werden, um Zeit und „Kosten" zu sparen, selbst die vollkommen unzureichenden „Sicherheits"-Vorschriften umgangen (Beispielsweise das Laden bei Regen trotz gegenteiliger Vorschriften; notdürftiges Flicken von beschädigten Verpackungen, Dichtstauen von Niedergängen und Fluchtwegen usw)!

Um 9.51 (Unfalltag) begann die Polizei, den Kaiserhafen abzusperren. Erst um 11.00 wurde allerdings die Arbeit im Hafen, bis auf den Nordhafen, eingestellt. Dort wurde durchgearbeitet. An den anderen Schuppen wurde die Arbeit um 18.00 wieder aufgenommen.

Das alles trotz:

– bis zum späten Nachmittag vorhandener Gefahr von Blausäurebildung;

– der Gefährdung durch die Brandwolke, die bei einigen Kollegen Übelkeit hervorrief und an abgestellten PKW's Lackschäden hervorrief;

– der Gefahr weiterer Explosionen. Noch 2 Tage später entdeckte die Feuerwehr i n Luke 1 ein „zündfähiges Gasgemisch"!

Was zum Schutz der Bevölkerung unternommen wurde, hatte mehr mit „Beruhigungstropfen" als mit wirksamen Maßnahmen zu tun. Zwischen 11.00 und 11.30 Uhr wurde die Weddewardener Bevölkerung (die Rauchwolke trieb zunächst nach Norden) aufgefordert, „Türen und Fenster geschlossen zu halten". Die Schule in Weddewarden wurde geschlossen.

Dies waren die einzigen bekannten Warnungen an die Bevölkerung, obwohl auch in Teilen Lehes Rauchschwaden durch die Straßen zogen. Dagegen wurden dauernd verharmlosende Meldungen verbreitet; so meldete Radio Bremen bereits am frühen Nachmittag, der *„Brand sei unter Kontrolle und die akute Gefahr vorüber"*! Bezeichnend ist auch, daß dem amerikanischen Soldatensender AFN „Unruhestiftung" vorgeworfen wurde, weil er detaillierte Verhaltensmaßregeln für den Fall einer Evakuierung verbreitete.

Bei Bildung einer Blausäure-Wolke und drehenden Winden wäre es tatsächlich notwendig geworden, große Teile Bremerhavens zu evakuieren! Aber nicht mal Kindergärten und Schulen hatten Pläne und Hinweise zur Verfügung!

Nach dem Unglück verlautete, *„die Verkehrsgesellschaft hätte im Notfall Busse zur Verfügung gestellt ... Wenn Menschen hätten evakuiert werden müssen, wären sie im Bunker an der Hartwigstrasse untergebracht worden, der 750 (!) Plätze hat"* („NZ", 11.1.)! Die wären wohl ausgelost worden ...?

Tatsache ist außerdem, daß für die Behandlung von Blausäurevergiftungen in keiner Weise ausreichende Mittel zur Verfügung standen, weder waren genügend Beatmungsgeräte (hiervon gibt es in Bremerhaven nur ca. 100) noch ausreichend Gegenmedikamente vorhanden.

**Die Folgen einer Giftgaskatastrophe unter diesen Bedingungen kann man sich ausmalen. Das Explosionsunglück im Kaiserhafen hat gezeigt, daß in einem System, wo der Profit das Maß aller Dinge ist, Seveso überall und tagtäglich sich wiederholen kann.**

**KB/Gruppe Bremerhaven**



Gewaltige Stichflammen schossen um 10.25 Uhr aus Luke 2. Die Löschboote – links ein URAG-Schlepper – zogen sich zurück.

## Klunker reizt mit gezinkten Karten

Am 19.1.77 hat die große Tarifkommission (GTK) der ÖTV die endgültigen Forderungen für die Tarifrunde aufgestellt: 8 Prozent mehr Lohn; 300,- Urlaubsgeld; 50,- mehr für jedes Kind und nach Alter gestaffelten Urlaub. Diesen Forderungen hat sich die Postgewerkschaft (GdP) und die Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands (GdED) angeschlossen.

Der (bis auf drei Gegenstimmen) einstimmig gefaßte Beschluß der GTK zeigt, daß die große „Tarifdiskussion", die der Hauptvorstand persönlich eingeleitet hatte, eine einzige Farce war. Es spricht für sich, daß die von der GTK beschlossenen Forderungen um keinen Deut von den Forderungen abweichen, die der Hauptvorstand Ende letzten Jahres als „Diskussionsvorschlag" vorgelegt hatte.

Diskutieren durften die Mitglieder, aber der Mitgliederwille ist in den Paragrafen der Satzung vergraben. An die von ihnen aufgestellten Forderungen brauchen sich die ÖTV-Funktionäre nicht zu halten, denn die Mitglieder können nur „empfehlen" und die Funktionäre beschließen! So einfach ist das.

Die jetzt offiziellen Forderungen der ÖTV für die laufende Tarifrunde dürften kaum den Mitgliederwillen auch nur annähernd zum Ausdruck bringen. Das konstatierte selbst die bürgerliche Presse: *„An der Gewerkschaftsbasis gibt es Bestrebungen, mit noch höheren Forderungen in die Tarifrunde zu gehen ..."* („Frankfurter Allgemeine Zeitung", 19.1.77). Soweit uns bekannt ist, war die Mehrheitsmeinung eindeutig g e g e n eine Prozentforderung und für eine Festgeldforderung (die Forderungen lagen über den 135,–, die im letzten Jahr offiziell gefordert wurden und gingen in München bis 250 Mark!). Doch haben die ÖTV-Führer von Anfang an klargemacht, daß für sie eine Festgeldforderung wie bei der letzten Tarifrunde nicht in Frage kommt, und daß der Schwerpunkt diesmal auf den „Nebenforderungen" liegt: *„Die 300 Mark Urlaubsgeld (sind) ein unabdingbarer Bestandteil des Forderungspaketes"* („FAZ", 20.1.77). Dafür soll nach erklärter Vorstandsmeinung sogar gestreikt werden dürfen! Aber Vorsicht ist geboten, denn klappern gehört zum Handwerk. Bei den Hafenarbeitern, die erst vor kurzem ihren Abschluß vorgesetzt bekommen haben, hieß es auch: Die Forderung nach Einschränkung der Wochenendarbeit (drei Sonnabende in vier Wochen frei) sei „unabdingbar". Kaum hatten sie das erklärt, zogen sie auch schon einen „Kompromißvorschlag" aus der Tasche - und das, obwohl die Kapitalisten gar kein Angebot gemacht, sondern ein klares Nein gesagt hatten. Aus diesen Erfahrungen müssen wir lernen und den weiteren Verlauf der Tarifrunde durch eigene Aktionen bestimmen. Nur so ist es möglich, daß nicht wieder ein „Kompromiß" verbraten wird, der bei etwas über sechs Prozent liegt.

**ÖTV-Kommission**
**KB/Gruppe Hamburg**

## Eine Mitgliederversammlung ist nicht „kompetent" für das Aufstellen einer Forderung

**Amt für Jugend, Hamburg.** Zur Tarifrunde 77 wurde bereits im November auf einer Mitgliederversammlung (MV) ein Forderungsvorschlag von 170 DM beschlossen, der in Heimen und Dienststellen zur Diskussion gestellt werden sollte.

Auf der zweiten MV am 6.1.77 wurden die Diskussionsergebnisse von den Kollegen vorgetragen (anwesend waren ca. 50 von rund 500 ÖTV-Mitgliedern). Bis auf eine Dienststelle wurde nur von Festgeldforderungen ab 170 DM berichtet. Die überwältigende Mehrheit der Kollegen stellte eine Forderung von 220 DM, 300 DM Urlaubsgeld und 50 DM für jedes Kind mehr auf.

Der zuständige Abteilungssekretär Ott versuchte, auf die acht-Prozent-Forderung des geschäftsführenden Hauptvorstandes zu orientieren und wollte den Kollegen weismachen, die, „die letzten Endes das Kreuz hinhalten" (gemeint sind damit die ÖTV-Führer selbst), seien „kompetent", über die Forderung zu entscheiden. Auch der Personalratsvorsitzende Böhm hätte am liebsten keine Mitgliederversammlung gehabt. Nach seiner Meinung sei die MV gar nicht kompetent und repräsentativ. Das ist ein eindeutiger Angriff auf die Tarifautonomie, die schließlich von den Gewerkschaftsmitgliedern selbst ausgehen muß! Pfiffe und Buh-Rufe der Kollegen zeigten jedoch deutlich die Empörung. Während sich einige Kollegen fragten, warum sie überhaupt gekommen waren, machte die Mehrheit deutlich, daß schließlich auch ein „kampfschwacher" Bereich das Recht hat, seine berechtigten Forderungen aufzustellen und sich trotz geringer gewerkschaftlicher Organisierung der Kollegen für diese Forderungen einzusetzen. Deutlich wurde jedoch, daß bei einer solchen demobilisierenden Haltung des Sekretärs und des PR-Vorsitzenden auch keine kämpferische Kollegenschaft erwartet werden kann.

Wir begrüßen es, daß der Vertreter für die bezirkliche Tarifkommission den Kollegen zusicherte, die beschlossene Forderung auch zu vertreten. Allerdings ist den meisten Kollegen wohl inzwischen klar geworden, daß die Mitglieder den geringsten Anteil am Zustandekommen der tatsächlichen Forderungen haben. Dieser Aspekt sollte auf der nächsten MV besonders unter die Lupe genommen werden.

**Zelle Amt für Jugend**
**KB/Gruppe Hamburg**

gar nicht kompetent und repräsentativ. Das ist ein eindeutiger Angriff auf die Tarifautonomie, die schließlich von den
Zelle Amt für Jugend
KB/Gruppe Hamburg

## Rationalisierung bei der Bundespost: Ein Spiel mit verteilten Rollen!

Die Bundespost rechnet für das Jahr 1977 mit fast einer Milliarde DM Gewinn („Frankfurter Allgemeine Zeitung", 21.12.76). Grundlage dieser Erwartungen sind die bisher durchgeführten und noch geplanten Rationalisierungen. Außerdem wird ein weiteres Ansteigen des Auftragsvolumens erwartet. Schwerpunkt dieser Entwicklung ist der Fernmeldedienst: *„Mit 137 000 neu installierten Hauptanschlüssen im September hat die Deutsche Bundespost einen ‚absoluten Telephonrekord' aufgestellt! Das BPM teilte weiterhin mit, insgesamt sei das Jahr 1976 bereits ein Rekordjahr"* („Süddeutsche Zeitung", 20.10.76). Zur gleichen Zeit läuft bei der Bundespost die Rationalisierung auf vollen Touren, d.h. weniger Personal bei erhöhter Auftragslage im Fernmeldebereich. Druck und Arbeitshetze bei den Kollegen nehmen zu. Das dies auch nicht anders werden soll, zeigen die hochgesteckten Ziele des Bundespostministers Gscheidle: *„Bis 1985 jedem Haushalt ein Telephon"* („SZ' 7.1.77). Damit soll sich die Zahl der Fernsprechanschlüsse von z. Zt. 14,1 Millionen auf rund 25 Millionen erhöhen.

Nach Gscheidles Worten zielt die Rationalisierung auf einen „effektiveren Personaleinsatz" ab. Bis auf wenige Ausnahmen besteht bei der Post ein allgemeiner Einstellungsstopp. Die Rationalisierungen bedeuten jedoch auch einen umfangreichen Abbau von Arbeitsplätzen. Dies stellt die Bundespost vor schwierige organisatorische Probleme, da ein mit der DPG bestehender Rationalisierungsschutzvertrag eine Kündigung „aus Rationalisierungsgründen" erschwert. Dieser Schwierigkeit versucht die Bundespost mit Versetzungsterror und Personalverschiebungen vorübergehend Herr zu werden. Mittlerweile konnten einige Rationalisierungsvorhaben noch nicht verwirklicht werden, da die betroffenen Kollegen gegenwärtig nicht woanders untergebracht werden können. In anderen Dienststellen wird nämlich ebenfalls rationalisiert.

In dieser Situation fordert die Personalrätekonferenz der OV Hamburg der DPG die Aussetzung weiterer Rationalisierungsvorhaben solange, bis die bisher eingeleiteten Maßnahmen verwirklicht sind. Die DPG versucht, den Kollegen dies als Forderung nach einem „Rationalisierungsstopp" zu verkaufen. Tatsächlich jedoch stößt sie damit nur in das Horn der Bundespost, in deren Interesse eine eingeschränkte Aussetzung bestimmter Rationalisierungsmaßnahmen durchaus liegt. Im Interesse der Kollegen liegt allerdings nur eine vollständige Aufhebung aller Rationalisierungsmaßnahmen und des bestehenden Einstellungsstopps.

**Schluß mit der kapitalistischen Rationalisierungspolitik bei der Bundespost!**

**Postzelle**
**KB/Gruppe Hamburg**

## „Fahr lieber mit der Bundesbahn" – zum nächsten Arbeitsamt

**Nürnberg.** Innerhalb dieses Jahres sollen in dem Bereich Nürnberg allein 270 Kollegen des Zugbegleitungs-Personals entlassen werden. Abgesehen von den neuesten Erkenntnissen in dem Rangierbetrieb, kommt jetzt auf die Lokführer und Zugbegleiter eine Rationalisierungswelle zu. Zugbahnfunk heißt die „Lösung" für die Bundesbahn. Jeder Zug wird mit Sprechfunk und halbautomatischer Steuerung ausgerüstet. Dadurch wird die Hälfte des Begleitpersonals überflüssig. Vorerst–denn bis zur vollautomatischen Steuerung ist es nicht mehr weit.

Allein für den Direktionsbereich Nürnberg heißt das eben 270 Arbeitsplätze werden „überflüssig".

Aber, wie die Bundesbahn mitteilt, geschieht dies alles nur für die Sicherheit der Reisenden und des billigeren Gütertransports. Von der Sicherheit der Arbeitsplätze haben diese Herren wohl noch nichts gehört.

**KB/Gruppe Nürnberg**

## Hafenarbeiter ziehen Bilanz

Mit der gemeinsamen Verweigerung jeglicher Mehrarbeit, mit der die Arbeit in den Häfen steht und fällt, hatten Hamburger Hafenarbeiter besonders auf der größten Anlage, dem Burchardkai, erstmals seit Jahren wieder aktiv in die Tarifrunde eingegriffen.

Trotz ihres 14-tägigen Kampfes (s. AK 93, S. 31 ) ist es ihnen nicht gelungen, gegen die Kapitalisten und deren Kumpane im ÖTV-Vorstand ihre Forderungen voll durchzusetzen.

So enthält der Tarifabschluß auf den ersten Blick zwar einige Verbesserungen, insbesondere in der Frage des Urlaubs, aber

– 6,7% Lohn„erhöhung" sind ein klarer Lohnraub. Das reicht nicht aus um gestiegene Mieten, Lebensmittelpreise, Autoversicherungen, Tabakpreise usw., usf. zu bezahlen!

– Der Grundurlaub von nach wie vor 18 Tagen bis zum 3.Beschäftigungsjahr für den Tarif des Zentralverbandes (alle außer HHLA in Hamburg) ist nicht nur beschämend, sondern besonders unsozial, weil hier weiter die „Betriebstreue" zum Maßstab gemacht wird und nicht das Recht der Arbeiter auf Erhalt der Gesundheit.

Der Haustarif für die HHLA sieht jetzt eine Urlaubsregelung vor, die nur nach Altersgruppen gestaffelt ist.

Verbessert aber hat sich die Gesamtdauer des Urlaubs, da in beiden Tarifen Samstage nicht mehr als Urlaubstage berechnet werden.

– Aus der Forderung nach einem dritten freien Samstag im Monat ist nur ein fauler Kompromiß herausgekommen. War die ÖTV schon früh von der ursprünglichen Forderung abgewichen, so gelang es den Kapitalisten zusätzlich, daß mit der neuen Regelung frühestens am 1.Juli und spätestens zum 30.September begonnen zu werden braucht. Dies bedeutet für die Hafenarbeiter schlechtestenfalls ein weiteres 3/4 Jahr alle 14 Tage zu arbeiten!

Wenn dazu auch noch im ÖTV-Flugblatt steht, daß ein weiterer freier Tag in „Verbindung mit dem Sonntag" vereinbart wurde, so kommt einem jetzt schon die Galle hoch, wenn man auch nur daran denkt, daß die jetzt beginnenden Verhandlungen über die regionale Regelung vor den Schlichter müssen.

In dieser Tarifrunde haben die ÖTV-Führer deutlich gemacht, daß sie nicht nur kompromißbereit, sondern auch zur grenzenlosen Anpassung an die Kapitalisten bereit sind. Sie sind den kämpfenden Kollegen eindeutig in den Rücken gefallen.

Nie zuvor seit dem letzten Streik von 1951 haben die Hamburger Hafenarbeiter so deutlich ihre Kampfbereitschaft gezeigt und haben zu einer vorher nicht erwarteten Einigkeit gefunden. Und wenn zum Ende dieses Kampfes (noch unbestätigt) bekannt wird, daß auch die Kollegen der BLG in Bremen und Bremerhaven kaum noch Überstunden und halbe Extra-Schichten anmeldeten und die dortigen Hafenkapitalisten in dieselben Schwierigkeiten kamen, ist das ein weiteres Zeichen dafür, wie sehr es an der Zusammenarbeit beider Hälften unsererseits mangelt. Packen wir es an.

**HHLA- und Hafenzelle**
**KB/Gruppe Hamburg**

# ...„den Fluggästen nicht zuzumuten"

## Stewardeß wegen „unmodischer Kleidung" gekündigt

**Die Stewardeß Christa Maria Vilzmann wurde von der Lufthansa fristlos gekündigt, weil sie es gewagt hatte, ein nicht mehr so modernes Uniformkleid zum Dienst zu tragen.**

**Angeblich sei das Kleid „abgetragen und unansehnlich, und auch zu kurz für die 'geltende Mode'" und sei „den Fluggästen nicht zuzumuten" („Der Spiegel", 17.1.77).**

Die Stewardeß wurde gleich, nachdem sie mit dem „beanstandeten" Kleid zum Flug erschienen war, vor einem „Verergremium" in ein wahres Kreuzverhör genommen.

Die Kollegin klagte gegen die Kündigung vor dem Arbeitsgericht. In einem Vergleich wurde die fristlose Kündigung in eine fristgerechte „abgemildert" und die LH zu einer Gehaltsnachzahlung und Abfindung in Höhe von 22.000 DM verurteilt. Außerdem muß der Stewardeß ein Zeugnis in „wohlwollender Weise" ausgestellt werden.

Dies ist eines von 26 Gerichtsverfahren, die vom Luftpersonal gegen die Lufthansa in Gang gebracht worden waren; zum größten Teil handelte es sich um Kündigungen und betriebsrechtliche Maßnahmen, gegen die geklagt wurde.

Ständig müssen sich die Kolleginnen und Kollegen der LH gegen die in den Dienstvorschriften festgelegten Zwänge zur Wehr setzen, was durch Disziplinierungen geahndet wird.

Hier einige „Kostproben" aus diesen Vorschriften, in denen das Personal mit Haut und Haaren den Kapitalisten übereignet werden soll:

„*Pflichtverletzungen*" begeht derjenige, der „ *als Firmenangehöriger zu erkennnen ist und durch sein Verhalten dem Ansehen der LH in der Öffentlichkeit schadet.*"

Die „*Grenzen für eine persönliche Note*" liegt dort,„*wo die eigene äußere Erscheinung eindeutig den Vorstellungen der Mehrheit unserer Kunden zuwiderläuft und dadurch den wirtschaftlichen Erfolg der Lufthansa beeinträchtigen kann.*"

Einer Stewardeß wurde folgendes in ihre Personalakte geschrieben: "*Am 2.12.1975 mußten Sie von dem Flug Nr. 660 abgesetzt werden, da Ihr Äußeres nicht den Bestimmungen der DV Flu 1.3.5. entsprach. Die stark dauergewellten Haare waren im Nacken mit einer Wollkordel zusammengehalten. Sie trugen keine lackierten Fingernägel, das Make-up bestand lediglich aus bräunlichem Lidschatten. Der Gesamteindruck ließ nicht zu, Sie als Stewardeß einzusetzen. Ein Standby mußte den Flug übernehmen. Wir erteilen Ihnen hiermit eine Ermahnung und erwarten von Ihnen, daß Sie in Zukunft Ihren arbeitsvertraglichen Pflichten korrekt nachkommen.*"

Diese frauenfeindlichen und gegen die freie Entfaltung der Person gerichteten Vorschriften zwingen die Kolleginnen, sich ständig als Lockvogel für Kunden herauszuputzen; wer diese Erniedrigungen nicht mitmachen will, wird einfach vor die Tür gesetzt.

Aber auch für die Kollegen bestehen ähnliche Vorschriften: Die Piloten und Stewards müssen„*kurze und gepflegte Bärte*" tragen und das Haar darf „ *nicht den Jackenkragen*" berühren. Sonnenbrillen sind verboten.

Gegen zwei Stewards gab es „*Mißbilligungen*" mit „*aufschiebender Wirkung von zwölf Monaten bezüglich des beruflichen Werdegangs*". Der eine hatte seinen telefonischen Einsatzbefehl zur Gedächtnisstütze auf Tonband mitgeschnitten, der andere per Freigepäck Süßigkeiten an ein chilenisches Waisenhaus gefrachtet.

Das Frankfurter Arbeitsgericht hat auf die Klage der beiden Stewards hin die LH-Leiter „getadelt", denn diese „*Betriebsstrafen*" seien „*Maßnahmen, bei denen die Personalvertretung mitzuwirken habe.*" Und das hatten die Kapitalisten in ihrer Eile vergessen. Na wundervoll... (alle Zitate aus dem „Spiegel", vom 17.1.77).

Nicht nur über das äußere Erscheinungsbild, sondern auch über die Freizeit des Luftpersonals wird jederzeit frei verfügt. Ständig müssen die Kolleginnen und Kollegen mit außerplanmäßigen Einsätzen rechnen. Wer länger als 24 Stunden abwesend ist, muß seinen Aufenthaltsort mitteilen. Nur 4 ganze Tage (!) im Quartal sind unantastbar frei. Wer sich weigert seine Freizeit plötzlich abzubrechen, erhält eine Rüge.

Die LH ist beileibe nicht die große Ausnahme unter den Luftfahrtgesellschaften in punkto Dienstvorschriften und Disziplinierungen. Bei der „Pan Am" müssen die Stewardessen mit Kündigung rechnen, wenn sie keinen BH tragen wollen. Bei der LVG „Air Jamaica" müssen die Kolleginnen die Passagiere sogar im Bikini bedienen!

Bisher haben sich die Kolleginnen und Kollegen gegen die Willkürmaßnahmen der LH bei Kündigungen und Rügen durch Klagen zur Wehr gesetzt Der Kampf gegen die militärischen Dienstvorschriften kann jedoch nicht allein mit Gerichtsverfahren geführt und gewonnen werden (was die Urteile beweisen), sondern es muß mit geeigneten Aktionen hiergegen Front gemacht werden. Die Kollegen der Flugsicherung im Tower werden sicher nützliche Erfahrungen zur Verfügung stellen können.

**ÖTV-Kommission**
**KB/Gruppe Hamburg**




Ordnungsverfahren eingestellt

# CHEMIE

## Kampf dem Ausschlußterror!

**Hoechst/Frankfurt.** Wie wir bereits in „Arbeiterkampf" Nr. 89 und 90 berichteten, droht sechs Kollegen der Farbwerke Hoechst/Frankfurt der Ausschluß aus der IG Chemie. Inzwischen liegt die Dokumentation über die Auseinandersetzungen bei Hoechst vor, die es uns ermöglicht ausführlicher auf die Hintergründe der Ausschlußanträge einzugehen.

Betroffen von den Ausschlüssen sind sechs Kolleginnen und Kollegen, die z.T. über zehn Jahre Mitglieder der IG Chemie sind, ein Betriebsrat der ausländischen Kollegen, zwei Berufsgruppenvorsitzende in der IG Chemie und zwei, die durchaus zum „mittleren Kader" der hessischen Sozialdemokratie zu zählen sind (Vorsitzender eines SPD-Ortsbezirks und Mitglied des SPD AFA Unterbezirks-Vorstandes). Desweiteren ist ein Betroffener Mitglied der Vertrauensleuteleitung Hoechst.

In der „*Dokumentation zum Ausschlußantrag gegen sechs IG Chemie-Kollegen in der Hoechst AG oder das Verhältnis des Kollegen Rolf Brand und seiner Mannschaft, zur Kritik an der Betriebsratsarbeit durch IG Chemie-Kollegen*", die von 76 namentlich aufgeführten Mitgliedern der IG Chemie herausgegeben wurde, dokumentieren die Kollegen, welche Stationen in der mehrjährigen Auseinandersetzung zwischen der kapitalhörigen Brand-Clique und fortschrittlichen Gewerkschaftskollegen durchlaufen wurden und wie es zum Ausschlußantrag kam.

### Wer „schädigt" die Gewerkschaft?

In ihrer Dokumentation beschreiben die Kollegen, wie Brand und Konsorten in den letzten Jahren systematisch den Einfluß der IG Chemie runtergewirtschaftet haben. So sank der Organisationsgrad der Hoechst-Arbeiter von 65,4% im Jahre 1964 auf 51,2% im Jahre 1975. Der Anteil der gewerkschaftlichen Vertrauensleute im betrieblichen Vertrauensleutekörper ging von 61,2% (1975) auf 57% (1976) zurück.

Zur Betriebsratswahl 1975 stand neben der Brand-Liste der IG Chemie für die Arbeiter keine alternative Liste. Die Wahlbeteiligung ging auf ganze 49,8% zurück. Fast 40% aller Hoechst-Kollegen stimmten ungültig oder verweigerten die Wahlabgabe.

Der Einfluß der IG Chemie unter den Angestellten sank noch erheblicher: Die IG Chemie-Liste bei der Betriebsratswahl erhielt 1968 noch 50,9% 1975 nur noch 26,8%.

Insbesondere an der Person des Rolf Brand entzündeten sich berechtigterweise die Gemüter. So hatte Brand beispielsweise noch 1968 in einem Aufruf geschrieben: „Das Ziel

Insbesondere an der Person des Rolf Brand entzündeten sich berechtigterweise die Gemüter. So hatte Brand beispielsweise noch 1968 in einem Aufruf geschrieben: „Das Ziel
*eines jeden Betriebsratsvorsitzenden war bisher, Mitglied des Aufsichtsrates zu werden. Ich will nicht hoffen, daß dabei die Geldfrage eine Rolle spielt. Bekanntlich verdirbt Geld den Charakter. So heißt es im Volksmund. Ich verzichte jedenfalls gerne auf die nicht unerheblichen Aufsichtsratstantiemen. Außerdem bin ich der Meinung, daß man nicht auf jeder Hochzeit dabei sein sollte. Wer zuviel Funktionen hat, ist kaum in der Lage, auch nur eine richtig auszuüben.*" Und am Schluß: „*Denken Sie daran: Wahltag ist Zahltag*". Für Brand selbst trifft das zu, wie sich später herausgestellt hat.

Bei den Aufsichtsratswahlen spielt Geld halt doch eine Rolle und für Brand kam der Zahltag mit dem Wahltag. Der Wahltag für die nächsten Aufsichtsratswahlen war der Zeitraum vom 26. bis 29. März 1973.

Um seiner Nominierung in den Aufsichtsrat sicher zu sein, kandidierte Brand zu dieser einen Wahl gleichzeitig auf 3 (in Worten: drei) verschiedenen Listen!!!

In der Dokumentation liest sich das so: „*Die IG Chemie empfahl folgende Kandidaten für die fünf Plätze im Aufsuchtsrat. Rolf Brand, Badeck, Kuch, Hippmann, Fröb, Frank, Kölbel, Trevisiany, Geus. Offensichtlich um die Chancen zu verbessern setzte Rolf Brand, bzw. seine Mannschaft, an der IG Chemie vorbei auf zwei weiteren Vorschlagslisten.*

*a) Privat mit folgenden 4 weiteren IG Chemie-Kandidaten: Badeck, Hippmann,Kölbel, Kuch.*

*b) Zusammen mit Badeck und Kuch von der IG Chemie und Bommel von der DAG, in einem Wahlaufruf des bis dahin unbekannten 'Arbeitskreises in den Farbwerken Hoechst für Arbeitnehmerfragen'.*"

Abgebrühter geht es nicht mehr!

Seit Brand im Aufsichtsrat sitzt, scheint er nach dem Motto zu leben: „über Geld spricht man nicht", was wiederum einen tieferen Sinn hat. Denn über einige vom Betriebsrat vereinnahmte Gelder hatten die gewerkschaftlichen Vertrauensleute Rechenschaft von ihm gefordert. Die Gelder waren eingenommen durch „Verkauf" von:

- Eßbestecken (rostfrei)
- Transistorradios
- Digitalwecker
- Radiorecorder
- Werkzeugkästen

Nach Schätzungen von BR Claudio Tessaro wurde der stattliche Umsatz von ca. 270 000 DM erzielt. Die Zusage Rolf Brands, auf der VL-Versammlung vom 28.1.75 über die Verteilung der eingegangenen Gelder den VL Rechenschaft zu geben, ist bislang nicht erfüllt.

Bei solch reger Geschäftstätigkeit bleibt dann nicht mehr viel Zeit, um sich der Belange der Belegschaft anzunehmen:

„*Kündigungs- und Disziplinarverfahren in Hoechst: Grundsätzlich wird kein Betroffener zu den Vorwürfen gehört. Die durchschnittlich 15-20 pro Woche anfallenden Disziplinar- und Kündigungsfälle werden vom BR bzw. Betriebsausschuß in ca. 30 Min. abgehandelt.*"

**Rolf Brand, ehemals Elektromechaniker ist Betriebsratsmitglied seit 1963.**

**Zur Zeit bekleidet er folgende Funktionen:**

**Vorsitzender des erweiterten Gesamtbetriebsrates der Hoechst AG**
**Vorsitzender des Betriebsrates des Werkes Höchst der Hoechst AG**
**Mitglied des Aufsichtsrats der Hoechst AG**
**Mitglied des Wissenschaftsausschusses der Hoechst AG**
**Mitglied des Sozialausschusses der Hoechst AG**
**Mitglied des Verwaltungsstellenvorstandes der Verwaltungsstelle Frankfurt/Main der IG-Chemie**
**Mietglied der Bundesmanteltarifkommission der IG-Chemie**
**Mitglied der Tarifkommission Hessen der IG-Chemie**
**ehrenamtliches Mitglied des Hauptvorstands der IG-Chemie (gewählt auf dem 10. Gewerkschaftstag der IG-Chemie, September 76 in Hamburg - zum 10. Gewerkschaftstag der IG-Chemie siehe auch AK 90)**

Ferner war Rolf Brand Kandidat der SPD zu den Bundestagswahlen 1972 in Hessen.

### Für eine Gewerkschaftsarbeit im Sinne der Kollegen

Die Praktiken des Rolf Brand und seiner rechten Mannschaft entspringen so offensichtlich und

Für eine Gewerkschaftsarbeit im Sinne der Kollegen
Die Praktiken des Rolf Brand und seiner rechten Mannschaft entspringen so offensichtlich und
ausschließlich der eigenen Raffgier, daß er ohne weiteres als „schwarzes Schaf" selbst im sozialdemokratischen Lämmerstall gilt.

So erhielt Brand auf dem letzten Gewerkschafttag einen kleinen Denkzettel:

Im ersten Wahlgang für den Hauptvorstand erhielt Brand nicht die erforderlichen Stimmen, um gewählt zu werden. Stellenweise wurde Brand auch ausgebuht. Der zweite Wahlgang brachte dann das gewünschte Ergebnis: Brand setzte sich kanpp vor seinem Gegenkanidaten Hannes durch.

In ihrer Dokumentation beschreiben die Gewerkschafts - kollegen die Ursprünge ihrer kritischen Haltung gegenüber der offiziellen Gewerkschaftspolitik und Rolf Brand.

„*Die Umstände der gescheiterten Tarifrunde 1971 und das schlechte Abschneiden der IG-Chemie-Angestellten bei der Betriebsratswahl 1972, veranlaßte bis dahin einzeln auftretende kritische Kollegen dazu, enger zusammenzuarbeiten.*"

Die Auseinandersetzung mit der Gewerkschaftsführung, die bis heute voll hinter Rolf Brand agiert, entwickelte sich über mehrere Stationen.

So unterstützte die Gewerkschaftsführung bis zum Jahre 1972 uneingeschränkt die Arbeit der Berufsgruppenvorstände.

Als einige von diesen Vorständen eine kritische Haltung gegenüber der BR-Politik einnahm, löste die Verwaltungsstelle die Betriebsgruppenvorstände auf Betriebsebene auf. Bei den Delegiertenwahlen für die Berufsgruppendelegiertenkonferenz erhielten die Anhänger der Brand-Clique eine deutliche Abfuhr.

# Ordnungsverfahren eingestellt aber Vorstandswillkür besiegelt!

**Wie schon im AK berichtet, hatte der Kreisvorstand der Arbeiterwohlfahrt Oldenburg (AWO) Ordnungsverfahren gegen insgesamt 18 Mitglieder des Kreisjugendwerkes (KJW) der AWO eingeleitet. Darüberhinaus wurden 6 (von 9) Mitglieder des KJW-Vorstandes ihrer Funktionen (Kinder- und Jugendgruppenleiter) enthoben. Der Grund für diese Maßnahme: die 18 Mitglieder der AWO waren kurz vor Durchführung der AWO-Ferienlager 1976 zusammen mit nicht in der AWO organisierten Ferienhelfern in den Streik getreten, weil der Vorstand kurz vor Beginn der Ferienlager eine entscheidende konzeptionelle Änderung der Durchführung der Lager beschlossen hatte (Verbot des gemischtgeschlechtlichen Schlafens und Duschens der 8 – 12jährigen Kinder). Da die Ferienhelfer nicht bereit waren, diesen Beschluß hinzunehmen und obendrein schon seit Jahren solche fortschrittlichen Erziehungsmodelle in der AWO üblich waren, traten sie in den Streik und informierten die Lokalpresse.**

In der Folge erschienen wochenlang Leserbriefe der verschiedensten politischen Richtungen in der Lokalpresse. Ein AWO-Mitglied, das nicht an dem Streik beteiligt war, aber in Leserbriefen sich mit den Streikmaßnahmen und den Auffassungen der Streikenden solidarisierte, wurde ebenfalls mit einem Ordnungsverfahren belegt.

Da im KJW die DKP und andere Linke mitarbeiten, muß die Einleitung der Ordnungsverfahren als Versuch betrachtet werden, den Einfluß der Linken zu brechen und damit eine fortschrittliche Jugend- und Sozialarbeit zu unterbinden.

Durch die während der Verhandlungen vor dem Schiedsgericht der AWO durchgeführten Begleitmaßnahmen (personelle Umbesetzungen, Beschneidungen von Kompetenzen, Umbesetzung von Ausschüssen, Aufgabenverlagerung: die bisher relativ selbständig vom KJW organisierten Ferienlager werden künftig eigenverantwortlich vom Vorstand geleitet) wurde deutlich, wohin der Hase läuft: durch bürokratische Maßnahmen und durch Einsatz von „zuverlässigen" Leuten setzt die rechte Sozialdemokratie ihre Machtpolitik in der AWO durch.

Die Verfahren sind inzwischen mit dem Entscheid des Schiedsgerichts vom 6.12.76 eingestellt worden. Doch droht bei künftigen „Verstößen gegen die Disziplin" der Ausschluß! Dem Vorstand ist es gelungen, sein Ziel durch die Schaffung von vollendeten Tatsachen zu erreichen: das KJW befindet sich in einem Zustand der Auflösung, Versammlungen werden nicht mehr besucht, viele ehemals sehr engagierte Mitglieder sind resigniert und die Jugendarbeit schleppt sich müde dahin!

Bis auf die anfänglichen Leserbriefe und eine Wandzeitung auf einer Antirepressionsveranstaltung haben die Betroffenen leider keine weitere Öffentlichkeitsarbeit zu den Angriffen der Rechten durchgeführt. Es gab auch kaum ein gemeinsames organisiertes Vorgehen. Schließlich distanzierten sich die Verantwortlichen auf Verlangen des Schiedsgerichts sogar noch von ihrem Streik als „nicht angemessenes Mittel". Wir wollen gewiß nicht behaupten, daß ein entschlossenes Vorgehen (ohne Distanzierung usw.) – verbunden mit breiter Öffentlichkeitsarbeit und Organisierung des Protests innerhalb und außerhalb der AWO, nicht die Gefahr des Ausschlusses mit sich gebracht hätte. Andererseits hat das zurückweichende Vorgehen der ausdrücklichen Besiegelung der Vorstandswillkür (und der Bedrohung jedes Opponenten dagegen) nichts entgegensetzen können.

**Ein Betroffener und Genossen des KB/Gruppe Oldenburg**

### Nachtrag:

Wie sich in der Zwischenzeit herausstellte, wurde gegen das Vorstandsmitglied des Kreisjugendwerkes(KJW) der Arbeiterwohlfahrt Oldenburg vom Schiedsgericht eine Strafe verhängt: Ruhen der Mitgliedsrechte für die Dauer eines Jahres! Begründung: Da der Betroffene Vorsitzender des KJW-Vorstandes ist, hätte er sich in seinen Leserbriefen an die Nord-West Zeitung „mehr Zurückhaltung auferlegen" müssen. Er hätte den Verband geschädigt.

So sehen die sozial–„demokratischen" Führer der AWO das Recht der freien Meinungsäußerung!

**Ein Betroffener und ein Genosse**

Gewählt wurden gewerkschaftlich aktive Kollegen. Als Konsequenz entzog die Verwaltungsstelle den neuen Delegierten ihre Funktion als Vertrauensleute.

Im Mai 75 begannen fortschrittliche Kollegen mit einer Öffentlichkeitsarbeit. Sie gaben gegen den Willen der Gewerkschaftsführung ein Flugblatt zum neuen Gehaltsrahmenabkommen heraus.

Im Juli 75, forderten Kollegen der Hoechst-Werke eine Betriebsversammlung zur Kurzarbeit. Sie fanden weder die Unterstützung der Betriebsräte noch der Verwaltungsstelle.

Zur schärfsten Auseinandersetzung kam es schließlich um das „Mitarbeitergespräch" (MAG). Auf der Mitgliederversammlung am 26.1. 1976 kamen die fortschrittlichen Kollegen zu der Überzeugung, daß sie in einem Schreiben an verschiedene Gremien der IG-Chemie gegen den geplanten Abschluß des „MAG" Stellung nehmen müßten.

Die Bezirksleitung Hessen teilte den Kollegen am 3.5.76 mit, daß der Bezirksvorstand das Schreiben zur Kenntnis genommen und beschlossen habe, *„es inhaltlich nicht zu behandeln."* Allerdings *„stehe es Mitgliedern nicht zu, am örtlichen Verwaltungsstellen-Vorstand vorbei, weitere Verwaltungsstellenvorstände oder andere Gremien der IG-Chemie einzuschalten"* (Dokumentation...", S.5).

Vor der Betriebsversammlung am 22.3.76 verteilten fortschrittliche Kollegen, ein Flugblatt zur „MAG", das von 32 namentlich unterzeichnet war.

In der folgenden Vertrauensleuteleitungssitzung stellten die Rechten einen Ausschlußantrag gegen alle 32 Flugblattunterzeichner beim Verwaltungsvorstand.

Begründung: Gewerkschaftsschädigendes Verhalten. 52 weitere Kollegen solidarisierten sich mit den Flugblattunterzeichnern und vom Ausschluß bedrohten Kollegen und unterzeichneten das Flugblatt im nachhinein.

Am 28.6.76 wurde das zweite Flugblatt zur „MAG", diesmal von 59 Gewerkschaftskollegen unterzeichnet, verteilt.

Am 31.8.76 beschloß der Verwaltungsstellenvorstand einen Ausschlußantrag gegen die angeblich „sechs führenden Köpfe" zu stellen. Dieser Antrag wurde mit 10 : 9 angenommen.

### Kampf dem Ausschlußterror!

Die Ausschlußanträge gegen die sechs fortschrittlichen Kollegen bei Hoechst, die wohl am ehesten zur SPD-Linken zu zählen sind, beweist eindeutig, was wir seit Jahren schreiben:

Die Auschlußpraktiken und Unvereinbarkeitsbeschlüsse der DGB-Gewerkschaften sind nicht ausschließlich und in erster Linie Mittel, um die kleine kommunistische Linke in den Gewerkschaften zu isolieren und zu liquidieren. Diese Praktiken der Gewerkschaftsführer sind, analog zu der Handhabung der Berufsverbote im öffentlichen Dienst, das Instrumentarium, um insgesamt j e d e, selbst nur im Ansatz fortschrittliche sozialdemokratische Politik zu disziplinieren und auszuschalten.

Der BRD-Imperialismus und seine Lakaien in den Vorständen der Bürokratie und Gewerkschaften sind gewillt einen Staat der totalen Duckmäuser, Anpasser und Angsthasen aufzubauen. Auch in den westdeutschen Gewerkschaften muß die Parole „wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt" den Reaktionären entgegengestellt werden.

**Kampf dem Ausschußterror!**

**Chemie-Komitee/ KB - Gruppe Hamburg**

## Alles beim Alten bei Seibel & Söhne in Erwitte

Nach jetzt nahezu zweijährigem Kampf zwischen den ehemaligen Erwitter Kollegen und Firmenchef Seibel ist die Auseinandersetzung immer noch nicht beendet. Allerdings sind vom Kampf nur noch hunderte von Gerichtsverfahren um Lohnleistungs- und Kündigungsschutzklagen übrig geblieben. Allzu deutlich zeigt sich, daß sich das „Austragen des Konfliktes auf gerichtlicher Ebene" nur gegen die Kollegen auswirkt, obwohl diese einige Prozesse sogar gewannen! Inzwischen ruhen mehrere hundert Klagen bis zur Entscheidung des Bundesarbeitsgerichtes (Mitte/Ende 1977). Seibel kann immer noch schalten und walten wie er will, wird noch nicht einmal mit Bußgeldstrafen geahndet und die meisten der ehemaligen Belegschaftsangehörigen arbeiten längst in anderen Betrieben.

Die IG Chemie-Führung, die mit der von ihr angeordneten Aufgabe der Werksbesetzung und der Orientierung auf einen „rechtsstaatlichen Weg" verantwortlich für das heutige Dilemma ist, fällt zu alledem nur die blauäugige Frage (!) ein, *„ob nicht solchen Unternehmen ... ihre Verfügungsgewalt über das Eigentum ... entzogen werden sollte"* (Vitt vom Hauptvorstand, lt. „Frankfurter Rundschau" v. 15.1.77). Na ja, fragen kostet ja bekanntlich nichts...

**Chemie-Komitee**
**KB/Gruppe Hamburg**

# Weiterer Abbau der innergewerkschaftlichen Demokratie

**Darmstadt.** Seit Jahren findet bei Ciba-Geigy, Werk Lampertsheim, im Winter regelmäßig ein Bildungsprogramm statt. Im August 1976 wurde mit der Organisierung des diesjährigen Programms durch den Vertrauensleutekörper begonnen. Es wurde vom Vertrauensleutekörper auch wieder das gleiche Team vorgeschlagen, das das Bildungsprogramm verantwortlich durchführen soll. Eine Kollegin dieses Teams wurde allerdings vom Verwaltungsstellenleiter Terbrack abgelehnt, mit der Begründung, er habe gegen ihre Bildungsarbeitskonzeption zwar nichts einzuwenden, aber sie arbeitet beim „express" (Zeitung des Sozialistischen Büros für „sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit") mit und sei deshalb für die Verwaltungsstelle nicht mehr tragbar.

Nach einer längeren Diskussion, an der auch Terbrack teilnahm, beschloß der Vertrauensleutekörper einstimmig, die Kollegin solle doch mitarbeiten. Am 8.9.76 präsentierte Terbrack den Vertrauensleuten dann einen Beschluß des Verwaltungsvorstandes, nach dem *„die bisherige Teamerin H.G. im Rahmen der Bildungsarbeit der Verwaltungsstelle Darmstadt nicht mehr eingesetzt und auch nicht mehr zu den Schulungsveranstaltungen eingeladen wird."* Darauf hin trat die Vertrauenskörperleitung zurück: *„Wir können Euch nicht mehr garantieren, daß die von Euch* (gemeint sind die Vertrauensleute) *demokratisch gefaßten Beschlüsse vom Verwaltungsstellenvorstand und vom Geschäftsführer der Verwaltungsstelle, Kollege Terbrack, mit dem nötigen Ernst behandelt werden."*

Seit dem Rücktritt der Leitung vor vier Monaten ist bis heute keine neue gewählt worden (nach „express" 1/77). Dieser neuerliche Schlag gegen die innergewerkschaftliche Demokratie bestätigt, daß die IG Chemie-Führung gewillt ist, ihre Angriffe auch auf linkssozialdemokratische Kollegen auszudehnen. Angefangen hat das mit dem Ausschluß mehrerer Kollegen bei Hoechst im Spätsommer dieses Jahres (s. AK-Berichterstattung). Auch die bisher als links geltende Verwaltungsstelle Darmstadt bleibt davon nicht verschont. Nach dem Ausschluß von einigen Jugendlichen wegen einer Spende an die PLO ist dies der zweite Fall von der Anwendung des innergewerkschaftlichen Radikalenerlasses in Darmstadt, der an die Öffentlichkeit kam.

Die Gewerkschaftsführung ist offenbar dabei, die verbliebenen „linken Hochburgen" zu säubern, um jegliche oppositionelle Strömung auszuschalten.

**Chemie-Komitee**
**KB/Gruppe Hamburg**

# Enthüllungen über Pharmaverbrechen dürfen nicht verkauft werden

Ein neues umfassendes Buch über die unerschöpflich scheinenden verbrecherischen Methoden der Pharma-Industrie, „Neunmal teurer als Gold", das bei rororo erschienen ist, darf nicht mehr verkauft werden. Der Konzern Dr. Madaus erwirkte laut „Morgenpost" vom 20.1.77 eine Einstweilige Verfügung, nachdem das Buch bereits in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" (7.1.77) durch verschiedene Pharmakonzerne und den „Bundesverband der pharmazeutischen Industrie" als „unseriös" und „ignorant" diffamiert wurde. Was den Pharma-Haien auf den Magen geschlagen ist, fußt auf einer Studie von drei Wissenschaftlern, zwei Ärzten und einem Betriebswirt, der „Vereinigung Deutscher Wissenschaftler", die u.a. von den Ortskrankenkassen finanziert wurde. Im einzelnen belegen die Wissenschaftler:

Die Contergan-Katastrophe kann sich täglich (!) wiederholen, besonders, da heute schwangere Frauen in den ersten drei Monaten mehr (!) Medikamente als vor dem Contergan-Skandal einnehmen („extra Dienst" – „ED" – vom 6.1.77). Dabei sind die meisten Medikamente nicht oder nicht ausreichend auf ihre Wirksamkeit und Unschädlichkeit (!) untersucht. Die Pharma-Konzerne geben lediglich 8 % ihres Umsatzes für die Forschung aus (und nicht wie sie selber angeben 15%). Der Werbeetat liegt immerhin dreimal höher. Eine Kontrolle besteht faktisch nicht. Selbst das Bundesgesundheitsministerium kann die genaue Anzahl der auf dem Markt befindlichen Medikamente nicht angeben. Sie wird auf 48.000 geschätzt. Es werden auch kaum neue Wirkstoffe erforscht. In der Regel werden längst bekannte Substanzen lediglich zusammengemischt. Nur 2 % der westdeutschen Pharmaproduzenten unterhalten überhaupt eine eigene Forschungsabteilung.

Die BRD ist das teuerste Pharmaland der Welt. Nach einer Untersuchung des Kieler „Instituts für Weltwirtschaft" (lt. „Stern" 3/1977) lagen die Arzneimittelpreise im europäischen Ausland 1965 um 8,7 % unter denen der BRD; heute sind es bereits 34,3 % (!). Obwohl die Ärzte 1974 etwa genausoviel verschrieben wie 1960, sind die Kosten der Krankenkassen für Medikamente von einer Milliarde Mark auf acht Milliarden gestiegen! Einige Beispiele für Arzneimittelpreise:

Euglucon, das umsatzstärkste bundesdeutsche Medikament (von Hoechst) hat einen Kilogrammpreis von 97.083 DM und 127.000 DM. Der Preis für Barrengold betrug pro Kilogramm Juli 1976 10.125 DM („neunmal teurer wie Gold")!

Für die Herstellung eines Kilogramms des Wirkstoffs von Valium gibt Hoffmann-La Roche 89,94 DM aus. In Tablettenform kostet Valium auf dem deutschen Markt 9.389,42 DM per Kilogramm!

Diese Liste ließe sich unendlich fortsetzen.

Der kleine Ausschnitt macht verständlich, warum die Konzerne dieses Buch vom Markt haben wollen. Hier werden ihre Praktiken genauer ausgeforscht als sie es bezüglich der Wirksamkeit ihrer „Medikamente" tun.

**Chemie-Komitee**
**KB/Gruppe Hamburg**

# Erneut Kurzarbeit

**Phoenix, Reifenwerke Hamburg.** Für rund 350 Kolleginnen und Kollegen ist Kurzarbeit angemeldet worden. Das sind 6,5 % der Belegschaft. Auch in dem Werk Reinsdorf soll kurzgearbeitet werden. Die Dauer ist eine Woche ab 10. Januar.

**Glesenberg Faserwerke, Neumünster.** Im ersten Quartal 1977 sind 310 Kollegen von der Kurzarbeit betroffen. Nach Meinung der Unternehmensleitung sei die Erlössituation der Faserbranche so unbefriedigend, daß die Preise um 15 bis 20 % erhöht werden müßten. Auch die Kurzarbeit wird sicher zur „Ertragsverbesserung" beitragen.

**Chemie-Komitee**
**KB/Gruppe Hamburg**

# DRUCK

# Deutscher Journalisten-Verband (DJV): Streikrecht meistbietend abzugeben

Bereits am 20.11.76 hielt der Vorsitzende des ständischen DJV, Fritz Richert, auf dem Journalistentag eine Rede, die die Lehren für die Journalisten aus dem Druckerstreik 1976 ziehen sollte. Nach einer langatmigen Schilderung angeblicher Gewissensnöte vieler Journalisten (Informationspflicht hier, Solidarität mit den streikenden Druckern da), kam er zu seinem eigentlichen Anliegen: *„Wir sollten, gemeinsam mit der IG Druck und auch mit den Verlegern, das Modell einer Notausgabe entwickeln, das gleichermaßen den Bedürfnissen der Öffentlichkeit gerecht wird sowie die Ziele des Streiks nicht gefährdet. Dabei müßte oberstes Ziel sein, die Wirkung des Streiks auf Dritte zu mildern, aber die Wirkungen auf die Bestreikten selbst aufrechtzuerhalten, indem der prozentuale Anteil der Anzeigen beschränkt wird. Es würde sich in solchen Verhandlungen schnell zeigen, ob die Verleger es mit der Pressefreiheit und ihrer Verteidigung so ernst meinen, wie sie immer sagen. Wer eine Freiheit verteidigen will, muß auch Opfer bringen ... Müßten nicht alle Beteiligten Interesse an einer solchen Regelung haben? Die Verleger, weil sie wie die Journalisten ihre öffentliche Aufgabe unabhängig von Arbeitskämpfen erfüllten, und die IG Druck, weil sie den gewiß falschen Verdacht vermied, sie streikte im Grunde nicht um Lohn oder was sonst, sondern gegen die Pressefreiheit. Kämen Gespräche zwischen den Gewerkschaften und den Verlegern über die Frage zustande, wie sich das Recht des Streiks der Arbeitnehmer vereinigen ließe mit dem Recht der Bürger auf Information, so ließe sich vielleicht noch ein weiteres tun. Ist denn die Überlegung so abwegig, in der Bundesrepublik einen ähnlichen Vertrag zu schließen, wie in Schweden, wo der Streik der Journalisten durch Tarifvertrag ausgeschlossen ist? Werfen wir einmal einen Blick auf das schwedische Modell, so ist der Verzicht auf ihr Streikrecht den Journalisten abgekauft worden durch höhere Leistung im Falle der Arbeitslosigkeit und eine bessere Versicherung im Alter"* („Frankfurter Rundschau", 4.12.76).

Im Druckerstreik 1976 hatten es die Verleger und Druckkapitalisten allerdings nicht nötig, dem DJV das Streikrecht abzukaufen bzw. wenn, dann lief dieser Handel und der Verrat an den streikenden Druckern hinter verschlossenen Türen ab. Nach anfänglichen Solidaritätsbekundungen mit den Druckern machte der DJV sich schnell das Argument der „gefährdeten Pressefreiheit" und der „Arbeitsplatzgefährdung" zu eigen, um gemeinsam mit Verlegern und Druckkapitalisten gegen die streikenden Drucker zu hetzen. Und mit seiner jetzigen Initiative gedenkt der DJV zwei Fliegen mit einer Klappe zu fangen: 1. Unter dem Mantel der journalistischen Informationspflicht gemeinsam mit den Kapitalisten das Streikrecht der Drucker abzubauen bzw. mit Notzeitungen (wer soll die drucken?) zu durchlöchern und damit den Kapitalisten längeren Atem zu verschaffen, und 2. die ökonomische Lage des Journalistenstandes zu verbessern und die Folgen von Rationalisierung und verschärfter Arbeitshetze für die Journalisten abzuschwächen.

Ersteres wird von den Kapitalisten natürlich mit offenen Armen aufgenommen und publiziert, während für das zweite Anliegen des DJV wohl eher das alte Sprichwort gilt: Der Kapitalist liebt den Verrat, nicht aber den Verräter. Oder: Auch bei zukünftigen Pressekonzentrationen werden Auflage und Marktanteil von den Pressekapitalisten gierig geschluckt werden, jegliches „überflüssige " Potential an Arbeitskräften und damit auch Journalisten, jedoch ausgespuckt. Die einzige Chance vieler Journalisten, ausgenommen natürlich die Oberdemagogen von Springer und Co., ist die Solidarität und der gemeinsame Kampf mit den Druckarbeitern gegen Lohnraub und Rationalisierung. Über 1.000 Journalisten, vorwiegend Mitglieder der „deutschen Journalistenunion" (dju) in der DruPa, sind im Druckerstreik des letzten Jahres diesen Weg gegangen und in den Sympathiestreik getreten, hier gilt es weiterzuarbeiten. Die DruPa bzw. deren „Linker" vom Dienst, Detlef Hensche, hat den provokatorischen Vorschlag des DJV-Vorsitzenden bislang entrüstet von sich gewiesen.

Begierig aufgenommen und bereits weiterentwickelt wurde der Notzeitungsvorschlag, wie sollte es anders sein, von den Druckkapitalisten. So schrieb der Herausgeber der „Hessisch-Niedersächsischen Allgemeinen", Paul Dierichs: *„Im Streik- oder Aussperrungsfall müßte jede Zeitung verpflichtet sein, eine Notzeitung herauszugeben, weil der Staatsbürger Anspruch auf die von ihm gewählte Information habe"* („Welt", 7.1.77). Dierichs hat sich auch schon konkrete Überlegungen gemacht. So soll vom durchschnittlichen Umfang des redaktionellen Teils ausgegangen werden, und bei einem Textumfang von zwölf Seiten soll die Notausgabe zwei Seiten umfassen, bei 24 vier usw. Hiermit werden sicherlich noch längst nicht alle seine Verlegerkollegen zufrieden sein, und so wird diese Diskussion wohl weiter gehen. Wir aber meinen: Nicht eine einzige Seite Notausgabe bestreikter Zeitungen darf erscheinen, es sei denn, die Streikenden bestimmen den Inhalt.

**Druckkomitee**
**KB/Gruppe Hamburg**

# Sozialdemokratischer Sumpf

**Hamburg.** Die letzte Delegiertenversammlung der Hamburger DruPa brachte ein neuerliches Beispiel für den in der Organisation vorhandenen sozialdemokratischen Intrigensumpf. Der Betriebsratsvorsitzende der Firma Lehmann und Hildebrandt (und gleichzeitiger Vertreter der Papierverarbeitung beim Ortsvereinsvorstand der Hamburger DruPa) unterstützte bereits im Frühjahr 76 bei Jugendvertreterwahlen eine unoraganisierte Kollegin gegen einen aktiven Gewerkschafter, der anschließend mit Zustimmung des Betriebsrats gekündigt wurde, was jedoch am Kündigungsschutz wegen seiner Teilnahme an den Jugendvertreterwahlen scheiterte. Inzwischen trat die Jugendvertreterin zurück und unterstützte ihren ehemaligen Kontrahenten. Flugs bezichtigte der mehrheitlich organisierte BR den fortschrittlichen Kollegen der „Nötigung". Die Schilderung dieser Vorgänge stieß auf der Delegiertenversammlung auf Empörung, zumal sich hier ein Mitglied bzw. Vertreter des Ortsvereinsvorstandes eindeutig gewerkschaftsfeindlich verhalten hat. Inzwischen wurden weitere elf Kündigungen mit sechs zu zwei Stimmen des Betriebsrates durchgezogen. Darunter ist auch der Kollege, dessen Kündigungsschutz inzwischen abgelaufen ist. Doch was tut der Ortsvereinsvorstand? Sich vor die gewerkschafts- und kollegenfeindlichen Handlungen seines Mitgliedes zu stellen, geht in diesem Falle schlecht, was aber noch lange kein Grund für diese Herrschaften ist, sich hinter den fortschrittlichen Kollegen zu stellen. Also übergibt man die Entscheidung einem bürgerlichen Gericht, um fein aus dem Schneider zu sein. Allerdings haben wir in der letzten Zeit oft erlebt, daß selbst bürgerliche Gerichte für fortschrittliche Kollegen bessere Chancen bieten als die Willkürpraxis in den Gewerkschaften, wo gewerkschaftliches Verhalten nichts, das sozialdemokratische Parteibuch jedoch alles bedeutet.

**Branchenzelle Druck**
**KB/Gruppe Hamburg**

# Der „WAZ-Mann" kommt

Die Konzentrationswelle rollt weiter über den westdeutschen Zeitungsmarkt. Bisherige Bilanz des mörderischen Konkurrenzkampfes: Seit 1954 ist die Zahl der Vollredaktionen von 225 auf weniger als 120 gesunken! Die Zahl der Einzeitungs-Kreise, d.h. der Stadt- und Landkreise mit örtlichem Pressemonopol, beträgt heute über 200. Springer, Bauer, Gruner & Jahr und Burda kontrollierten 1974 schon 66,3% des Zeitschriftenmarktes.

Der derzeit gefräßigste Zeitungskonzern treibt unter der Führung G. Grotkamps im Ruhrgebiet sein Unwesen. Es ist der Konzern der „Westdeutschen Allgemeinen Zeitung" („WAZ"). Seit Grotkamp für die „WAZ" das Zepter schwingt, begann im Ruhrgebiet das große Zeitungssterben.

Mit ruinösen Kampfpreisen für die Abonnements und kostenlosen Anzeigenblättern zwang die „WAZ" zehn Zeitungen in die Knie. Seit 1954 mußten sich damit 17 Zeitungen dem Konzern unterordnen. Allein bei den jüngsten Konzentrationsmaßnahmen sind 1.200 Kollegen gefeuert worden, insbesondere bei der spektakulären Fusion mit der „NRZ" („Neue Rheinische Ruhrzeitung") und der Verlagerung der „Westfalenpost" und der „Westfälischen Rundschau" aus der Produktion des „Westdruck" in Hagen. Der „WAZ"-Konzern ist bei der Wahl seiner Mittel zur Schaffung seines Imperiums nicht gerade zimperlich. So wurde die Auslagerung der „Westfalenpost" und der „Westfälischen Rundschau" aus der Produktion des „Westdruck" in einer Nacht- und Nebel-Aktion durchgeführt, nachdem sich die Westdruck-Kollegen zum Widerstand entschlossen hatten, falls der Bau des „WAZ-Druckzentrums" ihre Arbeitsplätze gefährden würde, und die angedrohte Kündigung gegen den BR-Vorsitzenden ausgesprochen würde. Nach der Auslagerung wurden hunderte Kollegen entlassen, weil die Kapazitäten nicht mehr ausgelastet waren.

### Angriffe auf Gewerkschafter im Namen der Kultur

Werden diese Methoden öffentlich angeprangert und kritisiert, wie es jüngst der Betriebsratsvorsitzende der Essener Springer AG bei einem Landtagshearing machte, wird verleumdet und prozessiert. Nach Haarspaltereien und Spitzfindigkeiten des „WAZ"-Mannes Grotkamp, denen selbst das Arbeitsgericht nicht folgen konnte, gab Grotkamp dem Springerkollegen den Tip, die Pressekonzentration unter „positiven Aspekten" zu sehen: *„So hätte in die Diskussion einbezogen werden können, daß aus vielerlei positiven Gründen viele Dörfer nicht nur ihre Heimatzeitung, sondern auch ihre Dorfschule aufgegeben haben"*. Pressekonzentration als Kulturtat, sauber!

Weitere „Kulturtaten" sind auch schon in Vorbereitung: Ein riesiges Druckzentrum wird derzeit in Hagen mit Investitionshilfen aus Steuergeldern geschaffen. Mit einer 192-seitigen Rotation und einer vollautomatischen Verpackungsstraße drohen einigen „WAZ"-abhängigen Druckereien Auftragseinbußen und Stilllegungen, so z.B. Westfalendruck Dortmund, Laupenmühlen & Dierichs und Westdruck. Hunderte von Druckarbeitern werden in ihrer Existenz gefährdet.

### „WAZ" auch bei Gleichgesinnten unbeliebt

„WAZ" gibt eine Reihe von Zeitungen mit unterschiedlichen Namen heraus, die Auflage beläuft sich auf insgesamt 1,2 Mio. Allen Ausgaben fügt der „WAZ"-Konzern die gleichen Anzeigenteile bei. Durch diese Praxis fühlten sich einige andere Pressekapitalisten auf den Schlips getreten und zogen vor die Landeskartellbehörde in Düsseldorf. Stellvertretend für die anderen Konkurrenten erhob der Verleger der „Ruhr-Nachrichten" Beschwerde, weil er zurecht befürchten muß, eines Tages selbst ein Opfer des „WAZ"-Imperiums zu werden. Keiner der „WAZ"-Konkurrenten ist in der Lage, den Inserenten und Kapitalisten eine Verbreitung ihrer Anzeigen in der Auflage von 1,2 Mio. Exemplaren zu garantieren. Außerdem befürchten sie zurecht, daß der „WAZ"-Konzern eine Preispolitik macht, die sie ruinieren muß: Dort, wo „WAZ" das Monopol hat, Preise rauf; dort, wo die Konkurrenz ist, Preise unterbieten und den Lesermarkt erobern.

Fürchterliches Gejammer der Zeitungskapitalisten an der Ruhr und selbst von Springer, der die Auflagenschrumpfung seiner Programmzeitschriften befürchtet, setzte auch ein, als bekannt wurde, daß „WAZ" all seinen Zeitungen farbige Beilagen im Illustriertenstil mit Funk- und Fernsehprogramm beigeben will. Auch dies soll Gegenstand des Mißbrauchverfahrens der Kartellbehörde sein. Mit dieser Beilage soll der Kulturteil der „WAZ"-Zeitungen eingespart werden, in dem immerhin Leute wie Böll oder der „Werkkreis Literatur der Arbeitswelt" ihre Foren fanden. Im Namen der Pressefreiheit!

**Betriebszelle Broschek**
**KB/Gruppe Hamburg**

# Neuer Ausschlußfall in der DruPa

**Hamburg.** Pünktlich zu Weihnachten erhielt ein weiterer Hamburger DruPa-Kollege ein Ausschlußschreiben des Ortsvereinsvorstandes Hamburg der IG Druck und Papier. Ihm wird vorgeworfen, den KB „insbesondere durch den Verkauf der Zeitung ARBEITERKAMPF" unterstützt und damit gegen die Unvereinbarkeitsbeschlüsse verstoßen zu haben. Die Mehrzahl seiner Kollegen nahm das Schreiben des Vorstandes mit großer Empörung auf, hatten sie ihn doch als aktiven, fortschrittlichen Gewerkschafter kennengelernt, der auch mit seiner Meinung nicht hinter'm Berg hält. Schon gegen den Ausschluß der neun „Streik-Info"-Kollegen protestierten sie mittels einer Resolution und Unterschriftensammlung. Inzwischen wurde dem Unmut gegen diesen neuerlichen Willkürakt des Vorstandes mit Protesttelefonaten beim Vorstand Luft gemacht. Bei der Wahl zum Gewerkschaftsdelegierten erhielt der betroffene Kollege gemeinsam mit einem anderen die zweitmeisten Stimmen und wurde nur durch Losentscheid nicht stellvertretender Delegierter. Über diesen neuerlichen Ausschlußantrag wie auch über die anderen wird noch auf der nächsten Delegiertenversammlung am 24.1.77 zu sprechen sein, wenn auch der Video-Streikfilm einer Kollegin gezeigt wird, die deshalb ausgeschlossen werden soll.

**Branchenzelle Druck**
**KB/Gruppe Hamburg**

# Drucktarifrunde 77: 1.–DM mehr pro Stunde für Alle!

**Stuttgart.** Die Mitgliederversammlung des DruPa-Ortsvereins Stuttgart hat ihre Forderung für die Drucktarifrunde 1977 beschlossen und der Tarifkommission geschickt. Der Beschluß lautet: eine Mark pro Stunde mehr für alle. Ebenfalls angenommen wurde der Antrag der Jugendgruppe mit der Forderung nach 600 DM für alle Auszubildenden und Zahlung der Sozialversicherungsbeiträge durch die Kapitalisten.

**Branchenzelle Druck**
**KB/Gruppe Hamburg**

# DGB-Solidaritätsveranstaltung für Reutlinger Kollegen

**Reutlingen.** Während des Druckerstreiks 76 hatte eine größere Anzahl von Gewerkschaftern mittels Sitzstreik die Auslieferung des „Reutlinger Generalanzeiger" zu verhindern versucht. Die herbeigerufene Polizei schleppte *„nach zwei Stunden mit brachialer Gewalt jeden einzelnen weg"* („Zentralorgan", 1/77).

Mittlerweile bekamen 18 Kollegen ein Strafverfahren (!) und weitere 23 Bußgeldbescheide zugeschickt. Über diese Auseinandersetzungen haben wir im AK mehrfach ausführlich berichtet.

### Erfolgreiche Solidaritätsarbeit

Die betroffenen Kollegen hatten sich aber nicht einschüchtern lassen und hatten mit zwei Dokumentationen geantwortet, in denen auch eine Vielzahl von Solidaritätsresolutionen fortschrittlicher Gewerkschafter und Betriebsräte usw. (nicht nur der IG Druck) abgedruckt waren. Darüberhinaus hatten sie zu vielen Kollegen Kontakte hergestellt und zu einer Spendensammlung aufgerufen.

Bei dieser Solidaritätsarbeit waren sie letztlich auf sich selbst angewiesen, da die IG Druck ihnen zwar Rechtsschutz gab, ansonsten aber keinen Finger krumm machte.

Mittlerweile hatten die Proteste aber solch einen Umfang angenommen (selbst die Jahreshauptversammlung Osnabrück der DRUPA hatte sich solidarisiert – nach „Kommunistische Volkszeitung", 50/76), daß sich die DRUPA-Führung jetzt nach acht Monaten in einem Artikel hinter die Kollegen stellte. Auch durfte der fortschrittliche Arbeitsrechtler W.Däubler sich im „Zentralorgan" mit der juristischen Seite auseinandersetzen.

### Protestveranstaltung des DGB

Da am 8.2.77 der Prozeß gegen die Kollegen stattfinden soll, wurde vor einigen Tagen in einer überfüllten Reutlinger Halle eine Versammlung des DGB durchgeführt, die sich geschlossen hinter die Kollegen stellte. Vom Hauptvorstand der DRUPA war der „linke" Redner H.Hensche angereist, der erst vor kurzem in München eine Versammlung gegen den Radikalenerlaß mitgestaltet hatte.

Laut „Unsere Zeit" vom 17.1.77 wies er nach, *„daß es um die allgemeine politische Richtung gehe, auf deren Boden solche Strafverfahren ... gegen aktive Arbeiter und Gewerkschafter überhaupt ausgefertigt werden könnten"*. Auch sprach er über die *„wirtschaftliche Viererbande, Konzerne, Banken, Wirtschaftrat und Regierung"*, die in der anlaufenden Lohnrunde mal wieder von den alten bekannten Maßhalteappellen reden.

Obwohl die Veranstaltung unter der politischen Führung des DGB lief, war sie doch ein Erfolg für die unermüdliche Solidaritätsarbeit der Reutlinger Kollegen und ihres Vertrauens auf die eigene Kraft.

**Betriebszelle Broschek**
**KB /Gruppe Hamburg**

# HBV

## Tarifrunde Versicherungen und Banken

Der Gehaltstarifvertrag für die Bankangestellten ist zum 28.2.77 von der Gewerkschaft HBV gekündigt worden. Der Tarifvertrag für die Versicherungsangestellten wird kurze Zeit später auslaufen.

Richtungsweisend für den Verlauf der Tarifrunden dürfte eine Stellungnahme von Günter Volkmar (Mitglied des Hauptsvorstandes der HBV) sein, die er auf dem 18. Weltkongreß des FIET (Weltbund der Privatangestellten) vom 22. – 27.8.76 abgab. Gleich zu Beginn gab er die Leitlinie

FIET (Weltbund der Privatangestellten) vom 22. – 27.8.76 abgab. Gleich zu Beginn gab er die Leitlinie

aus:

*„Bei der Aufstellung und Vertretung der Arbeitnehmerforderungen in den Versicherungsunternehmen – d.h. den Forderungen einer Fachgruppe – sind international wie national auch in Zukunft die Gegebenheiten und Entwicklungen in den Volkswirtschaften und in der Weltwirtschaft – d.h. die Situation in allen Bereichen – zu berücksichtigen. In keinem Wirtschaftszweig können die Arbeitnehmer ihre Interessen isoliert von den gesamtwirtschaftlichen und sozialen Zusammenhängen – die für alle Arbeitnehmer gelten – verfechten und durchsetzen."*

Daß nun gerade die Versicherungswirtschaft eine „Wachstumsbranche bleiben wird", bestreitet Volkmar nicht; auch nicht, daß für die Arbeitnehmer in den Versicherungen überall eine Steigerung des Leistungsdrucks festgestellt wurde.

*„Vielfach wurden Arbeitsplätze wegrationalisiert, so daß beispielsweise in der BRD im letzten Jahr* (1975) *trotz weiterer Geschäftsausweitung (erstmals) ein Rückgang der Beschäftigtenzahlen um drei Prozent zu verzeichnen war. Das war gleichzeitig von einem noch verschärften Rückgang an Ausbildungsplätzen für junge Arbeitnehmer begleitet."*

Und nun zu den Forderungen:

*„Die Forderungen der organisierten Versicherungsangestellten richten sich international und national aber nicht allein gegen die Unternehmen und gegen öffentliche, staatliche und übernationale Gremien. Sie richten sich ebenso – und zunächst – auch an sich selbst, d.h. an alle Arbeitnehmer in den Versicherungen in allen Ländern:*

*1. Vorhandene Rechte zu nutzen und konsequent zu erweitern,*
*2. Sich die Lage der Arbeitnehmer bewußt machen und die eigene Bereitschaft zur aktiven Mitarbeit zu stärken (Bildungsurlaub); und*
*3. Schlagkräftige und einheitliche gewerkschaftliche Organisationen aufzubauen und zu verstärken."*

Das ist nun das neueste und ein weiterer demagogischer Meilenstein zur Abdeckung abwieglerischer Tarifkämpfe und nicht ausreichender Forderungen.

Adressat ist nicht der Kapitalist, sondern – zunächst – der unorganisierte Kollege. Jede Lohnraubforderung und jeder Abschluß soll so ablenken vom Unternehmer: Kollege, Du hast ja selber schuld!

Ganz in diesem Sinne werden schon konkrete Schritte gemacht. Auf einer Tagung der haupt- und

Ganz in diesem Sinne werden schon konkrete Schritte gemacht. Auf einer Tagung der haupt- und

nebenamtlichen Funktionäre der Fachgruppe Versicherungen der HBV erklärte die Mehrzahl der vor allem in Süddeutschland arbeitenden Ortsverwaltungen, sie seien diesmal unmißverständlich für eine reine Prozentforderung, da durch die Abschlüsse der letzten Jahre (% und Mindestbetrag) die höheren Einkommensbezieher benachteiligt wurden und die Tarifschere (bei Mindestbeträgen kommen die einzelnen Tarifgruppen nicht so weit auseinander) sich schon ein wenig geschlossen hat. Aber auch im „fortschrittlichen" Norden liebäugelt man damit. *„Der reine DM-Betrag als Forderung ist zwar politisch richtig, aber konkret nicht durchsetzbar"*, so ein Mitglied der Tarifkommission aus Hamburg. Und in Flugblättern zur Vorbereitung der Tarifrunde werden die Kollegen vollgestopft mit den sogenannten Zusatzforderungen.

Sondergeld absichern, mehr Urlaub etc. Alles notwendige Forderungen, die aber aus der Taktik der Gewerkschaftsführer dazu dienen sollen, die politische Stoßrichtung ihres Tarifverständnisses zu verschleiern.

Will man auch die unorganisierten Kollegen einbeziehen, so ist der Burgfrieden der Gewerkschaftsführer mit den Kapitalisten zu durchbrechen. Sowohl bei der Forderungshöhe als auch bei der Darstellung der allgemeinpolitischen und wirtschaftlichen Lage. Den Gegner bei den unorganisierten Kollegen zu suchen, führt zur Isolierung und Zurückdrängung des gewerkschaftlichen Gedankens.

In diesem Sinne ist der alljährlich wiederkehrende und noch nie von den Gewerkschaftsführern ernst genommene Fragebogen zur Forderungsfeststellung in den Betrieben zu beachten. Ebenso sollten wir auch auf der Mitgliederversammlung der Fachgruppe Versicherungen in Hamburg am 24. Februar 1977 vorgehen.

**HBV-Komitee**
**KB/ Gruppe Hamburg**

# Kampf den Massenentlassungen!

**Hamburg.** Angesichts der fortschreitenden Automatisierung in der Druckindustrie und der dadurch drohenden rapiden Vernichtung von Arbeitsplätzen, wobei die seit Anfang der 70-er Jahre wegrationalisierten 35.000 erst den Beginn der Entwicklung markieren, verabschiedete der Betriebsrat der Axel Springer AG am 12.1.77 eine Resolution zur Unterstützung des Kampfes der MAN-Kollegen gegen die Vernichtung von mehr als 300 Arbeitsplätzen im Kesselbau. Die Springer-Kollegen werden aufgefordert, sich breit an der Demonstration am 26. Januar zu beteiligen. Darüber hinaus soll auf der am 24.1. stattfindenden Delegiertenversammlung der IG DruPa die Teilnahme aller Hamburger Arbeiter und Angestellten der Druckindustrie auf Grundlage dieser Resolution beschlossen werden.

**Betriebszelle Springer**
**KB/Gruppe Hamburg**

AXEL SPRINGER VERLAG AG
BETRIEBSRAT

Hamburg, den 12.01.1977

Kopien:
dpa - Presse, Hamburg
IG Metall, Verw.-Stelle, Hamburg
IG Druck und Papier, HH
alle Vertrauensleute
ZO der IG Druck u. Papier
Pressestelle DGB

An die
Kolleginnen u. Kollegen
in Firma M.A.N.
z. H. des Betriebsrates
Hachmannkai

2000 Hamburg

RESOLUTION

Ausgehend von seinen eigenen Erfahrungen im Kampf gegen Massenentlassungen und um die Erhaltung von Arbeitsplätzen, hat der Hamburger Betriebsrat der Axel Springer Verlag AG über Eure Situation und die Absicht der M.A.N.-Geschäftsleitung diskutiert, 312 Arbeitsplätze im Kesselbau zu vernichten.

Aufgrund unserer eigenen Lage in der Druckindustrie, in der seit 1969/70 von 190 000 Arbeitsplätzen 35 000 durch Rationalisierungen seitens der Unternehmer verlorengegangen sind - und ein Ende dieser Entwicklung ist nicht abzusehen -, wissen wir sehr wohl, wie wichtig eine breite Unterstützung der im Kampf um ihre Arbeitsplätze stehenden Kolleginnen und Kollegen ist. Diese Auseinandersetzungen sind heute nicht mehr nur das Problem einer einzelnen Branche oder eines Industriezweiges, sondern sie betreffen alle Arbeitnehmer in der Bundesrepublik, und der Kampf um jeden Arbeitsplatz muß von ihnen gemeinsam - mit dem DGB und seinen Einzelgewerkschaften - geführt werden.

Wir werden deshalb unsere Kolleginnen und Kollegen dazu aufrufen, an der Demonstration am 26. Jan. 1977 teilzunehmen, da diese auch als Teil unseres Kampfes um die Erhaltung der Arbeitsplätze in der Druckindustrie angesehen werden muß. Wir wollen dazu beitragen, daß der 26. Januar 1977 zu einer machtvollen Demonstration gegen Arbeitsplatzvernichtung, für die Rechte und Forderungen der Arbeitnehmer, für die Sicherung der Arbeitsplätze und für das Recht auf Arbeit wird.

In solidarischer Verbundenheit

Betriebsrat der Axel Springer Verlag AG,
Betriebsstätte Hamburg

**IMPRESSUM**

Herausgeber – Druck – Verlag
J. Reents, Verlag ARBEITERKAMPF
2 Hamburg 50, Lerchenstraße 75
V.i.S.d.P.: Kai Ehlers, Verlagsadr.
Auflage: 24.000
Erscheinungsweise: 14tägig
Verkaufspreis: DM 1,–
Verlagskonten: Dresdner Bank: 461 8378, J. Reents und Postscheckkonto Hamburg: 240 595, J. Reents

# GEW

## Berufungsverhandlung in Sachen GEW Westberlin

**Westberlin:** Am 21.1. fand die Berufungsverhandlung gegen eine von westberliner GEW-Mitgliedern erwirkte einstweilige Verfügung, mit der dem Bundesvorstand untersagt wurde, einen neuen Landesverband der GEW in Westberlin aufzubauen, statt.

Innerhalb dieser Verhandlung wurde eine neue Argumentationslinie des Bundesvorstandes sichtbar. Hatte Frister bisher vertreten, daß dem Westberliner Landesverband aufgrund der Nichtübernahme der Bundessatzung g e k ü n d i g t werden mußte, wurde von seinen Anwälten vor Gericht jetzt sogar jede frühere Mitgliedschaft des Landesverbandes und jedes einzelnen Mitglieds in der GEW-Bund bestritten. Während die GEW-Westberlin früher kooperatives Mitglied der GEW gewesen sei, hätten sich die Strukturen der GEW nach dem Kölner Kongreß geändert. Danach könnten die Landesverbände zwar Gliederungen der GEW-Bund sein, sie müßten aber nicht. Daraus wird abgeleitet, daß der Landesverband Westberlin durch die Übernahme der Bundessatzung erst Mitglied der GEW-Bund geworden wäre! Weiterhin, daß somit die Mitglieder der GEW-Westberlin niemals Mitglieder GEW-Bund gewesen seien. Somit hätten die Kläger, die Mitglieder der GEW-Westberlin sind, überhaupt kein Recht, auf weitere Mitgliedschaft in der GEW-Bund zu klagen. Weiterhin wurde vorgetragen, daß durch die einstweilige Verfügung (Verbot einen neuen Landesverband zu gründen) das Koalitionsrecht verletzt würde, da der GEW-Bund verwehrt wird, einen eigenen Landesverband in Westberlin aufzubauen.

Nach den Ausführungen des Bundesvorstandes in diesem Prozeß müßte man davon ausgehen, daß in Köln ein Geisterverband ohne Mitglieder (aber mit dem Geld der GEW-Mitglieder !!!) „gegründet" wurde, dem verbände und deren Mitglieder durch Zustimmung zur neuen Bundesatzung „beigetreten" sind. Zwar hat niemand die Auflösung der alten, Gründung einer neuen GEW und Beitritt in diese bemerkt, aber – Schwamm drüber – der Frister sagt uns ja jetzt, ein paar Jahre später, dankenswerter Weise bescheid, was gelaufen ist.

Natürlich war auch die Praxis des Bundesvorstands immer eine andere gewesen. So stellte er schon bald nach dem Kölner Kongreß zentral Mitgliedsausweise aus. Ebenso ersetzte er die Beitragserhebung durch ein zentrales Verfahren, zu einem Zeitpunkt als noch kaum ein Landesverband die Bundessatzung anerkannt hatte, also „Mitglied" war...!

Weiterhin gab er in der „Erziehung & Wissenschaft" (Zeitung der GEW-Bund) die Mitgliedszahl der GEW-Bund jeweils als Summe der Mitglieder der einzelnen Landesverbände an, unabhängig davon, ob sie die Bundessatzung schon anerkannt hatten oder nicht. Tatsächlich ist die gesamte Darstellung des Bundesvorstands ein totaler Witz oder aber das Eingeständnis eines grandiosen Betrugsmanövers.

„Festgehalten werden muß, daß der Kölner Kongreß niemals berechtigt war, derart einschneidende Veränderungen der Satzung herbeizuführen (bis hin zur Auflösung der einzelnen Landesverbände), außer es wäre dort über die N e u g r ü n d u n g eines Verbandes beraten worden, was nachweislich nicht stimmt.

Im weiteren wurde von den Anwälten des Bundesvorstandes die Zuständigkeit des Westberliner Zivilgerichts in Zweifel gezogen. Ihrer Meinung nach müsse dieser Rechtsstreit vor einem Arbeitsgericht entschieden werden. Die Kläger seien in dem Verfahren überhaupt nicht klageberechtigt.

Bei Redaktionsschluß war das Urteil noch nicht bekannt. Jedoch hat die Geschäftsstelle der GEW-Westberlin verlauten lassen, daß die einstweilige Verfügung aufgehoben worden sei. Es war für uns nicht mehr nachprüfbar, ob dies den Tatsachen entspricht, oder ob hiermit gezielt Gerüchte zur Verwirrung der Mitglieder verbreitet werden.

Sollte sich ein negativer Ausgang dieses Prozesses bewahrheiten (was allerdings noch nichts über den gesamten Prozeß aussagt), werden sicherlich die Stimmen derjenigen wieder lauter werden, die die Einschaltung der bürgerlichen Gerichte aus gründsätzlichen Erwägungen überhaupt abgelehnt haben und ablehnen. Wir sind der Meinung, daß Erfolg oder Mißerfolg des beschrittenen Weges nicht ausschließlich vom Ausgang dieses Prozesses abhängig gemacht werden kann. In einer Bilanz des gesamten Vorgehens muß nach wie vor berücksichtigt werden, daß durch Beschreiten des gerichtlichen Weges dem Bundesvorstand die Durchsetzung der Bundessatzung erschwert wurde, und daß dieser Konflikt zumindest zu einer Wiederbelebung des Wiederstands gegen die Unvereinbarkeitsbeschlüsse und den Abbau der innergewerkschaftlichen Demokratie beigetragen hat.

**Bündniskommission des KB**

## GEW-Vorstand verbietet Referendarkongreß

**Kiel.** Im Frühjahr letzten Jahres ordnete das Kieler Kultusministerium eine „Landverschickungsaktion" für alle angehenden Gymnasialreferendare an. Jeder Referendar muß danach im ersten Jahr seines Referendariats irgendwo in der Walachei 16 Stunden eigenverantwortlichen Unterricht ableisten, ohne dabei irgendwie betreut zu werden. Und das bei einer gleichzeitigen Kürzung der bisherigen Vergütung um ca. 400,- DM. Durch diesen Einsatz der Referendare als „Lehrer-Feuerwehr" bezweckt das KuMi die Einsparung einer Reihe dringend zu besetzender Lehrerstellen und eine Verschleierung des tatsächlichen Ausmaßes des Unterrichtsausfalls. Im August (zu Beginn der ersten Landverschickung) beschloß der AJLE Schleswig-Holstein die Durchführung eines Erfahrungsaustausches der Betroffenen zu ermöglichen und über Kampfmaßnahmen zu beraten. Hierzu wurde ein Fragebogen erstellt und an alle betroffenen Referendare verschickt. Die überdurchschnittlich hohe Rücklaufquote des Fragebogens von über 50 % zeigt das starke Interesse der Referendare an diesem Kongreß. Der Kongreß-Termin wurde daraufhin für den 23. Januar angesetzt, also vor Beginn der zweiten Verschikkung.

Am 20.12. jedoch schickte der Geschäftsführende Landesvorstand (GLV) der GEW Schleswig-Holstein einen Brief an die AJLE-Landesvorsitzende M. Gosch, in der er ihr mitteilt, daß der GLV die inhaltliche Vorlage zur Durchführung des Kongresses für „unzureichend" und den geplanten Termin für „nicht realisierbar" hält.

Eine inhaltliche Begründung für die Absetzung des Kongresses findet sich in dem Brief nicht.

Dafür wird aber angekündigt, daß der 2. Landesvorsitzende Klaus Karpen „in Kürze" eine neue Vorlage erarbeiten werde, und daß der Kongreß (unter Leitung des GLV, versteht sich) frühestens im März (d.h. nach der Fortsetzung der Vertreterversammlung zur Übernahme der Bundessatzung) stattfinden könne. Dem AJLE wird es weiter untersagt, selbständig irgendwelche Maßnahmen zur Vorbereitung des Kongresses zu unternehmen.

Mit diesem Verbot leistet der GLV dem Kultusministerium willkommene Schützenhilfe bei der Verhinderung von Kampfmaßnahmen der Referendare. Darüberhinaus geht es ihm darum, den AJLE als oppositionelles Potential innerhalb der GEW auszuschalten. Schon auf der Vertreterversammlung im November wurde die AJLE-Vorsitzende von den (mehrheitlich rechten) Delegierten nicht bestätigt und ihr somit das Mandat verweigert. Das war der erste Warnschuß. Mit diesem neuen Schritt versucht der GLV, jede selbständige Aktivität des AJLE zu unterbinden, was auch voll dem Bundessatzungskurs des GLV entspricht.

**Lehrergenosse**
**KB/Gruppe Hamburg**

## Gewerkschaftsausschlußverfahren gegen Professor Sigrist

Die Vorsitzende des Landesverban- zu diesem Gesellschaftssystem herge-

Recht, auf weitere Mitgliedschaft in der GEW-Bund zu klagen. Weiterhin wurde vorgetragen, daß durch die einstweilige Verfügung (Verbot einen neuen Landesverband zu gründen) das Koalitionsrecht verletzt würde, da der GEW-Bund verwehrt wird, einen eigenen Landesverband in Westberlin aufzubauen.

Nach den Ausführungen des

Betrugsmanövers.

„Festgehalten werden muß, daß der Kölner Kongreß niemals berechtigt war, derart einschneidende Veränderungen der Satzung herbeizuführen (bis hin zur Auflösung der einzelnen Landesverbände), außer es wäre dort über die N e u g r ü n d u n g eines Verbandes beraten worden, was nachweislich nicht stimmt.

durch Beschreiten des gerichtlichen Weges dem Bundesvorstand die Durchsetzung der Bundessatzung erschwert wurde, und daß dieser Konflikt zumindest zu einer Wiederbelebung des Wiederstands gegen die Unvereinbarkeitsbeschlüsse und den Abbau der innergewerkschaftlichen Demokratie beigetragen hat.

Bündniskommission des KB

Gewerkschaftsausschlußverfahren gegen Professor Sigrist

Die Vorsitzende des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen der GEW, Ilse Brusis, hat bei der Landesschiedsstelle ein Ausschlußverfahren gegen den Münsteraner Professor Sigrist gestellt. Vorgeworfen wird ihm seine Mitgliedschaft in einem „Komitee gegen Folter an politischen Gefangenen in der BRD", weiterhin habe er *„den kriminellen Charakter der RAF legitimiert"* und *„deren Handlungen politisch zu legitimieren"* versucht, Artikel über die Repression in der BRD verfaßt, wobei es ihm *„im wesentlichen um eine Abqualifizierung der bestehenden verfassungsmäßigen Ordnung sowie ihrer Organe als Faschismus und Imperialismus"* ginge. *„Da lt. Satzung der GEW das Bekenntnis zur freiheitlich demokratischen Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes Voraussetzung für die Mitgliedschaft in der GEW ist, muß die Unterstützung und Legitimierung des Kampfes gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung sowie die Abqualifizierung dieser verfassungsmäßigen Ordnung als satzungswidrig (!) und gewerkschaftsschädigend (!!) angesehen werden"*, fährt die Vorsitzende in ihrem Brief fort. Damit ist dies (unseres Wissens) der erste Ausschlußantrag, der weder mit den Unvereinbarkeitsbeschlüssen noch mit konkretem „gewerkschaftschädigendcn" Verhalten begründet wird, sondern allein aus der Stellung zu diesem Gesellschaftssystem hergeleitet wird.

Deutlicher kann von der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführung nicht mehr gemacht werden, daß es ihnen bei den Unvereinbarkeitsbeschlüssen niemals um wirkliche Gewerkschaftsfeinde ging, sondern daß allein eine gegen dieses System gerichtete Weltanschauung genügt, um Ausschlüsse auszusprechen. Für die Zukunft kann dies bedeuten, daß jeder vom Berufsverbot Betroffene automatisch aus der Gewerkschaft ausgeschlossen wird, da ihm/ihr dadurch bescheinigt wird, nicht Gewähr dafür zu bieten, jederzeit für die freiheitlich demokratische Grundordnung einzutreten.

Besonders verschärfend kommt in diesem Fall noch hinzu, daß gegen Professor Sigrist gleichzeitig noch ein Verfahren wegen „Beleidigung der Polizei" (er hatte den Tod des Arbeiters G. Routhier, der nach einer polizeilichen Räumung eines Gerichtssaals in Duisburg an Folgen der Verletzungen gestorben war, als Mord bezeichnet) und in gleicher Sache ein Disziplinarverfahren des Wissenschaftsministeriums läuft.

Gegen dieses Zusammenspiel zwischen Staatsapparat und Gewerkschaftsführung haben der Stadtverband der GEW Münster und die Evangelische Studentengemeinde in Nordrhein-Westfalen protestiert.

## Krankschreibe-Aktion gegen drohende Schulschließung

**Hamburg:** Schon seit Anfang 76 sind die beiden Volks- und Realschulen Eulenkamp und Königsländer Schule von der Schulschließung bedroht, weil angeblich im Kreis Wandsbek „der Nachwuchs" fehlt. In zahlreichen Schreiben an die Schulbehörde und an die Bezirksversammlung. wehrten sich Eltern, Lehrer und Schüler der beiden Schulen dagegen, wobei die Schulbehörde mal der einen, mal der anderen Schule Hoffnung auf Weiterbestehen machte. An der Tatsache, daß eine Schule „dran glauben müßte, ließ sie jedoch keinen Zweifel" („Hamburger Abendblatt", 7.10.76).

Am 1.12. entschied sich dann die SPD/FDP-Fraktion der Bezirksversammlung Wandsbek für den Eulenkamp. Diese Schule soll von 1977 an „leerlaufen" und künftig als Handelsschule „umgenutzt" werden (HA, 2.12.76).

Auch eine daraufhin stattfindende Demonstration von Eltern, Schülern und Lehrern der Schule Eulenkamp änderte nichts an dem Zustandekommen des endgültigen Beschlusses der Wandsbeker Bezirksversammlung am 18.1.77.

Nach Bekanntwerden dieses Beschlusses erschien das 20-köpfige Kollegium am nächsten Tag nicht in der Schule – den Kolleginnen und Kollegen war angesichts der Situation so übel geworden, daß eine Krankmeldung nach der anderen in der Schule eintraf. Die Schulleiterin fand sich alleine in der Schule vor! Nur unter Protest hielten vier von einer anderen Schule abgeordnete Lehrer und Referendare (!) den Unterrichtsbetrieb aufrecht („Welt", 20.1.77).

Auf diese in Hamburg bisher einmalige Aktion der Lehrer reagierte Schulsenator Apel, der bei ähnlichen Aktionen im Sommer 75 Eltern mit Bußgeldbescheiden drohte, weil diese ihre Kinder zum Schulstreik aufriefen, prompt: Er verlangt von den Kollegen ein ärztliches Attest, obwohl dies erst bei einem mehr als dreitägigen Fehlen vorgeschrieben ist. *„Es ist wohl äußerst ungewöhnlich, daß alle Lehrer einer Schule gleichzeitig krank sind. Die am Mittwoch nicht zum Dienst erschienenen Mitglieder des Kollegiums Eulenkamp werden infolgedessen von der Behörde unverzüglich schriftlich aufgefordert, für diesen Arbeitstag ein ärztliches Attest beizubringen. Es wird möglicherweise den Personalakten beigefügt"* („Welt", 20.1.77).

Am nächsten Tag erschienen in der Schule zwei Schulaufsichtsbeamte mit einer Protokollführerin (!), *„um jeden der am Vortage ferngebliebenen Lehrer dienstlich zu befragen. Dabei ging es um die jeweilige Krankheit, deren Nachweis durch ein ärztliches Attest, ferner um mutmaßliche Absprachen innerhalb des Kollegiums am Mittwoch geschlossen dem Unterricht fernzubleiben. Da es sich dabei noch nicht um disziplinarische Ermittlungen handelte, wurde den Lehrern die Anwesenheit eines Personalratsmitglieds oder eines Anwalts bei den Befragungen verwehrt. Von der Schulbehörde wurde in diesem Zusammenhang erklärt, außerhalb disziplinarischer Vernehmungen sei jeder Lehrer verpflichtet, auf Fragen des zuständigen Schulaufsichtsbeamten zu antworten"* („Welt", 21.1.77).

Der Nachweis, daß es einem bei einer derartigen Schulpolitik kotzübel wird, dürfte eigentlich nicht schwerfallen!

Inzwischen haben sich Eltern und Schüler hinter die Lehrer gestellt; der Schülerrat beschloß, für den folgenden Tag *„die Arbeit niederzulegen"* („Hamburger Morgenpost", 20.1.77).

**Lehrerkomitee**
**KB Gruppe Hamburg**

## Ausgeschlossener wieder aufgenommen

**Hamburg.** Mit 27 gegen 7 Stimmen bei 2 Enthaltungen hat der Landesvorstand der GEW Hamburg den Wiederaufnahmeantrag eines vom Bundesvorstand ausgeschlossenen Kollegen angenommen.

Der Kollege war am 29.11.75, nur drei Tage nach der Annahme der Bundessatzung durch den Hamburger Landesverband vom Bundesvorstand gegen den ausdrücklichen Willen der Landesvertreterversammlung und des Landesvorstandes zusammen mit 13 weiteren Kollegen und Kolleginnen ausgeschlossen worden. Dies unter Umgehung des vom HHer Landesverband beschlossenen Ausschlußverfahrens, d.h. unter Bruch des sog. „Hamburger Kompromiß".

In der Folgezeit nahm er allerdings bis zum August 76 weiterhin an den Versammlungen der Fachgruppe Hochschulen teil, deren Mitglieder ihm in mehreren Abstimmungen das Gast- und Rederecht gewährten. Erst auf Initiative der „Alternative", ein Zusammenschluß reaktionärer Gewerkschafter gegen die linksliberale Politik des Hamburger Vorsitzenden Lemke, wurde dieser Fall wieder zu einem „Problem". „Alternative"-Mitbegründer Petersen (gegen ihn wurde von der LVV ein Ausschlußantrag gestellt, da er Namen linker Studenten sammelte, um sie für einen Gewerkschaftsausschluß preiszugeben) stellte einen Ausschlußantrag gegen den Vorsitzenden der Fachgruppe Hochschulen, da dieser dem Ausgeschlossenen auf Versammlungen der GEW Gast- und Rederecht gewährte. Dabei konnte er sich auf einen entsprechenden Beschluß des Bundesvorstandes stützen.

Nachdem die Fachgruppe unter dem Druck Petersens den Kollegen einmal auslud, ließ sie ihn mit der großen Mehrheit der Mitglieder bei der nächsten Versammlung wieder teilnehmen, allerdings erst, nachdem er einen Aufnahmeantrag beim Landesvorstand gestellt hatte.

Diesem stimmte dann der Landesvorstand zu. Dies ist wesentlich darauf zurückzuführen, daß seit der Verabschiedung der Bundessatzung im Hamburger Landesverband die Diskussion um die Unvereinbarkeitsbeschlüsse nie abgebrochen ist und die linken Sozialdemokraten durch das Vorgehen Fristers ihren „Kompromiß" in Gefahr sehen.

Sicher kann man jedoch sein, daß die „Alternative" diese Entscheidung nicht hinnehmen wird. Darauf deutet schon jetzt die massive Einschaltung der Springerpresse hin. Unter den Überschriften *„Erst raus aus der GEW - dann rein in die GEW"* („Welt" 18.1.76), *„GEW riskiert Kraftprobe"* („Hamburger Abendblatt") und *„Lehrergewerkschaft nahm Linksradikalen wieder auf"* („Bild") wurde die Hamburger Öffentlichkeit „informiert". „Bild" wußte auch schon: *„Frister ist eingeschaltet worden"*. In einem Kommentar hetzt sie weiter: *„Weil ein Mann die Kommunisten unterstützte, wurde er aus der Lehrergewerkschaft gefeuert. GUT. Derselbe Mann wurde wieder aufgenommen ... SCHLECHT. Die Gewerkschaft begnügte sich mit einer Erklärung des Mannes - aber sie überprüft sie nicht. GANZ SCHLECHT."*

Die reaktionäre Clique um die „Alternative" baut darauf, daß Lemke und die linken Sozialdemokraten nicht die Courage haben, sich mit dem Bundesvorstand anzulegen. Den ersten Schritt hat der Landesvorstand jetzt getan. Es muß in der GEW dafür gesorgt werden, daß er sich weiterhin an das Votum der Mitglieder (wie es in mehreren Beschlüssen der LVV zum Ausdruck gekommen ist) halten und vor der Auseinandersetzung mit Frister nicht umfallen wird.

**Lehrerkomitee**
**KB/Gruppe Hamburg**

# Bau

## Tarifforderungen im Baugewerbe: mindestens 10 % !

Das sind die Ergebnisse der bisher bekannt gewordenen Diskussionen an der Basis der IG Bau-Steine-Erden über die Forderungen für die kommenden Tarifverhandlungen. In einigen Fällen gingen die Kollegen jedoch weiter. So werden gefordert:

- in fünf **Westberliner** Stadtbezirksversammlungen: 250,-DM bzw. rund 1,50DM/Stunde Festgeld;
- Bezirksverbandstag **Essen** : 10,5%, nicht aber unter 9%;
- **Duisburg-Süd** : mindestens 10%, 26 Pfg. Vorweganhebung, 500,- DM für Lehrlinge im 1. Lehrjahr, 13. Monatsgehalt in höchstens zwei Stufen;
- der Landesverband **Baden-Württemberg** fordert einen Lohnabschluß, der „deutlich über dem der beiden Vorjahre" liegt, 13. Monatsgehalt, eine Anhebung des zusätzlichen Urlaubsgeldes von 25% auf 40%.

Tariferhöhungen in mindestens dieser Höhe sind jetzt auch dringend notwendig, nachdem die Lohnraubabschlüsse der letzten Jahre (1976 = 5,3%) dazu geführt haben, daß einzelne Kollegen seit 1973 Einkommensverluste bis zu 600 DM im Monat hinnehmen mußten.

Aber während die Diskussionen an der Basis noch anhalten und die BSE-Zeitung „Grundstein" sich über Forderungen ausschweigt, scheint für den Vorsitzenden Sperner bereits alles klar. „Mit großer Wahrscheinlichkeit" wird Sperner eine Erhöhung um 9% fordern, meldete das „Hamburger Abendblatt" am 18.12.76. Und auch die örtlichen Funktionäre wiegeln kräftig ab. Mehr als 5,5 bis 6% seien sowieso nicht drin, weshalb dann so hohe



Effektivlöhne auf dem Bau: vom 2. auf den 18. Platz in der Lohnskala gerutscht

Forts. von S. 22

Forderungen. Begründet wird das ganze mit Argumenten, wie sie genausogut von Kapitalistenseite kommen könnten. Da ist von der „miserablen wirtschaftlichen Lage der Bauindustrie" die Rede, von den vielen Konkursen und von der „Gefahr des Arbeitsplatzverlustes". Den Gipfel derartiger Argumentationen bildet das kommentarlose Einrücken von Meldungen über eine angebliche Abschwächung des Preisauftriebs in dem „Grundstein"-Artikel über die Kündigung der Tarifverträge.

**Angesichts dieser schon seit Jahren anhaltenden „maßvollen" Tarifpolitik der BSE-Führung ist es wirklich kein Wunder, daß die Effektivlöhne im Baugewerbe vom zweiten Platz Anfang der 50er Jahre auf den 18. Platz der Lohnskala gedrückt wurden.** Aber: Die „maßvollen" Tarifabschlüsse der letzten Jahre haben nicht genutzt. Seit 1971 gibt es 400.000 Arbeitsplätze am Bau weniger und gegenwärtig 65.000 Arbeitslose!

**Kollegen aus Westberlin und Wohnungskommission**

# „Baukrise"? – Nur für die Kollegen

**Holzmann AG, Frankfurt.** Wie schon bei der Betriebsversammlung der Arbeiter vor einigen Monaten (Angestellte, Schalungsbetrieb und ausländische Kollegen haben aus Spaltungsgründen eigene Versammlungen) gab es auch diesmal wieder einige Proteste von Kollegen, die aber vorher nicht untereinander abgesprochen waren.

So gab es Beschwerden wegen nicht gezahlter Auslösungen, wegen des niedrigen Weihnachtsgeldes usw.

waren.
So gab es Beschwerden wegen nicht gezahlter Auslösungen, wegen des niedrigen Weihnachtsgeldes usw.

Ein Kollege sprach nach der Rede von Vorstandsmitglied Seifert, der stundenlang die „Baukrise" bejammert hatte, dann aber die Riesenaufträge von Holzmann auf den Tisch legte und auch bei den Inlandsaufträgen zugab, daß es wenig Rückgänge gab, sondern lediglich die Aufträge kleiner seien, man dafür aber mehr angenommen habe. Der Kollege zeigte auf, was das „Krisenjahr" 75/76 für die Holzmann-Kapitalisten gebracht hatte: Der Inlandsbestand hat sich um 2% erhöht; der Auslandsbestand um 56%; der Reingewinn betrug 7,6 Mio. DM, für die 50 DM Aktie wurden wie immer sieben Mark Gewinn ausgeschüttet, und die Vorstandsmitglieder haben erneut über 400.000 DM in der Tasche (pro Mann versteht sich). Die Investitionen des Konzerns haben sich um42,9 % erhöht. Im Jahr '75 bereits wurde bei 3,5% höherer Arbeiterzahl die Jahresbauleistung um 5,7% erhöht, was konkret heißt, daß aus jedem Arbeiter pro Kopf 1050,-DM mehr rausgeholt worden waren als im Vorjahr!

**Das heißt im Klartext nichts anderes, als daß die „Krise" des Konzerns mit allen Konsequenzen auf den Knochen der Arbeiter ausgetragen wurde .**

Der Kollege legte am Ende seiner Rede dar, daß dies den Holzmann-Bossen noch nicht reicht. Denn sie haben angefangen, Refa-Fachleute auf die Baustellen zu schicken, die jeden Handgriff der Kollegen kontrollieren. Die Karten sind schon für den Computer vorgefertigt und werden an den angekreuzten Stellen ausgestanzt. Ein Bauleiter versuchte den Kollegen weiszumachen, daß es sich bei dem Aufschreiben „lediglich um Kapazitätsberechnungen" handle. Mit dieser Antwort war schon früher abgewiegelt worden, weil tatsächlich einige „Kapazitätsberechner" auf den Baustellen rumlaufen. Die Karten der Refa-Fachleute sind ganz andere. Dort steht z.B. drauf: „*Wege von und zum Magazin, Wege außerhalb des Arbeitsbereichs, unsachliche Gespräche, Warten auf Kollegen, Unpünktlichkeit bei Schichtbeginn, Überziehen der Pausen, unbegründet ohne Tätigkeit*" usw., das alles versehen mit einer Notenskala, sowie mit Personalnummer und Namen jedes einzelnen Arbeiters! Zum Beweis wurde die Karte in der Versammlung hochgezeigt und später rumgegeben.

einer Notenskala, sowie mit Personalnummer und Namen jedes einzelnen Arbeiters! Zum Beweis wurde die

Trotz Applaus für den Beitrag des Kollegen gingen weder der Betriebsrat noch Geschäftsleitungsmitglied Seifert auf den Beitrag des Kollegen konkret ein, sondern mogelten sich dran vorbei.

BR Avemaria versprach für das nächste Jahr eine große Weihnachtsfeier...

Inzwischen wurde bekannt, daß Holzmann seine Verwaltung ausdehnen muß und deshalb in Frankfurt neu baut! Aber noch während der Weihnachtsfeiern der Baustellen kamen Oberpoliere und Bauleiter – die vorher von der Geschäftsleitung auf einer besonderen Versammlung instruiert worden waren – wieder mit der alten Leier, daß wir „jetzt alle gemeinsam für uns (?) und den Betrieb (?)" alles geben müssen, weil halt „die Laumänner" eben rausmüßten, und das gilt auch für die alten Kollegen, weil man auf die als erste verzichten will. Brutaler gehts kaum noch – und das auf einer Weihnachtsfeier. Vielen Kumpels ist der Bissen im Halse stecken geblieben, einige haben sich sehr frühzeitig abgesetzt.

Wilfried Guth, im Vorstand der Deutschen Bank und im Vorstand der Holzmann AG, rechnet im „Spiegel" 53/76 für 1977 wieder mit vier bis fünf Prozent Wachstumsrate für die Wirtschaft; für seinen Geldbeutel sind das einige zehntausend. Den miesen Tarifabschluß in der Stahlindustrie von 6% und einen Tag mehr Urlaub hält er für „nicht konjunkturgerecht". Trotzdem gibt er frech zu: „Die Stimmung ist eben schlechter als die Lage."

Es gibt also für die Baukollegen einiges anzupacken.

**KB/ Gruppe Frankfurt**



# ausländische Arbeiter in der BRD

## Aufnahmelager Zirndorf geschlossen!

Auf Anweisung des bayrischen Sozial(?)-Ministeriums ist am 11.1.77 das Bundessammellager für asylsuchende Ausländer in Zirndorf (Kreis Fürth) bis auf weiteres geschlossen worden. Das derzeit mit 501 Personen belegte Lager ist eigentlich nur für 400 vorgesehen („Süddeutsche Zeitung", 12.1.77).

Die Zahl der Asylsuchenden ist in den letzten vier Jahren um 100% von 5.298 im Jahr 1972 auf 11.123 im Jahre 1976 gestiegen. Im Moment liegen dem Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge 3.366 Klagen gegen bereits gefällte Entscheidungen vor.

Als äußere Ursache für die Schließung des Lagers wird angegeben, daß andere Bundesländer, Baden-Württemberg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein, in den letzten Tagen ihnen „zugewiesene" Asylsuchende nicht „abriefen". Tatsache ist jedoch, daß das bayrische Innenministerium einen Gesetzentwurf zur Beschleunigung und Vereinfachung des Asylanerkennungsverfahrens durchbringen will.

Die z.T. jahrelangen Wartezeiten vor Entscheidung des Aufnahmeantrags soll durch den neuen Gesetzentwurf verkürzt werden, indem man die Einspruchsmöglichkeiten des Asylsuchenden verringert.

- Keine Verschärfung des Asylrechts
- Für menschenwürdige Zustände in den Aufnahmelagern!

**KB / Gruppe Nürnberg**

## Rechtshilfefonds

Die ESG Stuttgart hat zur Schaffung eines Rechtshilfefonds für „aus rassischen, religiösen, politischen oder sozialen Gründen" verfolgte ausländische Studenten aufgerufen. Der Fonds soll zur „*Ermöglichung sachgerechter juristischer Beratung und Vertretung und damit verbundener materieller Hilfe*" dienen und aus Spendensammlungen und Veranstaltungen finanziert werden. (Nach „iz3w", Nr. 58/Dez. 76)

Informationen über:

Evangelische Studentengemeinde
Kniebisstraße 29
7000 Stuttgart 1

Spenden an:
ESG-Ausländerrecht, Bank für Gemeinwirtschaft Stuttgart,
Nr. 1088 309 000/01



**Die Jugoslawin Marija Cizmadija mit ihren Söhnen, die in der BRD geboren und aufgewachsen sind, hat 15 Jahre lang als Putzfrau deutsche Büros saubergemacht, jetzt stellte sie einen Einbürgerungsantrag. Trotz Zustimmung des Arbeitsamtes sieht das Polizeipräsidium Mainz die Interessen der BRD gefährdet:** „*Die weitere Anwesenheit der Ausländerin beeinträchtigt die Belange der Bundesrepublik Deutschland, da dies zu einer Einwanderung führen würde.*" **Zur Situation ihrer 7- und 11-jährigen Söhne heißt es:** „*Ihre Kinder, die bislang in Deutschland leben und deutsche Schulen besuchen, sind in ihrer Umgebung und Umwelt noch längst nicht in solchem Umfang eingegliedert, daß sie ihrem jugoslawischen Heimatstaat (?!) völlig entfremdet wären. Die Aufenthaltserlaubnis wird versagt, die Ausländerin hat mit ihren Kindern bis zum 31.12.1976 die Bundesrepublik einschließlich Berlin zu verlassen.*" **(nach „Stern"52/1976)**

## Darmstadt: Antifaschistische Kundgebung

Am Sonntag, dem 9.1.77 wurde Die Kundgebung war mit dem fa- gesamt waren 110 Bullen mit Wasser-

Darmstadt: Antifaschistische Kundgebung

Am Sonntag, dem 9.1.77 wurde anläßlich des Besuchs des Europaführers der türkisch-faschistischen MHP, Enver Altayli, eine Protestkundgebung durchgeführt. Sie stand unter den Parolen: Verbot der türkischen Faschisten MHP und ihrer Tarnorganisation in der BRD! Schluß mit der Unterstützung der Faschisten durch die BRD-Regierung! Nieder mit der faschistischen MC-Regierung! Tod dem Faschismus!

Gut 200 Demonstranten beteiligten sich an der Aktion. Dazu aufgerufen hatten:

- Türkischer Arbeiterverein e.V., Darmstadt
- Verein der Studenten aus der Türkei, Darmstadt
- Iranischer Studentenverein
- Generalunion Arabischer Studenten
- Ausländerausschuß der THD
- ESG
- AStA der THD

außerdem KPD/ML, KBW und KB.

Die Kundgebung war mit dem fadenscheinigen Argument verboten worden, sie verstoße gegen das Feiertagsgesetz, da in der Nähe eine Kirche sei und die Kirchbesucher durch den Lärm belästigt werden würden.

Gegen 10 Uhr zogen die Demonstranten vor das Haus des türkisch-islamischen Kulturvereins (eine Tarnorganisation der MHP) und hielten dort eine Kundgebung mit mehreren Reden ab. Nachdem die Reden gehalten waren, zogen die Kundgebungsteilnehmer sich schon wieder zurück, obwohl der Faschist noch gar nicht auf der Veranstaltung erschienen war. Auch wurde die Möglichkeit einer anschließenden spontanen Demontration durch das naheliegende Arbeiterviertel nicht genutzt, da von einem Teil der Teilnehmer (KBW und Arbeiterverein) die Meinung vertreten wurde, man solle die Geduld der Bullen nicht übermäßig strapazieren.

Deren Auftreten war für Darmstädter Verhältnisse recht groß. Insgesamt waren 110 Bullen mit Wasserwerfern bei dieser Aktion eingesetzt, die jedoch zum großen Teil in einer Polizeistation in der Nähe in Bereitschaft lagen.

**KB/Gruppe Darmstadt**

## Darmstadt: MHP-Schläger

Am 2.1.77 wurden vier türkische Genossen, die vor einem Darmstädter Kino antifaschistische Flugblätter verteilten, von ca. 15 türkischen Faschisten überfallen. Diese waren mit Schlagstöcken, Ketten und Messern bewaffnet. Es gab auf beiden Seiten Verletzte. Die Polizei nahm zwei Antifaschisten (!) mit zur Wache, wo ihre Personalien aufgenommen wurden. Die Bullen ließen die türkischen Faschisten jedoch ungehindert abziehen.

**KB / Gruppe Darmstadt**

## Mönchengladbach: Nolte zahlte, wenn er wollte

In der Fa. Nolte (Textilfabrik) in Mönchengladbach sind z.Zt. 12 Frauen als Näherinnen beschäftigt. Davon kommen sechs Arbeiterinnen, die schon seit längerer Zeit in der Fabrik arbeiten, aus der Türkei. Seit etwa einem halben Jahr erfolgen die Lohnzahlungen der Arbeiterinnen nur unregelmäßig und nie vollständig, so daß letztlich alle Frauen außer den Türkinnen abhauten. Als dann auch das Weihnachtsgeld ausblieb und bei jeder Frau Lohnzahlungen in unterschiedlicher Höhe ausstanden, war der Geduldsfaden gerissen. Die Frauen gingen geschlossen zum Arbeitsamt und fragten dort um Hilfe nach. Das Arbeitsamt forderte die sofortige Zahlung der Löhne. Vereinbart wurde eine Zahlung in zwei Raten innerhalb einer Woche. Auf die letzte Rate warten die Frauen heute noch.

Eine türkische Frau bat die Chefin, ihr endlich den Lohn zu zahlen, da sie nicht einmal mehr Geld habe, Brot zu kaufen. Antwort der Chefin: „*Wenn Du noch in der Türkei wärst, müßtest Du auch hungern.*"

Die türkischen Frauen verließen zusammen die Firma, um sich eine neue Stelle zu suchen. Die anderen Frauen, die erst kurze Zeit bei Nolte arbeiteten, blieben dort und solidarisierten sich nicht.

Für die Frauen besteht jetzt das Problem, Arbeitslosenunterstützung zu bekommen, da sie eine fristgemäße Kündigung nicht eingehalten hatten. Außerdem bangen alle um das noch ausstehende Geld. Keine der Frauen ist gewerkschaftlich organisiert, da sie, wie sie sagen, kein Geld für den Gewerkschaftsbeitrag haben. Eine ganz große Sauerei ist: Obwohl das Arbeitsamt über die Vorgänge in der Firma informiert war, hatte es nichts Eiligeres zu tun, als gleich am nächsten Tag sechs neue Frauen in die Firma Nolte zu vermitteln.

**Sympathisanten des KB Gruppe Mönchengladbach**

# China Wann zerbricht der Block der Rechten?

Ein gutes Vierteljahr nach dem Rechtsputsch vom 7. Oktober scheint sich die Entwicklung in der VR China bereits gegen einige der Putschisten s e l b s t zu wenden: Anläßlich des ersten Todestages von Tschu En-lai Anfang Januar demonstrierten in Peking die Anhänger des im April vorigen Jahres abgesetzten Deng Hsiao-ping nicht nur für dessen vollständige Rehabilitierung, sondern auch für die Ablösung mehrerer führender Partei- und Staats-Funktionäre, die der Hua-Gruppe zuzurechnen sind.

Es handelt sich dabei insbesondere um:

– Wu Dö, Vorsitzender des Revolutionskomitees von Peking (entspricht der Funktion eines Bürgermeisters) und Mitglied des Politbüros des ZK der KPCh.

– Tschen Hsi-liän, Kommandant des Militärbezirks Peking und gleichfalls Mitglied des Politbüros.

– Liu Tschuan-hsin, Polizei-Chef von Peking und Stellvertretender Vorsitzender des Revolutionskomitees von Peking (nach „il manifesto", 12.1.77).

Diesen dreien wird vorgeworfen, für die Niederschlagung der Krawalle von Deng-Anhängern auf dem Pekinger Tiänanmen-Platz am 5. April vorigen Jahres verantwortlich gewesen zu sein.

Die Forderungen der Deng-Anhänger sind nicht ohne Grundlage. In der chinesischen Öffentlichkeit wird bereits massiv darauf hingearbeitet, eine „Neueinschätzung" des Zwischenfalls vom 5. April vorzubereiten. Nicht die Anhänger Dengs, sondern die Linken hätten angeblich die Ausschreitungen provoziert! Deng selbst erscheint, wenn auch nicht ausdrücklich ausgesprochen, mehr und mehr als eines von den zahlreichen angeblichen Opfern der „Viererbande". Die „Kampagne gegen Deng und den Wind von rechts", die seit dem Putsch vom 7. Oktober sowieso nur noch ein hohles Lippenbekenntnis war, wird inzwischen nicht einmal mehr der Form halber erwähnt.

Das gesellschaftliche Klima in China nach dem Putsch vom 7. Oktober ist für die Anhänger Dengs günstig, um auch mit Gegnern und Konkurrenten weit über die Reihen der „Viererbande" hinaus Rechnungen zu begleichen. Hua Guo-feng hat angekündigt, daß in diesem Jahr die KP Chinas „gesäubert" werden soll und daß Leitungsgremien wie die Revolutionskomitees neu gewählt werden sollen. Eine Neuverteilung der insbesondere durch die massenhafte Ausschaltung von Linken auf allen Ebenen freiwerdenden Posten steht an. Die Fraktionen und Interessengruppen, die zur Durchführung des Rechtsputsches vom 7. Oktober einen Block gebildet hatten, stehen sich inzwischen schon mit gezückten Messern gegenüber.



Was soll daran schlicht gewesen sein? Nach faschistischen Massakern an Chinesen in Indonesien demonstrierten vom 24. bis 28. April 1967 mehr als 600.000 Menschen vor der indonesischen Botschaft in Peking. Ähnliche militante Massenaktionen fanden 1966/67 auch vor zahlreichen anderen Botschaften in Peking statt. U. a. wurde dabei als Antwort auf die blutige Unterdrückung von Massenkämpfen in Hongkong die britische Botschaft in Peking in Schutt und Asche gelegt. Diese Aktionen werden heute als „konterrevolutionär" geschmäht, und Lin Biao wird dafür verantwortlich gemacht. Umso sympathischer wird er uns!

Die Auseinandersetzung findet statt auf dem Boden der Kampagne gegen die „Viererbande". W i e weit dabei z. B. konkret mit den Angriffen auf die Große Proletarische Kulturrevolution gegangen wird, w i e weit die faktische Rehabilitierung Deng Hsiao-pings getrieben wird, w i e scharf mit tatsächlichen oder angeblichen Linken zu verfahren ist – das alles bildet ein Gefechtsfeld für die Kämpfe der Fraktionen und Interessengruppen der Rechten.

Es hat im Übrigen wohl auch seinen Zweck, wenn jetzt ganz plötzlich wieder vielfach Angriffe gegen Liu Chao-tschi zu vernehmen sind (dem langjährigen Partner Deng Hsiao-pings!), obwohl Liu noch bis vor kurzem völlig vergessen schien.

W o genau die Fronten verlaufen, läßt sich kaum sagen. Auch der konkrete Unterschied zwischen der Hua-Gruppe und den Anhängern Deng Hsiao-pings läßt sich nur vermuten. Im Wesentlichen scheint es aber so zu sein; daß die Deng-Gruppe eher in den herkömmlichen revisionistischen Bahnen denkt, beispielsweise den spontanen, individualistischen kapitalistischen Elementen in der Landwirtschaft eher die Zügel schießen lassen will, das revisionistische „Prämien"-System im großen Stil einführen will, offen die Stellung von Technikern, Bürokraten etc. gegenüber den einfachen Werktätigen stärken will usw. Die Hua-Gruppe hingegen scheint mehr auf das Durchsetzen u n b e z a h l t e r Mehrarbeit durch politische Motivierung, auf verstärkte Durchsetzung des P l a n s auch in der Landwirtschaft und auf die Verpflichtung von Technikern, Bürokraten etc. auf ein relativ hartes, arbeitsames und bescheidenes Leben aus zu sein. In der Außenpolitik scheint die Hua-Gruppe die radikale antisowjetische, kriegshetzerische Linie zu repräsentieren („Sozialimperialismus Hauptfeind"), während die Deng-Gruppe eher zu Zugeständnissen und Einsichten geneigt sein könnte.

Im Gegensatz zu den Linken erfreuen sich die Deng-Anhänger größter Freiheiten beim Durchführen von Demonstrationen, Kleben von Wandzeitungen und bei direkter faschistoider Mordhetze gegen die „Viererbande" nach dem Vorbild der ungarischen Konterrevolution 1956. Zweifellos planen sie neue, noch stärkere Provokationen spätestens zum 5. April (1. Jahrestag des „konterrevolutionären politischen Zwischenfalls auf dem Tiänanmen-Platz") und 7. April (1. Jahrestag der Entmachtung Deng Hsiao-pings).

## Hexenjagd gegen die Linke

Die Kampagne gegen die „Viererbande" hat inzwischen in größerem Umfang auch deren wichtigste Anhänger auf den verschiedenen Ebenen erfaßt. Entsprechend der bisherigen Politik der KPCh wird auch jetzt die n a m e n t l i c h e Nennung eines Angegriffenen erst als letzte Stufe der Kampagne behandelt und bedarf der Genehmigung übergeordneter Gremien. In der ersten Phase wird der Angegriffene nur sehr unbestimmt umschrieben („jene Person"), in der zweiten Phase durch Beschreibungen immer deutlicher definiert, aber erst in der abschließenden Phase direkt beim Namen genannt. Anhand von Nachrichten chinesischer Rundfunksender (nach SWB) haben wir folgende erste Übersicht wichtiger Opfer der Kampagne zusammengestellt, die zweifellos nur die Spitze des Eisbergs deutlich macht – bei den Angegriffenen handelt es sich meist um hohe Funktionäre.

N a m e n t l i c h e Angriffe, außer gegen die „Viererbande" selbst, stellten wir bisher nur in drei Fällen fest:

– **Dschang Tiä-scheng.** Er wurde bekannt, weil er als Student im Herbst 1973 gegen die Prüfungsmethoden protestierte. Sein Beispiel wurde daraufhin breit propagiert und spielte, zusammen mit ähnlichen Beispielen, eine wichtige Rolle bei der Initiierung der Kampagne „gegen Konfuzius".

– **Weng Sen-ho,** Kader in einer Seiden-Fabrik in Hangtschau (Prov. Tschekiang), Delegierter beim 10. Parteitag der KP Chinas. Das Provinzparteikomitee von Tschekiang hat am 25. Dezember '76 beschlossen, ihn von allen Ämtern innerhalb und außerhalb der Partei abzusetzen, ihn aus der Partei auszuschließen und in Haft zu nehmen.

Weng Sen-ho und Dschang Tiä-scheng scheinen für die Rechten so wichtig zu sein, daß beide sogar ausdrücklich und namentlich in der Rede Hua Guo-fengs auf der 2. Dadschai-Konferenz, (25.12.76) als „neuentstandene Konterrevolutionäre" erwähnt wurden (vgl. „Peking Rundschau", Nr. 1/77, S. 35).

Sie dienen ganz offensichtlich als warnendes Exempel für die ganze Schicht junger Intellektueller, die während und nach der Kulturrevolution mit Hilfe der Linken aufgestiegen sind.

– **Liang Hsiao.** Er war einer der führenden journalistischen Propagandisten der „Linken" ( es ist auch moguch, daß sich hinter dem Namen ein Journalisten-Kollektiv verbirgt).

– **Ministerien.** Anhänger der „Viererbande" befanden sich insbesondere im **Kulturministerium.** Abgestufte Angriffe richten sich bisher gegen *„ihren treuen Gefolgsmann, „drei Vertrauensleute der Viererbande"* und *„einige Leute"* am Kulturministerium. Am **Erziehungsministerium** ist *„einer ihrer Bundesgenossen"* Ziel der Kampagne..

– Die beiden Pekinger Universitäten waren eine Hochburg der „Linken". Angegriffen werden *„die finsteren Gefolgsleute der Viererbande an den beiden Universitäten"* und speziell *„zwei Strolche an der Tsinghua-Universität".*

– Presse. Das Informationswesen scheint – wenn die Behauptungen der Rechten stimmen – in der Tat von der „Viererbande" kontrolliert worden zu sein. Yao Wen-yüan war der entsprechende Beauftragte des ZK, seinen Weisungen unterstand beispielsweise die Nachrichten-Agentur „hsinhua", das theoretische Parteiorgan „Honqi" (Rote Fahne) und das Fernsehen. In den Redaktionen hat es zweifellos zahlreiche Umbesetzungen gegeben, über die wir aber bisher keine Einzelheiten finden konnten.

– Prozinz **Schantung.** Angegriffen werden *„mehrere üble Personen in Tsingtao"*, die inzwischen verhaftet wurden, sowie *„jener schware Häuptling im Bezirk Taian"*; dieser wurde im Oktober 1971 bereits verhaftet (wahrscheinlich in Zusammenhang

Fortsetzung auf Seite 25



War Tschu En-lai (hier gemeinsam mit Genossin Djiang Tjing während der Kulturrevolution) ein verkapptes Mitglied der „Viererbande"? Am 28.11.1966 sagte Tschu auf einer Kundgebung in Peking: „... die oben erwähnten Errungenschaften der Revolution in Literatur und Kunst seien der Leitung der Genossin Djiang Tjing und der Unterstützung und Mitarbeit der revolutionären Linken in den Kreisen der Literatur und Kunst zu verdanken. Genossin Djiang Tjing hat sich selbst als Kämpferin und Künstlerin praktisch betätigt" (laut „Peking Rundschau" Nr. 50/1966, S. 11). Das war'n noch Zeiten ! ...

Fortsetzung von Seite 24

mit der „Affäre Lin Biao"), jedoch zweimal freigelassen, angeblich auf Intervention Wang Hung-wen's von der „Viererbande".

– Provinz **Liaoning**. Angegriffen wird *„ihr geschworener Gefolgsmann"*, dessen Bedeutung daran ersichtlich wird, daß er nicht nur als *„wichtiges Mitglied der Viererbande"* tituliert wird, sondern ironisch auch als *„Ober-Herr von Liaoning"*.

– In der Provinz **Kiangsi** werden speziell zwei *„treue Gefolgsleute der Viererbande"* angegriffen. Ausserdem wird berichtet, daß es sich bei einigen Anhängern der „Viererbande" in Kiangsi um frühere Anhänger Lin Biaos gehandelt habe. Unter den Angegriffenen befindet sich auch ein oder mehrere **Mitglieder des Provinzparteikomitees!**

–In der Provinz **Schansi** werden Anhänger der „Viererbande" **im Provinz - Parteikomitee** und in den Gewerkschaften angegriffen.

– In der Provinz **Kiangsu** wird ein Mitglied des Provinzkomitees der Jugendliga und ein **„Agent der Viererbande in Suchou"** angegriffen.Den Linken wird überdies vorgeworfen, sie hätten in Kiangsu die Gewerkschaften, die Bauernvereinigung, den Frauenbund, die Jugendliga und andere Massenorganisationen „manipuliert" und das Provinz - Parteikomitee „untergraben"!

– In der Provinz **Szetschuan** wird *„ein bestimmter Führer der Stadtverwaltung von Chengtu"* und *„die kleine Zahl von Personen in Chengtu"* angegriffen. Die Linken hätten außerdem in Szetschuan *„den Namen der Jugendliga usurpiert"*.

– In der Provinz **Anhwei** wird *„eine winzige Gruppe konterrevolutionärer Elemente in Huainan"* (Bergwerk) angegriffen.

– In **Hunan** wird ein oder mehrere **Mitglieder des Provinz - Parteikomitees** angegriffen.

– Die Provinz **Hupei** war am stärksten vom Einfluß und den Aktionen der Linken betroffen. Entsprechend hat dort das Provinz - Parteikomitee beschlossen, **„eine eigene Untersuchung über jene wenigen Personen in unserer Provinz..."** durchzuführen (d.h. zusätzlich zur zentral geführten „Untersuchung" gegen die „Viererbande" und ihre Anhänger).

Angegriffen werden u.a.: ein Abteilungssekretär des Parteikomitees einer Stahlfabrik in Wuhan (Provinzhauptstadt); Vertreter der Linken im Revolutionskomitee der Provinz und im Parteikomitee der Stadt Wuhan. In der Provinz Hupei scheinen die Linken außerdem eine Reihe leitender Gremien „gestürzt" und neu besetzt zu haben, was aber von den Rechten nicht als ordnungsgemäß anerkannt wurde. So den Berichten zufolge u.a. die Provinzleitungen der Gewerkschaften, das Revolutionskomitee der Provinz und das Revolutionskomitee des Kreises Chienli. Angegriffen werden außerdem noch *„Individuen an jener Zeitung in Wuhan"* (wahrscheinlich die Tageszeitung der Provinz).

– In der Provinz **Honan** wird eine Person angegriffen, **„die die Führung über Literatur und Kunst in unserer Provinz kontrollierte"**,sowie die Verantwortliche des Provinz - Parteikomitees für Organisationsarbeit. Außerdem *„ein hundsköpfiger Stabsoffizier, der ausschließlich mit dem Sammeln von Informationen für die Viererbande beschäftigt war"*. Das **Eisenbahnbüro von Chengchow** (Provinzhauptstadt und eisenbahnknotenpunkt) wurde vollständig neu besetzt, weil die „Viererbande" *„ihre Hand darauf gelegt"* hatte.

– In der Provinz **Tschekiang** werden

– In der Provinz **Yünnan** wird eine *„Person im Stadtparteikomitee von Kunming"* (Provinzhauptstadt) angegriffen, sowie *„der getreue Gefolgsmann der Viererbande in Yünnan"*; über ihn weiß man inzwischen, daß es sich um ein führendes Mitglied des Provinzparteikomitees handelt, der außerdem Kandidat des ZK und Mitglied des ständigen Ausschusses des Nationalen Volkskongresses ist.

– In der Provinz **Schensi** wird u.a. eine Person angegriffen, *„die von einer Fabrik in Schanghai in unsere Provinz versetzt wurde"*.

Bereits diese Aufstellung zeigt, daß sich unter den Angegriffenen eine Reihe hoher Funktionäre, bis zur Ebene der Provinzparteikomitees, befinden. Wohlgemerkt bezieht sich diese Aufstellung nur auf sozusagen „offizielle" Angriffe, die auch durch die Provinz-Sender und -Presse gehen. Das Spektrum der durch Wandzeitungen u.a. angegriffenen Personen ist weitaus breiter. Auch in diesem Punkt vollzieht sich bis auf die untersten Ebenen ein Kampf zwischen den unterschiedlichen Fraktionen und Interessengruppen der Rechten um Ausmaß und Schärfe der Kampagne ebenso wie um die einzuschlagende Taktik zur effektivsten und risikolosesten Zerschlagung der Linken.

## Massive Angriffe auf die Kulturrevolution

Der Angriff auf die ‚Viererbande" bedeutet, wie wir bereits unmittelbar nach dem Rechtsputsch vom 7. Oktober einschätzten, auch einen massiven Angriff auf die Kulturrevolution. Positive Urteile über die Arbeit der „Viererbande" und der Linken, insbesondere auch der ausschließlich von der Linken gestellten **'Gruppe für die Kulturrevolution beim ZK'**, die auch in Parteibeschlüssen klar formuliert niedergelegt sind, werden vollständig umgestoßen. Wie es möglich war, daß die „Viererbande", der jetzt die tollsten Verbrechen w ä h r e n d der Kulturrevolution angehängt werden, n a c h der Kulturrevolution ins Politbüro und in weitere Führungspositionen aufsteigen konnte, bleibt vorerst rätselhaft. W i e unsäglich makaber und widerwärtig das Ganze ist, zeigt ein Beispiel von Radio Peking, wo erst u.a. behauptet wird, die „Viererbande" habe während der Kulturrevolution (1966 bis 1968) „Strolche" aufgehetzt, Tschu En-lai anzugreifen und ihn nicht zum Einnehmen seiner Mahlzeiten und seiner Medizin kommen zu lassen, und daran anschließend wörtlich fortgefahren wird: **„Der große Führer Mao durchschaute und vermerkte alles. Schon (!!!) 1973 ermahnte er streng die Viererbande wegen ihrer kriminellen Aktivitäten gegen Premier Tschu"** (Radio Peking, 5.1.77, nach SWB, 11.1.77). Es läßt sich eben die Tatsache nicht überbrücken, daß die „Viererbande" erst n a c h dem Tod des Genossen Mao und erst acht Jahre nach dem Ende der Kulturrevolution entmachtet wurde. Entweder hat der Genosse Mao also sehr lange ein Auge zugedrückt, oder er dachte über die Rolle der „Viererbande" in der Kulturrevolution vielleicht einfach ganz anders als die Hua-Gruppe ?!...

Inzwischen sind aus den Anschuldigungen gegen die „Viererbande" eine Fülle von interessanten und wesentlichen Details über die Auseinandersetzungen während der Großen Proletarischen Kulturrevolution bekannt geworden, die u.a. die von uns stets behauptete Tatsache belegen, daß Lin Biao eng mit der „Viererbande" zusammengearbeit hat und 1971 wegen angeblicher l i n k e r Fehler (und nicht, wie bisher behauptet, wegen rechter !!) gestürzt wurde. So wird ihm jetzt u.a. erstmals eine „ultralinke" außenpolitische Linie (!) vorgeworfen, und zwar wird er u.a. für die militanten Massenaktionen gegen die Botschaften verschiedener imperialistischer und revisionistischer Länder in Peking 1966/67 verantwortlich gemacht. –Wir werden versuchen, für den nächsten AK einen Überblick über die vorliegenden neuen Informationen zur Großen Proletarischen Kulturrevolution zusammenzustellen.



**Das soll ein „Verbrechen der Viererbande" gewesen sein ?! Januar 1967: Die Revolutionäre haben das Rathaus von Schanghai erobert und übernehmen es.**

**Das soll ein „Verbrechen der Viererbande" gewesen sein ?! Januar 1967: Die Revolutionäre haben das Rathaus von Schanghai erobert und übernehmen es.**

# So sehens die anderen ...

Der KAB„D" hat sich nach anfänglichem Zögern und Ausflüchten endlich auch zur Verurteilung der „Viererbande" entschlossen („Rote Fahne", 15.12.76). Mit der Polemik wohl noch nicht ganz vertraut, spricht der KAB„D" freilich noch von „alten Verdiensten (der vier) in der Kulturrevolution", die ja bekanntlich von der Hua-Gruppe völlig bestritten werden. Ansonsten stellt der KAB„D" auch gleich einen praktikablen aktuellen Bezug her: *‚Die Viererbande' wandte die gleichen Methoden an, die wir im KABD unlängst von den Jacob-Liquidatoren kennengelernt haben"*. Den Rest des Artikels, der sich ausschließlich mit der „Einheit von Produktion und Revolution" befaßt, kann man vergessen.

***

Die **„Kommunistische Gruppe Bochum/Essen"** (KGBE) hat zu den Vorgängen in der VR China einen sehr witzigen Beschluß gefaßt: Einerseits wird j e d e Kritik an der Hua-Gruppe als *„übelste Diffamierung"* mit *„klar konterrevolutionärem Charakter"* bezeichnet. Andererseits lehnt es die KGBE aber auch – freilich mit entschieden weniger schroffen Worten – ab, sich jetzt schon der Verurteilung der „Viererbande" anzuschließen. Warten müsse man, *„bis die KP Chinas ihre Kritiken ausführlicher dargelegt hat und wir uns ein klares Urteil bilden können"*. Die KGBE will sich ihr Urteil anhand der Anklage-Materialien bilden, die von der Hua-Gruppe geliefert werden (oder warten die Genossen vielleicht darauf, daß die „Viererbande" ihnen auch noch i h r e Meinung zu den Vorgängen mitteilt ?!). Also e i n s e i t i g „informiert" soll das Urteil der KGBE schon auf jeden Fall sein, nur möchte man bitte erst noch m e h r einseitige „Informationen" haben, bevor man sich äußert.

***

Geäußert hat sich noch jemand von den Kleinen im Lande, die Gruppe um die Kölner Zeitung „Einheit" (Nov./Dez. 1976). Dort gibt man sich sehr wissenschaftlich, will *„keine vorgefertigten Antworten und bequemen Vereinfachungen"* geben, sondern den *„schwierigen Pfad einer grundsätzlichen, theoretisch begründeten Analyse der Entwicklung und Stellung Chinas"* beschreiten. Und übrigens ekelt man sich in Köln natürlich fürchterlich vor dem *„(Anti)Kommunistischen Bund"*, der *„krampfhaft nach Indizien sucht, die die eigene Prophezeiung – sprich die eigenen Vorurteile – bestätigen"*. Was ist dabei herausgekommen ? Jedenfalls keine Analyse der chinesischen Klassenkämpfe, sondern eine „kritisch" verbrämte Unterstützung

Was ist dabei herausgekommen ? Jedenfalls keine Analyse der chinesischen Klassenkämpfe, sondern eine „kritisch" verbrämte Unterstützung

des Rechtsputsches, der *„anscheinend"* notwendig gewesen sei. Die ärgsten Übertreibungen der Hua-Gruppe in ihrer Hetzkampagne gegen die „Vierer-Bande" weisen die Kölner Kulturmenschen ohne weiteres zurück. Wer will schon Scheiße essen? Aber der Koch, so meinen sie herauszuschmecken, sei *„anscheinend"* doch ganz in Ordnung. Mit ihrer versprochenen Analyse sind sie im ersten Teil des Artikels nur bis zu den deutschen (!) Bauernkriegen und Thomas Münzer vorgedrungen. Was wird uns der angekündigte zweite Teil bringen ? – Um das Positive aber nicht zu vergessen: Die „Einheit" übt eine ganz passable Kritik an der chinesischen Angola-Politik. Immerhin.

***

Man mag es kaum noch erwähnen: Die **„KPD/ML"** ist immer noch nicht mit einer Stellungnahme zu den Vorgängen in der VR China heraus. Auf dem internationalen „ML"-Parkett tut nur noch die portugiesische **PCP(r)/UDP** es ihr verbissen gleich. Alle anderen wesentlichen „ML"-Gruppen haben unseres Wissens inzwischen ihre Verbeugung gen Mekka gemacht. Delegationen der vaterländischen „KPD", der australischen „ML"-Partei und der französischen PCMLF konnten ihre Ergebenheit sogar gleich an Ort und Stelle, in Peking, zum Ausdruck bringen.

***

Zu den Demonstrationen in Peking für eine erneute Rehabilitierung Deng Hsiao-pings mochte sich von den „ML"ern noch niemand äußern. Verständlich.

# Arbeiterbund: Wie ist das denn nun mit China?

Zu den Klassenkämpfen in der VR China nimmt der bayrische „Arbeiterbund" seit gut drei Monaten die Haltung der drei bekannten Äffchen ein: **„Nichts sehen, nichts hören, nichts sagen!"**. Überdies versucht er, seinen Anhängern weiszumachen, die Vorgänge in der VR China, ebenso wie die Einschätzung der chinesischen Außenpolitik, seien für die Arbeiterklasse der BRD eh nur eine **„Nebenfrage"**. – Auf so einen Einfall können freilich nur Holzköpfe kommen, die vom i n t e r n a t i o n a l e n Charakter der sozialistischen Revolution rein gar nicht kapiert haben. Denn ob die VR China eine reaktionäre Außenpolitik betreibt oder nicht, ob die KP Chinas heute eine ähnliche Entwicklung einschlägt wie die KPdSU nach ihrem 20. Parteitag oder nicht, das ist für die internationale kommunistische und Arbeiterbewegung, von der wir in der BRD ja nur ein ganz kleiner Teil sind, selbstverständlich eine Frage von entscheidender Bedeutung, und keineswegs nur eine „Nebenfrage".

Es ist auch ganz natürlich und gut, daß die Arbeiter der kapitalistischen Länder, auch der BRD, den Vorgängen in der VR China großes Interesse entgegenbringen und sich ein Urteil darüber zu machen versuchen. Von Seiten der bürgerlichen Presse schwappt ihnen ein Sumpf von Lügen und Halbwahrheiten entgegen. Und von Seiten des „Arbeiterbund", der sich in aller Bescheidenheit für den führenden Kern beim „Wiederaufbau der KPD" hält... gähnt den Arbeitern die totale Funkstille entgegen. Wie soll man sich orientieren? Oder soll man einfach ein Kreuzerl schlagen und zum Herrgott beten, daß sich in China alles zum Besten wenden möge?!...

Wenn die „Arbeiterbund"-Führer und -Führerinnen aber schon inhaltlich absolut nichts zu sagen haben, so bleibt ihnen doch das Erfinden dummer Schnacks und Ausflüchte nicht erspart, die dem geneigten Publikum wenigstens b e g r ü n d e n sollen, warum nichts gesagt wird. Widersprüche in der „Argumentation" bleiben dabei nicht aus. So wurde in der „KAZ" des „Arbeiterbund" vom 31. Oktober 76 das zu Herzen gehende Glaubensbekenntnis abgelegt, „daß die chinesische Regierung das chinesische Volk vertritt. **Alles darüber hinaus ist Sternguckerei"**. – Ganz so einfach scheint die Sache aber wohl doch nicht zu sein. Denn in der „KAZ" vom 9. Januar 77 lesen wir jetzt, daß *„der KBW in der Einschätzung zu China mit der gleichen unwissenschaftlichen Methode wie der KB auf der Grundlage der Spekulation zu anderen Ergebnissen kommt"*. Das ist doch ein höchst interessanter und bedenkenswerter Satz ! – Welcher Methode und „Spekulationen" bedient sich der KBW? Sehr einfach: Er nimmt die Behauptungen und Aussagen der chinesischen Regierung und der KP Chinas für bare Münze, schreibt die „Peking Rundschau" ab und setzt das seinem Publikum vor. Wieso soll das „unwissenschaftlich" sein? WENN **„die chinesische Regierung das chinesische Volk vertritt"** und WENN **„dort die Arbeiterklasse unter Führung der Kommunistischen Partei herrscht"** (ein weiterer Artikel aus dem Glaubensbekenntnis der „KAZ" vom 31. Oktober 76), wäre es doch gewiß die wissenschaftlichste Sache von der Welt, sich als Kommunist die Behauptungen und Standpunkte der chinesischen Regierung und der KP Chinas zu eigen zu machen? Ja, W E N N !!! Und an dieses vertrackte WENN glauben halt die „Arbeiterbund"-Führer und -Führerinnen in der Tiefe ihres Herzens wohl doch nicht so recht. Noch deutlicher gesagt, um jedes Mißverständnis auszuschließen: **Sie m i ß t r a u e n den offiziellen Verlautbarungen der chinesischen Regierung und der KP Chinas.** Sie erklären es sogar ausdrücklich für „u n w i s s e n s c h a f t l i c h" und spekulativ, sich auf diese Verlautbarungen zu stützen! *„Oh, ihr Kleingläubigen!"* (Jesus, lt. Bibel) .....

Worin besteht andererseits, um auch dies zu hinterfragen, die gleichfalls verabscheuungswürdige „unwissenschaftliche" Methode des KB? Sie besteht darin, das Maximum der für uns erreichbaren Informationen aus der VR China auszuwerten und zusammenzufassen, sowie aus unserer Sicht zu bewerten und zu kommentieren. Es liegt eigentlich auf der Hand, daß es eine a n d e r e Methode für Kommunisten gar nicht geben kann. **Wobei immer noch zu streiten wäre, ob wir mit unserer Einschätzung richtig liegen. Aber d i e s e r Auseinandersetzung stellen sich die „AB"-Führer und -Führerinnen wohlweislich überhaupt nicht.**

Und worin besteht schließlich die zweifellose hoch„wissenschaftliche Methode" des „AB" selbst? Das ist eben die Methode jener bekannten drei Äffchen, die man somit wohl zu Symbolfiguren des wissenschaftlichen Sozialismus à la „Arbeiterbund" erklären sollte. Die „AB"-Führer und -Führerinnen widerstehen sogar der vielleicht verlockenden Versuchung, wenigstens u n k o m m e n t i e r t bestimmte Informationen aus der VR China ihrem Publikum als Material anzubieten. Selbst das wäre wahrscheinlich schon allzu „unwissenschaftlich"?!... Sollen die Arbeiter, die nach Informationen über die aktuellen Vorgänge in der VR China drängen, sich doch orientieren, wo sie wollen!...

**Man sieht schon: Mit Marxismus-Leninismus hat das reinweg nichts mehr zu tun. Sondern das ist eine politische Bankrott-Erklärung.**

Das ist doch ein höchst interessanter und bedenkenswerter Satz ! – Welcher Methode und „Spekulationen" bedient sich der KBW? Sehr

**Man sieht schon: Mit Marxismus-Leninismus hat das reinweg nichts mehr zu tun. Sondern das ist eine politische Bankrott-Erklärung.**

# „KPD/ML" holzt voll gegen die chinesische Außenpolitik

Mit geradezu erschreckender Schärfe unterzieht die „KPD/ML" in ihrem „Roten Morgen" vom 21. Januar die chinesische Außenpolitik einer vernichtenden Kritik. Wörtlich heißt es dort:

> **Diese Opportunisten haben mit den modernen Revisionisten gemein, daß sie sich stets als Bannerträger des Friedens, als entschlossene Kriegsgegner aufspielen, als Retter der Menschheit. Dabei gehen sie zugleich gegen all diejenigen vor, die den Marxismus-Leninismus, die Notwendigkeit der proletarischen Revolution verteidigen und diffamieren diese als „ultra-links" und als „Abenteurer". Nicht anders als die modernen Revisionisten schreien sie so laut von der Kriegsgefahr, um ihre opportunistischen und antileninistischen Theorien zu rechtfertigen.**
>
> **Sie sagen, nicht die proletarische Revolution stünde jetzt auf der Tagesordnung, sondern der Kampf des Proletariats und der Völker der Welt müsse sich heute in allen Ländern vor allem gegen den russischen Sozialimperialismus richten, da er die Welt mit einem neuen Weltkrieg bedrohe. Tatsächlich droht ein neuer imperialistischer Weltkrieg. Doch er droht nicht, weil die neuen Zaren im Kreml wild geworden sind, sondern er ist die Folge des Ringens der beiden imperialistischen Supermächte USA und Sowjetunion samt ihrer Bündnisse um die imperialistische Weltherrschaft. Die Opportunisten aber leugnen, daß dieser Krieg Resultat des imperialistischen Systems ist, das es niederzuschlagen gilt, wenn sie den russischen Sozialimperialismus als den „Angreifer", den US-Imperialismus und mit ihm die Mitgliedsländer seines aggressiven NATO-Blocks als „Verteidiger" hinstellen. Denn für das Proletariat gibt es gemäß der Lehre Lenins in einem imperialistischen Krieg keine gerechte Seite. Diese Opportunisten aber gehen sogar soweit, die reaktionärsten und militaristischsten Kreise des US-Imperialismus bei ihren Kriegsvorbereitungen anzuspornen und machen sich lauthals Sorgen, er könnte in seiner „Verteidigungsbereitschaft" ins Hintertreffen geraten. Ganz besondere und unverhüllte Sympathie hegen diese Opportunisten für die übrigen imperialistischen Großmächte, wie zum Beispiel für den westdeutschen Imperialismus, den britischen und französischen Imperialismus usw., die sie in Appellen an deren imperialistische Regierungen auffordern, sich eng zusammenzuschließen gegen den „gemeinsamen Feind".**

Auch wenn der Adressat dieser herben Vorwürfe nicht offen und direkt genannt wird, ist doch für jedermann offensichtlich, daß es sich um **eine exakte Beschreibung der chinesischen Außenpolitik gegenüber den imperialistischen Staaten** handelt. Berichte aus der „KPD/ML" deuten darauf hin, daß es sich bei dieser scharfen Polemik um eine „Vorwärtsflucht" von „ML"-Boß Aust handelt – eine relativ starke interne Fraktion will die „KPD/ML" wieder auf blinden Nachtrab gegenüber der chinesischen Innen- und Außenpolitik zurückbringen. Und für Anfang Februar hat die „KPD/ML" ihren „3. Parteitag" angekündigt! ...

# „Kinderhaus Heinrichstraße" Erster Teilerfolg vor Gericht



**Wiederholt berichteten wir im AK schon über das „Kinderhaus Heinrichstraße" in Hamburg: In Eigeninitiative von Eltern, Erziehern und Freunden eingerichtet, verweigert die Jugendbehörde ihm die gesetzlich zustehende Förderung, ohne die keine Kindertagesstätte heute auskommen kann. Die Jugendbehörde spekuliert zynisch auf einen jahrelangen Rechtsstreit, der Eltern und Erzieher zermürben soll.**

**Ein nicht abreißender Strom von Spenden und vielfältigste Solidaritätsbeweise haben bisher der Behörde zum Trotz das Überleben des „Kinderhauses" gesichert.**

**Auch den juristischen Weg haben Eltern und „Kinderhaus" inzwischen eingeschlagen. Dabei konnte ein erster (Teil-)Erfolg errungen werden: Anfang Januar erließ das zuständige Verwaltungsgericht eine einstweilige Anordnung, durch die die Behörde verpflichtet wird, die Unterbringung eines fünfjährigen Kindes im Kinderhaus für ein halbes Jahr finanziell zu unterstützen!**

Für das Kinderhaus Heinrichstraße ist dies allerdings nur ein erster Schritt auf einem eventuell sehr langen Weg juristischer Auseinandersetzungen, denn:

- es handelt sich um eine vorläufige Entscheidung;
- es betrifft zunächst nur die Unterbringung e i n e s Kindes.

Zudem bleibt die erlassene einstweilige Anordnung hinter dem zurück, was eigentlich von Seiten der klagenden Eltern beantragt war, nämlich der Verpflichtung der Behörde zur, ab 1.8.1976, rückwirkenden, unbefristeten Gewährung finanzieller Unterstützung für die Unterbringung ihres Kindes im Kinderhaus Heinrichstraße.

Gegenstand des Prozesses war die Nicht-Anerkennung des Pflegesatzes für das Kinderhaus Heinrichstraße; diese Nicht-Anerkennung bedeutet, daß die Jugendbehörde nicht bereit ist, die Differenz zwischen dem für Eltern finanziell tragbaren Beitrag für die Kindergartenunterbringung ihres Kindes und den tatsächlichen Kosten, die das Kindertagesheim für die Versorgung des Kindes hat, zu zahlen. Begründet wurde diese Entscheidung damit, daß im Einzugsgebiet des Kinderhauses der Bedarf an Kindergartenplätzen schon gedeckt sei.

Dieser Argumentation treten Eltern und „Kinderhaus" von zwei Seiten entgegen:

1. Die Eltern haben das Recht, die Grundrichtung der Erziehung ihrer Kinder zuwählen. Das Kinderhaus stellt durch seine pädagogische Arbeit, seine materiellen Möglichkeiten (kleine Gruppen, viel Erzieher), seine Struktur als Elterninitiative mit breiten Mitbestimmungsmöglichkeiten eine Grundrichtung dar, die sich grundsätzlich von der Richtung städtischer, krichlicher und sonstiger Heime unterscheidet.
2. Die Argumentation der Behörde, der Bedarf an Kindergartenplätzen in Altona, St. Pauli und Eimsbüttel sei gedeckt, stimmt hinten und vorne nicht. Nach wie vor besteht dort ein großer Bedarf, weil in diesen Stadtteilen sehr viele Mütter berufstätig sind.

Die gerichtliche Durchsetzung dieser Argumente macht einige formale Schwierigkeiten. Die Verweigerung der finanziellen Unterstützung der Unterbringung von Kindern „bedürftiger" Eltern im Kinderhaus, verletzt einen Anspruch der Eltern. Dementsprechend müssen die Eltern auch einzeln diesen Anspruch gerichtlich durchsetzen. Das Kinderhaus selbst kann sich juristisch nur gegen den Bescheid wehren, mit dem die Pflegesatzanerkennung verweigert wurde.

Die „Argumentation" der Behörde läßt sich kurz zusammenfassen: Im Raum Eimsbüttel/Altona/St.Pauli bestehe kein Bedarf an Kindergartenplätzen. Die Anerkennung des Pflegesatzes für das Kinderhaus Heinrichstraße würde dazu führen, daß Kinder aus schon bestehenden Heimen abgezogen würden. Das wiederum würde der Behörde oder den anderen Trägern von Kindertagesheimen Mehrkosten verursachen, da Heimplätze frei blieben; im Extremfall müßten vielleicht sogar Einrichtungen schließen.

Relativ deutlich wurde dabei ausgedrückt, daß die Behörde am „Kinderhaus" ein Exempel statuieren In düstersten Farben wurde ausgemalt, daß eine Anerkennung des Pflegesatzes im Kinderhaus Heinrichstraße vielleicht auch andere Elterninitiativen zum Aufbau von Kindergärten ermutigen könnte, die dann genauso Förderung beanspruchen. Dadurch käme aber das ganze Konzept der Behörde, nämlich Drosselung bzw. sogar Abbau von Kindergärtenplätzen durcheinander.

an Kindergartenplätzen schon ge- gärten ermutigen könnte, die dann

Die Beweise für die „Argumentation" vom fehlenden Bedarf waren von Anfang an sehr dürftig und wurden im Verlauf des Prozesses nochmals gerupft. So wurde von der Behörde an keiner Stelle gesagt, wieviel Kinder im Einzugsgebiet des „Kinderhauses" tatsächlich dringend einen Kindergartenplatz brauchen (vor allem Kinder alleinstehender Mütter oder aus Familien, in denen beide Elternteile berufstätig sind). Es wurde lediglich behauptet, daß in den im Umkreis bestehenden Heimen noch Plätze frei seien. Im Prozeß selbst konnte die Behörde dann keinen freien Platz in besonderer Nähe des Kinderhauses nachweisen und mußte freie Plätze in einem Neubau in Lokstedt (einige Kilometer entfernt) heranziehen.

Der mündliche Verhandlungstermin der Einstweiligen Anordnung traf auf lebhaftes Interesse der betroffenen Kinder des Kinderhauses und vieler Eltern. Die Vertreterin der Jugendbehörde bestand jedoch auf den Ausschluß der Öffentlichkeit (ohne Begründung), so daß Kinder, Erzieher, Eltern und eine Rundfunkreporterin wieder abziehen mußten.

Im dann ergangenen Urteil gründet das Gericht seine Entscheidung darauf, daß die Frage des Bedarfs an Kindertagesstätten im Umkreis des „Kinderhauses" noch ungeklärt sei. Die Einstweilige Anordnung soll die Unterbringung des Kindes, für das geklagt wurde, bis zur Entscheidung dieser Frage und zur Entscheidung darüber, ob im Kinderhaus eine besondere Grundrichtung der Erziehung betrieben wird, sicherstellen.

bis zur Entscheidung dieser Frage

### Fall „Kinderhaus" in der Bürgerschaft

Eine Woche nach diesem Urteil wurde in der Hamburger Bürgerschaft eine Große Anfrage des Abgeordneten Weber (FDP) u.a. diskutiert, die, aufmerksam geworden durch den Fall „Kinderhaus", den Senat über Platzangebot, Kosten usw. in Hamburger Kindertagesstätten befragten.

Der Senat antwortete darauf scheinheilig, der Bedarf an Kindergartenplätzen werde zunehmend gedeckt, da in Hamburg die Kinderzahlen rückläufig seien und gleichzeitig einiges gebaut worden sei.

Senator Apel rechnete vor, daß heute für ca. 40% der Kleinkinder und 4% der Schulkinder Plätze zur Verfügung stünden. Zynisch entwikkelte er dann, daß selbst in dem Fall, daß bis 1985 gar keine Kindergärtenplätze mehr geschaffen würden, durch den zu erwartenden Geburtenrückgang eine Versorgung von 70% der Kleinkinder und 7% der Schulkinder erreicht werde. Diese ganze Rechnerei ist äußerst fragwürdig, weil klare Aussagen über das Ausmaß des Geburtenrückganges überhaupt nicht drin sind, weil sie über die unterschiedliche Versorgung in den Stadtteilen nichts aussagt und weil sie vor allem davon ablenkt, wo die übrigen 60% der Kleinkinder und 96% der Schulkinder heute untergebracht werden sollen.

Vor allem aber betonte Apel, daß Elterninitiativen, die sein Konzept der Drosselung des Kindergartenbaus durch Schaffung neuer Plätze ankratzen, nicht mit finanzieller Unterstützung rechnen könnten (darin stimmte ihm die CDU-Vertreterin zu).

### Wie geht es weiter?

Der erste juristische Erfolg hat dem Kinderhaus Heinrichstraße zweifellos Auftrieb gegeben, allerdings wird die Auseinandersetzung noch längere Zeit in Anspruch nehmen. Dabei ist das „Kinderhaus" weiter auf solidarische, materielle Unterstützung angewiesen.

Ein Schritt dabei war eine Solidaritätsvorstellung Hamburger Schauspieler am 16.1.77 im Malersaal des Schauspielhauses mit Texten von Brecht, Valentin, Tucholsky u.a. Über 400 Zuschauer waren begeistert, Eintritt, Spenden u.a. erbrachten ca. 3.000 DM für das Kinderhaus.

Ein Anhalten dieser Unterstützung wird für das Kinderhaus gerade jetzt, wo nach dem ersten juristischen Erfolg eventuell neue Prozesse ins Haus stehen, von besonderer Bedeutung sein.

**Kinderkommission**
**KB/Gruppe Hamburg**

*Das „Kinderhaus" hat zwei Dokumentationen herausgegeben. Diese sind zu beziehen über:*
*Kinderhaus*
*Heinrichstraße 14 a*
*2000 Hamburg 50*
*Tel: 040/433949*
*Spendenkonto: 12444461 bei BfG*

# Der erste Schritt zum „Radikalenerlaß" in Kindertagesheimen

Arbeiterwohlfahrt, Heidelberg. Anfang Dezember erhielt ein Heidelberger Ehepaar vom Vorstandsmitglied der örtlichen Arbeiterwohlfahrt (AWO), Bächstedt, die Aufforderung – *„bis spätestens 20. Dezember 1976 schriftlich eine verbindliche Erklärung darüber abzugeben, daß sie künftig Sorge dafür tragen werden, daß ihre Kinder das Buch ‚Freiheit für Zimbabwe' oder ähnliche Literatur nicht mehr in die Tagestätte mitbringen werden. Sollten Sie diese verbindliche Erklärung nicht abgeben, lehnen wir ab 1.1.77 die weitere Betreuung Ihrer Kinder ab".* Bächstedt ist 1. Vorsitzender der Heidelberger AWO und ein bekannter SPD-Funktionär; er gilt als rechte Hand des SPD-OB Zundel.

In „Freiheit für Zimbabwe" schildert ein kleiner Junge seine Unterdrückung und die seiner schwarzen Landsleute durch die weiße „Herren"-Schicht, und wie er und seine Freunde schließlich über die Grenze nach Mozambique gehen, um sich dem bewaffneten Widerstand anzuschließen. Diese Geschichte ist laut AW0-Vorstand:

- Aufforderung zur Gewaltanwendung und zum bewaffneten Widerstand;
- sie überfordere die geistige Verarbeitungsfähigkeit von Kindergartenkindern;
- die Broschüre, in der sich ein Hinweis auf KBW-ZANU-Veranstaltungen befindet, vertrete „einseitig" die Auffassungen einer parteipolitischen Gruppe.

Das Elternpaar hat es abgelehnt, die vom AWO-Vorstand geforderte Erklärung abzugeben. Auch die Kindertagesstättenordnung der AWO enthält keine Vorschrift, die es dem Vorstand ermöglicht, einem Kind wegen Mitbringens unliebsamer Literatur fristlos zu kündigen. So verlangten die Eltern die Rücknahme der angedrohten Kündigung. Solche Fragen sollten – so meinten die Eltern – mit den Kindergärtnerinnen und in Elternversammlungen geklärt werden. Auch in diesem Punkt argumentierten sie mit der AWO-Kindertagesstättenordnung, in der es heißt, die Kindertagesstätten strebten „eine rege Mitarbeit der Erziehungsberechtigten" an, und es sei deshalb notwendig, daß diese mit den Erziehern im Gespräch blieben und an Elternabenden teilnehmen.

Ein entsprechendes Schreiben an den AWO-Vorstand wurde von 13 weiteren Eltern, deren Kinder in AWO-Tagesstätten betreut werden, unterzeichnet.

Die Antwort des AWO-Vorstandes an das Elternpaar kam einen Tag vor Weihnachten: Hausverbot für alle Einrichtungen und Gründstücke der AWO für ein Jahr... nötigenfalls *„Ausnutzung der gegebenen rechtsstaatlichen Mittel", „Anheimstellung",* die beiden Kinder in *„einer solchen Einrichtung unterzubringen, die Ihren pädagogischen und politischen Zielvorstellungen entspricht", ... „ein weiteres Mitbringen von politischen Schriften in unsere Kindertagesstätten durch Ihre Kinder wird ausdrücklich untersagt"* (Zitate aus „Heidelberger Rundschau" 1/77). Das ist das „Modell Deutschland", wie es sich Sozialdemokraten vorstellen. Im Kindertagesheim fängt es an.

**ÖTV-Kommission**
**KB/Gruppe Hamburg**

## Presseerklärung:
# Streik der freien pädagogischen Mitarbeiter im Bezirk Wedding

Die freien pädagogischen Mitarbeiter, genannt Honorarkräfte, der Abenteuerspielplätze TELUX und PANKE, sowie der größten Weddinger Jugendfreizeiteinrichtung, dem Haus der Jugend Wedding, sind seit dem 8. Dezember in einen Streik getreten. Anfang Dezember wurde bekannt, daß die Honorarmittel für den Wedding (Amt Jugendförderung) von 121.000 DM (1976) auf 80.000 DM (1977), trotz zweier zusätzlicher Einrichtungen, zusammengestrichen werden sollen. Für die Abenteuerspielplätze (ASP) TELUX und PANKE betragen diese Kürzungen 50% und für das Haus der Jugend Wedding (HdJ) sogar 75%. Der ASP PANKE, der „größte und schönste ASP Deutschlands" – laut ehemaligem Stadtrat Sötje –, auf dem täglich bis zu 200 Kinder spielten, wurde schon in den letzten zwei Jahren unter völlig unzureichenden Bedingungen betreut (fehlender Zaun, kein Spielhaus, keine Möglichkeiten Material unterzustellen, deshalb kein Baubetrieb).

Durch die Kürzung der Honorarmittel wird der ASP-PANKE nur noch eine Alibieinrichtung sein. Die zwei hauptamtlichen Mitarbeiter sehen sich deshalb nach jahrelangen aussichtslosen Auseinandersetzungen mit dem Bezirksamt-Wedding um Verbesserungen ihrer Arbeitsbedingungen gezwungen, zum 1.1.77 einen Antrag auf Umbesetzung zu stellen.

Auch auf den ASP-TELUX wird durch die Honorarmittelkürzung die pädagogisch wichtige Gruppenarbeit mit einem Schlage zunichte gemacht.

Bisher gelang es mit Hilfe einer türkischen Honorarkraft, türkische Kinder in Sport- und Bastelgruppen zu integrieren und so einen Beitrag zum Abbau bestehender Spannungen zwischen deutschen und türkischen Kindern zu leisten. Unverantwortlicherweise wird jetzt diese Arbeit und die schon errungenen Erfolge auf's Spiel gesetzt. Am stärksten betroffen von den Kürzungen ist das HdJ am Nauener Platz, das täglich von ca. 100 türkischen und deutschen Kindern und annähernd 80 Jugendlichen besucht wird. Von den dort beschäftigten Honorarkräften, die besonders die Gruppenarbeit (z.B. türkische und deutsche Geschichtengruppe, Theaterspielen, Kinder- und Jugendtanz, Foto-Videc, Judo-, Fußball- und Elektrobastelgruppe) getragen haben, sollen sieben pädagogische Mitarbeiter weggekürzt werden.

Für alle Einrichtungen gilt:

- daß die Gruppenarbeit, der pädagogische Schwerpunkt, entfallen wird;
- daß die hauptamtlichen Mitarbeiter nur noch Verwaltungs- und Ordnungsfunktionen übernehmen können und ihre Gruppenarbeiten ebenfalls entfallen;
- daß bei sinkendem Angebot die Kinder auf zu enge Wohnungen und gefährliche Straßen, die Jugendlichen auf Kneipen und teure Diskotheken angewiesen sind;
- daß Aggressionen und Desorientierung bei Kindern und Jugendlichen ansteigen werden, was der Zuwachs von Jugendkriminalität, Drogenkonsum und der stetig steigende Alkoholmißbrauch unter Kindern und Jugendlichen beweist.

Dieser Prozeß wird in der Zeit der wachsenden Jugendarbeitslosigkeit durch Mittelkürzungen im sozialpädagogischen Bereich noch verstärkt.

Für die freien Miterbeiter bedeuten diese Streichungen, daß sie kurzfristig auf die Straße gesetzt werden und dadurch in existenzielle Schwierigkeiten geraten.

Die in den Einrichtungen beschäftigten Honorarkräfte haben eine Initiativgruppe gebildet, mit dem Ziel, diesen sozialpolitisch unzumutbaren Bedinungen, die letztlich zu Lasten der sowieso schon benachteiligten Kinder und Jugendlichen im Wedding gehen, entgegenzutreten und zu protestieren. Diesem Protest schlossen sich innerhalb einer Woche über 1000 Bürger an. Auf einer Kundgebung vor dem Weddinger Rathaus trafen (ein Wort im Text ausgelassen) auf reges Interesse und Betroffenheit bei der Bevölkerung. Mit einem Beitrag der Folkloregruppe des türkischen Arbeitervereins (TID) unterstützte dieser unsere Forderung nach:

- SICHERUNG DER PÄDAGOGISCHEN BETREUUNG DER KINDER UND JUGENDLICHEN MINDESTENS IN DEM JETZIGEN UMFANG (STAND 76);
- WEITERBESCHÄFTIGUNG ALLER FREIEN MITARBEITER(HONORARKRÄFTE) IM BEZIRK WEDDING;
- ARBEITSRECHTLICHE SICHERUNG DES HONORARVERHÄLTNISSES DURCH EINEN ARBEITSVERTRAG.

Wir fordern andere Initiativgruppen, insbesondere die Gewerkschaft, auf, gemeinsam gegen diese unverantwortlichen Kürzungen vorzugehen.

Mit der Bitte um Veröffentlichung verbleiben wir INITIATIVGRUPPE STREIKENDER WEDDINGER HONORARKRÄFTE.

Kontakt:
Ulrich Dunker, 1/36, Skalitzer Str. 42,
Peter Serwene, 1/12, Carmer Str. 10,
Michael Wiczorek, 1/12, Pritzwalker Str.11,
Tel. 31217 75 oder 3944885.

Wichtig: Einige Honorarkräfte bestreiten ihren Lebensunterhalt ausschließlich von den Honoraren – deshalb haben wir eine Streikkasse eingerichtet. Wir bitten um Eure Unterstützung.
Spendenkonto: Sparkasse der Stadt Berlin West, Nr. 067135119.
Stichwort: Streikkasse.

# 30 Jahre UNICEF

Am 11. Dezember beging die UNICEF (United Nations Children's Emergency Fonds), das Kinderhilfswerk der UN, den 30. Jahrestag ihrer Gründung. Der UNICEF war 1946 ursprünglich die Aufgabe zugedacht worden, den Kindern zu helfen, die unter den Folgen des faschistischen Raubkrieges litten. 1953 weitete die UN die Aufgabenstellung auf die Hilfe für notleidende Kinder in der ganzen Welt aus.

Die UNICEF , der die übergroße Mehrheit der UN-Mitglieder angehört, betreibt derzeit mehr als 500 Hilfsprogramme in über 100 Ländern vornehmlich Afrikas, Asiens und Lateinamerikas. Schwerpunkte sind dabei:

- gesundheitliche Versorgung von Kindern und Müttern;
- Maßnahmen gegen die Unterernährung;
- Auf- bzw. Ausbau der Bildungsmöglichkeiten.

Die finanzielle Basis für diese Arbeit ist sehr schmal. So standen der UNICEF 1974 lediglich 115 Mio. US-Dollar zu Verfügung; für 1976 wurden allerdings schon zur Durchführung der Programme zwischen 200 und 250 Mio. Dollar benötigt. Dementsprechend erreicht die UNICEF nach eigenen Angaben mit ihren Hilfsmaßnahmen nur 10 % der Kinder, die Hilfe benötigen.

Ihre finanziellen Mittel bezieht die UNICEF hauptsächlich aus „freiwilligen Spenden" imperialistischer Staaten. Dementsprechend hat die UNICEF sich nicht nur immer aus den Auseinandersetzungen zwischen antiimperialistischen und imperialistischen Staaten (die ja beide in der UN und UNICEF vertreten sind) herausgehalten, sondern sogar die angebliche „Humanität" der imperialistischen Staaten (die in Wahrheit für die Lage der Kindern in der „Dritten Welt" wesentlich verantwortlich sind) herausgekehrt.

In der konkreten Arbeit der UNICEF-Mitarbeiter sieht das allerdings vielfach anders aus: Sie ist oft durch eine Unterstützung der vom Imperialismus ausgebeuteten Massen, unter denen das Kinderelend naturgemäß am größten ist, gekennzeichnet. Erwähnt sei hier nur das Engagement von UNICEF-Mitarbeitern im Kampf gegen die verbrecherischen Praktiken des Nestle-Konzerns in Ländern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas.

(nach „Horizont" 50/76, Fischer-Weltalmanach 1973, 1975, 1977).

**Kinderkommission**
**KB/Gruppe Hamburg**



# Frauen



## „Und die Kabinen sind abwaschbar“:

## Kapitalisten vermarkten Selbstbefriedigung!

Ein neuer Höhepunkt in der Vermarktung der Sexualität durch die Porno-Branche hat in der BRD begonnen. Jetzt soll die Selbstbefriedigung (Onanie), eh schon durch Pornohefte und -filme kräftig kapitalisiert, durch eine neue Form des „Kundendienstes" noch effektiver ausgebeutet werden. Ein Münchner Kapitalist holte die folgende Profit-Idee aus den USA: „*Er importierte 21 von innen verschließbare und kunststoffbeschichtete Einmannkabinen, die kreisförmig um ein Podest angeordnet sind; einzige Ausstattung: ein Kleiderhaken. Beim Einwurf von einer Mark verschwindet vor einem Guckfenster die Sichtblende und gibt eine Minute lang den Blick auf die beleuchtete Drehscheibe frei, auf der in Tag- und Nachtschicht 14 nackte*



*Mädchen (Tagesgage: 140 DM) sich nacheinander jeweils fünf Minuten lang möglichst freizügig bewegen. Nach Ablauf der Sehzeit, die in Stoßzeiten auf eine halbe Minute gedrosselt werden kann, schnappt die Sichtblende wieder zu; der Kunde muß, wenn er noch nicht genug hat, nachzahlen*".

Auch daran, daß die Markstücke ausgehen könnten, hat der Kapitalist gedacht: „*Vor den Schwitzkästen defilieren Männer mit Kleingeld*".

An dieser widerlichen Profitmacherei offenbart sich wiederum die Menschen- und Sexualfeindlichkeit des Kapitalismus: Werden auf der einen Seite die sexuellen Bedürfnisse der Menschen zunehmend frustriert, so werden sie auf der anderen Seite mit immer neuen Tricks vermarktet. Das Ganze wird dann auch noch als fortschrittlich und frauenfreundlich angepriesen: „*Dies ist die hygienischste Art von Sex, die es je gegeben hat ... Die Mädchen kommen mit keinem Mann in Berührung; sie brauchen nicht zu trinken und sich nicht betatschen zu lassen*". Und damit die Hygiene auch in den Kabinen gewahrt bleibt, sind sie innen abwaschbar.

Um sein investiertes Geld macht sich der Sex-Unternehmer keine Sorgen: Er „*rechnet fest damit, daß sich die Investition von 150.000 Mark bald auszahlen wird*". Anscheinend liegt er damit auch nicht falsch, „*denn vor den Zellen stauten sich letzte Woche in München schon die Wartenden*". Daher wird geplant, die Vermarktung der Onanie demnächst „in sämtlichen deutschen Großstädten" zu betreiben! (Alle Zitate nach „Der Spiegel" 52/1976).

**Kampf der bürgerlichen Sexualmoral!**

**AG Sexualität**
**KB/Gruppe Hamburg**

## Nordirland: „Madonna des Friedens“ auf Reisen

**Wir haben in mehreren AK-Artikeln (AK 88, 92) zur „Frauen-Friedensbewegung" aufgezeigt, daß die nordirische „Frauen-Friedensbewegung" von der Bourgeoisie inszeniert ist, um Spaltung in die Reihen des irischen Volkes zu tragen und besonders die Frauen aus dem irischen Befreiungskampf herauszubrechen.**

**Je länger die Kampagne allerdings währt, umso klarer werden die eigentlichen Drahtzieher. Der große moralische Aufstand der weiblichen Hälfte der Bevölkerung Irlands, wie ihn die Bourgeoisie allerorten verkaufen möchte, entpuppt sich als offener Pakt reaktionärer Kräfte.**

**Wir wollen in diesem Artikel die markantesten Beispiele der letzten Zeit aufgreifen, die erneut beweisen, daß ein Frieden im Sinne des irischen Volkes das letzte ist, was die „Peace-movement"-Frauen auf ihrem Zettel haben.**

### Ereignisse in Irland selber

Die „Friedensbewegung" in Nord-Irland ist ohne Zweifel eine potente Organisation, mit der man rechnen muß. Der „Guardian" vom 27.11.76 berichtete, daß „ *in weniger als 15 Wochen die Bewegung eine erstaunliche Menge Kapital angesammelt hat. Sie hat mehr als 500000 auf der Bank, zwei ständig arbeitende Büros, eine vielgelesene Zeitung, 120 aktive Gruppen in Ulster und ein Haufen Angebote für finanzielle und moralische Unterstützung von amerikanischen und europäischen Bewunderern*".

Sämtliche Kirchen in Irland praktizieren Gemeinsamkeit bei der Unterstützung der „Friedensbewegung". Am 20.11.76 liessen die Römisch-Katholische, die Kirche von Irland, die Presbyterianische und die Methodistische Kirche tagsüber alle verfügbaren Kirchenglocken läuten, weil die „Friedensbewegung" einen „Friedenstag" ausgerufen hatte. Bei einer Demonstration in London am 27.11.76 marschierten vorn der Erzbischof von Canterbury und der Erzbischof von Westminster; prominente Frauen wie die Schauspielerin Diana. Rigg und die Sängerin Joan Baez treten öffentlich für die „Friedensbewe-
Frauen wie die Schauspielerin Diana. Rigg und die Sängerin Joan Baez treten öffentlich für die „Friedensbewe-
gung" ein.

So groß die Finanzkraft und die publizistischen Möglichkeiten der „Friedensbewegung" auch sein mögen, auf den ungeteilten Beifall und den großen Einbruch in den irischen Widerstand kann die Bourgeoisie noch immer nicht rechnen.

So hat sich mittlerweile eine kleine Gegenorganisation gebildet, das „Peace through Freedom Committee", das nach Aussage der bürgerlichen Presse eine Sammelorganisation für die „Troops Out Movement", Teile von Sinn Fein und anderer linker Gruppen ist. Es werden verschiedene Formen von Gegenaktionen gegen den Rummel der „Friedens-Frauen" durchgeführt.

Wir wollen hier die Gegenbewegung nicht überschätzen. Die Bourgeoisie wird sicherlich in ihrem Bemühen nicht nachlassen, über die Frage „Frauen und Frieden" Einbruch in den irischen Widerstand zu erreichen. Aber man kann sicherlich heute sagen, daß der große politische und ideologische Sturmangriff auf die nordirischen Arbeiterviertel nicht geglückt ist. Der „Guardian" schreibt z.B. am 27.11. , daß „*die Tage der Massendemonstrationen ziemlich vorbei sind und die Peace People sich darauf vorbereiten müssen, in einer mehr praktischen Art zu zeigen, daß sie ihren Namen verdienen*". Betty Williams, Oberfriedensfrau, ließ verlauten, daß nach Weihnachten die „Friedensbewegung" in ihr zweites Stadium treten müsse. Sie nannte z.B. die Gründung von Fabriken und Subventionierung von Industrien in Teilen von Nord-Irland, in denen große Arbeitslosigkeit herrscht („Guardian". 24.11.). Man siehts, die Bourgeoisie verlegt sich auf eine andere Taktik.

Und aufs Inszenieren versteht sie sich gut. Wir wollen hier zwei Zitate aus den „Informationen" des Westdeutschen Irland-Solidaritäskommitees bringen, die uns dafür bezeichnend erscheinen.

So schreiben sie zu Betty Williams selber: „*Betty Williams ist Protestantin, ihr Mann Engländer; sie selbst gehört der mittelständisch-reaktionären Alliance-Partei an. Vor etwa einem halben Jahr, also vor recht kurzer Zeit, zog die wohlbetuchte Dame, wohl einem inneren Drang folgend, ausgerechnet in das katholische Ghetto von Andersonstown, um auf einen ihr vorher eigenen respektableren Wohnsitz asketisch zu verzichten*

*Wichtig war nämlich, daß sie „Frauen aus Andersonstown" genannt werden konnten, denn die Frauen mußten aus einem katholischen Gebiet initiativ werden, von woanders aus wäre die ganze Initiative wirkungslos geblieben wie andere Frauenfriedensbewegungen zuvor gezeigt hatten*".

Und der Augenzeugenbericht von einer der größten Demonstrationen ist auch nicht ganz uninteressant:

„*Wir haben uns den größten dieser Märsche aus der Nähe angeschaut. Samstag gegen 1 Uhr sammeln sich zunächst einige Nonnen und Pfaffen sowie einige Hausfrauen aufder Falls Road, um der Ankündigung nach demnächst den Trennungszaun zwischen katholischem Gebiet und protestantischer Shankill Road zu überschreiten. D r ü b e n sollen protestantische Frauen warten, um ein gleiches zu tun.*

*Ein Heer von Kameraleuten internationaler Herkunft ist zunächst noch in der Mehrzahl.*

*Die Zahl der Frauen wächst aber: man trifft truppenweise ein, meist geführt von einem Hirten der Kirche. Es erscheinen wesentlich jene typischen weißgepuderten älteren Ladies, gegerbt von reichlichen Kirchenbesuchen ...*

*Es sind nun vielleicht 2000 Frauen, darunter wenige Männer, die sich in Bewegung setzen, als ein Oberpfaffe erscheint und ruft: „Come on Ladies!" ...*

*Offenbar sind weniger gekommen, als die aufmöbelnde Presse tags zuvor versprochen hat: von 50000 Be-*
*Offenbar sind weniger gekommen, als die aufmöbelnde Presse tags zuvor versprochen hat: von 50000 Be-*
*teiligten war die Rede.*

*Überhaupt ist alles spontaner und reiner Frauenwille: Ulsterbus stellt Sondertransporte zusammen, Ge - werkschafter von rechts haben aufgerufen, die faschistische UDA (protestantisch) stellt die Damen in einer Erklärung unter ihren friedlichen Schutz. Die strenge Anmeldefrist für Demonstrationen (120 Stunden vorweg) ist großzügig aufgehoben. Wenige Schritte vom Marschort entfernt sitzt Maire Drumm im Gefängnis, Frauenführerin der IRA, verurteilt wegen einer nicht angemeldeten Demonstration*".

(Wie in AK 88 berichtet, wurde Maire Drumm inzwischen ermordet - Zitat aus Informationen No. 33 des westdeutschen Irland Solidaritätskomitees).

### Wir haben sie — die Einigkeit !

Worum die BRD-Politiker ihren eigenen Worten nach ja ständig ringen – in der Frage der „Friedensbewegung" haben sie die totale Einigkeit erreicht. Über alle parteipolitischen Gerangel, über alle Fraktionen und Spielarten des bürgerlichen Parlamentarismus hinweg sind sich die Politiker einig in der Unterstützung der „Friedensmütter".

Bundestagspräsidentin Renger lud die Anführerinnen der „Friedensbewegung" nach Bonn ein und schlug sie mehrmals öffentlich für den Friedens Nobelpreis vor. Der SPD-Bundesvorsitzende Willy Brandt konnte derartiges Ansinnen nur gutheißen („Süddeutsche Zeitung", 31.10) und das SPD-Blatt „Vorwärts" unterstützte die Reise von Betty Williams in die BRD mit einem Jubel-Artikel und Aufruf zu Spendenaktionen („Vorwärts", 28.10).

Die Jusos haben Hochachtung vor den mutigen „Friedensfrauen", und die jungen Kollegen von den Judos ebenso. In Hannover bot ausgerechnet der Folter-Fan und niedersächsiche Ministerpräsident Ernst Albrecht (CDU) den beiden Reisenden in Sachen „Peace Movement" „*die moralische, persönliche und finanzielle Hilfe seines Landes*" an („Welt", 27.10).

„*Auf die Frage, weshalb die irischen Frauen gerade in Deutschland so viel Beifall fänden, antwortete Frau Williams, die Bundesrepublik habe auch Probleme mit dem Terrorismus*" („Welt", 29.10.).

Das ist es. **Wenn die Bourgeoisie in Europa allerorten davon redet, daß sie ein gemeinsames Konzept gegen den Terrorismus entwickeln müsse, dann ist die irische „Friedensbewegung" sicherlich im Rahmen dieser Strategie zu sehen.** Die ungeteilte Unterstützung aller Fraktionen der Bourgeoisie bestätigt das nur.

### ... das Kapital — international!

So reiste Frau Betty Williams auch nicht nur durch die BRD, sondern knüpfte im internationalen kapitalistischen Rahmen Kontakte. Beispielsweise hat eine Aktionsgemeinschaft norwegischer Bürger einen inoffiziellen Friedenspreis in Höhe von 260000 DM gestiftet, den sog. „Volksfriedenspreis" („Frankfurter Rundschau", 27.10.).

Auf ihrer Tour für die Interessen der Bourgeoisie durfte Frau Betty Williams natürlich die USA nicht auslassen. Dort hatte sie sogar eine besondere Mission zu erfüllen. Mit einer gigantischen Pressekampagne wurde sie in Amerika empfangen. Ganze Fernsehsendungen wurden ihr gewidmet. Betty Williams war gekommen, um den irischstämmigen Amerikanern ins Gewissen zu reden. „*Stoppt den Geldregen, der nach Ulster für Waffen und Munition geht*", appellierte sie. „*Allein das Irish Northern Aid Committee hat in den letzten Jahren über eine Mio. Dollar für die Untergrundorganisation IRA gesammelt*" („Hamburger Abendblatt",8.10.).

### Gewerkschaftsführung — Agentur der Bourgeoisie

Gewerkschaftsführung — Agentur der Bourgeoisie

Es wundert uns natürlich auch keineswegs, wenn die Gewerkschaftsführung nicht danach urteilt, wer da „Frieden" grölt und was damit wirklich gemeint ist. Das Ausmaß aber, mit dem innerhalb des gesamten DGB propagandistisch die irische „Friedensbewegung" unterstützt wird, gibt zu denken. In allen wichtigen Gewerkschafts-Zeitungen innerhalb des DGB wurde die Bewegung begrüßt und gleichzeitig dazu benutzt, sich gegen „Terrorismus und Gewalt" abzugrenzen.

Die DGB-Spitze sandte höchst persönlich eine Grußbotschaft („Quelle", Oktober 76) und der Deutsche Frauenrat im DGB übersandte folgendes Telegramm:

„*Die im Deutschen Frauenrat zusammengeschlossenenen Millionen Frauen bewundern den mutigen Einsatz irischer Frauen für die Beendigung der grauenvollen Auseinandersetzungen feindlicher Gruppen in Ihrem Lande. In voller Solidarität wünschen wir, daß diese Anstrengungen bald zu dem ersehnten Frieden führen*" (Mitteilungen für Frauen der IG Metall, 5/76).

Wie tief die Einbeziehung der Gewerkschaftsbewegung in die „Friedens"-Kampagne geht, zeigt ein Antrag aus mehreren Bezirken zum 10. Ordentlichen Gewerkschaftstag der IG Chemie. Es ist ein Entschließungsantrag, der von weiblichen Delegierten gestellt wurde, und von der Satzungskommission ausdrücklich zur Annahme empfohlen wurde. Der Text lautet:

„*Die Delegierten des 10. Ordentlichen Gewerkschaftstages der IG Chemie, Papier Keramik sind beeindruckt von der mutigen Protestbewegung der nordirischen Frauen gegen den wahnsinnigen Terror in ihrem Lande. Sie bewundern den Mut und die Einsatzbereitschaft der Frauen und wünschen ihnen Erfolg. Die nordirischen Frauen nehmen in diesem beispielhaften Kampf gegen Brutalität und Unmenschlichkeit ausserordentliche Gefahren für ihr Leben auf sich, um den Frieden in ihrem Lande herzustellen.*

*Die außerordentlichen sozialen und weltanschaulichen Konflikte müssen durch die verantwortlichen Kräfte in Nordirland entschärft werden, denn* **es gibt kein Problem, das nicht mit friedlichen Mitteln zu lösen wäre.**"

Diese These soll mit Hilfe der irischen „Friedens"- Frauen in den Köpfen der Werktätigen bekräftigt werden.

### Bürgerliche Frauenverbände voll unter Dampf

Mit der Parole „Frauen machen eine menschlichere Politik" läßt sich in der BRD auch nach den Bundestagswahlen etwas anfangen. Allen voran die „Frauenzeitung" „Brigitte" des Kapitalisten Gruner und Jahr, die nicht nur einen ausführlichen Artikel in einem ihrer Hefte anbot, sondern darüber hinaus eine Spendenkampagne anleierte, die bei dem breiten Leserkreis gewiß Resonanz findet. Sie selber schreiben in einem internen Bericht „*Da kam uns von der Brigitte die Idee, auch etwas für diese großartigen Frauen zu tun: wir veranstalteten in sämtlichen Räumen unserer Redaktion einen Flohmarkt, zu dem wir alle Kolleginnen und Kollegen aus dem Hamburger Verlagshaus Gruner und Jahr einluden ... Ergebnis: Wir haben 7527,17 DM zusammengeflöht und den Betrag dem Hamburger Spendenkonto überwiesen ... Und auch dem Verlag ein großes Dankeschön: Er hat die Simme auf 15000 DM ,aufgerundet'* " („Zeitschriften intern" 14.10.76).

Nicht möglich, selbst Kapitalisten lassen sich an dieser Frage nicht lumpen und vergessen alle trennenden Dinge ! ...

Und weil eben angeblich Frauen die tragenden Kräfte der „Friedensbewegung" sind, so braucht von den
verschiedenen Frauenverbänden gar
Und weil eben angeblich Frauen die tragenden Kräfte der „Friedensbewegung" sind, so braucht von den
verschiedenen Frauenverbänden gar nicht erst nach den Inhalten der Kampagne gefragt zu werden. Auf der Hamburger Messe „Du und Deine Welt" wurden von bürgerlichen Frauenvereinen 10000 DM gesammelt. Der Deutsche Hausfrauenbund verkaufte auf Ausstellungen Trillerpfeifen, das Symbol des „Peace Movement".

Die Weltorganisation „Mütter aller Nationen" hat u.a. die Reise der Betty Williams inszeniert („Süddeutsche Zeitung", 26.10.), und alle Hamburger Frauenverbände hielten am 27.10.76 einen gemeinsamen „Friedensgottesdienst" ab. Unterstützung kam selbstredend auch von den CDU-Frauen („Welt",9.9.).

Angesichts der Tatsache, daß viele Frauengruppen der feministischen Bewegung die sog. Frauensolidarität als etwas Absolutes ansehen, daß die Geschlechterzugehörigkeit ihnen vor der Klassenzugehörigkeit geht, sehen wir die besondere Notwendigkeit, vor dem „Peace-Movement" zu warnen. Es gibt innerhalb der feministischen Literatur schon viele Tendenzen, die die Emotionalität als das weibliche Prinzip propagieren, die behaupten, das weibliche Geschlecht könne grundsätzlich eine „menschlichere" Politik machen, und die Friedfertigkeit als eine „weibliche" Eigenschaft sehen wollen. Da bietet sich für die Kampagne der Bourgeoisie ein guter Ansatz, um mit der „Friedensbewegung" gleichzeitig auch eine Abkehr von fortschrittlichen und linken Positionen zu erreichen.

Orientieren wir uns an unseren wirklichen Interessen und begegnen wir dem Friedensgeschwafel der Bourgeoisie, wie wir jedem Angriff der Kapitalisten begegnen.

**Arbeitsgruppe Frauen**
**KB/ Gruppe Hamburg**

### Italien:

# Kampf der Frauen um Arbeitsplätze und Gleichberechtigung in den Betrieben

Was allgemein für die Lage der arbeitenden Frau in einer kapitalistischen Gesellschaft gilt, hat im verstärkten Maße Bedeutung für die werktätigen Italienerinnen: In der Wirtschaftskrise sind ist sie die ersten, die entlassen werden, und die letzten, die beim Konjunkturaufschwung wieder Arbeit bekommen. Ihre Auswahlmöglichkeiten auf dem Arbeitsgebiet sind vergleichsweise zur BRD noch viel beschränkter als die der Männer. (Nach stat. Studie des internationalen Arbeitsbüros BIT – zur Lage der Frauen in den westlichen Industrieländern, März 76.)

Obwohl die Frauen in Italien mehr als die Hälfte der Bevölkerung (51,2%) ausmachen, stellen sie nur etwa ein Viertel der Arbeitskräfte (28,1%).

### Im Süden Arbeitslosigkeit und Ausbeutung...

Entsprechend der industriellen Entwicklung Italiens ist dort die ökonomische Diskriminierung der Frauen besonders groß. Beispielhaft dafür sind die Fakten, die durch einen Arbeitsprozeß auf Sizilien ans Licht der Öffentlichkeit gebracht wurden: 800 Weißstickerinnen eines 9.000 Einwohner großen Dorfes im Innern Siziliens hatten den Mut gefunden, die Mittelsmänner und Auftraggeber ihrer Ausbeutung auf die Anklagebank zu bringen, was nicht nur für Sizilien eine völlig neue und außergewöhnliche Form des Kampfes der Frauen darstellt.

Jahrelang hatten die 800 Frauen für ihnen unbekannte Auftraggeber für Hungerlöhne gearbeitet. In ihrer bitteren Armut blieb ihnen keine andere Wahl. Ihre in Handarbeit aus Rohleinen hergestellten Weißstickereien wurden teilweise in Luxusgeschäften mit mehr als 500% Profit verkauft! Teilweise wurden die Frauen statt mit Geld in Waren entlohnt, was für die Händler einen doppelten Verdienst darstellt!

Die Stickerinnen begannen sich zusammenzuschließen und streikten 1973 zum ersten Mal, um wenigstens die Einhaltung des neuen Gesetzes über die Heimarbeit durchzusetzen. Auch die Aussperrung der aktivsten Frauen hat die Bewegung nicht zerbrechen können: 90 Weißstickerinnen zeigten die Mittelsmänner und Auftraggeber beim Arbeitsinspektor wegen Gesetzesbruch an.

### ... im Norden werden die Fabriken geschlossen

... im Norden werden die Fabriken geschlossen

Im Norden Italiens ist die Lage der arbeitenden Frauen in erster Linie gekennzeichnet durch die drohende Schließung von Krisenbetrieben – in denen überwiegend Frauen arbeiten – und durch Massenentlassungen noch vor den männlichen Kollegen.

Von 1971 bis 1976 sind die Arbeitsplätze für Frauen um 13% weniger geworden; 10.000 Frauen haben in den letzten zwei Jahren ihren Arbeitsplatz verloren. CREAS, ein multinationaler Elektrokonzern in Mailand, will seine gesamte Produktion ins Ausland verlegen und hunderte von Frauen – 80% der Belegschaft – auf die Straße setzen. In der Weihnachtsnacht protestierten die betroffenen Frauen mit ihren Männern und Kollegen, Kindern und Familien mit einem Fackelmarsch durch Mailand gegen die Massenentlassungen. Auf ihren Spruchbändern stand u.a. *„Die Opfer müssen die Arbeiter tragen!"* und *„Anselmi* (Arbeitsminister) *bestätigt gleiches Recht für Frauen – auch für diese Entlassenen?"*.

Eine zweite Krisenbranche, in der überwiegend Frauen arbeiten, ist die Textilindustrie. Die größten von Rationalisierung betroffenen Betriebe sind Bloch, Rosier und APEM (Reihenkonfektion). Allein im letzten Jahr wurden in der Provinz Mailand über 5.000 Arbeiter – mehrheitlich Frauen – entlassen.

Die Antwort auf diese Rationa-



lisierungsmaßnahmen gaben **alle Textilarbeiter gemeinsam in einem Streik**, an dem sich 60.000 Kollegen und Kolleginnen beteiligten.

Frauen verlieren aber nicht nur eher ihren Arbeitsplatz, sie werden auch dort, wo sie noch Arbeit haben, in unglaublicher Weise diskriminiert. Beispiel dafür sind zwei Firmen in Mailand, die UPIM und die größte Sparkasse und Darlehensbank.

– Die UPIM entließ Ende November eine Arbeiterin fristlos, weil sie „zu viel" krank war. Die Kolleginnen der UPIM antworteten auf diesen Entlassungsversuch mit zwei-
sie „zu viel" krank war. Die Kolleginnen der UPIM antworteten auf diesen Entlassungsversuch mit zwei-
maligem Streik.

– Bei der Mailänder „Cassa di Risparmio" werden bei der Einstellung an Männer und Frauen unterschiedliche Qualifikationsanforderungen gestellt. Der Zeugnisdurchschnitt der Frauen muß wesentlich besser sein als der der Männer. **Der Grund dafür ist, daß ein Beschluß besteht, wonach der Anteil weiblicher Beschäftigter in der Bank 20% nicht überschreiten soll!**

Ausdruck der immer rascher anwachsenden Bewegung für die Gleichberechtigung der Frauen in der Arbeitswelt und für das Recht auf Arbeit sind zwei Veranstaltungen von Frauengruppen und eine Regierungskonferenz, auf der die Parlamentarier gezwungen waren, zu den Fragen der Frauen Stellung zu nehmen.

### Die Bewegung für die Gleichberechtigung in der Arbeitswelt wird breiter

Mobilisiert für die erste Veranstaltung hatten in erster Linie die Bewegung für die Befreiung der Frau (MLD) und der Italienische Frauenverband (UDI, Frauenorganisation der PCI). Am 27.11.76 fand in Reggion Emilia ein regionales Frauentreffen statt, mit dem Thema: „Beschäftigung und Lage der Frau". Am 20.12. wurde dann ein nationales Treffen in Neapel organisiert, an dem tausende von Frauen und Delegierten teilnahmen. Grundlage dieser Veranstaltung war eine Umfrage, die die UDI im März 76 durchgeführt hatte, wobei tausende von Frauen zur Arbeitsproblematik befragt worden waren. Einige wichtige Probleme waren:

- Teilzeitarbeit,
- Ablehnung der Hausfrauenrolle als Schicksal,
- Disqualifikation der weiblichen Arbeitskraft.

Auf der Kundgebung sprachen Frauen aus unterschiedlichen Schichten und sozialen Lagen, eine Studentin,
Auf der Kundgebung sprachen Frauen aus unterschiedlichen Schichten und sozialen Lagen, eine Studentin,
Hausfrau, Lehrerin, Arbeiterin sowie die Vertreterinnen verschiedener linker Gruppen und der Vereinigung Römischer Journalistinnen. Die Frauen von Seveso schickten ein Solidaritätstelegramm.

Eine Woche später fand in Rom vom 26.11. bis 28.11. die nationale Regierungskonferenz zum Thema *„Soziale und ökonomische Entwicklung des Landes und die Frauenbeschäftigung"* statt.

Dieses Treffen war nur durch den Druck der Frauenbewegung zustande gekommen. Organisiert wurde das Treffen von der Regierung und einem fiktiven „Komitee für das internationale Jahr der Frau". Weiterhin beteiligten sich verschiedene Frauenverbände, Unternehmer- und Gewerkschaftsvertreter sowie der Arbeitsminister.

Die Farce dieses Treffens wurde sehr schnell deutlich, als sich diese Herren und Damen über die konkrete Beschäftigungslage der Frauen äußerten: Als Ausweg für die schlechteren Arbeitsplatzangebote für Frauen wurde die „Part-Time", also Halbtagsarbeit, anvisiert, was jedoch auch von verschiedenen Kongreßteilnehmern selbst schon abgelehnt wurde.

Als besonderer „Bonbon" wurde am Ende vom Ratspräsident ein neuer Gesetzesvorschlag unter dem Titel: „Gleiche Behandlung von Männern und Frauen auf dem Arbeitsgebiet und Arbeitsschutz für Frauen" vorgebracht, der eine Reform des alten Arbeitsgesetzes von 1936 sein soll, in dem die Lage der Frauen praktisch völlig unter den Tisch fällt. Der Trick dieser „Reform" ist jedoch schon in der Präambel zu erkennen, in der eine „m ö g l i c h e" Einschränkung des Gleichheitsprinzips sofort dann gegeben ist, *„wenn aufgrund von Erwägungen der betriebstechnischen Organisation und der Bedingungen des Betriebes das Geschlecht entscheidend ist"*.

Italien-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

# Endlich haben wir unseren Scheidungsratgeber fertig!

**Der sagt etwas über das alte und neue Scheidungsrecht und die Scheidungsfolgen und soll Frauengruppen bei ihrer Frauenberatung helfen. Gerade, wenn eine Frau nicht weiß, ob sie** sich scheiden lassen will, hat es keinen Sinn, zum Anwalt zu gehen. Der interessiert sich meist nicht für ihre Probleme, sondern will die Scheidung möglichst schnell und glatt durchziehen. Deswegen ist vorher die Beratung in einer Frauengruppe so wichtig und deswegen haben wir den Scheidungsratgeber gemacht, damit auch die rechtliche Seite der Scheidung in die Frauenberatung mit einbezogen werden kann. Der Scheidungsratgeber soll aber auch einzelnen Frauen helfen, die mit der Frage der Scheidung konfrontiert sind.




Zu erhalten bei Gina Holz, c/o Petra Ewe, Neuenfelder Str. 4, 2102 Hamburg 93, nur gegen Vorkasse; d.h. pro Ratgeber 1,50 DM zuzüglich Porto (DM 0,70 bei einem Ratgeber) überweisen auf das Postscheckkonto Hamburg, 3543 29-202 (BLZ 200 100 20), Inhaberin: Petra Ewe, Stichwort: Scheidungsratgeber.

Hamburger Jura-Frauengruppe

# Frauen aktuell

## Bayerns SPD will Neuregelung des § 218

Die Tatsache, daß die meisten Krankenhäuser in Bayern keine Abtreibungen nach der „Notlagenindikation" (teilweise nicht einmal nach der medizinischen!) vornehmen, hat die SPD Bayerns bewogen, einen Gesetzentwurf zur Ausführung der Neuregelung des § 218 im Landtag vorzulegen.

In den Landkreisen Deggendorf, Donau-Ries, Eichstätt, Mindelheim, Neu-Ulm und Unterallgäu sowie der Stadt Amberg werden Abtreibungen nach der Notlagenindikation auf Grund von Kreistagsbeschlüssen nicht praktiziert.

In den Städten Landshut, Regensburg, Erlangen und Bamberg besteht ebenfalls keine Möglichkeit, ein Krankenhausbett für eine Notlagenindikation zu finden, selbst wenn man ein Gutachten hat. Tatsache ist allerdings auch, daß selbst in Städten, wo die SPD „das Sagen hat", wie in Nürnberg z.B., die Möglichkeiten für eine Notlagenindikation recht gering sind. In nur e i n e m Krankenhaus werden Abtreibungen nach der Notlagenindikation vorgenommen!

In dem von der SPD nun vorgelegten Gesetzentwurf ist ein Verbot der Ablehnung von Schwangerschaftsabbrüchen an öffentlichen Krankenhäusern enthalten. Den einzelnen Ärzten oder anderen Beteiligten soll allerdings weiterhin die „Gewissensfreiheit" vorbehalten bleiben.

Vor Bekanntwerden des Gesetzentwurfs hatte es rege Aktivitäten der SPD-Frauen zu diesem Thema gegeben. So veröffentlichten z.B. die Münchner SPD-lerinnen eine Dokumentation über die Praxis des „neuen" § 218, in der recht anschaulich die Probleme der betroffenen Frauen dargestellt werden. Die Zeitung der IG Metall, „Metall", veröffentlichte Teile davon. Der Landes-Frauenausschuß des bayrischen DGB unterstützt den von der SPD eingebrachten Gesetzentwurf und bezeichnet ihn als „einen gangbaren Weg" („Nürnberger Nachrichten").

Einerseits werden wir jeden Schritt unterstützen, der sich gegen eine weitere Verschlechterung des
Einerseits werden wir jeden Schritt unterstützen, der sich gegen eine weitere Verschlechterung des
schon bestehenden Paragraphen wendet, andererseits werden wir aber natürlich nicht vergessen, daß es die SPD/FDP-Koalition war und ist, die uns mit dem „neuen" § 218 das Recht nimmt, über unseren Körper zu bestimmen.

**Unsere Forderung nach der völligen Legalisierung der Abtreibung bleibt bestehen!!**

KB/Gruppe Nürnberg

## Leserbrief: Krank sein als Erholung?

Während eines 14-tägigen Aufenthalts im Krankenhaus auf der gynäkologischen Station wegen einer fast zu spät erkannten Eileiterschwangerschaft, bekam ich mal wieder deutlich zu spüren, wie es um die „Gleichberechtigung" zwischen Frau und Mann bestellt ist: Einer Frau, die kurz vor der Entlassung stand, graute davor, nach Hause zu kommen, weil sie befürchtete, ihr Mann würde sie dazu zwingen, gleich wieder mit ihm zu schlafen, wonach ihr, 14 Tage nach einer Operation, verständlicherweise nicht der Sinn stand (ganz davon abgesehen, daß man wohl sowieso keine Lust hat, mit einem Mann zu schlafen, der einen dazu zwingt). Ich bekam den Eindruck, daß eine ganze Anzahl von Frauen den Krankenhausaufenthalt als eine Art Erholung empfanden, obwohl sie keine leichten Operationen hinter sich hatten. Entweder hatten sie zu Hause oft Krach und Ärger mit ihren Männern oder ängstigten sich vor ihnen, oder die Doppelbelastung von Beruf und Hausarbeit ging an die Grenzen ihrer Kräfte. Das Krankenhaus als Erholungsstätte für Frauen, die in ihrem Alltag physisch und psychisch kaputtgemacht werden – so was ist nur im Kapitalismus möglich!

Eine Braunschweiger Genossin

### Nonnen schwanger

Der bekannte englische Gynäkologe Dr. Herrmann Peter-Tarnesby, Leiter zweier moderner Frauenkliniken in London, plauderte aus: *„Deutsche Nonnen kommen schon seit Jahren in großer Zahl zu uns, um Schwangerschaftsabbrüche vornehmen zu lassen. Es ist auch schon vorgekommen, daß hohe kirchliche Würdenträger Mädchen zu uns geschickt haben. Meine ärztliche Schweigepflicht verbietet mir natürlich, nähere Angaben zu machen. Mich ärgert die Verlogenheit der katholischen Kirche in dieser Frage. So mancher deutsche kirchliche Würdenträger, der mich um Hilfe bat, gibt sich in der Bundesrepublik als strikter Gegner einer Paragraph-218-Reform"* („Extra-Dienst", 12.12. 1976).

### USA: Für Schwangerschaft kein Krankengeld!

Der Oberste Gerichtshof entschied für private Betriebskrankenkassen: Für eine Schwangerschaft braucht kein Krankengeld gezahlt zu werden! Die Begründung des Urteils ist so gehalten, daß es auch auf andere Versicherungen ausgedehnt werden könnte. Das Gericht wies Argumente, die die Benachteiligung der Frauen aufzeigten, mit der Bemerkung zurück: Männer und Frauen würden ja gleich behandelt, denn wenn Männer schwanger würden, bekämen sie auch kein Geld!

Beklagt war der Großkonzern General Electric, der in den Statuten seiner Betriebskrankenkasse Schwangerschaft ausdrücklich als Grund für die Zahlung von Krankengeld ausgenommen hatte. Begründet wurde das mit *„unangemessen hohen Kosten"*. Im Verlauf des langen Rechtsstreits, der Proteststürme von Frauengruppen und einigen liberalen Politikern ausgelöst hatte, argumentierten die Anwälte des Konzerns, daß Schwangerschaft – nicht wie eine Krankheit – ein unverhoffter Schicksalsschlag sei, sondern *„ein bewußt herbeigeführter Zustand"* („Hamburger Abendblatt", 9.12.76).

### Deutsche Lufthansa Pilotin nie – Modepuppe ja!

**„Eher wird eine Frau Boxweltmeister im Schwergewicht als Flugkapitän bei der Lufthansa"** („Frankfurter Allgemeine Zeitung", 14.9. 76)!

Mit dieser Äußerung von Lufthansa-Flugschulenchef Vermaaten wurde wieder mal dokumentiert, welche Rolle der Frau nicht nur bei der Lufthansa zugesprochen wird. Als Stewardess kann sich eine Frau bei der Lufthansa bewerben. Allerdings muß sie sich eine „Fleischbeschau"
Stewardess kann sich eine Frau bei der Lufthansa bewerben. Allerdings muß sie sich eine „Fleischbeschau"
von geschulten Männeraugen gefallen lassen. Nicht zu dick, nicht zu groß, schön „fraulich". Gleichzeitig wird den Bewerberinnen klargemacht, daß sie eine fristlose Kündigung erhalten, wenn sie weder Büstenhalter noch Nagellack tragen. Oder wenn der Rock zu kurz ist, was ja bekanntlich der heutigen Mode nicht mehr entspricht.

In den letzten Jahren haben sich hunderte von Frauen bei der Lufthansa als Pilotinnen beworben – so, wie viele Frauen schon lange bei osteuropäischen, skandinavischen und englischen Liniengesellschaften im Cockpit fliegen. Bei der Lufthansa-Schule in Bremen werden auch Frauen für die private und Industriefliegerei zu Pilotinnen ausgebildet. Bei der Lufthansa s e l b s t sprechen allerdings angeblich „ökonomische Gründe" dagegen. Schulungschef Vermaaten erklärt das so: *„Die Ausbildung eines Flugschülers kostet heute rund 250.000 DM. Nach diversen Umschulungskursen bis zum Kapitän kommen weitere 500.000 bis 600.000 Mark dazu"* („FAZ", 14.9.76). Wenn eine Pilotin ein Kind bekommt, verliert sie ihre Lizenzen. Und die Erneuerung der Lizenzen kostet die Lufthansa angeblich zu viel Geld!

Die von der Lufthansa genannten „ökonomischen Gründe" sind jedoch ein Hohn. Ebenso wie Frauen schwanger werden, müßten männliche Piloten ihre Lizenzen häufig nachmachen, weil sie Prüfungen nicht bestanden haben oder wegen Krankheit pausieren müssen.

Im Wesentlichen geht es der Lufthansa wohl mehr darum, daß die Frau weiter nur als Kellnerin und „Blickfang" fungiert.

Die British Airways scheint das auch zu wollen: Sie hat die Pilotin Yvonne Sintes zwar eingestellt – Passagiere darf sie jedoch nicht befördern – nur Fracht und Vieh! Kommentar überflüssig.

Betriebszelle Lufthansa
KB/Gruppe Hamburg

# Im Gruselkabinett der Frau Doktor Mabuse

## Zur Auseinandersetzung mit der Frauenzeitschrift „Schwarze Botin"

„Wir haben die Absicht, von unserer Neigung zur Konsequenz den rücksichtslosesten Gebrauch zu machen". So stellt sich das neu auf dem Markt erschienene Frauenheft „Die schwarze Botin" vor. Beim flüchtigen Durchschauen der Zeitschrift hinterließ sie bei vielen Leserinnen einen recht positiven Eindruck, da sie zu vielen Problemen, die zur Zeit aktuell diskutiert werden, Stellung bezieht. So schreibt sie in der Einleitung: *„Die Frauen haben sich schlecht beraten lassen, als sie anfingen zu glauben, daß alles, was Frauen denken, sprechen und arbeiten, unter dem Aspekt der Neuen Weiblichkeit für die Emanzipation brauchbar, wenn nicht gar gut sei"* (S. 4).

Dem Anschein nach kritisch, setzen sie sich z.B. mit Themen wie der „Neuen Innerlichkeit" auseinander. Einige Seltsamkeiten, beispielweise eine makabre Zeichnung mit der




Unterschrift „Kastration war nur eine Übergangslösung", mochte man noch für eine Art von „schwarzem Humor" halten.

Gewarnt hätte man allerdings werden können, wenn man genauer die Einleitung gelesen hätte:

„...*Humor geht ihr* (der „Schwarzen Botin", Anm. AK) *vollkommen ab... Sie setzt voraus, daß die Leserinnen nicht in der Lage sind, Spaß zu verstehen, sondern Ernst zu machen"* (S. 5)!

Wer noch so naiv war, zu glauben, beim Hang der „Schwarzen Botin" zur Farbe Schwarz – auch ihre Brie-

beim Hang der „Schwarzen Botin" zur Farbe Schwarz – auch ihre Brie-

fe haben einen schwarzen Trauerrand! – käme wenigstens noch schwarzer Humor heraus, ist auf dem Holzweg!

Frau stelle sich vor: Ein stilvolles Dinner – Abendessen wäre wohl zu banal – Kerzenschimmer überall, erlesenste Weine. Eine der Schwarzen Botinnen: „Bring doch mal Mäxchen herein!". In freudiger Erwartung, jetzt käme der Haushund oder eine Katze, oder gar ein Papagei, blieb den geladenen Frauen gleich darauf der letzte Bissen der vorzüglichen Steaks im Halse stecken. Was mit schwungvoller Geste gleich neben den kostspieligen Delikatessen plaziert wurde, war ein riesiger Cognacschwenker, gefüllt mit Spiritus. Sein Inhalt? – Ein dreimonatiger Fötus: „Mäxchen"!

Wie der Name schon sagt, wurde auch in der Fötus-Frage die „Konsequenz" nicht vergessen: „Mäxchen" = männlich!

Frau stelle sich dann weiter eine alte Villa in einer abgelegenen Seitenstraße vor, die Hexenhöhle der Schwarzen Botin. Dunkle Räume, einen Mini-Totenkopf an der Wand. Jesus-Wachsfiguren hängen zappelnd wie kleine Teufelchen an den Bücherregalen. Ein Kaninchen hoppelt herum, daß man erst „richtig liebhaben muß", bevor man es fürs nächste Festmahl schlachtet.

Einen zahmen Hausmann halten sich die Schwarzen Botinnen übrigens auch, von dem sie allerdings behaupten, er sei gar kein „richtiger Mann" mehr. Wie das zu verstehen ist, bleibt offen.

Wenn frau in dieser Atmosphäre mit den Schwarzen Botinnen ins Plaudern kommt, kann sie mit zunehmender Gänsehaut folgende Theorien hören:

Was die Schwarzen Botinnen vorhaben, ist nichts weniger als die Ausrottung der Männer! *„Es darf keinen Zweifel über die Notwendigkeit geben, eine Strategie für den Kampf zu entwickeln"* (S.4).

In dem beschriebenen Gruselkabinett haben sie sich demzufolge folgenden Stufenplan ausgeheckt:

Hier und heute müssen sich die Frauen ökonomisch und sexuell verweigern. Frau arbeitet nicht in Männerbetrieben. Geht zu Bourgeoisfrauen und laßt euch dort ausbeuten, ist die Devise.

Frauen, laßt auch die Finger weg vom Sex! Wenn es unbedingt (!) sein muß, so die Schwarzen rigiden Botinnen, dann propagieren wir natürlich die lesbische Beziehung. Frauen sollen mit Frauen zusammenleben. Und das Problem mit den Kindern? Natürlich werden die Frauen nur ihre w e i b l i c h e n Kinder mitnehmen. Die Männer sollen doch dahin gehen, wo der Pfeffer wächst! Die männlichen Kinder sind schon viel zu sehr patriarchalisch verseucht. –

Ein Fünkchen Materialismus steckt natürlich auch in der Theorie der ökonomischen Verweigerung. Vorausschauend fragen die Schwarzen Botinnen: „Wie lange werden es sich die kapitalistischen Männer wohl gefallen lassen, wenn die Frauen nicht mehr als volle Arbeitskraft zur Verfügung stehen?".

Wie Männer halt sind, werden sie kämpfen. Von einem bestimmten Zeitpunkt an (es ist ein Stadium der „Doppelherrschaft" gemeint) werden die Männer versuchen, ihre ehemaligen Territorien zurückzugewinnen, und die Frauen werden natürlich versuchen, die gesamte Herrschaft des Staates an sich zu reißen. Es kommt nach Meinung der Schwarzen Botinnen zu einer blutigen „Revolution", zu einem wüsten Geschlechterkampf.

Für die Frauen kommt es nach Meinung der „Schwarzen Botin" darauf an, mit Waffengewalt die Männer zu unterwerfen und die Frauenherrschaft aufzubauen. Langsam werden danach die restlichen Männer „absterben", die selbstverständlich vorher noch kastriert werden müssen.

Besteht dann das Problem der weiteren Existenz der Menschheit? Nein! Babys aus der Retorte wird es geben, um im übrigen: **„Der neue Zuchtstandpunkt"** ist aus Nr. 1 der „Schwarzen Botin" schon allen Leserinnen bekannt:

*„Mehr als eine Million Frauen benötigen für ihre Fortpflanzung nicht mehr als einen Mann – Die fraueneigene Samenbank bietet deshalb geeigneten Bewerbern die Möglichkeit, ihren Samen unentgeltlich abzulie-*

*eigneten Bewerbern die Möglichkeit, ihren Samen unentgeltlich abzulie-*

*fern"* (S. 34).

Wenn frau diesen Vortrag hinter sich gebracht hat, liest sie nun auch die „Schwarze Botin" mit geschärftem Blick. Und entdeckt so manchen gefährlich steilen Unfug. Der bisherige Kampf gegen den § 218 beispielsweise wird von ihnen schlichtweg für *„absurd"* erklärt. Sie meinen stattdessen: *„Vielleicht ist die Schlußfolgerung, daß es wirkungsvoller sein könnte, einigen der gesetzgebenden Herren das Zeugungswerkzeug prophylaktisch zu entfernen, einleuchtender, aber gerade diese Logik verursacht Unbehagen. Denn konsequentes Handeln schlägt sich nieder, indem die Person aus ihrem Handeln für sich selbst Konsequenzen zu ziehen hat. Das bedeutet Verzicht auf all die Dinge und Situationen, die einem immer noch dazu verhelfen, sich halbwegs am Leben zu erfreuen, Isolation und Ablehnung sanierender Liebesbeziehungen. Das konsequente Subjekt ist progressiv und entfernt sich mehr und mehr von der Bedeutung der realen Wirklichkeit, weil diese Wirklichkeit für es nicht mehr verbindlich ist. Es verändert sich dabei derart, daß selbst Gefangenschaft, Verlust der Gesundheit und Tod es nicht abschrecken, weil es außer seiner Konsequenz nichts Adäquates mehr besitzt"* (S.7).

Man halte dies nicht etwa versehentlich für die Beschreibung eines R e v o l u t i o n ä r s! Denn für den Revolutionär ist in erster Linie entscheidend, w o f ü r er kämpft. Der „Schwarzen Botin" jedoch gilt die „Konsequenz" und „Rücksichtslosigkeit" a l s s o l c h e für den höchsten Wert. Verwandtschaft zu faschistoiden „Übermenschen"-Theorien, etwa von Nietzsche, ist unverkennbar! Nur soll es jetzt wohl statt „Gehst du zum Weib, vergiß die Peitsche nicht!" (Nietzsche) heißen: „Gehst du zum Mann, vergiß das Messer nicht!"...

Die Geistesverwandtschaft wird überdeutlich, wenn die „Schwarze Botin" einerseits die „absolute Einsamkeit des konsequenten Subjekts" kultiviert (S.7) und andererseits mit Bezug auf den Faschismus vom *„Monument ... als die direkte Fortsetzung der* Einsamkeit des Führers" schreibt (S. 14). Zwischen ihrem „konsequenten Subjekt" und dem faschistischen „Führer" besteht im Grunde nämlich nur ein „kleiner Unterschied", und zwar eben der bewußte (siehe Alice Schwarzer)!

Mit dem „rücksichtslosen" Dünkel des „Über-Menschen" blicken die Schwarzen Botinnen herab auf das **„mittelmäßige Denken"** der großen Masse der Frauen (S.5). Arrogant verkünden sie ihren Leserinnen: „...*Dabei gehen wir von der Überzeugung aus, daß für die Existenz der schwarzen Botin, sie selbst unentbehrlicher ist als die, welche sie lesen"* (S.5). Beim Plausch mit den Schwarzen Botinnen kann frau das auch noch um einige Töne drastischer hören: **„Wenn ich diese dummen strickenden Weiber, diese blöden Kühe, im Frauenzentrum sitzen sehe, könnte ich mit dem Maschinengewehr durchgehen und alle ummähen!"**(Gabriele Goettle, Grafikerin der „Schwarzen Botin").

Was hier vor sich geht, reicht zumindest in die Randbereiche des Krankhaften. Das rechtfertigt freilich nicht, die Gefährlichkeit dieser Schwarzen Botinnen geringzuschätzen. Nicht einmal ungeschickt ist ihre beabsichtigte „Doppelstrategie": Erst einmal Frauen (vor allem aktive, linke Frauen – die anderen seien sowieso alles nur „dumme Kühe"!) an sich heranzuziehen und diese dann stückchenweise in ihre makabre „Strategie" einzuweihen, die sie dem breiten Publikum vorerst vorenthalten wollen. Auf Abspaltungen in linken Organisationen (wie bei Lotta Continua in Italien) spekulieren sie besonders.

**Diesem faschistoiden Spuk muß und kann die Frauenbewegung ein s o f o r t i g e s Ende bereiten!**

**– Durch breites Aufdecken und Bekanntmachen ihrer perversen Ideen muß verhindert werden, daß ihre Absicht gelingt, einen Freundeskreis von „Frauen mit Köpfchen" um sich herum aufzubauen!**

**– Organisierter Boykott ihrer Zeitung, vor allem in linken und Frauen-Buchläden!**

**– Eine breite Bewegung gegen die „Schwarze Botin" mittels öffentlicher Erklärung etc. initiieren, Anzeigen-Boykott ihrer Zeitung durchsetzen; den „viva Frauendruck" auffordern, diese Zeitung nicht mehr zu drucken; den „Frauenbuchvertrieb" Danielle de Baat auffordern, den Vertrieb der „Schwarzen Botin" einzustellen!**

**Eine Genossin und ein Genosse der KB/Gruppe Hamburg**



Kastration war nur eine Übergangslösung.

**...Und das meinen sie e r n s t ! („Schwarze Botin", Nr. 1, S. 26)**

# MSB-Spartakus – Frauenfeindlich!

Einen neuen Hammer in punkto Frauenfeindlichkeit hat sich der MSB-Spartakus geleistet: Letzte Woche hingen überall Plakate, mit denen zu einer „Rote-Blätter-Fete" eingeladen wird. Zu sehen ist darauf Karl Marx, der in der rechten Hand einen Bierkrug hält und links eine Frau im Arm hat; die linke Hand hat er auf ihrem Busen (mit der Frau ist, wie wir später erfuhren, Angela Davis gemeint!).

Wir hängten daraufhin Wandzeitungen auf, in denen diese neuerliche Schweinerei in eine Reihe gestellt wurde mit den schon bekannten Pin-up-Fotos aus „Elan", „Links-rum" und anderen DKP-Zeitungen. Außerdem verzierten wir die Plakate mit der kräftigen Aufschrift „FRAUENFEINDLICH"!

Abgesehen davon, daß dieses Vorgehen von vielen Studentinnen und Studenten begrüßt wurde, verursachte es offenbar einige Magenbeschwerden in den Reihen des MSB-Spartakus. Die meisten MSB-Männer meinten, daß sowas doch tatsächlich eine „Nebensache" sei, deren Diskussion nur von den „Hauptfragen" ablenke. Daß die Frauenfeindlichkeit im MSB für die meisten Frauen dort aber anscheinend ein großes Problem ist, bewies die Tatsache, daß sich einige MSB-Frauen von uns die Wandzeitungen ausliehen, um damit eine Diskussion auf der Rote-Blätter-Fete anzuregen. Erwartungsgemäß wurde ihre Meinung dort nicht ganz ernst genommen: Es wurde versucht, die ganze Sache herunterzuspielen und die Frauen als „lustfeindlich" hinzustellen („Ihr werdet doch auch gerne gestreichelt"). Den Gipfel aber bot ein Revi, der sinngemäß sagte, daß das doch ganz natürlich sei, daß jeder MSBler der Angela gern mal an den Busen greifen würde!

Wir finden sowas jedenfalls überhaupt nicht „natürlich", und wir können den MSB-Frauen nur raten, bei der nächsten Frauenfeindlichkeit im MSB ihrerseits mit einer „natürlichen" Reaktion aufzuwarten und den Typen ihre anmachenden Zeitungen und Plakate um die Ohren zu schlagen!

**KB / Gruppe Darmstadt**



# Spanien

## Freiwillige Selbstauflösung des spanischen Faschismus?

**Die Regierung Suarez hat in den letzten Wochen eine Reihe von Maßnahmen getroffen bzw. angekündigt, die auf den ersten Blick eine Demontage des faschistischen Systems aus Francos Zeiten zu sein scheinen. Bei genauerem Hinsehen entpuppen sich diese Maßnahmen jedoch als Korrekturen am Make-up einer besonders brutalen kapitalistischen Ausbeuterordnung. Die Wirksamkeit der Herrschaftsinstrumente bleibt erhalten bzw. wird noch verschärft; das Volk soll aber durch die Abschaffung der extremsten Auswüchse des faschistischen Systems und des ständigen Geredes über die neue spanische Demokratie von seinem entschiedenen Kampf um wirkliche Freiheiten abgehalten werden.**

- Die Sondergerichte für öffentliche Ordnung wurden abgeschafft;
- Verfahren wegen „Terrorismus"-Delikten wurden von der militärischen auf die zivile Gerichtsbarkeit übertragen;
- Kriegsdienstverweigerung aus Glaubensgründen wird nicht mehr mit Gefängnis bestraft;
- in den führenden Positionen des Militärs und der Polizei wurden Umbesetzungen vorgenommen, die diese beiden staatlichen Machtmittel endgültig auf „Reformkurs" bringen sollen;
- den unterdrückten Nationalitäten der Basken und Katalanen wurden Zugeständnisse in Aussicht gestellt;
- ständig wird von der Regierung eine Erweiterung der Amnestie angekündigt.

Eines der verhaßtesten Instrumente faschistischer Unterdrückung waren in Spanien die sogenannten „Sondergerichte für öffentliche Ordnung" (TOP) – berüchtigt durch ihre Prozeßführung und die gewöhnlich sehr hohen Haftstrafen bei „politischen Vergehen".

Sie sind Anfang Januar durch ein Gesetzesdekret abgeschafft worden („El Pais", 6.1.77). Auch die Zuständigkeit der Militärgerichtsbarkeit für „Terrorismus-Delikte" wurde – von Ausnahmen abgesehen – aufgehoben.

Wer jetzt glauben sollte, politische Aktivitäten würden jetzt nicht mehr verfolgt, irrt. Statt der genannten TOP's wurden verschiedene neue Institutionen zur Strafverfolgung geschaffen – lediglich mit einem besser klingenden Namen und ohne die Anrüchigkeit der Franco-Justiz: In Madrid gibt es jetzt zwei neue Untersuchungsgerichte (Nr. 21 und 22), also eine Steigerung der Zahl dieser Behörden um 10%!), sowie ein neu geschaffenes „Bundesgericht" die „Audiencia Nacional", dem drei – ebenfalls neue – zentrale Untersuchungsgerichte unterstellt sind. Diese „Audiencia Nacional" ist mit den ihr unterstellten Untersuchungsgerichten zuständig für Fälle, die über die Grenzen einer Provinz hinausgehen. Und – natürlich – für „Terrorismus-Delikte". („El Pais", 6.1.77)

### Bei Polizei und Militär Ballast abgeworfen

Nachdem schon im letzten Herbst die Suarez-Regierung Männer ihres Vertrauens in wichtige Positionen – vor allem bei Polizei und Streitkräften – beförderte, hat sie jetzt zum „entscheidenden Schlag" ausgeholt,



Die „Reform" von Militär und Polizei

um die letzten „unbelehrbaren" Faschisten, die die Zeichen der „neuen Zeit" nicht erkennen, durch Vertreter der aktuellen, „flexiblen" Linie zu ersetzen. Daß bei diesen personellen Veränderungen kein öffentlicher Protest der Ultrarechten mehr laut wird (wie noch im letzten Jahr), zeigt, wie sehr der „neue Kurs" die Faschisten überzeugt. Ende Dezember '76 wurde die oberste Polizeiführung umbesetzt:

- Der als „offener Widersacher der Regierung Suarez" geltende rechtsextreme Guardia-Civil-Chef Campano mußte seinen Posten räumen. Sein Nachfolger, Ibanez Freire, wird allerdings auch die „öffentliche Ordnung" gewährleisten können; als Zivilgouverneur spanischer Provinzen hat er Erfahrungen auf diesem Gebiet gesammelt.
- Der Generaldirektor für Sicherheit mußte ebenfalls seinem „zeitgemäßeren" Nachfolger weichen.
- Und der kommandierende General der bewaffneten Stadtpolizei („Policia Armada") kam seiner Ablösung gleich durch Rücktritt zuvor.

Die Veränderungen in der Polizei sollen diese zum einen der Regierung besser verfügbar machen, zum anderen sollen sie als Trumpf gegenüber der Opposition dienen. Die Regierung kann jetzt etwas „vorweisen" und weniger fortschrittliche Teile der Opposition täuschen.

In einem Manifest der „Nationalen Polizeiunion" (UNP) wird u.a. enthüllt, daß die Auflösung der „Brigada de Investigacion Social" (politische Geheimpolizei) nur ein Täuschungsmanöver war, da in einer neugeschaffenen entsprechenden Unterabteilung der „Comisaria General de Investigacion" (Generalkommissariat für Untersuchungen) dieselben „alten" Leute ihren Dienst tun und weiterhin die „Kriminalpolizei" kontrollieren („Mundo Obrero", 14.1.77).

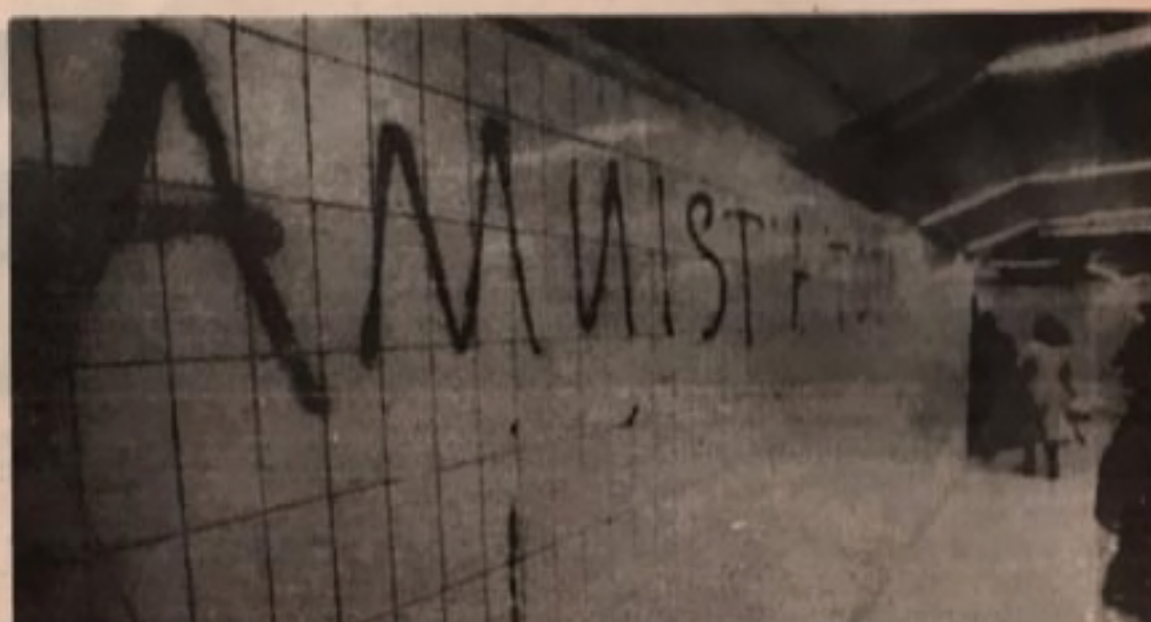
Die angebliche Auflösung der „spanischen PIDE", die in Portugal von den fortschrittlichen Teilen der Armee mit Waffengewalt durchgesetzt worden war (nach dem 25. April '74), wurde von der spanischen Presse als kleine Revolution gefeiert („Cambio 16", 8.11.76)!

Auch in den Streitkräften hat es Veränderungen gegeben – sowohl personeller Art, als auch organisatorischer Natur. Alte Generale, fast durch die Bank Ultrarechte, schieden aus Altersgründen aus bzw. wurden ersetzt.

### Kriegsdienstverweigerung nur aus religiösen Gründen

Die „Neubehandlung" der Kriegsdienstverweigerer beschränkt sich lediglich auf die Verweigerung aus religiösen Gründen. Politische Verweigerung ist nach wie vor nicht möglich.

Statt eines einjährigen Militärdienstes „dürfen" Verweigerer jetzt einen d r e i jährigen Zivildienst ableisten. Die Neuregelung ist auch schon auf den Widerstand der Verweigerer gestoßen: Sie kritisieren die Einschränkung des Verweigerungsrechts



„Vollständige Amnestie" Wandmalerei bei der Metro Madrid

auf religiöse Gründe als „unzeitgemäß". Die einzigen Verweigerer aus diesen, jetzt erlaubten Motiven seien die Zeugen Jehovas. Und diese werden sich auch dem Zivildienst, der einzigen Alternative, verweigern. Ein weiterer Kritikpunkt, von der Länge des Zivildienstes einmal abgesehen, ist, daß dieser im militärischen Rahmen, d.h. unter militärischer Disziplin stattfindet! Stattdessen wird eine selbstverwaltete Form des Zivildienstes gefordert. („El Pais", 11.1.77).

### Schöne Worte für Katalanen und Basken

Die vom spanischen Faschismus unterdrückten Nationalitäten der Basken, Katalanen und Galizier (Katalanen und Basken besaßen in der 2. Republik vor dem Bürgerkrieg ein Autonomiestatut) stellen wegen ihrer nachdrücklichen Forderungen nach Autonomie, Anerkennung ihrer Sprache und Kultur usw. ein besonderes „Problem" für die Faschisten in ihrem Demokratisierungsprojekt dar. So sind die baskischen Provinzen Guipuzcoa und Vizcaya die kampfstärksten in Spanien überhaupt.

Die Widersprüche zum „alten" faschistischen System gehen mittlerweile so weit, daß sich im Baskenland Repräsentanten der staatlichen Ordnung, die Bürgermeister, in „offener Rebellion" gegen die Regierung befinden. Sie spurten an die Spitze der Massenbewegung, um das „Schlimmste" zu vermeiden. Sie fordern – unter dem Druck der Massen – die vollständige Amnestie für die politischen Gefangenen. Die Regierung hat erst kürzlich einen Bürgermeister-Kongreß für die Amnestie verboten, der dann am 17.1. wegen eines riesigen Polizeiaufgebots nur auf dezentralen Versammlungen stattfinden konnte („El Pais", 18.1.77). Die Bürgermeister protestierten auch dagegen öffentlich.

Auch die Amnestiebewegung zeugt vom ungebrochenen Kampfeswillen der Basken. Die Suarez-Regierung sah sich gezwungen, den Basken einige Zugeständnisse in Aussicht zu stellen. Das Baskische soll in den vier Provinzen des Baskenlandes nach und nach als zweite Amtssprache (neben Spanisch) eingeführt werden; auch die baskische Nationalflagge darf nunmehr öffentlich gezeigt werden. Die von den Basken total abgelehnte Guardia Civil soll aus den baskischen Provinzen abgezogen und durch andere Polizeieinheiten ersetzt werden. Eine der üblichen Suarez-Reformen ... Den beiden wichtigsen Forderungen verweigerte sich die Zentralregierung: der nach uneingeschränkter Amnestie und der nach Autonomie. Eine Erweiterung der Amnestie vom letzten Juli stehe in Aussicht, und über ein Autonomiestatut müsse das künftige Parlament entscheiden („Frankfurter Allgemeine Zeitung" – „FAZ", 20.1.77). Alles in allem sind die Zugeständnisse angekündigt worden, um dem baskischen Widerstand die Spitze abzubrechen.

Den Katalanen gegenüber nimmt die Regierung dieselbe Haltung ein.

### Eine Demokratisierung ganz nach dem Geschmack der Imperialisten

Der Suarez-Regierung ist es bisher relativ gut gelungen, ihre Vorstellungen über die weitere Entwicklung in Spanien durchzusetzen.

Angesichts der Massenkämpfe des spanischen Volkes (Streiks, Amnestiebewegung) sind die Imperialisten überrascht, w i e fest sie die Zügel in der Hand haben.

Die großbürgerliche „Frankfurter Allgemeine Zeitung" jubiliert: *„über Erwarten gut ist die weitere Entwicklung Spaniens zur einwandfreien Demokratie verlaufen."* („FAZ", 14.12.76). Der Grund für diesen Jubel: *„In der überaus heiklen Prozedur der Mauser eines autoritären Regimes ist im großen und ganzen bisher nichts außer Kontrolle (!) geraten"* („FAZ", 17.12.76).

Bei seinem Besuch bei Suarez und Hampelmannkönig Juan Carlos Anfang Januar in Madrid geriet Helmut Schmidt deshalb auch vor Freude aus dem Häuschen: die Regierung der BRD betrachte die spanische Reformpolitik *„mit großer Bewunderung und großer Befriedigung"* („FAZ", 8.1.77)!! Helmut Schmidt, durch seine Erpresserpolitik im europäischen Ausland als „Lehrmeister Europas" berüchtigt, zollte Suarez Lob: der spanische Regierungschef sei einer der erfolgreichsten Ministerpräsidenten der letzten sechs Monate („FAZ", 8.1.77).

Es ist schon ein starkes Stück, daß sich Schmidt solche Sympathiebekundungen einem Faschisten gegenüber erlauben kann (Suarez war immerhin bis zum letzten Jahr oberster Chef der faschistischen Einheitsbewegung, des „Movimiento"!).

Seinen Besuch nutzte Schmidt auch gleich, um seinen Kollegen weitere Ratschläge für die nächsten Schritte mit auf den Weg zu geben. Besonders auf einem Gebiet fürchtet Schmidt nämlich noch Schwierigkeiten: beim *„Aufbau einer verantwortlichen Sozialpartnerschaft"*, d.h. der Schaffung kapitalhöriger Gewerkschaften. Hier wird er wohl aus dem reichen Erfahrungsschatz des „Modells Deutschland" weitere ‚Tips' geben können.

**Spanien-Kommission**

## Kommunistisches Manifest der Frauen von Bilbao

„Angesichts dessen, daß unser Volk die Forderung nach Amnestie erhebt und gegen eine Herrschaft der Unterdrückung kämpft, eine Unterdrükkung und Ausbeutung, so sind die Frauen dabei vergessen worden. Deswegen gehen wir in diesen Tagen auf die Straße, um den Kampf für die Amnestie zu beginnen und wir wollen die spezifischen erniedrigenden Bedingungen aufzeigen, unter denen unsere Kameradinnen leiden:

Auf den Kommissariaten werden sie gedemütigt, erniedrigt, oft wegen ihres Geschlechts; in den Gefängnissen leiden sie unter schlimmeren materiellen Bedingungen (Kleidung, sanitäre Einrichtungen, Ernährung). Es gibt eine doppelte Unterdrückung in bezug auf Bücher, Zeitschriften, Besuche, Bildungsmöglichkeiten: und die Arbeit wird geringer bezahlt. Unter diesen Umständen leben folgende Gefangene: Jone Dorronsoro (Gefängnis in Alcala), Maite Arevalo (auch dort), Carmen Antia (Gefängnis von Yeserias), Soledad Inchausti (auch dort), Isaskul Recalde (auch dort), Eva Forest (auch dort), Beatriz Rodriguez (auch dort).

Auf der anderen Seite unterdrückt das faschistische System, in dem wir leben, das uns der kleinsten Freiheiten beraubt, ganz besonders uns Frauen, indem es uns für Dinge verurteilt, die ihren Grund haben in den Bedingungen, unter denen hier die Frauen leben, und die wie Straftaten behandelt werden.

Warum verurteilt dieses Regime Verhütungsmittel, wo es nicht die Bedingungen schafft, die notwendig sind, um Kinder kriegen zu können (keine Kindergärten, geringe Löhne, Arbeitslosigkeit gerade bei den Frauen, Entlassungen von schwangeren Frauen, Verweigerung der Arbeit für verheiratete Frauen mit Kindern)? Warum verurteilt es Abtreibungen, wenn die gleiche Gesellschaft Verhütungsmittel verweigert und diejenigen verachtet, die man die illegalen Kinder nennt? Warum wird der Ehebruch von Frauen verurteilt und nicht der der Männer?

Warum sehen sich zahlreiche Frauen dazu gezwungen, sich zu erniedrigen, indem sie ihren Körper verkaufen, weil es für sie die einzige Möglichkeit zur Bestreitung des Lebensunterhalts ist, wenn die gleiche Gesellschaft sie verurteilt und gleichzeitig mit ihnen handelt?

Wir klagen also diese repressive Gesellschaft an, in der wir leben, die jede Freiheit verweigert und die Ausbeutung und das ökonomische Elend der arbeitenden Bevölkerung und speziell der Frauen aufrechterhält.

In diesem Kampf für die Amnestie, in dem wir Freiheit und Gleichheit für alle fordern, verlangen wir Amnestie für die Frauen und ihre Befreiung, damit sie selbst ihr Leben bestimmen können.

- Keine Erniedrigung von Frauen in Gefängnissen und Kommissariaten!
- Keine diskriminierenden Verurteilungen gegen Frauen!
- Amnestie für alle politischen Gefangenen!
- Amnestie für die wegen „Frauenverbrechen" Verurteilten!
- Totale und sofortige Amnestie!

Frauenversammlung von Bilbao"

(Aus „L'Information des Femmes" – „Informationen für Frauen", November 1976)

**AG Frauen**
**KB/Gruppe Hamburg**

## Spaniens Medien nach wie vor in der Hand der Rechten!

Während in vielen europäischen Ländern ein mehr oder minder großes Zeitungssterben grassiert, erlebt die spanische Presse gegenwärtig einen Aufschwung.

Seit dem Tode Francos sind allein in Madrid ein halbes Dutzend politischer Zeitungen und Zeitschriften erschienen. Vor allem jedoch in den Provinzen entstehen immer mehr kleine, unabhängige Regionalblätter, in Katalonien allein an die 80, von denen die überwiegende Mehrzahl dem Regime kritisch gegenübersteht.

Nach wie vor jedoch existiert ein Machtmonopol der Rechten über die öffentliche Meinung!

- Die größte Zeitungskette Spaniens mit 34 Tageszeitungen wird noch immer von dem aus der faschistischen Falange hervorgegangenen „Movimiento" kontrolliert,
- die zweitgrößte von der rechtskatholischen „Editorial Catolica".

Darüberhinaus sind Fernsehen und Rundfunk fest in der Hand des Regimes:

- Der Stellvertretende Leiter der Fernseh-Informationsabteilung, Jesus Mora, z.B. war früher Chefredakteur der reaktionären Frontkämpferzeitung „El Alcazar" und vorher erster Direktor der ultrarechten „Fuerza Nueva".
- Im Rundfunk sind alle privaten Sender verpflichtet, den offiziellen Nachrichtenteil vom staatlichen Rundfunk zu übernehmen.

Die Nachrichten, die gesendet würden, entsprächen *„nicht der Wirklichkeit des Landes"* erklärten hundert Journalisten und Mitarbeiter des spanischen Fernsehens (RTVE) und beschwerten sich in einem Offenen Brief über die *„Rolle, die wir zu spielen gezwungen werden"*.

Immer noch werden darüberhinaus Journalisten, wenn sie dem Regime zu unbequem werden, verfolgt und vor Gericht gestellt, so u.a. der Chefredakteur von „Sabado Grafico", der zu vier Jahren Gefängnis verurteilt wurde, weil er die Namen von elf Männern veröffentlichte, die in einen spanischen Lockheed-Skandal verwickelt sein sollen (nach „Spiegel", 52/76).

**Medien-Kommission**
**KB/Gruppe Hamburg**

## Spanische Faschisten zwischen arabischer Reaktion und Zionismus

In Madrid fanden Anfang Januar offizielle Gespräche mit einem kuwaitischen Regierungsvertreter über Möglichkeiten der Intensivierung der arabisch-spanischen Beziehungen statt. Hauptgegenstand war das Angebot mehrerer arabischer Staaten unter Führung von Kuwait, Spanien ein Darlehen in Höhe von 500 Millionen Dollar zu gewähren. Wie die regierungstreue „Kuwait Times" („KuT") schreibt, soll das Darlehen Spanien helfen, dem in letzter Zeit verstärkt ausgeübten *„zionistischen Druck zu widerstehen. Einige Zeitungen und Politiker haben in jüngster Zeit die Anerkennung Israels gefordert und auch die zionistisch dominierten westlichen Finanzinstitutionen haben begonnen, Spanien Darlehen und Kredite solange zu verweigern, wie die Madrider Regierung keine 'ausgewogene' Nahostpolitik betreibt"* („KuT", 6.1.77). Spanien betreibt seit Jahrhunderten eine judenfeindliche Politik, die sich nach 1948 auch gegen den zionistischen Staat gerichtet hat und als „pro-arabisch" ausgegeben wird: *„Aus Gründen der Freundschaft mit den arabischen Ländern ist Spanien eines der wenigen westlichen Länder, die die Legalität des jüdischen (!) Staates bisher nicht anerkannt haben"* (Radio Madrid, zitiert nach: „Monitor-Dienst" – „MD", 16.12.76).

Diese „Freundschaft" ist in letzter Zeit durch den imperialistischen Druck auf Spanien – die Anerkennung Israels gehört mit zur Eintrittskarte in die NATO – getrübt. Einen ersten Triumph feierten die Zionisten im Dezember, als die Europäische Sektion des Jüdischen Weltkongresses eine Tagung in Madrid abhalten durfte, das *„erste Treffen von Juden auf spanischem Boden seit fast 500 Jahren"* („Süddeutsche Zeitung", 7.12.76). Auch wenn die israelische Regierung über das Ergebnis nicht so arg begeistert war, weil Juan Carlos eine ursprünglich geplante Begegnung mit führenden Vertretern der Juden wieder abgesagt hatte („Neue Zürcher Zeitung", 10.12.76), bezeichneten die Kongreßteilnehmer die Tagung als *„historisches Ereignis"* *„von symbolischem Wert"* („Frankfurter Rundschau", 6.12.76), und die spanische Regierung hatte Mühe, ihre Zustimmung zur *„Toleranz Spaniens gegenüber der israelitischen Bewegung"* herunterzuspielen, von der man nicht ableiten dürfe, daß es *„den ersten Schritt zur Anerkennung Israels bedeuten könnte"* („MD", 13.12.76).

Spanien hat es mit der Anerkennung auch noch nicht so eilig. Um die „freundschaftlichen Beziehungen" (z.B. günstige Darlehen) mit den arabischen Staaten aufrechtzuerhalten, würde es gern einen imperialistischen „Frieden" in Nahost abwarten und *„diese Anerkennung aufschieben bis zu dem Zeitpunkt, in dem sie auch von den arabischen Ländern ausgesprochen und somit der Frieden in diesem Raum wiederhergestellt ist"* (Radio Madrid, „MD", 16.12.76).

**Nahost-Kommission**

# Österreich / Schweiz

## Anti-KKW-Bewegung auch in Österreich!

*Resolution*

*„An die österreichische Bundesregierung!*

*Die österreichische Bundesregierung und die AKW-Befürworter haben längst grundsätzlich für die Kernenergie entschieden. Wir sind überzeugt, daß es bei der 'Informationskampagne' der Bundesregierung nicht um die Frage geht, ob in Österreich AKW gebaut werden sollen oder nicht. Das Ziel der Regierung ist vielmehr, dafür zu sorgen, daß bereits getroffene Entscheidungen im nachhinein von der Bevölkerung befürwortet werden und daß der Widerstand gegen den Bau von Atomkraftwerken gebrochen wird.*

*Dafür sprechen folgende Gründe:*

*– Das AKW-Zwentendorf geht – nach Aussagen von Bundeskanzler Kreisky – sicher in Betrieb.*

*– Die Bauvorbereitungen für das AKW St.Pantaleon laufen unvermindert weiter.*

*– Die Uranlieferung für das AKW St. Pantaleon wurde bereits mit der Sowjetunion abgeschlossen.*

*– Als möglicher Standort für ein drittes Atomkraftwerk wird Bogenhofen bei Braunau in Erwägung gezogen.*

*– Der kürzlich erschienene Energieplan der Bundesregierung sieht vor, daß 1985 9,2 % des Strombedarfs durch AKW gedeckt werden soll.*

*– Suche nach Endlagerstätten für Atommüll in Österreich geht weiter.*

*Darüber können auch die scheinbaren Zugeständnisse der Regierung an die KKW-Gegner bei den bisherigen Regierungsveranstaltungen nicht hinwegtäuschen.*




**Etwa 100 Teilnehmer demonstrierten in Salzburg vor einer AKW-Propaganda-Veranstaltung der Regierung.**

*Bei den bisherigen Veranstaltungen brachten die Anwesenden mit großer Mehrheit ihre Ablehnung der AKW-Pläne der Regierung zum Ausdruck.*

*Auch wir lehnen Atomkraftwerke ab, weil es eine Tatsache ist, daß die Energiegewinnung aus Kernspaltung beim gegenwärtigen Stand der Technik die Gesundheit und die Lebensbedingungen der Bevölkerung gefährdet, und zwar aufgrund der laufenden*

*die Gesundheit und die Lebensbedingungen der Bevölkerung gefährdet, und zwar aufgrund der laufenden*

*Abgaben von Radioaktivität, der Unfallgefahr und der ungelösten Probleme der Atommülllagerung.*

*KEINE INBETRIEBNAHME DES AKW ZWENTENDORF!*

*KEIN ATOMKRAFTWERK IN ST. PANTALEON!*

*KEIN AKW IN BODENHOFEN UND AUCH NICHT ANDERSWO IN ÖSTERREICH!"*

Diese Resolution wurde in Salzburg von ca. 600 Anwesenden bei der „Informationsveranstaltung" zum Bau von AKW's verabschiedet. Diese „Informationsveranstaltungen" führt gegenwärtig die österreichische Regierung überall im ganzen Land durch. Sie verspricht sich davon, daß der Widerstand der AKW-Gegner klein gehalten wird. Schon bei anderen „Informationsveranstaltungen" war deutlich geworden, daß die Regierung keineswegs ein ernsthaftes Interesse an einer Auseinandersetzung mit den Argumenten der AKW-Gegner hat: In Linz waren Gegner von Polizisten verprügelt worden, gegen zwei läuft ein Gerichtsverfahren wegen „Podiumsbesetzung"!

In Salzburg hielt sich die Polizei zurück. Aber *„200 Polizisten mit Stahlhelmen, Polizeihunden und Tränengas standen im Keller des Kongreßhauses bereit. Die Besucher wurden beim Betreten des Saales von der Staatspolizei einer Leibesvisitation und Taschenkontrolle (!) unterzogen"* (hatte da vielleicht einer kleine Atombomben versteckt??).

Trotz dieser Einschüchterungsmaßnahmen konnte die Regierung ihre Show nicht ordnungsgemäß abziehen. Der größere Teil der Anwesenden

nahmen konnte die Regierung ihre Show nicht ordnungsgemäß abziehen. Der größere Teil der Anwesenden

hatte nach einiger Zeit die Lügen der bürgerlichen Wissenschaftler über die segensreichen Auswirkungen von Atomstrom satt und verließ aus Protest den Saal.

Vor Beginn der Veranstaltung hatte die „Initiative der österreichischen Atomkraftwerksgegner" (IÖAG) eine Kundgebung mit ca. 100 Teilnehmern abgehalten. Dabei wurde auch eine Protestresolution gegen den Bullenterror in Brokdorf verabschiedet. Zu der Kundgebung hatten außerdem aufgerufen: der „Arbeitskreis Ökologie Salzburg" (AKÖ), die „Gruppe revolutionärer Marxisten" (GRM), der „Kommunistische Bund Österreichs" (KBÖ – österreichischer KBW-Abklatsch), der „Marxistische Studentenbund Salzburg" (MSB), die „Österreichische Naturschutzjugend", der „Verein Natürliches Leben", der WSL und Bürgerinitiativen in Linz und Bogenhofen (Informationen aus: „Klassenkampf", Zeitung des KBÖ, 1/77).

**Österreich-Kommission**
**KB/Gruppe Bremen**

## Verteidigungsminister fordert Raketenwaffen

**Österreich:** Der österreichische Verteidigungsminister Lütgendorf hat in einem Interview gegenüber der Zeitung „Welt" (Springer) erklärt, das Raketenverbot des Staatsvertrages sei überholt und hat gleichzeitig „Defensiv"-Raketen für das österreichische Bundesheer gefordert! Im von den Alliierten und Österreich unterschriebenen Staatsvertrag hatte sich Österreich verpflichtet, auf *„irgendeine Art von selbstgetriebenen oder gelenkten Geschossen, Torpedos sowie Apparaten, die für deren Abschuß und Kontrolle dienen"*, zu verzichten (Artikel 13c). Dieser Artikel, der nun angeblich „veraltet" ist, stellt für die aufstrebenden österreichischen Kapitalisten schon seit langem einen Hemmschuh in ihrem Konzept der „Landesverteidigung" dar. Deshalb wird dieser Artikel auch schon seit vielen Jahren unterlaufen. Auch der österreichische Bundeskanzler Kreisky, der sich nun über Lütgendorfs Äußerung „erboste", hat selbst schon Anstrengungen unternommen, den Artikel „loszuwerden". Zu Zeiten, als er noch Außenminister war, konferierte er bereits mit dem damaligen sowjetischen Marschall Malinowski, um eine Abänderung zu erreichen. Aber ebenso, wie bei seinem jüngsten Moskaubesuch, stieß er auf Ablehnung. Die Westalliierten ihrerseits haben schon seit langem grünes Licht gegeben. Mit dieser Stärkung im Rücken ging Österreich dann daran, klammheimlich Raketen anzuschaffen.

Deutlich wurde dies, als Anfang Oktober 1976 eine Überdruckrakete auf dem Bundesheerfliegerhorst Graz-Thalerhof explodierte. Frech erklärte Lütgendorf dann auch, auf diesen Tatbestand angesprochen und befragt, ob sein Interview sozusagen ein Test dafür war, inwieweit man das Vorhandensein dieser Raketen zugeben könnte: *„Ja, es war gewissermaßen ein Versuch, einmal zu sehen, welche Reaktionen kommen"* (Kurier 12.1.77). Und weiter auf die Frage: *„Werden Sie die Raketen, die wir haben, nun verstecken: Davon kann keine Rede sein."* (ebenda). Und nun das Schärfste: *„Also stillschweigend aufrüsten und warten, bis die Militärattaches der Signatarmächte Einspruch erhaben: Ja, und vor allem nicht viel darüber reden"* (ebenda). Lütgendorf hat aber schon ziemlich viel darüber geredet, und dies ist dann auch nur der Grund, warum insbesondere Kreisky sauer auf ihn ist. So erklärte Kreisky in Bezug auf Finnland (für die Finnen galten ähnliche Verträge): *„Die haben das im Stillen erreicht und nicht durch dauerndes Herumgerede"* (Presse, 12.1.77). Damit dürfte klar sein, worum es diesem sauberen Herrn bei seinem dauernden Gerede, der Staatsvertrag sei ihm heilig, eigentlich geht: Er hofft, daß der Staatsvertrag so langsam in Vergessenheit gerät, damit in aller Ruhe aufgerüstet werden kann!

**Österreich-Kommission**
**KB/Gruppe Bremen**

# Türkei / Zypern

## Trotz Mord und Folter – der Widerstand regt sich

**Türkei.** Der letzte Woche verhaftete Vorsitzende der Studentenorganisation IYÖD (Istanbuler Hochschulverein), Pasa Güren, ist von der Polizei schwer gefoltert worden.

Sein Zustand nach den Folterungen war so bedrohlich, daß er in ein Krankenhaus eingeliefert werden mußte. Zwei Tage schwebte er in Lebensgefahr. Er hatte starke Arm-, Bein- und Kopfverletzungen. Die Polizeifolterknechte behaupteten, daß er seine Verletzungen durch eine vor seiner Verhaftung stattgefundene Schießerei erhalten habe. Nach seiner Entlassung aus dem Krankenhaus wurde Pasa sofort wieder wegen *„illegalen Waffenbesitzes"* (so die Begründung der Richter) verhaftet.

Nach der Öffnung der Hochschulen am 17.1.77 griffen die faschistischen „Grauen Wölfe" erneut die Hochschulen an, um linken Studenten den Zutritt zu verwehren. Dabei griffen sie sogar, wie an der Hochschule für politische Wissenschaften in Istanbul, mit Dynamit an. Daraufhin wurden die Hochschulen erneut für drei bis fünfzehn Tage geschlossen („Milliyet" v. 19.1.77).



**Sie rüsten zu neuen Morden**

Inzwischen gehen aber auch die Linken immer wieder dazu über, durch Demonstrationen und bewaffnete Gegenangriffe sich des faschistischen Terrors zu erwehren.

So in Izmir, wo an einer von Linken (vorwiegend „ML"lern) organisierten Demonstration dreitausend Menschen teilnahmen. (Der K(r)ampf gegen den Sozialimperialismus wurde mittels Transparenten, auf denen gegen „die Zusammenarbeit mit Rußland" stand, geführt).

In Ankara protestierten Arbeiter und Studenten *„gegen die nationalistische Front-Regierung, gegen die Polizeifolterungen und gegen die faschistischen Banden"* („Cumhuriyet" v. 16.1.77).

In der Südtürkei, auf der Strecke zwischen Iskenderun-Antakya wurde ein linker Arbeiter eines Stahlwerkes an einem Baum aufgehängt gefunden. In diesem Werk sind vorwiegend organisierte MHP-Mitglieder beschäftigt worden. Aufgrund der Auseinandersetzungen im Werk wird vermutet, daß es sich um einen politischen Mord handelt (nach „Cumhuriyet" v. 13.1.77).

Die Tatsache, daß die Linken angefangen haben, sich ebenfalls mit Waffengewalt gegen die Angriffe der Faschisten zu wehren, hat dazu geführt, daß die Faschisten in den letzten Tagen auch 4 Tote hinnehmen mußten.

Für die Antifaschisten ist es das letzte Mittel, da vom Staatsapparat nichts gegen die Commandos des Vizepremiers Türkes unternommen wird.

**Für das Verbot der MHP und der faschistischen „Grauen Wölfe"!**

**Weg mit der nationalistischen Front-Regierung unter Demirel!**

**Griechenland/Türkei-Kommission**



**Bewaffnete Bullen in Deckung**

### Führer der faschistischen Ecka-B verhaftet

**Zypern.** Nach der Verhaftung Sampsons, dem ehemaligen Putschistenpräsident auf Zypern, ist nun ein weiterer Faschist und Beteiligter am Putsch auf Zypern von 1974 verhaftet worden. Es handelt sich dabei um Eleftherios Papadopoulos von der faschistischen Untergrundorganisation Eoka-B. Er war Nachfolger des Generals Georgios Grivas. Papadopoulos soll zur Zeit des Putsches Verbindungsmann zu Joanides (ehemaliger griechischer Geheimdienstchef) gewesen sein.

Kennzeichnend für die Verfolgung der Faschisten ist, daß bisher weder auf Zypern noch in Griechenland eine umfassende Aufdeckung des Putsches auf Zypern gemacht wurde. So hat sich Karamanlis bisher geweigert, überhaupt die Zypernfrage mit in die Prozesse gegen die Junta-Mitglieder aufzunehmen. Hintergrund ist die Politik des US-Imperialismus, der durch Aufdeckung der Hintergründe als Verantwortlicher für die Krisen und das Elend der zypriotischen Bevölkerung hervortreten würde.

**Griechenland/Türkei-Kommission**

# Waffenschiebung aufgedeckt!

Österreich: Ein Fall Waffenschiebung ganz besonderer Art ist jetzt durch einen Zufall aufgedeckt worden: 400 Scharfschützengewehre (in Österreich frei erhältlich als Sportwaffen!) und 400.000 Schuß Munition vom Nato-Kaliber 7,62 mm passend zu den Gewehren sollten nach Syrien verschoben werden! Die Munition ist aus Beständen des österreichischen Bundesheeres der Rüstungsfirma Steyr-Daimler-Puch für ein Waffengeschäft mit Tunesien zur Verfügung gestellt worden! Aufgedeckt wurde der Fall durch ein paar aufmerksame Zöllner auf dem Schwechater Flughafen bereits im Dezember letzten Jahres. Nach und nach kamen dann die Hintergründe dieses obskuren Geschäftes raus. Mitte des letzten Jahres war den Steyr-Werken vom Bundesheer vertraglich zugesichert worden, 400.000 Schuß Munition leihweise für ein Geschäft mit Tunesien zu überlassen. Die Bestände sollten dann nach und nach wieder von den Steyr-Werken ergänzt werden. Am 27. August 76 meldeten dann die Steyr-Werke, daß sie die 400.000 Schuß Munition nicht mehr benötigten. Diese Stornierung wurde vom Heeresbeschaffungsamt am 27.Oktober bestätigt. Dennoch wurde die Munition geliefert. Adressat war der Steyr-Vertreter und selbständige Waffenschieber Weichselbaumer. Sein Kompagnon im Heeresbeschaffungsamt, so scheint es, war nun wiederum der Leiter des Heeresbeschaffungsamtes Tomschitz, denn dieser muß von der Stornierung gewußt haben. Tomschitz ist mittlerweile außer Dienst gestellt worden. Als das Geschäft auf dem Schwechater Flughafen aufflog, beeilte sich Waffenschieber Weichselbaumer zu erklären, die Spedition, die den Auftrag durchgeführt hat, hätte wohl einen Fehler gemacht. Zwar sollten die Scharfschützengewehre nach Syrien (daß ist ja legal, da es sich um „Sportgewehre" handelt), die Munition wäre jedoch für Tunesien bestimmt (obwohl die ja gar keine Munition mehr wollten?!). Anderntags erklärte Weichselbaumer, ein übereifriger Mitarbeiter seiner Firma hätte einen Fehler gemacht. Offensichtlich hat Weichselbaumer aber selbst einen Fehler gemacht: er hat nur die höheren Stellen bestochen (siehe Tomschitz) und dabei vergessen, daß da auch noch ein paar Zollbeamte sind!

**Österreich-Kommission**
**KB/Gruppe Bremen**

# Repression in der Schweiz

Der Sekundarlehrer Diether Grünenfelder soll ab Frühjahr nicht mehr an seiner Schule in Embrach unterrichten dürfen. Hintergrund: Grünenfelder ist eines der Mitglieder der Gruppe „Demokratisches Manifest", die im Dezember das Büro des Kommunistenjägers und Privatschnüfflers Ernst Cincera besuchten und dort Akten sicherstellten. Aus diesen Ak-

nistenjägers und Privatschnüfflers Ernst Cincera besuchten und dort Akten sicherstellten. Aus diesen Ak-

ten ging hervor, daß Cincera aufs Engste mit Kapitalisten, Behörden und dem Militär zusammenarbeitet, bzw. diesen sein Schnüffelarchiv zur Verfügung stellt.

Von den Bürgerlichen sind die Mitglieder des „Demokratischen Manifest" scheinheilig als „kriminelle Einbrecher", „Gesetzesbrecher" etc. diffamiert worden, um über die Enthüllungen der kriminellen Praktiken Cincera's hinwegzutäuschen. Daß jetzt die zuständige Oberstufenschulpflege Grünenfelder entlassen will, hat eindeutig politische Gründe.

Grünenfelder wird von den Eltern der Schule unterstützt, die gegen seine geplante Entlassung protestieren („Tages-Anzeiger", 20.1.77).

• • •

**Berufsverbot für Jean Ziegler?**

**Der Soziologieprofessor und Nationalrat Jean Ziegler steht unter starkem Druck der Reaktionäre. Sie wollen ihm die Anerkennung als „ordentlicher Professor" an der Universität Genf verweigern. Hintergrund: Ziegler hat in seinem Buch: „Die Schweiz – über jeden Zweifel erhaben", die Machenschaften und internationalen Schiebergeschäfte des Schweizer Bankkapitals dargestellt und sich damit den Unwillen der Reaktionäre zugezogen ( Vergleich AK ).**

**Der Staatsrat wird im Februar über diese Angelegenheit entscheiden.**

• • •

Das Schweizer „Komitee gegen Isolationshaft" protestiert in einer Petition an den Zürcher Regierungsrat gegen die Isolationshaft. Es stellt dabei fest, daß es 1976 allein 15 Todesfälle in Schweizer Gefängnissen gegeben hat. Das Komitee fordert:

*„Die Abschaffung der vernichtenden Isolationshaft, d.h. drei Stunden täglich unbehinderter Kontakt unter allen Gefangenen*
- *gemeinsame Arbeit*
- *Aufenthaltsräume, Gemeinschaftszellen*
- *Verbot der Sichtblenden vor den Zellenfenstern*
- *Aufhebung der Sprechverbote*
- *mindestens zwei Stunden Besuchszeit wöchentlich, auch von Nichtangehörigen*
- *Eine Stunde Spaziergang täglich (auch an Wochenenden und Feiertagen)*
- *Recht auf Zuzug eines Arztes nach eigener Wahl"* („Informations-Dienst", 8.1.77).

- Recht auf Zuzug eines Arztes nach eigener Wahl" („Informations-Dienst", 8.1.77).

• • •

**Bis Ende Januar haben die Regierungen der Kantone Stellung zu nehmen zu einem Bundesgesetzentwurf für eine „Sicherheitspolizei" – eine „interkantonale Mobile Polizei" (IMP). Die IMP soll als Bundespolizei die bisherige Hoheit der Kantone über die Polizei zumindest für bestimmte Bereiche aufheben. Sie ist eine Vorstufe einer direkten Bundespolizei, da die Mannschaften hierfür nach wie vor von den Kantonen gestellt werden, während der Bund die „Kader" stellt und Verfügungsgewalt erhält. Hintergrund dieses Vorgehens ist ein bereits einmal gescheiterter Versuch, 1968 die IMP einzuführen. In den Kantonen Genf und Schwyz hat es daraufhin nach längeren Auseinandersetzungen Volksabstimmungen gegeben, in denen die IMP abgelehnt wurde. Zu dem neuen Vorgehen schreibt die „Neue Zürcher Zeitung": *„Zweifellos wäre die Schaffung eines ‚Bundespolizeikorps auf Abruf' von einigen hundert Mann nicht nur bei den Kantonen, sondern auch bei den Stimmberechtigten angesichts ihrer Abneigung gegen Spezialpolizeikorps nach unbeliebtem ausländischen Vorbild auf starken Widerstand gestossen..."* (16.1.77). Die „Neue Zürcher Zeitung" kommentiert: *„Das Justiz- und Polizeidepartement ist deshalb richtigerweise den politisch klügeren Weg eines kleinen Schrittes gegangen".***

**Begründet wird die IMP offiziell vor allem mit dem „Terrorismus", dem *„Schutz der diplomatischen und konsularischen Vertretungen sowie der internationalen Konferenzen in der Schweiz"* („Neue Zürcher Zeitung", 14.1.). Tatsache ist, daß die Pläne insbesondere mit der Ausdehnung der Streikbewegung und Betriebsbesetzungen "im letzten Jahr und dem Widerstand der AKW-Gegner (Platzbesetzung in Kaiseraugst) aktiviert wurden.**

Schweiz-Kommission
KB/ Gruppe Bremen

## Kaiseraugster Informationszentrum geschlossen

Schweiz. Am 6. Januar eröffnete die Kernkraftwerk Kaiseraugst AG in Anwesenheit von Behördenvertretern und der Presse ein Informationszentrum. Mit diesem Schritt soll dem nun schon zwei Jahre währenden Kampf der Kaiseraugster Bevölkerung und der Schweizer AKW-Gegner begegnet werden (vergl. auch AK96).1 Anläßlich der feierlichen Zeremonie demonstierten AKW-Gegner vor dem Informationszentrum. Während der Eröffnung störte der Geruch einer Stinkbombe die ehrenwerten Gäste. AKW-Gegner hatten sie in den Luftansaugschacht der Klimaanlage geworfen und so für die Verbreitung des Gestanks gesorgt. Auch in den folgenden Tagen betrieben sie gegenüber der Pro-AKW-Propaganda Sabotage, ersetzten die offiziellen Broschüren durch eigene Informationsschriften und diskutierten mit den Besuchern. Nach nur vier Tagen Öffnung mußte sich dann die Kernkraftwerk Kaiseraugst AG zur Schließung des Zentrums druchringen.

Ein Erfolg der AKW-Gegner, der auch eine Antwort auf die Erklärung der „Gewaltfreien Aktion Kaiseraugst" und des „Nordwestschweizer Aktionskomitees gegen AKWs" ist. Diese hatten in einer Erklärung protestiert, daß Aktionen wie die mit der Stinkbombe schädlich seien.„Das AKW Kaiseraugst *„könne auf diese Weise nicht verhindert werden. Zudem beruhten Auseinandersetzungen auf sachliche Informationen und würden im demokratischen Staatswesen kraft besserer Argumentation entschieden"* („Neue Zürcher Zeitung", 9.1.).

Bereits mit der Platzbesetzung im April 1975 hatte sich aber gezeigt, daß der Bau des AKW eben nicht auf parlamentarischem Weg entschieden wird.

Schweiz-Kommission

# Niederlande / Belgien

# Sie besetzten Siemens

Belgien. Wie in früheren AKs beschrieben, geben die belgischen Steuergesetze den Imperialisten besonders gute Möglichkeiten zur Ausbeutung der arbeitenden Bevölkerung. Deswegen hat auch Siemens in Belgien seit 1970 drei Niederlassungen in Lanklaar, Oostkamp und Baudour aufgebaut, nebst Geschäftszentren in Huizingen und einem Laboratorium in Gand. Mit Hilfe eines Staatsvertrages „verdiente" Siemens Millionen durch Staatsaufträge, Steuererleichterungen, Einrichtungsprämien, verbilligte Tarife, Zuschüsse zur Ausbildung des Personals usw. Bereits 1973 hörte Siemens allerdings damit auf, die Zahl der Arbeitsplätze vertragsgerecht zu steigern. Im November 76 wurde die Schließung der Fabrik von Baudour bekanntgegeben. In Baudour kämpften zwei Monate lang bis zum 22.12.76 207 Kollegen (darunter 180 Arbeiterinnen) mit einer Besetzung um ihr Recht auf Arbeit und gegen den skrupellosen Konzern. Als offizieller Grund der Schließung wurde die veraltete Technik der Relais angegeben – kein Wunder, da nichts in diese Fabrik investiert worden war! Daneben gab es auch in Oostkamp (dort arbeiteten nur 2.400 statt 3.000 Kollegen) und in Lanklaar (hier sind nur 760 statt der festgelegten 2.450 Arbeitsplätze) Demonstrationen und Warnstreiks.

Ihr Ziel, auf Kosten der Arbeitsplätze möglichst viel Profite zu machen, verfolgte die Geschäftsleitung von Baudour mit üblen Tricks: Z.B. wurden Mütter „überzeugt", nach der Geburt ihres Kindes nicht an den Arbeitsplatz zurückzukehren; oder Arbeiterinnen wurden ständig an andere Plätze versetzt, so daß sie schließlich selbst kündigten. Während der Aufsichtsrat in Brüssel die Schließung auskungelte, handelten die Arbeiter selbst: Sie organisierten zusammen mit den arbeitslos gewordenen Kollegen eine Vollversammlung und besetzten anschließend das Werk.

Ein Streikkomitee organisierte die Besetzung in drei Schichten und rief regelmäßige Vollversammlungen ein. Die Arbeiterinnen hatten auch neue Formen zur Verbreiterung der Solidarität entwickelt: Der Verkauf selbstgestrickter Schals diente dem Solidaritätsfonds, ein selbstgedrehter Videofilm wurde in anderen belgischen Fabriken vorgeführt und ein Solidaritätsball nach sechs Wochen der Besetzung wurde von mehreren hundert Menschen besucht. Eine Schallplatte mit selbstgemachten Liedern ist erhältlich beim: Comite de greve, Usine de Siemens, Baudour, Belgique.

Den kämpferischen Arbeiterinnen fiel die Gewerkschaftsführung in den Rücken. Sie handelte am 15.12. zusammen mit den Siemens-Kapitalisten und staatlichen Vertretern die endgültige Schließung aus. Am 22.12. beschlossen dann auch die Besetzer die Aufgabe der Besetzung. Einer der Hauptgründe lag darin, daß nur Teile der Gewerkschaftsbasis den Kampf unterstützt haben.

Der Konzern versucht weiter, auf Kosten der Arbeiterinnen davon zu kommen: Die Arbeiterinnen sollen ein Jahr lang 90% des Verdienstes erhalten. Dies ist ein glatter Hohn, da der größte Teil dieses Verdienstes durch Sozialversicherung etc. abgezogen wird. Die Frauen dagegen fordern zwei Jahre lang 100% ihres Lohns.

(Informationen aus „Pour", Nr.127, 128, 132 und 135).

**Belgien-Kommission**
**KB/Gruppe Bremerhaven**

Weiter Abtreibungsverbot

# Weiter Abtreibungsverbot in den Niederlanden




**Niederländische Frauen fordern: Kein Beratergremium, das anstelle der Frau über die Abtreibung entscheidet! Keine Registrierung der Frauen, die abtreiben wollen!**

**Nach jahrelangem außerparlamentarischem Kampf und Debatten im Parlament beschloß im September 1976 die Zweite Kammer der niederländischen Regierung eine Liberalisierung der Abtreibungsgesetzgebung. Diese Neuregelung wurde im Dezember von der Ersten Kammer zurückgewiesen.**

### 20.000 illegale Abtreibungen ...

In den Niederlanden gilt noch heute das Gesetz aus dem Jahre 1886, das jede Abtreibung verbietet, sofern keine medizinische Indikation vorliegt. – Es wurden jedoch, nach einer Schätzung von 1970, jährlich bis zu 20.000 illegale Abtreibungen vorgenommen.

Mitte der 60er Jahre begann die „Nederlandse Vereniging voor Seksuele Hervorming" (NVSH – „Niederländische Vereinigung für Sexualreform") Abtreibungsfahrten nach England zu organisieren. 1970 wurde die „Stimezo" („Stiftung Schwangerschaftsunterbrechung unter ärztlicher Verantwortung") gegründet, und in Universitätskrankenhäusern formierten sich die ersten Abtreibungsteams. Im selben Jahr wurde die erste Abtreibungsklinik eröffnet – heute sind es bereits 16. Staatlich verordnetes Abtreibungsverbot und Realität klafften weit auseinander.

### ... und die bürgerlichen Politiker

In dieser Situation, 1970, brachten zwei Abgeordnete der sozialdemokratischen Partei (PvdA) einen Initiativgesetzentwurf in die Kammer ein, in dem u.a. gefordert wurde: Straffreiheit des Arztes; die Frau entscheidet gemeinsam mit ihrem Hausarzt; die Indikation kann ethischer, medizinischer oder sozialer Art sein; der Arzt entscheidet, wo der Eingriff stattfindet; die Frauen werden nicht registriert.

Der Entwurf wurde jahrelang verschleppt, bis es 1973 im neuformierten Kabinett den Uyl (PvdA) zu folgenden Absprachen kam:
– Die an der Regierungskoalition beteiligten KVP/ARP (Katholische Volkspartei/Antirevolutionäre Partei) sollten kurzfristig einen eigenen Gesetzentwurf vorlegen (im Februar 1975 war es dann soweit!).
– Die Justiz sollte nicht gegen die bestehenden Abtreibungspraktiken einschreiten.

Diese vorläufigen Regelungen konnten allerdings den erzreaktionären katholischen Justizminister van Agt (KVP) nicht an wiederholten Versuchen hindern, die Abtreibungsklinik Bloemenhove zu schließen (s.a. AK 88).

Daraufhin wurde das Komitee „Wij Vrouwen Eisen" („Wir Frauen fordern") gegründet – es wurde zur größten niederländischen Frauenorganisation, deren Kampfziel die Legalisierung der Abtreibung ist. Eine Vielzahl von Frauengruppen und -organisationen unterstützte die Forderungen:
- **Abtreibung heraus aus dem Strafgesetzbuch!**
- **Abtreibung auf Kosten der Krankenkasse!**
- **Die Frau entscheidet!**

Auch viele bisher nicht organisierte Frauen schlossen sich dem Komitee an – sogar die Frauen der rechtsliberalen VVD. Im Dezember 1974 fand die erste Demonstration von „Wij Vrouwen Eisen" mit ca. 7.000 Frauen statt – die größte Frauendemonstration seit den Frauen-Friedensmärschen der 30er Jahre.

Im Februar 1975 brachte die VVD (Oppositionspartei) einen eigenen Gesetzentwurf ein – in der Überzeugung, daß keiner der bisherigen Entwürfe eine Mehrheit in der Zweiten Kammer erreichen würde. Der Entwurf war so gehalten, daß ein Kompromiß sowohl mit der PvdA als auch mit der KVP/ARP geschlossen werden konnte.

Der Kompromiß wurde mit der PvdA geschlossen, die Dreimonatsfrist aus dem VVD-Entwurf in den PvdA-Entwurf aufgenommen.

„Wij Vrouwen Eisen" lief Sturm dagegen, ebenso die „Roten Frauen" der PvdA. Ein hinter dem ursprünglichen PvdA-Entwurf zurückbleibender Kompromiß wurde dennoch durchgesetzt: Die Dreimonatsfrist wurde zwar wieder aufgehoben und die Abtreibung aus dem Strafgesetzbuch herausgenommen, es wurde aber eine Gutachterkommission vorgeschrieben, und die Ärzte, die Abtreibungen selbst nicht durchführen wollten, wurden nicht verpflichtet, die Frauen an andere Ärzte oder Einrichtungen weiterzuvermitteln.

Im April 1976 kamen die Gesetzentwürfe von PvdA/VVD und KVP/ARP zur Abstimmung in die Zweite Kammer. Nach langen Debatten und Zusatzanträgen wurde im September der Kompromißvorschlag der PvdA/VVD mit großer Mehrheit (83 zu 58 Stimmen) angenommen.

Nachdem die Zweite Kammer sich als „Volksvertretung" ausgesprochen hatte, mußte noch die Erste Kammer über die Gültigkeit des Gesetzes entscheiden. Ungeachtet der Tatsache, daß das Thema Abtreibung seit sechseinhalb Jahren im Parlament debattiert worden war, hatten viele der

Senatoren noch immer ihre „Zweifel" und ritten weiterhin auf der Dreimonatsfrist und der „Gewissensnot" der Ärzte herum.

So wurde letztenendes der Gesetzentwurf der PvdA/VVD von der Ersten Kammer mit 41 zu 34 Stimmen abgelehnt. Die Legalisierung der Abtreibung, nachdem sie jahrelang schon Gegenstand des Kuhhandels zwischen den bürgerlichen Parteien war, wird damit zu einem der wichtigsten Themen des bereits begonnenen Wahlkampfes für die Neuwahlen im Mai 1977.

### „Die Frau entscheidet!"

Dorian van Niekerk schreibt in „Radikaal" im Namen der PSP-Frauengruppe für „Wij Vrouwen Eisen":

*„Es ist klar, daß wir die bestehenden Abtreibungspraktiken verteidigen müssen. Daß wir dazu in der Lage sind, hat die erfolgreiche Besetzung der Bloemenhove-Klinik gezeigt. Wir müssen fortwährend Aktionen machen und immer wieder von uns hören lassen.*

*Vorwärts im Kampf, bis unsere Forderungen realisiert sind: ‚Abtreibung heraus aus dem Strafgesetzbuch! Abtreibung auf Kosten der Krankenkasse! Die Frau entscheidet!' "*

(Nach: „Radikaal", Zeitung der „Pazifistisch-Sozialistischen Partei" – PSP –, Nr.22, 31.12.76 und „Te Elfder Ure", Nr.18 und 20/75).

**Niederlande-Kommission**
**KB/Gruppe Hamburg**



„Die Frau entscheidet"

# Linkenhatz in der Labour Party

Die Bestellung des bisherigen Vorsitzenden der Jungsozialisten der Labour-Party, Andy Bevan, zum Jugendsekretär der Partei wurde für die Rechten zum Anlaß wilder Hetze gegen die Labourlinke. Grund: Andy Bevan bezeichnet sich selbst als Marxist und Trotzkist und wird der Gruppierung um die linke Zeitung „Militant" zugerechnet.

In diesem Zusammenhang wurde auch immer wieder auf den sogenannten „Underhill-Report" hingewiesen, der sich mit dem „Entrismus" in der Labour-Party beschäftigt. („Entrismus" = Taktik, in sozialdemokratische Parteien einzutreten, um dort „revolutionär" zu arbeiten, wird besonders von Trotzkisten verfolgt.) Die Veröffentlichung des Reports soll angeblich von den Linken im Parteivorstand seit über einem Jahr verhindert werden („Guardian", 15.12.76).

Nach langer Verzögerung bestätigte der Parteivorstand mit 15:12 Stimmen gegen den Willen der Regierung die Wahl Bevans. Als einziges Regierungs-Mitglied sprach sich Energieminister Benn für die Tolerierung von Marxisten und Trotzkisten in der Partei aus. Diese hätten gleichberechtigt mit anderen Strömungen in der Partei ihren Platz. Benn, der sich gleichzeitig als „Nicht-Marxisten" bezeichnete, schrieb an die Mitglieder des Parteivorstandes u.a.: *„Es ist wichtig, daß wir die Haltung der Labour-Party zum Marxismus zu einer Zeit bekräftigen, wo die Tories und ihre Presse eine große Kampagne führen, um dem britischen Volk weiszumachen, daß die LP von Marxisten beherrscht würde, was nicht stimmt, daß Marxismus und Kommunismus dasselbe sei, und daß eine herrschende Gruppe in der LP wachse, die wahrhaftig an die gewaltsame Revolution glaube, die Unterdrückung demokratischer Rechte und die Schaffung eines Ein-Parteien-Staates, was auch alles nicht stimmt"* („Guardian", 13.12.76).

Da sich das Parteibüro geweigert hatte, dieses Schreiben weiterzuleiten, ließ er es im „Guardian" veröffentlichen. Hinter dieser Weigerung steht vermutlich die NULO, ein gewerkschaftsähnlicher Verband der bezahlten LP-Funktionäre, der angekündigt hat, nicht mit Bevan zusammenzuarbeiten, weil er an der Wahl Bevans nicht beteiligt wurde.

Auch die Elektriker-Gewerkschaft (die einen besonders reaktionären Vorstand hat) droht, ihr Verhältnis zur LP zu „überdenken". „Besonders verwirrt" sei man darüber, daß der Underhill-Report nicht veröffentlicht werde („Guardian", 22.12.76).

**England-Kommission**

# Rechter Labourminister tritt in „Wartestand"

London. Wegen „mangelnder Führungskraft der Regierung" trat am 21. Dezember der rechte „Minister für Übersee-Entwicklung", Reg Prentice, aus der Labourregierung zurück. Nach Ansicht des „Guardian" strebt er einen Posten in einer künftigen „Regierung der Nationalen Einheit" an.

Bereits im Juli 1975 war Prentice auf Betreiben der Linken in seinem Londoner Wahlkreis Newham NE die Unterstützung für eine erneute Parlamentskandidatur entzogen worden, woran auch die massive Einmischung des damaligen Premierministers Wilson nichts ändern konnte (AK 65). Am 1.12.76 verzichtete Prentice gegenüber der Transportarbeitergewerkschaft T&GWU, die bisher stets seinen Wahlkampf finanziert hatte, auf weitere Finanzierung, angeblich weil er diese Finanzierungspraktiken als unzeitgemäß und „gefährlich" verurteilte.

In seinem Rücktrittsschreiben an Premierminister Callaghan werden seine politischen Positionen noch einmal deutlich: Er lehnt das jüngste Sparprogramm der Regierung ab – da es, statt bei den Sozialversicherungsleistungen und Rezeptgebühren anzusetzen, zu hohe (!!) Einsparungen bei Rüstung, Entwicklungs„hilfe" und Bauinvestitionen enthalte. Einstweilen will Prentice in der Labour Party bleiben, erwartet aber *„eine gewisse Neuausrichtung der britischen Politik"*. Es gäbe *„viele gemäßigte Leute links* (?) *von der Mitte, die an demokratische Werte, eine gemischte Wirtschaft* (Privatwirtschaft mit staatlichem Sektor – Anm.AK), *soziale Reformen, aber nicht an doktrinären Sozialismus glauben. Diese haben sich in den letzten Jahren von der Labour Party entfremdet, ohne bei den anderen Parteien eine Antwort zu finden. Früher oder später muß ihnen das politische System eine Antwort geben. Dazu werde ich alles tun, was in meiner Macht steht"* (Brief an Callaghan, „Guardian", 22.12.76).

**England-Kommission**

# Faschisten als Gefängnisaufseher

Nordirland. Eine der Hauptwaffen der britischen Armee gegen Demonstranten in Nordirland war jahrelang der Einsatz von Hartgummigeschossen. 1976 wurde im Zuge der verschärften Repression auf Plastikgeschosse umgerüstet, angeblich, um durch Vermeidung von Querschlägern diese Waffengattung sicherer zu machen.

Die neuen Geschosse sind etwa zehn cm lang und vier cm dick und haben die Form einer Kerze. Wegen des härteren Materials und der wesentlich höheren Abschußgeschwindigkeit ist diese neue Bürgerkriegswaffe entgegen offiziellen Behauptungen noch brutaler – das erste Mordopfer war ein 13jähriger Junge, dem ein Plastikgeschoß den Schädel zertrümmert hat. Durch den Einsatz von Hartgummigeschossen hat es bislang in Nordirland mindestens drei Tote sowie zahlreiche Schädelbrüche, Hirnverletzungen und Erblindungen gegeben.

Die britische Tageszeitung „Guardian" schreibt zur Entwicklung dieser Waffenart, daß sie auf die Holzgeschosse der Polizei in Hong Kong zurückgeht, die für den Einsatz in Irland durch Hartgummi ersetzt wurden, *„weil für den Einsatz im Vereinten Königreich dieser Einsatz politisch annehmbarer war. Die Waffe mußte in der Fernsehberichterstattung harmlos genug aussehen und trotzdem für die Betroffenen unangenehm sein. Die Zuschauer sollten lieber nicht den Eindruck erhalten, daß die Polizei zuviel Gewalt anwendet oder daß die Waffe eine besonders verletzende Wirkung bei den beschossenen Menschen hat. Dabei sollte auch fließendes Blut und ähnliche dramatische Wirkungen vermieden werden ... Wie der Ersatz der Holzgeschosse aus Hong Kong ist auch der Übergang auf Plastikgeschosse eine Antwort auf die sich ändernden politischen Anforderungen"* („Guardian", 20.12.76).

**England-Kommission**

# Mit PVC-Geschossen gegen Demonstranten

Die faschistische „Nationale Front" (NF) brüstet sich, unter dem Gefängnispersonal besonders in Nordengland viele Anhänger zu haben. Ein Vorstandsmitglied nannte als Paradebeispiel das Gefängnis Strangeways bei Manchester, wo 70 der 300 Beamten zur NF gehören sollen. Einige tragen ganz offen das NF-Abzeichen im Dienst. Gleichzeitig mehren sich Berichte von rassistischen Übergriffen gegen jüdische und schwarze Gefangene sowie Hetze unter den weißen Gefangenen. In Strangeways wurden sogar schon NF-Flugblätter an weiße Gefangene verteilt.

Der zunehmende Protest gegen diese Praktiken reicht bis in die Reihen der Labourabgeordneten, so daß sich der Innenminister gezwungen sah, „Untersuchungen" anzukündigen (nach „Guardian", 29.12.76).

**England-Kommission**

# England / Irland

## Zunehmende Auseinandersetzungen in der Sozialdemokratie

**Die zunehmenden Auseinandersetzungen innerhalb der sozialdemokratischen Labour Party (LP) stehen zweifellos im Zusammenhang mit dem rasanten Abwirtschaften der LP**

mus und Kommunismus dasselbe sei, und daß eine herrschende Gruppe in der LP wachse, die wahrhaftig an die gewaltsame Revolution glaube, die Unterdrückung demokratischer Rechte und die Schaffung eines Ein-Parteien-Staates, was auch alles nicht stimmt" („Guardian", 13.12.76).
Da sich das Parteibüro geweigert hatte, dieses Schreiben weiterzuleiten, ließ er es im „Guardian" veröffentlichen. Hinter dieser Weigerung steht vermutlich die NULO, ein gewerkschaftsähnlicher Verband der bezahlten LP-Funktionäre, der angekündigt hat, nicht mit Bevan zusammenzuarbeiten, weil er an der Wahl Bevans nicht beteiligt wurde.
Auch die Elektriker-Gewerkschaft (die einen besonders reaktionären Vorstand hat) droht, ihr Verhältnis zur LP zu „überdenken". „Besonders verwirrt" sei man darüber, daß der Underhill-Report nicht veröffentlicht werde („Guardian", 22.12.76).
England-Kommission
waffe entgegen offiziellen Behauptungen noch brutaler – das erste Mordopfer war ein 13jähriger Junge, dem ein Plastikgeschoß den Schädel zertrümmert hat. Durch den Einsatz von Hartgummigeschossen hat es bislang in Nordirland mindestens drei Tote sowie zahlreiche Schädelbrüche, Hirnverletzungen und Erblindungen gegeben.
Die britische Tageszeitung „Guar-
beschossenen Menschen hat. Dabei sollte auch fließendes Blut und ähnliche dramatische Wirkungen vermieden werden ... Wie der Ersatz der Holzgeschosse aus Hong Kong ist auch der Übergang auf Plastikgeschosse eine Antwort auf die sich ändernden politischen Anforderungen" („Guardian", 20.12.76).
England-Kommission
Mit PVC-Geschossen gegen Demonstranten
Die faschistische „Nationale Front" (NF) brüstet sich, unter dem Gefängnispersonal besonders in Nordengland viele Anhänger zu haben. Ein Vorstandsmitglied nannte als Paradebeispiel das Gefängnis Strangeways bei Manchester, wo 70 der 300 Beamten zur NF gehören sollen. Einige tragen ganz offen das NF-Abzeichen im Dienst. Gleichzeitig mehren sich Berichte von rassistischen Übergriffen gegen jüdische und schwarze Gefangene sowie Hetze unter den weißen Gefangenen. In Strangeways wurden sogar schon NF-Flugblätter an weiße Gefangene verteilt.
Der zunehmende Protest gegen diese Praktiken reicht bis in die Reihen der Labourabgeordneten, so daß sich der Innenminister gezwungen sah, „Untersuchungen" anzukündigen (nach „Guardian", 29.12.76).
England-Kommission
England / Irland
Zunehmende Auseinandersetzungen in der Sozialdemokratie
Die zunehmenden Auseinandersetzungen innerhalb der sozialdemokratischen Labour Party (LP) stehen zweifellos im Zusammenhang mit dem rasanten Abwirtschaften der LP

**seit der Regierungsübernahme im März 1974.**

**Die Reformillusionen in der Arbeiterklasse, die der LP zum Wahlsieg über die verhaßten Tories verhalfen, sind angesichts der arbeiterfeindlichen Sparprogramme und Lohnraubabkommen zwischen Kapitalisten, Labourregierung und Gewerkschaftsführung geschwunden.**

**Bei Nachwahlen drückt sich das im resignierten Zuhausebleiben der Labourwähler (vgl. AK 93) und dem Verlust der Labourmehrheit im Unterhaus aus.**

**Auf der anderen Seite gibt es innerhalb der LP durchaus noch Kräfte, die als „Linke" nicht bereit sind, die Regierungspolitik vorbehaltlos zu unterstützen. Hierzu ist auch die Mehrheit im Parteivorstand zu rechnen, die die Regierungspolitik in letzter Zeit mehrfach öffentlich zumindest verbal kritisiert – und sogar die bisher größte Demonstration gegen die Sparpolitik unterstützt hat (AK 96).**

**Damit verliert die LP ihre eigentliche Funktion für die Bourgeoisie, die darin besteht, über ihre Integrationskraft die Betrugspolitik gegenüber der Arbeiterklasse abzusichern. Um nicht völlig unbrauchbar für die Kapitalisten zu werden, muß die LP weiter nach rechts, wobei zunehmend versucht wird, linke Strömungen in der Partei zu unterdrücken und in der Bevölkerung den Antikommunismus zu schüren. Die „linke" Mehrheit im Parteivorstand ist dabei kein wesentliches Hindernis, da sie wegen ihrer ideologischen Uneinheitlichkeit und organisatorischen Schwäche auf die tatsächliche Labourpolitik, betrieben von Regierung und Gewerkschaftsführung, kaum Einfluß hat.**

**Verglichen mit der Ausrichtung innerhalb der SPD ist die Entwicklung in der LP allerdings noch um einiges „zurück".**

**England-Kommission**

# Sozialdemokratische Allianz betreibt Infiltrationshetze

London. Mitte November sorgte die „Sozialdemokratische Allianz" (SDA) erneut für Schlagzeilen, als ein Rundschreiben von ihnen bekannt wurde, indem sie Premierminister Callaghan auffordern, dafür zu sorgen, daß ‚Labour-Abgeordnete aufhören, kommunistische und trotzkistische Organisationen und Zeitungen zu unterstützen und für sie zu schreiben'. Auf einer entsprechenden Abgeordnetenliste mit 33 Namen befanden sich auch die Minister Benn, Foot und Orme.

Die SDA ist eine rechte Gruppierung in der Labour Party mit starker antikommunistischer Ausrichtung, gegründet 1975. Ihr erster Vorsitzender Peter Stephenson trat bald zurück, weil er angeblich nicht wußte, woher das Geld kommt und welche Ziele die SDA verfolgt (?!) (nach „Guardian", 17.11.76).

Allerdings läßt sich nach den bisher bekannt gewordenen Aktivitäten der SDA auf jeden Fall sagen, daß ihre Hauptbetätigung in der Verbreitung von Gerüchten besteht, die Labour Party sei kommunistisch infiltriert. Ihre erst Aktivität bestand 1975 bereits darin, auf dem Labour Parteitag einen Rundbrief zu verbreiten, in dem sie elf Mitglieder des Parteivorstands der Kommunistenfreundlichkeit ‚beschuldigte' (AK68).

**England-Kommission**

# Skandinavien

## Holländische Wehrpflichtige unterstützen schwedische Soldatengewerkschaft

Im ARBEITERKAMPF Nr. 93 berichteten wir über die Gründung einer Soldatengewerkschaft in Umea (Schweden) und über die ablehnende Reaktion der schwedischen Behörden. Im folgenden drucken wir eine Erklärung des holländischen Wehrpflichtigen-Verbandes (VVDM) dazu ab:

*Die „Vereniging van Dienstplichtige Militairen, VVDM" (holländische Vereinigung der Wehrpflichtigen) welche mehr als 60% der Wehrpflichtigen in der niederländischen Armee vereinigt, begrüßt die Initiative der 350 Wehrpflichtigen des 20. Infanterieregiments in Umea (Schweden) ein Gewerkschaftskomitee zu gründen. Dieses Komitee hat die Verantwortung übernommen Mittel und Wege zu finden, eine schwedische Gewerkschaft der Wehrpflichtigen zu gründen.*

*Wie die niederländischen so sind auch die schwedischen Soldaten „Zivilisten in Uniform". Ihre vorübergehende Arbeit in der Armee rechtfertigt nicht ihren Ausschluß von elementaren demokratischen Rechten. Darum unterstützt VVDM nachdrücklich und herzlich die Forderungen aller schwedischen Wehrpflichtigen nach:*

- *demokratischen und gewerkschaftlichen Rechten während des Dienstes in der Armee;*
- *einer 40-Stundenwoche;*
- *gesetzlichem Minimumlohn für Wehrpflichtige;*
- *Abschaffung der Militärstrafe und des Disziplinarrechts;*
- *dem Recht sich während der Arbeitszeit zu versammeln.*

*Diese Forderungen sind denen prinzipiell ähnlich, die VVDM in seiner zehnjährigen Geschichte des gewerkschaftlichen Kampfes vertreten hat. Aus diesem Grunde ist VVDM dazu bereit, im Zusammenhang internationaler gewerkschaftlicher Solidarität, im Rahmen seiner Möglichkeiten Aktionen in Erwägung zu ziehen, um dieser Initiative zum Erfolge zu verhelfen. Entsprechend Zeitungsdarstellungen ist die schwedische Regierung und die Militärbehörde nicht dazu bereit, das neu gegründete Komitee oder die zukünftige Wehrpflichtigen-Gewerkschaft als einen Partner für Verhandlungen zu betrachten. VVDM mißbilligt diese Haltung. Es muß daran erinnert werden, daß die schwedische Regierung vertraglich an das Urteil des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte, das in Straßburg (Frankreich) am 8. Juni 1976 gefällt wurde, gebunden ist. Im Falle von fünf holländischen Wehrpflichtigen – alles Mitglieder der VVDM – gegen den Staat der Niederlande, urteilte der Europäische Gerichtshof im Sinne der fünf Soldaten. Dadurch unterstützte er die Positionen der VVDM, die dahin gehen, daß Wehrpflichtige Zivilisten in Uniform sind, die nicht kurzerhand von demokratischen Grundsätzen ausgeschlossen werden können. Herr Petren, der im Gerichtshof als schwedischer Vertreter saß, hat in diesem Falle mit der Mehrheit geurteilt.*

*Utrecht, 1. Dezember 1976*
*Der Generalrat von VVDM*
(Übersetzung aus dem Englischen)

**Skandinavienkommission**

# Soldatendemonstration

Schweden: Am 16. Dezember demonstrierten 400 bis 500 Soldaten in I,1 Kungsängen gegen den Dienstbeginn um 7.30 Uhr, indem sie sich um 7.30 Uhr vor der Kaserne versammelten und Punkt 7.40 Uhr gemeinsam einmarschierten.

Mit dieser Aktion wollten die Soldaten ihre Forderung, den Dienstbeginn auf 7.40 Uhr zu verlegen, durchsetzen. Durch die von ihnen geforderte Verlegung des Dienstbeginns um zehn Minuten könnten sie nämlich Züge und Busse nehmen, die eine halbe Stunde später fahren. Dadurch würde ihre Arbeitszeit, die bisher bei 60 bis 70 Stunden in der Woche liegt, erheblich verkürzt werden. Es sind nämlich genau diese zehn Minuten, durch die die Soldaten gezwungen sind, über eine halbe Stunde vor Dienstbeginn in der Kaserne einzutreffen, wenn sie pünktlich sein wollen, da die Verkehrsmittel so ungünstig fahren (nach „Internationalen" vom 5.1.1977).

**Skandinavienkommission**

## Schweden: Tarifrunde 77

# Gibt es einen heißen Frühling ?

Die bürgerliche Regierung Schwedens und andere Vertreter des Kapitals blasen jetzt zur Offensive gegen die Arbeiterklasse. Sie stimmen darin überein, daß die Konkurrenzkraft der schwedischen Industrie gestärkt und die Kostenentwicklung – gemeint ist damit die Lohnentwicklung – gesenkt werden muß. Als großes Vorbild gilt für das schwedische Kapital die Politik der BRD-Kapitalisten. Auf Kosten der Arbeiterklasse, durch Reallohnsenkung und Abbau der sozialen Leistungen will das schwedische Kapital seine Situation im internationalen Konkurrenzkampf verbessern.

### „Angebot" des Kapitals: eine Provokation

Am 31. Oktober 1976 legte der schwedische Arbeitgeberverband (SAF) sein Angebot für die Tarifverhandlungen '77 vor. Dieses sogenannte „Angebot" ist eine unerhörte Provokation der schwedischen Arbeiterklasse. Es enthält im wesentlichen folgende Punkte:

- Tarifabschluß mit dreijähriger Laufzeit.
- Die Krankenversicherung soll dahingehend verändert werden, daß für den ersten Krankentag keine Zahlung geleistet wird. Ist man in einem Jahr mehr als viermal krank, so wird von und mit dem vierten Mal keine Ersatzzahlung vor dem vierten Krankheitstag geleistet.
- Zwei Feiertage sollen abgeschafft werden.
- Die normale Arbeitszeit soll ausgeweitet werden können auf 45 Std. in der Woche oder beschränkt werden auf 35 Std., je nach Bedarf des Kapitals.
- Die Schichten sollen ausgeweitet werden.
- Die Arbeitsrechte sollen so verändert werden, daß es noch leichter wird, Arbeiter zu entlassen.
- Das noch vorhandene Streikrecht im Mitbestimmungsgesetz soll entfernt werden.
- Die Möglichkeiten für einen Bildungsurlaub sollen eingeschränkt werden.
- Die gewerkschaftliche Arbeit der Vertrauensleute während der Arbeitszeit soll begrenzt werden (vgl. „Arbetarkamp" 19/76).

Mit diesem Provokationskatalog versuchen die Kapitalisten die Gewerkschaften zu erpressen. In einer Äußerung des Arbeitgeberverbandes hieß es: *„Wenn LO diese Forderungen nicht unterstützt, so hat es auch keinen Zweck, über irgendwelche Lohnerhöhungen zu sprechen"* („Arbetarkamp" 19/76).

LO, der schwedische Gewerkschaftsverband, hat natürlich erst einmal wortradikal jeden einzelnen Punkt zurückgewiesen und erklärt: *„Wir werden ein Angebot präsentieren, das für unsere Mitglieder eine Erhöhung des Reallohnes in der nächsten Tarifperiode bedeutet"* („Arbetarkamp" 20/76).

Der Vorschlag LOs zur Tarifkonstruktion gleicht den Verträgen, die LO und SAF in den letzten Tarifrunden abgeschlossen hatten. Was den Tariflohnvertrag angeht, wurden folgende gewerkschaftliche Forderungen aufgestellt:

- Einen generellen Öre-Aufschlag pro Stunde (die Höhe ist noch nicht festgelegt).
- Einen extra Aufschlag für die Niedriglohnschichten.

Die Linke hat errechnet, daß die Aufschlagsforderungen zusammengenommen eine Lohnerhöhung von 1,75 Kronen pro Stunde bedeuten, die Niedriglohngruppen erhalten außerdem noch 75 Öre (vgl. „internationalen", 52/76).

Diese gewerkschaftliche Lohnforderung, die durch „harte" Verhandlungen sicher noch gedrückt wird, bedeutet bei einer Steigerung der Inflationsrate einen glatten Lohnabbau. Nach Berechnungen der linken Gruppen wie FK (Förbundet Kommunist) und KAF (Kommunistiska Arbetarförbund) wäre ein Erhalt des Reallohns erst bei einer Forderung von zwei Kronen gewährleistet; beide Organisationen propagieren in der Gewerkschaft eine Forderung von drei Kronen, die auch in einigen Betrieben unterstützt wird.

### Auf die eigenen Kräfte bauen

Das „Angebot" der Kapitalisten kann kurz als Lohnstop und Abbau der sozialen Leistungen zusammengefaßt werden. In den Betrieben wurde dieses „Angebot" mit Empörung entgegengenommen. Es ist lange her, seitdem die schwedischen Kapitalisten eine so klare Sprache gesprochen haben. Dieser Tonfall erinnert an die 30iger Jahre. Auf Druck der Basis organisierte die Zentralorganisation der schwedischen Gewerkschaften TCO eine zentrale Demontration in Stockholm, allerdings mehr zum „Dampf" ablassen, denn es wurden praktisch keine Mobilisierungsanstrengungen unternommen.

Trotzdem kamen am 4.12. 10.000 Kollegen nach Stockholm, um ihren Protest gegen das Angebot der Kapitalisten deutlich zu machen. Der Demonstrationszug enthielt u.a. folgende Parolen:

- Nein, zu SAFs Arbeitszeit – sechs Stunden;
- 25 Kronen Grundlohn;
- Industrieangestellte fordern: Höhere Löhne auf Kosten der Gewinne.

Auch die vagen Forderungen der Gewerkschaftsführung wurde von den Kollegen konkretisiert: Mindestens drei Kronen Lohnerhöhung in der Stunde für alle! Im Hinblick auf eine Verbesserung der Lohnsituation der schwedischen Arbeiterklasse ist von der Gewerkschaftsführung nichts zu erwarten. Im letzten Jahr tönte sie: „Wir müssen Enthaltsamkeit üben." Daher ist zu erwarten, daß sie mit den Kapitalisten in „harten" Auseinandersetzungen einen faulen Kompromiß aushandeln wird.

Allerdings wird es auch Kollegen geben, die schon jetzt die Taktik der Gewerkschaftsführung durchschauen und in den Betrieben Unruhe stiften. So haben die Waldarbeiter schon bei den letzten Tarifauseinandersetzungen gelernt, die Durchsetzung ihrer Forderungen in die eigenen Hände zu nehmen. Hoffen wir, daß damit wie 1969 ein heißer Frühling in Schweden bevorsteht.

**Skandinavienkommission**

## Ausnahmeverfahren für Kekkonens Wiederwahl ?

**Finnland:** Gegenwärtig werden in Helsinki Versuche unternommen, die für 1978 festgelegte Wahl des finnischen Präsidenten durch ein Ausnahmeverfahren zu ersetzen. Schon einmal konnte Kekkonen das Präsidentenamt durch das Ausnahmegesetz von 1973 ohne Wahl erhalten. Obwohl er damals erklärte, er werde sich *„selbst nur unter der Bedingung einer normalen Wahlprozedur für eine weitere Amtsperiode zur Verfügung"* stellen, ist er jetzt zu diesem Manöver bereit, um die Interessen der finnischen Kapitalisten wirkungsvoll zu vertreten („Neue Zürcher Zeitung" („NZZ"), 17.1.77). Unterstützt wird er von Päiviö Hetemäki, der „als gewöhnlicher Bürger" den Vorschlag machte, *„über eine breit abgesicherte Reichstagsmotion ein neues Ausnahmegesetz zur Verlängerung der Amtszeit Kekkonens zu stiften"* (ebenda).

Hetemäki ist jedoch alles andere als ein „gewöhnlicher Bürger". Als „Freund und Vertrauter Kekkonens", als einer der führenden Politiker der konservativen Partei und nicht zuletzt als ehemaliger Vorsitzender des finnischen Kapitalistenverbandes war er schon immer an der Durchsetzung der Interessen des Kapitals interessiert! So kommt sein Vorschlag in einer Situation, die auf erneute Kämpfe der finnischen Arbeiterklasse schließen läßt. Ab Januar ist das Sparprogramm der Regierung Miettunen in Kraft, das insbesondere neben Einsparungen auf dem Ausbildungssektor, einen Lohnstop in der laufenden Tarifperiode festlegt, während die darauffolgende nur *„eine durchschnittliche Nominalzulage von vier Prozent"* bringen soll (vergl. AK 92).

Hinzu kommt, daß Finnland von wachsender Arbeitslosigkeit und enormen Preissteigerungen gekennzeichnet ist. So wurde schon im November letzten Jahres die obere Grenze der Teuerungsrate von fünf Prozent, die für die Laufzeit des zehtralen Tarifabkommens von Februar 1976 bis Februar '77 vorausgesetzt wurde, überschritten!

Aus diesen Gründen dürfte für die im Februar anstehende Tarifrunde mit verstärkten Kämpfen der finnischen Arbeiterklasse zu rechnen sein!

Hier beginnt die Aufgabe Kekkonens, die anstehenden Streiks zu verhindern. Schon im November letzten Jahres war er maßgeblich an der Niederlage der streikenden Eisenbahner beteiligt, indem er zur Forderung der Streikenden nach im Gesetz verankerter Herabsetzung des Pensionsalters erklärte, er würde kein *„Gesetz oder Verordnung, die die Wünsche der Streikenden erfüllen"* unterzeichnen („NZZ", 16.11.76). Durch das geplante Ausnahmeverfahren soll garantiert werden, daß Kekkonen diese Aufgaben weiter wahrnimmt, die er bisher zur vollen Zufriedenheit der Kapitalisten erfüllte. Daß er bei dieser Aufgabe ausgerechnet von den Revisionisten Unterstützung erhält, die ein Ausnahmeverfahren ausdrücklich billigen, zeigt einmal mehr, wie diese Herren die Interessen der finnischen Arbeiterklasse verkaufen. Es ist zu hoffen, daß es bei den anstehenden Tarifrunden der finnischen Regierung diesmal nicht gelingen wird, die anstehenden Kämpfe zu zerschlagen!

**Skandinavjenkommission**

## EG für 200 Seemeilen-Zone – aber der Fischereikrieg mit Island geht weiter

Die EG-Staaten haben sich auf eine 200-Seemeilen-Schutzzone für die Nutzung des Meeres geeinigt. Damit wollen sich die EG-Länder in letzter Minute – vor einem Abschluß der internationalen Seerechtskonferenz – dem internationalen Trend anschließen und für sich ebenfalls eine 200-Meilen Wirtschaftszone fordern. Bisher haben die EG-Länder jedoch dem kleinen Island diese 200-Meilenzone strikt abgesprochen. Aber auch nach diesem Beschluß ist der Streit mit Island noch nicht begraben, denn England hat Sonderwünsche. Für die Neuaushandlung eines Vertrags mit Island, der eigentlich Aufgabe der EG-Länder wäre, verlangt England von seinen Konkurrenten in der EG eine 30 - 50-Meilenzone nach Westen (in den Atlantik hinein), während die EG das Gebiet innerhalb der 200-Meilen-EG-Zone (und außerhalb einer beabsichtigten 12-Meilen-Hoheitszone – nach den bisherigen Bestimmungen wird jedem EG-Land bis 1982 eine 12-Meilen-Schutzzone gewährt) für alle EG-Länder zugänglich machen will. Im übrigen ist England nicht das einzige Land, das mit der internen Regelung der EG nicht einverstanden ist. Zwischen Frankreich und Italien gibt es Differenzen um die Abgrenzung über die Fischereirechte zwischen Italien, Südfrankreich, Sardinien und Korsika und in Zukunft kämen ja auch noch Probleme zwischen Griechenland und der Türkei auf die EG zu. Irland erhebt einen Anspruch auf 50 Meilen westwärts in den Atlantik. Wie in vielen anderen Fragen zeigt sich hier die Uneinigkeit der EG-Staaten und die Tatsache, daß es jedem nur um die eigene Haut und den eigenen Vorteil geht.

**Wirtschaftskommission KB/Gruppe Hamburg**

# naher osten

## Totale Presse-Zensur im Libanon

Anfang Januar konkretisierten die libanesischen Staatssicherheitsbehörden in einem Erlaß die Pressezensur. Folgende Informationen (wohlgemerkt: Nicht nur Meinungen, sondern Informationen) dürfen künftig nicht mehr verbreitet werden:

- über innerarabische Streitigkeiten
- über religiöse Probleme
- überhaupt alles, was die *„Stabilität zerrütten"* könnte, die *„Einheit des Volkes untergrabe"*, *„zu Handlungen führen könnte, die die öffentliche Sicherheit bedrohen können"*.

Den Zeitungen ist es ferner unter Strafe verboten, den Präsidenten oder die Staatsoberhäupter anderer arabischer Staaten zu kritisieren. Das Ansehen des Staates und anderer arabischer Staaten darf nicht beeinträchtigt werden.

Totenstille muß über die Auseinandersetzungen im Libanon selbst herrschen: Über den Widerstand gegen die Faschisten und Syrer darf überhaupt nichts berichtet werden, ebenso wie über das Vorgehen (Verhaftungen, Schießereien, Plünderungen usw.) der in „Friedenstruppen" umgetauften Syrer („Süddeutsche Zeitung" –„SZ"– , 3.1., „Frankfurter Allgemeine Zeitung" –„FAZ"–, 4.1., „Neue Zürcher Zeitung" – „NZZ", 5.1.). Die Zensurbestimmungen betreffen *„alle Informationen, Nachrichten, Artikel, Umfragen, Berichte, Bilder, Werbung, Aufzeichnungen, Filme – alles Geschriebene, Gezeichnete, Gesprochene, Visuelle oder Audiovisuelle"* (Erlaß der libanesischen Staatssicherheitsbehörde, zit. nach „FAZ", 4.1.). Der Zensurbehörde, das ist der Generaldirektor der Staatssicherheitsbehörde, müssen neben innerlibanesischen Veröffentlichungen auch sämtliche Nachrichten aus dem Ausland und ausländische Zeitungen vorgelegt werden, genauso wie alle ausländischen Nachrichtenagenturen verpflichtet werden, ihre Berichte aus dem Libanon zensieren zu lassen. Damit soll verhindert werden, daß die letzten spärlichen Nachrichten über den syrischen Terror im Libanon nach außen dringen.

Der totalen Zensur vorausgegangen war Mitte Dezember die Besetzung mehrerer unabhängiger bzw. antisyrischer Zeitungen durch die „Friedenstruppen". Dabei wurden anscheinend zahlreiche Redakteure, verhaftet und in syrische Folterkammern verschleppt, wie sich inzwischen aus einer Meldung über die Freilassung zweier Redakteure der Zeitung „As Safir" aus syrischen Gefängnissen schließen läßt („NZZ", 5.1.). Augenzeugen berichteten nach dem Abzug der Syrer aus den besetzten Verlagen, diese hätten *„den größten Teil des Mobiliars und andere Dinge mitgehen lassen, sogar Fernsehgeräte und Diktaphone"* (zit. nach „NZZ", 5.1.). Derartige Plünderungen durch die „Friedenstruppen" sind anscheinend an der Tagesordnung.

**Nahost-Kommission**

## Die libanesische Linke ist gespalten

Unter dem Eindruck der Niederlage und dem Vormarsch der Reaktion sind in der libanesischen Linken ähnlich wie im palästinensischen Widerstand um Arafat die opportunistischen Kräfte um Joumblatt umgefallen. Joumblatt in einem Interview mit der jordanischen Zeitung „Al Destour": *„Wir haben die Regierung* (Al Hoss und sein Ermächtigungsgesetz) *unterstützt, weil sie unter den gegenwärtigen Verhältnissen die bestmögliche ist. Wir haben außerdem den offiziellen Behörden eine Liste der schweren Waffen gegeben, die wir besitzen"* (zit. n. „El Moudjahid", 9.1.). Von der italienischen Zeitung „Quotidiano dei Lavoratori" (12.1.) zu seiner Meinung zur Abschaffung der Pressefreiheit befragt, erklärte Joumblatt: *„Was den letzten Erlaß angeht, mit dem die Presse-Kontrolle verfügt wird, so meinen wir, wenn es eine Kontrolle geben müßte, so dürfte sie nur Meldungen über die interarabischen Friedenskräfte im Libanon betreffen ..."* Im gleichen Interview appelliert Joumblatt an die syrische Regierung mit blumigen Worten wie z.B. *„an unsere verantwortlichen Brüder in Syrien"*. Dieselben bezeichnete er zu Recht noch vor wenigen Wochen als Invasoren und Aggressoren.

Für ein sicheres Plätzchen in den Reihen der libanesischen Bourgeoisie ist Joumblatt anscheinend bereit, jeden Preis zu zahlen, wenn er selbst nur seine Haut retten kann: Als das internationale Finanzkapital Mitte Januar unter dem Schutz von Polizei und „Friedenstruppen" seine 74 Beiruter Banken wieder eröffnete, forderte Joumblatt die Banken außerdem auf, eigene Wachen am Eingang zu postieren, um Besucher nach Waffen und Sprengstoff zu durchsuchen („International Herald Tribune", 18.1.). Ob dieser Opportunist mit solchen Vorschlägen zum Notstandsminister im Kabinett Al Hoss aufsteigen will?

Aber in der libanesischen Linken wächst auch der Widerstand gegen die Liquidatoren der eigenen Bewegung und die Syrer. So führten die Syrer in den ersten Dezemberwochen letzten Jahres nicht nur unter den Anhängern der Ablehnungsfront eine Verhaftungswelle durch (Bekaa-Ebene, Nordstadt von Tripoli), sondern auch unter der libanesischen Linken. Dagegen reichte der Protest sogar bis ins Parlament: Dr. Mansour, einer der Abgeordneten der libanesischen Linken, protestierte in einem Memorandum an Sarkis gegen die Verhaftungswelle gegenüber *„Ablehnungsfront und anderen"* („Jordan Times", Amman, 12.12.76).

Wenn auch inzwischen nur noch spärliche Berichte vorliegen, so weisen selbst diese auf heftigen Widerstand der libanesischen Linkskräfte hin: Anfang Januar wurde ein syrischer Offizier als Anführer eines Verhaftungskommandos vor einem Büro der Sozialistischen Progressiven Partei (Joumblatt) von einem libanesischen Linken erschossen. Der Genosse hatte in das Büro zu flüchten versucht und kam bei der anschließenden Schießerei selbst ums Leben („NZZ", 5.1.).

Anscheinend sind auch nicht alle libanesischen Genossen dem verräterischen Aufruf Joumblatts zur Waffenabgabe gefolgt: Faschistenführer Dschamajil jammerte, nur 75% der Waffen seien abgegeben worden. („SZ", 17.1.).

**Nahost-Kommission**

## Aufbau einer arabischen Rüstungsindustrie in Ägypten

Anfang Januar stattete der französische Verteidigungsminister Bourges seinem ägyptischen Amtskollegen Gamassi den immer wieder aufgeschobenen Besuch ab. Es ging dabei um den Aufbau einer Rüstungsindustrie in Ägypten, die von der Arabischen Gesellschaft für Militärindustrien (Ägypten, Saudi-Arabien, Katar, Vereinigte Ägyptische Emirate, seit kurzem ist auch Pakistan beteiligt („Neue Zürcher Zeitung" – „NZZ", 8.1.77)) mit französischer Hilfe in Angriff genommen werden soll.

Inzwischen wurde bekannt, daß sich verschiedene französische Firmen mit 49% des Kapitals an dem Aufbau der Rüstungsfabriken beteiligen wollen, u.a. die Firmen Dassault (Mirage), Thomson (Elektronik- und Crotale Bodenluft-Raketen), Matra (Flugzeugmotoren) und Aerospatiale (Hubschrauber und Transportflugzeuge) („International Herold Tribune", 10.1.77 und „Financial Times", 12.1.77).

Für die französischen Firmen werden dabei kräftige Gewinne rausspringen, zumal die Löhne in Ägypten außerordentlich niedrig sind.

Als erstes will Dassault in Ägypten ein Montagewerk für Mirage-FI-Flugzeuge einrichten, in dem 150 Flugzeuge, die Frankreich in Teilen liefert, zusammengebaut werden sollen. 50 betriebsfertige Mirage-Flugzeuge werden außerdem geliefert („NZZ", 15.1.77).

**Nahost-Kommission**

# Neue Vertreibungen in Ost-Jerusalem

In der seit 1967 besetzten Altstadt von Jerusalem hat eine neue Welle der Vertreibung arabischer Bewohner eingesetzt.

Die zionistischen Behörden geben dabei als Begründung an, die alten Stadtviertel sollten „rekonstruiert" werden, deshalb bestehe die Notwendigkeit, die Bewohner vorübergehend zu evakuieren.

Daß es sich dabei um eine ganz offensichtliche Lüge handelt, wird daran deutlich, daß die vertriebenen Araber nur neuen Wohnraum in Azaria, das außerhalb der Jerusalemer Stadtgrenzen liegt, erhalten. Damit verlieren sie gleichzeitig ihren Status als Jerusalemer Bürger. Auch die israelischen Zeitung „Davar" mußte dies – unfreiwillig – zugeben. Sie berichtete in einem Artikel über die Anforderungen, die an Personen gestellt werden, die in der Altstadt von Jerusalem eine Wohnung mieten oder erwerben wollen, folgendes:

- Der Antragsteller muß israelischer Bürger sein und eine israelische Identitätskarte besitzen, und ...
- er muß in der israelischen Armee gedient haben!

Abgesehen davon, daß sicher kein Araber in der zionistischen Unterdrückerarmee dienen will, sind diese „Kriterien" doch reichlich zynisch! Man fragt sich bloß, wieso sich die Zionisten noch immer mit solchen scheinheiligen Formalitäten abgeben, da sie doch bei der Vertreibung der Araber mit nackter Gewalt vorgehen!

Von 1967 bis heute sind insgesamt 7.000 Araber aus der Altstadt vertrieben worden, anschließend wurden die meisten Häuser zerstört.

Jetzt werden die letzten 15 arabischen Familien aus dem fälschlicherweise als „jüdisch" bezeichneten Viertel vertrieben (dieses Viertel war immer zu zwei Dritteln von Arabern bewohnt gewesen). Viele von ihnen werden seit 1967 ein zweites Mal vertrieben. Damals waren sie zum Verlassen ihrer Häuser im Moghrabi-Viertel nahe der Klagemauer gezwungen worden.

Heute erhalten außerdem die letzten arabischen Einwohner des Moghrabi-Viertels und die Einwohner der „Straße der Ketten" ihre Ausweisungsbefehle. Anschließend sollen ihre Häuser zerstört werden. Die Zionisten sind dann wieder ein Stück im Zerstören des arabischen Charakters der Jerusalemer Altstadt vorangekommen.

Noch vor kurzer Zeit hatte der Jerusalemer Bürgermeister Teddy Kollek den Bewohnern zugesichert, daß sie in ihren Häusern bleiben könnten (alle Informationen nach „Neues Deutschland" – „ND", 11.1.77). Jetzt führt er – wie es nie anders geplant war – weitere Vertreibungen, Enteignungen und Häuserzerstörungen durch, die ganz klar der Genfer Konvention widersprechen.

Kollek hatte bei seinem Besuch in Hamburg Ende letzten Jahres noch scheinheilig erklärt, daß das nach dem Juni-Krieg 1967 „vereinte" Jerusalem gezeigt habe, daß Juden und Araber durchaus friedlich zusammenleben könnten!

*„Gewiß, es gibt Spannungen in Jerusalem. Die Stadt ist das Herz und die Seele des israelischen (!) Volkes. Juden und Araber lieben einander nicht; aber sie kooperieren miteinander – so in der Stadtverwaltung. In Jerusalem ist alles politisch – sogar die Müllabfuhr."* („Welt", 3.12.76). Kollek fuhr fort, daß sogar der Abriß eines Hauses vor die UNO kommen könne! Das sollte auch noch witzig sein!

Bei dem brutalen Vorgehen der zionistischen Besatzer verharmlosend von „Spannungen" zu sprechen, ist an Demagogie und Menschenverachtung wohl kaum zu übertreffen!!



### Israel errichtet weitere Wehrdörfer in den besetzten Gebieten

Vor einigen Monaten wurde bekannt, daß die Zionisten um Ost-Jerusalem (1967 okkupiert) einen Siedlungsgürtel errichten wollen, der aus drei Städten für 150.000 Einwanderer und mehreren kleineren Wehrdörfern und Industriesiedlungen bestehen und die endgültige Annektion von Ost-Jerusalem vorbereiten soll („Monitor-Dienst", 19.8.76).

Ebenfalls vor einigen Monaten fingen die zionistischen Besatzer in Beit Jala (südlich von Jerusalem) an, die ersten arabischen Einwohner trotz massenhafter Proteste aus dem Gebiet, das für jüdische Siedlungen vorgesehen ist, zu vertreiben. Inzwischen haben die Zionisten in Beit Jala mit der Errichtung des ersten Wehrdorfes des geplanten Siedlungsgürtels begonnen („ND", 1.12.76).

### MAPAM an der Errichtung von Wehrdörfern beteiligt

Ende November wurde der Kibbuz Geshur auf den Golan-Höhen von der israelischen Regierung zur ständigen Siedlung erklärt. Dieser Kibbuz wurde von der Hashomer Haza'ir-Bewegung errichtet, die von der MAPAM geführt wird. Der Sekretär des Kibbuz sagte während der Eröffnungsfeierlichkeiten, daß die Hashomer Haza'ir-Bewegung begonnen habe, *„sich an der Errichtung einer Sicherheitszone zur Verteidigung des Golan zu beteiligen"* („MD", 30.11.76). Von Regierungsseite wird jetzt erwartet, daß die MAPAM, die schon seit Jahren mit der Arbeiterpartei auf einer Einheitsliste kandidiert und in der derzeitigen Regierung zwei Minister stellt, sich jetzt auch an der Errichtung von Wehrdörfern im Jordan-Tal beteiligt.

Die MAPAM, die sich noch immer „sozialistisch" nennt und sich sogar noch in den fünfziger Jahren „marxistisch-leninistisch" bezeichnete, war von Anfang an eine zionistische Organisation. Schon der Sinai-Feldzug 1956 wurde von ihr, nachdem er begonnen hatte, unterstützt, der Juni-Krieg sogar von Anfang an!

Inzwischen hat die MAPAM die damals besetzten Gebiete – außer dem Westjordanland – als „unverzichtbar" für Israel erklärt. Die – sehr aufschlußreiche – Begründung für eine mögliche Rückgabe der besetzten Gebiete war, daß Israel sonst *„aufhören würde, ein jüdischer Staat zu sein"* und *„nicht mehr in der Lage wäre, seine Aufgabe zu erfüllen, die darin besteht, Ansporn der Weltjudenheit zu sein und deren nationales Problem zu lösen"*. Diese „Lösungsstrategie", die unter anderem die Deportation der Araber aus dem Gaza-Streifen vorsieht, sowie die rassistische und zionistische Argumentation, der ja auch die entsprechenden Taten (s.o.) folgten, zeigen den wahren Charakter der angeblich „sozialistischen" MAPAM.

Dies ist auch deshalb wichtig, weil sich die MAPAM Ende September – rechtzeitig vor den anstehenden Wahlen in Israel – mit der Veröffentlichung des „König-Memorandums" in ihrer Zeitung „Al Hamishmar" hervorgetan hat. Dieses Memorandum, das vor einigen Tagen in der „Frankfurter Rundschau" im Wortlaut veröffentlicht wurde (8.1. und 11.1.77), enthält die Vorstellungen Königs, Vertreter des Innenministeriums in Galiläa und Mitglied der national-religiösen Partei (bis Dezember 76 zur Regierungskoalition gehörend), mit welchen brutalen Methoden der Unterdrückung und der rassischen Diskriminierung die Araber am besten in Schach zu halten sind. (Wir berichteten im AK 90, S. 30 darüber).

In Galiläa, wo die Regierung im März '76 7.500 Morgen Land, das arabischen Bauern gehörte, enteignete, um darauf jüdische Siedlungen zu errichten, und wo es daraufhin zu den größten Protestaktionen seit '48 gekommen war, ist einen neue Nahal-Siedlung errichtet worden („MD", 30.11.76). Nahal-Dörfer sind Wehrdörfer, die von der israelischen Armee errichtet werden. In einer Propaganda-Broschüre geben die Zionisten selbst an, daß *„diese Siedlungen ... im wesentlichen militärische Stellungen (sind) wie diejenigen, die von anderen Einheiten der israelischen Armee unterhalten werden"* („tatsachen über Israel", Herg. von der Informationsabteilung beim Aussenministerium, Jerusalem). So versucht die israelische Regierung, das bis heute vorwiegend von Arabern bewohnte Galiläa endgültig zu „judaisieren".

**Nahost-Kommission**

## In israelischen Gefängnissen wird gemordet – die politischen Gefangenen wehren sich mit Hungerstreiks

450 Palästinenser aus dem Gaza-Streifen, die in dem zionistischen Gefängnis von Ashkalon als „Kriminelle" (!) gefangen gehalten werden, haben mit einem vierwöchigen Hungerstreik gegen die unmenschlichen Haftbedingungen in den zionistischen Gefängnissen, gegen die Brutalität und Folter, gegen die Verweigerung auch der dringensten medizinischen Hilfe protestiert („Neues Deutschland" – „ND", 22.12. und 29.12.76). Gleichzeitig kämpften sie um ihre Anerkennung als politische Gefangene („Frankfurter Rundschau" – „FR", 22.12.76).

Hunderte Gefangene in dem Zentralgefängnis von Ramle (Nähe Tel Aviv) schlossen sich dem Hungerstreik an („ND", 8./9.1.77).

Die Kämpfe der palästinensischen Genossen in den Gefängnissen wurden außerdem unterstützt von der Bevölkerung in den besetzten Gebieten, besonders in Ramallah und Gaza. In Gaza besetzten Demonstranten das Gebäude der Stadtverwaltung. Sie forderten die Beendigung der Folterpraktiken und die sofortige Freilassung der politischen Gefangenen („ND", 22.12.76). In den folgenden Tagen demonstrierten vor allem arabische Frauen vor dem Rathaus in Gaza, um gegen die Verhaftung und Gefangenhaltung ihrer Angehörigen zu protestieren. Bekanntlich finden laufend willkürliche Massenverhaftungen von Arabern durch die zionistischen Besatzer statt, die Araber werden häufig ohne Anklageerhebung weiter gefangen gehalten. Die zionistischen Besatzer knüppelten die nun wirklich friedliche Demonstration der Frauen auseinander und verhafteten mehrere („ND", 29.12.76).

Trotz des brutalen Vorgehens der zionistischen Besatzer demonstrierten fast täglich Frauen, Kinder und andere Angehörige der Häftlinge vor dem Rathaus in Gaza („ND", 8./9.1.).

Inzwischen ist aus Ashkalon bekannt geworden, daß sich der Zustand zahlreicher Gefangener erheblich verschlechtert hat und mehrere von ihnen in das Gefängnishospital überführt werden mußten. Zehn Häftlinge sind „spurlos" verschwunden („ND", 8.9.1.77). Was solche Nachricht bei den brutalen Praktiken in zionistischen Gefängnissen bedeutet, kann man sich leicht ausmalen. Zuletzt war Anfang Januar bekannt geworden, daß ein 50jähriger Araber in einem zionistischen Gefängnis in Nablus zu Tode gefoltert worden war. Wie die palästinensische Nachrichtenagentur WAFA mitteilte, war dies bereits der z w e i t e Mord der zionistischen Besatzer an einem politischen Gefangenen in e i n e r Woche! („ND", 3.1.77). Brutalste Folterungen mit Todesfolge sind in zionistischen Gefängnissen durchaus nichts Ungewöhnliches. Wir berichteten im letzten AK darüber, daß selbst israelische Zeitungen einen solchen feigen Mord nachgewiesen hatten.

In diesem Zusammenhang ist eine Meldung der „Frankfurter Rundschau" (31.12.76) interessant, die berichtete, daß ein Militär-Obergericht Ende Dezember ein im Juni gegen einen „palästinensischen Extremisten" verhängtes Todesurteil in lebenslange Haftstrafe umwandelte. Bisher ist in Israel, aus kosmetischen Gründen, noch kein einziges verhängtes Todesurteil vollstreckt worden. Die zionistenfreundliche Presse hier berichtet dann auch immer kurz über diese „humanen" Strafumwandlungen. Die Wirklichkeit in zionistischen Gefängnissen sprechen solchen Nachrichten Hohn: **Allein in den letzten Wochen in Ashkalon zehn „spurlos" verschwundene Gefangene, in Nablus zwei ermordete!**

Die zionistische Militärregierung antwortete auf den jetzt beendeten Hungerstreik mit einem Besuchsverbot für 380 Gefangene („El Moudjahid", 6.1.77).

Ein mit solcher Konsequenz und so lange durchgeführter Hungerstreik in mehreren Gefängnissen, die Solidarisierung der Bevölkerung und die gleichzeitigen Protestaktionen der Frauen und anderen Angehörigen lassen auf eine gute Organisation der politischen Gefangenen in den zionistischen Gefängnissen schließen. Nicht umsonst haben die zionistischen Besatzer nach dem Streik ein fast totales Besuchsverbot verhängt. In diesem Zusammenhang ist der Bericht eines Sprechers der PFLP über die Situation in den zionistischen Gefängnissen interessant, den er uns im Rahmen eines Interviews im Dezember gab. Der Genosse berichtete, daß die PFLP eine Zeitung für die politischen Gefangenen in allen zionistischen Gefängnissen herausgebe, die in einem Gefängnis hergestellt und in alle anderen verteilt werde!

**Nahost-Kommission**

## Auch das gibt's

Sicherlich ein Wendepunkt im Völkerrecht und in der Geschichte der UNO. Das 23. Kapitel der Schöpfungsgeschichte ist nunmehr UNO-Dokument. Der UNO-Delegierte Herzog brachte dort ein Dokument vor, dessen Zweck es ist, die israelischen territorialen Ansprüche auf Hebron zu untermauern. Dieses Kapitel der Genesis beschreibt den Kauf der Höhle Machpelah und ihre Umgebung durch Abraham, der vor 4.000 Jahren (!) den Preis von 400 Schekel Silber für die Höhle und Grundstück bezahlte, um seine Frau zu begraben! Damit hoffen die Zionisten die heutige Besetzung der Stadt und durch ähnliche Dokumente von ganz Palästina legitimieren zu können" (aus „Palästina", 4, Juli-Dez. 76).

Gerade um die Machpelah-Höhle bei Hebron, die gleichzeitig Moschee für die Araber und Synagoge der Juden ist, gab es auf Grund von Provokationen rechtsradikaler Zionisten unter Führung des Rabbi Levinger Ende September militante Auseinandersetzungen junger Araber mit den Zionisten. Die von den Zionisten allein beanspruchte Höhle ist also gleichzeitig schon sehr altes religiöses Heiligtum der arabischen Moslems. Davon hatte natürlich Herzog nichts erwähnt. Wie anders auch, als mit Geschichtsklitterei und dem Versuch, die arabische Geschichte in Palästina auszulöschen, könnte auch der wahnwitzige Anspruch der Zionisten auf „Erez Israel" aufrecht erhalten werden?

**Nahost-Kommission**

## Zusammenarbeit zwischen Ägypten und Israel bahnt sich an

Sadat hat erst kürzlich betont, daß er sogar zu einem bilateralen Ausgleich mit Israel bereit sei („NZZ", 19.1.77). Tatsächlich bahnt sich schon seit längerem eine Zusammenarbeit zwischen Ägypten und Israel an.

So können seit Anfang Dezember in Kairo israelischen Zeitungen abonniert werden, u.a. die englisch-sprachige „Jerusalem Post" („NZZ", 9.12.76). Die Zeitungen werden vorerst über Zypern bezogen und unterliegen der Kontrolle der ägyptischen Militär-Zensur. Auch dies soll ein Beispiel für die „Liberalisierung" Ägyptens sein, was fast ein Witz ist, wenn man bedenkt, daß die gesamte ägyptische Presse praktisch gleichgeschaltet ist und der schärfsten Zensur unterliegt.

Ebenfalls Anfang September kamen der Generaldirektor des israelischen Erziehungsministeriums und sein ägyptischer Kollege bei einem Seminar an der Havard-Universität überein, in Zukunft Informationsmaterial über die Erziehungssysteme in Ägypten und Israel auszutauschen („NZZ", 10.12.76).

**Nahost-Kommission**

## DGB: Aktiv in Sachen Zionismus

Die Jugend des Deutschen Gewerkschaftsbundes will 1977 zusammen mit der Jugend des israelischen „Gewerkschafts"bundes Histadrut acht Seminare veranstalten („Frankfurter Rundschau", 23.12.76). Bei allen Seminaren ist ein Treffen mit Widerstandskämpfern des Dritten Reiches aus den Reihen der Arbeiterbewegung (!?) als feststehender Programmpunkt eingeplant.

Schon im letzten Jahr fand ein erstes gemeinsames Seminar bei Tel Aviv statt. Thema: Geschichte der deutschen und israelischen Arbeiterbewegung! („Welt", 1.9.76).

Inzwischen liegen auch im Gewerkschaftshaus (Hamburg) die Histadrut-Nachrichten (in deutscher Sprache!) aus. Die Zionisten lassen sich ihre Propaganda was kosten und versuchen skrupellos, den Antifaschismus der Arbeiterbewegung für ihre rassistischen Ziele zu mißbrauchen.

**Nahost-Kommission**

## Zensur in Israel

Aus Protest gegen die Zensur der israelischen Militärbehörden hat der Verband der Auslandskorrespondenten in Israel seine Verbindungen mit dem Sprecher der israelischen „Verteidigungs"streitkräfte (IDF) abgebrochen. Als Grund dafür gab ein Korrespondent der amerikanischen Gesellschaft NBC an, daß die Militärbehörden in letzter Zeit verstärkt den Auftrag haben, Berichte über Bereiche zu verhindern, die der israelischen Regierung aus politischer Sicht unbequem sind. Dies sei, bei allem Verständnis (!) für eine Zensur, denn nun doch zu viel.

Anlaß für den Abbruch der Verbindungen war die kurzfristige Beschlagnahme eines schon gezeigten Films über die Ankunft der erster drei F-15 Maschinen (Lieferung aus den USA) in Israel. Auf solche Vorkommnisse beschränkt sich aber allerdings die Zensur längst nicht mehr. Der Korrespondent der NBC gab in seinem Gespräch mit dem israelischen Fernsehen u.a. als Beispiel an, daß schon vor der über Nablus verhängten Ausgangssperre, als man die Stadt eigentlich noch ohne Behinderung hätte besuchen können, die gesamte Auslandspresse von der Armee am Betreten der Stadt gehindert worden sei, was auch die schreibende Presse betraf, die weniger auffällig sei.

Mit dem Abbruch der Verbindungen zum IDF will der Verband der Auslandskorrespondenten die Öffentlichkeit auf die bestehende politische Zensur in Israel aufmerksam machen, damit wieder „wahrheitsgemäß" aus Israel berichtet werden könne („Monitor-Dienst", 15.12.76).

**Nahost-Kommission**

# Kurden im Iran weiter unterdrückt

Die „Internationale Liga für Menschenrechte" hat UNO-Generalsekretär Waldheim am 14.1.77 zum Eingreifen zugunsten der Rechte der irakischen Kurden aufgefordert. Gleichzeitig wird das UNO-Komitee zur Ausschaltung rassischer Diskriminierung kritisiert, da es einen Bericht der irakischen Behörden akzeptiert habe, in dem jede Unterdrükkung der kurdischen Minderheiten bestritten wird.

Die „Internationale Liga für Menschenrechte" gibt dagegen an, daß das irakische Baath-Regime nach dem März-Abkommen 1975 weiter Verbrechen gegen das kurdische Volk begangen hätte.

U.a. werden aufgeführt:

- Deportation von 300.000 Kurden aus ihrer Heimat im Norden des Irak in die Wüstengebiete im Süden des Landes, die unter Zwang zurückgelassenen Ländereien werden von arabischen Irakern besetzt, ohne daß Schadensersatz geleistet wird.
- 30.000 Kurden sind noch immer in Konzentrationslagern eingesperrt und werden gefoltert, trotz des Amnestiegesetzes von 1975 seien 227 von ihnen hingerichtet worden.
- Die irakische Regierung habe ausserdem die kurdische Sprache in den Schulen verboten und kurdische Zeitungen geschlossen.
- Jedem Araber der eine Kurdin heiratet, sind 500 Dinar versprochen („Neue Zürcher Zeitung" – „NZZ", 16./17.1.77).

Mit dem März-Abkommen 1970 (geschlossen zwischen irakischen Kurden und irakischem Baath-Regime), das den Kurden auf dem Papier eine gewisse T e i l autonomie zusicherte, behauptete das irakische Baath-Regime, die Kurdenfrage gelöst zu haben. Die jahrelange Unterdrückung und Diskriminierung des kurdischen Volkes durch die verschiedenen irakischen Regimes kann durch solch ein Abkommen nicht von heute auf morgen gelöst werden. Bei dem – keineswegs „sozialistischen" – Baath-Regime handelt es sich außerdem zu einem guten Teil um Propagandarummel. „Fehler" bei der Durchsetzung des Abkommens geben offizielle Stellungnahmen des Baath-Regimes selbst zu. Andererseits kann nicht abgestritten werden, daß es den Kurden im Irak, gemessen an den Verhältnissen im Iran, in der Türkei und auch in Syrien, besser geht und ihnen einige Rechte mehr eingeräumt wurden.

Bis zum März 75 kämpften die Kurden – mit militärischer Unterstützung des faschistischen Irans – bewaffnet gegen das irakische Regime, für die endliche Durchsetzung ihrer Rechte. Dem bewaffneten Kampf wurde durch das März-Abkommen 1975 von Algier ein Ende gesetzt, als sich am Rande der Konferenz erdölexportierender Staaten der Schah und der Vizepräsident des irakischen Revolutions- und Komandorates, Saddam Hussein al-Takriti, darauf einigten, daß der Schah – bei irakischen Gegenleistungen – die militärische Unterstützung für die Kurden einstellte.

Seit diesem Abkommen geht das irakische Regime verschärft gegen die Kurden vor. In der Folge wurden die aktivsten Widerstandskämpfer – trotz der versprochenen Amnestie – in Konzentrationslager gebracht oder erhängt („FR", 10.11.76). Gleichzeitig setzte die „Arabisierung" Kurdistans ein, zu der auch die massenhaften Zwangsumsiedlungen gehören.

Die Kurden aus den kühlen Bergdörfern werden in die 800 km entfernte heiße südarabische Wüste gebracht, wo sie Zwangsarbeit verrichten müssen („FAZ", 1.11.76).

Diese Verschleppungen wurden selbst von der bundesdeutschen Botschaft im Irak bestätigt, die allerdings trotzdem weiter behauptet, daß es keinerlei Unterdrückung der Kurden im Irak gebe! So schrieb das auswärtige Amt im März 1976: *„Es trifft zu, daß ein Teil der Kurden, die aus Iran zurückgekehrt sind (d.h. die von der „großzügigen" Amnestie des irakischen Regimes Gebrauch machten – Anm. AK), im Süden des Landes angesiedelt werden."* („FAZ", 1.11.76). Diese „Arabisierung" bezeichnete der irakische Informationsminister Tariy Azis zynisch als „Strafe" dafür, *„daß sich die Kurden am irakischen Volk und an der irakischen Souveränität vergangen haben. Dafür müssen sie einen politischen Preis bezahlen"* („FR", 10.11.76).

Auch Amnesty International hat in der letzten Zeit verstärkt auf die Verfolgung, Inhaftierung und Hinrichtung von Kurden im Irak hingewiesen („Süddeutsche Zeitung" – „SZ", 30.12.76). U.a. berichtet Amnesty, daß Kurden, die sich unter den Bedingungen der Amnestie ergeben hätten, später hingerichtet worden seien, außerdem seien Kurden wegen politischer Aktivitäten, Verteilung von Flugblättern, Abhaltung politischer Versammlungen oder Beitritt zu „illegalen" politischen Organisationen verhaftet oder hingerichtet worden („FAZ", 29.10.76).

Das jetzt erlassene Verbot, die kurdische Sprache in den Schulen zu unterrichten, stellt ebenfalls eine weitere Unterdrückung dar. Bisher war der Irak – neben der Sowjetunion – der einzige Staat, in dem kurdisch unterrichtet werden durfte.

### Die bewaffneten Kämpfe flammen wieder auf

In den letzten Monaten haben die Bauern in den Provinzen Mossul und Arbil begonnen, sich gegen die Deportationen zu wehren. Sie haben sich, zusammen mit 6.000 Pesh-Mergas, in die unzulänglichen Bergregionen zurückgezogen. U.a. haben sie bisher irakische Militäreinheiten angegriffen, Elektrizitätswerke und die Pipeline von Khanayin („FR", 10.11.76).

Im Dezember wurde bekannt, daß es im Nordwesten zur Grenze nach Syrien zu kleineren bewaffneten Auseinandersetzungen gekommen ist. Wieder war es der Informationsminister Tariy Azis, der in einem Interview dazu höhnisch sagte, daß *„die Frage mit Hilfe der Polizei und der Grenztruppen gelöst (!) werden könne"*, es sei nicht notwendig, Militär einzusetzen („International Herald Tribune", 14.12 76).



**Pesh-Mergas, kurdische Befreiungskämpfer an den Grenzen zwischen der Türkei und Irak**

### Hinrichtungen im Irak

Ende November sind drei irakische Kurden im Irak hingerichtet worden, Sheikh Nuri, Jafar Abdul Wahid und Anwar Zurab. Sie waren im Juli letzten Jahres zum Tode verurteilt worden, obwohl sie unter dem Amnestie-Gesetz aus dem Iran in den Irak zurückgekehrt waren. Sie sind später wiederum gezwungen worden, in den Iran zu fliehen, um nicht verhaftet zu werden. Die enge Zusammenarbeit zwischem dem irakischen Geheimdienst und dem iranischen SAVAK ermöglichte es, daß die drei kurdischen Widerstandskämpfer in einem kurdischen Flüchtlingslager im Iran verhaftet werden konnten. Sie wurden im Austausch gegen zwei iranische Marxisten an den Irak ausgeliefert und vom Militär ohne Gerichtsverhandlung zum Tode verurteilt ( Flugblatt der „Kurdischen Studentenvereinigung in Europa", 7.12.76 und „SZ", 15. 12.76).

**Nahost-Kommission**

Gespräch mit Genossen der PFLP
mes Gebrauch machten – Anm. AK). daß „die Frage mit Hilfe der Poli-
worden, in den Iran zu fliehen, um Nahost-Kommission

# Gespräch mit Genossen der PFLP

**(Darunter Gen. Abu Al Taib Al Sahat von der Leitung der PFLP, aus „Quotidiano dei Lavoratori", 12.1.77)**

Was haltet ihr von den Abkommen von Riad und Kairo?

*Sie liegen auf der Linie einer Verhandlungslösung der Nahost-Krise. Außerdem braucht Syrien unbedingt die Bemäntelung durch die anderen arabischen Staaten.*

Hätte man noch weiter kämpfen können?

*Die Ablehnungsfront wollte als einzige den Kampf fortsetzen. Aber die Menschen waren müde und wir riskierten politisch eine Isolierung.*

Wie seht ihr die weitere Entwicklung im Libanon?

*Das läßt sich schwer beantworten. Allgemein gesagt, erwarten wir eine neue Kopie Syriens, also ein Regime, das Pressefreiheit und Teilnahme an den Wahlen nur denen zugesteht, die es akzeptieren. Es könnte sein, daß Jumblatt irgendwie an der Sache beteiligt wird, während die KP Libanons wahrscheinlich draußen bleiben wird.*

Wie ist eurer Verhältnis zur PLO?

*Zur Zeit sind wir nicht im Exekutivkomitee, aber wir sind im Generalrat.*

Mein ihr, daß es einen „Ministaat" in Westjordanien und Gaza geben wird?

*Wir versuchen alle, eine Lösung zu finden. Israel könnte sich von einem Teil der Gebiete zurückziehen, die es 1967 besetzt hat. Sie könnten einen unabhängigen palästinensischen Staat schaffen, eine Föderation mit Jordanien, oder auch eine Dreier-Föderation mit Syrien-Jordanien-Palästina. Es ist sehr schwer zu sagen, was dabei herauskommen wird. Bis vor kurzem waren wir überzeugt, daß es einen „Ministaat" geben würde, aber jetzt sind wir da nicht mehr so sicher; es gibt da viele Interessenskonflikte.*

Man hat den Eindruck, daß die Positionen der Ablehnungsfront in einer Reihe prinzipieller Erklärungen bestehen, daß ihr also eine Linie auf kurze und mittlichere Sicht fehlt.

*Die Geschichte bleibt nicht stehen. Israel besteht, und solange die Palästinenser außerhalb ihrer Heimat sind, werden sie ein Problem darstellen. Bis 1967 sprach man ziemlich wenig von uns. Bestenfalls waren wir die armen Hunde, die hier darauf warteten, daß eines Tages die arabischen Armeen unsere Heimat befreien würden. Aber schon vor 1948 waren wir ein Volk, daß gegen die Engländer und Zionisten kämpfte. Wenige wissen, daß es von 1946 bis 1948 bewaffneten Kampf in Palästina gab und daß der Krieg mit dem Feudalsystem Schluß gemacht hat, das wir damals hatten. Seit 1948 bis heute hat sich vieles geändert. Wir sind eine Nation, wir sind zum zentralen Problem sämtlicher arabischer Staaten geworden. Das arabische Volk wird niemals die Existenz Israels hinnehmen, und daher kann uns niemand als Ablehnungsfront ausradieren. Sie können uns schwere Schläge versetzen, aber vernichten können sie uns nicht. Nicht einmal in Jordanien sind wir vernichtet worden, jetzt sind wir sogar in den besetzten Gebieten. Es befinden sich viele Gruppen und Parteien in Israels Nachbarstaaten im Heranwachsen, die gegen eine friedliche Lösung und gegen die aktuellen Regimes sind, auch in Syrien. Das wird viele Jahre dauern, zwanzig, dreißig, vielleicht vierzig. Wir wissen, daß heute die internationale Situation nicht günstig für die Zerstörung Israels als Staat ist; aber das ist nicht der Hauptfaktor. Wir, die Massen, unser Kampf sind der Hauptfaktor; die anderen Faktoren können die Dinge nur beschleunigen oder verzögern. Auch in Israel gibt es kleine marxistische Gruppen. Sie werden wachsen und sich mit uns zusammenschließen. Sie sind wie kleine Wurzeln, aus denen die Pflanzen hervorgehen. Daran glauben wir und dafür arbeiten wir. Wir versuchen, mit den arabischen Parteien zu arbeiten. Das Problem besteht darin, eine Revolutionäre Kommunistische Arabische Partei aufzubauen, von der wir der palästinensische Teil sind.*

# Neuer Maulkorberlaß in Kuwait

Die fortschrittliche Zeitung „al-Tali'a" (Avantgarde) wurde durch eine Verordnung des kuwaitischen Informationsministers am 5. Januar zum zweiten Mal für drei Monate verboten („Kuwait-Times" – „Kut", 6.1.77). Das erste Verbot war am 1. September letzten Jahres erlassen worden, kurz nachdem die Herrscherclique das gewählte Parlament aufgelöst und einige Artikel der Verfassung außer Kraft gesetzt hatte (vgl. AK, Nr. 89). Das Ende August vom Emir von Kuwait erlassene Dekret über die Aufhebung der Pressefreiheit ist inzwischen zu einem neuen Pressegesetz ausgebaut worden, das u.a. Gefängnisstrafen bis zu sechs Monaten für jeden Journalisten androht, der Artikel publiziert, die *„dem nationalen Interesse zuwiderlaufen ... oder Angriffe auf das politische und soziale System des Landes erhalten"* („Le monde", 13.10.77).

Als „al-Tali'a" jetzt nach Ablauf der Verbotsfrist erstmals wieder erschien, wurde sie sofort wieder verboten. Als Grund wurde angegeben: *„Verstoß gegen das Pressegesetz"* („KuT", 6.1.77), ohne daß ein bestimmter Artikel oder eine bestimmte Passage genannt worden wäre. „al-Tali'a" ist das Organ der „Khatib-Gruppe", einer Gruppe fortschrittlicher Intellektueller, deren Auftreten als parlamentarische Opposition zur Auflösung der Nationalversammlung beigetragen hatte (vgl. Ak, Nr.89). Auch der Herausgeber von „al-Tali'a", Sami al-Munayis, war Abgeordneter im Parlament gewesen, und er war Präsident des kuwaitischen Journalisten-Verbandes, der kürzlich ebenfalls von der Regierung aufgelöst wurde.

Um die Presse besser mit systemkonformen Informationen versorgen zu können, wurde durch Verordnung des Emirs eine kuwaitische Nachrichtenagentur (KNA) gegründet, die – nicht dem Informationsministerium (= Zensurbehörde) unterstellt ist, sondern eine *„unabhängige Organisation"* mit *„eigenen Büros"* und *„eigenem Gelände"* sei („KuT", 6.1.77). Der Zweck der KNA ist klar, sie soll die Informationen gleich gefiltert an die Zeitungen weiterleiten, und es ist nicht auszuschließen, daß die Agentur die internationalen Nachrichtenagenturen ersetzen soll, von denen die kuwaitischen Massenmedien bisher ihre Informationen aus dem Ausland beziehen („Neue Zürcher Zeitung" – „NZZ", 16.10.76). Nun sollen hier keineswegs die westlichen Weltagenturen angepriesen werden. Ihnen wurde auf der europäisch-arabischen Konferenz von Nachrichtenagenturen (November 1976 in Tunis) zu Recht von arabischer Seite ihr *„Monopol auf dem ganzen Planeten"* („NZZ", 25.11.76) vorgeworfen und eine *„objektive, gerechte und wahrheitsgetreue Verbreitung arabischer Nachrichten"* von ihnen gefordert („NZZ", 25. und 30.11.76). Nach kuwaitischen Maulkorbmaßstäben ist aber selbst dies noch zu liberal.

**Nahost-Kommission**

# VR China: Nur Gutes über den Schah

*„Wir sehen mit Freude, daß die Königliche Regierung Irans unter der Führung Seiner Kaiserlichen Majestät des Shahanshah Anstrengungen zur Erhöhung des Verteidigungspotentials des Iran und zum Aufbau des Landes unternimmt und zugleich tatkräftig die Einheit und Zusammenarbeit des Irans mit anderen Ländern dieser Region und anderen Ländern der Dritten Welt verstärkt, auf Gegenseitigkeit beruhende Unterstützung gewährt und so einen nützlichen Beitrag zur gemeinsamen antihegemonialen Sache der Völker aller Länder geleistet hat. Dazu sprechen wir unsere Anerkennung und Unterstützung aus."*

So sprach der Leiter einer Delegation des Nationalen Volkskongresses der VR China anläßlich des 50. Jahrestages der Gründung der Pahlavi-Dynastie auf einem Bankett („Peking Rundschau" – „PR" Nr.48 vom 30.11.76).

Tatkräftige Zusammenarbeit des Irans mit anderen Ländern dieser Region heißt insbesondere die jahrelange Kriegführung gegen die Revolution in Oman zugunsten des reaktionären Sultans Qabus. Die von der VR China überaus gelobte Erhöhung des Verteidigungspotentials bekommen nicht nur die Kämpfer der PFLO, Befreiungsfront von Oman, sondern auch die armen Massen des Irans am eigenen Körper zu spüren. „Aufbau des Landes" heißt für fortschrittliche Menschen des Irans in erster Linie Ausbau der „inneren Sicherheit", Folter, Mord und Gefängnis. Das alles findet die Anerkennung und Unterstützung der VR China!

Man sieht, wohin das Geschwätz von der Einheit der Länder der Dritten Welt führt, das irgendwelche Klassenfragen völlig leugnet und als einziges Ziel den Kampf gegen die Supermächte, namentlich jene Supermacht ... hat. Diese Leute behaupten ernsthaft, das Iranische Volk habe nach einer *„Periode schweren Leidens unter imperialistischer Unterdrückung und Demütigung"* den Sieg davongetragen, denn das *„Volk hat sich niemals unterworfen, und stets steht ein unabhängiger Iran im westlichen Teil Asiens"* („PR" Nr. 48). Nach den Aussagen jenes Delegationsleiters kämpft das Volk des Irans heute gegen die Sowjetunion, die *„ernsthaft die Unabhängigkeit und Sicherheit der Länder dieser Region"* (des „Persischen (!) Golfs") bedroht („PR" Nr. 48). Bei dieser Lobhudelei auf die angebliche „Verteidigungsbereitschaft" des Irans scheuen offizielle Kommentatoren der VR China nicht davor zurück, den Erlaß des iranischen Kriegsministers zu loben, der jeden erwachsenen Bürger des Irans zu zwei Wochen militärischen Trainings pro Jahr verpflichtet („New China News Agency" – „NCNA" in einem Bericht über Iran vom 9.11.76, zitiert nach „Summary of World Broadcast).

Kritisiert wird die Forderung der Sowjetunion, *„daß der Iran als ein Land am Golf sich nicht um die Situation in dieser Region kümmern sollte"*, während dem Schah bescheinigt wird, daß seine *„Zerstörer gebraucht werden, um Irans vitale Interessen zu schützen, nämlich den Seeweg durch die Straße von Hormuz in den Indischen Ozean zu verteidigen"* („NCNA" vom 9.11.).

Hier wird der Iran sehr direkt für sein Eingreifen in Oman und für die Besetzung der Inseln in der Straße von Hormuz entschuldigt. Insgesamt ermutigt die VR China den Iran in seiner Rolle als Hilfssheriff des US-Imperialismus im Nahen Osten.

**Nahost-Kommission**

### Bewaffnete Aktion im Westjordanland

Palästinensische Widerstandkommandos haben im Norden des Westjordanlandes am 23.12. militärische Einrichtungen der Zionisten mit Raketen beschossen. Daraufhin wurden sofort motorisierte israelische Einheiten aus der Umgebung zusammengezogen. Trotzdem gelang es den palästinensischen Kommandos, sich ohne Verluste zurückzuziehen. Über Verluste der Zionisten ist nicht bekannt („El Moudjahid", 26.12.76).

**Nahost-Kommission**



# asien aktuell

## Takeo Fukuda, der „starke Mann" des japanischen Großkapitals

Der mit den japanischen Unterhauswahlen vom 5. Dezember erfolgte Rechtsruck nimmt immer deutlichere Formen an. Dies drückt sich zunächst in der Wahl Takeo Fukudas zum neuen Ministerpräsidenten, in der Zusammensetzung des neuen Kabinetts, sowie in dem bekundeten Regierungsprogramm aus.

Daß der Rechtskurs im Parlament auch trotz der in der bürgerlichen Presse beklagten „Wahlschlappe" der reaktionären Liberaldemokraten, LDP, erfolgreich durchgehalten werden kann, zeigtdie nunmehr auf vier Sitze über die absolute Mehrheit angewachsene LDP-Fraktion durch den Eintritt von elf gewählten „Unabhängigen" in die LDP. Berücksichtigt man noch die auf 18 Sitze angewachsenen, reaktionären Neuliberalen, NLC, sowie mindestens weitere vier dem reaktionären Lager zugehörige „Unabhängige", so ergibt das 282 Sitze für die neue reaktionäre Regierung.

Der NLC hatte sich im Sommer letzten Jahres von der LDP wegen des Lockheed-Skandals als die „saubere" konservative Alternative abgespalten und unterscheidet sich programmatisch in keinster Weise von der LDP. Es zeigt sich daher, daß die Aufsplitterung in Regierungspartei
grammatisch in keinster Weise von der LDP. Es zeigt sich daher, daß die Aufsplitterung in Regierungspartei
und NLC durchaus Früchte getragen hat. Nachdem die LDP durch das „Aufklärungsspiel" des ehemaligen Ministerpräsidenten Miki im Lockheed-Skandal geschwächt worden war, haben die Unterhauswahlen durch das geschickte Manövrieren der reaktionären Kräfte letzendlich eine politische gestärkte Rechte hervorgebracht.

Mit der Wahl des 71jährigen Fukuda zum Parteivorsitzenden der LDP und anschließend zum Ministerpräsidenten in der Rechtsentwicklung in Japan wieder eingeleitet, die der Politik der Sato- und Tanaka-Regierung in keiner Weise nachstehen wird. Von Fukuda ist schon seit langem bekannt, daß er von keinem in seiner Fähigkeit übertroffen wird, *„sein Geld der Privatwirtschaft für seine Parteifraktion zu organisieren"* („FAZ", 8.12.76). Der Anstieg der Börsennotierungen in Tokio schon vor der Ministerpräsidentenwahl in Erwartung auf die Ablösung Mikis durch Fukuda, ist ein deutliches Zeichen dafür, daß Fukuda sich der Unterstützung des Großkapitals sicher sein kann. Fukuda gilt als der von den Kapitalisten gerufene „starke Mann", der den wirtschaftlichen Problemen die höchste Priorität einräumt. Er hat bereits angekündigt, daß er dem Wunsch der Kapitalisten nach starken Maßnahmen zur Konjunkturankurbelung einschließlich vermehrter Steuerausgaben nachkommen werde. Auf dem Rücken der Arbeiterklasse, versteht sich! *„Was gut für die Industrie ist, ist gut für Japan"* („Vorwärts", 16.12.76). Die Stimmengleichheit im wichtigen Budgetausschuß des Unterhauses zwischen LDP und Oppositionsparteien dürfte auch kein Hindernis darstellen, da nicht nur die NLC, sondern ebenfalls die Komeito und die Demokratischen Sozialisten, DSP, an einer „Ankurbelung der Wirtschaft" interessiert sind. Zum Vorsitzenden des Budgetausschusses wurde jetzt der ehemalige Bauminister Tsubokawa gewählt, der der Fukuda-Fraktion (innerhalb der LDP) angehört.

Fukuda ist eine führende Figur unter den reaktionärsten LDP-Mitgliedern. So ist es auch nicht verwunderlich, daß er auch schon in eine Bestechungsaffäre, nämlich der Firma Showa Denko im Jahre 1948, als Chef des Rechnungshofes im Finanzministerium verwickelt war, zunächst verurteilt aber nach zwei Jahren – wie sollte es anders sein – wieder freigesprochen wurde. Seine Fraktion innerhalb der LDP ist ein Sammelbecken für Mitglieder der Südkorea- und Taiwan-Lobby sowie der rechtsextremen nationalistischen „Seirankai"-Gruppe, die sich vor wenigen Jahren aus faschistischen LDP-Mitgliedern mit Blutunterschrift gegründet hatte. Die Seirankai-Mitglieder Michio Watanabe (Gesundheitsministerium) und Shintaro Ishihara (Umweltschutzamt) bekamen von Fukuda Ministerposten! Ishihara ist der Führer der rechtsextremen „Seirankai"-Gruppe. Er tritt offen für die atomare Bewaffnung ein und wird schon für eine richtige „Umweltschutzpolitik" im Sinne der japanischen Großbourgeoisie sorgen...

Von Fukuda ist außerdem bekannt, daß er zum Beispiel enge Verbindungen zu dem durch Motorbootrennen steinreich gewordenen Kriegsverbrecher Sasagawa, sowie dem Kriegsverbrecher und Faschisten Yoshio Kodama unterhält, der zuletzt wieder durch den Lockheed-Bestechungsskandal zum Vorschein trat (vgl. AK Nr. 86, S. 42 und AK Nr. 87, S. 16). Nicht nur diese Verbindungen zeigen, daß Fukuda noch weniger „aufzuklären" bereit ist als sein Vorgänger Miki. Zum neuen Justizminister ernannte er Hajime Fukuda, einen *„Veteran vieler Kabinette, dem keine Neigung zu moralisch beflissenem Herumstochern in Skandalen nachgesagt werden kann"* („NZZ", 28.12.76).

Fukuda selbst unterhält sehr enge Verbindungen zu den Kriegsverbrechern und Faschisten Ryoichi Sasagawa und Yoshio Kodama. Sasagawa, der wie Kodama seinen unerschöpflichen Reichtum in die schmutzigen
wa und Yoshio Kodama. Sasagawa, der wie Kodama seinen unerschöpflichen Reichtum in die schmutzigen
Machenschaften der herrschenden Politik Japans investiert, ist als exponierter Antikommunist bekannt und spielte immer im Hintergrund als der Geldgeber und Organisator bei der Verfolgung von Kommunisten und Linken nicht nur in Japan, sondern auch in ganz Südostasien eine wichtige Rolle. Kodama war zuletzt durch den Lockheed-Bestechungsskandal zum Vorschein getreten (vergl. AK Nr. 86, S. 42 und AK 87, S. 16).

Über die Vorladung von Parlamentariern, die in den Lockheed-Skandal verwickelt sind, zu parlamentarischen Anhörungsverfahren meint Fukuda auch inzwischen, „von Fall zu Fall" entscheiden zu müssen („FBIS, Asia and Pacific", 27.12.76).

In außenpolitischer Hinsicht wird Fukuda die Zusammenarbeit mit anderen imperialistischen und subimperialistischen Ländern verstärken. Dabei wird er sich über den antiimperialistischen Widerstand im eigenen Land hinwegsetzen und keine Opfer scheuen. Denn *„Fukuda hat seinen chauvinistischen Hang offenbart. Er ruft ohne zu zögern zu Opfern für das eigene Land auf"* („The Japan Times", 24.12.76). Konkret sucht Fukuda eine stärkere Anlehnung an den US- und BRD-Imperialismus. Die Krise des japanischen Kapitalismus und Imperialismus sowie ihre Folgewirkungen für seine imperialistischen Partner haben ihn sogar dazu veranlaßt, eine neue Gipfelkonferenz der „größten westlichen Industriestaaten" zu fordern. Sorgen bereiten ihm unter anderem die „zunehmende Vorrangstellung" der Länder, die über Rohstoffvorkommen verfügen, und „die daraus resultierende Abhängigkeit (?) der Verbraucherstaaten". Das Gipfeltreffen dürfte daher der generalstabsmäßigen Vorbereitung eines erneuten Ausbeutungszuges durch die rohstoffreichen Länder der „Dritten Welt" sowie seiner militärischen Absicherung dienen!

Vorausgehen soll zunächst ein entsprechendes bilaterales Treffen zwischen Japan und den USA. Ein wichtiger Punkt dürfte dabei vor allem der japanisch-amerikanische Sicherheitspakt sein und damit die militärische Rolle Japans in Ostasien nach dem geplanten Abbau von US-truppen in Südkorea. So ist schon vor dem geplanten Gipfeltreffen zwischen Fukuda und dem US-Präsidenten Carter eine Zusammenkunft zwischen dem japanischen Außenminister Hatoyama und seinem südkoreanischen Amtskollegen Park Dong Jin vorgesehen. Und schließlich als Geste an die neue japanische Regierung und den Freund des faschistischen Park-Regimes Fukuda, hat die südkoreanische Justizbehörde drei wegen angeblicher Spionage für Nordkorea, d.h. wegen Vergehens gegen die nationale Sicherheit Südkoreas und Verstoßes gegen die antikommunistische Gesetzgebung, zu lebenslanger Zuchthausstrafe verurteilte japanische Staatsangehörige koreanischer Herkunft ohne offizielle Begründung freigelassen und nach Japan zurückgeschickt (vergl. „SZ", 28.12.76). Aus amerikanischen Regierungskreisen wurde Fukuda schon als *„Japans bestmöglichste Wahl"* („The Japan Times", 24.12.76) bezeichnet.

Schließlich stellte Bundeskanzler Schmidt auch schon fest, *„daß die beiden Regierungen* (Japans und der BRD – Anm. AK) *in Anbetracht der dringenden Probleme der Weltwirtschaft immer enger zusammenarbeiten müßten"* („FAZ", 28.12.76).

Als seine wichtigste Aufgabe sieht Fukuda die innere Reform seiner Partei, die durch innerparteiliche Fraktionen bislang zersplittert war. In erster Linie wird die Auflösung dieser Fraktionen angestrebt. Fukuda kündigte schon die Auflösung seiner eigenen mächtigen Fraktion, allerdings in der Form, daß der feste Zusammenschluß durch eine lose organisierte „politische Studiengruppe" für allgemeine Diskussionen über Zeitfragen ersetzt werden soll („The Japan Times", 30.12.76). Daß dieses Versprechen nur eine Augenwischerei ist und daß sich die Fraktion weiterhin zum Zwecke düsterer Machtmanipulationen treffen wird, dürfte wohl klar sein.
Fraktion weiterhin zum Zwecke düsterer Machtmanipulationen treffen wird, dürfte wohl klar sein.

Nach Fukudas Worten ist *„die Wiederherstellung der japanischen Politik* (der Reaktion – Anm. AK) *im Grunde von der Rehabilitierung der LDP abhängig. Die LDP ist eine unersetzbare Partei für japanische Politik"* („The Japan Times", 23.12.76). Die Begrenzung der Amtszeit des Parteivorsitzenden von drei auf zwei Jahre zu verkürzen könnte die in der bürgerlichen Presse geäußerte Vermutung einer kurzen Lebensdauer des Kabinetts Fukuda bestätigen, doch hat Fukuda durch die Ernennung des ehemaligen Finanzministers Ohira zum neuen Generalsekretär der LDP für einen würdigen Nachfolger gesorgt.

Das Bemühen der Regierung Fukuda, das Rückgrat der LDP und damit des Garanten eines Rechtskurses zu stärken, ist auch im Zusammenhang mit den kommenden Oberhauswahlen im Juni 1977 zu sehen. Die innerparteiliche Stärkung, die möglichst schnelle Ankurbelung der Wirtschaft und die Besetzung des Kabinetts mit *„ausgesprochenen Experten"*, oder nach Fukudas Worten *„mit dem richtigen Mann am richtigen Posten"* („The Japan Times", 24.12.76) soll die Politik Japans ins „rechte" Lot bringen. Denn der Ausgang der Oberhauswahlen und damit der weitere Bestand der LDP hängt in erster Linie von der massiven Unterstützung des japanischen Finanzkapitals ab. Hierzu wird der Ruf der Industrie nach massiven Wirtschaftshilfen erwidert. Für das Fiskaljahr (=Steuerjahr) 1977/78 wird eine Erhöhung des Staatshaushaltes um 17% gegenüber dem Vorjahr auf 28,4 Billionen Yen (ca. 240 Mrd. DM) erwogen. Das staatliche Investitions- und Darlehensprogramm, das eine großzügige Finanzierung privater Investitionsvorhaben im In- und Ausland ermöglicht, soll um 16% auf 12,3 Billionen Yen (ca. 103 Mrd. DM) erhöht werden. Schon am 5.1.77 wurde der noch in letzter Minute von Miki vorgelegte Nachtragshaushalt für 1976/77 über zusätzliche konjunkturwirksame Ausgaben in Höhe von 354,2 Mrd. Yen (ca. drei Mrd. DM) sowie ein zusätzliches staatliches Investitions- und Dahrlehensprogramm in Höhe von 334,3 Mrd. Yen vom neuen Fukuda-Kabinett angenommen. *„Sollte jedoch die neue Regierung versäumen, spürbar wirksame Maßnahmen auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik, ihre große Spezialität* (!) *zu ergreifen, so wird eine ‚reaktionäre Kritik' gegen Fukuda ausbrechen"* („The Japan Economic Journal", 4.1.77). Deutlicher können die Interessen nicht ausgedrückt werden, die in der jetzt begonnenen Legislaturperiode vertreten werden sollen. Ein neuer gewaltiger Raubzug zur Ausplünderung der japanischen Werktätigen ist vorgeplant!

Asien-Kommission

## Kim Chi Ha erneut verurteilt

Süd Korea. Der bekannte südkoreanische Dichter und Oppositionelle gegen das faschistische Park-Regime wurde im Dezember zusätzlich zu einer lebenslangen Strafe wegen „regierungsfeindlicher Betätigung" jetzt unter der Beschuldigung, Kommunist zu sein, zusätzlich zu sieben Jahren verurteilt.



Kim, der kein Kommunist ist, setzte sich vor dem Gericht mutig für die elementaren Rechte des koreanischen Volkes ein:

*„Ich bin gegen die Diktatur, und für die Respektierung der grundlegenden Menschenrechte. Ich bin gegen Unterdrückung und für garantierte Lebensmittel für jedermann. Ich bin gegen das Kompradorensystem und für ein unabhängiges Land. Das sind die Ziele für das, was ich eine national-demokratische Revolution nenne. Ich nannte es eine ‚nationaldemokratische Revolution', weil das Volk – das ganze Volk – die dynamische Kraft sein wird, die sie durchführt."* („New Asia News", 14.1.77).

Es ist der internationalen Protestbewegung zu verdanken (darunter auch Heinrich Böll), daß die Todesstrafe in lebenslange Haft umgewandelt wurde. Genauso müssen wir jetzt gegen die erneute Verurteilung protestieren! Die Verurteilung als „Kommunist" bedeutet, daß jeder, der ihn unterstützt, in Südkorea automatisch unter das „Gesetz gegen den Kommunismus" fällt.

Asien-Kommission

## Neuwahlen in Indien

### Gandhi-Diktatur läßt sich Rechtskurs absegnen

Überraschend verkündete Indiens Diktatorin Indira Gandhi am 19.1.77 in einer Rundfunkansprache Neuwahlen für Ende März dieses Jahres. Laut Gandhi bieten die Wahlen *„die Möglichkeit, das öffentliche Leben von allen Unklarheiten zu befreien"* („Süddeutsche Zeitung", 20.1.77). Der am 25. Juli 1975 verhängte Ausnahmezustand soll *„zur Erleichterung des Wahlkampfes ... entspannt"* werden („Frankfurter Rundschau", 21.1.77), die rechten Oppositionsparteien dürfen einen „legalen" Wahlkampf führen („SZ", 20.1.77).

Die Zeitungen aber bleiben einer „gewissen Kontrolle" (sprich Zensur) unterstellt („Frankfurter Allgemeine Zeitung", 20.1.77). Der Ausnahmezustand und alle diktatorischen Maßnahmen bleiben natürlich bestehen. Sie werden nur für die Zeit der Wahl kontrolliert gelockert – das sind die Wahlen in der „größten Demokratie der Welt" (Indira Gandhi).

Rechtzeitig zu den Neuwahlen wird die Rechtsopposition wieder aufgepäppelt. Nur wenige Stunden vor der Verkündung der bevorstehenden Wahlen wurde der Reaktionär Desai freigelassen. Desai gilt als Führer der Rechtsopposition. Er will eine schon seit längerem angestrebte „Einheitsfront" der Rechtsopposition bilden, und mit dieser gegen die herrschende Kongreßpartei antreten. Doch die Rechten haben nach eigenen Aussagen kaum eine Chance. Es fehlt ihnen an Zeit zur Mobilisierung, nach wie vor sind sie in ihrer Arbeit behindert.

*„Der Opposition sind alle Äußerungen untersagt, die der Premierministerin als ‚persönliche Verleumdung' oder als ‚geeignet, Unmut gegen die rechtmäßige Regierung zu erzeugen', erscheinen könnten"* („SZ", 20.1.77). (Das gilt natürlich nicht nur für die Rechtsopposition.)

Die indische Großbourgeoisie setzt nach wie vor auf die Gandhi-Diktatur, die ihnen durch die Niederhaltung der Arbeiter und Bauern ungeahnte Profitmöglichkeiten verschafft hat. Die industrielle Wachstumsrate hat in den vergangenen neun Monaten zehn Prozent erreicht (in der BRD liegt sie bei vier Prozent). Durch die Spenden der Großindustrie *„quellen die Geldtruhen des Kongresses über"* („SZ", 20.1.77).

So dient selbst die Beteiligung der Rechtsopposition an der Wahl nur dem „demokratischen Schein".

Der Wahlsieger steht von vornherein fest: die herrschende Kongreß-Partei mit Indira Gandhi an der Spitze. Der Gandhi-Diktatur dienen die Wahlen dazu, die Rechtsausrichtung der Kongreß-Partei noch weiter zu treiben und ihre Diktatur mit Erbfolge parlamentarisch legitimieren zu lassen. Ihr Sohn, Sanjay Gandhi, der „starke Mann" Indiens, soll seinen Einzug ins Parlament halten. Sanjay will *„70 bis 100 Kongreßabgeordnete des linken Flügels* (das sind diejenigen, die eine Zusammenarbeit mit den Revisionisten unterstützen – Anm. AK) *abservieren und durch eigene Leute ersetzen"* („SZ", 20.1.).

Zweitens verspricht sich die indische Bourgeoisie von den „vorgezogenen" Wahlen (die erst für März 1978 geplant waren) aktuell eine Verbesserung ihrer Beziehungen mit den Imperialisten in aller Welt. Am Beispiel Spanien zeigt sich, daß es eine Menge einbringt, die „Rückkehr zur Demokratie", „Demokratisierung der Gesellschaft" usw. vorzulügen. Die sehr schnell erreichte „internationale Achtung" zahlt sich in klingender Münze aus. Ebenso ist es mit Indien. Obwohl noch sämtliche bürgerlichen Rechte abgeschafft sind, verhaftet und gefoltert wird, spendet die westdeutsche bürgerliche Presse Beifall: *„Wir haben wieder Hoffnung geschöpft"* („FAZ", 20.1.77); wenn *„ein begrenzter* (!) *Meinungsaustausch ... wieder möglich ist, dann wird man nach indischen Maßstäben wohl doch noch von Demokratie reden können"* („SZ", 20.1.77), und selbst für die „Frankfurter Rundschau" ist *„Frau Gandhis Entscheidung,* (Neuwahlen auszurufen, Anm. AK) *mit großer Wahrscheinlichkeit richtig"* („FR", 21.1.77). Diese reaktionäre Propaganda liegt ganz im Sinne der Bundesregierung und der BRD-Imperialisten, die schon heute ein wichtiger „Partner" der indischen Großbourgeoisie sind.

Die indischen Revisionisten (KPI) ziehen allein in den Wahlkampf, die Zusammenarbeit mit der Kongreßpartei hatte Indira Gandhi erst vor kurzem beendet (s. AK 96, S. 2). Der inhaftierte Führer der „Sozialistischen Partei", Fernandes, der von der „Sozialistischen Internationale" unterstützt wird, hat zum Wahlboykott aufgerufen. Er erklärte, Indira Gandhi will *„ihr illegales Regime durch Scheinwahlen"* absichern („SZ", 20.1.77).

Über die Haltung der KPI/M (KPI/Marxisten) lagen uns bis Redaktionsschluß keine Informationen vor. Die revolutionäre Linke in Indien kann nach wie vor nur illegal arbeiten und jegliche Informationsarbeit ist entsprechend erschwert. Viele revolutionäre Genossen sitzen wegen ihrer politischen Tätigkeit schon seit Jahren in den Gefängnissen.

Asien-Kommission

# afrika

## Zimbabwe
# Genfer Konferenz

Während der britische Verhandlungsleiter Richard derzeit auf Pendeldiplomatie im südlichen Afrika die Möglichkeiten für die zweite Verhandlungsrunde im Februar austastet, ist auf der Konferenz der fünf Frontstaaten am 9.1.77 eine wichtige taktische Entscheidung gefallen:

– Die fünf Staaten beschlossen nunmehr von den in Genf verhandelnden Kräften nur noch die von ZANU und ZAPU gebildete Patriotische Front zu überstützen.

Diese Entscheidung hat der sich seit längerem anbahnenden engen Liaison zwischen Muzorewa (und dem ehem. ZANU-Präsidenten Sithole) mit den Rassisten Rechnung getragen und sie gleichzeitig weiter geklärt.

Die Rassisten Smith und Vorster spekulieren derweil offen über einen möglichen Alleingang in den Neokolonialismus mit Muzorewa (und Sithole) und befinden sich hiermit zumindest verbal im Widerspruch zu Richard, der eine Einbindung möglichst vieler Kräfte in die Übergangsregierung unter britischer (sprich imperialistischer) Oberaufsicht anpeilt. Offensichtlich will er eine größere Scheinlegitimität – und soziale Basis – bei einer geplanten militärischen Aktion gegen die zimbabwische Revolution erreichen.

Im Kern geht es Richard bei seinen Geheimverhandlungen um den Plan, durch den Köder der „britischen Oberaufsicht" („... die absolut unparteiisch handelt" – „Guardian", 5.1.77)das rassistische Repressionsinstrumentarium (Polizei, Militär, Justiz) in die Übergangsregierung zu übernehmen und hiermit die Bedingungen für eine neokoloniale Zukunft zu diktieren. Hierbei setzt Richard auf die Tatsache, daß eine offizielle Aufhebung der „Rhodesien-Blockade" einen ungehinderten Waffen- und Kapitalstrom zuließe und so die Mittel in der Hand der Unterdrücker erheblich mehr würden.

Die Militanten in der ZIPA und die Parteien der Patriotischen Front haben diese Vorschläge abgelehnt. Die mosambikanische Zeitung „Tempo" vom 16.1.77 kommentierte nach dem Besuch von Richard in Maputo:

– *„Der derzeitige britische Vorschlag bedeutet eine Übergangsregierung unter der vollständigen Aufrechterhaltung und damit Kontrolle des weißen Machtapparates... er bedeutet daher kaum etwas anderes als die weitere Aufrechterhaltung der weißen Herrschaft unter der Leitung eines ‚unparteiischen' britischen Staatssekretärs."*

### Muzorewa – Verrat am zimbabwischen Volk

Schon vor der ersten Konferenz war klar, daß die Rassisten und Imperialisten den ANC-Boß Muzorewa als eine ihnen passende „Verhandlungsfigur" aufbauen wollten. (*„Vernünftiger Mann"* – so Smith; *„einer der wenigen, von denen man sich etwas versprechen kann"* – so Kissinger nach seiner ersten Rundreise im Frühjahr 76.)

Während der Verhandlungen durfte Muzorewa dann zweimal die „Gastfreundschaft" des rhodesischen Sicherheitsdienstes genießen, um mit ihm über den weiteren Verlauf zu sprechen und er erhielt die Möglichkeit von publikumswirksamen Kundgebungen in Rhodesien. Daß die Imperialisten sich für ihre Bemühungen keinen falschen ausgesucht hatten, machen schon frühere Sprüche Muzorewas klar:

– So erklärte er schon Ende 75, daß *„das sinnlose Blutvergießen ein Ende haben sollte, indem man eine alle Seiten befriedigende Lösung versucht zu finden"* (!!) („Guardian", Dez. 75).

– In Genf diffamierte er die ZIPA – also die Befreiungskämpfer – als *„ein williges Werkzeug für Machel"*, die jedes ANC-Mitglied, das nicht mitarbeiten will, in Arbeitslager schicke.

In ähnlicher Weise geht Muzorewa nun gegen den Beschluß der fünf Frontstaaten an, die Patriotische Front anzuerkennen und zu unterstützen:

– *„Die Präsidenten der fünf Frontstaaten leben nicht in Zimbabwe und haben kein Recht, den hier lebenden Menschen zu erklären, wie sie handeln und fühlen sollten"* („FR", 11.1.77).

Stattdessen fordert er nun „freie Wahlen" (unter Aufsicht der Rassisten!), damit sich herausstellt, *„wer die wirklichen Führer in Zimbabwe sind"* („SZ", 14.1.77).

Bei soviel „Vernunft" ist es daher kaum ein Wunder, daß schon während des Kissinger-Besuches in Afrika sich ein Mitglied des US-Wirtschaftsministerium mit Muzorewa traf, *„um über gewisse amerikanische Wirtschaftsaktivitäten nach der Unabhängigkeit zu verhandeln."* Bei diesen Treffen waren auch Vertreter verschiedener imperialistischer Großbanken und Firmen anwesend – u.a. Chase Manhattan Bank und Mobil Oil! (Nach „New African Development", Jan. 77)

Interessant ist auch, daß die US-Imperialisten *„erwägen, zur Erleichterung des friedlichen Übergangs in Rhodesien und zur Unterstützung der Bereitschaft friedliebender schwarzer Führer (!) an einer Verhandlungslösung mitzuwirken,* sofort *den diplomatischen* (und damit den wirtschaftlich-militärischen) *Boykott des Smith-Regimes aufzuheben"* („Le Monde", 12.1.77).

Auch die Rassisten im südlichen Afrika setzen derzeit unverhohlen auf Muzorewa:

– Smith: Nun, nach der Anerkennung der Patriotischen Front durch die Frontstaaten, sieht er *„ganz neue Perspektiven"*. So könne die rassistische Regierung es nur unterstützen, daß *„der Bischof seine große Popularität bei der Bevölkerung systematisch ausbaut, um sich dann an einer gemischtrassigen Regierung zu beteiligen"* („Guardian", 13.1.77).

– Die RSA-Regierung sieht weniger die *„Lösung des Rhodesien-Problems durch die Reise Richards, als durch eine Einigung ‚fünf vor zwölf' zwischen Smith und Muzorewa. Diese könnte dann zu einer gemäßigten Regierung führen"* („Welt", 11.1.77).

### Frontstaaten unterstützen Patriotische Front

Auf ihrer Tagung am 9.1.77 gaben die Vertreter der fünf Frontstaaten Zimbabwes – Mosambik, Angola, Tansania, Sambia und Botswana – bekannt, daß sie von den in Genf vertretenen Organisationen in Zukunft nur noch die Patriotische Front (ZANU und ZAPU) anerkennen und unterstützen werden:

– *„... für uns ist das Kriterium der Anerkennung und Unterstützung die Beteiligung am bewaffneten Kampf, der tatsächliche Einfluß innerhalb der schwarzen Mehrheit und das Auftreten gegen imperialistische Scheinlösungen..."* (Schlußpapier) („Tempo", 16.1.77).

– *„... und so wie wir im bewaffneten Kampf die ZIPA voll und ganz unterstützen, so unterstützen wir die politischen Führer der Patriotischen Front..."* („Tempo", 16.1.77).

Der Beschluß der Frontstaaten ist mit Sicherheit ein wichtiger Erfolg der fortschrittlichen Kräfte Zimbabwes. Gerade Muzorewa (und noch mehr Sithole) hatten ihre Teilnahme an der Genfer Konferenz überhaupt erst opportunistischen und reaktionären afrikanischen Regimes – beziehungsweise entsprechenden OAU-Beschlüssen – zu verdanken, nicht jedoch ihrer Verbindung mit den Militanten des bewaffneten Widerstandes in Zimbabwe. Sie waren in der ersten Genfer Verhandlungsrunde diejenigen, die sich offen und massiv gegen die Militanten der ZIPA gestellt hatten.

Gleichzeitig sollte nicht übersehen werden, daß sich innerhalb der Patriotischen Front mit Nkomo's ZAPU eine Organisation befindet, die noch vor Jahresfrist mit all den Prädikaten versehen wurde, mit denen der Imperialismus Muzorewa heute honoriert – und das nicht zu Unrecht (bedenkt man Nkomo's Spaltertätigkeit gegen die ZANU und seine Verhandlungsalleingänge mit dem Rassisten Smith )!

Nkomo hat sich offensichtlich entschieden, auf die Stärke der neu entstandenen ZIPA anders zu reagieren als Muzorewa, er setzt auf „mitschwimmen" bis die Möglichkeit neuer Manöver besteht. In der November/76-Ausgabe der ZANU-Zeitschrift „Zimbabwe-News" ist neben dem Photo Nkomo's Tschiang Kai Tschek montiert – sicher keine falsche Charakterisierung –, konnten doch die chinesischen Genossen eine gewisse Zeit mit diesem Verräter gemeinsam die japanische Aggression bekämpfen. Später mußten sie einen blutigen Krieg gegen den Verräter führen.

Daß auch die Rassisten selbst Nkomo für ihr Kuckucksei im zimbabwischen Widerstand halten, belegt, daß er noch im Dezember in Salisbury eine genehmigte Kundgebung über die Konferenz abhalten konnte (nach „Monitor-Dienst", 21.12.76). Hätte der ZANU-Führer Mugabe sich einen solchen Auftritt in Salisbury erlaubt, er wäre sofort inhaftiert worden, ganz zu schweigen von den Militanten der ZIPA, die während Nkomo's legalem Auftritt in Feuergefechten mit der Rassistenarmee standen!

**Afrika-Kommission**

# „Wo der Imperialismus regiert"

## Bokassa: Neuer Amin für die Lumpenpresse

Just in diesen Monaten, wo der Befreiungskampf in Zimbabwe und die militanten Massenstreiks und Protestaktionen der Afrikaner in der RSA einen bisher noch nicht gekannten Aufschwung erleben, muß wieder einmal eine der imperialistischen Marionetten in Afrika zur Diskreditierung des afrikanischen Freiheitskampfes erhalten: Bokassa heißt der „neue" Idi Amin, Präsident (auf Lebenszeit) in der Zentralafrikanischen Republik, der jetzt die Spalten der bürgerlichen Presse füllt.

Es ist nicht der brutale Terror von Diktatoren wie Amin, Bokassa, Nguema (Äquatorial-Guinea) gegen protestierende Arbeiter und verelendete Bauern, der das plötzliche Interesse von „Bild", „Stern", „Welt" u.a. hervorruft. In dieser Hinsicht wäre eine Berichterstattung über die Massaker an den Afrikanern in der RSA und Zimbabwe, über den „Schah" Reza Pahlewi, Pinochet und andere Bluthunde des Imperialismus sicher „ergiebiger" . . .

Nein – die rassistische Hetze interessiert sich vor allem für die Begleitumstände der Herrschaft in den afrikanischen Rechtsdiktaturen. Es ist nicht die Schilderung der Grausamkeiten allein, die die nationalistischen und rassistischen Vorurteile aktiviert, dies geschieht vielmehr durch die teilweise ans Absurde grenzenden Versuche der Diktatoren, ihre kolonialen und halbfeudalen weißen Vorgänger und Unterdrücker zu imitieren. Hierdurch soll den rückschrittlichen Teilen der westdeutschen Werktätigen ein chauvinistisches Überlegenheitsgefühl vermittelt werden, das jede Solidarität mit den Befreiungskämpfen in Afrika und damit auch in der gesamten Dritten Welt verhindern soll.

Verschärfend kommt hinzu, daß durch diese Sorte von Berichterstattung die Klassenkämpfe in Afrika bis zur Unkenntlichkeit verzerrt und in einem exotischen Licht erscheinen, was den Mechanismus der Installierung von einheimischen Marionetten durch den Imperialismus – zum Zweck der ungestörten Ausplünderung des Landes – total verschleiert. Der Imperialismus agiert im Kostüm des „unberechenbaren, blutrünstigen afrikanischen Tyrannen":

So wird über „Kaiser" Bokassa genußvoll kolportiert, er habe sich einen extralangen Rock schneidern lassen, um alle Orden und Auszeichnungen (Erben des preußischen Militarismus) anbringen zu können. Oder es wird breit über die rauschenden Feste mit Champagner und Kaviar im Rennaissance-Schloß des Napoleon-Verehrers berichtet, der in einem der 25 ärmsten Ländern der Erde versucht, es den französischen Blutsauger-Königen gleichzutun. Auch das „Hofzeremoniell" des „Kaisers" Bokassa, das an finsterstes europäisches Mittelalter erinnert, wird im hämischen Ton ausführlich beschrieben.

Es ist schon einen Gedanken wert, daß sich hier die gleiche Presse über die zugegeben widerwärtige Dekadenz Bokassas rassistisch amüsiert, die es fertigbringt, das nicht minder abgeschmackte Theater einer Eheschließung zwischen dem senilen Carl Gustav Adolf und einer deutschen Prinzessin mit feierlichem Ernst zu würdigen, oder die ebenso unwichtige „Öffnung der himmlischen Pforte" durch karnevalistisch verkleidete Pius' oder Paulusse als „wichtiges Ereignis für Millionen Gläubige" zu stilisieren.

Auch ist der burschenschaftliche Schmiß an der Wange eines Zeitungsverlegers natürlich ein Zeichen der Zivilisation, ganz im Gegensatz zu Bokassas Riten, die „von Wildheit zeugen".

Auf diese Weise wird unterschlagen, daß es sich bei den „Verrücktheiten" reaktionärer Kompradoren um nichts anderes handelt, als um Nachahmung der kolonialfaschistischen Unterdrückergepflogenheiten, die man in all ihrer Menschenverachtung und parasitärem Luxus noch heute „original" in der RSA und in Zimbabwe beobachten kann.

Bokassa stammt selbst aus einer reichen katholischen (!) Großgrundbesitzerfamilie, die zu der einheimischen feudalen Elite gehörte, die sich einerseits an den Kolonialisten orientierte (Übernahme des Glaubens etc.), die andererseits von diesen zugleich unterdrückt wurde. Bokassa versuchte Zeit seines Lebens, es den mächtigen Unterdrückern gleichzutun. Ähnlich wie Idi Amin trat er in jungen Jahren in die Kolonialarmee ein, kämpfte gegen die Aufstände des eigenen Volkes und stand auch im Indochina-Krieg auf der Seite der französischen Unterdrücker.

Ein Familienmitglied des Bokassa-Clans übernahm 1960 nach der „Unabhängigkeit" des Landes von Frankreich die Macht. David Dacko wurde 1966 von Bokassa gestürzt, es wird ihm nachgesagt, er habe den Einfluß der reichen Plantagenbesitzer eindämmen wollen. Doch weither scheint es mit den sozialen Ideen dieses Ex-Ministerpräsidenten nicht gewesen zu sein, 1976 wurde er zum engsten Berater Bokassas „befördert" . . . Mit der für Kompradoren seines Schlages typischen Demagogie tönte Bokassa nach dem Putsch in der Sylvesternacht 1965: *„Die Stunde der Gerechtigkeit hat geschlagen, die Bourgeoisie wird beseitigt. Eine Ära der Gleichheit aller Bürger hat begonnen"* („Neues Deutschland", 2.1.66).

Die „Ära der Gerechtigkeit" hat nur für Bokassa und seine französi-



Der Herr und sein Knecht (Der französische Staatspräsident und Bokassa)

Fortsetzung auf Seite 38

schen Hintermänner geschlagen: Zwei Drittel der Staatsausgaben werden schätzungsweise für die „Hofhaltung" Bokassas und die Verwaltung ausgegeben. Die französischen Ex-Kolonialisten wissen, was sie an ihrem „Kaiser" haben: Unlängst wurde mit französischer Mehrheitsbeteiligung eine Urangesellschaft gegründet, die die Uranvorkommen in der ZAR ausbeuten soll, um die ehrgeizigen Atombewaffnungspläne der französischen Imperialisten mit entsprechenden Rohstofflieferungen abzusichern. Die französische Regierung revanchierte sich 1975 mit einem 50 Mill. DM Kredit und übernimmt regelmäßig ca. zehn Prozent der Schulden des Landes.

Es nimmt nicht wunder, daß Bokassa in Freundschaft mit Zaire, Tschad, Uganda, Elfenbeinküste und Ägypten auf dem äußersten rechten Flügel der afrikanischen Politik zu suchen ist, was ihn ebenfalls den Imperialisten und Rassisten der RSA lieb und teuer macht. Die RSA hat in der ZAR bislang mehr als 650 Millionen DM investiert, die Boykott-Beschlüsse der OAU existieren für Bokassa nur auf dem Papier. Umso zynischer muß die Verurteilung von Kolonialismus, Neokolonialismus und Apartheid durch Bokassa und den rechten Staatschef des Tschad, Malloum, im März 76 in den Ohren der afrikanischen Antiimperialisten geklungen haben.

Da die RSA diese Verurteilungen nicht zu Unrecht nur als diplomatische Pflichtübungen interpretiert, hat sie sich auch nicht davon abhalten lassen, ihre Bereitschaft zu bekunden, die Finanzierung einer von Frankreich geplanten Eisenbahnlinie zu übernehmen, die die ZAR mit Kamerun und dem Atlantischen Ozean verbindet und die für den forcierten Uranabbau offensichtlich notwendig ist (Informationen nach „Africa", März 76, Januar 77, „Herald Tribune", 22.10.75, „Stern", 13.1.77).

### Der Widerstand formiert sich

Eine gängige Variante des Rassismus ist die Behauptung, daß die afrikanischen Diktatoren sich bei der Mehrheit der Bevölkerung großer Beliebtheit erfreuen (vergl. „Welt", 6.12.76). Tatsächlich drückt sich der Widerstand gegen das Terrorregime Bokassas in einer wachsenden Anzahl von Attentaten aus, die zum Teil von Kreisen der Armee und Polizei getragen worden sind. Zahlreiche Polizisten wurden im letzten Jahr verhaftet und der Polizei ist ihr *„Mangel an Wachsamkeit"* und *„ihr Mangel an Respekt hinsichtlich der Mitglieder des Revolutionsrates und der hohen Funktionäre des Staates"* vom Innenminister vorgeworden worden („West-Africa", 11.10.76). Es ist allerdings sehr fraglich, ob aus diesen Kreisen heraus eine antiimperialistische Alternative entwickelt werden kann. Zu eng ist die Verbindung der Armee mit den französischen Ex-Kolonialisten.

Der Unwillen der verelendeten Bauern und des Landproletariats drückte sich trotz scharfer Repression in Demonstrationen gegen Bokassa aus, die in Carnot und Bossangoa stattfanden – Städte im Inneren des Landes, jeweils 500 km und 350 km von der Hauptstadt Bangui entfernt.

Kürzlich wurde eine neue, illegal arbeitende, marxistische Partei gegründet, die Partei des zentralafrikanischen Volkes (PPC), die den Kampf gegen das Regime Bokassas aufnehmen will. Der Thron des „Kaisers" wackelt ... (nach „afrique-asie", 9.1.77).

**Afrika-Kommission**

# Eritrea: Wie die Hasen ...

. . . werden die äthiopischen Besatzer zur Zeit von den eritreischen Befreiungsstreitkräften gejagt. Die Erstürmung und Befreiung der kleineren und mittleren Städte schreitet fort (siehe auch letzter AK!):

*Bei der Eroberung der Grenzstadt Namesake umzingelten eritreische Befreiungskämpfer eine größere äthiopische Armee-Einheit. Nach einer längeren Schlacht kündigte sich eine Niederlage der Besatzertruppen an und es wurde versucht, sie per Hubschrauber zu verstärken. Doch vergeblich – das MG-Feuer der Befreiungskämpfer war zu stark. So wußten sich schließlich etwa 100 äthiopische Soldaten nicht anders zu helfen, als über die Grenze auf sudanesisches Gebiet zu flüchten!* („Le Monde", 8.1.; „Frankfurter Rundschau" = „FR", 11.1.77).

Für die herrschende äthiopische Militärjunta wird es immer schwieriger, sich als Besatzer in Eritrea zu behaupten. Die Siege der Befreiungskämpfer sind um so großartiger angesichts der Tatsache, daß

- die äthiopische Armee eine der (vom US-Imperialismus) bestgegerüsteten Armeen in ganz Afrika ist und sich mittlerweile zu ca. 60% in Eritrea engagiert hat!
- der Befreiungskrieg des eritreischen Volkes über ein Jahrzehnt lang in aller Welt totgeschwiegen wurde,
- die äthiopische Armee – mit Hilfe ihrer US- und zionistischen Berater – in Eritrea die grausamsten und widerlichsten Kampferfahrungen der imperialistischen Völkermord-Strategen anwendet.

Wir haben in diesem Zusammenhang bereits über die systematische Entvölkerung ganzer Landstriche durch Zerstörung und Ausrottung von Dörfern berichtet.

Darüber hinaus versucht die äthiopische Armee, das eritreische Volk regelrecht auszuhungern. Um Weihnachten ist Erntezeit. Zuvor waren die Vorräte der vorigen Ernte längst verbraucht und viele Menschen in Eritrea sind verhungert oder bis zum Skelett abgemagert. In dieser Situation haben die äthiopischen Truppen, wann immer sie einen Ausfall aus den Städten wagten, alle Vorratslager der Bauern angezündet, die sie entdecken konnten. Noch häufiger wird die Ernte bereits auf den Feldern von äthiopischen Jagdflugzeugen aus in Brand geschossen. Es wird auch blindlings aus der Luft auf jedes Kamel, auf Rinder- und Ziegenherden gefeuert. Auf diese Art wird nicht nur die Nahrung der Befreiungskämpfer und der Bauern vernichtet, sondern auch die Nahrung für etwa eine halbe Million Menschen, die vor dem Terror der Besatzer aus den Städten in die weitgehend befreiten Landgebiete geflüchtet sind. Auch in den Städten wird gehungert, weil sie vom Land nicht mehr beliefert werden können, und die Besatzer denken natürlich nicht daran, von ihren Vorräten etwas abzugeben.

***Seit 15 Jahren steht trotz alledem das eritreische Volk im bewaffneten Befreiungskampf. Allein wird die Armee der äthiopischen Besatzer nie damit fertigwerden, wird sie aus dem Land gejagt werden.***

***Es lebe die eritreische Revolution!***

**Afrika-Kommission**

**Die effektivste Form, die Armut zu beseitigen, ist die Vernichtung der Armen –**
**Die eleganteste Form ist, Ihnen Mittel zu geben, sich selbst zu vernichten –**
**Die wirtschaftlichste Form ist, Ihnen diese zu verkaufen –**
**Die sicherste Form ist, Ihnen Kredite dafür zu geben –**
**Die gebräuchlichste Form hierfür nennt man wirtschaftliche Zusammenarbeit.**

**terre des hommes**

# Burundi

Wie abzusehen, hat der jüngste Dezember-Putsch in Burundi nichts anderes als ein Auswechseln der Obermarionette Micombero zur Folge gehabt. Mittlerweile liegt die neue Kabinettsliste vor; nahezu alle Minister des gestürzten Präsidenten sind im sogenannten „Revolutionsrat" wieder vereint.

Der neue Präsident Bagaza macht die üblichen Versprechungen: Abschaffung der Intrigen, des Höflingswesens, Unterschlagungen, Bereicherungen usw.

Gleichzeitig hat er nacheinander Konferenzen mit den mächtigen katholischen und protestantischen Bischöfen abgehalten, um sich deren Wohlwollen für das neue Regime zu versichern.

Die Beziehungen zu Zaire sind intensiviert worden, Mobutu hat gute Beziehungen zu den neuen Männern in der Hierarchie.

Unter der neuen Regierung, die sich so wenig vom alten Regime unterscheidet, wird voraussichtlich die Verschuldung Burundis gegenüber dem Euroäischen Entwicklungsfond, der Weltbank und anderer imperialistischer „Hilfsorganisationen" zunehmen (nach „New African", 1/77).

**Afrika-Kommission**

# Pro-MPLA-Häftling im Hungerstreik

**Sambia:** Wie wir erst jetzt erfahren haben, war am 24. Oktober der sambische Universitätsprofessor Younus Lulat in den unbegrenzten Hungerstreik getreten. Lulat wurde ohne Haftbefehl im Rahmen des sambischen Ausnahmezustandes gefangen genommen. Der Ausnahmezustand wurde im Februar 76 im Zusammenhang mit Protestdemonstrationen wegen der UNITA-Unterstützung durch die sambische Regierung verhängt. Zahlreiche Professoren und Studenten wurden seinerzeit verhaftet, die Mehrheit von ihnen wurde dann im August 76 wieder freigelassen, wie die „Times of Zambia" berichtete.

Neben Lulat, dem ehemaligen Präsidenten des sambischen Studentenverbandes sind noch zwei weitere prominente Mitglieder der sambischen Linken in Haft: Mubita Mwiya, Mitglied im Franz Fanon-Club und Samuel Miyanda, Generalsekretär des sambischen Studentenverbandes. Es liegt gegen sie kein Haftbefehl vor, weder Gerichtsverfahren noch Anklage sind in Sicht: Polizeistaatpraktiken des pro-westlichen Kaunda-Regimes (nach „African Develop", 12/76).

**Afrika-Kommission**

# Führender CIA-Agent in Zaire eingetroffen

Die seit der Dekolonisation der portugiesischen Kolonien verstärkte „Aufmerksamkeit" des US-amerikanischen Geheimdienstes CIA für den schwarzen Kontinent hat jüngst zu einem erneuten Zuwachs für die ohnehin gut bestückte CIA-Zentrale in Zaire geführt.

Eingetroffen ist William H. Crosson, Direktor des CIA-Ablegers „Friedens-Corps" in Zaire. Crosson hat als führender Geheimdienst-Offizier vom Februar 65 bis April 66 in Vietnam Aktionen gegen den Befreiungskampf des vietnamesischen Volkes geleitet. Crosson trat 1972 in das „Friedens-Corps" ein und hat derzeit 200 „Mitarbeiter" zu „betreuen" (nach „African Develop", Dezember 76). Crosson ist Spezialist für konterrevolutionäre (counter intelligence) Strategien in der Dritten Welt.

**Afrika-Kommission**

## Zaire-Schulden

# Titanic vor dem Untergang?

Wie hoch die Auslandsschulden Zaires genau sind, vermag in Zaire niemand zu sagen. Der Direktor der Staatsbank schiebt die Verantwortung für die fehlenden Zahlen dem Minister zu und umgekehrt. Dieses Desaster wirft ein bezeichnendes Licht auf die politischen und wirtschaftlichen Strukturen dieser neokolonialen Bastion des US-Imperialismus. Die durch und durch korrupte Oberschicht, in dieser Hinsicht selbst von der einheimischen Kirche scharf kritisiert, hat sich hemmungslos und unkontrolliert gegenüber dem kapitalistischen Ausland verschuldet. Die Existenz von zahlreichen Privatbanken in Zaire und die berüchtigte Vetternwirtschaft der „nationalen Bourgeoisie" hat diesen Tandenzen massiven Vorschub geleistet. Hinzukommt, daß auf dem Weltmarkt der Preis für Zaires wichtigstes Export-

siven Vorschub geleistet. Hinzukommt, daß auf dem Weltmarkt der Preis für Zaires wichtigstes Export-

gut Kupfer in den letzten drei Jahren stark gefallen ist.

Die zahlreichen Millionen-Kredite hat die herrschende Oberschicht nicht zur Verbesserung der Situation der armen Bauern verwandt, sondern für spektakuläre Industrieprojekte, die eine höhere Rendite versprachen.

Im Juni '76 mußte der „Pariser Club", bestehend aus elf „führenden" Industriestaaten, Zaire mangels Masse einen Tilgungszeitraum von insgesamt zehn Jahren einräumen, der Schuldenbetrag soll ca. 3 1/2 Milliarden DM betragen („New African Devel.", 1/77).

Im Anschluß an diese Umschuldungsaktion haben sich die privatn Geschäftsbanken zu Wort gemeldet, bei denen Zaire zusätzlich mit 1,9 Milliarden DM in der Kreide steht („Africa", 12/76). Die US-amerikanischen, englischen, französischen, belgischen und japanischen Banken waren nicht bereit, Zaire die gewünschte 15-jährige Tilgungszeit und einen fünfjährigen Zahlungsaufschub zu gewähren. Begründung: Man solle keinen Präzedenzfall schaffen, denn es ist zu erwarten, daß in der nächsten Zeit auch andere Staaten wie Zaire ihren Bankrott anmelden müssen! Wie das Abkommen zwischen den Repräsentanten von 98 privaten Geschäftsbanken und der Regierung Zaires im einzelnen aussieht, drang nach Manier der internationalen Finanzhaie nicht in die Öffentlichkeit. Es sickerte aber durch, daß sich Zaire verpflichten mußte, innerhalb von neun Monaten seine „Kreditwürdigkeit" wieder herzustellen („Africa", 12/76).

Bis zum Dezember 76 gelang es Zaire, zunächst die rückständigen Zinsen in Höhe von 100 Mill. DM zu begleichen („Nachrichten für Außenhandel". 6.12.76).

Nachdem Zaire solchermaßen seine „Kreditwürdigkeit" wiederhergestellt hatte, sind die internationalen Geschäftsbanken ohne weiteres bereit, für die Begleichung der noch ausstehenden Tilgungsraten einen **neuen** Kredit in Höhe von 630 Mill. DM bereit zu stellen ...

Die herrschende korrupte Schicht und das internationale Finanzkapital haben Zaire somit systematisch in den Teufelskreis hineingeritten, in dem sich zahlreiche Länder der Dritten Welt befinden: Immer höhere Kredite sind notwendig, um wenigstens die Zinsen und Tilgungsraten der alten Kredite abzutragen. Zynischer Kommentar eines „Banker" zu dem neuen Zaire-Kredit: *„Die Deckstühle der Titanic sind neu ausgerichtet worden"* („New African", 1/77).

Die totale Abhängigkeit Zaires vom internationalen Finanzkapital ist somit auf viele Jahre festgeschrieben, es sei denn, ein Sturz des Mobutu-Regimes würde mit der Nicht-

somit auf viele Jahre festgeschrieben, es sei denn, ein Sturz des Mobutu-Regimes würde mit der Nicht-

anerkennung der bestehenden Schulden verbunden werden. Hinzu kommt, daß der neue 600 Mill. DM-Kredit über den Internationalen Währungsfonds laufen soll, der in der Regel massiven Einfluß auf die Wirtschaftspolitik der Schuldnerländer im Interesse der imperialistischen Gläubiger nimmt („Nachrichten ... ", s.o.). Es liegt nahe, daß die internationalen Banken auf eine Ausdehnung der zairischen Kupferexporte drängen werden, bei gleichzeitiger Reduzierung der Importe, um mehr Geld für die Schuldentilgung zur Verfügung zu haben. Um aber eine ausgeglichene Handelsbilanz zu präsentieren, müßte Zaire seine Importe um mehr als die Hälfte drosseln. Da dies sicher nicht bei den Luxusgütern der Oberschicht geschieht, sondern bei Gütern des Massenbedarfs, kann man sich ausrechnen, was auf die zairischen Arbeiter und Bauern zukommt: Schon jetzt müssen mehr als ein Drittel der Nahrungsmittel eingeführt werden! Selbst diese Importe vermögen es nicht, die chronische Knappheit an Brot, Reis u.a. zu mildern, die gemeinsam mit der fünfzigprozentigen Inflation (1976) eine Geißel für die verelendeten Massen darstellt.

Die gegenwärtige Pleite hat das korrupte Mobutu-Regime veranlaßt, alle formal „zairisierten" Betriebe an die imperialistischen Besitzer zurückzugeben. Die holländische Brauerei Heinecken wurde sogar namentlich von der zairischen Regierung aufgefordert, ihren Besitz in Zaire wieder zu übernehmen.

Auch die jüngste Rundreise Mobutus durch Westeuropa steht im Zusammenhang mit der miserablen wirtschaftlichen Situation. Neben der Abstimmung konterrevolutionärer Strategien wird wohl ein Hauptthema Mobutus Wunsch sein, sein leckes Schiff notdürftig mit weiteren imperialistischen Krediten zu lenzen.

**Afrika-Kommission**

Transkei

# Transkei – Unterdrückung und Massenflucht

Nach der „Unabhängigkeit" der Transkei vom 30.10.76 sind jetzt erstmals Fälle über die Anwendung faschistischer Gesetze der RSA in der Transkei selber bekannt geworden:

- Schon Ende Oktober wurden mehr als 40 politische Gefangene nach einer „Notstandproklamation 400" in Haft gehalten. Ihnen wird vorgeworfen *„zur Erhebung und Unruhestiftung angestifte zu haben"*. Nach den Gesetzen der Transkei können die Gefangenen unbefristet und ohne formelle Anklage in Haft gehalten werden!
- Am 1.Dezember wurde bekannt, daß ein Mitglied der Sotho-Minderheit in der Transkei – der auf einer Demonstration für mehr Rechte gekämpft hatte – in der Gefängniszelle „gestorben" ist. Wie in Gefängniszellen „gestorben" wird, ist aus Ländern wie Chile, der RSA, Spanien und letztlich auch der BRD ja hinlänglich bekannt!
- Der Justizminister der Transkei machte auch gleich nach der „Unabhängigkeit" klar, was die Transkei-Bosse von politischen Gegnern der Rassisten und Flüchtlingen aus der RSA halten: *„...entweder einsperren lassen oder ausweisen. Ich möchte sie unter keinen Umständen hier haben"* („issa", 6/76).

Neben diesen Beispielen – die sicherlich nur die Spitze eines Eisberges darstellen – charakterisiert eine andere Tatsache die Lage der Bevölkerung in der Transkei:

- *„...in den letzten Wochen sind Tausende von Schwarzen in das benachbarte ‚Homeland' Ciskei geflohen...In einem Flüchtlingscamp leben rund 30.000 bis 35.000 Flüchtlinge unter Bedingungen, die von einer Ärztin als hoffnungslos bezeichnet wurden...täglich sterben etwa fünf Kinder...in den letzten Monaten sind mehr als 300 Menschen gestorben"* („NZZ", 14.1.77).

Die ganze Menschenfeindlichkeit der Regierung der RSA, der Transkei und der Verwaltung des „Homelands" Ciskei wird darin deutlich, daß sie es ablehnen Hilfe zu leisten und darüberhinaus Ärzten und Pressevertretern den Zutritt zu den Flüchtlingslagern verbieten!

**Afrika-Kommission**

# Namibia: BRD als Vorbild

Nachdem in November '76 die „Verfassungsgespräche" zwischen den Rassisten aus der RSA und von ihnen ausgesuchten Kompradoren zunächst in's Stocken geraten war, wurde nun ein „Verfassungsentwurf" vorgelegt.

Die RSA-Rassisten verfolgen dabei im wesentlichen das Ziel, Namibia eine formelle „Unabhängigkeit" zu geben, um dann unter anderen Vorzeichen die bisherige rassistische Politik fortsetzen zu können.

Kernpunkte der neuen „Verfassung":

- *„Die Schlüsselressorts für Verteidigung, innere Sicherheit, Außenpolitik, Transport und Finanzen sollen in der Übergangsregierung in der Hand Südafrikas bleiben."*
- *„Gruppierungen mit marxistischer Ideologie sind als staatsfeindlich verboten."*
- Der Staat ist als *„westlich-demokratischer Staat konzipiert."*

Um diesen Staat zu repräsentieren, haben sich die RSA-Rassisten auch gleich den richtigen Mann ausgesucht:

- „Häuptling" Clemens Kapuuo gilt als enger Vertrauter des amerikanischen CIA und der US-Unternehmer. Bei seinem letzten Besuch in den USA wurden zwischen ihm, dem US-Außenministerium und dem CIA bereits konkret vereinbart, daß nach der „Unabhängigkeit" die USA Ausbilder und Waffen für die Armee stellen wird (nach „Neues Deutschland", 7.1.77).

Gleichzeitig gilt Kapuuo als Unterstützer der UNITA, die derzeit innerhalb der Grenzen Namibias und mit Unterstützung der Rassisten gleichermaßen gegen die SWAPO und die MPLA kämpft.

- *„Die UNITA bekämpft die SWAPO-Partisanen und Sympatisanten diesseits und jenseits der Grenze Namibias (in Angola) und leistet damit den südafrikanischen Militärs gute Söldnerdienste"* („SZ", 19.1.77).

Entsprechend dieser Konstellation – *„westlich-demokratischer Staat, Verbot marxistischer Ideologie und Kapuuo als Staatoberhaupt"* – kann es kaum verwundern, daß die Rassisten und ihre Kompradoren stolz darauf hinweisen, daß **„der Verfassungsentwurf sich an das Grundgesetz der Bundesrepublik anlehnt"** („SZ", 20.1.77)!!

Die SWAPO erklärte zu diesem neuen Manöver der Rassisten, *„sie sähe keine Veranlassung, den bewaffneten Kampf bis zur völligen Freiheit Namibias aufzugeben, denn was jetzt passiert ist die Fortsetzung der Herrschaft der Rassisten mit anderen Mitteln"* („Guardian", 20.1.77).

**Afrika-Kommission**

## Kriegsetat auf neuer Rekordhöhe

Nach den Siegen der Befreiungsbewegungen FRELIMO und MPLA im südlichen Afrika und den verstärkten Kämpfen der SWAPO in Namibia hat die rassistische Regierung der RSA ihren Kriegsetat 1977 wieder neu erhöht:

– *„Der Etat wird eine neue Rekordhöhe von 1,8 Milliarden Rand erreichen. Mit den Mehrausgaben von 400 Millionen Rand sollen Vorräte hochmoderner militärischer Ausrüstungsgüter angelegt werden"* („Süddeutsche Zeitung" – „SZ" – 18.1.77, 1 Rand = 2,78 DM).

Das ganze Ausmaß dieser Aktion der Rassisten wird deutlich, wenn man weiß, daß schon 1976 der Etat schlagartig verdoppelt wurde! Nämlich von 700 Millionen auf 1,4 Milliarden Rand.

Neben dem aggressiven Charakter nach außen – gegen die jungen Volksrepubliken Angola und Mosambik und die Befreiungsbewegungen in Zimbabwe und Namibia – ist die Erhöhung des Militäretats auch als direkte Bedrohung gegen die schwarze Mehrheit in der RSA selber zu sehen. Sie macht auch deutlich, daß die Rassisten – trotz allem Gerede von „Verhandlungen – die Weichen auf Krieg und Terror stellen.

**Afrika-Kommission**

## Razzien und Verhaftungen

Nach den Kämpfen Weihnachten '76 hat die rassistische Regierung der Republik Südafrika (RSA) ihren Terror weiter verschärft.

Hier eine kurze – sicherlich unvollständige – Aufzählung:

- Am 3.1.77 wurden in Natal sechs schwarze Demonstranten von der Polizei erschossen.
- In Langa – einem Vorort von Kapstadt – nahm die Polizei am 13.1.77 bei einer Razzia 95 Schüler fest. Ihnen wird „Brandstiftung und Anstiftung zum Aufruhr" vorgeworfen.
- Zwischen dem 11. und 13.1.77

Kapstadt – nahm die Polizei am 13.1.77 bei einer Razzia 95 Schüler fest. Ihnen wird „Brandstiftung und Anstiftung zum Aufruhr" vorgeworfen.

- Zwischen dem 11. und 13.1.77 wurden allein in der Kap-Provinz mehr als 570 Afrikaner festgenommen. Ihnen wird vorgeworfen. gegen die „Paßgesetze" verstoßen zu haben. Sie sollen jetzt aus der Kap-Provinz ausgewiesen werden. Ergebnis: die Farbigen verlieren Arbeitsplatz und Wohnung. Sie müssen jetzt in ein „Homeland" ziehen, das ihnen die Rassisten zuweisen!

(nach „Le Monde" und „Neue Zürcher Zeitung" – „NZZ" – 6.1./14.1./15.1.77).

Auch wurden jetzt neue Morde der Rassisten an Gefangenen bekannt. Am Wochenende vom 8/9.1.77 sind zwei Häftlinge „gestorben" oder – richtiger – zu Tode gefoltert worden.

Allein 1976 sollen nach offiziellen Angaben 15 Häftlinge „gestorben" sein. Die tatsächliche Zahl der Folteropfer dürfte um ein vielfaches höher liegen („FR", 12.1.77)!

**Afrika-Kommission**

## 6.000 BRD-Firmen in der RSA

Die BRD-Kapitalisten haben sich im Jahre 1976 als die zweitgrößten Handelspartner der Rassisten in der RSA entwickelt:

*„Siemens investierte über 200 Millionen DM zur Unterstützung des Apartheid-Regimes und zur Gewährleistung eigener Profite. Volkswagen beschäftigt derzeit in Port Elizabeth mehr als 6.000 Arbeiter und Angestellte. 16% aller in der RSA verkauften PKW und 9% aller LKW stammen von dieser Firma."*

Schon 1975 hat der Hoechst-Konzern in der RSA mehr als 17 Millionen RSA Rand investiert.

*„Insgesamt verfügen 1976 mehr als 6.000 Firmen aus der BRD über Niederlassungen und Vertretungen in der RSA. Das beweist die enge Kooperation des westdeutschen Imperialismus mit den Rassisten im südlichen Afrika"* („Noticias"/Mosambik, 6.1.77).

**Afrika-Kommission**

# Nachrichten aus Schule und Hochschule

# Ein selten lehrreiches Semester

Westberlin. Auch im Januar gingen an mehreren Westberliner Hochschulen, der „F"U, TU, PH, HdK (Hochschule der Künste) und einzelnen Fachhochschulen die Streiks weiter. Seit November stehen Westberliner Kommilitonen in Streiks gegen Berufsverbote und politische Disziplinierung. Nachdem der Streik fast überall über die Weihnachtsferien ausgesetzt worden war, beschlossen die Vollversammlungen der FU, der PH und der TU die Wiederaufnahme des Streiks am 12. bzw. 14.1. Allerdings erreichte der Streik im Januar nicht mehr die Breite und auch nicht mehr die Militanz vom Dezember. An der FU fielen die naturwissenschaftlichen Fachbereiche aus der Streikfront heraus, an der TU steht nur noch 1/3 aller Fachbereiche im Streik. Schwerer noch wiegt der Abbruch des Streiks bei den Medizinern, an deren Fachbereich sich im Dezember die Auseinandersetzungen am schärfsten zugespitzt hatten, provoziert durch mehrere brutale Polizeieinsätze. In vielen Bereichen zeigt sich ein Rückgang der Streikbereitschaft, u.a. im starken Rückgang der Teilnehmerzahlen an den VVs. Eine Ausnahme bildet lediglich die HdK, an der der Streik allerdings wesentlich erst nach Weihnachten begonnen hatte und einzelne Fachbereiche der FU (Theaterwiss., Publizistik). An der HdK wurden Seminarsprengungen von einem „Mobilen Einsatzorchester" durchgeführt, bildeten sich Theater- und Plakatgruppen, die dann auch eine VV in die eigenen Hände nahmen, als KHG und KSV sich anschickten, ein weiteres Mal ihr altbekanntes Ritual abzuspulen. Kurzerhand besetzten sie das Podium und eröffnete mit Streikliedern ihre eigene Diskussion um den Streik.

### Polizei klaut Schüler

das Podium und eröffnete mit Streikliedern ihre eigene Diskussion um den Streik.

Polizei klaut Schüler

Angeheizt wurde der Streik vom Senat noch einmal dadurch, daß Wissenschaftssenator Löffler seine Androhung wahrmachte, Lehrveranstaltungen aus der PH und der FU (Jura und WiSo) in Schulen zu verlagern, wo diese unter Polizeischutz stattfinden sollten. Allerdings fand diese Maßnahme nicht die ungeteilte Zustimmung der bürgerlichen Politiker. *„Der Vorsitzende der CDU-Fraktion im Abgeordnetenhaus, Lummer, (warf) dem Wissenschaftssenator unverantwortliche Fahrlässigkeit und Entscheidungsschwäche vor. Der Senator habe durch die Auslagerung des Studienbetriebs in Schulen einen weiteren Freiraum für Extremisten geschaffen und trage die Verantwortung dafür, daß Minderjährige jetzt in Gewaltanwendung einbezogen und straffällig würden"* („Tagesspiegel", 20.1.). Anlaß dieses Vorwurfs war ein Vorfall, bei dem ein 13-jähriger Schüler, der sich nach dem Unterricht den PH-Streikposten angeschlossen hatte, von der Polizei verhaftet wurde. Die PH-Studenten organisierten eine spontane Protestdemonstration, die Schüler brachten selbstständig ein Flugblatt mit dem Titel *„Polizei klaut Schüler"* heraus, was dem Streik neuen Auftrieb gab. Insgesamt stellte der „Tagesspiegel" zur Auslagerungsaktion fest: *„Nur geringes Echo hörwilliger Studenten"* (20.1.)

Auch bei den Juristen spitzte sich die Auseinandersetzung noch einmal an der Auslagerung von Lehrveranstaltungen in Schulen zu. Noch vor dem Streik kursierten unter den rechten Jura-Studenten „Hinweise für den Fall von Störungen" - getippt offensichtlich auf der Schreibmaschine, auf der die offiziellen Institutsmitteilungen geschrieben werden. Darin wird empfohlen, „*..Störer nach Aufforderung, den Raum zu verlassen, aus dem Raum zu drängen. Ein Widerstand der Streikposten bzw. Störer in diesem Fall wäre strafbare Körperverletzung.* (Wie gut diese Typen doch die Klassenjustiz kennen! - Anm. AK). *Es ist nur darauf zu achten, daß die angewandte Gewalt nicht größer ist als unbedingt erforderlich*". In der Praxis sah das dann so aus: In größeren Trupps kamen die Rechten auf die streikenden Studenten zu und pöbelten: „Dich zeig ich an. Du hast mich geprügelt. Die anderen hier habens auch gesehen."

Die Zusammenarbeit zwischen Bullen und Rechten war offensichtlich. So holten sie die Bullen, nachdem ihnen eine Fototasche abhanden gekommen war, weil sie streikende Studenten fotografiert hatten, zeigten willkürlich auf einen Studenten, den die Bullen dann auch festnahmen. Der Student muß mit Anklage wegen „Raubes" rechnen. (Er ist inzwischen wieder freigelassen worden.)

Dennoch ist damit zu rechen, daß die nächsten VVs zumindestens an den drei größeren Hochschulen den Streik abbrechen. Es stellt sich jetzt schon die Frage, was der Streik gebracht hat, und wie es weitergehen soll.

### Erfolge des Streiks

Einige Forderungen der Studenten wurden teilweise erfüllt. Der Prof. Bauer und Assistenzprof. Rothe, beide wegen Wahlaufrufunterzeichnung zugunsten der Gruppe „KPD" mit einem Disziplinarverfahren belegt bzw. entlassen, werden weiterbeschäftigt. An diesen beiden Fällen hatte sich der Streik der Germanisten im November entzündet, ihre beiden Namen standen stellvertretend für eine Reihe weiterer Verfahren gegen linke Hochschullehrer vor allem an der FU. Bauer erhielt „nur" eine Geldstrafe von der überwiegend mit Senatsvertretern bestückten Personalkommission der FU. Damit ist allerdings das drohende Berufsverbot noch nicht endgültig abgewendet.

Einen Tag später, am 20.1., erhielt Rothe, der im Oktober entlassen worden war, nach einem Urteil des Arbeitsgerichts einen neuen 2-Jahresvertrag.

Zuvor schon wurden die beiden verhafteten Studenten, Christoph

Rothe, der im Oktober entlassen worden war, nach einem Urteil des Arbeitsgerichts einen neuen 2-Jahresvertrag.

Zuvor schon wurden die beiden verhafteten Studenten, Christoph

und Peter, aufgrund der großen Solidarität unter Studenten und Hochschullehrern wieder freigelassen, Christoph allerdings erst, nachdem die Dozenten am OSI 10000 DM Kaution gestellt hatten. Beide sollen im März vor Gericht gestellt werden.

Der Streik war in seinen Forderungen aber weit über diese konkreten Fälle hinausgegangen, hatte sich gegen alle Formen der politischen Unterdrückung, insbesondere gegen diePraxis der Gesinnungsschnüffelei gewandt. Es war allerdings von vornherein klar, daß auch ein mehrmonatiger Streik diese Politik nicht zu Fall bringen kann. Als ein Erfolg kann herbei betrachtet werden, daß Löffler & Co. ihre arrogante Haltung vom Dezember aufgeben mußten, als Löffler noch großmäulig erklärte, *„niemand kann ernsthaft erwarten, daß diese ultimativen Forderungen erfüllt werden; denn der Senat von Berlin ist weder berechtigt noch bereit, die Rechtsordnung für Teile der Hochschule außer Kraft zu setzen"* (Löffler im „Tagesspiegel").

Der wesentliche Erfolg der Westberliner Kämpfe liegt u.E. allerdings in der Veränderung des politischen Klimas unter den Studenten selbst, sowohl direkt in Westberlin, als auch in der Ausstrahlung auf westdeutsche Hochschulen.

Die während des Streiks von allen Studenten praktizierte Solidarität, die zeitweise Begeisterung und der Einfallsreichtum, mit dem der Streik getragen wurde, die Organisierung des Streiks durch basisdemokratische Streikräte bis hin zum regionalen Streikrat, die Möglichkeit, gemeinsam militant Widerstand leisten zu können gegen die alltägliche Unterdrückung - alles dies sind Erfahrungen, die den Streik überleben werden.

Auch im Januar gingen die Westberliner Studenten über die einfache Verweigerung des Lehrveranstaltungsbesuchs hinaus und spitzten von sich aus die Konfrontation an einigen Stellen zu. So wurde der Akademische Senat gesprengt, als er sich anschickte, Richtlinien für die Scheinvergabe zu erarbeiten. Lämmert zog sich daraufhin mit seinen Getreuen in eine Privatwohnung zurück, um dort seine provokatorischen Richtlinien zu verabschieden, nach denen eine Scheinvergabe nur bei Besuch von 75% der Seminarstunden möglich sein soll.

Dem Fachbereichsrat Jura erging es nicht besser, als er Ordnungsmaßnahmen gegen Studenten guthieß - ein Teil bot plötzlich ein farbenfroheres Bild als vorher.

Insgesamt nahm jedoch die Beteiligung von Studenten an solchen direkten Widerstandsaktionen wie auch die Häufigkeit solcher Aktionen im Vergleich zum Dezember ab. Die „Streikmüdigkeit" schlug sich auch hier nieder.

Für einen großen Erfolg halten wir dennoch die Tatsache, daß sich die Westberliner Studenten im Januar noch einmal entschlossen, die Streikaktionen fortzusetzen. Insofern steht die Westberliner Studentenbewegung weiterhin als Vorbild für die gesamte Studentenschaft.

### Lehren der Westberliner Streiks

Der Senat hat aus den Dezemberaktionen gelernt und im Januar „flexibler" reagiert. Zwar verschärfte Löffler einerseits seine Drohungen, das Semester abzuerkennen und Streikräte vor Gericht zu stellen, konnte dies sogar relativ ungehindert auf der FU-VV am 17.1. vortragen, andererseits heuchelte er öffentlich „Verständnis" für die Studenten, um eine weitere Eskalation zu vermeiden. Dem Senat geht es kurzfristig darum, den Streik zu beenden, wieder Ruhe an den Hochschulen zu schaffen. Langfristig zerbrechen sich die bürgerlichen Politiker den Kopf, wie ein Neuaufflammen der Studentenbewegung verhindert werden kann. Die Überlegungen der Studenten müssen genau in die entgegengesetzte Richtung gehen; wie ein Wiedereinkehren der Ruhe an den Hochschulen verhindert werden und eine Weiterentwicklung der Studentenbewegung geschaffen werden kann. Die öffentliche Auseinandersetzung hierüber ist in Westberlin ( und anderswo) bisher noch nicht sehr weit gediehen.

Die Großveranstaltung des regionalen Streikrates am Tage vor der ersten FU- und PH-VV dieses Jahres, vor Weihnachten als „Mobilisierungsveranstaltung" für die Wiederaufnahme des Streiks beschlossen, leistete überhaupt keinen Betrag dazu. Die inhaltliche Ausgestaltung der Veranstaltung wurde in den Weihnachtsferien weitgehend dem KSV überlassen, der es natürlich verstand, Anhänger seiner Richtung als „Betroffene" an zentraler Stelle der Veranstaltung zu plazieren. Eine Diskussion darüber, wie es weitergehen soll, fand nicht statt. Vorherige Anträge der SSB-Genossen und anderer , auf der Veranstaltung eine Diskussion um das weitere Vorgehen zu führen, wurden sowohl im regionalen als auch in den Hochschulstreikräten abgelehnt. Dennoch werden auch die anderen Studentengruppen nicht daran vorbeikommen, ihre Perspektive für das weitere Vorgehen vorzulegen, wie das der SSB bereits getan hat ( siehe „Solidarität-Extra", Beilage zu AK 96).

**Nach Berichten des SSB Westberlin**

## Münster: Die Linke wird stärker

Münster: Die Linke wird stärker

25.000 DM Zwangsgeld gegen den AStA, Erpressung zweier Fachschaftsräte, Berufsverbote, Büchertischverbote und viele kleinere Schikanen haben auch in Münster das Faß zum Überlaufen gebracht. Zwei Tage Streik, der ansatzweise auch die rechten Fachbereiche erfaßte, war die Antwort der Münsteraner Studenten.

Eine von Institutsgruppen (Spontis) und KB-Sympathisanten gemeinsam organisierte Veranstaltung mit „Aktivisten" aus Westberlin, Hamburg, Göttingen und Bochum unter dem Motto „Von anderen Unis lernen!" war mit annähernd 200 Teilnehmern gut besucht.

Der MSB (zusammen mit SHB und Jusos im AStA), der sich zunächst unerhört radikal gebärdete, demobilisierte schon während des ersten Streiktages nach Kräften. So bauten sie schon um 16 Uhr die Streikzentrale im Schloß ab und pöbelten in einem Flugblatt die Linken an. Auf der Uni-VV am Freitag, den 21.1., dem zweiten Streiktag wurde vom MSB dann nur noch abgewiegelt. Jetzt müsse man die Bewegung verbreitern und dazu eine Urabstimmung durchführen. Die Linken dagegen wollten sofort weiterstreiken, unterlagen aber mit 565 : 718 Stimmen. Die Urabstimmung konnte der MSB schließlich nur noch mit e i n e r Stimme Mehrheit durchsetzen. Gemessen daran, daß zuvor jahrelang totale Ruhe an der Uni geherrscht hatte, ist das schon ein beachtliches Ergebnis.

Der Streik wird dennoch an einigen linken Fachbereichen (Pädagogik, Germanistik usw.) weitergeführt - entgegen dem Willen des MSB, der zwar auch an diesen Bereichen die Fachschaftsräte stellt, aber glatt von der Bewegung überrannt wurde.

Wenn die Linken den Einfluß von MSB und Jusos auch auf Uni-Ebene noch weiter zurückdrängen wollen, müssen sie allerdings zu einer kontinuierlichen Zusammenarbeit, die die Auseinandersetzung um die verschiedenen Vorstellungen einschließt, kommen. Insbesondere sollte dabei für die nächste SP-Wahl eine linke Bündnisliste aufgebaut werden. Wenn das gelingt, wird sich die spontane Bewegung stabilisieren lassen, und die Talfahrt von MSB und Jusos würden dann auch kein Uwe Knickrehm (VDS-Vorstand) und auch kein Gerd Mahnke (AStA Hamburg) mehr aufhalten (beide MSB), die diesmal zur Unterstützung ihrer in Bedrängnis geratenen Genossen angereist waren.

## So soll es sein

### AStA unterstützt Brokdorffahrt

Am 12.1. beschlossen die Sozialistische Basisgruppe Clausthal (SBC), Jusos, SHB, KSB und Teile des LHV gegen die Stimmen des RCDS und SLH im Studentenrat der TU Clausthal, daß der AStA die Busfahrt zur Demo am 19.2. in Brokdorf organisiert und zum großen Teil auch finanziert. Dieser Antrag wurde von der SBC gestellt. In einer längeren Diskussion über den Bau von KKW's kam der offen reaktionäre Standpunkt des RCDS wieder einmal voll zur Geltung: *„Bau von Kernkraftwerken ist richtig"*, *„Lieber eine Tränengasbombe mehr gegen Linksextremisten als eine zu wenig"*, und ähnliche Sprüche mehr kamen von diesen Vögeln. Der RCDS kündigte auch an, gegen die Beschlüsse des Studentenrates zu klagen.

Fordert eure ASten auf, die Demonstration in Brokdorf zu unterstützen!

**Ein KB-Sympathisant aus Clausthal**

# Vaterländler aufgescheucht

Eine halbe Seite widmet das Zentralorgan der „Partei Ernst Thälmanns", wie sich die Gruppe „KPD" gerne nennt, die „Rote Fahne", in ihrer jüngsten Ausgabe (3/77) dem Eingreifen der KB- und SSB-Genossen in die Westberliner Studentenkämpfe, und fördert dabei Ungeheuerliches zu Tage.

Schon der Titel – *„Der KB-Nord (?) – ein gefährlicher Feind in den Reihen der Studenten"* ehrt uns, denn erstens werden mit diesem Attribut vom KSV für gewöhnlich diejenigen bezeichnet, die sich als aufrichtige und ehrliche Linke an den Studentenkämpfen beteiligt haben (in Westberlin bezeichnet der KSV die Spontis und insbesondere das „Aktionskomitee gegen die Berufsverbote" gern mit diesem Titel, wobei der feine Unterschied zu beachten bleibt zum Titel „gefährlichster Feind", der derzeit noch den Revisionisten vorbehalten bleibt).

Zweitens deutet er darauf hin, daß wir mit unserer Politik dem KSV in die Quere gekommen zu sein scheinen, was auch durchaus in unserer Absicht lag.

Besorgt stellen die Vaterländischen fest, daß *„der KB-Nord bundesweit seine Anstrengungen verstärkt, sich besonders unter den Basisgruppen als ‚links' zu profilieren, durch pseudoradikale Sprüche den ‚Sesselhockern im VDS-Vorstand Feuer unterm Arsch zu machen' und sich zum spiritus rector (lenkender Geist – Anm. Brockhaus) einer neuen Studentenbewegung zu erklären"* („Rote Fahne" 3/77 – alle folgenden, nicht näher bezeichneten Zitate stammen ebenfalls aus diesem Artikel). Als besonders durchtriebenen Plan entlarvt der KSV die Göttinger Konferenz, zu der der AStA der Uni Göttingen (der sich in der „Roten Fahne" als Teil der *„vereinigten Führung der ‚KB-Bündniskommission' "* sicher unschwer wiedererkennt) ASten und Streikräte aus Westberlin, Hamburg, Bochum, Frankfurt, Bremen, Tübingen eingeladen hatte, um über eine gemeinsame Fortführung der Kämpfe vom November/Dezember im Januar zu beraten.

Zwar stellt die „RF" einerseits erleichtert fest, daß es *„ihm (dem KB) dort nicht gelang, fortschrittliche Kräfte für seine Unternehmungen zu instrumentalisieren"*, warnt aber gleichzeitig, daß die als *„bundesweite ‚Anti-VDS-Aktivitäten' "* näher spezifizierten *„Unternehmungen* ...(gerade angesichts des offensichtlichen Zerfalls der KBW-Hochschulorganisationen) *ernst genommen werden"* müssen. Fürchtet der KSV, von uns um seinen Erbanteil des KBW-Nachlasses gebracht zu werden? Wir sind nicht scharf darauf!

Doch es geht dem KSV um mehr. *„Ein wahrer Meister ist der KB-Nord in der Kunst des ‚Unterwanderns' – dafür war die Streikbewegung überzeugender Beweis. Als sog. ‚Unorganisierte' sickerten KB-Leute in Basisgruppen und Streikinitiativen ein, traten auf VVs gegen ‚Parteiladenpolitiker' auf und drehten fleißig mit an der Hetze gegen die ‚Organisierten' ... Die KB-U-Boote (waren) bestrebt, sich als die ‚am meisten Unorganisierten' hervorzutun, in Basisinitiativen und Streikräten ihre Tiraden gegen die ‚K-Gruppen' anzustimmen und die politische Stoßkraft der Streikfront von innen heraus zu zersetzen".*

Zwar hören wir es natürlich gern, wenn nach dem Verfassungsschutz jetzt auch der KSV – wenn auch mit unverkennbar neidvollem Unterton – uns die Unterwandermeisterschaft zuspricht, doch halten wir das gewählte Beispiel eher für ein Gesellenstück, denn für einen wahren ren Beleg unserer Meisterschaft. Ebensowenig übrigens, wie die Klage ihrer Hamburger „Partei"-freunde, der KB habe die Anti-KKW-Bewegung unterwandert (womöglich mit KB-Atom-U-Booten?). Letztlich sind doch solche Projekte für die Erprobung neuer Einsickermethoden denkbar zu kleine Hindernisse für wahre Meister.

Da auch die Unterwanderung der Russell-Foundation durch den KB bekanntlich fast abgeschlossen ist und ein ähnliches Vorhaben mit den DKP-Berufsverbotekomitees wenig lustvoll zu sein verspricht, hat der KB seit einiger Zeit seine Experten auf ein größeres Land des Fernen Ostens konzentriert, das wir hier aus Gründen der Konspiration nicht namentlich nennen wollen ....

Diejenigen Westberliner Kommilitonen, die sich weiterhin als „Unorganisierte" oder gar als „am meisten Unorganisierte" öffentlich vorstellen, seien durch die „Enttarnung" des KSV gewarnt. Sie sollten sich einen neuen Titel zulegen, wollen sie sich nicht weiterhin dem Verdacht aussetzen, ein KB- oder SSB-U-Boot zu sein.

Die größte Sorge des KSV gilt jedoch unseren bescheidenen Ansätzen, uns mit seiner Politik auseinanderzusetzen. *„Wo immer er (der KB) konnte, war er bestrebt, den KSV zu diffamieren und zu bekämpfen"*. Zuviel der Ehre. Wir sind im Gegenteil der Meinung, daß wir den KSV noch viel zu sehr in Ruhe gelassen haben. Die (freilich zu optimistische) Einschätzung des KSV, *„seine (des KB) sämtlichen Versuche, in Westberlin, den KSV zu isolieren, scheiterten"*, begreifen wir jedoch durchaus als Kritik an unserer Arbeit.

Nachdem der KSV in den letzten beiden Jahren mit seiner Wendung zur Vaterlandsverteidigung von der ehemals bedeutendsten linken Studentenorganisation in Westberlin (links von den ADSen/SEW) zur lautstarken, aber isolierten Sekte verkommen war – Höhepunkt seiner provokatorischen Aktivitäten war der Überfall mit Eisenstangen und Knüppeln bewaffneter KSVler auf eine GIM-Veranstaltung –, gelang es einer Reihe von KSVlern während des Streiks, sich als „ehrliche Kämpfer" gegen die politische Unterdrückung zu präsentieren. Sie verzichteten in Streikräten und auf VVs auf ihre üblichen „Sozialimperialismus"-Tiraden, unterstützten richtige Vorschläge und Resolutionen von Streikräten, um dann hinterher in ihren Flugblättern und in einer Auswertungsbroschüre voll vom Leder zu ziehen.

Dort können die Studenten plötzlich lesen, daß ihre wesentlichen Forderungen und Parolen gerade die des KSV gewesen sind, daß der Kampf sich z.B. hauptsächlich gegen die „politische Unterdrückung in der DDR und BRD" richtete. Ziemlich dick aufgetragen ist freilich die Lüge der „Roten Fahne": *„als diese Losungen durchgesetzt waren, steckte sie sich der KB an seine Fahnen"*, was für *„eine Organisation ..., die – wie kaum eine andere – das Ziel verfolgt, die demokratische Studentenbewegung wieder an den modernen Revisionismus heranzuführen"*, eigentlich auch in den Augen des KSV ein schreiender Widerspruch sein müßte.

In einem weiteren Flugblatt bezeichnete der KSV Berufsverbote gegen SEWler als *„Machtkampf zwischen Reaktionären"*, bei dem *„es sich nicht um politische Unterdrückung"* handele. Daß die KSVler von den Linken – Unorganisierte, Spontis und KB – nicht zur Distanzierung von solchen provokatorischen Aussagen gezwungen wurden, sondern im Gewande des Biedermanns weiter in den Initiativen arbeiten konnten, halten wir für einen schweren Fehler. Solange der KSV auf die Angst vor dem „Hickhack" mit Organisationen spekulieren kann, was durch sein eigenes abstoßendes Auftreten auf VVs hervorgerufen wird, solange wird es auch immer wieder vorkommen, daß der KSV positive Ansätze der Linken zerstören kann, wie es z.B. mit der Großveranstaltung des regionalen Streikrats Westberlin geschah. Diese Veranstaltung, vor Weihnachten als Auftakt für die Wiederaufnahme des Streiks an allen Hochschulen geplant, degenerierte fast vollständig zu einer „KPD"-Veranstaltung, weil der KSV es verstanden hatte, in den Weihnachtsferien die Veranstaltung so vorzustrukturieren, daß eine ganze Latte von „KPD"lern als „Betroffene" den politischen Inhalt der Veranstaltung mit ihren vaterländischen Thesen prägten. Als „Mobilisierungsveranstaltung" war das Ergebnis nicht mehr zu bezeichnen.

Der KSV kann sicher sein, daß wir unseren Teil dazu beitragen werden, diese Politik zu bekämpfen, weil sie um keinen Deut besser ist, als seine alte, offen provokatorische Politik der vergangenen Semester. Die Linke an den Westberliner Hochschulen, die sich in den Streikkämpfen der vergangenen Monate sehr gestärkt hat, müßte ja vom Teufel geritten sein, wollte sie zulassen, daß eine Organisation wie der KSV, die in Worten immer die „Aktionseinheit von Demokraten und Kommunisten" propagiert, in ihren Schriften aber klarstellt, wen sie alles nicht zu den „Demokraten" zählt (angefangen bei den Revisionisten der ADS/SEW über „AK", UStA, Spontis, GIM bis hin zum KB – also fast die gesamte Linke!), sich wieder in Westberlin breitmacht.

**Zentrale U-Boot-Kommission des KB**

## „Was lange gärt, wird endlich Wut"

Bremen. *„Was lange gärt, wird endlich Wut."* Unter diesem Namen kandidiert bei den Studentenratswahlen an der Universität eine linke alternative Liste, die angetreten ist, den bisherigen AStA aus MSB und SHB zu stürzen und den rasanten Fall der noch stärksten Studentenratsfraktion, KSB/KBW, zu beschleunigen.

Entstanden ist die Liste vor allem aus den Auseinandersetzungen in diesem Semester. Während unter „Führung" von MSB/SHB der Streik an der Uni gegen das Bremer Hochschulgesetz einzuschlafen drohte, entschloß sich eine Gruppe von Studenten zur Besetzung des Mehrzweckhochhauses der Uni. Nach dieser Besetzungsaktion gelang es, auf der nachfolgenden Uni-VV die Versammlungsleitung abzuwählen und ansatzweise Leben und Diskussionsmöglichkeiten in die Vollversammlung zu bringen. Ihre Haltung zu dieser Aktion, die entscheidenden Anteil am weiteren Verlauf der Auseinandersetzungen um eine linke alternative Politik hatte, beschreibt die Liste so: *„Daß wir es mit dem Widerstand ernst meinen, hat die MZH-Aktion gezeigt (daß nicht alle Kandidaten an der MZH-Besetzung teilgenommen haben, versteht sich schon aus juristischen Gründen)"*.

Der Besetzungsaktion Anfang Dezember folgten die Treffen Beteiligter und weiterer Interessierter, die am Jahresanfang 1977 Bereichsbasisgruppen gründeten. An den Basisgruppenplenen nahmen bis zu 150 Studenten teil. Seit Anfang Januar wurden intensive Auseinandersetzungen um eine Wahlbeteiligung geführt. Ein Teil der Basisgruppe hielt eine Kandidatur für verfrüht angesichts der kurzen Zeit der Konstituierung der Basisgruppe. Auf der entscheidenden Sitzung am 19.1., einen Tag vor Listeneinreichungsschluß, wurde zunächst eine Kandidatur als Basisgruppe abgelehnt, da die vorher verabredete 2/3 Mehrheit nicht zustandekam ( es gab allerdings eine einfache Mehrheit für eine Kandidatur). In einer zweiten Abstimmung sprach sich die Mehrheit gegen einen aktiven Wahlboykott aus, und ein Teil der Basisgruppenmitglieder entschloß sich zur Kandidatur. Die Liste umfaßt insgesamt 28 Mitglieder, die sich in ihrer Selbstdarstellung vorstellen als: *„Mitglieder der Basisgruppen. Einige von uns sind gleichzeitig Mitglieder anderer Organisationen (Unruhegruppe, KB)"*, vorstellen.

Die Wahlen an der Uni laufen vom 24.1. bis zum 28.1.

**KB/ Gruppe Bremen**

# Streik gegen Ausländerfeindlichkeit

Der Protest gegen die Schließung des Kieler Studienkollegs für ausländische Kommilitonen manifestierte sich am 13. und 14. Januar in einem Streik der Studenten der Kieler Uni. Nahezu der gesamte Lehrbetrieb wurde lahmgelegt. Erstmals seit dem „Maulkorb-Streik" im Jahr '75 griffen die Studenten auch wieder zu militanteren Formen des Protests:

### Bullen raus aus der Uni ! Eintopf für Kaltefleiter !

Am Montag, 10.1., war in der Mensa der Teufel los. Auf dem Weg zum Uni-Präsidium, das in der Woche zuvor die Urabstimmung für Streik verboten und „Ordnungsrecht" gedroht hatte, erwischten etwa 100 bis 150 Studenten die Präsidiumsmitglieder Kaltefleiter und Neumann in der Mensa. Die Herren wurden eingekeilt. In der berechtigten Annahme, daß sie zum Essen gekommen waren, spendierten die Studenten Kaltefleiter einen Eintopf: *„Ein Löffel für die CDU – ein Löffel für die USA ..."*. Während der Aktion wuchs die Zahl der beteiligten Studenten zeitweise auf das Doppelte. Inzwischen hatte ein reaktionärer Verbindungsstudent die Bullen alarmiert, die Minuten später mit zehn Mann hoch eintrafen. Nun ging's erst richtig los. Sie versuchten Kaltefleiter und Neumann rauszuholen, aber hatten sich verrechnet. Spontan wurden Ketten gebildet und die Bullen auf die Mensa-Treppe zurückgedrängt, Gummiknüppel erobert, Polizeimützen flogen durch die Mensa. Einem etwas verwirrten Bullen gab man die Mütze freundlicherweise zurück – er stülpte sie dankbar aufs Haupt, übersehend, daß in der Mütze Grütze, nämlich Quark (mit Früchten), klebte. Wohl bekomms! Auch Kaltefleiter steckte bei dieser Gelegenheit den ganzen Kopf in die Schüssel. Da bei derartigen Manieren die Autorität leidet, bekam er von mitfühlenden Studenten eine Bullenmütze verpaßt, sah aber immer noch nicht glücklich aus.

Wenig später traf Bullenverstärkung ein. Rücksichtslos prügelten sie sich zu Neumann und Kaltefleiter vor und brachten sie unter Polizeischutz aus der Mensa. Dabei wurden Kommiliton(inn)en die Treppe runtergezogen, auf bereits am Boden liegende eingeschlagen. Eine Studentin wurde so schwer am Kopf verletzt, daß sie in die Klinik gefahren werden mußte (Einsatzleiter bei der Sauerei war der aus Brokdorf bekannte Hauptkommissar Viehweg!).

### Besuch beim Studienkolleg

Mittwoch, 12.1.: Nach der Streik-Vollversammlung, die wieder von über 1.000 Studenten besucht war, zogen etwas weniger als 200 Studenten spontan zu einem Solidaritätsbesuch bei den ausländischen Kommilitonen im Studienkolleg. Die Stimmung war so hervorragend, daß der Lehrbetrieb im Studienkolleg zeitweise abgebrochen werden mußte. Zum „Empfang" der Demonstranten standen außerdem 50 behelmte und beknüppelte Bullen, die die Studenten auf dem Hof des Studienkollegs mit gezücktem Knüppel einkesselten und die Studenten aufforderten, den Demonstrationszug aufzulösen. Nach anfänglichen Auflösungserscheinungen sammelten die Studenten sich wieder auf dem Rückweg zur Uni als Demonstrationszug.

### Der Streik

Inzwischen lag das Ergebnis der Urabstimmung vor: knapp unter 4.000 Studenten hatten sich für Streik entschieden (3.200 Ja-Stimmen waren nach der studentischen Satzung erforderlich). Das Uni-Präsidium hatte inzwischen den Streik für „rechtswidrig" erklärt, ein zweites Mal mit „Ordnungsrecht" gedroht und zur Einschüchterung einige Bullenwagen auf dem Uni-Gelände postiert.

Trotzalledem wurde der Studienbetrieb von den Studenten weitgehend lahmgelegt; nur wenige Vorlesungen mit z.T. zwei bis drei Streikbrechern aus RCDS-Kreisen, die sich samt Professoren in die Vorlesungsräume eingeschlossen hatten, konnten stattfinden: Andere Vorlesungen etc. wurden „hochgenommen", wobei die Studenten vielfältige „Techniken" an den Tag legten:

Im Fachbereich Geschichte z.B. versuchte der Prof. in seinem Sprechzimmer mit einigen Studenten sein Seminar durchzuziehen. Etwa 50 weitere Studenten sorgten hier durch laute Diskussion, Sprechchöre, Musik und „Verdunkelung" für eine prächtige Stimmung in diesem „Seminar".

Eine Mathe-Vorlesung mußte „ausfallen", weil ein Projektorkabel zufällig verschwunden war.

Geschlagene fünf Stunden besetzten etwa 50 bis 60 Studenten ein Bio-Chemie-Praktikum, um den Prof. zum Abbruch des Praktikums zu zwingen. Die Durchführung des Praktikums war ohnehin nicht gegeben, weil die Kommilitonen in Diskussionen verwickelt wurden, der Strom zeitweilig ausfiel, Streiklieder gesungen wurden. Zuguterletzt mußten die Studenten auch noch dem Prof. in seinem Hinterzimmerchen auf den Pelz rücken, der sich hierhin verzogen hatte, um Streikbrecher-Testate zu geben.

Diese Beispiele zeigen, daß entgegen allen Theorien, die Studenten seien „entpolitisiert", „erschreckend passiv" (Jusos), bla bla ..., ein großer Teil der Studenten sehr wohl bereit ist, trotz Einschüchterung und Drohung „auf die Barrikaden gehen" ... und das auch, nachdem über drei Semester lang kein Streik an der Kieler Uni gelaufen ist.

Wir haben die Erfahrung gemacht, daß nicht zuletzt die unmittelbaren Erfahrungen und Konfrontationen mit Einschüchterungsversuchen reaktionärer Profs., mit Drohungen des Präsidiums und dem Polizeieinsatz in der Mensa zur Radikalisierung vieler Studenten beigetragen haben, darunter auch Studenten, die bislang nicht direkt an Aktionen beteiligt waren. So wuchsen denn auch die Störtrupps schon am ersten Streiktag von anfangs teilweise fünf bis sechs Studenten auf über 40 an.

An der Sprengung des erwähnten Bio-Chemie-Praktikums am zweiten Streiktag beteiligten sich zeitweise sogar über 70 Studenten! Auch hier wurde die Erfahrung gemacht, daß der Versuch, durch Abstimmungen die Vorlesungen sozusagen nach Juso-Konzept „friedlich" zu „sprengen", sinnlos war, denn so blieben die Studenten dem Druck des Profs. völlig ausgeliefert.



Stur, wie Bürokraten nun einmal sind, lehnte Kaltefleiter den ihm angebotenen Eintopf ab

### Jusos, schlimmer denn je

Gerade diese Aktionen wurden ohne die Jusos (die den AStA stellen!) durchgeführt, es sei denn, daß mal einer von ihnen so „zum Gukken" anwesend war oder um die „Störer" zur Räumung der Vorlesung zu veranlassen (wie in einem Medizinerpraktikum), damit alles seinen „friedlichen Gang" gehen konnte. Ansonsten verkrochen die Jusos sich im AStA-Büro, um den Streik zu „leiten", was niemand bemerkte (so toll war die Streikleitung).

Die Streikleitung des AStA bestand im wesentlichen darin, die Streiktage selbstherrlich fürs Wo-

Fortsetzung Seite 42

Forts. von S. 41

chenende anzuordnen, um „wochenendfrei" zu geben. So plauderte AStA-Mitglied Randl auf einer Fachschaftsvertreterkonferenz, solche „Tricks" seien eben nötig, um eine „höhere Streikbeteiligung" vortäuschen zu können!!! In diesem Kontext sei auch der MSB erwähnt, der doch gefordert hatte, man solle sofort bei Erreichung der ausreichenden Ja-Stimmen in den Streik treten. Versuchte der MSB also v o r dem Streik die Entfaltung der studentischen Kämpfe nach Kräften zu sabotieren – so beeilten sich die Revisionisten angesichts breit getragener radikaler Streikaktionen noch schnell auf den fahrenden Zug zu springen, um den Anschluß an die rollende Studentenbewegung nicht zu verpassen: Heuchlerisch meldete der MSB folglich nach dem Streik: *„Ein Fehler, den auch wir nicht sofort erkannt haben, war sicher, den Streik ans Wochenende zu legen".* (Auch so kann man die Studenten für blöd verkaufen!)



Etwas bekleckert sah Univize Kaltefleiter nach der „Diskussion" in der Mensa aus

Ursprünglich propagierten die Jusos sogar, die Studenten sollten auf einen Streik verzichten; sie seien ohnehin „entpolitisiert"! Na ja, der Streik hat das Gegenteil bewiesen. Desto intensiver versuchten die Jusos auch nach dem Streik, diese Lügen unter die Leute zu bringen, in der Hoffnung, irgendwas wird schon hängenbleiben: *„Andererseits ist es aber kaum gelungen, an Stelle der bestreikten Lehrveranstaltungen Diskussionen über das Studienkolleg und über den Streik in Gang zu setzen. Ein großer Teil der Studentenschaft war leider erst gar nicht in die Uni gekommen. Die, die kamen, verdrückten (!) sich wieder ... Dies liegt neben der nicht allerbesten (!) Vorbereitung des Streikes durch den Streikrat wohl hauptsächlich an der erschreckenden Passivität der Studenten"*!!! (Zitat „Juso-Press")

Diese Schweinereien dienten dann noch als Rechtfertigung in der Woche nach dem Streik, den Studenten eine weitere VV zu verwehren. Gleichzeitig setzten die Jusos in der ganzen Zeit die antikommunistische Dreckschleuder in Gang: Jede eigenständige Aktion der Studenten wie Streikversammlung, Go-Ins zum AStA, Mensa-Diskussionen etc. und die Kaltefleiter-Aktion seien eben *„politisch sinnlose Aktionen der K-Gruppen"*, die ohnehin nur drauf aus seien, „Wahlpropaganda" zu machen. Oder: Die KB-Studenten seien sowieso „Neurotiker", denen die Jusos gern einen Krankenwagen besorgen würden, um sie in die Heilanstalt zu fahren!!!

Aber genau solche eigenständigen Aktionen haben letztlich neben den Sprengungen der Vorlesungen während des Streiks dazu beigetragen, die Zahl der aktiven Studenten zu verbreitern. Und so soll's weiter gehen – auch ohne die Jusos!

**Studenten im KB**
**KB/ Gruppe Kiel**

# Die Schwierigkeiten des Basisgruppen-Chefs mit den Basisaktionen

Am 15./16.1. fand in Dortmund ein VDS-Bundesastenseminar unter dem Thema *„Aktionen im Wintersemester 76/77 und Perspektiven der studentischen Kämpfe"* statt. Schon allein daß ein solches Treffen zwischen den jährlich stattfindenden Mitgliederversammlungen einberufen wurde, ist ein absolutes Novum in der Geschichte der VDS. Bisher langte eine Sitzung pro Jahr, um den gesamten „Fahrplan" für die weiteren Semester festzulegen. Diese plötzliche „Bereitschaft" kann man sich freilich daher erklären, daß dem VDS-Vorstand die Entwicklung der Aktionen in diesem Semester aus den Händen geglitten ist und er seine Bereitschaft zur Diskussion mit der Basis dokumentieren wollte. Geschickterweise wurden denn auch der Basisgruppenvertreter im Vorstand vorgeschoben, der das Hauptreferat hielt, mit dem die Weichen für die nächsten Semester gestellt werden sollten. Das ist eben die „Arbeitsteilung" in den VDS....

Wer allerdings erwartet hatte, daß konkret diskutiert werden sollte, wie noch in diesem Semester die Aktionen fortgeführt werden können, der sah sich getäuscht. Schon im Einladungsschreiben wurde ausdrücklich darauf hingewiesen, daß dieses Seminar lediglich der „Reflexion" dienen sollte, Beschlüsse könnten ohnehin nicht gefaßt werden!

Hervorstechend in dem Beitrag des Basisgruppenvertreters war, daß er *„die Aktionen der Studenten im Rahmen der VDS-Aktionstage"* als großen Erfolg bejubelte, ohne auch nur mit einem Wort zu erwähnen, daß die Basisgruppen auf einer Fraktionssitzung im November noch ausdrücklich die von MSB und SHB gewünschten Aktionstage a b g e l e h n t hatten. Daher kam er auch nicht auf den Gedanken, daß die stattgefundenen Aktionen in erster Linie durch konsequente linke Kräfte an den einzelnen Hochschulen herbeigeführt wurden, und zwar unabhängig bzw. sogar g e g e n die „Aktionstage"-Strategen der VDS – eine für einen „Basisgruppenvertre-

hängig bzw. sogar g e g e n die „Aktionstage"-Strategen der VDS – eine für einen „Basisgruppenvertre-

ter" schon kaum noch zu verzeihende „Vergeßlichkeit"! Stattdessen ergoß er sich in Bewunderungen darüber, daß *„die Aktionseinheit der Linkskräfte an den Hochschulen – trotz nach wie vor bestehender Differenzen – einen Schritt"* vorangekommen sei. Diese Formulierungen kennen wir sonst allein von den Revisionisten (die damit allerdings allein die Zusammenarbeit zwischen MSB/SHB und Jusos meinen) – und sie entsprechen auch nicht der Wahrheit. Denn weder hat es in diesem Semester einen gemeinsamen Aufruf des VDS-Vorstandes gegeben, noch hat es in den Aktionen eine zunehmende Einheit gegeben. Im Gegenteil hat sich z.B. in Westberlin gezeigt, daß die Streikaktionen gegen den Willen der ADSen (SEW-Studenten) durchgedrückt werden mußten, an anderen Hochschulen (Kiel, Hannover) versuchten die Jusos, mit all ihrem Einfluß die Aktionen zu verhindern.

Und nicht zuletzt ist auch in der Basisgruppenfraktion selbst eine weitere Polarisierung eingetreten, die sich insbesondere an der Diskussion um den VDS-Aufruf und die Aktionstage festmachte. Während die Vertreter des bayrischen KHB weiter an ihrem Kurs, auf Biegen und Brechen eine Einheit mit dem MSB herzustellen, festhielten, lehnte die überwiegende Mehrheit der BG diesen Kurs ab.

Auf den eigentlichen Punkt, die politische Radikalisierung der Auseinandersetzung, verbunden mit militanten Aktionen gegen die reaktionären Institutionen (siehe SOLIDARITÄT-EXTRA, Beilage zu AK 96) ging der Basisgruppen-Chef überhaupt nicht ein! Stattdessen hob er warnend den Zeigefinger, daß die *„Kampagnenpolitik, wie sie häufig in der Vergangenheit praktiziert wurde"* (von wem wohl?), *„auch die Auswirkung"* habe, *„im unreflektierten Aktionismus"* zu enden, *„in Aktionen um der Aktionen willen"*. Vor dieser „Gefahr" zu warnen, bleibt sonst MSB, SHB und Jusos überlassen, in der Angst um ihre „Bündnispartner". Heute als Hauptgefahr den „Aktionismus" herauszustreichen, geht an der Realität der bisherigen „Aktions"tage (= Papierkrieg!) vorbei und kann nur als Aufforderung zur Einstellung der Aktionen verstanden werden.

Um dieser „Gefahr" vorzubeugen, machte er sich auch gar nicht erst die Mühe, über die Weiterarbeit in diesem Semester zu diskutieren, sondern ging gleich zu den nächsten Semestern über. Besonders hob er dabei hervor, *„daß Aktionen nicht von den hier Anwesenden verordnet werden können..., sondern sich aus den Bewegungen an den Hochschulen entwickeln müssen."* Sehr „basisnah"! Und das muß ausgerechnet von Leuten kommen, die ansonsten nicht gerade Hemmungen gezeigt haben, vom grünen Tisch ten, an denen sie über maßgeblichen Einfluß verfügen, jede Mobilisierung abzublocken versuchten, ungeschoren blieben. Hatten die Jusos noch im Dezember z.B. in Kiel behauptet, „die Studenten seien für einen Streik nicht reif", mußten sie schon wenige Wochen später die Segel streichen, als eine VV gegen ihren Willen einen Streik beschloß.

Wir sind der Meinung, daß an der Basis, und das sind die Teile der Studentenschaft, die die Aktionen getragen haben, weiterhin eine große Bereitschaft besteht, den begonnenen neuen Kurs fortzusetzen. Dies wird aber – wie schon vor Weihnachten – nur in der Auseinandersetzung mit den Abwieglern und Bürokraten möglich sein. D.h. konkret, daß auf dem VDS-Seminar diejenigen im Kreuzfeuer hätten stehen müssen, die von vornherein alle Aktionen abblocken wollten (Jusos) oder die gesamte Bewegung weiterhin im Trott der „Aktions"tage halten wollen (MSB, SHB). Dieser Aufgabe ist der Basisgruppenvertreter im VDS-Vorstand (aber auch andere Vertreter dieser politischen Richtung) elegant (?) ausgewichen.

Leider muß festgestellt werden, daß diese Art von Anpassung an MSB und SHB nicht zum ersten Mal geschieht. Erinnert werden soll hier an die selbstherrliche Aktion eines Vorstandsvertreters der BGen, der einem VDS-Aufruf-Entwurf des MSB




aus völlig abgehobene „Aktionstage" zu verordnen, im Namen der Studentenbewegung Aufrufe herauszugeben, erfolgreiche Aktivitäten der Basis aufs eigene Konto zu verbuchen etc.

In Wirklichkeit war dies ein versteckter Angriff an die Adresse derjenigen, die – anders als die VDS-Vorständler (einschließlich des BG-Vertreters) – tatsächlich in der Bewegung gearbeitet hatten und aus diesen Erfahrungen den Schluß zogen, noch in diesem Semester weitere Streiks zu organisieren (z.B. AStA Göttingen).

So ist es denn auch kaum noch verwunderlich, daß namentlich nur der KBW, mit seiner verrückten Idee des sofortigen bundesweiten Streiks gegen das Bafög, angegriffen wurde, während die Jusos, die an allen Or- zustimmte, was dann fast einstimmig von der Fraktion wieder zurückgezogen wurde. Für die Basisgruppen drängt sich die Frage auf, ob sie einen solchen Kurs mitmachen und sich damit selbst zur Bedeutungslosigkeit verurteilen, oder ob sie auch im VDS eine Politik durchsetzen wollen, die sich an den fortgeschrittensten Aktivitäten und Kämpfen der Basis (Westberlin, Göttingen, Tübingen) orientiert.

P.S.: Wer nun einwendet, diese Rede sei dadurch zu „entschuldigen", daß sie im Namen des VDS-Vorstands gehalten wurde, der sei gefragt, seit wann sich „Basispolitiker" um solche Reden reißen – um der „Ehre" willen...?

# „...spar'n wir doch den Albrecht ein"

**Hildesheim.** Freitag, den 14. Januar betraten ca. 40 Studenten der Fachhochschule Hildesheim das „Ministerium für Wissenschaft und Kunst" in Hannover und betätigten sich künstlerisch: Innerhalb kurzer Zeit prangten die Wände und Türen voll mit roten Streikaufklebern und den Forderungen der Studenten. Bis auf die Hausmeister und die Beamten waren sich alle einig, so schön hat noch nie ein Ministerium ausgesehen! Während einige Studenten dem zuständigen Herrn eine Resolution überreichten, wurden auf Initiative einer Frauengruppe auf dem Flur Streiklieder gesungen: *„In den Schulen, an der Uni wütet jetzt das Sparschwein, wir machen einen guten Vorschlag, sparn wir doch den Albrecht ein."*

Anlaß für diese und andere Aktionen der Studenten war die Entlassung einer Lehrkraft am Fachbereich Kommunikationsgestaltung aus dem Bereich Satz und Druck. Die Entlassung der Lehrkraft wird mit der Weigerung des Lehrers begründet, die Zurückstufung in eine andere Gehaltsgruppe zu akzeptieren. Dies verlangt der zuständige Verwaltungsbeamte auf Anweisung des Rechnungshofes, weil der Lehrer für eine Dozentenstelle an der Hochschule nicht qualifiziert sei. Der Lehrer, seit 1972 an der Schule, strengt einen Arbeitsprozeß an.

Durch den Ausfall als Lehrkraft und Betreuer der Setzerei, Buch-, Offset- und Siebdruckerei entfallen allein für das 3. Semester 18 Pflichtstunden. Die Studenten, die in der Prüfung stehen, müssen ihre Arbeiten in einer Lohndruckerei machen lassen, da nun die schuleigene Druckerei für einige Zeit – mindestens ein halbes Jahr – geschlossen ist.

Angesichts dieser Mißstände und der sowieso fehlenden Lehrer beschloß der Fachbereich Kommunikationsgestaltung einen dreitägigen Warnstreik durchzuführen, der Fachbereich Sozialpädagogik schloß sich dem Streik an. Dort ist die Situation ähnlich: Neubewerbungen von Hochschullehrern werden verzögert und boykottiert, der Etat für Lehrmittel wurde gekürzt und Unterrichtsstunden von Lehrbeauftragten wurden gestrichen.

Ein Ergebnis des Streiks ist, daß sich in den nächsten Tagen die Vertreter der zuständigen Stellen zusammensetzen, um über eine Wiedereinstellung des Lehrers zu beraten. Sollte bei dem Gespräch nichts erreicht werden, sind im nächsten Semester weitere Protestaktionen von den Studenten zu erwarten.

**KB/Sympathisantengruppe Hildesheim**

# Bremen: Für einen linken AStA

Bei den abgelaufenen Studentenratswahlen haben die Linken an der Bremer Hochschule für Sozialpädagogik einen Sieg errungen. Die Möglichkeit, den bisherigen MSB/SHB-AStA nach fünf Jahren Amtszeit abzulösen, ist günstig.

Das Ergebnis:

| | Stimmen | in% | | Sitze | |
|---|---|---|---|---|---|
| MSB | 104(92) | 20,55 | (21,85) | 3 | (3) |
| Jusos | 85 (81) | 16,79 | (19,24) | 3 | (3) |
| LDK | 84 (86) | 16,6 | (20,43) | 3 | (3) |
| SO | 79 ( - ) | 15,61 | - | 2 | - |
| LAE | 75 (92) | 14,82 | (21,85) | 2 | (3) |
| SHB | 74 (64) | 14,62 | (14,96) | 2 | (2) |

in Klammern: Ergebnisse der letzten Wahlen.
LDK = Liste Demokratischer Kampf, Unorganisierte/KB
SO = Selbstorganisierte, Spontis
LAE = Liste Aktionseinheit, KSB/KBW und Unorganisierte

Zwar konnten sich die Revisionisten und Jungsozialisten aufgrund der gestiegenen Wahlbeteiligung leicht verbessern, eindeutiger Sieger aber sind die SO und die LDK, die einen freien Sitz und einen zusätzlichen Sitz der KBW-Liste erringen konnten. Die leichten Verluste der LDK erklären sich durch das Neuauftreten der Liste der „Selbstorganisierten", die beide zum Teil mit ihren politischen Vorstellungen einen identischen Kreis von Studentinnen und Studenten ansprachen.

LDK und SO haben sich zu einem gemeinsamen Vorgehen bei der AStA-Bildung entschlossen. Von den Jusos liegt eine Zusage vor, bei den anstehenden Verhandlungen einen AStA aus beiden Listen zu unterstützen.

**KB / Gruppe Bremen**

# AStA-Amtsenthebung

**Frankfurt:** Kurz vor Weihnachten setzte der Frankfurter Unipräsident Krupp (SPD) das Studentenparlament und den AStA ab. Anders als in Marburg im vergangenen Wintersemester beließ er beide kommissarisch im Amt, allerdings mit der Auflage, bis zum 7.1. einen Termin für Neuwahlen zu bestimmen. Anlaß für diese Amtsenthebung war eine Wahlanfechtung, der Krupp mit folgender Begründung nachgab:

– die Chemiestudenten, die zum Teil in Gebäuden außerhalb der Uni studieren, hätten sich nicht an der Wahl beteiligen können, da dort keine Urnen aufgestellt worden wären (Fakt ist, daß dies in den letzten Jahren noch nie geschehen ist)

– die Gruppierung „Liste unabhängiger Fachbereichsgruppen" sei auf dem Stimmzettel mit Anführungsstrichen versehen worden, womit der Anschein erweckt worden sei, sie seien nicht „unabhängig" (wie „unabhängig" diese Gruppen sind, zeigt das folgende Zitat aus ihrem Wahlprogramm: *„Keine Zweckentfremdung von AStA-Geldern für ideologische Auseinandersetzungen in der 3. Welt, Angola-Feste, Portugal-Solidaritätsveranstaltungen usw."*).

– in einem Wahllokal sei unzulässige Wahlpropaganda für die SHI (Frankfurter Spontis) betrieben worden, womit das Herumliegen der Studentenzeitung „diskus" gemeint ist

– und zuletzt sei auch die Stimmenauszählung nicht korrekt verlaufen, wofür allerdings keinerlei Beweise geliefert werden konnten.

Auf einer öffentlichen SP-Sitzung, an der ca. 150 Studenten teilnahmen, lehnte die linke Mehrheit es ab, SP und AStA neu zu wählen.

Krupp versuchte noch, dies als eine auch für ihn „unangenehme" Sache hinzustellen, obwohl er dem gleichen AStA erst kürzlich wegen „Schmierereien" an der Uni eine Ordnungsstrafe von 25.000 DM angedroht hatte.

Heitere Szenen gab es, als ein Spontigenosse Krupp zu Beginn der Sitzung freundlich die Hand hinhielt und ihn fragte „Na, wie geht's denn?", und Krupp nicht mehr als Erstaunen ausdrücken konnte. Scheinbar hatte ihn das so verwirrt, daß er dann arge Schwierigkeiten mit dem Mirkophon bekam. Am 13.1. entschied das Verwaltungsgericht Frankfurt, daß die Amtsenthebung mit der Auflage von Neuwahlen nicht rechtmäßig war. Krupp hat gegen dieses Urteil Berufung eingelegt. Dieser (vorläufige) Erfolg an der juristischen Front gibt der Studentenschaft allerdings keinerlei Sicherheit vor weiteren Übergriffen von Seiten der Unibürokratie.

AStA und Fachbereichsinitiativen hatten schon vor der Amtsenthebung einen Streik geplant, der sich gegen das Plakatierverbot richten sollte. Dieser wird jetzt in einigen Fachbereichen vorbereitet.

**Unigruppe**
**KB / Gruppe Frankfurt**

# VR Polen: Revisionismus in der Krise

**Seit es den polnischen Revisionisten im Juni 1976 nicht gelungen ist, die Kosten ihres ehrgeizigen Investitionsprogrammes der Jahre 1971 bis 1975 in Form von drastischen Preiserhöhungen den polnischen Werktätigen aufzubürden, ist in Polen nicht mehr die von den Herrschenden angestrebte Ruhe eingekehrt. In großen Demonstrationen haben vor allem in Warschau und Radom die polnischen Arbeiter am 25. Juni 1976 ihren Willen demonstriert, nicht Preiserhöhungen von durchschnittlich 40%, für Fleisch und Fleischwaren gar 69% und für Zucker und Schinken unglaubliche 100% einfach hinzunehmen, als Ergebnis einer Politik, bei deren Gestaltung sie nicht gefragt werden.**

**Die polnischen Revisionisten waren gezwungen, die Preiserhöhungen zurückzunehmen, entwickelten aber im Nachhinein eine umso schärfere Verfolgung der aktivsten Kämpfer, warfen sie aus den Fabriken, verurteilten sie zunächst zu Haftstrafen bis zu zwölf Jahren, waren jedoch später durch innere und internationale Proteste gezwungen, auf Strafen zwischen einem und drei Jahren zu reduzieren. In Offenen Briefen enthüllten Ende 1976 65 Arbeiter zudem die unmittelbar nach den Juni-Aktionen einsetzenden Schläger- und Folterpraktiken der polnischen „Miliz" sowie Erpressungs- und Einschüchterungsversuche der polnischen Behörden (siehe AK Nr. 95).**

**Indessen sind die Probleme, die sich hinter den Preiserhöhungen verbargen, die Konsequenzen von Giereks „Politik der offenen Tür" gegenüber dem Imperialismus etc. alles andere als vom Tisch – sie haben sich vielmehr im Laufe des vergangenen Jahres noch weiter verschärft. In Erkenntnis der Tatsache, daß sie sich dieser Probleme nicht so bequem entledigen können, haben die polnischen Revisionisten bis dato eine Reihe von Maßnahmen getroffen, die offenbar eine „Lösung" durch eine verschärfte Restauration des Kapitalismus darstellen sollen ...**

### Die Landwirtschaft – Bollwerk des Privateigentums ...

Die polnische Landwirtschaft, der Produzent von Fleisch, Zucker(rüben) etc. ist zu vier Fünftel in Privatbesitz („horizont" 39/76).

Während etwa der verstaatlichte Sektor der polnischen Industrie 98,3% der Gesamtproduktion erwirtschaftet, erzeugt umgekehrt der private Sektor in der Landwirtschaft 83,1%! („Unsere Zeit", 13.1.77). In der VR Polen existiert ein derartiges Mißverhältnis im Entwicklungsgrad zwischen Industrie und Landwirtschaft, wie wohl in keinem anderen sozialistischen bzw. revisionistischen Land. Noch immer ist ein Drittel (!) aller Erwerbstätigen in der Landwirtschaft tätig. Zum Vergleich: Die BRD hat einen Bevölkerungsanteil in der Landwirtschaft von 7,3%, Großbritannien von 3% und die DDR von 11% („Frankfurter Allgemeine Zeitung", 13.11.76). Zwei Drittel aller landwirtschaftlichen Betriebe sind kleiner als fünf Hektar (ebenda). Die zunächst begonnene Kollektivierung der Landwirtschaft, die auf ihrem Höhepunkt fast 40% des Landes erfaßte, wurde als Reaktion auf die konterrevolutionären Ereignisse in Posen 1956 wieder zurückentwikkelt.

Unter solchen Bedingungen nimmt es kein Wunder, wenn die Ergebnisse solcher Landwirtschaft nicht gerade berauschend sind. Seit 1974 sind die Erträge rückläufig. *„Allein im vergangenen Jahr importierte Polen sieben Millionen Tonnen Getreide und Futtermittel* (gemeint ist 1975 – Red.) . *Im laufenden Jahr (1976) werden diese Importe wegen der dritten Mißernte sicher die Höhe des Vorjahres erreichen. Der Rückgang der Getreideproduktion 1975 um fast 3,5 Millionen Tonnen und um über zwei Millionen Tonnen Kartoffeln hat sich natürlich ungünstig auf die Viehzucht und damit insbesondere auf die Schweinefleischproduktion ausgewirkt. Der Bestand an Schweinen verringerte sich laut Angaben vom Juni im Vergleich zum Vorjahr um 9,6 und an Rindern um 3,8%"* („horizont" 39/76).

Da es den polnischen Revisionisten nicht gelungen ist, dem Rückgang an Schweinen und Rindern über ihre drastischen Preiserhöhungen auch sozusagen einen „Bedarfsrückgang" nachzuliefern, waren sie gezwungen, Fleisch zu importieren. Vor dem vierten Plenum des ZK der PVAP berichtete Ministerpräsident Jaroszewicz dazu: „ ... *Gegenwärtig kaufen wir im Ausland 40.000 Tonnen Fleisch und 10.000 Tonnen Schmalz. Weitere 30.000 Tonnen Fleisch erhalten wir durch verschiedene Transaktionen. Leider gibt es praktisch keine Möglichkeit, Schweinefleisch einzuführen ..."*

Trotzalledem kommt Jaroszewicz zu dem Schluß: „ ... *Mindestens für die Dauer eines Jahres wird es leider nicht möglich sein, die Nachfrage nach Fleisch und Fleischprodukten zufriedenstellend zu befriedigen ..."* („Monitor-Dienst", 24.9.76). Andererseits ist die VR Polen (als Folge der hohen Verschuldung – dazu weiter unten) gezwungen, weiterhin Fleisch zu exportieren, wenngleich 1975 diese Exporte schon um 27.000 Tonnen zurückgegangen sind und 1976 noch um ca. 30% gesenkt werden sollen.

In absoluten Mengen gingen trotzdem 1975 noch 90.977 t Frischfleisch, 18.101 t Saftschinken, 38.230 t Schinken und Schulterstücken in Dosen, 24.725 Fleischkonserven und 23.158 t Geflügel zumeist auf die devisenbringenden Westmärkte („BfA/NfA", 29.4.76).

Um aus der akuten Finanzkrise des revisionistischen Regimes herauszukommen und Geldmittel für weitere, zusätzliche Importe freizusetzen, beschloß die polnische Regierung lt. Ministerpräsident Jaroszewicz folgendes: „ ... *Wir haben beschlossen, in der Verwaltung und im nichtproduzierenden Bereich Einstellungen sowie den Lohnfonds, ferner die Ausgaben für Dienstreisen im In- und Ausland sowie Ausgaben für Repräsentationszwecke zu reduzieren ... Aufgrund der bereits stattgefundenen Verwaltungsreform auf lokaler Ebene und anderer Verbesserungen in der Tätigkeit des staatlichen Verwaltungsapparates, rechnen wir für das Jahr 1976 mit Einsparungen im Staatshaushalt von über 20 Milliarden Sloty ..."* („Monitor-Dienst", 24.9.76).

Allerdings sind das keine prinzipiellen Änderungen am Kurs der polnischen Revisionisten. So sind sie bezüglich der Landwirtschaft zur mittel- und langfristigen Lösung der derzeitigen Schwierigkeiten nicht etwa zur Förderung der Kollektivierung bereit, sie sehen im Gegenteil die „Lösung" in der Stärkung der Betriebe in Privatbesitz.

In der oben bereits zitierten Rede spricht Jaroszewicz von *„geplanter staatlicher Hilfe für Privatbauern"* und versichert, „ ... *daß vor allem Bauern, die aus verschiedenen Gründen nicht in der Lage sind, ihre Höfe zu bewirtschaften, Möglichkeiten gegeben werden sollen, das Land an den Staat auf dem Wege der Schuldverschreibung zu übergeben"* („Monitor-Dienst", 24.9.76).

Auf diesem Wege will die polnische Regierung bis 1980 zwei Millionen Hektar Land von privaten Betrieben übernehmen („FAZ", 8.9.76).

Allerdings wird auch dieses Land, was zumeist von alten, in Pension gehenden Bauern stammen wird, nicht vollständig in sozialistische Produktionsformen überführt, sondern es wird ebenfalls an „gut wirtschaftende" Einzelbauern abgegeben.

Der Staat treibt also nach der Planung der polnischen Revisionisten keinesfalls eine sozialistische Entwicklung in irgendeiner Weise voran, er übernimmt vielmehr die Rolle eines „Markt"-Regulativs, er reaktiviert brachliegendes Ackerland, subventioniert etc. – ganz wie der Staat im Kapitalismus auch ... Gierek faßte in seiner Rede vor dem vierten Plenum des ZK diese Politik – freilich mit einigen „sozialistischen" Schnörkeln versehen – zusammen: „ ... *die Vorhaben zur Steigerung der Agrarproduktion (sind) verbunden ... mit Handlungen zugunsten schrittweiser sozialistischer* (?) *Umgestaltungen in der Landwirtschaft, zugunsten des Fortschrittes in den Lebens- und Arbeitsbedingungen auf dem Dorfe. Entsprechend diesem Grundsatz schaffen wir günstige Bedingungen s o w o h l für die sozialistische, als auch für die individuelle (!) Landwirtschaft"* („horizont" 39/76).

In diesem Sinne muß es verstanden werden, wenn es heißt, „ ... *ein Teil (der) Summe von 560 Mrd. Sloty ...",* die im laufenden Planjahrfünft zur Entwicklung aller Faktoren des Wachstums der Nahrungsmittelindustrie investiert werden sollen, „ ... *wird zur Unterstützung derjenigen bereitgestellt werden, die die Produktion auf den Äckern und Farmen aufnehmen werden"* („Monitor-Dienst", 27.9.76).



Ursus-Arbeiter bei ihrer spektakulären Aktion im Sommer letzten Jahres: sie stoppten den Zug Berlin – Warschau

Ursus-Arbeiter bei ihrer spektakulären Aktion im Sommer letzten Jahres: sie stoppten den Zug Berlin – Warschau



Gierek mit Krupp-Bevollmächtigten Beitz

Im laufenden Jahrfünft werden damit die Investitionen für die Nahrungsmittelwirtschaft, im Vergleich zum zurückliegenden Jahrfünft, um ca. 40% ansteigen. Das bedeutet zwar gegenüber dem letzten Planjahrfünft, wo durch die rücksichtslos hohen Investitionen vor allem in der Schwerindustrie die derzeitigen Mißverhältnisse in der Volkswirtschaft Polens geschaffen wurden, eine Korrektur, da aber der K a p i t a l i s m u s in der Landwirtschaft durch die bereitgestellten Mittel gefördert wird, ist zwar kurzfristig eine gewisse Abhilfe in den Versorgungsengpässen zu erwarten, doch um den Preis von zwangsläufig darauffolgenden Preissteigerungen und krisenhaften Erschütterungen.

### Die „Politik der offenen Tür"....

Mitte August 1976 beschloß die polnische Regierung die Rationierung von Zucker. Bezugscheine für monatlich zwei Kilo wurden verteilt. Lange Käuferschlangen hatten zuvor in berechtigter Sorge um ihre Familien, die unter normalen Bedingungen gerade noch ausreichenden Zucker-Vorräte aufgekauft. Die Menschen waren, nachdem die ungeheuren Preiserhöhungen gerade von der revisionistischen Führung wenige Wochen zuvor gefordert wurden, voller Mißtrauen bezüglich der Versorgungslage insgesamt. Nicht unerheblich kommt noch das Unwesen der privaten Spekulanten hinzu, die auf den Privatmärkten (die zu einer auf privatem Besitz basierenden Landwirtschaft nun einmal dazugehören!) den gehorteten Zucker zu horrenden Preisen anboten.

Übrigens wird auf diesen privaten Märkten auch Fleisch angeboten, was die Revisionisten kürzlich veranlaßte, „Maximalpreise" festzulegen: Fleisch darf jetzt „nur" noch 40% teurer verkauft werden, als im Staatshandel! („Monitor-Dienst", 24.9.76).

Überhaupt ist die polnische Regierung gezwungen, ständig den Ankaufspreis für landwirtschaftliche Produkte zu erhöhen, damit die Privatbauern ü b e r h a u p t in ausreichendem (planbarem) Ausmaß diese an den Staat verkaufen. So wurde z.B. die mit den Preiserhöhungen vom Juni verbundene durchschnittliche Erhöhung der Ankaufspreise von 40% , t r o t z des Scheiterns der allgemeinen Erhöhungen, rechtzeitig vor der Ernte 1976 realisiert.

Neben den landwirtschaftlichen Produkten ist aber derzeit auch die Kohle in Polen knapp geworden, so daß die polnische Regierung Mitte November auch diese Ware rationiert hat. Für eine ein-Zimmer-Wohnung bezieht man derzeit 1,2 und für eine zwei-Zimmer-Wohnung 1,8 t („FAZ", 18.11.76).

Im wesentlichen zwei Gründe gibt es für die Verknappung der Kohle (für Privatkunden natürlich!): Einmal werden von ca. 179 Mio. t Gesamtproduktion beachtliche 38 Mio. t exportiert, und zum anderen hat der enorme Ausbau bzw. die Modernisierung der industriellen Produktion während des Planes 1971 bis 1975 den Bedarf der Industrie erheblich gesteigert.

Wenn man bedenkt, daß Polen als Kohleerzeuger in Europa an zweiter und in der Welt an vierter Stelle liegt, dann kann man in etwa ermessen, wie gleichgültig es den Revisionisten ist, ob „ihre" Arbeiter im Winter eine gut geheizte Stube haben!

Das sind für das werktätige Volk die Ergebnisse des Planjahrfünfts 1971 bis 1975, wo die polnischen Revisionisten um den Preis der starken Vernachlässigung der Landwirtschaft, Nahrungsmittelindustrie und des Wohnungsbaues skrupellos vor allem in der Schwerindustrie investiert haben.

Die Investitionen erreichten während dieser Jahre eine jährliche Steigerungsrate von 25% und beliefen sich nahezu auf ein Drittel des Volkseinkommens (1975 war der Anteil der Bruttoinvestitionen am verteilten Nationaleinkommen zu laufenden Preisen 41,3%) („Frankfurter Rundschau", 27.12.76, „BfA/NfA", 8.12.76).

### Enorme Verschuldung und weitere Preissteigerungen

*„Die von Gierek gleichzeitig initiierte ‚Politik der offenen Tür' erlaubte es, einen beträchtlichen Teil der benötigten Maschinen gegen Devisen im Westen zu kaufen, was nicht zuletzt den hohen Verschuldungsgrad der VR Polen im westlichen Ausland erklärt"* („Handelsblatt", 26.5.75).

Diese Verschuldung hat inzwischen die enorme Höhe von sieben bis neun Mrd. Dollar erreicht! („FR", 27.12.76) (siehe dazu auch AK Nr. 68).

Die polnischen Revisionisten geben in der offiziellen Propaganda über die „Notwendigkeit" ihrer Preiserhöhungen stets an, daß diese derzeit „ ... *eine falsche und veraltete Relation zu anderen Preisen ..."* hätten oder eine „ ... *irrationale Struktur ..."* etc. (so Jaroszewicz vor dem vierten ZK-Plenum). Tatsächlich sieht es so aus, daß die revisionistischen Planer selbst als Ergebnis der Kämpfe von 1969 „eingefrorene" Preise und zugleich 40-prozentige Lohnsteigerungen bis 1975 zu berücksichtigen hatten. Da sie aber im oben beschriebenen Ausmaß in der Schwerindustrie investierten, war völlig klar, daß am Ende des Planjahrfünfts dem Lohnzuwachs kein entsprechender Gegenwert an Konsumgütern gegenüberstand! Nun dachten sich die Herren offenbar, daß die 1969 erhitzten Gemüter dann bestimmt wieder abgekühlt wären und sie ruckzuck den „Überhang an Geldmitteln" wieder abschöpfen und über drastische Preiserhöhungen die Arbeiter wieder auf das Niveau von 1969 zurückwerfen könnten ...

Als preistreibendes Moment kommt allerdings noch insgesamt gesehen die Anarchie des kapitalistischen Weltmarktes, der Inflationsdruck etc. hinzu, der desto schärfer in die polnische Volkswirtschaft dringt, je intensiver die Zusammenarbeit der polnischen Revisionisten mit ihren kapitalistischen „Partnern" sich entwickelt.

So irre Dinge wie Kohle- und Fleischexport trotz arger Knappheit bzw. schon Rationierung im Innern, erklären sich aus den gewaltigen Kreditverpflichtungen, die die polnischen Revisionisten für den massiven Import westlicher Technologie und Produktionsanlagen eingegangen sind.

In der Plan-Korrektur für den laufenden Plan bis 1980 haben die Revisionisten nun zunächst ihre ehrgeizigen Ziele relativiert. Die im Dezember vom polnischen Parlament – Sejm – verabschiedeten Pläne für 1977 sowie für 1976 bis 1980 „ ... *verlagern gegenüber den letzten Jahren den Schwerpunkt auf die Verbesserung der Versorgung der Bevölkerung, bei gleichzeitiger allgemeiner Mäßigung des Wachstumstempos"* („FAZ", 21.12.76).

Das Konsumwarenangebot soll mit 60% und die Dienstleistungen mit 70% stärker wachsen als die Einkommen mit 44%. Der Anteil der Industrieproduktion für den Konsum soll von 30,8% 1975 auf 32,3% bis Ende des Planes steigen. Für das Jahr 1977 ist eine Steigerung der Belieferung mit Konsumartikeln von elf Prozent gegenüber einem Einkommenszuwachs von 6,3% vorgesehen. Der Reallohnzuwachs insgesamt ist im laufenden Planjahrfünft mit lediglich 16 bis 18% veranschlagt.

Diese anvisierten Lohnerhöhungen werden wohl nicht einmal ausreichen, um die von Gierek auf dem vierten ZK-Plenum angekündigten *„gemäßigten Preiserhöhungen",* die allgemeine Inflation und die verdeckte Teuerung auszugleichen (Zitat: „BfA/NfA", 8.12.76). Für einige nicht so geläufige, bzw. im öffentlichen Interesse stehende Dinge sind schon für das zweite Halbjahr 1976 Preiserhöhungen verfügt worden. So z.B. für Kfz-Serviceleistungen, PKW, Mopeds, Kristallwaren, Teppiche, Gummischuhe und Papier („BfA/NfA", 8.12.76).

Im – für die Rückzahlung des riesigen Schuldenberges außerordentlich wichtigen – Export soll bis 1980 eine ziemlich unrealistische Steigerung von 75% erreicht werden, während die Importe nur um 26% zunehmen sollen. Der Export ist allerdings schon immer das Sorgenkind der polnischen Revisionisten gewesen. Bereits 1976 sollte nach ihren Planungen auf diesem Sektor die große

Forts. S. 44

Forts. von S. 43

„Tendenzwende" eintreten. Das Außenhandelsministerium plante für 1976 einen Exportzuwachs um 17% auf 39,2 Mrd. Sloty sowie eine Zunahme der Einfuhren von nur 9,1%. Soweit das Papier...

Die Halbjahresbilanz weist allerdings den gegenteiligen Trend aus: Der Exportwert erreichte 16,8 Mrd. Sloty bzw. eine Steigerung von 6,6%, der Importwert 21 Mrd. Sloty bzw. eine Steigerung von 8,7% („horizont" 33/76).

Um die derzeitigen Schwierigkeiten so rasch wie möglich zu beseitigen bzw. wenigstens etwas abzuschwächen, sind die polnischen Revisionisten zur Anwendung des aus Fernost bekannten Mottos übergegangen: „Egal, ob die Katze schwarz oder weiß ist, Hauptsache, sie fängt Mäuse!". Im Dezember 1976 haben sie ein Gesetz erlassen, was das private Kapital in Polen erstarken lassen soll. **„Die privaten Unternehmer brauchen künftig nur noch den sechsten Teil ihrer bisherigen Steuern zu bezahlen, werden vom Staat mit Rohmaterialien beliefert und erhalten Grundstücke für ihre Gewerbebetriebe. Sie sollen außerdem in die Lage versetzt werden, ihre Preise nach den realen Produktionskosten zu kalkulieren"** („Süddeutsche Zeitung", 20.12.76). Darüber hinaus wird der Kleinkapitalist in Polen in die Altersvorsorge und Krankenversicherung einbezogen und erhält wieder die Möglichkeit, über die eigenen Familienmitglieder hinaus, einen Arbeiter plus zwei Rentner zu „beschäftigen" (sprich: auszubeuten)! („FR", 27.12.76).

Auf diese Weise „erhoffen" sich die polnischen Revisionisten einen Anstieg der Zahl der gegenwärtig 190.000 privaten Firmen auf 250.000 bis 1980 sowie die Beschäftigung von zusätzlich 130.000 Menschen in diesem Sektor (derzeit drängen geburtenstarke Jahrgänge in die Betriebe). Es ist in diesem Zusammenhang vielleicht auch interessant, daß bei der jüngsten Umbesetzung der polnischen Regierung Anfang Dezember 1976 u.a. auch ein sogenannter „Wirtschaftsexperte" namens Kazimierz Secomski zum stellvertretenden Ministerpräsidenten ernannt wurde, der keiner Partei angehört ... („Welt", 4.12.76).

## Schärfere Antreiberei, Strafen und Kontrollen sollen revisionistische Krisen lösen ...

Ende August 1976 hat die polnische Regierung eine neue Verordnung bekanntgemacht, nach der „schlechte Herstellungsqualität" und „schludrige Arbeit" künftig mit Strafen zwischen 5.000 und 10.000 Sloty (etwa 750 bis 1.500 DM) belegt werden. Noch höhere Strafen, bis zu 25.000 Sloty (rund 3.750 DM), sollen gegen Verschwendung von Produktionsmaterial, Verstöße gegen die Arbeitsgesetzgebung und unzureichende Kapazitätsnutzung (!) von Maschinen oder Transportmittel verhängt werden. Auch gegen „gefälschte Statistiken" soll künftig vorgegangen werden. Schon Ende 1975 hatten die polnischen Revisionisten gegen *„häufig fehlende Arbeiter"* oder solche, die *„oft den Arbeitsplatz wechseln* (!) *den Entzug der Jahresend- oder sonstigen Produktionsprämien verordnet"* („FR", 23.8.76).

Edward Gierek wußte schon warum, als er auf dem achten Kongreß der polnischen Gewerkschaften deren „neue Aufgaben" umriß: **„(Möglich ist) ... schnellerer Produktionszuwachs bei geringeren Investitionen ... Es erfordert jedoch eine zunehmende Wirtschaftseffektivität und eine Anhebung der Arbeitsqualität in allen Bereichen der Produktion ... Wir rechnen mit der vollen Unterstützung der Gewerkschaftsbewegung bei ihrer Realisierung ... Im Kampf um eine höhere Wirtschaftseffektivität und Arbeitsqualität zählt jede Initiative. Denkt darüber nach, wie der sozialistische Arbeitswettbewerb erweitert, wie die Bewegung guter Arbeit entwickelt und vertieft ... werden kann. Denkt darüber nach, wie die junge polnische Generation besser erzogen und vorbereitet werden kann auf die Aufgaben, die sie beim Aufbau der jungen sozialistischen Heimat erwarten ... Unser sozialistischer Staat ist dafür da, den Willen und die Rechte der Arbeiter (?), der Bauern und der Intelligenz zu verwirklichen. Daher verletzt jeder, der die Staatsmacht und ihr Ansehen unterminieren will, die ureigensten Interessen der Arbeiterklasse, aller Werktätigen und des ganzen Volkes ... Es ist wichtig, Genossen, die Haltung und die Stimmung g e n a u zu kennen, Probleme der Belegschaft zu erkennen ... (so) daß jede, auch die schwierigste Angelegenheit ernsthaft und friedlich gelöst wird ..."** („Monitor-Dienst", 7.12.76).

Ob den polnischen Revisionisten-Führern derartige Richtlinien und Beschwörungen wirklich nützen werden, darf wohl bezweifelt werden.

**RGW-Kommission**
**KB/Gruppe Hamburg**

# „Freiheit für alle politischen Gefangenen" in der Sowjetunion?

Anläßlich des Austausches von Bukowski gegen Corvalan hat die trotzkistische „Vierte Internationale" Ende Dezember **„zu verstärkten Anstrengungen für die Freilassung aller politischer Gefangener in der Sowjetunion"** aufgerufen (siehe „was tun", 6.1.77). Wir halten das für eine falsche, in der Tendenz konterrevolutionäre Forderung.

Unter den politischen Gefangenen in der Sowjetunion gibt es offene Reaktionäre und Faschisten, es gibt die im Licht der kapitalistischen Weltöffentlichkeit stehende große Menge der bürgerlichen Demokraten (mit deutlichen Sympathien für den ‚Westen'), und es gibt zweifellos unter ihnen auch fortschrittliche Menschen, Sozialisten oder solche, die es sein wollen.

Sollen und können wir z.B. die Freilassung des Zionisten fordern, der jüdische Sowjetmenschen für die Ausreise nach Israel, als Kanonenfutter gegen die palästinensische Befreiungsbewegung und die arabischen Völker anwerben wollte und deshalb jetzt hinter Schloß und Riegel ist? Sollen wir z.B. die Freilassung des Faschisten fordern, der unter dem Deckmantel einer religiösen Sekte die Konterrevolution propagierte? Wir meinen, daß wir das nicht können und nicht dürfen. Es ist ein politisch geradezu obszöner Akt, wenn Bürger eines kapitalistischen Staates, die sich für Sozialisten halten, die Forderung nach voller Freiheit für die Konterrevolutionäre in der Sowjetunion und anderen revisionistischen Staaten erheben. Bei den Trotzkisten ist dies nichts Neues – verlangten sie doch beispielsweise auch für den Faschisten Solschenizyn das Recht, in der Sowjetunion frei publizieren zu dürfen.

Mit den Interessen der Arbeiterklasse hat das nichts mehr zu tun. Wir kämpfen im eigenen Land, unter kapitalistischen Bedingungen, für den Sieg über Imperialismus und Reaktion, für die Errichtung der Diktatur des Proletariats über die Konterrevolution. Es wäre offensichtlich pervers, wenn wir gleichzeitig in d e n Ländern, die sich zeitweise schon vom Kapitalismus befreit hatten (auch wenn dort heute die Entwicklung gegenläufig ist), Freiheit für a l l e politischen Gefangenen, einschließlich der Reaktionäre und Faschisten, fordern würden. Daran hat die internationale Arbeiterbewegung nicht das geringste Interesse, und gegenüber den sowjetischen Werktätigen stellt diese Forderung eine ungeheuerliche Provokation und Zumutung dar. Wie sich diese Forderung mit der trotzkistischen „Analyse" vom sogenannten „Arbeiterstaat" überhaupt vereinbart, ist ein zusätzliches Rätsel.

In ihrer Erklärung fordert die „Vierte Internationale" insbesondere die revisionistischen Parteien Westeuropas („Eurokommunisten") dazu auf, *„daß diese ihrem verbalen Protest entschiedene Taten folgen lassen. Wir fordern sie auf, Massendemonstrationen für die Freilassung aller Inhaftierten zu organisieren..."*. Das fehlte auch noch in den kapitalistischen Ländern: Massendemonstrationen für die Freilassung a l l e r politischen Gefangenen in der Sowjetunion etc.!! Zugleich sagen die Trotzkisten, daß die Opposition der revisionistischen Parteien gegen die „Sowjetbürokratie" *„u n g l a u b w ü r d i g"* sei, *„solange sie in den politischen und gewerkschaftlichen Massenorganisationen, die unter ihrer eigenen Kontrolle stehen, keine Existenz von Tendenzen und freie Meinungsäußerung zulassen"*.

Die Trotzkisten fordern, mit anderen Worten, jemanden zu Demonstrationen auf, den sie selbst für unglaubwürdig erklären. Das ist schon makaber. Was soll bei dem ganzen Manöver der Nutzen für die Arbeiterklasse sein? Wer die Augen nicht vor der Wirklichkeit verschließt, der kann sehen, daß die Opposition einiger revisionistischer Parteien gegen die KPdSU Teil ihrer Strategie des „historischen Kompromisses" und Teil ihrer Dienste für die Bourgeoisie ist. Es ist darum auch gar kein Zufall, daß dabei von Bukowski und ähnlichem reaktionären Schrott immer viel die Rede ist, aber daß wenig gesprochen wird z.B. von den polnischen Arbeitern, und daß die weit über hundert inhaftierten angeblichen Mitglieder einer illegalen KP Jugoslawien sogar hartnäckig totgeschwiegen werden (ebenso wie übrigens von den Trotzkisten!!). Ein Bukowski im Knast rührt uns ebensowenig, als wenn morgen Springer oder Löwenthal hinter Gitter kämen (was zweifellos morgen noch nicht der Fall sein wird). Was u n s als Kommunisten angeht, das sind die fortschrittlichen Menschen, die vom Standpunkt des Sozialismus aus oder aber auch vom Standpunkt der „reinen Demokratie" aus (ohne jedoch dabei dem Imperialismus und der Reaktion das kleinste Zugeständnis zu machen !!) in den revisionistischen Ländern kämpfen, sowie die Werktätigen der revisionistischen Länder im Kampf für ihre ökonomischen und politischen Forderungen. Wir unterstützen, mit anderen Worten, in der Sowjetunion und anderen Ländern k e i n e politische Kraft, die wir nicht auch im e i g e n e n Land unterstützen würden.

Was Bukowski angeht, den eine andere trotzkistische Gruppe noch kürzlich unbekümmert als **„ein unversöhnlicher Kämpfer gegen die Bürokratie und für die Sowjetdemokratie"** würdigte („Der Funke", 16.7.76), so hat er inzwischen den Konterrevolutionär und Kriegshetzer voll heraus gelassen, was sogar „was tun" zu dem bekümmerten Seufzer veranlaßte: *„Die ersten Stellungnahmen von Bukowsky sind für uns nicht sehr ermutigend"*...

Nicht viel besser ging es den Trotzkisten mit ihrem bisherigen Parade-Pferdchen, dem aus der SU ausgebürgerten Physiker Pljuschtsch, den sie noch kürzlich als **„ungebrochener Kommunist"** rühmten („was tun", 6.1.77). Nunmehr fragen sie sich bang: *„Wohin geht Pljuschtsch?"*, denn jüngste Äußerungen dieses schrägen Vogels in Düsseldorf haben seine Verehrer *„enttäuscht"* („was tun", 20.1.77).

Bemerkenswert ist auch der Kommentar, den „was tun" dazu abgab:

*„Seine Argumentation stand exemplarisch für die ungeheure Verwirrung, die die stalinistische Erfahrung selbst unter den intellektuellen Dissidenten angerichtet hat, die sich weiterhin auf die authentischen Grundlagen des Kommunismus berufen"* (20.1.77). Mit gleicher Stoßrichtung hatte „was tun" schon früher geschrieben: *„Niemand kann heute eine Garantie für die politische Entwicklung Bukowskys geben. Sollte er sich aber auf die Seite der Solschenizyns schlagen, so vergessen wir nicht: es ist das stalinistische System selbst, das Antikommunismus hervorbringt. Und dafür trägt es die volle Verantwortung"* (6.1.77).

Abgesehen von dem närrischen „Stalinismus"-Begriff der Trotzkisten stimmt ihre Argumentation auch sonst nicht. Praktisch setzen sie voraus, daß es im Sozialismus überhaupt keine Antikommunisten und Reaktionäre mehr geben könnte, sondern nur noch Kommunisten. Das ist ein Kinderglaube. Zweifellos stellt das revisionistische System einen besonders günstigen Nährboden für das Aufkommen reaktionärer „Systemkritiker" dar, aber es ist keineswegs die e i n z i g e Ursache.

Daß Pljuschtsch k e i n Kommunist ist, konnte man übrigens schon seinen ersten Ausführungen vor Monaten entnehmen – die „Verwirrung" liegt also durchaus nicht bei ihm, sondern bei seinen trotzkistischen Verehrern, die in ihm unbedingt einen Ihresgleichen sehen wollten.

fortschrittlichen Menschen, die vom Standpunkt des Sozialismus aus oder aber auch vom Standpunkt der „reinen Demokratie" aus (ohne jedoch dabei dem Imperialismus und der Reaktion das kleinste Zugeständnis zu machen !!) in den revisionistischen Ländern kämpfen, sowie die Werktätigen der revisionistischen Länder im Kampf für ihre ökonomischen und politischen Forderun-

kritiker" dar, aber es ist keineswegs die e i n z i g e Ursache.

Daß Pljuschtsch k e i n Kommunist ist, konnte man übrigens schon seinen ersten Ausführungen vor Monaten entnehmen – die „Verwirrung" liegt also durchaus nicht bei ihm, sondern bei seinen trotzkistischen Verehrern, die in ihm unbedingt einen Ihresgleichen sehen wollten.

Albanien zum 83. Geburtstag Mao Tse-tungs

# Albanien zum 83. Geburtstag Mao Tse-tungs

Anläßlich des 83. Geburtstags von Mao Tse-tung veröffentlichte das albanische Zentralorgan „Zeri i Popullit" am 26.12.76 einen Leitartikel. Zwei Punkte sind darin bemerkenswert:

1. In dem Leitartikel wird mit k e i n e m Wort der seit nunmehr über drei Monaten auf Hochtouren laufende „Kampf gegen die Viererbande" erwähnt!

Albanien bleibt damit bei seiner bisherigen Haltung, zu den Auseinandersetzungen keinerlei Kommentar abzugeben und sie scheinbar nicht einmal zur Kenntnis zu nehmen. In dem Leitartikel wird außerdem nur in allgemeinen Worten das *„große chinesische Volk und seine kommunistische Partei"* erwähnt, nicht jedoch der neue „weise Führer" Hua Guo-feng!

2. In dem Leitartikel wird Mao ausschließlich als der *„große Stratege der c h i n e s i s c h e n Revolution"* bezeichnet (Hervorhebungen von uns), sein Beitrag zur W e l t r e v o l u t i o n jedoch völlig ignoriert. Entsprechend ist auch nur die Rede davon, Mao habe *„die Lehren des Marxismus-Leninismus auf die c h i n e s i s c h e n Verhältnisse angewendet und weiterentwickelt"* (Hervorhebungen von uns) – ignoriert wird der i n t e r n a t i o n a l gültige Beitrag des Genossen Mao zur schöpferischen Weiterentwicklung des Marxismus-Leninismus.

Auch die Große Proletarische Kulturrevolution wird – und nur mit einem Satz – lediglich in ihrer Bedeutung für C h i n a erwähnt, nicht aber in ihrer gewaltigen Bedeutung auch für das internationale Proletariat und die revolutionären Kräfte überall auf der Welt.

Der Leitartikel bestätigt somit den

# Veranstaltung des „Arbeiterbundes für den Wiederaufbau der KPD" zur Politik des KB

Die Ortsgruppe Regensburg des „Arbeiterbunds" hatte zu einer Veranstaltung eingeladen, um sich mit dem KB auseinanderzusetzen. Es kamen 130 Genossinnen und Genossen des AB, KHB und RSF aus Regensburg, München und Nürnberg.

Im Mittelpunkt der Ausführungen des AB stand der „Nachweis" des Trotzkismusvorwurfs. Leider kann der AB immer noch auf die Unkenntnis unserer Presse und Politik bei den meisten seiner Mitglieder bauen, so daß er es wagt, mit plumpen Verdrehungen und Verfälschungen unserer Positionen seine Thesen zu „beweisen". Hier einige Kostproben aus dem südbayrischen Märchenbuch:

Der KB mache Politik mit dem Leitsatz: „Die Bewegung ist alles, das Ziel ist nichts". Er propagiere weder die proletarische Revolution noch den Sozialismus, sei also höchstens als radikaldemokratische Strömung einzuschätzen.

Der KB hänge das Fähnchen immer nach dem Wind, schwimme immer mit der spontanen Bewegung und biedere sich dabei durch seine „Programmlosigkeit" den spontanen, antitheoretischen Kräften an. Die Kritik an anderen linken Gruppen führe der KB nicht vom Standpunkt des Proletariats, sondern völlig oberflächlich und bürgerlich, indem er nicht den klassenmäßigen Ursprung bestimmter Strömungen angebe (z.B. Vaterlandsverteidiger).

Gerade beim Thema China ist es äußerst bedauerlich, daß der AB sich mit dem Vorwurf der „antikommunistischen Wühlarbeit" des KB um jede Auseinandersetzung herumdrückt; da hilft auch die närrische Aufforderung nicht weiter, der KB solle endlich aufhören, blind die Einschätzungen des „Spiegels" abzuschreiben.

Wieder einmal wollten die Vertreter des AB auf keine der von uns aufgeworfenen Fragen inhaltlich eingehen: Die Anti-KKW-Bewegung ist ihrer Meinung nach eine kleinbürgerliche, spontane Bewegung, und Kommunisten dürften nicht hinter jeder spontanen Bewegung hinterherlaufen! Die Initiative für ein Russell-Komitee sei abzulehnen, weil die „entscheidenden" Gruppen, die heute in der BRD den Kampf gegen Berufsverbote führen, nämlich die DKP-beherrschten Berufsverbotekomitees, „ausgeschlossen" seien.

Insgesamt hat sich wieder einmal gezeigt, daß der AB nicht bereit ist, seine Politik in irgendeiner Weise kritisch zu überprüfen und sich deshalb immer weiter von den relevanten Bewegungen in der BRD entfernen wird. Wie lange er mit dieser Strategie noch jemanden hinter dem Ofen hervorlocken kann, ist nur eine Frage der Zeit.

Eine Empfehlung des AB-Vertreters auf der Veranstaltung allerdings können wir wirklich nur voll unterstützen: daß die Genossen des AB über einen längeren Zeitraum hinweg einmal den AK lesen sollten – vielleicht wird ihnen dabei weniger über den „Trotzkismus" des KB, als über die schädliche Politik des AB ein Licht aufgehen!!

KB/Nürnberg

Kontaktadressen des KB

Redaktion und Verlag Lerchenstraße 75 2000 Hamburg 50 Telefon Verlag: 43 53 06 Telefon Redaktion: 43 53 46
Niedersachsen Braunschweig Postlagerkarte 081 378 33 Braunschweig
Hessen Darmstadt Edwin Herrmann Am Eichbaumeck 52 61 Darmstadt


## Kontaktadressen des KB

**Redaktion und Verlag**
Lerchenstraße 75
2000 Hamburg 50
Telefon Verlag: 43 53 06
Telefon Redaktion: 43 53 46

**Sozialistischer Studentenbund**
Büro
Schlüterstr. 4
2000 Hamburg 13

### Schleswig-Holstein

**Flensburg**
Peter Petersen
Postlagerkarte A 02 25 83
239 Flensburg

**Geesthacht**
Postlagerkarte 02/2084 Geesthacht
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr vor Hertl

**Kappeln**
Dagmar Schneider
Postlagernd
234 Kappeln

**Kiel**
W.D. Scheel
Postlagerkarte 098 831 A
23 Kiel 1
Jeden Mi. von 11 bis 14 Uhr Büchertische Universität/Mensa
Jeden Fr. von 16 bis 18 Uhr am Hauptbahnhof
Jeden Do./Fr. von 16 bis 18 Uhr Holstenstraße Weipert/Karstadt

**Lübeck**
ARBEITERKAMPF-Vertriebsbüro
Mühlenstr. 39
24 Lübeck 1

**Mölln/Ratzeburg**
M. Below
Postfach 1111
241 Mölln

**Ost-Holstein (Eutin, Plön, Malente)**
H. Lankau
Postlagerkarte A 022 854
242 Eutin
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr am Markt/Peterstraße in Eutin

**Pinneberg/Steinburg**
Postlagerkarte A 022 926
208 Pinneberg

**Reinbek**
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr Kaufzentrum Reinbek/West

### Bremen

**Bremerhaven**
Arbeiterkampf-Vertriebsbüro
Poststr. 14
285 Bremerhaven
Verkaufsort wie bisher

**Bremen**
ARBEITERKAMPF-Vertriebsbüro
Fedelhören 77
28 Bremen
Mi. und Fr.: 16 bis 19 Uhr
Sonnabend: 10 bis 14 Uhr

### Niedersachsen

**Braunschweig**
Postlagerkarte 081 378
33 Braunschweig

**Cuxhaven**
Verkauf jeden Sonnabend 10 bis 12 Uhr vor Karstadt Nordersteinstraße

**Emden**
Postlagerkarte 067452 A
2970 Emden

**Göttingen**
Buchladen Rote Straße
Rote Straße 10
34 Göttingen

**Hannover**
Arbeiterbuch z.Hd. KB
Rehbockstr. 3
3 Hannover

**Hildesheim**
32 Hildesheim
Postlagerkarte A 019 084
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr Fußgängerzone/Hoher Weg

**Lüneburg**
Postlagerkarte A 017 890
314 Lüneburg
Sonnabend Bäckerstr. 11 bis 13 Uhr

**Stade**
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr am Pferdemarkt

**Weser-Ems-Gebiet**
Postlagerkarte 070 178 A
29 Oldenburg 1

### Rheinlandpfalz

**Südpfalz**
G. Wißmeier
Postfach 22
6748 Bad Bergzabern

### Nordrhein-Westfalen

**Bielefeld**
Jeden Sonnabend von 10 bis 13.30 Bahnhofstraße

**Bochum**
Postlagerkarte A 056 028
463 Bochum
Verkauf jeden Samstag Kortumstr./Innenstadt 10 – 13.oo Uhr, jeden Die., Mi., Do. Uni/Mensa 12.oo – 14.oo Uhr

**Duisburg**
Postlagerkarte 080 190 A
41 Duisburg
jeden Sonnabend von 11 bis 13 Uhr vor Karstadt (Stadtmitte)

**Essen**
jeden Do. 11.oo Uhr – 14.oo Gesamthochschule Essen

**Mönchengladbach 2**
Postlagerkarte A 006745
4050 Mönchengladbach
Verkauf jeden Sonnabend 11 bis 13 Uhr im Rheydt (Fußgängerzone)

### Hessen

**Darmstadt**
Edwin Herrmann
Am Eichbaumeck 52
61 Darmstadt

**Frankfurt**
Vertriebsbüro K. Scholz
Adalbertstr. 29
6 Frankfurt/M. 90
öffentl. Bürostunde Mi. 16.30 – 19.30

**Kassel**
Florian Rohs
Postfach 10 31 43
35 Kassel
Jeden Sonnabend von 10.30 bis 13 Uhr Königsplatz
Jeden Donnerstag 20 Uhr Gaststätte Störtebeker, Kohlenstr. 40

### Baden-Württemberg

**Freiburg**
Buchladen Jos. Fritz (c/o KB)
Wilhelmstraße 15
78 Freiburg
Tel: 26 877
Di. von 17 bis 18 Uhr

**Heidelberg**
Verkauf jeden Mittw. – alte Mensa/Marstallhof und 19 Uhr im CA

**Karlsruhe/Pforzheim**
Heidi Zorn
Humboldtstr. 13
75 Karlsruhe

### Bayern

**Bamberg**
Verkauf jeden Sonnabend 11 bis 12.30 Einkaufszentrum vor Hertie

**Erlangen**
Verkauf jeden Mittwoch 12 bis 13.30 Uni-Mensa Langemarck-Platz 4

**Landshut**
Postlagerkarte A 04 11 84
83 Landshut
Verkauf jeden Sonnabend 10 bis 12 Uhr Altstadt vorm Oberpaur

**Nürnberg/Fürth**
P. Trösler
Postfach 150 472
85 Nürnberg 15
offener AK-Lesekreis Mittwoch 19 Uhr im Komm
Verkauf jeden Samstag 10.30 bis 12.30 Uhr Breite Gasse, Kaufhof

**Regensburg**
Verkauf jeden Donnerstag 11.30 bis 13.30 Uhr Uni-Mensa
16 bis 18 Uhr Fußgängerzone Königstr.

**Westberlin**
A. Radtke
Thomasiusstr. 2
1 Westberlin 21
Fr. von 16 bis 19 Uhr

Forts. von S. 44

Verdacht, daß die albanische Führung die internationale Gültigkeit der Mao-Tse-tung-Ideen und der Praxis der chinesischen Revolution systematisch zu verschütten versucht – zugunsten e i g e n e r Ambitionen (siehe dazu auch AK 95, S.43/44).

Die hiesige ,,KPD/ML" trottet diesen Kurs verschämt hinterher (siehe auch dazu AK 95!). Ein neueres Beispiel dafür bietet auch der Artikel *,,Stalins Werk ist unvergänglich"* im ,,Roten Morgen" vom 17.12.76. Da liest man als krönenden Abschluß: *,,Die Arbeiterklasse der Sowjetunion wird sich letzten Endes erheben, um erneut die sozialistische Revolution durchzuführen. Sie wird dabei das Banner von Marx, Engels, Lenin und Stalin vorantragen".* Und Mao? Fehlanzeige! Zufall? Nein, durchaus nicht. In dem Artikel, der über eine Seite geht, wird über gut die Hälfte der Zeilen Enver Hodscha mit verschiedenen Äußerungen zur Verteidigung Stalins zitiert.

Mit keinem Wort erwähnt wird hingegen der bedeutende Beitrag der KP Chinas zur ,,Stalin-Frage". Insbesondere auch die von der KP Chinas unter Führung des Genossen Mao erarbeitete K r i t i k an gewissen Fehlern beim Aufbau des Sozialismus in der Sowjetunion! – Es steht also nicht bloß die formale Frage, ob man irgendwo den Namen Mao Tse-tungs wegläßt, wenn von den ,,Klassikern" des Marxismus-Leninismus die Rede ist, sondern dahinter verbergen sich in Wirklichkeit i n h a l t l i c h e Fragen, i n h a l t l i c h e r Widerspruch zu den Mao-Tse-tung-Ideen und den Lehren der chinesischen Revolution. Die Bezeichnung der ,,KPD/ML" als ,,maoistisch" durch die Bourgeoisie erweist sich damit auch ganz o f f e n als blanker Hohn.

# Bremer Senat (bisher) noch nicht gestürzt

Seit drei Wochen sind die Bremer Volksmassen unter Führung des KBW angetreten, den SPD-Senat zu stürzen. Noch ist es ihnen nicht gelungen, doch die Lage ist ausgezeichnet.

Und das ist der Anlaß: Der SPD-Senat hat ab 1.1.77 die Erhöhung der Fahrpreise bei Straßenbahn und Bussen beschlossen. Die Erhöhungen betragen zwischen 22% und 50%. Das ist die erste offene Fahrpreiserhöhung in Bremen seit 1968. Damals hatten Kampfaktionen, ausgelöst durch Schüler, die Zurückschlagung der Erhöhung erreicht. Vor 10.000 Demonstranten mußte damals der heutige Bürgermeister Koschnick diese Niederlage eingestehen. Das war für den KBW Anlaß genug, die alten Zeiten zu beschwören: *,,Neun Jahre sind eine lange Zeit. Dennoch ist den Volksmassen noch gut die Verhinderung der Fahrpreiserhöhung 1968 in Erinnerung"* (1). Sprach's und lud zur Bildung einer Aktionseinheit ein.

Anwesend waren hier außer dem KBW und seinen ,,Massenorganisationen" noch einige KBW-bestimmte Initiativen, außerdem die ,,KPD" und der KB. Die ,,KPD" beteiligte sich nicht, da der Hauptstoß gegen die ,,Sozialfaschisten" der DKP geführt werden müsse. Der KB lehnte eine Beteiligung an der KBW-AE ab, da er nicht bereit ist, die KBW-Ausrichtung des Kampfes zu teilen. Die KBW-Mehrheit verlangte aber: AE nur bei Unterschreiben der KBW-Plattform!

So blieb der KBW für die gesamte Dauer der Aktionen unter sich, der Kampf konnte beginnen. Unter der Forderung: **,,Die Schienen werden besetzt, bis die Fahrpreiserhöhung fällt"** ging's los. Wer bereits bei dieser Parole Böses ahnte, hatte Recht.

## Aus eins mach zwei

Ab. 3. Januar wurden die Schienen blockiert. Hören wir dazu Originalton KBW: *,,Am Montag demonstrierten 2.000 Demonstranten durch die Innenstadt und blockierten anschließend den Bus- und Bahnverkehr... Am Tag darauf blockierten erneut rund 1.500 Demonstranten* ... (es folgt dann eine Aufzählung verschiedener Protestresolutionen, die allerdings nichts mit der KBW-Aktion zu tun hatten) *Am Mittwoch riefen knapp 100 Betriebräte, Vertrauensleute, Jugendvertreter u.a. in einer Anzeige im ,,Weser-Kurier" zur Zurücknahme der Fahrpreiserhöhung auf.*

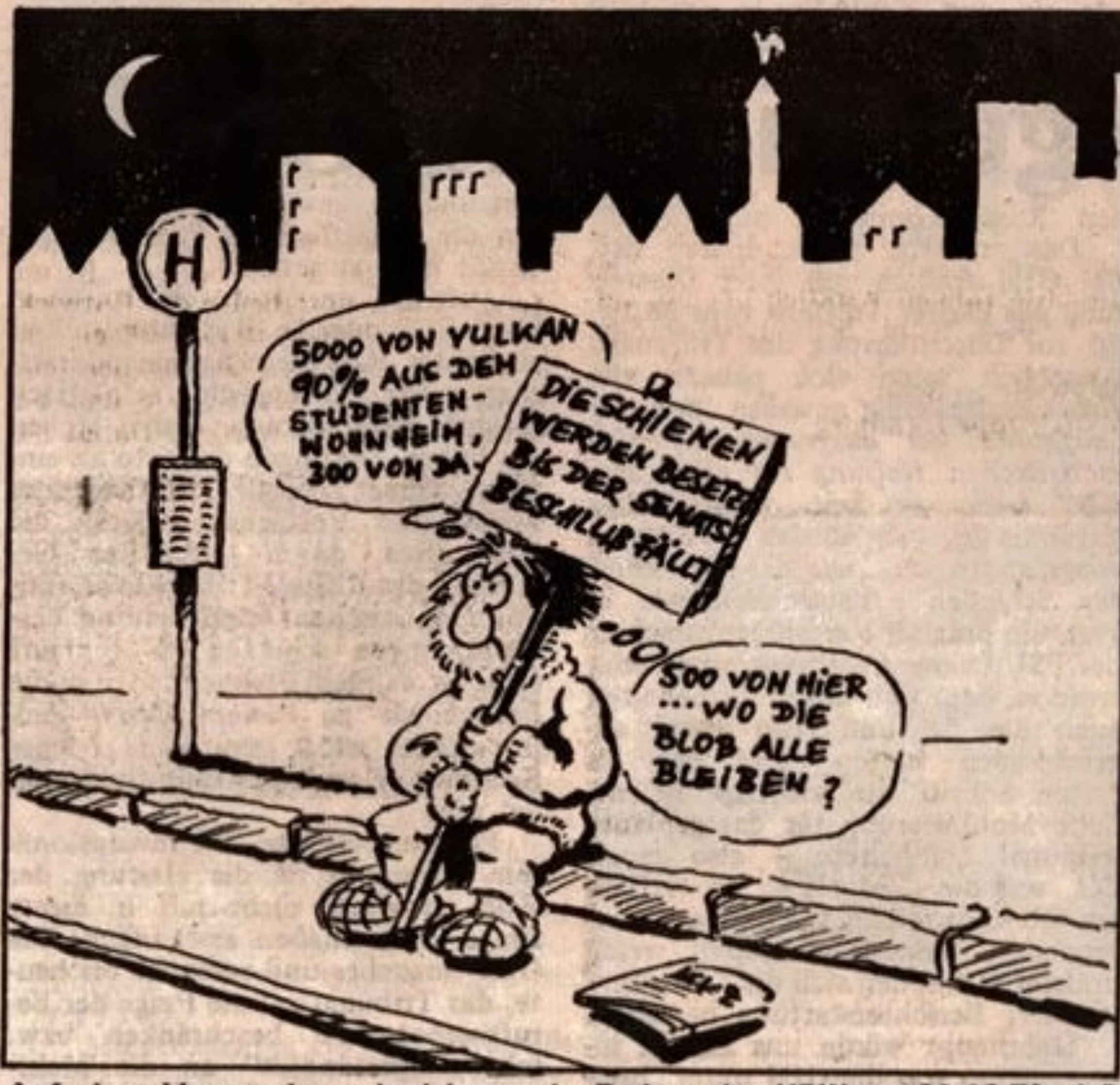
*Kurz, in schroffen Aktionen gegen den Senatsbeschluß entwickelt sich unter Führung der Arbeiterklasse eine Massenbewegung."* (2)

Bekanntlich sind Bedenken bei der Zähl- und Darstellungsweise des KBW angebracht. Zu den Tatsachen: Am Montag demonstrierten knapp 1.000 gegen die Erhöhung. Eine beachtliche Mobilisierung, die der KBW bei vergangenen Aktionen in Bremen nicht mehr annähernd erreicht hatte!

Am nächsten Tag folgten dem Aufruf 600, am dritten Tag nur noch 300 Menschen und von da ab demonstrierte nur noch der harte Kern des KBW, jeweils etwa zwischen 100 und 200 Leuten (Flugblattaufruf: ,,täglich 16.30 Uhr Domsheide"), und das seit mehr als 14 Tagen!

Das Beinezählen bei Demonstrationen des KBW ist ja schon ein bekanntes Mittel. In Bremen hat er eine neue zusätzliche Variante zur Herbeizauberung des Kampfes der Volksmassen erfunden: Während tunlichst aktuelle Demonstrantenzah-

kanntes Mittel. In Bremen hat er eine neue zusätzliche Variante zur Herbeizauberung des Kampfes der Volksmassen erfunden: Während tunlichst aktuelle Demonstrantenzah-




**Auf einer Veranstaltung berichtete ein Redner des KBW am 30.12.76, daß auf dem Vulkan die Arbeiter eine Protesterklärung gegen die Fahrpreiserhöhung verabschiedet haben. Seine Interpretation: ,,5.000 Vulkan-Arbeiter werden am 3.1.77 die Schienen besetzen" ...**

len unterschlagen werden, taucht jetzt die Formel auf: *,,Inzwischen sind es mehrere tausend Menschen in Bremen, die aktiv gegen den Senat kämpfen"* (3) – daß dabei der harte Kern in vierzehn Tagen zwölfmal auf der Straße war, läßt beim Zusammenzählen dann doch noch beträchtliche Zahlen zustandekommen. So einfach ist das.

Spätestens nach der zweiten Demonstration hätte jeder die Lage realistisch einschätzende Mensch feststellen können, daß die Bewegung sich nicht verbreitert, und daß es nicht gelungen ist, innerhalb der Bevölkerung größere Proteste zu erreichen. Nicht so der KBW, der unbeirrt weiter ein Ansteigen der Bewegung registriert.

In Anlehnung an ähnliche Versuche in Hamburg und Frankfurt versucht der KBW über den Fahrpreiskampf den Bremer Senat zu ,,stürzen". Wie das in etwa laufen wird, kündigte er an: Nachdem festgestellt wird, daß der Senat sowieso schon isoliert sei, heißt es in einem Flugblatt: *,,...Wenn man sich vorstellt, die Schienenblockaden werden 14 Tage ununterbrochen durchgeführt. Der Senat würde rotieren, und mehr noch, er würde wackeln."* (5) Und an anderer Stelle: *,,Nach 14 Tagen Schienenblockade wackelt Koschnick und sein Senat"* (6). Wer es nicht glaubt, wird eines besseren belehrt. Der KBW kramt wieder seine berühmte Polimathematikformel hervor: *,,Der Senat ist schwach und die Volksmassen sind viele und können den Senat schlagen, wenn sie sich zusammenschließen"* (7). Das ganze wird gewürzt mit deftigen Sprüchen über den Senat, wie etwa: *,,Er sitzt auf einem Pulverfaß. Verzweifelt versucht er den weiteren Zusammenschluß der Volksmassen zu verhindern... Man spielt halt nicht mit dem Feuer, wenn man auf einem Pulverfaß sitzt."* (8)

Je länger das Wackeln des Senats andauerte, desto beschwörender werden die Formeln des KBW (Flugblattüberschriften): *,,Wir haben die Kraft, die Fahrpreiserhöhung zu Fall zu bringen"*), und die sinkende Hoffnung wird auf den jeweils nächsten Schritt gelenkt: *,,Bereiten wir für Samstag eine große Demonstration vor, die – wenn die Abertausende von Gegnern der Fahrpreiserhöhung sie aktiv mittragen –* **der Schlag** *gegen die Fahrpreiserhöhung und die Politik des Senats sein wird"* (9) – es kamen: weniger als 200!

Mittlerweise hat der KBW seine Aktivitäten nach fast drei Wochen leicht reduziert. Es finden ,,nur"

*Politik des Senats sein wird"* (9) – es kamen: weniger als 200!
Mittlerweise hat der KBW seine Aktivitäten nach fast drei Wochen leicht reduziert. Es finden ,,nur"

noch jeden zweiten Tag Demonstrationen statt, doch der Sturz des Senats wird immer noch vorbereitet, der Kampf sogar noch ausgedehnt, es geht jetzt um ,,Steuern und Mieten, Strom und Gas, Bahn und Bus" und außerdem um die Einbeziehung der Rentner – kurz, die gesamte ,,Ausplünderung des Volkes durch den bürgerlichen Staat."

Trotz so glänzender Perspektiven zeigen sich sogar in den eigenen Reihen des KBW schon bedenkliche Zersetzungserscheinungen: **,,...ist in der Organisation die Auffassung aufgetreten, die Massen wollten die Fahrpreiserhöhungen nicht zurückschlagen, die Beteiligung an den Blockadeaktionen würde geringer"** (es scheint doch KBW"ler zu geben, die das Zählen noch nicht ganz verlernt haben! – Anm. AK), *wir sollten sie aufgeben. Diese Auffassung ist falsch und wurde kritisiert."* Jaha, die ,,Volksmassen" wollen schon, nur der KBW sei teilweise *,,zurückgewichen"* und habe d e s h a l b die Volksmassen immer noch nicht so recht *,,für den Kampf gewinnen und zusammenschließen"* können. **,,Die Entscheidung in dem Kampf ist noch nicht gefallen. Nach wie vor ist es der feste Wunsch der Massen, die Fahrpreiserhöhungen zu Fall zu bringen."** Der KBW setzt, so liest man weiter, auf eine Art von ,,Wunder an der Marne" – daß nämlich nach der 100. oder 101. Demonstration des KBW-Volkes sich auf einen Schlag **,,spontan und ohne bewußte Führung, wie 1968"**, auch ohne das übrige Volk hinzugesellen könnte.(10). ,,Ich weiß, es wird einmal ein Wunder geschehen"...

## Die ,,Linie" des KBW: Egal was passiert – es paßt immer

Es gehört zu den Spezialitäten der KBW-Poltik, alle Ereignisse im Sinne der Aufschwung-Linie zu interpretieren. Auch hierzu lieferte er im Fahrpreisk(r)ampf einige Kostproben Zum Beispiel verzichtete Koschnick auf seinen traditionellen Winterurlaub. Warum wohl? *,,Der Senat bietet halt alle Mann auf, um diese Fahrpreiserhöhungen durchzusetzen"* (12).

Greift der Senat nicht ein, so stellt er *,,sich tot und hofft, daß die Mdssen denken, die Blockaden können dem Senat nichts anhaben, die Fahrpreiserhöhungen kann man halt nicht verhindern"* (13), diese Taktik sei ,,einfältig". Der Senat weiß um die ,,Stärke des Widerstands" und hat es nicht ,,gewagt", seine Polizeitruppen einzusetzen (13). Greift er mit seinem Bullenapparat tatsächlich ein, dann sind das ,,lächerliche", ,,verzweifelte" Versuche, oder *,,meint der Senat, er könnte uns mit ein paar aufgeblasenen Body-Buildern aufhalten?"* (14).

Es ist ein Kennzeichen des KBW-Vorgehens, mit derartigen Kraftmeiereien den tatsächlichen Grad der Faschisierung, des brutalen Polizeiterrors (über 100 Verhaftungen, 322 Verfahren) zu verniedlichen. Der Senat hat bewußt die Aktionen des KBW ins Leere laufen lassen, hat seinen ganzen Apparat benutzt, den fortschreitenden Prozeß der Isolierung des KBW zu registrieren und hat mit seinem Polizeiapparat dann

nat hat bewußt die Aktionen des KBW ins Leere laufen lassen, hat seinen ganzen Apparat benutzt, den fortschreitenden Prozeß der Isolierung des KBW zu registrieren und hat mit seinem Polizeiapparat dann

zugeschlagen, als klar war, daß die Bewegung sich nicht ausbreitet und die Isolierung zahlenmäßig am offensichtlichsten war, nämlich mit etwa 100 Demonstranten am fünften Tag (siehe dazu auch Artikel unter der Rubrik ,,Polizeiterror").

Für den KBW ist dies so oder so ein ,,Erfolg": Greifen die Bullen nicht ein, haben sie Angst; schlagen sie doch zu, dann sind sie ,,verzweifelt". Leitet der Senat hunderte von Verfahren ein, dann ist auch das gut: *,,Dieser Einfältige! Hat die Bewegung gegen die Fahrpreiserhöhung die Kraft, sich zusammenzuschließen und die Erhöhung zu Fall zu bringen, so hat sie genauso die Kra ft, die Strafverfolgung zurückzuschlagen"* (15). Könnte man dem widersprechen, wenn das berühmte Wörtchen ,,wenn" nicht wäre? –

Der Größenwahn des KBW hat Methode. Offensichtlich noch in diesem Jahr steht die ,,Parteigründung" bevor. Die ,,Partei" aber muß natürlich Erfolge bei der ,, Führung der Massen" im Kampf haben. Auch hierfür bietet der KBW im Fahrpreiskrampf genügend Kostproben. Als Bürgerschaftspräsident Klink vom KBW als ,,Kinder bürgerlichen Wohlstands" spricht, ist der Ofen aus: *,, Wer der KBW ist, wissen sie ganz genau. Sie wissen, daß der KBW die Partei der Arbeiterklasse, die kommunistische Partei, aufbauen wird. Und das jagt ihnen Furcht ein."*(16) Und: *,, 1977 wird der Kampf gegen die Fahrpreiserhöhrung ein großer Schritt im Aufbau der Kommunistischen Partei sein. Der Proletarische Klassenkampf verlangt danach".* (17).

Das Vorgehen des Bremer KBW – der zur Zeit immer noch beim Senatssturz ist – hat wieder einmal die Entwicklung und Wirkung dieses Vereins offengelegt. Der Schaden, der hier dem Ansehen der Kommunisten zugefügt wird, ist beträchtlich.

**KB/Gruppe Bremen**

**Anmerkungen:**

1 Flugblatt vom 21.12.76
2 KVZ-Bezirksbeilage, 5.1.77
3 Flugblatt, 14.1.77
4 entfällt
5 Flugblatt, 7.1.77
6 KVZ-Bezirksbeilage, 5.1.77
7 Flugblatt, 13.1.77
8 dito
9 dito
10 KVZ-Nordausgabe, 20.1.77
11 entfällt
12 Flugblatt, 7.1.77
13 dito
14 KVZ-Bezirksbeilage, 5.1.77
15 Flugblatt, 14.1.77
16 KVZ-Bezirksbeilage, 12.1.77
17 KVZ-Bezirksbeilage, 5.1.77

Die OCA ist wieder aufgetaucht
Wie ein Komet am ,,ML"-Himmel war im April vorigen Jahres die OCA r e i n e s Fantasieprodukt der PCP(r)-Führung, auf das jetzt plötz-

# Die OCA ist wieder aufgetaucht

Wie ein Komet am ,,ML"-Himmel war im April vorigen Jahres die OCA (Organizacao Comunista de Angola) in den Veröffentlichungen der PCP(r) – portugiesische Abart der heimischen ,,KPD/ML" – aufgetaucht. Verblüfft erfuhr man, daß es diese Organisation angeblich schon seit Anfang 1975 gab und daß sie im Herbst 1975 ihren ,,Ersten Kongreß" abgehalten hatte. Mit ehrfürchtig-ungläubigem Staunen hielten wir ein Exemplar des OCA-Zentralorgans in eigenen Händen: ,,Vanguarda Operaria", Nr.3, Februar 1976. Erst auf den zweiten Blick belehrte uns ein kleiner Aufdruck, es handle sich um eine ,,Reproduktion der Abteilung für Auslandsbeziehungen der OCA – April 1976" ...

Nach jenen denkwürdigen Apriltagen des vorigen Jahres wurde es dann mucksmäuschenstill um die OCA, und schon hatten wir sie als einen längst zu den Akten gelegten kurzlebigen Einfall der PCP(r)-Grössen für tot geglaubt (siehe dazu AK 94, S.43) – da kam ein kaum noch für möglich gehaltenes Lebenszeichen: Eine im gewohnten schwülstigen Ton gehaltene Grußbotschaft der OCA an die PCP(r), abgedruckt in deren Zentralorgan ,,Bandeira Vermelha" vom 12. Januar des neuen Jahres. Abgesehen von den ,,ML"-üblichen Kratzfüßen (die PCP(r) sei *,,eine kostbare Quelle an Lehren für die Kommunisten anderer Länder, wie in Angola"* etc.) erfuhr man nun auch den Grund, w a r u m sich die OCA so lange nicht mehr gemeldet hatte: Ein anscheinend ziemlich deftiger ,,K(r)ampf zweier Linien" hatte ihr total die Sprache verschlagen. *,,Erst jetzt beginnt sich die OCA wirklich von den Abweichungen, Fehlern und Irrtümern zu befreien, die ihren Vormarsch aufhielten. Seit Mai 1976 entfaltete sich in unserer Organisation eine machtvolle, unvergleichliche Bewegung für die Reorganisierung unserer Reihen, auf der Grundlage der systematischen Kritik an der opportunistischen und kleinbürgerlich-radikalen Linie, die die frühere Strömung beherrschte. Unter Führung des Provisorischen Zentralkomitees engagiert sich die Masse der Mitglieder begeistert in dieser echten Revolution, die wir in unseren Reihen durchführen ...".* In der Grußadresse wird außerdem sehr bedauert, daß die ,,Beziehungen" zwischen OCA und PCP(r) noch *,,im Zeichen der opportunistischen, kleinbürgerlich-radikalen Linie, die damals in unserer Organisation vorherrschte"*, zustande gekommen seien und bekräftigt wird die Absicht, die ,,Beziehungen" zwischen OCA und PCP(r) zukünftig *,,noch stärker"* zu gestalten, *,,auf der neuen Basis, die durch die Vernichtung des Opportunismus innerhalb unserer Organisation ermöglicht wird"* (aus ,,BV", 12.1.77).

Möglich ist bei dieser Geschichte zweierlei: Entweder die OCA ist ein r e i n e s Fantasieprodukt der PCP(r)-Führung, auf das jetzt plötzlich aus irgendeinem Grund zurückgegriffen werden soll. Es wäre dann völlig in der Logik, daß der Beginn des ,,K(r)ampfes zweier Linien" auf den Mai 1976 datiert wird, denn exakt seit dieser Zeit hatte man von der OCA nichts mehr gehört und gelesen – und das muß schließlich irgendwie begründet werden.

Die zweite Möglichkeit ist, daß sich hinter dem Phantom OCA tatsächlich ein paar versprengte portugiesische und angolanische Individuen verbargen, und daß im vergangenen Jahr die ,,ML"er in diesem Häufchen mit der Ausschaltung ihrer nicht ganz so wilden Gegner in der Organisation zu tun hatten.

Sei es wie es sei, die von opportunistischen Schlacken gesäuberte und ausgerichtete neue OCA präsentiert sich jetzt als lupenrein ,,ml". Gewisse frühere Zugeständnisse (in den Veröffentlichungen vom vergangenen April) an die reale Lage in Angola und im südlichen Afrika sind jetzt vollständig fallengelassen worden. Jetzt heißt es beispielsweise über Angola: *,,Das vaterlandsverräterische Marionettenregime des Dr. Neto ist ein neo-kolonialistisches und faschistisches Regime, das von der sowjetrevisionistischen Clique geführt wird".* Der Kampf gegen den *,,sowjetischen Sozialimperialismus"*, der Angola *,,in seine Militärbasis verwandeln will, um seine abenteuerliche Offensive in Südafrika fortzusetzen"*, wird als zentrale Aufgabe der OCA angesehen, der Imperialismus überhaupt nur noch formal am Rande erwähnt, von den Rassisten-Regimes Südafrikas ist schon gar nicht die Rede.

Da die OCA jetzt übrigens Enver Hodscha als sechsten in die Klassiker-Galerie aufgenommen hat, wird offensichtlich auf die bisher nicht erfolgte ,,offizielle Anerkennung" dieses Gebildes durch Albanien und die von Albanien abhängigen Komiker-Parteien spekuliert. Unserer Einschätzung nach wird eine entsprechende erstmalige Würdigung der OCA im ,,Toten Morgen" der ,,KPD/ML" kaum noch lange auf sich warten lassen.

**Geister-Kommission**
**KB/Gruppe Hamburg**

# Noch was zum Schmunzeln

Zur Zeit geht folgender Witz 'rum:

Kaninchen kommt ins KBW-Büro und fragt:
,,Hat Du Arbeiterkampf?"

Der KBWler genervt: ,,Natürlich nicht!"
Am nächsten Tag erscheint Kaninchen wieder:
,,Hat Du Arbeiterkampf?"
KBWler: ,, So ein konterrevolutionäres Blatt darf nicht vertrieben werden !"
Und am nächsten Tag kommt Kaninchen wieder und am darauffolgenden usw., bis es dem KBWler zu doof wird und er extra einen AK kauft.
Kaninchen: ,,Hat Du Arbeiterkampf?"
KBWler: ,,Ja, hier..."
Kaninchen: ,, Mut Du lesen!"

**(Berichtet von Genossen der Hamburger Antifa-Kommission)**

# Aktivitäten zum Russell-Tribunal „BRD"

**Schweiz.** Die Initiative zu einem Russell-Tribunal über die Repression in der BRD wird in der Schweiz von mehreren demokratischen und sozialistischen Gruppierungen unterstützt. Gespräche darüber fanden bisher zwischen der PSUP, der PSA und der Gruppe „demokratisches Manifest" statt. Für die französische Schweiz hat sich in Genf ein Komitee gebildet, das einen Aufruf verfaßt hat, der von Intellektuellen ; Künstlern, Abgeordneten etc. unterzeichnet wurde:

**Aufruf**

*„Alarmiert durch die wiederholten und systematischen Angriffe auf die grundlegenden Freiheiten – Meinungs-, Versammlungs- und Organisationsfreiheit – und auf das Recht auf Arbeit in der Bundesrepublik Deutschland, besonders durch die Praxis der Berufsverbote,*

*überzeugt von der Wichtigkeit einer möglichst breiten Information und einer Mobilisierung der Solidarität auf internationaler Ebene,*

*beunruhigt über die Folgen aller Art, die eine Praxis der politischen, gewerkschaftlichen und sozio-kulturellen Einschüchterung in Deutschland haben würde, wenn sie sich durchsetzt,*

*verurteilen die Unterzeichnenden Methoden, die auf ein permanentes Klima von Mißtrauen, Denunziation, Konformismus und Intoleranz hinzielen, was schlicht und einfach zur Liquidierung jeglicher Opposition gegen ein Modell gesellschaftlichen Wohlverhaltens führen kann, das von der politischen Macht bestimmt wird.*

*Sie versichern ihre Solidarität mit den Opfern (Lehrer, Studenten, Intellektuelle, Künstler, unabhängige Persönlichkeiten und linke Genossen) von Praktiken, die einen ständigen Druck bewirken, jede Schöpfung, jede Aktion, jede autonome Äußerung einer Selbstzensur zu unterwerfen.*

*Sie rufen dazu auf, ein Russell-Tribunal über die politische Unterdrückung in der Bundesrepublik zu schaffen, und bitten die Bertrand Russel-Stiftung, die notwendige Informations- und Untersuchungsarbeit aufzunehmen."*

**Komitee (französische Schweiz) für ein Russell-Tribunal über die politische Unterdrückung in der BRD (Postadresse: Case 207, 1211 Geneve 4).**

**Frankfurt.** Der Arbeitskreis gegen die Repression (fortschrittliche Anwälte, Westdeutsches Irland-Solidaritätskomitee/WISK, eine ehemalige Berufsverbote-Initiative an der Uni, Informationsdienst/ID, Frankfurter KB-Gruppe sowie unorganisierte Genossinnen und Genossen), der sich im Rahmen der Russell-Tribunal-Kampagne gebildet hat, trat am 15. Dezember mit einer Veranstaltung *„Politische Repression und alternatives Leben"* an die Öffentlichkeit. Die Veranstaltung war mit 700 - 800 Teilnehmern für Frankfurter Verhältnisse ziemlich gut besucht – wohl vor allem deshalb, weil eine Auseinandersetzung um das umstrittene Sponti-Konzept „alternatives Leben" (Wohngemeinschaften, Kneipen, Jugend- und Frauenzentren) statt „traditioneller" linker Politik (Betriebsarbeit, militante Aktionen, linke Organisierung etc.) mit einiger Spannung erwartet wurde. Auch die Zusammensetzung Spontis/KB trug offensichtlich zur Mobilisierung bei.

Die Veranstaltung wurde mit zwei kontroversen Referaten eröffnet (Th. Schmid von der Zeitschrift „Autonomie", eine Art theoretisches Sponti-Organ, und KB).

Der KB-Beitrag beschränkte sich darauf, einige besonders krasse „Hämmer" in der „neuen Theorie" wie sie von Th. Schmid vertreten wird, aufzudecken (die Arbeiter sind *„Fesseln für die Revolution"*, da sie den Kapitalismus angeblich am meisten „verinnerlicht" hätten, während dagegen bei CSU-Wählern, „Südtiroler"Nationalisten etc. lobenswerte Tendenzen *„gegen die knochendürre kapitalistische Vernunft der Sozis"* entdeckt werden; der Marxismus-Leninismus ist *„von vorn bis hinten dem bürgerlichen Dreck abgeguckt"*, weil die Marxisten *„ein bewunderndes Verhältnis zum Staat, d.h. zur zentralisierten Gewalt, zur Herrschaft, zur Hierarchie"* hätten; Ersetzung des Widerspruchs Kapital/Arbeit durch das Verhältnis Mensch/Natur usw.).

Als danach ein Betriebsgenosse die Tendenz kritisierte, daß politische Arbeit von vielen Alternativlern inzwischen rundweg abgelehnt wird, daß man nicht einmal mehr in der Lage gewesen sei, rechtzeitig aktiv in die Anti-AKW-Bewegung einzugreifen usw., brach eine heftige Auseinandersetzung unter den Spontis aus. Cohn-Bendit und andere setzten sich gegen die Kritik zur Wehr, gaben aber zu, daß viele Alternativ-Projekte in einer schweren Krise seien, daß die vom Staat erfahrene Repression teilweise in Aggressivität innerhalb der eigenen Reihen umschlägt und daß man die ganze Situation grundsätzlich neu diskutieren müsse. Andere Spontis hatten die „Macker-Diskussion" satt und wollten selber von ihren Erfahrungen innerhalb der Alternativ-Projekte berichten. Obwohl die Diskussion ergebnislos abgebrochen werden mußte und die Versammlung ziemlich „unordentlich" zu Ende ging, ist trotzdem erst einmal der Beginn einer Auseinandersetzung und die Bereitschaft dazu als Erfolg zu werten. Die Diskussion wird anhand der konkreten Erfahrungen einzelner Alternativ-Projekte mit der Problematik der Repression fortgeführt werden müssen.

Der Arbeitskreis wird sich darüberhinaus mit Repressions-Fällen im Frankfurter Raum befassen und aktuell die für Anfang März im Rahmen der Russell-Initiative geplante Konferenz von Gruppen und Komitees, die gegen die Repression arbeiten, vorbereiten, für deren Zustandekommen er sich von Anfang an besonders eingesetzt hatte.

**Hamburg.** Eine örtliche Vorbereitungsgruppe für das Russell-Tribunal „BRD" hat sich Anfang des Jahres gebildet. Bisher nehmen daran teil: ESG, Projektgruppe Russel-Tribunal in der ISZ Hamburg (SB), KB, SSB, GIM, Arbeitsgruppe „gegen politische Unterdrückung in der BRD" (Uni) und Unabhängige. Das Komitee gegen die Berufsverbote am Eppendorfer Universitätskrankenhaus und die Jungdemokraten haben ebenfalls eine Teilnahme zugesagt, bei den Falken und der Hamburger Hochschullehrerinitiative wird das Projekt noch diskutiert. Die Hamburger Initiative „Weg mit den Berufsverboten", die VAN und die DKP haben sich bisher abwartend bis ausweichend verhalten.

Trotz vorhandener Widersprüche über das Selbstverständnis der Gruppe (soll man sich auf eine reine Dokumentation von Fällen beschränken oder sich auch zu aktuellen politischen Auseinandersetzungen einen Standpunkt erarbeiten und entsprechend eingreifen?) konnte über eine Reihe anzugehender Aufgaben Einigkeit erzielt werden: Aufarbeitung der Repression im Hamburger Raum, Mitarbeit an dem geplanten überregionalen „Informationsbulletin" sowie eigene Publikationen, Veranstaltungen, Gesprächsrunden etc.

Ein erster Veranstaltungsvorschlag der SB-Genossen zum Thema „Repression in Ost und West" wurde abgelehnt, da sich die Russell-Initiative ausdrücklich auf die Unterdrückung in der BRD beziehe. Inzwischen wurde verabredet, am 7. Mai anläßlich des Jahrestages der Befreiung vom Faschismus eine Großveranstaltung zum Thema „Deutschland – Modell für Europa?" durchzuführen.

Dort soll die Repression in der BRD und die Bedrohung, die von ihr für die Völker Europas ausgeht, vor dem historischen Hintergrund (Tradition eines autoritären Staates, Faschismus, Adenauer-Ära) behandelt werden. Sprecher des antifaschistischen Widerstands in Deutschland, Frankreich und Italien sollen eingeladen werden. Ziel der Veranstaltung soll ein demonstrativer Aufruf an alle demokratischen Kräfte Westeuropas sein, ihre Aktivitäten gegen das „Modell Deutschland" zu verstärken und zu diesem Zweck zusammenzuarbeiten. Erste Vorgespräche, in denen das Projekt dieser Veranstaltung angesprochen wurde, lassen bereits ein ziemlich positives Echo darauf erkennen.

# So sehen's die andern

**Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD:** Die Initiative für ein Russell-Tribunal über die BRD sei abzulehnen, weil die „entscheidenden" (?) Gruppen, die heute in der BRD den Kampf gegen Berufsverbote führen – nämlich die DKP-beherrschten Berufsverbote-Komitees – davon *„ausgeschlossen"* seien (Vertreter des Arbeiterbund auf einer Veranstaltung in Regensburg).

**„KPD"**: *„Genau dies tun jene ‚Russel'- oder ‚Aktionskomitees gegen Berufsverbote'* (sie „lassen sich vor den Karren der DKP spannen" – Anm. AK), *die von Trotzkisten verschiedener Schattierungen aufgebaut wurden und – man höre und staune – nicht etwa die Sowjetunion, sondern die BRD zur Hegemonialmacht in Europa erklären ... Sie unterstützen die DKP-Berufsverbots-Komitees und zählen die DKP zur ‚linken', sozialistischen oder ‚demokratischen Bewegung', wie dies jüngst im ‚Arbeiterkampf' des KB-Nord in seinem Aufruf für ein ‚Russel-Komitee' nachzulesen war.*

*Mit einer solchen Stoßrichtung den ‚demokratischen Kampf' zu führen, bedeutet schlichten Herzens (oder absichtlich?) Wasser auf die Mühlen der DKP nicht nur zu träufeln, sondern zu schütten und die wirkliche Hegemonialmacht in Europa, die Sowjetunion, zu unterstützen"* („Rote Fahne", 27.10.76). –

Übrigens: Einer spinnt immer – bei zweien wird's schlimmer! So sehen wir's ...

– Anm. AK), *die von Trotzkisten verschiedener Schattierungen aufgebaut wurden und – man höre und staune – nicht etwa die Sowjetunion, sondern die BRD zur Hege-*

*pa, die Sowjetunion, zu unterstützen"* („Rote Fahne", 27.10.76). –
Übrigens: Einer spinnt immer – bei zweien wird's schlimmer! So sehen wir's ...

# Was will eigentlich die GIM?

Tribunal über die politische Unter- am meisten" „verinnerlicht" hätten, stützung zu gewinnen und sich ge- berhinaus mit Repressions-Fällen im

# Was will eigentlich die GIM?

Wie in AK 95 berichtet, hatte die Zeitschrift "links" (Sozialistisches Büro) in ihrer Dezember-Ausgabe gegenüber dem KB den Vorwurf erhoben, er würde das Russell-Tribunal-Projekt nur deshalb unterstützen, um sich *„publizistisch"* als *„Zentrum der Mobilisierung des Widerstands gegen die Repression"* in den Vordergrund zu spielen und um *„Ansatzpunkte für den Ausbau seiner bisher weitgehend auf den norddeutschen Raum beschränkten Organisation zu finden"*. Diese mehr als „eigenwillige" Interpretation der Differenzen in der Initiative war von KB, ID und zwei weiteren teilnehmenden Gruppen in einer Gegendarstellung zurückgewiesen worden. Während die "links" in ihrer nächsten Ausgabe diese Gegendarstellung unkommentiert abdruckte und ansonsten auf eine peinlich genaue Darstellung der Diskussionen und Vereinbarungen achtete (immerhin!), sah sich die GIM genötigt, voll einzusteigen, um ja keine Chance auszulassen, den KB zu diffamieren („was tun", Nr. 137). Neben der schäbigen Methode, mit Unterstellungen gegen den KB zu arbeiten, weil man eine politische Auseinandersetzung offenbar scheut, erscheint die gesamte Initiative einschließlich der ausländischen teilnehmenden Gruppen in der „was tun" – nicht zum ersten Mal – in einem äußerst negativen Licht.

Die GIM „befürchtet", der KB wolle mit seiner Forderung nach öffentlicher Vorbereitung des Russell-Tribunals dieses *„für Parteiaufbauzwecke instrumentalisieren"* und belegt dies mit der unverschämten Behauptung: *„Unsere Befürchtungen waren durch die Praxis des KB im Oktober (?) genährt worden, als dieser schon durch's Land (vor allem Orte, wo er nicht vertreten ist) zog und kundtat, ein Russell-Tribunal sei gegründet, ein lokales Komitee gelte es schnellstens auch aus der Taufe zu heben"*. Diese Methode ist vor allem deshalb so übel, weil die GIM natürlich weiß, daß der KB in seiner Presse und in öffentlichen Rundschreiben kontinuierlich und – im Gegensatz zur „was tun" – vor allem k o r r e k t über den Stand der Vorbereitungen informiert hat. Da der KB in Bezug auf seine schriftliche und für jederman nachprüfbare Informationsarbeit „unangreifbar" ist, muß man schon irgendwelche nicht näher genannten Orte erfinden, um diese Lüge notdürftig zu untermauern. Konkret: W o zog „der KB" durchs Land und w a n n
de in welcher Stadt mit falschen
aben zur Gründung eines „lokalen Russel-Komitees" aufgerufen??

Das stärkste Stück leistet sich die GIM freilich mit ihrer Darstellung des Pariser Treffens vom 28.11.76 zur Durchführung des Tribunals. Angeblich seien sich nahezu alle Anwesenden einig gewesen, und nur *„aufgrund der ausgesprochen ultimatistischen Haltung vor allem des KB"* habe es kein verbindliches Ergebnis gegeben, so daß die Sitzung ausgegangen sei *„wie das Horneberger Schießen"*. Tatsächlich war in Paris ein präziser Verfahrensvorschlag der PSU (siehe AK 95) verabschiedet worden, dem sich unter Vorbehalten auch das SB und GIM selber angeschlossen hatten und der als ersten Schritt die sofortige öffentliche Mobilisierung für das geplante Tribunal beinhaltete – also genau das, was die GIM als so verwerflich am KB kennzeichnet. Es ist doch interessant, einmal zu sehen, welch dreister Methoden sich die „was tun" in ihrer Berichterstattung bedient...

Überhaupt würde uns einmal interessieren, was die GIM unter „breiter Unterstützung radikaldemokratischer Kreise" versteht und vor allem, welche konkreten E r f a h r u n g e n die GIM mit ihren Vorstellungen von Bündnispolitik bereits gemacht hat.

Bei allen Sprüchen, die die GIM über die „größtmögliche Breite" klopft, fällt doch ihre P r a x i s im Vergleich zu der des KB auch auf diesem Gebiet recht kümmerlich aus!

Die GIM geht (wie das SB) davon aus, daß allzu starke öffentliche Aktivitäten der radikalen Linken für das Russel-Tribunal eine Unterstützung sozialdemokratischer bzw. liberaler Kreise gefährden würden. **Nach eigenen Aussagen wäre es der GIM am liebsten gewesen, wenn in den linken Zeitungen über die bisherigen Vorbereitungen zu einem Russell-Tribunal überhaupt nichts erschienen wäre!**

Uns freilich geht es nicht darum, ein paar Jusos oder Falken als „Aushängeschilder" in irgendeinem Komitee zu haben. Diese Methode ist von der DKP bis zur „Perfektion" praktiziert worden, ohne daß dadurch jemals eine „breite Unterstützung" wirklich erreicht worden wäre. Es sind dann ja auch immmer dieselben Gesicher, die jahrelang zu allen möglichen Anlässen „die radikaldemokratischen Kräfte repräsentieren." Stattdessen halten wir es für wichtig, linke Sozialdemokraten bzw. FDP-ler zu einer Mitarbeit zu gewinnen, die willens und in der Lage sind, darum eine Auseinandersetzung in ihren Organisationen zu führen, um fortschrittliche Kollegen für eine Unterstützung zu gewinnen und sich gegen die Angriffe ihrer Parteivorstände zur Wehr zu setzen.

Aufgrund der Machtverhältnisse in SPD, FDP oder DGB ist unmittelbar einsichtig, daß diese Auseinandersetzung nur öffentlich erfolgriech geführt werden kann. Dabei stehen die linken Zeitungen de facto als einziges, keiner Zensur unterliegendes Forum zur Verfügung. Glaubt die GIM etwa, durch „taktisches Geschick" das Russell-Tribunal vor antikommunistischen Angriffen und Verdächtigungen schützen zu können? Oder ist es nicht vielmehr so, daß die Bourgeoisie zu diesem Mittel greifen würde, selbst wenn kein einziger Kommunist an dieser Initiative beteiligt wäre?!

Für eine Gruppe mit revolutionärem Anspruch ist die Haltung der GIM allerdings nicht nur in dieser Frage einigermaßen erstaunlich. Die GIM versuchte und versucht bis heute, das Tribunal auf die Frage der Berufsverbote zu beschränken bzw. (als „Zugeständnis" an die Mehrheitsmeinung) auf die staatliche Repression im engeren Sinne (Repressionsgesetze). Hingegen wehrt sie sich gegen eine Behandlung der Unvereinbarkeitsbeschlüsse und Gewerkschaftsausschlüsse.

Mal heißt es, die bürgerlich-demokratischen Kräfte, aus denen sich das Russell-Tribunal zusammensetze, dürften sich nicht „in die Belange einer Arbeiterorganisation (DGB) einmischen", ein andermal wiederum soll dies unmöglich sein, weil die Ausschlüsse eine „interne Angelegenheit" des DGB seien und es dafür keine legalistischen Kriterien gäbe, an die ein Russell-Tribunal aber gebunden sei usw.

Ebenso eifrig ist die GIM bemüht, inhaltliche politische Stellungnahmen aus der Arbeit der unterstützenden Komitees herauszuhalten. deren Aufgabe lediglich eine „Dokumentation" der Repression sei. All das wirft die Frage auf, welche politischen Aufgaben die GIM sich selbst eigentlich in dieser Initiative stellt. Welche „Strömung" gedenkt die GIM in den Unterstützungskomitees zu „repräsentieren"?

Um einem entsprechenden Aufschrei der Genossen gleich vorzubeugen: Wir denken gar nicht daran, die Teilnehmer der GIM an dieser Initiative anzugreifen. Wozu auch? Die Anwesenheit der GIM war bisher ohnehin nahezu belanglos. Aber was eigentlich die Perspektive und das Selbstverständnis ihrer Mitarbeit sein sollen – darüber dürfte die GIM nicht nur den Mitgliedern ihrer eigenen Organisation eine Erklärung schuldig sein ...

# Initiative „Weg mit den Berufsverboten" in der Krise

Am 18.1.77 veröffentlichte die „Frankfurter Rundschau" einen Brief des Juso-Bundesvorstandes an die überregionale Initiative „Weg mit den Berufsverboten" (Sitz in Hamburg). Diese Initiative ist gewissermaßen die Koordinationsstelle aller mit der DKP zusammenarbeitenden Komitees und wird wie diese von den Revisionisten politisch dominiert.

Der Juso-Bundesvorstand, der über seinen stellvertretenden Bundesvorsitzenden in der Initiative mitarbeitet, hat nun die „lieben Kolleginnen und Kollegen" aufgefordert, *„im Interesse der politischen Glaubwürdigkeit der Anstrengungen gegen die Berufsverbote in der Bundesrepublik, ebenso öffentlich gegen die in der DDR ausgesprochenen Berufsverbote, insbesondere auch gegen die Ausbürgerung Wolf Biermanns zu protestieren"*. Das *„bisherige Schweigen"* dazu bzw. die Rechtfertigung der Ausbürgerung durch die DKP (die freilich nicht namentlich genannt wird) ist den Jusos *„unerträglich"*.

Im Zusammenhang mit der Veröffentlichung des Juso-Briefes wurde bekannt, daß auch der Hamburger Bürgerschaftsabgeordnete Gerhard Weber (FDP) die Initiative vor einiger Zeit – allerdings ohne öffentlichen Eklat – verlassen hat, ein Verlust, der die DKP noch mehr schmerzen dürfte als die Juso-Angriffe.

Weber genießt aufgrund seines persönlichen Engagements bei unabhängigen Demokraten ein ziemliches Ansehen, weswegen er von der Springerpresse seit Jahren schärfstens angegriffen wird. Ferner ist es ein ‚offenes Geheimnis', daß einige Unabhängige wenig Interesse an einer weiteren Mitarbeit in der Initiative zeigen bzw. sich ebenfalls mit dem Gedanken eines Austritts tragen.

Die DKP muß befürchten, in der Initiative „Weg mit den Berufsverboten!" (und nicht nur dort) demnächst „unter sich" zu sein.

Wir halten es für richtig, die DKP in allen möglichen Initiativen, Aktionsbündnissen, Gewerkschaftsgruppen usw. ständig und immer wieder mit der Frage Biermann, Unterdrükkung demokratischer Kritik in der DDR, undemokratische Praktiken der DKP selbst usw. zu konfrontieren. Wir sind sogar der Meinung, daß die DKP in dieser Beziehung von der westdeutschen Linken noch viel zu sehr geschont wird – zwar aus durchaus ehrenwerten Motiven (um den herrschenden Antikommunismus und die Anti-DDR-Hetze nicht zu unterstützen und durch das Beispiel der Vaterlandsverteidiger abgeschreckt), aber doch mit der objektiven Wirkung, daß diese Rücksichtnahme von der DKP-Führung als Freibrief für ihre Machtpolitik benutzt wird.

So glaubt es sich die DKP immer noch leisten zu können, auf Demonstrationen, die von demokratischen Bündnissen durchgeführt werden, ihre berüchtigte „Ordner"-Truppe einzusetzen, um andere Linke am Zeitungsverkauf zu hindern, nicht genehme Transparente zu entfernen etc.

Man sollte sich auch nicht von den demagogischen Manövern der DKP einschüchtern lassen, dies hätte mit unserem Kampf nichts zu tun, würde nur von unseren konkreten Aufgaben „ablenken" usw. Schließlich wird dieser „reale Sozialismus" bei anderer Gelegenheit von der DKP uneingeschränkt als eigene gesellschaftliche Zielvorstellung gepriesen. Auch die Angst, die DKP als möglichen Bündnispartner zu verlieren, ist durchaus unberechtigt, da es die DKP selber ist, die vor der Situation steht, nahezu alle Bündnispartner zu verlieren.

Andererseits ist es natürlich ein Hohn, wenn ausgerechnet der Juso-Bundesvorstand auf „Glaubwürdigkeit" im Kampf gegen die Berufsverbote pocht. Neben Willy Brand und Helmut Schmidt selbst gibt es wohl niemanden, der so dreist wie die Juso-Führung versucht hätte, die Bewegung gegen die Berufsverbote an der Nase herumzuführen. Schließlich war es der damalige Juso-Bundesvorsitzende Wolfgang Roth gewesen, der nach einem SPD-Parteitag (1973) die sensationelle Äußerung wagte, die Berufsverbote seien „vom Tisch" – lange bevor die SPD-Führung selber die internationale Öffentlichkeit darüber „aufklärte", daß es in der BRD keine Berufsverbote gibt. Bis zum heutigen Tag hat es unseres Wissens keine Selbstkritik des Juso-Bundesvorstandes zu dieser „Einschätzung" gegeben. Die Juso-Führung war es auch gewesen, die die Forderung nach „Einzelfallprüfung" lange Zeit zu ihrem Steckenpferd gemacht und deren „Durchsetzung" als großen

Fortsetzung Seite 47

# „Kampf der westeuropäischen Sozialdemokratie!"

Vom 26. bis 28.11.76 tagte in Barcelona die „1. Konferenz der sozialistischen Parteien des Mittelmeerraumes" mit Delegationen von 17 Parteien und Bewegungen. Bezeichnenderweise fand diese Konferenz gleichzeitig mit der Tagung der „Sozialistischen Internationale" in Genf und der nordeuropäischen sozialdemokratischen Parteien in Helsinki statt. Die drei – gleichzeitigen – Konferenzen demonstrieren recht anschaulich die innere Zerrissenheit des sozialdemokratischen/sozialistischen Lagers. Mehrere dieser Parteien besuchten zwei Kongresse gleichzeitig. Insgesamt nahmen an der Konferenz der Mittelmeer-Parteien in Barcelona teil:

1. **„Arabische Sozialistische Union Lybiens"**
2. **„Sozialistische Volkspartei Spaniens" (PS)**
3. **„Föderation Sozialistischer Parteien Spaniens" (FPSE)**
4. **„Vereinigte Sozialistische Partei Frankreichs" (PSU)**
5. **„Volksbefreiungsfront Algeriens" (FLN)**
6. **EDEK (Zypern)**
7. **„Sozialistische Partei Portugals" (PSP, Soares)**
8. **„Gruppe Sozialistischer Intervention" (GIS, Portugal; ein „linker" Debattier-Club und „linkes" Feigenblatt für Soares)**
9. **Baath-Partei Syrien**
10. **„Sozialistische Partei" Tunesien**
11. **„Sozialistische Partei Italiens"**
12. **Baath Partei Irak**
13. **Labour Party Malta**
14. **„Nasseristische Arabische Sozialistische Organisation des Libanon"**
15. **„Union Sozialistischer Volkskräfte" Marokko**
16. **„Organisation für die Befreiung Palästinas" (PLO)**
17. **„Panhellenische Sozialistische Bewegung" (PA SO K)**

In den Beschlüssen von Barcelona kommt der Wille der „Linkssozialisten" aus den Mittelmeerländern zum Ausdruck, sich stärker von der europäischen Sozialdemokratie abzugrenzen und eine stärker antiimperialistische Linie zum Ausdruck zu bringen; die Zusammenarbeit dieser Kräfte sollte intensiviert werden.

Im folgenden stützen wir uns auf den Artikel der „Exormisi", Zentralorgan der griechischen PA SO K, die offenbar einer der Hauptinitiatoren und zweifellos die Hauptkraft auf dem linken Flügel dieser im wesentlichen gegen die westdeutsche und skandinavische Sozialdemokratie gerichteten Initiative ist („Exormisi" – „E" – , 3.12.76).

*„In dem Augenblick, wo in Genf die internationale Sozialdemokratie für ein weiteres Mal ihre antikommunistische Hysterie und ihr monopolfreundliches Fundament bloßlegten, legten die antiimperialistischen sozialistischen Parteien des Mittelmeerraumes die Grundlagen für eine dauerhafte zukünftige Zusammenarbeit."*

...die Konferenz *„drückte die Gefühle der Solidarität mit den konsequenten spanischen sozialistischen Kräften aus, die kürzlich dem unverschämten Angriff der deutschen Sozialdemokratie ausgesetzt worden sind.*

*Die Konferenz wurde journalistisch von den meisten ‚seriösen' in- und ausländischen Zeitungen erstickt. Es war also natürlich, daß die Teilnehmer die monopolistische Kontrolle über die Masseninformationsmittel anmerkten. So wurde die Schaffung einer freien Nachrichtenagentur der Mittelmeervölker in die Wege geleitet, ungebunden von der Abhängigkeit der internationalen Nachrichtenagenturen."*

Die Beziehungen mit den reichen nordeuropäischen Ländern müßten auf das „Prinzip der Gleichwertigkeit" und nicht der „ökonomischen Hegemonie" und „neokolonialistischen Ausbeutung" gegründet werden. Die sozialistischen Parteien müßten eine autonome Politik gegenüber jeder Form des Imperialismus entwickeln.

*„Der Vorschlag der PASOK zur Schaffung eines gemeinsamen Marktes der Mittelmeervölker"* habe „*einen positiven Widerhall bei den anderen sozialistischen Parteien"* gefunden.

*„...Die heutige EG läuft Gefahr, sich in ein unabsehbares und von den USA kontrolliertes Bündnis im Rahmen der Internationalisierung des Kapitals zu entwickeln.*

*– Es wird ein vereinigtes Europa mit einem ‚übernationalen' Parlament zusammengebaut, dessen Hegemonie die deutsche und französische Bourgeoisie haben werden, vielleicht unter sozialdemokratischen Mantel.*

*– Die antidemokratischen Maßnahmen, die die deutsche Sozialdemokratie gegen die fortschrittlichen Kräfte getroffen hat* (gemeint sind Berufsverbote etc. – AK), *geben zu verstehen, daß das vereinigte Europa des Herrn Schmidt nicht nur reformistisch sein wird, sondern auch zum Schrumpfen der echten sozialistischen Kräfte des Alten Kontinents führen wird."*

Der Erfolg der Konferenz liege u. a. in der „Entschlossenheit zur Schaffung einer gemeinsamen antiimperialistischen Front" der „konsequenten sozialistischen Parteien des Mittelmeerraumes".

Der zentrale organisatorische Vorschlag auf der Konferenz war die Schaffung eines ständigen Sekretariats in Lybien als antiimperialistisches Koordinationszentrum. Waren in Barcelona nahezu alle „sozialistischen" Parteien des Mittelmeerraumes vertreten, so ist an der Reaktion auf dieses Projekt eine klare Polarisierung festzustellen, die nach den Vorstellungen u.a. der PASOK auch noch weiter verschärft werden soll. So beteiligten sich an dem ständigen koordinierenden Sekretariat seitdem:

1. **PSP Spanien**
2. **FPSE Spanien**
3. **Labour Party, Malta**
4. **„Arabische Sozialistische Union Lybiens"**
5. **PLO**
6. **PASOK**

**Die „sozialistische" Partei des Herrn Soares aus Portugal und die rechte syrische Baath-Partei nehmen an dem Sekretariat nicht teil.**

Das Sekretariat wird die Vorbereitung der zweiten Mittelmeerkonferenz in der Republik Malta im Sommer 1977 übernehmen.

Auf Vorschlag der PASOK wird in Athen ein *„Mittelmeer Studienzentrum"* eingerichtet, das sich befaßt mit Themen *„des Friedens und der Sicherheit im Mittelmeerraum", „der Unterentwicklung, der Einordnung der reichtumproduzierenden Quellen in den Rahmen eines nationalen Wirtschaftsplans, der Abhängigkeit"*, sowie *„den Formen imperialistischer Infiltration und den Kampfformen, die entwickelt werden müssen, damit die Grundlagen für die Herausbildung einer gemeinsamen antiimperialistischen Politik und Zusammenarbeit zwischen den Völkern Südeuropas, des Nahen Ostens und Nordafrikas geschaffen werden."*

Die Konferenz verabschiedete u.a. folgende programmatische Vorstellungen:

*„1. Entfernung aller fremden militärischen Kräfte aus dem Mittelmeerraum, damit die Völker dieser Region friedlich und frei leben können.*

*2. Es kann keinen Frieden am Mittelmeer geben, solange die legalen nationalen Rechte des palästinensischen arabischen Volkes nicht anerkannt sind. Die Konferenz unterstützt den bewaffneten Kampf des palästinensichen Volkes unter der Führung der Organisation zur Befreiung Palästinas (PLO).*

*3. Die Konferenz sichert den Volkskräften und fortschrittlichen Befreiungsbewegungen ihre Unterstützung zu in ihrem Kampf für die sozialistische Umgestaltung, die nationale Unabhängigkeit und die Freiheit. Sie verurteilt ebenso die unterdrückenden Kräfte, die die Absicht haben, den Kolonialismus, den Imperialismus, den Zionismus, den Rassismus und den Faschismus zu etablieren und zu verstärken.*

*4. Intensivere Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen den sozialistischen und fortschrittlichen Kräften des Mittelmeerraumes in Bezug auf Politik, Kultur und Wirtschaft."* (nach „Exormisi", a.a.O.)

Der Vertreter der PASOK, M. Dheloukas, betonte in seiner Rede noch einmal ausdrücklich das Ziel, die „Mittelmeerinternationale" zu einem Organ zu entwicklen, das eindeutig der „2. Internationale" der Sozialdemokraten gegenübergestellt wird, die „ausschließlich die Interessen des Imperialismus vertreten".

Trotz der antiimperialistischen Resolutionen dieses Mittelmeer-Kongresses und trotz ihrer scharfen Abgrenzung gegenüber dem westeuropäischen Sozialdemokratismus, handelt es sich bei den Konferenz-Teilnehmern doch weniger um einen einheitlichen linkssozialistischen Parteienblock, sondern um einen stark heterogenen (aus verschiedenen Richtungen bestehend) Block mit vorwiegend taktischen Gemeinsamkeiten bei gleichzeitig scharfen Differenzen untereinander (die z.B. im Fall Syrien/ Palästina noch während der Konferenz mit Waffengewalt ausgetragen wurden):

– Der gesamte Block der arabischen Parteien, die PLO (Palästina) und FLN (Algerien) eingeschlossen, können nicht als sozialistische oder linkssozialdemokratische Parteien angesehen werden, sondern sind – mit Abstufungen und Differenzen untereinander – samt und sonders dem Lager eines – für Länder der „3. Welt" typischen – ‚linken' Nationalismus zuzurechenen. Auch die Labour Party aus Malta gehört am ehesten diesem Parteien-Block an.

– Die PSI (Italien) und PSP (Portugal) sind Parteien mit starken (PSI) und überstarken (PSP) Verbindungen zur westeuropäischen Sozialdemokratie und insbesondere zur SPD. In diesen Parteien selbst existieren neben sozialistischen Tendenzen auch starke (z.T. mehrheitliche) typisch sozialdemokratische Tendenzen.

– Allein die EDEK (Zypern), die PASOK (Griechenland), die beiden spanischen Parteien (PSP und FPSE) und die PSU (Frankreich) können als echte links-sozialistische Kräfte bezeichnet werden, in denen sogar stärkere revolutionäre Strömungen auftreten (insbesondere bei der PSU).

Mit Ausnahme der PSU haben alle diese Parteien mehr oder weniger starke Beziehungen zu ihrer jeweiligen Bourgeoisie, z.T. sind sie deren politische Hauptvertreter und regierungsamtliche Geschäftsführer (u.a. Irak, Syrien, Libyen). – So ist der „Anti-Imperialismus" dieser Kräfte stark über die Konkurrenzsituation der Bourgeoisien dieser Länder gegenüber den starken imperialistischen Mächten (USA, Hauptländer der EG) vermittelt, d.h. daß ihre Gegnerschaft zum imperialistischen System nur relativ ist, demgegenüber sie absolute Gegner der proletarischen Revolution sind. Trotzdem hat dieser Parteienblock im Großen und Ganzen einen positiven Anteil am weltweiten antiimperialistischen Kampf.

Fortsetzung von Seite 46

Fortschritt bezeichnet hatte – was beim Verfassungsschutz sicher auf große Zustimmung gestoßen ist.

Heute, wo im großen Stil „Einzelfälle geprüft" werden, leistet sie sich die Provokation, die Jugendlichen wegen der verbreiteten Einschüchterung und Entpolitisierung anzupöbeln.

Wenn diese Leute jetzt schreiben, die Aktivitäten der Initiative „Weg mit den Berufsverboten!" dürften sich *„aus den dargelegten Gründen keineswegs ausschließlich auf die Berufsverbotepraxis in der Bundesrepublik beschränken"*, so erinnert das fatal an das Vorgehen der SPD-Führung, „nachzuweisen", daß es in allen möglichen Ländern (und besonders natürlich im „Ostblock") „viel schlimmer als bei uns" sei – denn „wir haben ja ein rechtsstaatliches Verfahren bei der Einstellung in den Öffentlichen Dienst" ... Bliebe noch nachzutragen, daß die Juso-Führung damit die erste bedeutendere Gruppe ist, die sich mit diesem Vorgehen (Protest gegen Berufsverbote muß die DDR einbeziehen) eine lange geforderte Linie von Altmeister Dutschke zu eigen macht. Herzlichen Glückwunsch, Rudi!

Für die DKP stellt sich in dieser Situation die Frage, wer überhaupt noch zu Aktionsbündnissen mit ihr bereit ist. Bisher glaubte die DKP aus einer vermeintlichen Stärkeposition heraus, alle Aktionsbündnisse mit Gruppen links von ihr ablehnen und diese als „Chaoten" diffamieren zu können. Dagegen ist der KB (wie auch schon seine Vorläuferorganisationen) von Anfang an immer wieder mit dem Angebot zu Aktionseinheiten gegen rechts an die DKP, und mit ihr befreundete Organisationen herangetreten und hat diese Linie innerhalb der radikalen Linken verteidigt.

So treten wir auch heute dafür ein, im Interesse einer möglichst breiten Abwehrfront gegen die Repression die DKP in die Initiative für ein Russell-Tribunal über die BRD einzubeziehen. Tatsächlich gibt es Anzeichen für ein Umdenken der DKP in dieser Frage. In jedem Fall ist es höchste Zeit für die DKP, darüber nachzudenken, welche Ergebnisse ihr (und der demokratischen Bewegung!) die jahrelange Unvereinbarkeitspolitik gegenüber links gebracht hat.



# Verlag Arbeiterkampf

J. Reents · Lerchenstraße 75 · 2 Hamburg 50

## NAHOST



Anläßlich der Nahost-Solidaritäts- und Veranstaltungskampagne des KB in der BRD bietet der Verlag ARBEITERKAMPF verschiedene Themen-Pakete zu Nahost mit früheren Ausgaben des ARBEITERKAMPF, der INTERNATIONALEN und Broschüren zu herabgesetzten Preisen an.

Dieses Angebot bietet allen Freunden und Genossen die Möglichkeit, sich über die Probleme des Nahen Osten umfassend zu informieren in einer Zusammenstellung, die bisher so noch nicht angeboten wurde:

**Nahost-Paket 1**
**Zur Politik der PFLP und PLO**
6 Nummern des ARBEITERKAMPF, Broschüren „Palästina, Interviews mit dem Widerstand" und „Palästinensische Frauen, Interview mit Laila Khaled", 1 Nahost Poster.
DM 8,-

**Nahost-Paket 2**
**Zu den arabischen Regimes (z.B. Ägypten, Syrien)**
6 Nummern des ARBEITERKAMPF, Broschüren, INTERNATIONALE 20 und INTERNATIONALE 22/23 (Doppelnummer), 1 Nahost Poster.
DM 5,-

**Nahost-Paket 3**
**Zu den Kämpfen im Libanon und Palästina/Israel**
6 Nummern des ARBEITERKAMPF, Broschüren, INTERNATIONALE 20, und INTERNATIONALE 22/23 (Doppelnummer), 1 Nahost-Poster.
DM 5,-

**Nahost-Paket 4**
**BRD-Imperialismus in Nahost; der Iran**
6 Nummern des ARBEITERKAMPF, Broschüren „Palästina, Interviews mit dem Widerstand" und „Palästinensische Frauen, Interview mit Laila Khaled", 1 Nahost-Poster.
DM 8,-

**Nahost-Broschüren-Paket 5**
„Palästina, Interviews mit dem Widerstand" und „Palästinensische Frauen, Interview mit Laila Khaled" (vorher zusammen DM 7,-).
Interview mit Laila Khaled" (vorher zusammen DM 7,-).
DM 3,--

**Nahost-Einzel-Broschüren**

| | |
|---|---|
| „Palästina, Interviews mit dem Widerstand", 120 Seiten | DM 3,00 |
| Zum Nah-Ost-Problem (Nachdrucke aus ARBEITERKAMPF) 38 Seiten Format A 4 | DM 1,00 |
| DIE INTERNATIONALE Sondernummer „Palästinensische Frauen, Interview mit Laila Khaled", 15 Seiten Format A5 | DM 0,50 |
| DIE INTERNATIONALE 20, 38 Seiten Format A 4 | DM 0,80 |
| DIE INTERNATIONALE 22/23 (Doppelnummer) 63 Seiten Format A 4 | DM 2,00 |




**Aus dem Inhalt:**

- Libanon: Die Lage nach Riad
- Syrischer Terror
- Ein 1905 der palästinensichen Revolution Interview mit einem Sprecher der PFLP
- Entwicklung der Kämpfe der Arbeiter in Ägypten (Interview)
- Klassengegensätze in Ägypten verschärfen sich
- 11Jahre Volkskrieg in Oman
- Das blutigste Regime der Welt: der Iran
- Guerillakampf im Iran
- Für eine vollständige Befreiung der West-Sahara (Interview)
- Frauen im Befreiungskampf
- Der KBW zu Nahost: „Die arabische Reaktion ist eine Erfindung der Sowjetunion"

64 Seiten, Doppelnummer, Format DIN-A4, DM 3,50

## WEHRT EUCH!

**NEU!**

**Eine Langspielplatte mit Liedern gegen den Bau von AKW's und die Atomrüstung in der BRD.**

Die Platte wurde am Wochenende vom 15./16. Januar 1977 von Mitgliedern der „Initiative fortschrittlicher Kulturschaffender" (IfK) produziert.

An ihr wirken mit:

**Roter Kaktus, Flensburg; Straßentheater, Hamburg; Druckknöpfe, Rockgruppe aus Hamburg; Michael, Liedermacher aus Hamburg und Musiker der Rockgruppe „Oktober".**

Auf ihr sind u.a. folgende Titel enthalten:

**Kein KKW in Brokdorf, Stoltenberg-Lied, Das Lied der Sargtischler, Frankensteinballade, Evakuierung.**

Die Platte wird in der nächsten Woche erscheinen. Preis: 18 DM

# „Wer im Glashaus sitzt ..."

## Die Fälscher-Methoden der Revisionisten

Vorwiegend aus revisionistischen Quellen kommen von Zeit zu Zeit Berichte über angebliche Kredite der VR China für die faschistische Junta Chiles, über einen angeblichen ausgedehnten Handel der VR China mit der Junta, usw. Hierzulande hat sich ganz ungebeten der KBW zum Verteidiger der angeblichen Kredite aufgeschwungen und wußte sogar exakt anzugeben, wofür die Kredite angeblich sind – für landwirtschaftliche Maschinen z.B. Wir haben uns bisher darauf beschränkt, den nicht bloß jämmerlichen, sondern auch provokatorischen Rechtfertigungsversuchen des KBW entgegenzutreten, ohne die entsprechenden Behauptungen s e l b s t einer Überprüfung zu unterziehen. Wir haben uns da, was man eben n i e tun sollte, auf die Angaben des KBW verlassen. Eine eingehendere Untersuchung indessen, angeregt durch die Anfrage einer Genossin aus Nürnberg, hat jetzt einen Sumpf von revisionistischen Lügen und Fälschungen in dieser Frage offengelegt.

Dies kann nicht die chinesische Außenpolitik, speziell auch gegenüber der faschistischen Junta, rechtfertigen. Es ist bekannt, daß die VR China nicht bloß die diplomatischen Beziehungen nach dem Sturz der UP-Regierung zur Faschisten-Junta beibehalten hat, sondern sich auch in keiner Weise an der internationalen Verurteilung der Junta und der Solidarität mit dem chilenischen Widerstand beteiligt. Gerade dies veranlaßt offenbar die Revisionisten, hemmungslos Gerüchte und Lügen in die Welt zu setzen – im Vertrauen darauf, daß der Ruf der chinesischen Außenpolitik bei allen bewußten Antifaschisten und Antiimperialisten eh zum Teufel ist und man der chinesischen Regierung die ihr unterstellten Sauereien vielleicht tatsächlich zutrauen könnte – zumal die chinesische Regierung sich nicht einmal die Mühe macht, entschieden allen Verleumdungen entgegenzutreten und ihre Haltung klar zu machen.

Die Gerüchte-Kocherei über chinesische Kredite begann, nachdem im September 1975 erstmals seit dem faschistischen Putsch (1973) eine chilenische Wirtschafts- und Handelsdelegation die VR China besuchte. Ausgehend anscheinend von der sowjetischen Zeitung „Sovjetskaja Rossja" (22.9.75) nahm das Gerücht zunächst die konkrete Form an, die VR China „ziehe in Erwägung", Chile einen Kredit von 38 Mio. Dollar zu gewähren (US-Nachrichtenmagazin „Newsweek", „Welt" vom 7.10.75).

Im Juli 1976 war das Gerücht erneut da: „*Wie aus diplomatischen Quellen in Peking verlautet*", solle Chile von der VR China einen Kredit in Höhe von 52 Mio. Dollar eingeräumt kriegen und diesen in den nächsten vier Jahren für den Kauf chinesischer Produkte verwenden („Welt" und „FAZ" vom 14.7.76). In der DKP-Zeitung „die tat" wurde das Gerücht dann ohne Angabe der trüben „Quelle" als scheinbare Tatsache wiedergegeben: „*Mit einem 52-Millionen-Dollar-Kredit hat sich die Volksrepublik China unter die Geldgeber des Regimes Pinochet eingereiht*" („tat", 23.7.76).

Durch die eigenen Lügen kühn geworden, erfanden die Revisionisten gleich darauf sogar noch einen „neuen 100-Millionen-Dollar-Kredit zum Waffenkauf an Pinochet" („Neues Deutschland" vom 30.8. nach der „Prawda" vom 28.8.76). „*Jetzt sei bekannt geworden* (?), *daß die faschistische Junta von den Maoisten einen neuen Kredit in Höhe von 100 Millionen Dollar erhält, vorzugsweise für den Kauf von Waffen*" („ND", s.o.). Schon 1975 habe die VR China der Junta einen Kredit von 58 Mio. Dollar gewährt („ND", s.o.).

Alle diese Lügen sind dadurch gekennzeichnet, daß gar keine oder nur höchst windige Quellen angegeben werden. Weder von chinesischer noch von chilenischer noch von irgendeiner anderen ernstzunehmenden Seite gibt es eine Bestätigung für irgendeinen Kredit. Erst recht ist der angebliche Verwendungszweck („vorzugsweise für den Kauf von Waffen") eine schweinische Erfindung der Revisionisten, die es freilich sehr nötig haben, von ihrer eigenen Kundschaft abzulenken: Wollten sie doch kürzlich sogar Jordaniens König Hussein, dem Schlächter des palästinensischen Volkes, Waffen zum Kauf anbieten!

Es sei im Übrigen darauf hingewiesen, daß die VR China der Unidad-Popular-Regierung 1972/73 einen Kredit bzw. Kredite in einer Gesamthöhe von etwa 111,5 Mio. Dollar gewährte: Davon sollten 65 Mio. Dollar für den Kauf von Industrieausrüstungen, 34 Mio. Dollar für die Finanzierung der technischen Hilfeleistung und 12,5 Mio. als Warenkredit vorgesehen sein (Angaben nach dem in dieser Hinsicht zweifellos unverdächtigen Buch „Die antisozialistische, entspannungsfeindliche Außenpolitik der Pekinger Führer", Ostberlin 1974). Der faschistische Putsch machte die Wahrnehmung dieses Kredits unmöglich; nur ein kleiner Teil (angeblich 5 Mio. Dollar laut „Welt" vom 14.7.76) soll von der Allende-Regierung noch abgerufen worden sein.

Ein anderes revisionistisches Märchen weiß von einem schwunghaften Handel der VR China mit der Junta zu berichten, der nach dem Putsch in Gang gekommen sein soll. Mit Abstand den Vogel abgeschossen hat dabei wieder die „Prawda", die am 28.1.76 behauptete: „ ... *Und nach der VR China fahren Schiffe mit chilenischem Kupfer. Bereits 1974 belief sich der chinesische Import chilenischer Waren auf über 117 Mio. Dollar, 1973 hingegen ,während der Amtszeit der Unidad-Popular-Regierung in Chile, bis zum faschistischen Putsch, machte er nur eine halbe Million Dollar aus*" (zitiert nach „Beilage zur Zeitschrift ‚Sozialismus – Theorie und Praxis' ", Moskau, Mai 1976, S. 21/22).

Leider haben wir nicht die tatsächlichen Zahlen über den Warenaustausch China-Chile finden können. Offensichtlich ist aber, daß die Zahlen der „Prawda" mit der Realität absolut n i c h t s zu tun haben, sondern Phantasie-Produkte sind.

Zum Vergleich: die chinesischen Importe beliefen sich in 1974 auf: 105 Mio. Dollar aus Italien, 109 Mio. Dollar aus Jugoslawien, 60 Mio. Dollar aus Schweden, 154 Mio. Dollar aus der Sowjetunion (nach einer Übersicht in Heft 166 der „Bundeszentrale für Politische Bildung"). Welche Produkte könnte die VR China denn wohl für 117 Mio. Dollar aus Chile bezogen haben ...? China importierte aus Chile im wesentlichen Kupfer und Salpeter. Selbst bei einer Menge von 40.000 t Kupfer (soviel will die VR China angeblich, nach einer sowjetischen Meldung, 1976 aus Chile importieren) ergäbe sich nur eine Summe von weniger als 16 Mio. Dollar! Was soll mit den restlichen 100 Mio. Dollar geschehen sein, für die die VR China 1974 angeblich Waren von der Junta bezog ?! Man sieht schon, daß die „Prawda" an diesem Punkt allzu wild aufgeschnitten hat.

Gegen die Behauptung, die VR China habe 1973 nur für 0,5 Mio. (!) Waren aus Chile bezogen, spricht neben der Höhe der 1972/73 vereinbarten Kredite (insgesamt über 100 Mio. Dollar!!) auch die Tatsache, daß Chiles Handelsbilanz 1972 gegenüber der VR China ein Defizit von immerhin 9-10 Mio. Dollar aufwies („China aktuell", März 1973) – sooo gering kann das Handelsvolumen also nicht gewesen sein! Im Übrigen geben westliche Berichte insgesamt folgende, den Revisionisten krass widersprechende Darstellung: „Bis zum Sturz der Regierung Allende hatte die VR China ihre Kupferimporte hauptsächlich (!) aus Chile bezogen" („China aktuell", November 1975, nach der französischen Presseagentur AFP, 14.8.75). „Seit dem Putsch im September 1973 wurden die Handelsbeziehungen zwischen beiden Staaten auf Sparflamme (!) gekocht" („China aktuell", Oktober 1975, nach „Le Monde" vom 12.9.75). Also das genaue Gegenteil der revisionistischen Lügen !! Tatsächlich ist die VR China dazu übergegangen, Kupfer u.a. von Japan, aus Zaire und Zambia, von Papua-Neuguinea und den Philippinen zu beziehen, statt von Chile! Es gibt keinerlei offizielle Angaben oder belegte Behauptungen, daß die VR China überhaupt noch Kupfer aus Chile bezieht – womit wir nicht bestreiten wollen, daß dies der Fall sein könnte.

Was die Revisionisten hier mit Lügen und Fälschungen praktizieren, um das Märchen vom „Helfershelfer der Junta" aufzubauen, entspricht auch ihrem sonstigen Vorgehen. So konnte man etwa in der sowjetischen Zeitung „Krasnaja Swesda" mit Erstaunen lesen: „*Um sich die Unterstützung seines militaristischen Kurses zu sichern, festigt Peking seine Beziehungen zu den reaktionärsten Kräften in den USA, Großbritannien, der BRD, zu der faschistischen Junta in Chile, zu den Militaristen Israels und zu dem rassistischen Regime der Republik Südafrika*" (nach „horizont" Nr. 3/1976). Beweise? Wie üblich: KEINE! Die in Angola erscheinende revisionistische Zeitung „Diario de Luanda" (die keine Zeitung der MPLA ist und auch nicht deren Stellungnahmen wiedergibt) phantasiert gar, „daß China vom Rassistenregime in Südafrika auch strategische Rohstoffe beziehe. Außerdem entwickelten Peking und Pretoria in raschem Tempo die nekleare Zusammenarbeit" (nach „rote blätter" Nr. 6/1976 des MSB).




Die Methode der Fälscher entspricht haargenau derjenigen, mit der die „ML"er z.B. ihre perversen Schauergeschichten gegen die VR Angola ausbacken: Irgendeiner macht den Anfang, sich eine Lüge aus den Fingern zu saugen; der nächste „zitiert" dann das Gerücht; ein dritter „zitiert" den zweiten usw., bis kaum noch die Herkunft der Lüge mehr zu erkennen ist und die Lüge durch mehrfaches Zitieren die Patina der Wahrscheinlichkeit angesetzt hat.

Im Falle Chile haben die Revisionisten allen Grund, China mit Dreck zu bewerfen: Nachgewiesen werden konnte, insbesondere auch vom ARBEITERKAMPF anhand von Dokumenten, daß beispielsweise die DDR allen Boykott-Heucheleien zum Trotz mengenweise Kupfer von der faschistischen Junta bezieht und bar bezahlt. Die Tatsachen sind hartnäckig und die DKP ist den westdeutschen Antifaschisten und Antiimperialisten noch eine Stellungnahme dazu schuldig. Darauf sollte man bei jeder sich bietenden Gelegenheit wieder drängen.